Heinrich Friedjung

Das Zeitalter des Imperialismus 1884–1914





Das Zeitalter des Imperialismus
1884–1914

Erster Band



Heinrich Friedjung

Das Zeitalter des Imperialismus 1884–1914

Erster Band

Erstes bis dreißigstes Tausend

Verlag Neufeld & Henius – Berlin
1919



Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

Vorrede

Überraschend traf mich 1911 der Antrag des Verlages von Schlossers Weltgeschichte, das Werk bis zu den jüngsten Ereignissen fortzusetzen. Meine erste Empfindung war, es sei noch unmöglich, die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte in einem Schlossers würdigen Sinne zu schreiben. Vermag sich denn der Mitlebende und Mitfühlende in dem Reichtum des Geschehenen zurechtzufinden? Besitzt man, bevor die Archive geöffnet sind, den notwendigen Einblick in die Entwürfe und Taten der Staatsmänner? Indessen spornte die eigene lebhafte Teilnahme an den Zeitereignissen zum Wagnis, und schließlich war die Lockung zu groß, in Nachfolge Friedrich Christoph Schlossers zum deutschen Volke zu sprechen.

Zunächst wird, bis die in Vorbereitung begriffene 29. Auflage der Schlosserschen Weltgeschichte hergestellt ist, mein Werk selbständig der Öffentlichkeit übergeben. Der erste Band reicht bis zum Russisch-Japanischen Krieg, der zweite und letzte, der die Zeit bis zum Ausbruche des Weltkrieges umfaßt, ist nahezu abgeschlossen und wird im nächsten Jahre in Druck gehen.

Zumal in einer Hinsicht wollte ich nicht mit Schlosser wetteifern. Er, der jüngere Zeitgenosse Kants, lud die vergangenen Jahrhunderte vor den Richterstuhl der Moral und maß die Völker und Menschen nach den Grundsätzen des kategorischen Imperativs. Solches Richteramts vermißt sich mein Werk nicht, es stellt sich bloß die Aufgabe, dem Leser die Geschehnisse vorzuführen und ihm Stoff und Grundlage zu bieten für das eigene Urteil.

Das Durchforschen des umfassenden Tatsachenstoffes lehrte immer eindringlicher, daß schon die Darstellung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf dem Erdenrund mit kaum zu überwindenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Sieben Jahre fast unablässiger Arbeit verwendete der Verfasser darauf, und es war nicht abzusehen, wie lange es dauern

würde, wenn auch die ganze innere Entwicklung der Nationen, ihre Kultur- und Sozialgeschichte einbezogen werden sollte. Dies führte zur Begrenzung des Arbeitsgebietes: das vorliegende Werk beschränkt sich der Hauptsache nach auf das wundervolle Geflecht der äußeren Politik, auf das Zusammen- und Gegenspiel der internationalen Entwürfe und Handlungen der führenden Männer.

Der Verzicht fiel nicht leicht, denn der Verfasser hatte bereits umfangreiche Vorarbeiten über die innere Geschichte der Völker gemacht. Nicht weil er diesen Lebenserscheinungen geringere Wichtigkeit beimaß, sondern im Bewußtsein der Schranken seines Könnens begnügte er sich mit dem Darstellen der internationalen Politik.

Die Erzählung setzt dort ein, wo nach dem Entstehen der neuen Nationalstaaten — Deutschlands vor allem, gleichzeitig auch Italiens und Japans, weiter der christlichen Balkanstaaten — Aufmerksamkeit und Tatkraft sich leidenschaftlich den Problemen der Weltpolitik zuwandten. Wieder wie im 16. Jahrhundert erwachte in den Seevölkern Europas die Begierde nach Erwerb von Kolonien. Das ohne Nebenbuhler die Weltmeere beherrschende Britannien erschrickt über diesen Wettbewerb und macht den Imperialismus zum leitenden Gedanken seiner äußeren Politik; ihm folgen dann die anderen Nationen dies- und jenseits des Ozeans. Mein Werk umfaßt somit etwa dreißig Jahre zwischenstaatlicher Geschichte, die Zeit von 1884 bis 1914. Als Beginn hätte ebensogut das Jahr 1882, das der Besitznahme Ägyptens durch England, oder 1883 gewählt werden können, in dem Deutschland seine erste Kolonie erwarb. Das vorhergehende Zeitalter des Überwiegens der völkischen Idee geht fast unmerklich in das des Imperialismus über, in dem wir jetzt leben. Die Periodengrenze ist wie alles Leben fließend, aber die Scheidung selbst drängt sich bei genauerem Zusehen notwendig auf. Dieser Gedanke ergab sich dem Verfasser nach längerem Prüfen und wiederholtem Verwerfen anderer Gesichtspunkte. Erst dann ordnete und gliederte sich der Stoff mit einer gewissen Sicherheit, und nach dem also gezogenen Grundrisse stieg der Gesamtbau allgemach aus den Fundamenten. Die nähere Begründung wird das Werk selbst bringen. Diese Periodengliederung dürfte sich, weil stoffgemäß, nach der Überzeugung des Verfassers allgemein durchsetzen und einleben.

Förderlich war der Arbeit meine durch vier Jahrzehnte ununterbrochene publizistische Tätigkeit. Was während eines Menschenalters an Kenntnissen, was an Gedanken sich angesammelt hatte, was mir

aus dem Verkehr mit politischen Männern der verschiedenen Länder und Parteien zugeströmt war, fand Verwertung. Es war mir weiterhin vergönnt, für dieses Werk bei vielen an den Ereignissen beteiligten Staatsmännern Belehrung zu holen, zumeist in Deutschland und Österreich-Ungarn — vor dem Kriege auch in anderen Staaten Europas. Wer jemals Gewährsmänner dieser Art um Aufschlüsse gebeten hat, weiß, daß der Ertrag nicht vorwiegend in früher unbekannten Tatsachen besteht, denn darüber wird noch vielfach Zurückhaltung verlangt und geübt. Reicheren Gewinn bringt der gewährte Einblick in den Zusammenhang anscheinend entlegener Vorgänge, in das Psychologische des Geschehens, in die eigenen Beweggründe der sich aussprechenden Staatsmänner wie in die der Mithandelnden. Der Name der Zeugen wird jedoch von mir fast gar nicht genannt. Oft war das geschenkte Vertrauen an die Bedingung geknüpft, den Gewährsmann nicht bekanntzugeben: Verschwiegenheit war in diesem Falle selbstverständlich. Schon um der Gleichmäßigkeit willen empfahl es sich deshalb, von der Nennung auch der übrigen Tatzeugen in der Regel abzusehen. Überdies war der Schein zu vermeiden, als wollte ich mit Namen prunken. Der kundige Leser wird aber von selbst häufig auf die richtige Fährte kommen.

Als gedruckte Quellen dienten in erster Linie die von den Regierungen veröffentlichten amtlichen Aktenstücke und die Reden der Staatsmänner. Wo solche Hilfe fehlte, wo Zeitungen, Geschichtskalender, Materialsammlungen und die zeitgeschichtliche Literatur herangezogen werden mußten, kann die Genauigkeit der Angaben, auch so mancher Jahres- und Tagesdaten, nicht verbürgt werden. Berichtigungen und Ergänzungen werden willkommen sein. Meine Erfahrung lehrt, wie fruchtbringend die Mitarbeit von Lesern, zumal von handelnden Personen, für die späteren Auflagen eines Buches über zeitgenössische Geschichte werden kann. Nicht immer erlebt ein Werk zahlreiche Auflagen, weil es gut ist, es wird jedoch, wenn der Verfasser sich belehren läßt, mit jeder neuen besser.

Nichts stellte an die Kraft des Verfassers größere Ansprüche als das Auffinden der weltgeschichtlichen Zusammenhänge. Darin war, wenn auch eine erdrückende, zum Teil wertvolle Literatur vorgearbeitet hatte, gar oft Neues zu schaffen: es mußte ergründet werden, wie sich Ost und West, Nord und Süd zum einheitlichen Weltbilde formen. Daß die Lösung durchwegs glücken werde, war ausgeschlossen. Aber ohne ernstes, auf dieses Ziel gerichtetes Bemühen liefert der Historiker

bloß einen Trümmerhaufen von Ereignissen. Freilich trennt sich, wenn er beim Knüpfen der Fäden danebengreift, das Gewebe unter der ordnenden Hand echter Geschichtschreibung rettungslos auf. Wem aber der große Wurf gelingt, in das Wesen eines Zeitalters einzudringen, etwa wie Ranke, da er in seiner Geschichte der Päpste die Gegenreformation als gemeinsames Erlebnis des christlichen Europas erfaßte und sie in alle Verzweigungen verfolgte: dem verdankt die Wissenschaft nicht genug zu preisende Förderung. Nach Rankes nicht erreichbarem Vorbilde wird hier versucht, „die großen Atemzüge des unvergleichlichen Vereines der Völkerwelt" zu belauschen und Einheit in die Mannigfaltigkeit zu bringen. Während aber der große Historiker mit jenen Worten nur auf die Völker des Abendlandes hinweisen wollte, ist jetzt das ganze Erdenrund Vorwurf der geschichtlichen Darstellung geworden. Jeder Nation gerecht zu werden und ihre Stellung in der Geschichte der Menschheit zu begreifen, ist die unendlich schwierige Aufgabe. Ihre vollständige Lösung ist unmöglich, aber je nach der Tiefe des Eindringens meiner Forschung in den Zusammenhang des Weltgeschehens werden die Berufenen ihr Urteil fällen über den Wert oder Unwert dieses Werkes.

Wien, im August 1918.

Heinrich Friedjung.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Unaufhörlich formen Ahnen und Enkel neue Götter, neue Ideale. Das eigentliche Wesen des Menschen hat sich aber durch die Jahrhunderte weniger geändert als seine Vorstellungen von der Bestimmung unseres Geschlechts im Diesseits und im Jenseits. Immer setzt sich die Menschheit höhere Ziele, steigt auch aufwärts, immer stößt sie jedoch auf die Schranken der eigenen Natur.

*

Imperialismus

In den drei das 19. Jahrhundert füllenden Generationen herrschten der Reihe nach drei Ideen vor, die liberale, die nationale und die imperialistische. Nicht, daß der völkische Gedanke den liberalen einfach entthront, daß beide dann dem Imperialismus Platz gemacht hätten. Vielmehr wurde das geistige Erbe der Vergangenheit vom nächsten Menschenalter übernommen und kritisch fortgebildet. Anfänglich drang die neue Welle so mächtig vor, daß sie alles zu verschlingen drohte. Die Gegenwart wird jedoch nie völlig Herrin über die Vergangenheit. Niemals noch hat eine Revolution die überlieferten Formen des Staates, der Gesellschaft völlig weggelöscht. Man kann immer nur von dem Überwiegen einer Idee sprechen, nie von ihrer Alleinherrschaft.

Der Liberalismus trat mit dem Anspruch auf, die alleinseligmachende Lehre zu sein, und es glückte ihm, in den Revolutionen von 1830 und 1848 den Widerstand niederzuwerfen. Auf diesem Höhepunkt meldete sich der Zweifel und der nationale Gedanke trat die

Herrschaft an. Seine Unwiderstehlichkeit schien sich durch die Einigung Deutschlands und Italiens zu erweisen. Um diese Plattform sammelte sich kurz darauf auch das japanische Volk. In den zwei europäischen Nationen vollzog sich die Einigung durch die weltliche Macht, in Nippon durch den Mikado, den Träger des erblichen Papsttums. Die frühere Zerklüftung Deutschlands und Italiens hatte die Nachbarvölker zu unaufhörlichen Einfällen verlockt. Auf dem Boden Deutschlands tummelten sich Franzosen und Spanier, Schweden, Russen, Engländer. Über den Rhein zogen die Franken unter Napoleon I. nach Moskau, die Russen zur Vergeltung nach Paris. Achtundzwanzig Angriffskriege, so erinnerte Bismarck einmal im Reichstage, haben die Franzosen seit dem 16. Jahrhundert gegen Deutschland geführt. Nach dessen Einigung tranken die Ebenen Deutschlands nicht mehr das Blut der eigenen Söhne noch der Eroberer.

Nie aber ist das menschliche Herz befriedigt und gesättigt. Der Ausbau der neugebildeten und der schon bestehenden Nationalstaaten füllte den ruhelosen Geist nicht aus. Eine neue Leidenschaft ergriff die Völker: sie strebten aus der Heimat in die Weltweite und erfanden für diese alte, aber niemals gleich mächtige Begierde den tönenden Namen Imperialismus.

Die neue Generation stand zwar unter unendlich verschiedenen Fluten und Gegenströmungen, aber am gewaltigsten waren die Folgen des imperialistischen Strebens. Danach wagen wir die Namenstaufe des Zeitalters. Die Bezeichnung ist zwar nicht erschöpfend, ebensowenig, wie wenn die vielgestaltige Geschichtsperiode um und nach 1500 bald als das Zeitalter der Entdeckungen, bald als das der Reformation oder der Renaissance erscheint. Nicht anders will das diesem Werke vorgesetzte Kennwort verstanden werden.

Name und Begriff entstand zwischen 1880 und 1890 in England, als die Briten sich durch das Aufkommen der anderen seefahrenden Völker in der Herrschaft über die Meere bedroht sahen. Die Träger des Imperialismus mit Chamberlain an der Spitze waren sich klar, daß sie bloß die Fortsetzer der Conquistadoren des 16., der Merkantilisten des 17. Jahrhunderts waren, aber sie prägten für die Politik die Formel, sie schufen das System. Für den Liberalismus hatten die Franzosen diese Arbeit besorgt, im Zeitalter der Nationalpolitik waren die Deutschen das Vorvolk, in dem des Imperialismus die Briten.

Unter Imperialismus versteht man den Drang der Völker und der Machthaber nach einem wachsenden Anteil an der Weltherrschaft, zunächst durch überseeischen Besitz. Diese Begriffsbestimmung ist aber durch das Merkmal zu ergänzen, daß der Trieb zu klarem Bewußtsein gediehen, zur Richtschnur des Handelns erhoben worden ist. Dies letztere gilt auch von der Nationalitätenbewegung des 19. Jahrhunderts. Auch früher schon hat die Gemeinschaft der Sprache und des Blutes den einen Staat geschaffen, den andern zerstört. Es sind aber erst hundert Jahre, daß zerstückte oder in Schlummer versenkte Nationen zum Bewußtsein ihres Gesamtlebens gekommen sind, daß sie den völkischen Gedanken folgerichtig zum Prinzip der Staatenbildung erhoben haben.

Bei diesen Vorgängen im Völkerleben ist zwischen dem unbewußten Trieb und Drang und anderseits der Idee zu unterscheiden, in welcher der Menschengeist sich selbst erkennt und die er dann jeweilig auf den Thron beruft. Die Urtriebe der Menschheit bleiben immer dieselben, sie werden aber im Laufe der Zeiten zu den wechselnden Ideen und Systemen umgeformt und ausgestaltet. Genau so wie im 19. Jahrhundert haben die Völker stets aufs neue gegen Willkürherrschaft angekämpft, auch heimische Sprache und Art hochgehalten, auch nach Macht als einem hohen Kampfziel gestrebt. Diesem Jahrhundert aber war es vorbehalten, die gesamten ursprünglichen Antriebe zu Leitgedanken auszubilden, wodurch die drei Generationen von 1815 bis 1915 das ihnen eigene Gepräge erhielten.

Als nach 1870 durch mehr als vierzig Jahre in Mittel- und Westeuropa die Waffen ruhten, wuchs der Reichtum der Nationen, und die aufgespeicherten Lebenskräfte suchten sich ein neues Feld; Kapital, Unternehmungsgeist, technisches Können wollten sich zur Geltung bringen. Sie warfen sich auf die Eroberung ferner Kontinente und Inseln: Afrika wurde durchforscht und unterworfen, die islamitische Welt schien reif zur Aufteilung, das chinesische Reich mit seinen 400 Millionen Einwohnern lockte die Begierden der handeltreibenden Nationen. Das Streben nach Reichtum, Macht und Lebensglück hüllte sich in den Mantel der imperialistischen Idee. Als der nationale Gedanke sich in der Hauptsache durchgesetzt hatte, schlug er in sein Gegenteil um. Die Völker begnügten sich nicht mit dem überkommenen oder neu errungenen Nationalstaat, sondern wollten sich zum Weltstaat ausweiten und damit einen möglichst großen Teil der Erde umspannen. Der

Nationalismus berief sich auf das unverjährbare Recht der Enkel auf das Erbe ihrer Väter, der Imperialismus erkannte nur die von anderen starken Völkern gezogenen Schranken an. Aus der Gewalt geboren, rief er die Macht zur Richterin auf und ruhte nicht früher, bis sich die Leidenschaften in einem Weltkrieg ausgetobt hatten.

*

Der Kampf, ein Element der Weltanschauung

Es wäre vermessen, wollte man die Gesamtgeschichte des 19. Jahrhunderts kurzerhand zwischen Richtlinien einzwängen. Ein rascher Rückblick jedoch ist unerläßlich, soll die in diesem Werke versuchte Darstellung nicht zerpflückt erscheinen.

Um die Wende des 18. Jahrhunderts waren die führenden Geister von dem Glauben an die Güte und Größe der menschlichen Natur getragen. Rousseau ließ sich davon leiten, als er der Demokratie die unbeschränkte Leitung des Staates anvertrauen wollte, Herder lehrte die unendliche Entwicklungsfähigkeit unserer Gattung bis zur Vollkommenheit. In diesem Glauben schrieb Kant 1795, während Europa von kämpfenden Heeren zerstampft wurde, die Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ und in demselben Jahre Schiller die Briefe „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts schätzte und mehrte das Vermächtnis des Ideals der Humanität, von dem die Staatslehre ebenso beherrscht wurde wie Kunst und Religion. Der Liberalismus trug diese Vorstellung in das gesamte Nervensystem der Zeit, er erwartete das Glück des einzelnen, die Größe der Staaten von der Lösung der Fesseln, von der Entfaltung der Eigenart jedes Menschen. Die Freiheit des Individuums stand im Mittelpunkt der politischen Kämpfe wie der liberal-wissenschaftlichen Systeme. Überall Auflehnung gegen den Absolutismus, die Forderung der Teilnahme der Völker an der Regierung des Staates.

Der fröhliche Glaube an das Gute und Große im Weltenlaufe wurde von Fichte, Schelling und Hegel verallgemeinert und auf Natur und Geschichte in ihrem ganzen Umfange übertragen. Diese zwei Welten, so lehrten sie, seien als Verkörperung und Entfaltung der absoluten

Vernunft aufzufassen. Der Schrei der leidenden Kreatur fand in diesen optimistischen Systemen nicht die verdiente Beachtung, manches Jahrzehnt hindurch blieb der von Schopenhauer in deren Namen erhobene Widerspruch unbeachtet. In dem größten Dichter der Epoche strahlte Lebensfreude, selbst die Tragödien Goethes klingen versöhnend aus, Faust mit dem Ausblick auf die Seligkeiten des Himmels.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts kündigten sich härtere Zeiten an. Der Glaube an die gottgewollte Ordnung der Dinge, die sich in Natur und Geschichte verwirklichen soll, wich einer rauheren Gedankenwelt. Die Wissenschaft sah überall nur Ursache und Wirkung, nicht aber einen die Entwicklung bestimmenden Vernunftzweck. Darwin zeigte, daß die Natur vom Kampf ums Dasein, demnach auch von dem Leiden der Schwächeren erfüllt ist. Ähnlich auf dem Gebiete der Volkswirtschaft. Der ökonomische Liberalismus hatte sich in der Hoffnung gewiegt, das ungehemmte Walten der Kräfte werde zu harmonischem Ausgleiche führen, die Freiheit müsse die vom Egoismus geschlagenen Wunden heilen; statt dessen aber wucherten die Auswüchse des Kapitalismus zu unerträglicher Höhe. Wie Darwin in der Natur, so sah Marx in der Volkswirtschaft einen unversöhnlichen Kampf der Elemente. Das Hauptwerk des einen erschien 1859, das des anderen 1867; unabhängig voneinander kamen sie zu ihren Ergebnissen und läuteten die alten Ideale zu Grabe. Danach war die Kraft Baumeisterin in Natur und Geschichte, sie ist die Schöpferin des geltenden Rechts. Jedes einzelne Volk meldete seinen Anspruch an, jede Rasse wollte zur Herrschaft geboren, mit überlegenen Gaben zur Welt gekommen sein. Den Juden ward vorgehalten, sie seien ein nicht zu duldender Fremdkörper. Gewaltig dröhnte der Schritt des Panslawismus durch die europäische Politik, es vermaß sich, dem Volke der europäischen Mitte den Fuß auf den Nacken zu setzen.

Die Zeit stand unter dem Zeichen der Tat und des Erfolges. Friedrich Nietzsche riß die letzte Schranke, die von Gut und Böse, nieder und machte die Willkür des Übermenschen zum Gesetzgeber. Die Deutschen empfanden früher schon, daß sie durch die Ideale der Humanität zur Schwäche im Handeln verleitet worden waren, und riefen die rettende Tat herbei. Als die Erde reif war, entstand unter ihnen der Schnitter: Bismarck mähte die reife Saat und brachte die Ernte der nationalen Einheit ein. Mit ihm ging die ganze Generation gleichsam im Harnisch einher.

Der Realismus in der Kunst

Denselben Werdegang nahmen auch Kunst und Poesie: im Zeitalter Goethes standen sie im Dienste der Weltschönheit, danach aber wurden Gestalten und Formen immer herber. In der Epoche des Realismus wollten die Künstler nicht Idealbilder schaffen, sie setzten sich die Darstellung des wirklichen Lebens mit seinen Häßlichkeiten und Untiefen zur Aufgabe. Wie Cham die Blöße seines Vaters Noah aufdeckte, so riß die Moderne von all den Heimlichkeiten den Schleier, den die Kunst der Väter und Ahnen um sie gewoben hatte. Das Vordringen des Realismus war keine neue Erscheinung; denn er löst in allen Kunstperioden zeitweilig den Idealismus ab. Eigentümlich ist dem 19. Jahrhundert der Ungestüm des Angriffs, Kampf und Sieg auf der ganzen Linie, die Unerbittlichkeit, mit der das Prinzip auftritt. Die Dichter zumal wollten das Dasein unverhüllt darstellen, darin mit der Wissenschaft wetteifern. Stendhal und Balzac legten die Seele auf den Seziertisch, die Gebrüder Goncourt wollten es den Naturforschern gleichtun und deren Methoden auf den Roman übertragen. Zolas Phantasie war nicht immer flugbereit, zum Ersatze dafür verwertete er die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, die er nach Willkür vergröberte, sie dienten ihm als Faden für die Handlung seiner weitausgesponnenen Romane. Der russische Realismus zeigte größere Schöpferkraft, schon weil er bodenständig war. Denn die Dichter des europäischen Ostens mußten nicht erst mit den Überlieferungen einer älteren Kunst brechen. Sie hatten nichts vor sich als die Gegenwart, also das Leben und Leiden ihres aus der Dumpfheit erwachenden Volkes. Aus diesen Quellen schöpften Gogol, Turgenjew, Dostojewskij. Neben und abseits von ihnen steht Tolstoi. Er ist in der Formgebung realistisch wie sie, aber den alten Propheten gleich glüht er von dem Verlangen, den Menschen von Sünde und Schwäche zu befreien. Er verkündigt, während Ibsen in bohrender Skepsis Fragen aufwirft, als begeisterter Seher die Antwort.

Die bildenden Künste bekundeten die im Menschengeschlecht waltende Unersättlichkeit und dessen Vielseitigkeit. Nachdem sie seit der Gotik und der Renaissance alle Höhen durchmessen hatten, stiegen sie

zu dem Leben des Alltags und zu den Abgründen hinab, wo das Gewöhnliche und das Häßliche herrschen. Nicht Schönheit, sondern Wahrheit wird angestrebt; nicht zu anmutigen Bildungen drängt es den Künstler, sondern zur Herausholung des innersten Wesens aus der Kreatur. Das Charakteristische wird zur Hauptsache, gleichviel, ob es anzieht oder abstößt; die edlen Umrisse, einst der Stolz der Maler, gelten für weichlich und süßlich. Nicht, daß die Welt des Idealen und Symbolischen für die bildenden Künste untergegangen wäre; aber Manet und Meunier, Rodin und Klinger wollten das Transzendente nur durch solche Linien und Gestalten darstellen, die aus dem wirklichen Leben genommen waren. Hier aber liegt das Befremdende: die realistische Auffassung eines Griechengottes oder Christi birgt einen Widerspruch in sich. Völlig konsequent hat daher Courbet, einer der Schöpfer des französischen Realismus, in seinen Programmsätzen alles abgelehnt, was an jene Traditionen anknüpft. Er meint: „Der Realismus ist seinem Wesen nach demokratische Kunst. Er kann nur in der Darstellung von Dingen bestehen, die für den Künstler sichtbar und greifbar sind... Die Monumentalmalerei, die wir haben, steht im Widerspruch mit den sozialen Zuständen, die kirchliche Kunst im Widerspruch mit dem Geist des Zeitalters." Die neue Kunst wollte nicht etwa auf die Erhebung des Gemütes verzichten, sie erzielt diese Wirkung jedoch durch die Darstellung des Lebens und Leidens der unteren Schichten der Gesellschaft; sie setzt sich kühn darüber hinweg, daß ihre Werke doch nur von den Reichen und Satten gekauft werden konnten. Früher schuf der Dichter Idealgestalten zum Vorbild für Hörer und Leser; jetzt greift er ihnen durch die Darstellung des Elends ans Herz.

Lebenswahrheit, Kraft im Ausdruck, Schonungslosigkeit in der Wiedergabe des Wirklichen sind die Seele der realistischen Kunst. Jedes ihrer Werke will eine Tat sein, womöglich ein Schlachtruf. Unsere Großväter sprachen ehrfürchtig von Priestern der Kunst. Der Ausdruck ist altmodisch geworden wie die Worte Tugend und Weisheit, die niemand mehr in den Mund nimmt. Wie es eine streitende Kirche gibt, so fortan auch eine streitende Kunst.

*

Sozialismus

Das Leben der Völker weißer Rasse erschöpfte sich zu keiner Zeit in einer einzigen Denk- und Willensrichtung. Beim Eintritt ins 20. Jahrhundert walteten zwar die Kräfte vor, die zu Selbstbehauptung, Ausprägung nationaler und persönlicher Eigenart, zu Machtausdehnung drängten; an Gegenströmungen jedoch, um die Nationen einander näherzubringen, hat es nicht gefehlt. Um die zwei sich im Weltkrieg befehdenden Völkerbündnisse schlingen sich doch auch Fäden der Achtung vor dem Opfermut des anderen Teiles, des Gefühls des Zusammenarbeitens an der Kultur der Menschheit; ein guter Genius wird verhindern, daß sich die beiden Heerlager bis zur Vernichtung zerstampfen.

Daß aber die Zeit unter dem Zeichen des Kampfes stand, zeigte sich auch in den zwei Bekenntnissen, die im 19. Jahrhundert am stärksten auf ihre Gläubigen gewirkt haben, in der katholischen Kirche und in der Sozialdemokratie. Der eine wie der andere Glaube trat mit dem Anspruch auf, nicht bloß die Geister, sondern auch die Staaten zu beherrschen. Die katholische Kirche streifte die duldsame Schwäche ab, zu der sie sich im Zeitalter der Aufklärung verstanden hatte: sie schrieb ihren Angehörigen das Unfehlbarkeitsdogma vor. Und dies ungefähr in dem Zeitpunkte, in dem der Gedankenbau der Sozialdemokratie aufgeführt wurde. Hier wie dort eine mächtige Organisation, die der unvollkommenen oder entarteten Umwelt die Fehde ankündigte.

Hatte der ältere Sozialismus eines Saint-Simon, Fourier, Owen die Umwälzung der Gesellschaft von der Umstimmung der Geister, von Wohlwollen und Güte erhofft, so rief dagegen Louis Blanc in seinem Buche „Die Organisation der Arbeit“ (1840) die Massen zur Selbsthilfe und zur Eroberung der Staatsgewalt auf. Revolution wurde die Losung, nicht bloß im geistigen Sinne des Wortes, sondern so blutig wie in der Junischlacht 1848 und der Kommune zu Paris 1871. Die von Marx geleitete Internationale Arbeiterassoziation wollte den Schlag in allen Staaten gleichzeitig führen. Durch ein Menschenalter fürchteten die einen, hofften die anderen den Ausbruch der sozialen Revolution. Bis gegen 1900 kehrte in Programmen, Aufrufen, Reden die Aufforderung wieder, sich zur Entscheidung durch die Waffen be-

reitzuhalten. Ein merkwürdiger Widerspruch: die Sozialdemokratie, die sich die Verbrüderung der Völker durch den Bund des Proletariats zum Ziele setzte, spielte in den einzelnen Staaten mit dem Gedanken des Bürgerkriegs. Sie trägt mit die Verantwortlichkeit dafür, daß die Menschen vor dem Massenmord in Aufständen und Feldschlachten nicht zurückscheuen. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts schrumpfte die revolutionäre Tat zu einer Arabeske im Programm der sozialistischen Parteien der westlichen Kulturvölker zusammen.

Die Lehre vom Klassenkampfe, wie Marx sie ausgebildet hat, wurde von den Nationen je nach ihrem Temperament verschieden aufgenommen. Unter den Arbeitern der angelsächsischen Nationen wurde sie in der Regel abgelehnt, auch von solchen, die sich zur sozialistischen Umbildung der Gesellschaft bekannten. Die Briten und die Amerikaner waren eben seit langem gewöhnt, ihre inneren Streitigkeiten nicht durch Krieg und Revolution, sondern in Kompromissen auszutragen. Schärfer prägte sich der kriegerische Charakter der Sozialdemokratie in Deutschland aus. Das rührte davon her, daß sie hier im Kampfe mit der oft hart zufassenden Staatsgewalt lag. Auch war in einem Lande mit strammer Zucht, allgemeiner Dienstpflicht, steter Kriegsbereitschaft der öffentliche Geist besser an den Gedanken an Hieb und Stich gewöhnt. Lasalle und Marx waren nicht umsonst Zeitgenossen Bismarcks, waren von demselben Willen zur Macht beseelt: ihre Methoden hatten mit der des eisernen Kanzlers größere Ähnlichkeit, als sich naive Sozialisten träumen ließen.

Völlig ernst aber nahmen die Russen die Predigt vom Klassenkampf aus zwei Gründen: weil sie sich einer Willkürherrschaft gegenüberbefanden und vor allem, weil ihr von der Vergangenheit übernommenes geistiges Erbe nur dürftig war, so daß ihre Seele der Halbwahrheit hemmungs- und wehrlos offenstand. Nur bei ihnen ist es zu dem Bürgerkrieg gekommen, der bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auch in Frankreich und Deutschland befürchtet worden war. Sie haben die darauf folgende friedliche Entwicklung des öffentlichen Geistes in diesen zwei Ländern nicht mitgemacht, obwohl gerade ihnen Tolstois Dichtermund mit dem Ölzweig des Friedens kam.

Gewichtige Kunstwerke sind Marksteine des Werdegangs. Zola läßt im „Germinal“ 1885 die Schrecken der Revolution aufsteigen, Tolstoi leuchtet in der „Macht der Finsternis“ 1887 in die Abgründe des russischen Lebens hinein. Aber schon die 1892 erschienenen „Weber“

Gerhart Hauptmanns wirken nicht mehr ganz so niederdrückend, weil der Dichter sich eine Handlung aus halbvergangener Zeit, nicht aus den eigenen Tagen wählte. Tolstois ergreifendes Werk „Auferstehung" (1897) entläßt den Leser bereits mit dem Troste, daß Menschenliebe die Wunden zu heilen vermag, die durch schwere Schuld geschlagen worden sind. In seinen späteren Romanen, so in „Arbeit" (1901) bequemt sich Zola gewandt der milderen Stimmung der Zeit an und schildert bereits die Versöhnung, die sich zwischen dem Kapital und der Arbeit erst anbahnen soll.

Unschätzbar sind die vom Sozialismus den arbeitenden Klassen geleisteten Dienste, aber das Ideal der Sozialdemokratie, die Überlassung des gesamten Arbeitsertrages an den Arbeiter, verbunden mit der Enteignung der Kapitalisten, ist der Erfüllung so fern wie je. Ihre Methode, durch Entfesselung des Klassenkampfes die Besitzenden und Herrschenden niederzuzwingen, hat die Arbeiter der angelsächsischen Welt nie angesprochen und nützt sich auch in Deutschland wie in Frankreich immer mehr ab. Dagegen leuchtete die marxistische Geschichtsauffassung wie eine Fackel in das Reich des historischen Wissens, wenn auch ihre Einseitigkeit überwunden werden mußte. Auch das von ihr empfohlene Mittel, Organisation der Arbeit an Stelle der überkommenen Anarchie der Produktion, hat sich gerade im Weltkrieg bewährt; das Vorurteil, der Staat sei unfähig zur Aufstellung des Apparates, ist durch die organisatorischen Taten der deutschen Verwaltung widerlegt.

Über Wahrheit und Irrtum zu urteilen, ist nicht des Amtes des Historikers, so wenig wie er zwischen Recht und Unrecht die Wage zu halten vermag. Seine Aufgabe ist, festzustellen, welche Kräfte in der Vergangenheit gewaltet haben und welche Wirkungen durch ihr Wechselspiel ausgelöst worden sind. Oft haben sich Vorstellungen, die von der gereiften Einsicht der späteren Geschlechter widerlegt wurden, so stark gezeigt, daß die Geschichtschreibung genötigt war, ihnen in alle Verzweigungen zu folgen. Die religiösen Streitigkeiten in ihren oft blutigen, oft lächerlichen Ausartungen sind dafür ein Beispiel. Das Wahre wie das Falsche ist Gegenstand der Geschichtsdarstellung, je nach den Wirkungen, die von ihnen ausgegangen sind. Es läßt sich nicht entscheiden, ob große Bewegungen der Weltgeschichte mehr emporkamen durch das, was an ihnen ewig oder was vergänglich war. Zur Verbreitung einer Religion kann ebenso ihr Mythus wie ihre erhabene Moral beigetragen haben. Alles, was sich als Kraft geltend

macht, gehört in den Bereich der Geschichtschreibung, unabhängig davon, ob es die Prüfung durch Wissenschaft und Moral aushält.

*

Internationalität

Für die Sozialdemokratie war es ein Dogma, daß sich in der Stunde der Weltkrise die Zusammengehörigkeit der Gesellschaftsklassen stärker erweisen werde als die staatlichen und nationalen Bande. Der vierte Stand aller Länder werde sich einig zusammenfinden. Die herrschenden Gewalten dies- und jenseits des Weltmeeres sind von der entgegengesetzten Annahme ausgegangen und die Ereignisse haben ihnen recht gegeben. Die Internationale ist im Weltkrieg zusammengebrochen.

Das ist aber kein Grund, die Bestrebungen für einen künftigen Friedensbund der Völker geringzuschätzen. Auch in Zukunft sollen die Bemühungen nicht aufhören, brüderliche Gefühle unter den Nationen wachzurufen und zu pflegen. In der menschlichen Natur liegt neben der Neigung zur Gewalt auch die Hoffnung auf den Anbruch einer messianischen Zeit. Abzuweisen aber war immer die Überhebung, mit der behauptet worden ist, die Friedensbewegung sei stark genug die Machthaber im Zaume zu halten und den Ausbruch des Kampfes zu verhindern. Ebenso ist alles zusammengestürzt, was über die unzerbrechliche Übereinstimmung der proletarischen Parteien in den einzelnen Ländern orakelt wurde. Mit Selbstüberschätzung, mit der Anbetung der Phrase geht die Geschichte strenge ins Gericht; sie unterscheidet genau zwischen dem, was sich kraftvoll ankündigt, und zwischen der Ohnmacht, die sich aufbläht. Schlimm ist nur, daß das, was an der Internationalität lebensfähig und zukunftsreich ist, durch die Übertreibungen gelitten hat. Aber darüber wird noch unsere Generation hinwegkommen, und die das Menschengeschlecht verknüpfenden Bande werden sich bald wieder sorgfältiger Pflege erfreuen. Es ist kein Nachteil, daß die gemeinsame Liebe zum Vaterland sich in allen Nationen stärker erwiesen hat als der zwischen den Gesellschaftsklassen bestehende Gegensatz, als der unter ihnen gesäte Haß. Zu den Ergebnissen des

Weltkrieges gehört, daß soziale und nationale Parteiung sich schwächer gezeigt hat als der Staat. Nur so wurde die ans Wunderbare grenzende Anspannung der Kräfte in allen kriegführenden Staaten möglich.

Im Kriege wird die Spreu vom Weizen gesondert, die Phrase von dem, was wirklich ist. Sozialismus und Pazifismus, Panslawismus und Antimilitarismus wie alle die anderen -ismen wurden in den Schmelzofen geworfen. Was davon im Feuer besteht, gehört zum bleibenden Besitztum der Völker.

*

Weltherrschaft und Weltkrieg

Die Geschichte der europäischen Nationen kennt die oft Jahrhunderte dauernden Ruhepausen nicht, während welcher die Völker des Islam, Hinterasiens und Indiens wie in Schlummer gesenkt waren. Der weiße Mann ist von einer Unrast beseelt, die ihn mit ungezügelter Herrsch- und Habgier bald zu Kriegen innerhalb Europas, bald übers Meer hinweg treibt. Von allen Völkerwanderungen, an denen er teilnahm, ist die wichtigste noch nicht zusammenhängend dargestellt worden. Es ist die, welche ihn zum Herrn auch der vier anderen Erdteile erhob und durch die das Christentum über unseren Planeten verbreitet wurde. Bis zur Entdeckung Amerikas beherrschten die christlichen Arier bloß den 25. Teil der Erde, ihr Gebiet stand bis dahin hinter dem der Moslim, ihre Volkszahl hinter den Bekennern Buddhas und Konfutses zurück. Wiewohl hierauf die Besiedelung Amerikas im Raume rüstig vor sich ging, war außerhalb Europas bis zur Gründung der nordamerikanischen Union die Menschenzahl der christlichen Völker gering. Sie betrug 1783 in den anderen vier Weltteilen zusammengenommen nur 5 bis 6 Millionen, während sie in Europa damals auf 170 Millionen Menschen geschätzt wurde. In den darauf folgenden hundert Jahren fand die gewaltigste Völkerwanderung statt, da in diesem Zeitraume 20 Millionen Menschen Europa verließen. Während 1783 in der nordamerikanischen Union nur drei Millionen Weiße gelebt hatten, wohnten 1910 daselbst schon 72 Millionen weißer Menschen neben 9 Millionen Farbiger. Gleichzeitig gingen die Abend-

länder erobernd auch im Osten vor, so daß jetzt vier Fünftel der ganzen Erdoberfläche von ihnen beherrscht werden. Sie haben alle Menschenrassen mit Ausnahme der gelben unterworfen. Diese behauptet sich in China und Japan dank der Fruchtbarkeit ihrer Lenden, dank ihrer uralten Kultur, ihrer Arbeitstüchtigkeit und Anpassungsfähigkeit.

Es wird einen wundersamen Reiz gewähren, wenn die Weltgeschichte einmal von dem Sohne einer der farbigen Rassen geschrieben werden sollte. Dann wird mit den Europäern Abrechnung gehalten werden, die auf ihren Wegen durch ein Meer von Blut gewatet sind. Sie zogen, wenn man die Missionäre und die Forschungsreisenden ausnimmt, nicht aus, um geistige Güter zu verbreiten; sie hatten irdische Zwecke im Auge, während das Christentum und die Zivilisation ihnen nur als geduldete Begleiter folgten. Fanden sie Widerstand, so setzten sie sich über die Vorschriften der Moral und der Religion hinweg und machten die Eingeborenen nieder. Die zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit entschlossenen Ureinwohner fielen unter den Kugeln der Fremdlinge. Dann setzten sich diese an den Tisch und wiesen den Überlebenden einen bescheidenen Platz an der Tafel an. Erst als die Herrschaft der Fremden gesichert war, ward auch in dem farbigen Mann das Ebenbild der Gottheit geehrt und sein Recht auf Bildung und Wohlstand anerkannt. Doch sollte das Sterben ganzer Nationen in Amerika und in Australien gegen die Wohltaten abgewogen werden, welche die europäische Zivilisation den fremden Erdstrichen gebracht hat. Die farbigen Menschen haben allen Grund, von der Herrschaft der weißen Rasse ebenso zu sprechen wie der Prophet Daniel von dem kulturverbreitenden mazedonisch-griechischen Weltreiche. Der Verfasser des Buches Daniel, ein Zeitgenosse des Makkabäerkampfes gegen die seleuzidische Macht, schreibt von jenem Weltreiche, welches nach seiner Zählung das vierte in der Reihe war, die Worte (Kapitel 7, Vers 7): „Und siehe, das vierte Tier war greulich und schrecklich und sehr stark und hatte große eiserne Zähne, fraß um sich und zermalmte, das übrige aber zertrat es mit Füßen."

Gibt es ein Vorrecht der Ausbeutung der farbigen Rassen durch die europäischen Nationen? Die Briten nehmen ein solches in Anspruch und waren die ersten, die die Fahne des Imperialismus aufpflanzten. Sie haben Weltpolitik seit Jahrhunderten getrieben und die von den Nationen des europäischen Festlandes geführten Kriege benutzt, um jenseits des Ozeans ihr Reich aufzurichten und zu erweitern.

Sie eroberten während des Siebenjährigen Krieges Indien und Kanada, sie befestigten diese Herrschaft in den Kämpfen gegen Napoleon, in deren Verlauf sie noch das Kapland, Malta und Helgoland in Besitz nahmen. Am Schlusse dieser Periode, von 1824 an, als sich die spanischen Kolonien von dem Mutterlande losgerissen hatten, war Großbritannien die einzige große Kolonialmacht auf der weiten Erde. Die Franzosen waren nahezu ausgeschaltet, die Russen erst in der Kolonisation Sibiriens begriffen, nur die Niederländer waren auf den hinterindischen Inseln noch im Besitz ansehnlicher Reste ihres Kolonialreiches. Von niemandem hatte Albion etwas zu fürchten, es genoß in steigendem Wohlstande die Früchte seiner Eroberungen. Wo aber eine andere Nation sich ausdehnte, traten die Engländer hemmend in den Weg. Gegen die Eroberung Algiers durch die Franzosen protestierten sie durch ein Jahrzehnt; das Aufkommen der Vereinigten Staaten hofften sie dadurch zu verhindern, daß sie während des Bürgerkrieges die Südstaaten als kriegführende Macht anerkannten und diesen durch Ausrüstung von Kaperschiffen die Möglichkeit gewährten, die amerikanische Handelsflotte fast gänzlich zu zerstören. Das Privileg Albions blieb bis etwa 1880 unangetastet.

Da wurden die seefahrenden Nationen vor neue Aufgaben gestellt. Afrika ward durchforscht und die Völker Europas rissen größere oder kleinere Stücke Landes an sich. Früher stand nur dessen Küstenrand unter europäischer Herrschaft, zwischen 1880 und 1914 wurde aber die völlige Aufteilung des schwarzen Erdteils durchgeführt. Nur Abessynien bewahrte dank dem Siege über die Italiener 1896 seine Unabhängigkeit. Die Teilung des schwarzen Erdteils war eine der Bedingungen des bis 1914 währenden Friedens unter den europäischen Mächten. Solange Tatendrang und Landhunger auf afrikanischem Boden gesättigt wurden, ruhten in Mittel- und Westeuropa die Waffen. Briten, Franzosen und Deutsche fanden sich wechselseitig ab, indem sie sich in einer Reihe von Verträgen afrikanische Landgebiete zusicherten. Diese Vereinbarungen waren ebenso viele Waffenstillstände zur Hinausschiebung des Krieges.

In den also geschlichteten Streitigkeiten ging es jedoch nur um Teile, nicht um das Ganze der Weltherrschaft. Die Einigung Deutschlands war das größte Ereignis in dem Zeitraum gewesen, der von der nationalen Idee beherrscht wurde, ebenso war in der darauf folgenden Epoche des Imperialismus der Eintritt der Deutschen in die Welt-

politik die alles beherrschende Tatsache. Die anderen seefahrenden Nationen fühlten sich beeinträchtigt oder gaben vor, bedroht zu sein. Nicht gerade durch Deutschlands koloniale Erwerbungen, die nicht sehr bedeutend waren, wohl aber durch seinen über alle Erwartung in die Höhe schnellenden Außenhandel; nicht durch das mitteleuropäische Bündnis, sondern durch Deutschlands wachsenden Einfluß auf die islamische Welt. Seitdem Deutschland in Stambul festen Fuß faßte und seine Ingenieure die Eisenstränge nach Bagdad und Mekka legten, fanden sich Großbritannien und Rußland, ehemals Nebenbuhler, zu seiner Bekämpfung zusammen. Im Orient hatte es Deutschland nur auf friedlichen Wettbewerb abgesehen, aber die Rivalen fühlten sich zu schwach, um seiner in Organisation und Technik gleich imponierenden Kraft Ähnliches entgegenzustellen. Darin lag das Bekenntnis geistiger, wirtschaftlicher und technischer Rückständigkeit, welche durch die Bevölkerungszahl nicht ersetzt werden konnte. Deutschlands natürliche Kraft war durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn erhöht, welches in den Augen der Russen gleichfalls eine schwere Schuld auf sich lud: es legte sich quer über den Landweg, auf dem Rußland zur Eroberung Konstantinopels ausziehen wollte. Die alten Grenzstreitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich im Elsaß, zwischen Österreich und Rußland in Polen flossen mit der neuen Weltnebenbuhlerschaft in einen Strom des Hasses zusammen. Bange Erwartung, ob das Schlimmste nicht noch abgewendet werden könnte, lag durch Jahre über der Menschheit, dann aber wurden, wie im sechsten Kapitel der Offenbarung Johannis, die Siegel des Geheimnisses gelöst und die apokalyptischen Reiter, Krieg, Hungersnot, Pest und Tod, stürmten unaufhaltsam über die Welt.



I

Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland bis 1879

I. Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland bis 1879

Bismarck und die orientalische Frage

Der erste deutsche Reichskanzler hat nie einen Augenblick geschwankt, ob er europäische Festlandspolitik treiben oder seinem Volke in der Weltweite einen Platz erringen solle. Seine Lebensarbeit war mit ganzer Kraft der Schaffung und Befestigung des Nationalstaates gewidmet: die Ziele der Weltpolitik hatten sich den Erfordernissen der europäischen Stellung Deutschlands unterzuordnen. Diesen Grundsatz ließ er auch in dem Zeitraum nicht außer acht, in welchem er seinem Lande weiträumige Kolonien erwarb. Es war ihm willkommen, daß die alten See- und Kolonialmächte sich jenseits des Ozeans gegenseitig beschäftigten und im Zaume hielten, er selbst blieb ihrem Wettbewerb möglichst ferne. Wie einer Mutter die Pflege ihres Kindes über alles geht, so dem Reichskanzler die Sorge für den von ihm begründeten Nationalstaat.

Danach richtete sich auch sein Verhalten in den orientalischen Angelegenheiten. Mochten die beteiligten Mächte zusehen, wie sie mit diesem Problem fertig wurden: Bismarck hatte gegen keine Lösung etwas einzuwenden, wenn sie nur Deutschland nicht zum Ergreifen der Waffen nötigte. Wohl war ihm die Erhaltung der Türkei willkommen, aber wenn sie in Gefahr geriet, ließ er ihre Feinde gewähren. Im Sommer 1887 sagte er zum russischen General Kaulbars: „Wenn ihr den Sultan stürzt, werden wir viel weinen, denn wir stehen zu ihm in den besten Beziehungen, er ist uns wirklich ein guter Freund; aber wir werden für ihn nicht die geringste Waffe brauchen!“ Im ganzen war die Türkei für ihn ein Gegenstand von Tausch und Rechnung unter den anderen Großmächten. Deutschland sollte sich nicht an der Zerlegung des Osmanischen Reiches beteiligen, um nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden. In seinem politischen Testament, den „Gedanken und Erinnerungen“, rät er den deutschen Staatsmännern dringend davon ab, sich „von England und gelegentlich auch von Österreich als Hetzhund gegen-

russische Bosporus-Gelüste“ ausbeuten zu lassen. An dieser Stelle jenes Werkes findet er es wie auch sonst selbstverständlich, daß Rußland sich eines Tages in den Besitz von Konstantinopel setzen werde, und erhebt als deutscher Staatsmann dagegen keine Einwendung[1]). Am 10. April 1891 ließ er in den Hamburger Nachrichten schreiben: „Wir sind überzeugt, daß Rußland, wenn es ihm in einer Zukunft gelingen sollte, seine Haustür am Schwarzen Meer zu schließen und den Schlüssel in Verwahrung zu nehmen, sich mit aller Macht auf Asien werfen und Europa nicht beunruhigen würde.“ Auch der Donaumonarchie riet er, das Unvermeidliche geschehen zu lassen; erst wenn die Russen wieder einmal vor oder in Konstantinopel stünden, sollte Österreich-Ungarn seinen Anspruch auf die westliche Hälfte der Balkanhalbinsel anmelden. Er wünschte die Einigung der zwei befreundeten Kaisermächte nicht bloß, um sie auf dem Balkan zu beschäftigen, sondern noch mehr, weil er es als unvermeidlich voraussah, daß das Deutsche Reich hineingezogen werden würde, wenn zwischen ihnen ein Krieg ausbrechen sollte. Die furchtbare Prüfung eines Weltkrieges aber wollte er Europa, besonders dem Deutschen Reiche wenn irgend möglich ersparen. Auf diesem Grundriß baute sich das Kunstwerk seiner äußeren Politik auf.

Es ist anders gekommen, als Bismarck gewünscht und vorgesorgt hatte. Gegen das Ende des 19. Jahrhunderts wuchs Deutschland wirtschaftlich und auch als Seehandelsstaat so kräftig empor, daß es im nahen Orient in den Wettbewerb mit den Weltmächten treten konnte. Auch zeigte das Türkische Reich so viel Lebenskraft, daß es sich bis gegen Ende des Weltkriegs seiner russischen und britischen Dränger erwehren konnte. Im Laufe der Zeit wurde das Programm Bismarcks einem Kleide ähnlich, das der deutschen Nation zur Zeit ihres Wachstums an den Leib gemessen war, aber allgemach zu kurz und zu enge geworden ist. Bismarck steht deshalb nicht weniger hoch, weil die Zeit sogar über sein Riesenmaß hinausgewachsen ist. Auch liegt die Frage nahe, ob das Deutsche Reich nicht besser getan haben würde, in die Weltpolitik mit größerem Bedacht einzutreten. Gewiß ist, daß Bismarck, wenn er länger an der Macht geblieben wäre, gebremst und den Drang nach Osten wie über das Weltmeer weise im Zaume gehalten hätte. Der Wagen ist, wie Erich Marcks bemerkt, weiter gerollt, als Bismarck gewollt hat.

[1]) Die betreffende Stelle (Band I S. 261—267) ist, wie die Erwähnung der Reden Gladstones gegen Abdul Hamid S. 262 beweist, nach 1895 geschrieben.

Rußlands Drang zum warmen Meere

Es verrät ein kurzes Gedächtnis, wenn man behauptet, der Weg zum Balkan und nach Konstantinopel sei dem Zarenreiche durch die allslawische Idee gewiesen worden. Schon lange bevor der Panslawismus seine dünnen Wurzeln in die Erde senkte, führte Rußland — von Peter dem Großen bis auf Nikolaus I. — sieben Kriege gegen die Türkei in der Absicht, seine Herrschaft an die Meerengen zu tragen. Der Feldruf, unter dem diese Herrscher ihre Heere gegen die Osmanen aussendeten, wechselte je nach den geistigen Strömungen, selbst nach der Mode: das Ziel ist unverrückbar gleich geblieben. Ursprünglich war das Christentum das heilige Banner, denn es war in Rußland eine uralte Vorstellung, dieses Reich sei der rechtmäßige Erbe des orthodoxen byzantinischen Kaisertums. Solche Ideen brachten die aus dem eroberten Konstantinopel geflohenen griechischen Mönche nach Moskau: die Stadt werde dereinst an die Stelle Roms und Konstantinopels treten. „Zwei Rom sind gefallen," lehrte der Mönch Filofej etwas später, „das dritte steht, ein viertes aber wird es nicht geben[1])." Diese Vorstellungen lebten zunächst bloß in der russischen Kirche weiter, bis das Zarenreich erstarkt war und in ihrem Namen Länder und Völker unterwerfen konnte. Katharina II. wählte sich die Plattform je nach dem Publikum, zu dem sie sprach. Den Völkern des Balkans zeigte sie sich als Schützerin des Christentums, in Europa dagegen konnte die Freundin Voltaires und Diderots sich füglich nicht als Patronin des von ihr belächelten Glaubens aufwerfen. Da sie aber im Zeitalter der Neubelebung der klassischen Studien, im Jahrhundert Winckelmanns lebte, so verkündigte sie, ihre Heere zögen zur Wiederherstellung des byzantinischen Reiches aus. Durch die Anknüpfung an das Griechentum aber war die Verkündigung eines slawischen Evangeliums ausgeschlossen. Der allslawische Gedanke ist nicht von ihr, sondern von Herder ausgegangen, der zuerst von den slawischen Völkern als einer zukunftsvollen Einheit sprach. Man wußte natürlich schon vor ihm, daß ihre Sprachen auf eine gemeinsame Wurzel zurückgehen; die Vorstellung jedoch, daß die Slawen als Gesamtheit zu einer großen Rolle in der Welt bestimmt

[1]) Hans Übersberger, „Rußlands Orientpolitik" (Stuttgart 1913), I. Band S. 14-18.

sind, findet sich zuerst in seinen Schriften und wurde darauf von den tschechischen, später von den russischen Panslawisten übernommen. Die Schlagworte haben gewechselt, das bleibende war der Drang Rußlands, an das Meer zu gelangen. Kaum war die Ostsee erreicht, so gründete Peter der Große dort seine Hauptstadt; auch am Asowschen Busen versuchte er Boden zu gewinnen; aber das Schwarze Meer wurde erst von Katharina II. nach ihren Siegen über Türken und Tataren erreicht. Seitdem waren die Anstrengungen Rußlands darauf gerichtet, sich die Ausfahrt ins Mittelländische Meer zu öffnen, den Fremden aber den Zugang zum Pontus Euxinus zu verschließen. Wie die Zugvögel, von einem unwiderstehlichen Trieb geleitet, im Herbst den Flug nach wärmeren Gegenden antreten, wie die Bienen unter einer jungen Königin zur Gründung neuer Staaten ausschwärmen, so drängte es Rußland zum warmen Meer, zur Herrschaft über Konstantinopel. Die natürlichen Triebkräfte sind im Völkerleben das Ursprüngliche, die moralische oder theologische Begründung stellt sich dann nach Bedürfnis ein. Die den Gewalten der Erde dienliche Ideologie wird von Geistern oder Geisterchen mit und auch ohne Bestellung besorgt.

Die Politik Rußlands war also nicht allslawisch, sondern, um die später aufgetauchte Bezeichnung vorwegzunehmen, imperialistisch. Nikolaus mißtraute der panslawistischen Idee ebenso wie jeder anderen: einen der führenden Slawophilen ließ er ins Irrenhaus stecken und von Zeit zu Zeit nachfragen, ob der Arme noch nicht von seinem Wahne geheilt sei. Als sein Anschlag auf Konstantinopel 1854 scheiterte, lag die Schuld jedoch nicht daran, daß er die Ideen geringschätzte, sondern an dem Irrtum, dem er sich über die österreichische Politik hingab. Schon war sein Heer durch die Donaufürstentümer über die Donau gedrungen, als das Wiener Kabinett ihn durch die Note vom 3. Juni 1854 zwang, die Balkanhalbinsel zu räumen. Zähneknirschend gab er nach, es seinen Nachfolgern überlassend, Österreich für seine angebliche Undankbarkeit zu bestrafen. Damit war der Feldzug für Rußland bereits verloren, noch bevor die Franzosen und Engländer am 14. September 1854 in der Krim landeten. Mit der Eroberung von Sebastopol wurde die strategische Niederlage durch die taktische besiegelt.

Alexander II. nahm das seinem Vater mißlungene Werk wieder auf. Durch dessen Erfahrungen gewarnt, sah er die Notwendigkeit ein, sich mit Österreich auseinanderzusetzen; diese Macht mußte, bevor das russische Heer wieder den Marsch auf Konstantinopel antrat, entweder

niedergeworfen oder aber zum Bundesgenossen gewonnen werden. Beide Methoden wurden im Rate des Zaren erwogen, zuerst die eine, dann die andere ins Auge gefaßt. Zunächst der Kampf: im Jahre 1876 erging an die deutsche Reichsregierung die Anfrage, wie sie sich zu einem Kriege Rußlands gegen Österreich stellen würde. Die Antwort Bismarcks war, daß Deutschland einen Krieg zwischen den zwei Freunden Deutschlands tief beklagen müßte, ohne daß jedoch zunächst die Nötigung bestünde, sich an ihm zu beteiligen; sollte aber der Bestand Österreich-Ungarns bedroht werden, so müßte Deutschland dieser Monarchie zu Hilfe kommen. Das ist auch der Sinn der Weisung, die Bismarck dem deutschen Botschafter in Wien, Grafen Stolberg, am 12. Dezember 1876 zukommen ließ, worin es hieß, Deutschland könne „eine lebensgefährliche Verwundung" der habsburgischen Monarchie nicht zulassen. So blieb Rußland nichts übrig, als sich mit Österreich zu verständigen. Zu diesem Zwecke schlug Alexander II. dem Kaiser Franz Josef einen gemeinsamen Krieg gegen die Türkei vor, mit dem Ziele einer Teilung der europäischen Besitzungen der Pforte. Das wurde jedoch von Österreich-Ungarn abgelehnt, zuerst bei der Zusammenkunft der zwei Kaiser zu Reichstadt in Böhmen am 8. Juli 1876, dann im Dezember desselben Jahres, als der Zar noch dringender um ein Kriegsbündnis warb. Sonach mußte Rußland allein gegen die Türkei vorgehen, doch war es notwendig, sich zuvor der Neutralität Österreichs zu versichern. Dazu ließ sich Kaiser Franz Josef auf den Rat des Grafen Julius Andrassy herbei. Mochten die Russen immerhin die Schlachten auf der Balkanhalbinsel schlagen, wenn ihre Siege nur auch der Donaumonarchie zugute kamen! Dieser Gedanke, staatsklug ersonnen, wurde in demselben Geiste ausgeführt. Der Heißhunger Rußlands war so groß, daß es dem Wiener Kabinett erstaunlich viel bezahlte, um ihn zu befriedigen. Zunächst wurde im Geheimvertrage vom 15. Januar 1877 Bosnien und die Herzegowina der österreichisch-ungarischen Monarchie als Besitz überlassen. Das war nur der Anfang: denn im Vertrage vom 18. März 1877 erklärte das Petersburger Kabinett, der Westen der Balkanhalbinsel vom Vardar und Timok bis zum Adriatischen Meer sei als Einflußgebiet Österreich-Ungarns anzusehen. Damit waren Serbien, Albanien und Westmazedonien samt Saloniki dem Protektorat der Donaumonarchie überantwortet. Für all das sagte Österreich seine Neutralität zu, aber nicht mehr; zugleich eröffnete es der russischen Regierung, daß sie sich auf Konstantinopel keine Hoffnung machen dürfe.

Der Zar aber und sein Kanzler Gortschakow nahmen an, daß, wenn das türkische Heer nur erst niedergeworfen wäre, die westliche Hälfte des Balkan dem russischen Einflusse nicht mehr entwunden werden könnte[1]).

Diese Vorgänge bekunden ein Doppeltes. Zunächst daß Rußland die kleineren slawischen Brüder, die Serben und die mazedonischen Bulgaren, ohne weiteres preisgab, um sich den Landweg nach Konstantinopel zu öffnen. Sodann wird durch den Einblick in jene Unterhandlungen die Legende zerstört, daß Alexander II. den Frieden hätte erhalten wollen, aber durch die öffentliche Meinung seines Landes bestimmt wurde, zur Befreiung der Balkanslawen die Waffen zu ergreifen. Richtig ist vielmehr, daß er anderthalb Jahre vor Beginn des Krieges den Briefwechsel mit Kaiser Franz Josef begann, um den Angriff planvoll vorzubereiten.

*

Panslawismus

Wohl hegte Alexander II. wie die ganze russische Nation Teilnahme für die unter türkischer Herrschaft stehenden slawischen Volksstämme, aber deshalb allein würde er sich nicht in den Krieg gestürzt haben. Er wäre auch nicht berechtigt gewesen, das Blut der Söhne Rußlands bloß für die Befreiung anderer Völker dahinströmen zu lassen. Auch abgesehen davon, daß die Politik solche Selbstlosigkeit nicht kennt, betrachtete die russische Regierung die kleinen slawischen Völker immer bloß als Steine in ihrem großen Spiel. Das slawische Gemeingefühl kreuzte und verwob sich mit der Selbstsucht des russischen Staates: der Natur der Sache nach schlug aber die Farbe des Egoismus jede andere. Will man den leitenden Gedanken der russischen Politik kennzeichnen, so ist es richtiger, mit dem Fürsten Georg Trubetzkoj vom

[1]) Eduard von Wertheimer, „Graf Julius Andrassy“. Das Werk ist eine reiche Fundgrube zur Geschichte der Zeit, aus der auch die obige Darstellung geschöpft ist. — Theodor von Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“ (Stuttgart 1913—1914), gibt einen guten Überblick; doch geht der Verfasser als österreichischer Patriot, der schon vor dem Weltkrieg für die Ausdehnung der Monarchie nach Südosten eingetreten ist, mit der äußeren Politik Österreich-Ungarns wegen ihrer Vorsicht zu streng ins Gericht.

Panrussismus als vom Panslawismus zu sprechen. Den entscheidenden Gesichtspunkt hat Ignatiew einleuchtend ausgesprochen, indem er in einer Denkschrift sagte: „Die österreichischen und die türkischen Slawen müssen zu Bundesgenossen der Russen und zu Werkzeugen ihrer Politik gemacht werden, um sie gegen das Deutschtum zu benutzen. Einzig und allein zur Erreichung dieser Ziele kann Rußland für sie Opfer bringen und an ihre Befreiung und Kräftigung denken. Das Mittel als Zweck betrachten — das heißt die Befreiung der slawischen Völker vor Augen haben, dann aber gestatten, daß sie sich in den Dienst einer russenfeindlichen Politik stellen — und sich mit dem humanitären Erfolg zufriedenzugeben, wäre von seiten Rußlands ein entschiedener Fehler.“

Für das Verhältnis des Panslawismus zum russischen Selbstherrscher war es schon entscheidend, daß die „Slawophilie“ — dies der ältere Name für die Bewegung — nach den napoleonischen Kriegen im Gegensatze zum Liberalismus und zum Weltbürgertum entstand. Die Slawophilen entsprachen völlig den deutschen und den französischen Romantikern; von Schelling und Görres, von Chateaubriand und de Maistre entlehnten sie ihre Ideen; sie predigten die Abkehr von der Revolution und die Hochschätzung der ursprünglichen Volksempfindungen, der Religion wie der Nationalität. So Kirejewskij, Chomjakow und Konstantin Aksakow, die dem Zaren ebenso ergeben waren wie der Orthodoxie. Kirejewskij lehrte, Rußlands wahrer Glaube werde auch den Westen retten. Sie standen also im Gegensatz zu den „Westlingen“, die auf dem Boden der französischen Revolution standen, zu den Liberalen und Demokraten, wie zu den Sozialisten und Nihilisten. Sie waren durchweg wohlhabende konservative Grundbesitzer, literarische Schöngeister, die keine Politik trieben, was sie jedoch nicht vor dem Mißtrauen des Zaren Nikolaus I. schützte.

Die zweite Generation der Slawophilen, so Iwan Aksakow, Katkow, Danilewskij, griff dagegen leidenschaftlich in die Politik ein. Für sie stand die Nationalität an erster Stelle, aber dabei scharten sie sich um Thron und Altar, wenn auch Iwan Aksakow, ein unabhängiger Geist, für die Schäden des Polizeistaates und der Polizeikirche nicht blind war. Die Moskauer Zeitung wurde das Organ des Panslawismus, Danilewskij schrieb 1871 das von seiner Partei hochgeschätzte Buch „Rußland und Europa“. Hier besonders begegnet man der maßlosen Selbstüberschätzung des Slawentums, welche zu den schwersten

Enttäuschungen führen sollte. Danach wäre das westliche Europa der Zersetzung anheimgefallen, hervorgerufen durch Materialismus und Protestantismus, durch Kapitalismus und Anarchismus — die Slawen aber werden die Heilung bringen, Europa besiegen, beherrschen und verjüngen. Rußland werde eine slawische Föderation gründen mit Konstantinopel als Hauptstadt. Diese abenteuerlichen Phantasien haben das Wohlgefallen der russischen Machthaber nach Nikolaus I. erregt, um so mehr, als Katkow die Verbindung mit den regierenden Kreisen gewandt aufrechthielt. Daher das Urteil Gorkis über die Slawophilen: bei ihnen hätte sich Talent mit einer wahrhaft orientalischen Gedankenlosigkeit wie mit tatarischer Schlauheit gepaart[1]).

Die Schlauheit der panslawistischen Schule bestand darin, daß sie der bereits bedrängten Selbstherrschaft des Zaren geistiges Rüstzeug zum Kampfe gegen die Demokratie darbot. Deshalb wurde der Predigt des neuen Glaubens unter Alexander II. weiter Spielraum gelassen. Vor und während des Türkenkrieges 1877 waren die von slawischer Glut erfüllten Artikel Iwan Aksakows in der Moskauer Zeitung den herrschenden Gewalten willkommen. Konnte sich doch die Regierung Europa gegenüber auf eine volkstümliche Strömung berufen. Als aber Aksakow in einer zu Moskau gehaltenen Rede das Werk des Berliner Kongresses als für Rußland unheilvoll bekämpfte, wurde er von der Regierung für einige Zeit auf sein Gut verbannt. Sein Genosse Katkow dagegen, der slawischen Enthusiasmus mit höfischer Geschmeidigkeit verband, war lieb Kind, die Moskauer Zeitung blieb unangefochten. Es konnte kein Zweifel aufkommen, wer Roß und wer Reiter war, ob der Panslawismus oder die Regierung. Wer sich über dieses Kräfteverhältnis nicht klar ist, wird sich in den vielverschlungenen Pfaden der äußeren Politik Rußlands nicht zurechtfinden.

*

Berliner Kongreß

Selten befand sich der Sieger in solcher Verlegenheit wie Rußland nach der Niederwerfung des türkischen Heeres. Das Petersburger

[1]) Das Werk Th. Masaryks „Rußland und Europa" belehrt über diese Zusammenhänge, leidet aber an Verschwommenheit in der Charakteristik der verschiedenen Geistesrichtungen.

Kabinett hatte die Neutralität Österreich-Ungarns durch große Zusagen erkauft; ebenso war Englands Mißtrauen beschwichtigt worden, indem Rußland schon vor dem Krieg im Vertrage vom 6. Mai 1877 die Erklärung abgegeben hatte, daß über Konstantinopel wie über die Meerengen auch in Zukunft nur mit Zustimmung Europas verfügt werden solle. Die Früchte des Sieges waren also weggegeben, bevor er erfochten war. Vergebens machte Rußland den Versuch, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Diesem Zwecke sollte der Vorfrieden zu San Stefano dienen, zu dem die Pforte nach ihrer Niederlage am 3. März 1878 gezwungen wurde: darin unterwarf sie sich vollständig dem Gebote des Zaren. Indessen verständigten sich Österreich-Ungarn und England und bedrohten Rußland mit Krieg; so sah sich der Zar genötigt, den Vertrag von San Stefano in seiner Gesamtheit einem europäischen Kongreß zur Prüfung und Entscheidung vorzulegen. Das war der Schiffbruch der Politik Gortschakows. Infolgedessen kündigte ihm Alexander II. an, er könne ihm die Vertretung Rußlands auf dem Berliner Kongreß nicht übertragen; das hohe Alter Gortschakows, so schützte der Kaiser vor, heische Rücksicht. Durch die inständigen Bitten seines Kanzlers ließ sich der Zar jedoch erweichen, von seinem Vorhaben abzugehen. So erhielt dieser die Erlaubnis, seiner politischen Niederlage auf dem Kongreß in eigener Person beizuwohnen. Das war dem eiteln Mann lieber als das Fernbleiben vom Schauplatze. Als Gehilfe bei den Verhandlungen des Kongresses wurde ihm Graf Peter Schuwalow zugesellt, der Botschafter in London. Dieser hatte das Abenteuer des Türkenkrieges mit Kopfschütteln verfolgt, auch gehörte er zu der bereits aussterbenden Schule der russischen Staatsmänner, welche die Freundschaft mit Deutschland pflegen wollten.

Die Verhandlungen des Kongresses erhielten ihr Gepräge durch das Zusammengehen Andrassys mit Disraeli, dem englischen Ministerpräsidenten; Bismarck vermittelte zwischen ihnen und Rußland; der französische und der italienische Vertreter hielten sich im Hintergrunde. Das für Rußland schmerzliche Ergebnis war, daß es versprechen mußte, seine Truppen binnen neun Monaten aus der Balkanhalbinsel zurückzuziehen. Österreich und England hatten ursprünglich die Frist von sechs Monaten vereinbart; es war ein guter Schachzug Andrassys, daß er, dem Wunsche Rußlands entgegenkommend, seinen britischen Kollegen bestimmte, noch drei Monate zuzulegen. Es waren somit 200 000 russische Soldaten auf dem Balkan geopfert worden, ohne daß das Reich

daraus für sich einen nennenswerten Gewinn zog. In Asien schnitt Rußland verhältnismäßig besser ab, da es Kars und Batum vom türkischen Reiche losriß. In Europa aber erreichte es bloß die Abtretung des Stückes von Beßarabien (etwa 10 000 Quadratkilometer), welches nach dem Krimkrieg an die Moldau hatte abgetreten werden müssen. Der Abzug der Russen von der Balkanhalbinsel verzögerte sich um etwas über die im Berliner Vertrage festgesetzte Frist. Als er infolge des Drängens Österreich-Ungarns 1880 doch erfolgte, war für die Selbstbestimmung Bulgariens die Grundlage gewonnen.

Österreich-Ungarn dagegen erhielt Bosnien und die Herzegowina, ferner das Recht auf Besetzung des Sandschaks und auf den weiteren Vormarsch über Mitrowitza hinaus, endlich die Hafen- und Eisenbahnpolizei in Montenegro. Der Antrag, der habsburgischen Monarchie das europäische Mandat zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina zu übertragen, wurde von Disraeli mit der für Österreich-Ungarn schmeichelhaften Begründung gestellt, daß dieses Reich fähig sei, Ordnung und Gesittung in jene Lande zu tragen. Es ist später bekannt geworden, weshalb Disraeli Wert darauf legte, den Vorschlag in eigener Person zu machen: er wollte dem Fürsten Bismarck zuvorkommen.

Auch sonst wurden die Gebietsgrenzen auf der Balkanhalbinsel so gezogen, wie Österreich-Ungarn und England es wünschten. Der Türkei blieben Mazedonien und Thrazien erhalten, obwohl sie diese Länder im Vorfrieden von San Stefano zum guten Teile hatte abtreten müssen. Somit war das Gebiet eng umfriedet, in dem das freigewordene Bulgarien sich entwickeln konnte. Außerdem wurde dieses Land in zwei Teile gespalten, in das eigentliche Fürstentum und in Ostrumelien, das, wenn auch autonom, doch unter einen türkischen Statthalter gesetzt wurde. Diese Teilung wurde durch die Besorgnis Andrassys und Disraelis hervorgerufen, die Bulgaren würden sich aus Dankbarkeit gegen ihre russischen Befreier als deren Vasallen betrachten und benehmen. Darin aber haben die beiden Staatsmänner fehlgegriffen und der Entfaltung Bulgariens zu einem unabhängigen Staatswesen überflüssige Hindernisse in den Weg gelegt. Doch auch so war dem bulgarischen Volke der Aufstieg beschieden, den Österreich-Ungarn später nach Kräften gefördert hat. In diesem wie in anderen Punkten war das Werk des Berliner Kongresses nicht von Dauer, ein Übergang bloß zu neuen Bildungen. Eines aber stand fest, daß Rußland durch seinen militärischen Sieg über die Türken für sich selbst letzten Endes nur

wenig mehr erzielte als durch den an Niederlagen reichen Krimkrieg. Wieder stieß es sich wie 1854 an Österreich wund: hier liegt die Ursache der unversöhnlichen Feindschaft Rußlands gegen die sich ihm quer vorlegende habsburgische Monarchie.

Graf Andrassy war nicht mit einem festen Balkanprogramm ins Amt getreten, seine Ansichten formten sich erst mit den Ereignissen, denn er war vor allem ein Mann der Tat, nicht des Gedankens. Die Erwerbung Bosniens und der Herzegowina betrieb er anfangs nicht eben eifrig, da er die Zahl der Slawen der Monarchie nicht ohne Not vermehren mochte. Das Ziel selbst wurde ihm durch Kaiser Franz Josef gesteckt, der schon 1875 geneigt war, darauf loszugehen: den Denkwürdigkeiten des Generals Mollinary ist zu entnehmen, daß bereits damals die Besitznahme der zwei Provinzen durch eine Armee unter Mollinarys Führung in Aussicht genommen war. Andrassy jedoch mahnte ab und entwickelte dem Kaiser am 17. August 1875 den etwas unklaren Plan einer bloß „fakultativen“ Annexionspolitik, was einer Mahlzeit ohne rechten Hunger gleichkam[1]). Er faßte den Entschluß zum Handeln erst, als der Vorschlag zur Ausdehnung der Monarchie von Petersburg kam. Seitdem aber ging er seinen Weg mit voller Sicherheit. Wie er sich die Zukunft des Balkans dachte, geht aus dem mit Rußland am 15. Januar 1877 geschlossenen Vertrag deutlich hervor. Österreich-Ungarn sagte seine Neutralität im Türkenkriege nur unter der Bedingung zu, daß auf der Balkanhalbinsel kein großer slawischer Staat gebildet werden dürfte. Vielmehr sollte nach der Absicht Andrassys ein Kranz von kleineren Gemeinwesen entstehen: Bulgarien und getrennt davon Ostrumelien; neben Serbien und Montenegro ein selbständiges Albanien und, was bezeichnend ist, auch ein autonomes Mazedonien[2]). Dabei schwebte dem Grafen Andrassy die Angliederung der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel an Österreich-Ungarn vor, nicht die förmliche Eroberung und Einverleibung, wohl aber der Gewinn maßgebenden Einflusses. Es ist glaubhaft, daß Andrassy, wie der türkische Bevollmächtigte am Berliner Kongreß Karatheodori Pascha in seinen Denkwürdigkeiten berichtet, diese Gebiete

---

[1]) Wertheimer II, S. 259; A. Freiherr v. Mollinary, „46 Jahre im österreichisch-ungarischen Heere“. (Zürich 1905.) II, S. 281—308.

[2]) G. Hanotaux, „Histoire de la France contemporaine“. (Deutsche Übersetzung IV, S. 341.) — Wertheimer III, S. 91—93. — A. Fournier, „Wie wir zu Bosnien kamen“, (Wien 1909), S. 43.

allmählich in den Zollverband der Donaumonarchie einbeziehen wollte. Den Beginn gedachte er mit Serbien zu machen. Er verwendete sich auf dem Berliner Kongreß für die Vergrößerung Serbiens, das infolgedessen vier von Bulgaren bewohnte Kreise, das Gebiet von Nisch und Pirot erhielt; dafür mußte Serbien versprechen, eine Zollunion mit Österreich-Ungarn einzugehen. Diese Zusage wurde von der serbischen Regierung nicht gehalten und der verständige Plan Andrassys später von seinen eigenen Landsleuten durchkreuzt, welchen der handelspolitische Zusammenschluß mit den Balkanstaaten, besonders mit Serbien, unbequem war; hätte doch die freie Einfuhr von Vieh aus Serbien, von Getreide aus Rumänien die Preise dieser Produkte auf den Märkten von Wien und Budapest gedrückt. Seiner großen Auffassung lagen derartige Bedenken fern. Daß Andrassy nie öffentlich von seinen ausgreifenden Plänen sprach, hatte einen doppelten Grund. Auf der einen Seite war die öffentliche Meinung in Ungarn wie in Deutsch-Österreich einer Ausdehnung der Monarchie nach Südosten abhold. Dann aber, und das war die Hauptsache, würde die Pforte Österreich-Ungarn noch mehr beargwohnt haben als Rußland; aus Furcht, auch Albanien und Mazedonien — wie bereits Bosnien — an die „Schwabas" zu verlieren, hätte der Sultan sich vielleicht dem Zaren in die Arme geworfen. Daher das Dunkel, in das Andrassy seine Entwürfe hüllte. Er wies übrigens den Gedanken weit von sich, die Ausdehnung der Monarchie bis ans Ägäische Meer durch die russische Herrschaft über Konstantinopel zu erkaufen. Seiner Überzeugung nach genügte zur Durchführung der österreichischen Balkanpläne das Bündnis mit dem Deutschen Reiche. Er entwickelte dem Kaiser Franz Josef, daß Deutschland bei einem Zusammenstoße Österreich-Ungarns mit dem Zarenreich keine andere Wahl besäße als die Unterstützung der habsburgischen Monarchie. Auch rechnete er darauf, daß England, seiner bisherigen Politik entsprechend, die Meerengen den Russen auch in Zukunft nicht gönnen werde. Er lehnte also die Anregung Bismarcks, den Zaren in Konstantinopel gewähren zu lassen, bestimmt ab. Andrassy legte großen Wert darauf, daß Österreich-Ungarn durch die Berliner Kongreßakte die Vollmacht erhielt, „bis über Mitrowitza hinaus" nach Süden vordringen zu dürfen; er glaubte damit die Ausbreitung der Monarchie gegen das Ägäische Meer vorbereitet zu haben. In diesem Sinne sagte er, von Berlin heimgekehrt, zu seinem Kaiser: „Nun sind Eurer Majestät die Tore zum Orient geöffnet."

Mitteleuropäisches Bündnis

In Petersburg gab man sich keiner Täuschung darüber hin, daß das Spiel zunächst verloren war. Aber nicht Gortschakow, der den Türkenkrieg politisch schlecht vorbereitet hatte, galt für den Schuldigen; die Panslawisten überhäuften vielmehr Bismarck mit Vorwürfen, angeblich, weil er Rußland auf dem Kongreß nicht genügend unterstützt hatte. Was aber konnte der deutsche Reichskanzler mehr tun, als den beteiligten Großmächten wiederholt empfehlen, Stambul nicht gegen die Russen zu verteidigen? Doch vergebens, Deutschland galt nun einmal für undankbar: seine Einigung war nach russischer Auffassung nur möglich gewesen, weil Rußland im Kriege von 1870 wohlwollende Neutralität befolgt hatte, somit hätte Bismarck als Gegenleistung ein Machtwort sprechen und Österreich-Ungarn während des Türkenkrieges im Zaume halten sollen. Immer wieder wiesen die Russen auf den Brief hin, in welchem Wilhelm I. seinem Neffen, dem Zaren Alexander II., unmittelbar nach dem Kriege von 1871 seinen Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen hatte. Nun lag die Verkettung der Dinge klar vor den Augen: Alexander II. wünschte 1870 den Sieg der Deutschen im Interesse Rußlands und hielt Österreich durch seine Drohungen von der Einmischung ab, weil Frankreich und die Donaumonarchie sich im Krimkrieg dem russischen Anschlage auf Konstantinopel widersetzt hatten; mit Vergnügen sah Rußland seine Hauptgegner 1866 und 1870 gedemütigt. Es war eine Naivität, zu erwarten, daß dieser Sachverhalt den deutschen Kanzler sentimental stimmen werde. Falsch war die Rechnung, Deutschland werde deshalb Rußland bei der Unterwerfung des nahen Orients unterstützen und sich sogar mit Österreich-Ungarn und England verfeinden. Bismarck durfte nicht daran denken, Österreich, Deutschlands Vormauer gegen Osten und Südosten, den Russen zu opfern. Hochmütig forderte Gortschakow 1878 die Unterstützung Deutschlands wie eine Schuld ein, obwohl er 1875 die Erbitterung Bismarcks wachgerufen hatte, indem er sich im deutsch-französischen Streite als Schiedsrichter gebärdete. Alles was Bismarck auf dem Berliner Kongreß tat, um als „ehrlicher Makler" auch dem Petersburger Kabinett zu nützen, erschien den Russen un-

zureichend. Sie erhoben gegen Deutschland 1878 denselben Vorwurf der Undankbarkeit wie 1854 gegen Österreich.

Immer drohender wurde nach dem Kongreß die Sprache Rußlands, der Panslawismus erkor sich Deutschland, nicht Österreich zum Hauptgegner. General Skobelew, seit dem Türkenkriege mit Ruhm bedeckt, machte sich in öffentlichen Reden zum Sprachrohr dieser Angriffe. So reifte in Bismarck der Entschluß, das Deutsche Reich aufs engste mit Österreich-Ungarn zu verbinden. Als der Kanzler zu diesem Behuf im Herbst 1879 nach Gastein und Wien reiste, hatte er das Größte im Auge. Er machte dem Wiener Kabinett den Vorschlag eines Bündnisses, welches in die Verfassungen Deutschlands, Österreichs und Ungarns einzutragen wäre; von den Parlamenten von Berlin, Wien und Budapest bestätigt, hätte der Bundesvertrag wieder nur mit Zustimmung der Volksvertreter gekündigt werden dürfen. Darauf jedoch wollten sich die Staatslenker Österreich-Ungarns nicht einlassen, so daß ein „pragmatisches Bündnis", wie Windthorst es später taufte, nicht zustande kam. Und noch in einer anderen Hinsicht drang Bismarck bei dem Wiener Kabinett nicht durch. Er wollte nämlich so abschließen, daß sich das Bündnis als ein „generelles" wider jeden Feind gerichtet hätte — gegen Ost und West, gegen Süd und Nord. Das lehnte Andrassy ab, da die Donaumonarchie nicht gewillt war, die Bürgschaft für Elsaß-Lothringen auf sich zu nehmen. Andrassy hat immer, auch in einer 1885 dem Kaiser von Österreich unterbreiteten Denkschrift, den unversöhnlichen Gegensatz Deutschlands zu Frankreich als einen Posten in seine politische Rechnung gestellt; darin sah er einen Vorteil für Österreich-Ungarn, da Deutschland keine andere zuverlässige Verbindung schließen könne als mit Österreich-Ungarn. Andrassy schlug also statt des generellen Bündnisses bloß ein gegen Rußland gerichtetes vor. Dazu verstand sich Bismarck nur schwer, und er stieß, als er zuletzt einwilligte, auf die Weigerung seines Kaisers. Wilhelm I. wollte das herkömmliche gute Verhältnis des Berliner zum Petersburger Hofe nicht gestört wissen, keine unüberbrückbare Kluft gegen den östlichen Nachbarn aufreißen lassen. Auch das Wiener Kabinett hätte besser getan, diesen Gründen zu weichen und nicht darauf zu bestehen, daß die Allianz nach Sinn und Wortlaut von einem abzuwehrenden russischen Angriff sprach. Andrassy glaubte jedoch einen Erfolg davonzutragen, indem er die Verpflichtungen des Bündnisses einengte. Deutschland ging also darauf ein, aber es scheint, daß bei

Bismarck ein Stachel zurückblieb und daß er unter diesen Umständen zu Österreich-Ungarn kein volles Vertrauen fassen konnte. Immer hielt er sich noch die Verbindung mit Rußland offen, was er in den „Gedanken und Erinnerungen" auch seinen Nachfolgern einschärfte. Hätten sich die zwei Mächte schon 1879 auf Gedeih und Verderb zusammengeschlossen, so wären in den nächsten Jahrzehnten zwischen ihnen nicht die Mißverständnisse aufgetaucht, die von Zeit zu Zeit beglichen werden mußten. Bismarck hat viel schärfer als Andrassy vorausgesehen, daß die Reiche der Habsburger und Hohenzollern völlig aufeinander angewiesen waren, sonach kein Unterschied zwischen den Feinden des einen und des anderen gemacht werden durfte. Aber auch so, wie das Bündnis am 7. Oktober 1879 zustande kam, ist es das stärkste, von dem die Geschichte zu erzählen weiß. Es wurde auch dafür gesorgt, daß nach dem Ablauf des Vertrages nicht wieder neue Verhandlungen notwendig waren, um ihn zu verlängern. Diese Tatsache steht fest, wenn auch die Bündnisfrist unbekannt ist; nach einer Nachricht galt der Vertrag immer für je sechs Jahre und lief von selbst für eben diese Zeit weiter, wenn er nicht nach dem vierten Jahre seiner Geltung ausdrücklich gekündigt worden war. Es bleibe dahingestellt, ob diese Angabe richtig ist; sicher ist, daß die zwei Mächte 1879 die automatische Fortdauer des Vertrags vereinbart haben, wofern nicht ein Teil früher zur Kündigung geschritten ist. Diese Bestimmung ist einer der Grundpfeiler im Baue Mitteleuropas. Übrigens hat das innerste Bedürfnis der zwei mitteleuropäischen Reiche von selbst die Lücke ausgefüllt, die im Vertrage vom 7. Oktober 1879 auf Wunsch des Wiener Kabinetts offengelassen wurde. Was der Allianz anfangs an Inhalt fehlte, ist ohne ausdrückliche Abmachung durch die Macht der Tatsachen ergänzt worden. Es ist ein Bündnis auf Leben und Tod geworden, so daß im Weltkrieg von 1914 die von Bismarck nicht durchgesetzte Bestimmung so in Kraft getreten ist, als ob auf sie ein Treuschwur abgelegt worden wäre.



II

Besitzergreifung Afrikas

1881 — 1885

II. Besitzergreifung Afrikas 1881—1885

Vorbemerkungen

Während der bisher geschilderten Ereignisse stand Konstantinopel im Mittelpunkt der Politik der Großmächte. Schon aber öffneten sich die Hintergründe der Weltbühne, und weit entfernte, zum Teil neu erschlossene Räume der Erdoberfläche wurden der Schauplatz, auf dem sich die Nationen maßen. Afrika und Hinterasien wurden in die Weltpolitik einbezogen. Wenn die neue Epoche auch nicht mit einer einzelnen bestimmten Tatsache anhebt, so ist doch unverkennbar, daß der Einschnitt etwa ins Jahr 1884 fällt. Von da erst wird unsere Darstellung eigentlich einsetzen.

Noch war Afrika von kühnen Forschungsreisenden erst halb entschleiert und schon warfen sich die seefahrenden Nationen Europas auf den schwarzen Erdteil mit einer Begierde, wie sie von einem sich entkleidenden Weibe angefacht wird. Alle anderen Gebiete der Erde waren bereits verteilt, nur Afrika lag, wenigstens nach der selbstischen Vorstellung des weißen Mannes, herrenlos da. Nach Völkerrecht gehört überseeisches Land derjenigen erobernden Nation, die daselbst zuerst ihre Flagge hißt; die Eingeborenen stehen, auch wenn sie den Boden seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden besessen und bebaut haben, außerhalb besagten Völkerrechts und sind bloß Gegenstände, über die nach Übereinkunft verfügt wird. Keines der seefahrenden Völker Europas wollte das Schicksal des Poeten bei der Teilung der Welt erleben, alle griffen zu, um bei der Besitzergreifung nicht zu spät zu kommen.

Der Hochmut der Europäer geht leichthin über die Tatsache hinweg, daß islamitische, besonders arabische Missionäre und Kaufleute ihnen bei der Durchquerung Afrikas weitaus, stellenweise um Jahrhunderte zuvorgekommen sind. Im Jahre 1854 erreichte der deutsche Reisende Heinrich Barth unter Lebensgefahr Timbuktu, die Hauptstadt des westlichen Sudan, der erste Europäer, der von dort der Christenheit nähere Kunde brachte. Der Islam aber war schon kurz nach dem Jahre 1000

von Marokko her in diese Gegend gedrungen und hatte die Völker von Nordafrika für sich gewonnen; Sultan Manso Mussa unternahm von seiner Hauptstadt Timbuktu aus 1326 mit stattlichem Gefolge eine von arabischen Dichtern besungene Pilgerfahrt nach Mekka. Ähnlich in der Mitte des Erdteils, wo das mohammedanische Reich Kanem bis ins 12., das von Bornu ins 14. Jahrhundert zurückreicht. In Südafrika kam es wohl nur an der Küste von Sansibar zu einer arabischen Staatengründung, indessen streiften von hier Elfenbein- und Sklavenhändler bis an den Tanganjikasee und weiter westwärts. Der mächtigste dieser arabischen Kaufleute, Tippu-Tipp, erwies den europäischen Afrikareisenden, auch dem den Kongo abwärts ziehenden Stanley, manchen großen Dienst. Der naive Leser der Reiseschilderungen Stanleys folgt ihm mit atemloser Spannung durch völlig unbekannte Gegenden, ist aber erstaunt, daß Stanley dort Wegweiser findet, über deren Herkunft absichtlich — um das eigene Verdienst nicht zu verkleinern — nur wenig gesagt wird. Über das Innere Afrikas wußte man in Sansibar und Mekka seit langer Zeit mehr, als die europäischen Geographen sich träumen ließen.

*

Französische Kolonialpolitik. Tunis

Als nun das Verständnis für Macht- und Exportausdehnung in Afrika unter den europäischen Nationen erwachte, waren die Franzosen die ersten, die zugriffen. Algier wurde 1830 erobert, dann schritt Napoleon III. zur Unterwerfung Senegambiens. Hier leistete General Faidherbe, der sich später im Kriege gegen Deutschland 1871 bewährte, Hervorragendes als Soldat und Organisator. In den siebziger Jahren wurde Brazza der Bahnbrecher für französische Forschung und Kolonisation, indem er von Senegambien gegen den Kongo vordrang und weite Gebiete für sein Vaterland mit Beschlag belegte. Dann nahm Frankreich 1881 Tunis in Besitz, den Italienern zuvorkommend, welche sich auf dieses Land schon deshalb schöne Hoffnung machten, weil sich 60 000 Söhne ihres Landes dort niedergelassen hatten; durch den Vertrag von Bardo mußte der Bey von Tunis die Oberherrschaft der französischen Republik anerkennen.

Die letzte dieser Erwerbungen wurde gemacht, als Jules Ferry 1880 bis 1881 Ministerpräsident war. Das französische Kolonialreich verdankt ihm mehr als einem anderen Staatsmanne der Republik. Da er die Grenzen Frankreichs jenseits des Ozeans auszudehnen bestrebt war, hielt er es für notwendig, mit Deutschland gute Nachbarschaft zu halten; er wählte seinen Standpunkt abseits der elsässischen Grenzfrage. Bemerkenswert ist, daß auch die zwei Begründer der Republik, Thiers und Gambetta, der Annäherung an Deutschland günstig gesinnt waren; im Gegensatze zu ihnen waren es die kleinen Geister, welche die Kluft zwischen den zwei Nationen vertieft haben. Gambetta trug sich sogar mit dem Gedanken einer Begegnung mit Bismarck, den er halb mit Bewunderung, halb mit Grauen das Ungeheuer, le monstre, zu nennen pflegte. Es reizte den Tribunen, dem großen Kanzler Aug' in Auge gegenüberzustehen: die Verabredung über seinen Besuch bei Bismarck war schon getroffen, als er die Reise auf den Rat seiner Freunde aufgab, die für seine Volkstümlichkeit fürchteten[1]). Ferry, eine nüchterne und praktische Natur, begnügte sich damit, sich die Unterstützung der deutschen Regierung für seine Kolonialpläne zu sichern. Als er den Anschlag auf Tunis vorbereitete, sorgte er dafür, daß die Ansprüche Italiens nicht in Bismarck den Helfer fänden. Gerne willfahrte ihm der Kanzler, da er ein besseres Verhältnis zu dem westlichen Nachbar anbahnen wollte. Er ermutigte die Franzosen zu überseeischen Unternehmungen in dem Wunsche, die Aufmerksamkeit des unruhigen Volkes von Elsaß-Lothringen abzulenken. Durch den französischen Gesandten Herbette ließ der Kanzler der Regierung der Republik sagen, es müsse doch bedacht werden, daß die Engländer ganze Erdteile hätten unterwerfen können, weil Deutschland und Frankreich sich durch Jahrhunderte wegen eines kleinen Grenzstreifens bekämpften. In einem der Gespräche mit Herbette ging Bismarck die ganze Weltkarte durch und legte dar, es wäre im Interesse beider Nationen, in den überseeischen Angelegenheiten zusammenzugehen und die Begehrlichkeit anderer Nationen im Zaume zu halten. Da Ferry somit nicht zu besorgen hatte, Deutschland plane einen Überfall, kam er in Tunis den Italienern zuvor und schritt darauf auch an die Eroberung der östlichen Hälfte von Hinterindien.

---

[1]) Hanotaux, „L'histoire de la France contemporaine", 4. Bd., S. 158 u. 268.

Verwirrung in Ägypten

Der Begründer des heutigen Ägypten, Mehemed Ali, war von 1806 bis 1849 unter dem Titel eines Wali, eines türkischen Statthalters, der Beherrscher des Nillandes, in welchem er despotischen Sinnes europäische Bildung zu pflanzen unternahm und das er bei seinem Tode als das fortgeschrittenste aller islamitischen Länder zurückließ. Der Aufschwung Ägyptens dauerte unter seinen Nachfolgern fort, die seit 1867 mit Bewilligung des Sultans den Titel eines Vizekönigs (Khediv) führten. Mehemed Alis Enkel, Ismail Pascha, 1863—1879, überspannte im Guten wie im Schlimmen die Kräfte des reichen Landes: er häufte eine gewaltige Schuldenlast auf, einerseits, um durch Hebung der Landwirtschaft wie anderer Erwerbszweige Ägypten im Handumdrehen zu höchster Blüte zu bringen, dann aber auch, um seinem Hange zur Verschwendung zu frönen. Er übernahm von seinem Vorgänger eine Staatsschuld von etwa 300 Millionen Mark, die bis 1875 auf fast 2000 Millionen anschwoll. Wohl war die größere Hälfte dieses Geldes nutzbringend verwendet: außer dem Suezkanal wurden 112 Bewässerungskanäle in einer Gesamtlänge von 8400 englischen Meilen gegraben; das Eisenbahnnetz wuchs von 275 auf 1185 englische Meilen; mehr als 5000 Meilen Telegraphenleitungen wurden gelegt; 430 Brücken gebaut, darunter die einen Weltruhm genießende Gesirehbrücke; Häfen, Wasserleitungen, Leuchttürme und Straßenzüge entstanden in erstaunlicher Schnelligkeit. Unmöglich aber konnten die verwendeten Kapitalien sich sofort verzinsen, so daß die Aufbringung der Zinsen immer größere Schwierigkeit machte. Die Fortschritte Ägyptens im Verlaufe der 70 Jahre bis 1876 waren nach dem Urteil des Berichterstatters der „Times", Moberly Bell, so groß wie die anderer Länder in 500 Jahren. Gleiches bezeugte der amerikanische Generalkonsul De Leon: „Die Verbesserungen, die während der letzten zwölf Jahre" (unter Ismail Pascha) „in Angriff genommen und ausgeführt wurden, sind wunderbar und unerreicht." Tatsächlich stieg die Fläche des bebauten Landes von 1862 bis 1879 von 4052000 auf 5425000 Acres, in derselben Zeit die Ausfuhr von 4454000 auf 13810000 Pfund Sterling. Diese Tatsachen beweisen,

wie falsch das Gerede ist, die englische Verwaltung hätte das Land in völliger Vernachlässigung übernommen, durch sie allein wäre Ägypten zu wirtschaftlicher Blüte emporgestiegen[1]).

Erbärmlich war allerdings die Finanzverwaltung. Abgesehen von der sinnlosen Verschwendung durch den Vizekönig bestand das Übel in der unglaublichen Bewucherung durch das europäische Kapital. Ismail Pascha erhielt durch zehn Jahre so viel Geld als er wünschte, aber zu den höchsten Zinsen, unter drückenden Provisionen für die Banken, unter den schwersten Bedingungen, wenn eine fällige Schuld erstreckt werden mußte. Als die englische Regierung 1875 eines ihrer Mitglieder, den Generaladvokaten des Schatzamtes Stephen Cave, zur Untersuchung der Lage nach Ägypten schickte, gab es 68 Millionen Pfund fundierter Schulden und 28 Millionen Pfund Wechsel und anderer schwebender Schulden; Cave berechnete aber, daß von jenen 68 Millionen nur 44 Millionen in die ägyptische Staatskasse geflossen waren, während das übrige in die Tasche der Agenten, der Banken, dann bestechlicher Minister und Beamten gewandert war. So stand der Khedive nach zwölfjähriger Regierung am Rande des Bankerotts. Nach sachkundiger Schätzung ist mehr als ein Zehntel des eingezahlten Schuldkapitals von ihm persönlich vergeudet worden: das war arg genug, da seine Zivilliste und sein Privatvermögen ihm ohnedies bedeutende Ausgaben gestatteten. Der finanzielle Niederbruch Ägyptens ist jedoch weit mehr auf die Übereilung in den Nutzanlagen, ferner auf die Ausplünderung durch das französische und englische Kapital zurückzuführen.

Stephen Cave bezeichnete in seinem der Regierung erstatteten Gutachten als Mittel zur Heilung der schwerkranken Finanzen neben einer sparsamen Wirtschaft die Zusammenlegung der zahlreichen Anleihen und die Festsetzung eines niedrigeren Zinsfußes. Das letztere war eine ganz angemessene Maßregel, da die Kapitalisten das Land zur Genüge ausgesaugt hatten und nach Einsackung großer Gewinne sich mit einer geringeren Verzinsung begnügen konnten. Dies erklärte im englischen Unterhause auch ein anderer angesehener Finanzmann, Sir George Eliot. Die englische Regierung — Disraeli war Premier-

[1]) Über die ägyptischen Zustände unter Ismail Pascha belehrt am besten das Buch Th. Rothsteins, „Egypt's Ruin". (London 1910 bei A. C. Fifield.) Rothstein veröffentlichte später einen Auszug aus diesem Buche in den „Ergänzungsheften zur Neuen Zeit", Nr. 10 (14. Juli 1911) unter dem Titel: „Die Engländer in Ägypten".

minister — wollte jedoch ihre Zustimmung nur gewähren, wenn Ismail Pascha sich dem britischen Protektorat unterwerfe. Ägypten war den Engländern wertvoll geworden, seitdem der Suezkanal gebaut war; der Khediv hatte schon 1875 die ihm gehörigen Suezkanalaktien um vier Millionen Pfund an Großbritannien verkauft; dieses aber begehrte die Herrschaft über das reiche Land. Da der Khediv jedoch nicht auf das Ansinnen Großbritanniens einging, mußte er sich ein Jahr später bankerott erklären.

Darauf wurde eine europäische Schuldenkommission eingesetzt, in der der Engländer Baring und der Franzose Blignières die Hauptpersonen waren. In der Sache bestand also von 1876 bis 1882 ein englisch-französisches Kondominium, und diese Zweiherrschaft brachte über das ägyptische Volk, namentlich über die Bauern, so viel Steuerelend wie nur je bei der ärgsten Mißwirtschaft unter despotischen Herrschern. Denn die Schuldenkommission preßte im Interesse der Gläubiger aus dem Lande übermäßige Summen heraus. Wohl gestatteten die Kabinette von London und Paris, was sie Ismail Pascha abgeschlagen hatten, daß die Zinsen der früheren Anleihen zum größten Teil auf sieben vom Hundert herabgesetzt wurden; da aber der Khediv die Schuldzinsen früher immer durch neue Anleihen gedeckt hatte, während jetzt die Steuerträger dafür aufzukommen hatten, versteigerte man dem Fellachen das Korn auf dem Felde und erhob selbst im voraus alle Steuern, deren man habhaft werden konnte. Daneben wurde der Sold der einheimischen Beamten wie der Offiziere gekürzt, viele der letzteren entlassen. Der Berichterstatter der „Times" meldete: „Die pünktliche Zahlung des Coupons hört auf ein Gegenstand der Genugtuung zu sein, wenn man sich der verarmten, überanstrengten, unterernährten Bauern in ihren elenden Hütten erinnert, die Tag und Nacht fronen, um die Taschen der Staatsgläubiger zu füllen." Der beste Kenner des Gegenstandes, Th. Rothstein, schreibt: „Das Jahr 1878 war besonders entsetzlich. Der Nil war im vergangenen Herbst sehr niedrig gewesen, 800 000 Morgen Land waren unbewässert geblieben, und auf der übrigen Fläche war die Baumwollernte, die Hauptquelle des Reichtums, sehr schlecht ausgefallen. Außerdem setzte eine schreckliche Viehseuche ein, und dazu kam eine Krise auf dem Baumwollmarkt. Infolgedessen herrschte im ganzen oberen Ägypten eine seit Generationen nicht mehr gekannte Hungersnot. Frauen und Kinder wanderten bettelnd von Hof zu Hof, von Dorf zu Dorf und verzehrten

die Abfälle und selbst den Mist auf den Straßen. Es wurde berechnet, daß in diesem Sommer 10000 Menschen durch Hunger umkamen, und viele Tausende mehr starben an Dysenterie und ähnlichen Hungerkrankheiten. Aber umsonst flehte Ismail, es möge wenigstens diesmal die Zahlung des Coupons verschoben werden: die englische Regierung wollte davon nichts hören, und die beiden Coupons im Mai und im Juni wurden pünktlich bezahlt." Allerdings brachten diese barbarischen Maßregeln es zuwege, daß der ägyptische Staatshaushalt zwischen 1880 und 1882 ins Gleichgewicht kam und daß sich zuletzt sogar Überschüsse einstellten. Die Finanzkünstler behielten auf Kosten des ägyptischen Bauers recht.

*

Besetzung Ägyptens durch die Engländer

Das war der Nährboden für die nationale Erhebung, die sich seit langem im Lande vorbereitete. Ihre Träger und geistigen Leiter befanden sich in der berühmten Azar-Universität zu Kairo, der größten der mohammedanischen Welt, der damals 230 Professoren und 7700 Studenten angehörten. Hier war die Stätte des liberalen Islams, der den Anschluß an die europäische Bildung, Toleranz gegen Andersgläubige, Menschenliebe als obersten religiösen Grundsatz lehrte. Alle Hoffnung wurde auf das arabische Element gesetzt, welchem die Erbschaft der bildungsunfähigen türkischen Rasse zufallen werde: den Reformern schwebte als entferntes Endziel die Errichtung eines arabischen Kalifats an Stelle des osmanischen vor. Die Sentimentalität und Unklarheit der Bewegung stand im Widerspruche mit der Natur des Islams, dieser Religion eines erobernden und Herrenvolkes. Der Prophet Mohammed formte seine Lehre für Krieger, nicht für Professoren.

Das wurde auch von den gelehrten Ulemas und Derwischen gefühlt und sie verbanden sich deshalb mit den unzufriedenen Offizieren des ägyptischen Heeres, denen die englisch-französische Finanzverwaltung den Sold herabgesetzt oder auch den Abschied gegeben hatte. Diese scharten sich um den Obersten Arabi Pascha, unter dessen Führung am 9. September 1881 eine Militärrevolution ins Werk gesetzt wurde.

Sie verlief ganz unblutig, erreichte aber ihr Ziel: der Khediv Tewfik Pascha mußte seine vom Ausland abhängigen Minister entlassen, sich mit volkstümlichen Ratgebern umgeben und eine Art nationaler Vertretung, eine Notablenkammer, einberufen. Arabi Pascha war fortan der mächtigste Mann. Er stammte von Fellachen ab und war seit Menschengedenken der erste Sprosse des gedrückten Landvolks, der sich in Ägypten zu einer leitenden Stellung emporschwang. Aber ihm fehlte schon nach seiner Herkunft Eisen im Blute. Er hing dem Islam schwärmerisch an, was sich bei ihm mit der Hinneigung zu den Ideen der französischen Revolution vermengte, die er aber bei seiner lückenhaften Bildung nur dunkel verstand. Von brennendem Ehrgeiz erfüllt war er doch weich geartet, dabei ohne militärisches Talent und ohne Kenntnisse im Kriegswesen. Er war das Gegenteil eines tapferen Soldaten, wie sich in den Endkämpfen um die Unabhängigkeit Ägyptens erwies. Er folgte in allem seinen geistlichen Beratern; das beste an ihm war die Teilnahme für sein gedrücktes Volk, das ihn zum Danke als Retter und Befreier verehrte.

Arabis ebenso wohlmeinende wie verschwommene Ideen stießen aber hart mit den Interessen Englands und Frankreichs zusammen. Das Großkapital dieser Länder bangte für seine Schuldpapiere, deren wucherische Verzinsung von den ägyptischen Patrioten angefochten wurde. Die zwei westlichen Nationen hatten die Hand auf das Niltal gelegt und wollten die gewonnene Machtstellung nicht aufgeben. Für Großbritannien stand noch Größeres auf dem Spiele. Über den Suezkanal geht der nächste Weg nach Indien und Südafrika, es war eine Lebensfrage für das britische Reich, daß die wichtige Straße nicht in fremden Besitz kam. Demgegenüber wog federleicht, was sich von Menschenfreunden für die unausgegorene ägyptische Freiheit sagen ließ.

Indessen zögerte die englische Regierung noch mit dem Zugreifen. Der Premierminister Gladstone, der hundertmal versichert hatte, die Unabhängigkeit der fremden Völker sei ihm und England heilig, brachte den Abfall von seinen Grundsätzen nicht von heute auf morgen über sich. Der Minister des Äußern in seinem Kabinett, Lord Granville, war eine unentschlossene Natur, schon aus persönlicher Bequemlichkeit ruheliebend, einer jener englischen Politiker, die durch Familienverbindungen und durch Benutzung des parlamentarischen Getriebes in leitende Stellungen emporgekommen sind; auch sagte ihm eine lange Erfahrung, daß England gut daran tue, die Dinge erst reifen zu lassen,

bevor es auf Eroberung ausging. Die Seele des Ministeriums des Äußern war der hochbegabte Unterstaatssekretär Sir Charles Dilke, der mit voller Bestimmtheit auf die Erwerbung Ägyptens ausging, die er schon 1878 im Parlament empfohlen hatte. Er verstand sich darin trefflich mit dem Handelsminister Chamberlain, nächst Gladstone dem einflußreichsten Mitgliede der Regierung. Auch Königin Viktoria, die durch Disraeli an einer ausgreifenden Orientpolitik Geschmack gefunden hatte, wollte nicht zugeben, daß Ägypten den Briten entglitt. Aufs lebhafteste drängte das Großkapital zum Handeln, für welches der Vertreter der Staatsgläubiger in Kairo Sir Auckland Colvin umsichtig und energisch tätig war. Hinter diesen politischen Kräften stand das britische Volksgefühl, das sich niemals, weder durch die Manchesterlehre noch durch den Pazifismus, von dem großen Gedanken der Weltherrschaft Englands ablenken ließ[1]).

Da Gladstone und Granville noch zurückhielten, fiel die Führung in der Angelegenheit anfangs der französischen Regierung zu. Gerade war Gambetta (14. November 1881) an die Spitze eines kurzlebigen Ministeriums getreten, und dieser leidenschaftliche, großzügige Staatsmann wollte die Gelegenheit benutzen, um den französischen Einfluß in Ägypten zu befestigen. Er gewann die englische Regierung für eine gemeinsame französisch-englische Note, die, am 6. Januar 1882 abgesendet, dem Khediv von oben herab ankündigte, die zwei Westmächte seien bereit, ihn gegen alle Gefahren zu schützen. Das war eine Aufforderung an den Vizekönig, sich von der nationalen und Militärpartei in seinem Lande loszusagen und sich einem französisch-englischen Protektorat zu unterwerfen. Der hochfahrende Ton der Note verfehlte die beabsichtigte Wirkung. Denn Arabi Pascha und sein Anhang waren nicht bloß beleidigt, sondern durch die Ankündigung militärischen Eingreifens der Westmächte auch bedroht. Als Antwort nötigten sie den Khediv im Januar 1882, Arabi zum Kriegsminister zu ernennen; im ganzen Lande wurden Truppen ausgehoben, um dem Einfall der Fremden die Spitze zu bieten.

Von da ab waren Chamberlain und Dilke zum Handeln entschlossen und rissen Gladstone, der zuletzt nur den Schein wahren wollte, mit sich fort. Die englische Regierung ging jetzt der französischen voran, da

[1]) Colvin veröffentlichte das Buch „The making of modern Egypt". — The Life of Sir Charles Dilke von Gwynn und Tuckwell (London 1917)

Gambetta am 26. Januar 1882 gestürzt wurde und sein Nachfolger Freycinet größere Verwicklungen, besonders militärischer Art, vermeiden wollte[1]). Es war vorbildlich, wie die Männer der Tat in England die öffentliche Meinung ihres Landes bearbeiteten, wie sie die Stimmung Europas gegen die nationale Bewegung in Ägypten beeinflußten. Durch die gesamte angelsächsische Presse ging der Ruf, in Ägypten herrsche Anarchie, hervorgerufen durch die von Arabi eingeführte Säbelherrschaft. Dieser Verschwörer tyrannisiere den armen Vizekönig, der aus seiner Gewalt befreit werden müsse. Die Aktion wurde von Colvin geleitet, der die Berichterstatter der englischen Blätter zu Kairo beeinflußte und persönlich mit der Redaktion der „Times" in Verbindung stand. Die Zeitungsagenturen Reuter und Havas, immer vom Großkapital abhängig, setzten maßlose Übertreibungen in betreff der in Ägypten herrschenden Verwirrung in die Welt. Tatsache war, daß zwar Aufregung herrschte, daß aber die Ordnung weniger gestört war als während irgendeiner in Europa ausgebrochenen Revolution. Ein Mann wie Bismarck hielt nichts von jenen Falschmeldungen und rechnete mit der ägyptischen Nationalpartei als Faktor, wenn er auch, um England nicht zu erbittern, sich der Einmischung enthielt. Jenseits des Kanals aber ging über das böse Ägypten ein Gewitter nieder. Chamberlain setzte die Handelskammern und andere kaufmännische Korporationen in Bewegung, und sie bestürmten Gladstone, der Störung des englischen Handels ein Ende zu machen.

Der nächste Schritt war, daß England und Frankreich die Ausrüstung und Absendung von Kriegsschiffen beschlossen, worauf ihre Geschwader im Mai 1882 im Hafen von Alexandrien ankerten. Gleichzeitig verlangten die zwei Mächte vom Khediv nicht bloß den Rücktritt seines Ministeriums, sondern auch die Verbannung Arabi Paschas. Das war eine ungehörige Einmischung in die Regierung eines fremden Landes, wodurch die Nationalpartei zu einem Kampfe um Sein und Nichtsein herausgefordert wurde. Jedermann konnte voraussehen, daß jetzt erst recht Unruhen ausbrechen würden. Die Moslim Alexandriens, von dem Anblick der fremden Kriegsschiffe gereizt, gerieten mit den Christen in Streit; aus einem unbedeutenden Anlasse brach ein Aufruhr aus, bei dem 40 Christen ums Leben kamen. Wenn die englische

[1]) Das Nähere in dem 1905 erschienenen Buche von C. de Freycinet, „La question d'Égypte".

Regierung es darauf angelegt hätte, die Dinge aufs äußerste zu treiben, so würde sie nicht anders haben vorgehen können.

Darauf trat zu Konstantinopel eine Botschafterkonferenz zusammen, um über Ägypten zu beschließen. Hier gaben alle Mächte, England eingeschlossen, die Erklärung ab, daß sie „weder irgendeinen Gebietsvorteil noch die Gewährung eines ausschließlichen Sonderrechts oder eines kommerziellen Vorteils für ihr Land anstrebten, soweit nicht auch jede andere Nation die gleichen Begünstigungen erhielte".

Auf Anregung Bismarcks beschloß die Konferenz, dem Sultan Abdul Hamid, als dem Oberlehnsherrn, die Absendung von Truppen nach Ägypten zu empfehlen, um das Land zum Gehorsam unter die Beschlüsse Europas zu zwingen. Der Sultan war aber nicht geneigt, sich in den schwierigen Handel einzulassen, so daß England wieder freie Hand hatte. Es schlug der französischen Regierung vor, nunmehr Ernst zu machen und gemeinsam Truppen landen zu lassen. Freycinet aber hatte kein Herz für weitausschauende koloniale Unternehmungen und lehnte ab. Darauf griff England allein zu. Den Vorwand bot der Bericht Seymours, des vor Alexandrien befehligenden englischen Admirals, wonach die den Hafen beherrschenden ägyptischen Geschütze die Sicherheit der englisch-französischen Flotte bedrohten; er verlangte unbedingt die Räumung der Forts. Daß dies nur vorgeschützt war, ging aus dem gegenteiligen Gutachten des französischen Admirals Conrad hervor, der erklärte, die paar ägyptischen Geschütze seien den Panzerschiffen nicht gefährlich. Indessen gab sich die britische Regierung, vor nichts mehr zurückscheuend, den Anschein, daß sie die Besorgnisse Seymours teile, und übertrug ihm die Vollmacht, die Forts zu beschießen und niederzulegen. Das geschah am 11. Juni 1882, nachdem die Forts das Feuer auf Befehl Arabis eine Zeitlang erwidert hatten. Durch die englischen Granaten wurde die Stadt selbst in Brand gesteckt; infolgedessen erhoben sich die wütenden Moslim, richteten unter den Europäern ein Blutbad an und legten das von diesen bewohnte Viertel in Asche. England leistete sich durch die Beschießung einer friedlichen Stadt eine Gewalttat, ähnlich der gegen Kopenhagen 1801 und 1807, wie der Blockierung des Piräus 1850; es sind Frevel, die ohne Strafe geblieben sind, weil der Stärkere sich alles gestatten darf[1]).

[1]) Daß Alexandrien zuerst von den englischen Geschützen in Brand gesteckt wurde, bezeugen Europäer, die sich in der Stadt befanden. So nach Lord Cromer, „Das heutige Ägypten" (Berlin 1908), I, S. 275.

Von jetzt ab gingen die Dinge schnell vonstatten. Der Kampf um die Forts bot den Kriegsfall, die Niedermetzelung der Europäer Alexandriens rief das Walten der durch Albion aufs würdigste vertretenen strafenden Gerechtigkeit auf. In deren Namen besetzte ein englisches Heer unter General Wolseley am 11. Juli 1882 Alexandrien, worauf dieser am 28. Juli an den Khediv eine Botschaft richtete, in der versichert wurde: „Der einzige Zweck der englischen Regierung ist, Eure Hoheit und das ägyptische Volk vor den Rebellen zu schützen.“ Dann brach Wolseley gegen die von Arabi Pascha zusammengerafften Scharen auf, die am 13. September bei Tel-el-Kebir besiegt wurden. Es war Leichtsinn und Selbsttäuschung, daß die Nationalpartei es auf die Entscheidung durch die Waffen ankommen ließ. Auch weiter wurde das kraftvoll einherschreitende England vom Glück begünstigt. Um ihre Mäßigung zu beweisen, schlug seine Regierung der französischen Republik vor, zur Sicherung des Suezkanals gleichfalls Truppen nach Ägypten zu entsenden. Zu einer Okkupation in diesem beschränkten Umfange war Freycinet bereit, damit Frankreich in Ägypten nicht völlig aus dem Sattel gehoben werde; er verlangte zu diesem Behufe von der Kammer den Betrag von 9½ Millionen Franken. Dieser Gedankengang begegnete jedoch in der Kammer kläglicher Verständnislosigkeit. Am heftigsten wetterte Clemenceau dagegen, der Führer der radikalen Partei, der Vertreterin der unteren Schichten des Bürgertums. Er behauptete, die herrschende Partei, die sich auf die Wohlhabenden stützte, denke nur an den Schutz des Kapitals und wolle die Republik in überseeische Abenteuer verwickeln, wodurch die Aufmerksamkeit der Nation vom Rhein abgelenkt werde. Diese Schlagworte verfingen auch in der Kammer und der Kredit wurde mit großer Mehrheit verweigert. Freycinet gab seine Entlassung, Ägypten aber war für Frankreich verloren. Seitdem herrschte hier Großbritannien und dieses sein Eingreifen war das weltpolitisch wichtigste Ereignis zwischen der Gründung des Deutschen Reiches und dem Bau der deutschen Flotte.

*

Gladstone

England verdankte die wichtige Eroberung dem politischen Genie der Nation, dem als selbstverständlich erachteten Zusammenwirken der Parteien, am allerwenigsten aber dem Oberhaupte seiner Regierung. Die äußere Politik Gladstones war auch in diesem Falle innerlich widerspruchsvoll, nach außen zweideutig durch den Gegensatz zwischen den ruhmredig verkündigten Grundsätzen und dem auf Englands Vorteil gerichteten Handeln. Die durch die britische Nation gehenden Widersprüche trafen sich wie in einem Schnittpunkte im Geiste Gladstones, der in seinen hervorragenden Eigenschaften wie in seinen Irrtümern den englischen Charakter widerspiegelte. Er predigte immer Gerechtigkeit und Menschenliebe, richtete sich aber als praktischer Staatsmann, wie nicht anders möglich, nach den Lebensbedürfnissen des britischen Reiches.

Der ägyptischen Nationalpartei gereichte es zum Unheil, daß sie bis zur Beschießung Alexandriens immer darauf baute, Gladstone werde sich unter keinen Umständen zu einer Gewalttat bestimmen lassen. In dieser Annahme wurde sie durch einen Freund Ägyptens, den Engländer Wilfried Blunt, bestärkt, der ihr zwar Mäßigung anriet, sie aber auch zum Ausharren ermutigte, weil er an die Gerechtigkeitsliebe Englands glaubte und weil Gladstone ihm selbst einige Zeit vor der Krise gütig und anerkennend von dem Rechte des ägyptischen Volkes auf Selbstbestimmung gesprochen hatte. Blunt, einer reichen englischen Familie angehörig, mit einer Enkelin Lord Byrons verheiratet, war auf seinen Reisen im Orient ein glühender Verehrer des arabischen Volkes geworden und nahm das, was ihm seine Freunde und Lehrer von der Azar-Universität über ihre Ziele und Aussichten sagten, für bare Münze. Er selbst war weltfremd, übertrieben in Liebe und Haß und täuschte sich völlig über die Motive der Politik seines Landes; zum Schlusse glaubte er sich von Gladstone genarrt und schrieb von ihm in maßloser Erbitterung wörtlich, er wäre jedes Verrates und jedes Verbrechens fähig[1]. Dieses Urteil beruhte auf einem Mißverständnis des Wesens Glad-

[1] Blunt veröffentlichte 1882 das Buch „The Future of Islam" und schilderte seine für Ägypten entfaltete Tätigkeit in dem Werke „Secret History of the English Occupation of Egypt" by Wilfried Scawen Blunt, das 1895 in erster, 1907 in zweiter Auflage zu Lon-

stones; freilich schrieb auch Lord Cromer in seinem Buche über das von ihm vortrefflich verwaltete Ägypten, daß Gladstone, als er die Besitznahme des Landes vor dem Parlament verteidigte, eine Rede gehalten habe „mit Sophistereien würdig eines juridischen Wortklaubers“[1]). Denn Gladstone mußte Gründe anführen, die den Bruch seiner Prinzipien verdecken sollten. Es gab in England nur eine kleine Anzahl politischer Männer, welche das, was in Ägypten geschehen war, öffentlich tadelten. Zu ihnen gehörte der alte John Bright, seinerzeit mit Cobden Führer der Manchesterschule, auch mit Gladstone enge befreundet und damals Mitglied seines Kabinetts. Der charaktervolle Mann gab seiner Mißbilligung durch den Rücktritt vom Amte Ausdruck, was Gladstone bedauerte, ohne sich jedoch beirren zu lassen. Der Ministerpräsident versicherte übrigens damals und später wiederholt, England werde Ägypten nach Wiederherstellung der Ordnung räumen; einmal beteuerte er mit Hinweis auf diese Versprechungen in den höchsten Tönen, Großbritannien denke nicht daran, das Land dauernd besetzt zu halten, da dies mit den Grundsätzen der Regierung im Widerspruch stünde, wie „mit den Gelübden, die sie Europa gegeben hatte“.

Wie anders stellt sich Gladstone dar, wenn seine innere Politik ins Auge gefaßt wird! Dieser in auswärtigen Angelegenheiten nicht selten haltlos schwankende Mann war einer der mutigsten Reformminister, die Großbritannien je besaß; was in der Zeit seines ersten Ministeriums von 1880 bis 1885 geleistet wurde, füllt rühmliche Blätter der Geschichte seines Landes. Viel verdankte ihm Irland, da 1882 den Pächtern der Besitz und Genuß ihres Bodens fast vollständig eingeräumt wurde: die Versöhnung des Landes mit Großbritannien schien sich anzubahnen. Dann folgte 1884 die Wahlreform, durch welche $2^1/_2$ Millionen Bürger mit dem ihnen vorenthaltenen Stimmrecht ausgestattet wurden. Durch diese Gesetze und andere über die Gewerkschaften, dann über die Arbeitszeit von Frauen und Kindern gewann Gladstone den größten Teil der Arbeiter, so daß sie sich der liberalen

don erschien. Das Buch ist für die Kenntnis des Gegenstandes unentbehrlich. Auch Van Benningsen, ein holländischer Richter am internationalen Gerichtshofe zu Alexandrien (Verfasser des Buches „Un juge mixte“) und Jean Ninet, der frühere Vertreter der Schweiz in Ägypten, hegten für die Nationalpartei dieses Landes volle Teilnahme. Ninet war der einzige Europäer, der bei Arabi Pascha bis zu dessen Niederlage ausharrte, während Blunt sich in London aufhielt. — Auch Lesseps stand auf Seiten der Nationalpartei.

[1]) Cromer, „Das heutige Ägypten“, I, S. 276.

Partei als linker Flügel anschlossen. Es ist das große Ergebnis seines Lebens, daß unter ihm die Brücke zwischen dem Bürgertum und dem englischen Proletariat geschlagen wurde: der Klassenkampf, der bis 1848 auch in England getobt hatte, wurde beschwichtigt. Die kleinen Leute blickten ehrfürchtig zu „dem großen alten Manne“ auf, von dem sie auch weiterhin die Besserung ihrer Lage erwarteten. Als ihm eine Abordnung aus der City später einmal Vorstellungen gegen den eiligen Gang seiner Reformen machte, erwiderte Gladstone, er gehorche der Forderung der Zeit, indem er „mit den Massen gegen die Klassen“ regiere.

Aus der Zeit seines ersten Ministeriums springen, abgesehen von der Behandlung Ägyptens, zwei Ereignisse der äußeren Politik in die Augen. Das eine fällt vor und in den Beginn seiner Amtswirksamkeit und betraf die Beziehungen zur habsburgischen Monarchie. Er war immer ein Gegner Österreichs und ging beim Wahlfeldzuge des Jahres 1880, der ihm Sieg und Amt einbrachte, scharf mit der Balkanpolitik des Wiener Kabinetts, besonders mit der Besetzung Bosniens ins Gericht. Er gebrauchte dabei Wendungen, für die er die österreichisch-ungarische Regierung um Entschuldigung bitten mußte, als er einige Monate später an die Spitze der Regierung trat[1]. Das war aber mehr eine persönliche Angelegenheit Gladstones, dagegen brachte sein Verfahren im Sudan der Weltstellung Großbritanniens großen Schaden.

Nach der Eroberung Ägyptens überließ Gladstone, um die ägyptischen Finanzen zu schonen und weil er einen größeren Kolonialkrieg vermeiden wollte, den Sudan sich selbst. Das war eine Preisgebung der großen Eroberungen, die von den ägyptischen Vizekönigen gemacht worden waren; England vermochte zunächst nicht festzuhalten, was diese gewonnen hatten. Mehemed Ali und seine Nachfolger hatten durch eine Reihe von Feldzügen ihre Macht bis an den Äquator ausgedehnt. Diese Erwerbung wurde aber schon durch die unter Ismail Pascha ausgebrochenen finanziellen Wirren in Frage gestellt. Noch mehr geschah dies durch die religiös-nationale Bewegung, die durch einen als Heiligen verehrten Derwisch, Mohammed Ahmed, hervorgerufen wurde. Er entflammte den Glaubenseifer der

[1] In dem Gladstone gewidmeten Artikel der National Biography wird das Verhalten Gladstones scharf verurteilt. John Morley geht in der Lebensbeschreibung Gladstones kurz über die Sache hinweg, wie dieses Buch überhaupt nur für die innere Politik Englands von Wert ist.

Bewohner des Sudans, indem er sich für den Mahdi ausgab, jenen Erneuerer des Islams, dessen Erscheinen schon von dem Propheten Mohammed verkündigt worden war. Ihm sei es beschieden, das Werk des ersten Propheten zu vollenden und den Islam zum entscheidenden Siege zu führen. Der Mahdismus war eine nationale Erhebung, die ihre Kraft aus religiösem Fanatismus schöpfte. Der Vizekönig Tewfik Pascha bot ein Heer gegen den Mahdi auf, das von dem englischen General Hicks Pascha befehligt wurde; es war jedoch viel zu schwach und wurde 1881 besiegt. Darauf unterwarf sich der Mahdi den ganzen Sudan mit Ausnahme der südlichsten Provinz, Wadelai oder Äquatoria, wo sich mit seinen treuen ägyptischen und einheimischen Truppen Emin Pascha hielt, von Haus aus ein Arzt aus Preußisch-Schlesien des Namens Eduard Schnitzer. Ihn schützte seine Umsicht wie die weite Entfernung vom Mittelpunkte des Reiches des Mahdi. Dem Propheten fiel als letzte Eroberung auch Darfur zu, nachdem sich Slatin Pascha, ein Österreicher, mit schwacher Mannschaft drei Jahre aufs tapferste verteidigt und den Feind wiederholt geschlagen hatte; zuletzt mußte er sich 1884 ergeben[1]). Als der Mahdi 1885 starb, war ihm fast der ganze Sudan untertan, Nubien jedoch mit der Hauptstadt Chartum befand sich noch im Besitze der Ägypter oder eigentlich der Briten, da diese sich unterdessen das Land der Pyramiden unterworfen hatten.

Vor seinem Tode bestellte der Mahdi zu seinem Nachfolger (Kalifa) einen seiner Kriegsobersten, Abdullahi, der das Reich der Derwische, wie man es in England gewöhnlich nannte, kräftig zusammenhielt. Er wandte sich der Eroberung Chartums zu, dessen Verteidigung eine Ehrenpflicht Englands gewesen wäre, um so mehr, als sich hier eine nicht unansehnliche Kolonie von Europäern und Ägyptern befand. Indessen wollte die britische Regierung nicht Truppen noch Geld an die Sache wagen; es war eine halbe Maßregel, daß sie 1884 einen der besten Söhne Englands, Gordon Pascha, nach Chartum sandte, ohne ihm ein Heer mitzugeben. Dieser tapfere Mann war früher unter der ägyptischen Herrschaft Generalgouverneur des Sudans gewesen und hatte sich auch im chinesischen Kriege aufs beste bewährt. Er erhielt den Auftrag, die in Nubien noch befindlichen ägyptischen Garni-

[1]) Vgl. das anziehende Buch Slatin Paschas „Feuer und Schwert im Sudan" (Leipzig 1896), das schon 1906 in 11. Auflage erschienen ist. Das Reich des Mahdi behandelt Heinrich Schurtz im 3. Band der Helmoltschen Weltgeschichte.

sonen an sich zu ziehen und diese wie die Europäer wegzuführen. Gordon gab sich jedoch der Hoffnung hin, es werde ihm bei seinem großen Ansehen unter den Sudanesen noch gelingen, Chartum zu halten, auch nahm er an, England werde ihn nicht völlig preisgeben, sondern ihn zuletzt entsetzen lassen. Das wurde in Europa auch allgemein angenommen, da England die Seinigen doch nicht verlassen könne. Die britische Regierung blieb aber bei den Hilferufen kalt und berief sich auf die Gordon erteilten Weisungen. So umlagerten also die Derwische Chartum und eroberten es am 26. Januar 1885, wobei Gordon getötet wurde. Scham und Trauer herrschte in England, als der Held gefallen war.

Nicht im Sudan allein, auch auf anderen Schauplätzen über See hatte die Verwaltung Gladstones Mißerfolge aufzuweisen. Dadurch wurde, wie es damals schien, der Gewinn Ägyptens weitaus aufgewogen. Denn auf das Nilland erhob Frankreich nachträglich Ansprüche und es verlangte von den Briten dessen Räumung. So trat ein Tiefstand in der Weltgeltung Englands ein, um so mehr, als gleichzeitig Deutsche und Franzosen, Belgier und Italiener stattliche Landgebiete in Afrika erwarben. Die Vorgänge sind mit dem weltpolitischen Aufschwunge Deutschlands eng verknüpft, und dieser wieder hatte seine Ursache in der überlegenen Kraft, mit der Fürst Bismarck die Geschicke Europas lenkte.

*

Die Weltlage von 1881—1885

Nach dem Berliner Kongreß und der Schließung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn erntete Deutschland die Früchte der weitschauenden und dabei maßvollen Politik Bismarcks. Es waren die stolzesten Jahre seines Lebens; Aufatmen nach schweren Sorgen und vor dem Heraufziehen neuer Wolken war ihm gestattet, von denen die dunkelste die drohende Feindschaft Rußlands war. Die Zeit stand im Zeichen des Höhepunkts des Glücks und der Größe des Reichskanzlers.

Günstig ließen sich vor allem die Dinge in Rußland an. Das mitteleuropäische Bündnis war zwar gegen das Zarenreich gerichtet, wirkte aber, da nur zur Verteidigung geschlossen, auf dessen Regierung

nicht aufreizend, sondern ernüchternd. Es wäre übrigens für Rußland fruchtlos gewesen, gegen die Mauer anzurennen. So faßte Alexander II. die Lage auf, seine Ermordung (13. März 1881) ließ aber zunächst befürchten, sein Sohn Alexander III. werde sich gegen Deutschland wenden, dem er innerlich abhold war. Indessen erinnerte die Dynamitbombe, der sein Vater erlag, den Zaren daran, daß er keinen größeren Feind hatte als die Revolution; und diese Sorge hielt ihn von der Allianz mit der französischen Republik ab, sie schlang ein Band um die drei Kaiserhöfe. Alexander III. ging also dem Zusammenstoße mit den zwei Mittelmächten aus dem Wege, um so mehr, als er im Türkenkriege selbst die Schäden des russischen Heerwesens kennen gelernt hatte. Dazu kam, daß Rußland auch in Mittelasien beschäftigt war, um die Eroberung von Turkestan zu beendigen, die 1880 bis 1881 von General Skobelew durch die Besiegung der Tekke-Turkmenen zum Abschlusse gebracht wurde. Rußland hatte aber noch mehr vor und streckte seine Glieder in der Richtung nach Indien aus. Um darin nicht gestört zu werden, war das Petersburger Kabinett zu einem Abkommen mit Österreich-Ungarn über die Balkanhalbinsel bereit. Eifrig förderte Bismarck diesen Ausgleich.

Die Verständigung fand nicht mehr unter dem Grafen Julius Andrassy, sondern unter dessen Nachfolger statt. Andrassy hatte dieselbe Erfahrung gemacht wie Richelieu neben Ludwig XIII. und später Bismarck neben Wilhelm II.: große Minister werden ihren Herrschern zuletzt unbequem und müssen ihre Stelle verlassen, nachdem sie den Staat erhöht haben. Andrassy wurde von seinen Gegnern bitter angefeindet, weil er angenommen hatte, die Besetzung Bosniens werde mühelos erfolgen, während sie nur durch Waffengewalt möglich wurde: man hielt ihm seinen übereilten Ausspruch vor, eine Musikbande und eine Kompagnie werde zur Besitzergreifung genügen. Der Widerspruch gegen ihn stieg, als er durch den Vertrag mit dem Sultan vom 21. April 1879 dessen Souveränität über Bosnien aufs neue anerkannte. Er fühlte sich des Vertrauens des Kaisers Franz Josef nicht mehr sicher: während seine revolutionäre Vergangenheit nicht vergessen war, rief sein stolzes Selbstbewußtsein neue Empfindlichkeiten wach. Andrassy hatte die ihm zugedachte Aufgabe der Erwerbung Bosniens und der Herzegowina gelöst und war nicht mehr unentbehrlich. Ermüdet durch die steten Reibungen bat er um seine Entlassung. Seine Gesundheit sei erschüttert, so erklärte er; indessen war sie, als der Kaiser seinen

Rücktritt bereits genehmigt hatte, gut genug, um ihm die schwierigen Verhandlungen über den Abschluß des Bündnisses mit Deutschland zu ermöglichen. Am Tage nach Vollendung seines größten Werkes, am 8. Oktober 1879, verließ er sein Amt, überhäuft mit Gnaden und Ehren.

Sein Nachfolger, Freiherr von Haymerle, setzte sich bescheidene Ziele und begnügte sich mit dem Erworbenen. Als er 1881 starb, folgte ihm der Botschafter am russischen Hof, Graf Gustav Kalnoky, der desselben Sinnes war. Beide Minister waren zu einem Abkommen mit Rußland bereit, selbst wenn dieser Macht, was Andrassy verweigerte, auf der Balkanhalbinsel wieder Raum gemacht werden müßte. Die Vereinbarung kam 1881 zustande und bezog sich auf Ostrumelien und Bosnien. Es war noch die Blütezeit der Beziehungen Rußlands zu Bulgarien, und das Petersburger Kabinett wollte dem jungen Staate zum Besitze Ostrumeliens verhelfen. Österreich-Ungarn erklärte seine Zustimmung, wenn, wie es in dem Abkommen hieß, die Vereinigung sich durch die Macht der Tatsachen (par la force des choses) ergeben sollte. Als Entgelt heimste das Wiener Kabinett das Zugeständnis ein, es stünde ihm frei, Bosnien und die Herzegowina in aller Form der Monarchie einzuverleiben. Die ganze Abmachung sollte drei Jahre in Kraft bleiben.

Das war ein guter Anfang. Mit dem 1882 erfolgten Tode Gortschakows war ein weiteres Hindernis aus dem Wege geräumt, das dem Einvernehmen der Kaisermächte entgegenstand; der neue Minister des Äußern, Nikolaus von Giers, wünschte mit Deutschland gute Beziehungen. So kam 1884 ein neues Abkommen zwischen den drei Kabinetten zustande. Darin wurde die Vereinbarung von 1881 erneuert und außerdem, wie behauptet wird, die Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität aufgenommen, falls eine der Mächte von irgendeiner Seite angegriffen werden sollte[1]). Damit war das in den Stürmen des Russisch-Türkischen Krieges gelöste Drei-Kaiser-Verhältnis wieder erneuert. Es war Bismarck noch einmal gelungen, Rußland von Frankreich fernzuhalten. Zur Befestigung der wiederhergestellten Freundschaft statteten Wilhelm I. und Franz Josef vom 17. bis 19. September 1884 dem Zaren einen Besuch auf Schloß Skierniewice bei

[1]) Maximilian von Hagen, „Voraussetzungen und Veranlassungen für Bismarcks Eintritt in die Weltpolitik“ (Leipzig 1914), S. 16.

Warschau ab. Dann besuchte Alexander III. mit seiner Gemahlin das österreichische Kaiserpaar im August 1885 zu Kremsier.

Die russische Regierung hatte ihrerseits gute Gründe, die Freundschaft der Mittelmächte zu suchen. Denn nun konnte sie gedeckten Rückens weiter in der Richtung gegen Indien vordringen. Zunächst besetzten die Russen 1884 die zu Persien gehörende Stadt Merw. Dann stießen sie auf die unter englischem Schutze stehenden Afghanen und schlugen sie am 30. März 1885 bei Penschdeh; schon bedrohten sie Herat, den Knotenpunkt der Straßen Mittelasiens. In London entstand ob des Vormarsches des Nebenbuhlers lebhafte Unruhe; England behauptete, Rußland hätte damit frühere Verabredungen gebrochen, durch welche festgesetzt war, daß das Zwischengebiet in Mittelasien von keiner der zwei Mächte besetzt werden dürfe. Die anglo-indische Regierung rüstete, und von Ende 1884 an stieg die Gefahr eines großen Krieges um die Herrschaft Asiens drohend herauf. Um so sicherer konnten die europäischen Mittelmächte auf die Erhaltung des Friedens mit Rußland rechnen. So gut stimmte die Rechnung Bismarcks.

Unterdessen war aber den Mittelmächten nach anderer Seite hin eine Erweiterung ihres Bündnisses gelungen. Italien schloß sich ihnen 1882 an, ein Jahr darauf auch Rumänien. Zwischen Kaiser Franz Josef und König Karol wurde, so erfuhr man später, gegenseitige Waffenhilfe für den Fall eines unprovozierten Angriffs von dritter Seite vorgesehen — also erwünschte Rückendeckung gegen Rußland[1]). Italien wieder kam nach dem Scheitern seiner tunesischen Hoffnungen zu der Einsicht, daß seine Vereinsamung zwischen den Mächten des Festlands eine Gefahr in sich barg. Es war militärisch und finanziell zu schwach, um sich bei einem Zusammenstoße mit Frankreich oder mit Österreich-Ungarn allein behaupten zu können. Tunis war nun einmal verloren; um Schlimmeres zu verhüten, entschied sich das römische Kabinett zum Anschluß an Deutschland. Bismarck ging auf diesen Gedanken ein, doch nur, wenn Österreich-Ungarn der Dritte im Bunde war. So kam es am 20. Mai 1882 zu einem Doppelvertrage, einem Italiens mit Deutschland und einem anderen mit Österreich-Ungarn, beide zu gegenseitiger Verteidigung gegen einen etwaigen Angriff. Wohl lagen tiefe Schatten auf den österreichisch-italienischen Beziehungen, wegen

[1]) So Otto Hammann, „Der neue Kurs" (Berlin 1918), S. 51.

des Irredentismus vor allem, dann auch, weil Kaiser Franz Josef den ihm vom König Humbert 1881 in Wien gemachten Besuch mit Rücksicht auf den Papst nicht in Rom erwidern mochte, Italien aber gerade darauf Wert legte. Der Schwerpunkt lag in der Verbindung Italiens mit Deutschland, denn dadurch wurde Frankreich zum Stillehalten genötigt.

Obwohl aber die französische Republik sich derart umklammert sah, gelang es Bismarck, sich mit ihr in diesen Jahren in ein gutnachbarliches Verhältnis zu setzen. Unter den politischen Köpfen Frankreichs bestand dafür eine günstige Stimmung, weil die Beschlagnahme Ägyptens durch die Briten von ihnen zwei Jahrzehnte lang nicht verschmerzt wurde. Wichtiger aber war, daß Jules Ferry 1883 bis 1885 abermals die Regierung leitete und seine Kolonialpolitik großen Stils wieder aufnahm. Er mußte also mit Deutschland bis zu einem gewissen Grade ins Einvernehmen treten und Bismarck kam ihm dabei auf halbem Wege entgegen. Nachdem Ferry während seines ersten Ministeriums die Gewinnung von Tunis und der Gebiete am Niger in die Wege geleitet hatte, griff er jetzt nach Ostasien über und wurde der eigentliche Begründer des französischen Reiches in Hinterindien. Hier bestand der Staat Anam, der die Oberherrschaft Chinas anerkannte. An dessen Südrand war schon von Napoleon III. 1859 Kotschinchina erobert worden, seit welcher Zeit Frankreich nach der völligen Unterwerfung Anams strebte. Der entscheidende Schlag wurde 1883 geführt: Admiral Courbet erschien mit einer Flotte vor der Hauptstadt Huë und zerstörte deren Uferforts. Darauf erkannte Anam die Oberhoheit Frankreichs an, wodurch die Republik auch im nördlicher gelegenen Tongking freie Hand bekam. Die Franzosen nutzten ihren Sieg aus, um auch diese Landschaft völlig zu unterwerfen. Dabei stießen sie auf den Widerstand der Chinesen, wurden aber mit ihnen unschwer fertig, worauf sie auch in Südchina eindrangen. Hier erst wurde ihnen haltgeboten. Mit diesem Kriege hatte Frankreich so viel zu tun, daß es an den Vogesen das dringende Bedürfnis nach Frieden hatte. So verstand es Bismarck, das Entstehen einer feindlichen Koalition zu verhindern und Deutschland den ungestörten Besitz von Elsaß-Lothringen zu sichern.

*

Eintritt Deutschlands in die Kolonial- und Weltpolitik

Damit waren die Bedingungen gegeben, unter denen allein Bismarck es für Deutschland ratsam hielt, in den Wettbewerb mit den anderen Kolonialvölkern zu treten. Schon seit einigen Jahren drängten Volkswirte und Enthusiasten zum Erwerb überseeischer Siedlungen, der Kanzler aber hielt mit dem entscheidenden Schritt zurück, denn für ihn war entscheidend, ob ein derartiges Ausgreifen nicht seine europäische Festlandspolitik stören könnte. Er prüfte jede an ihn herantretende Frage danach, wie die Stellung Deutschlands zwischen seinen eifersüchtigen Nachbarn befestigt werden könnte. Ihm war Afrika nicht wichtig genug, um darob mit einer der großen Mächte in Streit zu geraten. Jetzt war die Weltlage günstiger als je: Rußland zunächst mit Österreich-Ungarn ausgesöhnt, Italien zum Bundesgenossen gewonnen, Frankreich mit Eroberungen in Westafrika und Hinterasien beschäftigt. Das war aber noch nicht alles, nicht die Hauptsache. Der Widerstand gegen deutschen Kolonialerwerb konnte mit rechter Wirkung doch nur von dem seebeherrschenden England ausgehen, und diese Macht befand sich in eigentümlicher Bedrängnis. Mit Frankreich konnte sie kein Bündnis schließen, da Ägypten zwischen ihnen stand. Gegen Rußland mußte sie auf der Wacht bleiben, da die Ziele des Ehrgeizes des großen Slawenreiches in Mittelasien im Dunkel lagen. Daneben die Widerwärtigkeiten, die der Sudan bereitete, und ganz geringzuschätzen war auch nicht, daß England seit 1881 mit den Buren im Kriege lag und in jenem Jahre eine empfindliche Niederlage erlitten hatte. Alles in allem ein ungemütlicher Zustand, der es England nicht gestattete, Deutschland die Zähne zu zeigen.

Für Bismarck bestand indessen die Schwierigkeit, daß die Mehrheit des deutschen Reichstages jedem Kolonialerwerb abhold war; die gesamte Linke, Fortschrittliche wie Sozialdemokraten, stimmten grundsätzlich gegen alle derartigen Vorschläge. Bismarck hatte dies unangenehm empfunden, als er 1880 die Schutzherrschaft über die Samoainseln im Parlament nicht hatte durchsetzen können. Schon deshalb ging er bedächtig Schritt für Schritt vor. Theoretische Vorschläge, die von un-

gestümen Forschungsreisenden ausgingen, hielt er sich vom Leibe, er folgte lieber den Spuren hanseatischer Handelshäuser, die mit kaufmännischen Niederlassungen vorangegangen waren. Hatten die Kaufherren bereits Landbesitz erworben, dann stand der Kanzler nicht an, ihnen des Reiches Schutz zu gewähren. So zuerst, als der Bremer Reeder Lüderitz 1883 das herrenlose Angra Pequena in Südwestafrika an sich brachte. Die deutsche Regierung erkannte seine Erwerbung als Heimatsboden an und trat England bestimmt entgegen, als dieses behauptete, seine Kapkolonie hätte auf Angra Pequena ältere Rechte. In derselben Weise ging Bismarck vor, als mehrere Hamburger Handelshäuser, unter ihnen Woermann, auf Neuguinea Niederlassungen gründeten.

Als sich der Horizont für England verdüsterte, ging die deutsche Regierung selbst auf Landerwerb aus. Der Afrikareisende Gustav Nachtigal, damals deutscher Generalkonsul in Tunis, wurde insgeheim nach Westafrika geschickt, mit dem Auftrage, hier auf herrenlosem Grund an geeigneten Punkten die deutsche Flagge zu hissen. In der ihm gegebenen Weisung war ausdrücklich gesagt, er solle jedem Zusammenstoße mit Frankreich „sorgfältig aus dem Wege gehen, da wir auf diesem Gebiete bestrebt sind, mit Frankreich zusammenzugehen". Nachtigal nahm am 5. und 6. Juli 1884 von der Küste von Togo Besitz; in Kamerun kam er gerade zurecht, um einem Abgesandten der britischen Regierung, der hier zu demselben Zwecke erschien, das Land vorwegzunehmen. Und nirgends, wo Deutschland einmal festen Fuß gefaßt hatte, wich es vor englischen Ansprüchen zurück[1]).

Die größte deutsche Kolonie, Deutsch-Ostafrika, verdankt das Reich nicht der Regierung, sondern der Tatkraft einiger mutiger Männer. Im März 1884 bildete sich auf Anregung des jungen Schriftstellers Karl Peters zu Berlin die Gesellschaft für deutsche Kolonisation, von welcher Peters, Graf Pfeil und Jühlke an die Küste von Sansibar geschickt wurden. Sie täuschten die Wachsamkeit der mißtrauisch gewordenen Engländer, drangen ins Binnenland und schlossen hier mit mehreren Häuptlingen Verträge, kraft deren sich diese in deutschen Schutz begaben. Für diese Erwerbung erhielt die Gesellschaft am 27. Februar 1885 vom Deutschen Reiche einen Freibrief. Bismarck lehnte es ab, die neuen Siedlungen in die Verwaltung des Staates

[1]) Alfred Zimmermann, „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik" (Berlin 1914).

zu übernehmen, sondern folgte dem Beispiel Hollands und Englands, denen die besten Kolonien durch private Handelsgesellschaften gegründet worden waren. Seinen Plan entwickelte er am 25. September 1884 vier hanseatischen Reedern, die er zu sich nach Friedrichsruh geladen hatte. In diesem Sinne äußerte er sich auch im Reichstage. Deutschland, so sagte er, wolle nicht Provinzen gewinnen, sondern kaufmännische Unternehmungen; es wäre verfehlt, bureaukratisch-militärische Kolonien nach französischem Muster anzulegen; das Reich besäße nicht die Mittel, jenseits des Ozeans einen Beamtenkörper aufzustellen, Festungen und Kasernen zu bauen. Er rechnete dabei, wie er ein anderes Mal bemerkte, auf die „fürstlichen Kaufleute" Deutschlands, auf die Reeder der Hansestädte, auf große Fabrikanten und Bankherren. So sollte auch die Schwierigkeit umgangen werden, daß die Mehrheit des Reichstages nach wie vor für Kolonien keine Opfer bringen wollte. Die Redner der Fortschrittspartei hielten Bismarck die abgebrauchten Redensarten der Manchesterschule entgegen, Eugen Richter nannte, als das Haus Lüderitz vorübergehend in Verlegenheit geriet, am 24. November 1885 Angra Pequena „ein ganz verkrachtes Unternehmen" und drückte den drei deutschen Beamten sein Mitleid aus, die, wie er spottete, dort im Sandmeer eine Flaggenstange zu bewachen hätten. Die Hoffnung Bismarcks, die deutschen Kaufleute würden großherzig in die Tasche greifen, ging nicht in Erfüllung. Als die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft am 7. September 1885 gegründet wurde, um die Erwerbungen Karl Peters' und seiner Genossen zu übernehmen und zu verwalten, kam das Kapital von vier Millionen Mark nur dadurch zusammen, daß des Kanzlers mächtiger Einfluß die Bleichröder und Hansemann zur Zeichnung bestimmte. Aber jenes Kapital war rasch verbraucht, die Gesellschaft demnach bald in Geldnot.

Der zarten Pflanzung drohte noch vom Sultan von Sansibar Gefahr, der behauptete, das von den Deutschen erworbene Land sei sein Eigentum. Er unterwarf sich aber, als ein deutsches Geschwader vor Sansibar erschien. Der Sultan war ein Inselkönig und seine Hauptstadt der größte Handelsplatz Südostafrikas. Keine der Großmächte gönnte Sansibar der anderen, und so einigten sich Deutschland, England und Frankreich 1886 auf die Anerkennung seiner Unabhängigkeit. Dieser Vertrag wurde später der Ausgangspunkt wichtiger Verhandlungen.

Bismarck sagte mehr als einmal, der diplomatische Feldzug zur Erwerbung Schleswig-Holsteins wäre derjenige, auf den er stolzer sei

als auf jeden anderen. Indessen stand sein Wirken bei der Gründung des deutschen Kolonialbesitzes auf derselben Höhe. Er hielt England, das Deutschland mehr als einmal entgegentreten wollte, durch Frankreich und Rußland im Schach. Auch beschwor Bismarck die böse Laune des mächtigen Nebenbuhlers dadurch, daß er sich an keinem Schritte gegen dessen Herrschaft in Ägypten beteiligte. Französische Politiker, so Freycinet in seinem Buche über Ägypten, machen dem Kanzler den Vorwurf, er hätte dadurch die Anstrengungen Frankreichs zur Befreiung des Nillandes zum Scheitern gebracht. Was aber hatte Deutschland in Ägypten zu suchen? Dagegen wich Bismarck nirgends zurück, wo das eigene Interesse des Deutschen Reiches auf dem Spiele stand. Zweimal schickte er seinen Sohn Herbert nach London, um durch mündliche Aussprache mit Lord Granville Schlimmeres zu verhüten. In dieser Selbstbeschränkung zeigte sich der Meister. Folgerichtig gab er dort nach, wo die Rechte eines anderen Staates zu achten waren. Als die Inselgruppe der Karolinen im Großen Ozean von Deutschland 1885 mit Beschlag belegt wurde, erhob Spanien Protest und die öffentliche Meinung dieses Landes brauste hoch gegen die Deutschen auf. Da schlug Deutschland den Papst zum Schiedsrichter vor und fügte sich ohne weiteres, als Leo XIII. die Inseln den Spaniern zusprach. Noch besaß Deutschland keine nennenswerte Kriegsflotte und seine Kapitalkraft war nicht entwickelt. Bismarck aber brachte es durch rein diplomatische Mittel, durch Ausnutzung der Weltlage zuwege, seinem Vaterlande nahezu alle seine größeren Kolonien zu gewinnen. Auch in der Kolonialpolitik blieben die Leistungen aller seiner Nachfolger weit hinter den seinigen zurück.

*

Gründung des Kongostaates

Wie Bismarck alle Möglichkeiten auszuschöpfen verstand, zeigte sich bei der Ordnung der Dinge im Becken des Kongostromes. Dabei waltete er als Schieds- und Friedensrichter unter den Mächten, als Schützer Belgiens, das unter Führung König Leopolds II. erfolgreich in die Kolonialbewegung eingetreten war.

Leopold II. war ein kluger Politiker, zum Kaufmann mehr noch

geboren als zum König. Kein Staatsmann Europas erkannte so früh und so klar die Bedeutung des inneren Afrika für Kolonialzwecke, deshalb stellte er sich schon 1878 an die Spitze der Internationalen Afrikanischen Assoziation. Entscheidend war, daß er Stanley für sein Unternehmen gewann. Henry Morton Stanley war Engländer von Geburt, kam mit 17 Jahren als Schiffsjunge nach Amerika und wandte sich drüben dem Zeitungswesen zu. Im Auftrage des „New York Herald" bereiste er 1871 und 1872 Südafrika, um die Spuren des verschollenen amerikanischen Missionärs Livingstone aufzufinden, den er auch glücklich traf. Auch seine zweite große Afrikareise unternahm er im Zeitungsdienste, diesmal als Berichterstatter des „New York Herald" und des „Daily Telegraph". Er durchquerte den schwarzen Weltteil von Ost nach West, erreichte den Kongo, dessen Lauf sich bisher den Augen der Europäer entzogen hatte, und schiffte den Strom hinab bis zu dessen Mündung, obwohl Gefechte mit Eingeborenen, unendliche Strapazen, oft auch quälender Hunger seinen Zug hemmten. An der Kongomündung angelangt, sandte er seine Berichte nach London und Newyork, die von niemand mit mehr Nutzen gelesen wurden als vom König der Belgier. Als Stanley zu Marseille den Boden Europas betrat, erwarteten ihn bereits zwei Sendboten des Königs mit der Einladung, eine dritte Reise zu unternehmen, diesmal aber zum Zwecke einer Kolonien- und Staatengründung[1]).

Die Wichtigkeit des Kongobeckens wurde übrigens auch von dem französischen Forscher Pierre Savorgnan Grafen von Brazza erkannt, der im Dienste seines Landes schon früher die rechten Zuflüsse des Kongostromes erreicht und ihr Gebiet durchstreift hatte. Kaum hatte Brazza von der Absicht Leopolds II. und Stanleys Kunde erhalten, als er sich entschloß, ihnen am unteren Laufe des Kongo zuvorzukommen. Während Stanley von der Mündung mühsam ins Innere vordrang, langte Brazza mit einer französischen Expedition vom Norden her, von den Besitzungen Frankreichs in Niederguinea, am Kongo an und gründete hier die Station Brazzaville. Es war eine große Enttäuschung für Stanley, als er im Pool, der seeartigen Erweiterung des Kongo, eintreffend die Franzosen bereits vorfand. So kam es, daß nur das südliche Ufer des Stromes den Belgiern zufiel,

[1]) A. J. Wauters, „L'Etat indépendant du Congo" (Bruxelles 1898). Der Verfasser war Generalsekretär der Kongo-Gesellschaft. — Jean Darcy, „L'Équilibre africain au XXe siècle. La conquête de l'Afrique" (Paris 1900). Ein unparteiisches Buch.

während das rechte Ufer französischer Besitz wurde. Indessen waren die neuentdeckten Gebiete so ausgedehnt, daß beide Teile Raum fanden. Leopold II. faßte sofort die Gründung eines eigenen Staates unter seiner Souveränität ins Auge. Da er aber auf die gute Nachbarschaft der Französischen Republik angewiesen war, schloß er mit ihr einen Vertrag des Inhalts, daß, wenn er jemals gewillt sein sollte, seinen Landbesitz am Kongo zu veräußern, das Recht des Vorkaufs Frankreich zustünde. Bei diesen und den späteren Verhandlungen und Grenzbestimmungen stand die diplomatische Feinheit Brazzas auf der Höhe seiner Unerschrockenheit als Forschungsreisender.

Da aber zog sowohl für die französische wie die belgische Pflanzung eine Gefahr auf. England sah mit Unwillen, daß es in Westafrika ausgeschaltet war, und versuchte nachträglich, sich in den Sattel zu schwingen. Dazu sollte ein kolonialdiplomatisches Kunststück verhelfen und Portugal als Sprungbrett dienen. Dieser Staat beanspruchte seit dem 16. Jahrhundert die Oberhoheit über die Kongomündung; da es sich jedoch um die sumpfigen Niederungen nie bekümmert hatte, waren seine Rechte, wenn es sie überhaupt je besessen hatte, nach internationalem Brauch erloschen. Jetzt aber erhielt der Auslauf des Stromes durch sein soeben erschlossenes Hinterland großen Wert. England erklärte nun, die Mündung des Kongo gehöre den Portugiesen, und schloß mit ihnen 1884 einen Vertrag, kraft dessen die zwei Staaten das Gebiet gemeinsam verwalten wollten. Das nun bedeutete die britische Herrschaft, den Franzosen aber und den Belgiern wäre der Weg zum Hinterland versperrt gewesen. In dieser Not wandte sich König Leopold an das Deutsche Reich um Beistand, und auch die gleichfalls betroffene französische Republik wünschte dessen Eingreifen. Um Belgiens willen würde Bismarck sich nicht den Briten entgegengestellt haben, ein anderes war es, daß er Hand in Hand mit Frankreich gehen und dessen überseeische Unternehmungen fördern konnte. Das war einer seiner wichtigsten Gesichtspunkte: er verständigte sich darüber mit Ferry, der der deutschen Regierung seiner ganzen Haltung nach die Bürgschaft bot, daß er sie nicht etwa auf der Hälfte des Weges im Stiche lassen werde. Die französischen Historiker geben sich den Anschein, als ob die Beweggründe Bismarcks, an sich rätselhaft, auf irgendwelchen Machiavellismus zurückzuführen wären; indessen ist der Zusammenhang durch die Ereignisse von selbst gegeben.

Gemeinsam mit der französischen Regierung lud Deutschland alle

beteiligten Staaten zu einer Konferenz nach Berlin, die vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 tagte. Auf dieser Versammlung war Großbritannien zum Nachgeben genötigt; es konnte nicht zur selben Zeit mit Deutschland und mit Frankreich anbinden; hatte es doch gleichzeitig auch einen Strauß mit Rußland auszufechten. Das Ergebnis war, daß die Kongomündung den Portugiesen abgesprochen und dem Kongostaat zugewiesen wurde, der gleichzeitig die feierliche Anerkennung Europas erhielt. Dabei fand auch Frankreich seine Rechnung, da die Konferenz sein Recht auf das nördliche Ufer des unteren Kongo ebenso anerkannte wie seinen Vertrag mit König Leopold II., durch den es sich den Vorkauf des Kongostaates gesichert hatte. Eine Reihe anderer Bestimmungen der Kongo-Akte bezogen sich auf das Verbot des Sklavenhandels wie aller Monopole und Privilegien im Kongostaate, der überhaupt dem Handel aller Nationen offenstehen sollte.

* * *

So waren die Küsten Afrikas fast ausnahmlos von den europäischen Staaten mit Beschlag belegt. Auch Italien nahm sich seinen Teil, indem es 1885 Massaua besetzte und so die Erythräische Kolonie gründete. Nur die Küsten, wie gesagt, hatten damit ihre Herren gefunden, wogegen die Grenzen gegen das Hinterland fast nirgends abgesteckt waren. Daraus entstanden zahlreiche Streitigkeiten, die durch eine Reihe von Verträgen geschlichtet werden mußten. Trotzdem ist 1884 als eines der Epochenjahre der Weltgeschichte zu betrachten. Denn es brachte den Entschluß zur Gründung der deutschen Kolonialmacht und die Berufung der Kongokonferenz, darüber hinaus aber den Eintritt Deutschlands in die überseeische Politik, also eines der folgenreichsten Ereignisse in der Entwicklung der Menschheit.

*

Das isolierte England

Nicht genug daran, war das Jahr 1884 auch Zeuge einer Machtgruppierung seltener Art. Denn zum erstenmal seit einem Jahrhundert standen alle festländischen Mächte Europas einig gegen Großbritannien zusammen. Das war die von den englischen Staatsmännern immer am

meisten befürchtete Lage der Dinge: einer derartigen Einkreisung Britanniens war es zuzuschreiben, daß es im amerikanischen Befreiungskrieg unterlag und seine zukunftsreichste Kolonie verlor. Es wäre für die Weltherrschaft Englands verhängnisvoll gewesen, wenn Frankreich an der Politik Ferrys festgehalten, sich mit voller Wucht auf koloniale Erwerbungen geworfen und zu diesem Zwecke mit Deutschland Freundschaft gehalten hätte. Denn die Macht Großbritanniens beruht auf der Zerklüftung des europäischen Festlands.

Das Ungemach ging aber bald an England vorüber. Ferry kam infolge einer im fernen Osten erlittenen Niederlage Frankreichs zu Falle. Der Krieg gegen China wurde anfangs mit Glück geführt: Admiral Courbet erzwang die Einfahrt in den südchinesischen Hafen von Futschou, und außerdem setzten sich die Franzosen in Formosa fest. Gleichzeitig drang eine Truppenabteilung aus Hinterindien in Südchina ein, den Gegner vorerst vor sich hertreibend; aber bei Langson stießen die Franzosen im März 1885 auf überlegene Kräfte, wurden geschlagen und zur Räumung des chinesischen Bodens genötigt. Dieser an sich unwichtige Rückschlag gab den Feinden Ferrys Gelegenheit zum Sturmlauf gegen ihn, wobei die persönliche Abneigung gegen den hochfahrenden Staatsmann und die Gegnerschaft wider die den Staatsschatz belastenden Kolonialunternehmungen zusammenwirkten. Eine plötzliche Aufwallung des Parlaments führte am 30. März 1885 den Sturz des energischen und weitblickenden Ministerpräsidenten herbei. Das war um so unbilliger, als China selbst den Frieden wünschte, der am 9. Juni 1885 zustande kam: Frankreich behielt Anam und Tongking und beherrschte somit in Hinterindien ein Reich von 663 000 Quadratkilometern mit 16 Millionen Einwohnern. Ferry kam erst später zu den verdienten Ehren, zunächst wurde in der Kolonialpolitik ein langsameres Tempo eingeschlagen, so daß der Gedanke friedlichen Nebeneinanderlebens Frankreichs und Deutschlands von der Bildfläche verschwand.

Die Folgen dieses Umschlags stellten sich indessen erst später ein, so daß die Ministerschaft Gladstones, was die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, mit einem argen Defizit schloß. Nicht bloß in Westafrika war dies der Fall, wo sich das kleine Belgien gegen England durchsetzte; auch im Süden wich Gladstone zurück und schloß mit den Buren einen für sie ehrenvollen Frieden. Dies geschah wesentlich unter dem Drucke der von allen Seiten sich auftürmenden Verlegenheiten, daneben

aus der Empfindung Gladstones heraus, daß Großbritannien an dem tapferen Burenvolke schwer gefehlt hatte. Das Abkommen von 1884 erkannte die Selbständigkeit der zwei Burenrepubliken an, abgerechnet von gewissen, den Transvaalstaat betreffenden Vorbehalten Englands. Noch schlechter schnitt England im Sudan ab, der vollständig an die Derwische verlorenging. Wäre nicht Ägypten gewesen, so hätte von einer Niederlage der britischen Kolonialpolitik gesprochen werden müssen.

Auch das diplomatische Duell mit Rußland endigte nicht nach dem Wunsch der Briten. Nach drohender Kriegsgefahr kam es 1885 zu einem Vergleich. Die Russen behielten alle in Mittelasien gemachten Eroberungen, die zwei Reiche vereinbarten neue Grenzlinien ihres Einflusses. Afghanistan und Persien blieben unabhängig, um als Pufferstaaten die eifersüchtigen Großmächte auseinanderzuhalten. Es war aber vorauszusehen, daß das Zarenreich über Grenzlinien und Zwischengebiete bald hinausstreben werde.

Die konservative Opposition war also im Recht, wenn sie Gladstone vorwarf, daß während seiner Verwaltung die Geltung Englands unter den Nationen gesunken war. Diese Umstände erschütterten sein Ansehen auch in den leitenden Schichten der liberalen Partei. Bei einer nebensächlichen Abstimmung blieb er deshalb am 9. Juni 1885 im Parlament in der Minorität. Er trat vom Amte zurück, worauf Lord Salisbury sein erstes Ministerium bildete. Aber nur für kurze Zeit, denn bei den darauf stattfindenden allgemeinen Wahlen entschieden die Wähler, denen Gladstone das Stimmrecht gegeben hatte, zu dessen Gunsten und führten ihn im Januar 1886 zur Macht zurück. Sogleich wollte er das Land zu einer neuen einschneidenden Reform fortreißen: er schlug dem Parlament vor, Irland durch Gewährung eines eigenen Parlaments und eines Landesministeriums völlig zu befriedigen. Darüber brach seine Partei auseinander. Eine von Chamberlain, Hartington und Forster geleitete Gruppe sagte ihm die Gefolgschaft auf, so daß er zurücktreten mußte; Salisbury bildete im Jahre 1886 sein zweites Ministerium. Es wäre irrig zu glauben, daß die Spaltung der liberalen Partei allein durch die irische Frage herbeigeführt wurde. Die Männer, die sich von Gladstone trennten, die liberalen Unionisten, hielten es für notwendig, nicht bloß in Irland, sondern auf dem ganzen Erdenrund das Imperium Großbritanniens wieder scharf in Erinnerung zu bringen. Sie empfanden die Ereignisse in Afrika von 1885 als Makel auf der Ehre Englands, als Stachel zu größerer Anspannung

der Kräfte. In ihrem Kreise formte sich die imperialistische Idee, zu deren Bannerträger Joe Chamberlain wie geboren war. Das Kolonialmonopol Englands war durch die 1883 bis 1885 erfolgte Teilung Afrikas gebrochen, seine Seeherrschaft konnte nur festgehalten werden, wenn die Nation ihre Anstrengungen verdoppelte. Ohne Kampf aber wollte sie sich den ererbten Vorrang nicht entreißen lassen. Wirkliche Sorge für die Erhaltung des Reiches, gedemütigter Stolz waren die Motive zu der imperialistischen Bewegung, von der England fortan in steigender Flut beherrscht wurde.

In all dem liegt die Begründung, weshalb unsere Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges etwa 1884 ausführlicher einsetzt, somit gerade drei Jahrzehnte umfaßt. Sie hebt dort an, wo Deutschland, Italien und auch Japan, der Sorge um die Aufrichtung des Nationalstaats ledig, sich den Problemen der Weltpolitik zuwenden, wo auch Frankreich, nicht mehr ausschließlich von Elsaß-Lothringen gebannt, sein überseeisches Reich auszubauen beginnt. England, auf afrikanischem Boden ins Hintertreffen geratend, empfindet die Vorgänge in diesem Erdteil als eine seinem Ehrgefühl geschlagene Wunde und sammelt seine Kräfte zum Gegenschlag. Noch sieht Albion nicht in Deutschland den Nebenbuhler, aber der Keim des Gegensatzes ist gelegt und schießt während des nächsten Menschenalters in die Halme. So betrachtet schließt sich das Weltgeschehen von 1884 bis 1914 zur Einheit zusammen.



III

Der englische Imperialismus

Ziele der Bewegung

Der in England geformte imperialistische Gedanke bedeutet nur im Ursprungslande etwas Unzweideutiges: Weltherrschaft bis zur letzten Bucht ferner Kontinente und Inseln. Daneben nimmt sich der Ehrgeiz anderer Völker bescheiden aus, und das Wort schrumpft bei ihnen oft zum Decknamen für irgendeinen Eroberungs- oder Raubkrieg zusammen. So beim Überfall Italiens auf Abessinien 1895 oder bei der Überwältigung Spaniens durch die Vereinigten Staaten 1898, wodurch die Union nicht bloß die Herrschaft über das zu ihr neigende Kuba, sondern auch über die Philippinen gewann, die in einem vieljährigen Freiheitskampfe sich dem fremden Joche zu entziehen suchten. Gegen solchen imperialistischen Bettel stechen die Unternehmungen der Briten zur Unterwerfung Südafrikas und Ägyptens, Arabiens und aller Länder um den Indischen Ozean nicht bloß durch ihre Größe, sondern auch dadurch ab, daß darin ein System liegt, was Lord Rosebery so ausgedrückt hat, daß er sagte: „Wir haben nicht in Betracht zu ziehen, was wir jetzt benötigen, sondern was wir in Zukunft benötigen werden ... Wir haben uns zu erinnern, daß es einen Bestandteil unserer Verantwortlichkeit und unserer Erbschaft bildet, Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geformt werden kann, den angelsächsischen und keinen anderen Charakter erhalte... Wir haben über das Geschwätz der Rednerbühne hinweg die Zukunft der Rasse ins Auge zu fassen, deren Vertrauensmänner wir gegenwärtig sind." Und Cecil Rhodes, der Organisator des britischen Südafrika, sagte noch deutlicher: „Nachdem ich die Geschichte anderer Länder gelesen hatte, sah ich, die Ausdehnung sei alles, und da die Oberfläche der Welt beschränkt ist, muß es unsere große Aufgabe sein, so viel von ihr zu nehmen, als wir irgend haben können." Hier ist das letzte Wort des britischen Imperialismus gesprochen, aber für die Schwachköpfe auf dem Festland, die der britischen Politik in den großen Welthändeln andere als nationale Motive zuschreiben, ist es noch immer nicht deutlich genug. Dazu kommt, daß die öffentliche Meinung Englands jeden Staat, jedes Volk, das die Briten hindert, so viel von der Welt

zu nehmen, als irgendwie zu haben ist, für Verbrecher an der Menschheit ansieht, da diese nur durch die Herrschaft der Angelsachsen gehoben werden könne. In diesem Selbstbewußtsein liegt eine der Wurzeln der Größe Englands. Das Volk jenseits des Kanals gibt sich dem Glauben hin, für die Freiheit der Welt zu kämpfen, so oft es das Emporkommen eines anderen seefahrenden Volkes durch Krieg oder durch diplomatische Mittel verhindert. Selten war ein britischer Staatsmann so offenherzig wie Canning, der, während er die Losreißung der spanischen Kolonien vom Mutterlande betrieb, den Ausspruch tat: „Spanisch-Amerika frei, und wenn wir unsere Angelegenheiten nicht schlecht führen, englisch."

England verdankt seine Erfolge vor allem der eigenen Kraft, aber zur Weltherrschaft auf der See konnte es nur infolge der verheerenden Kriege der Staaten des Kontinents untereinander emporsteigen; in diesen Kämpfen haben sich alle seine Nebenbuhler verblutet, vor allem Spanier und Franzosen. Immer wußte England einen Bundesgenossen auf dem Festlande zu gewinnen, der die mit Britannien zur See rivalisierende Macht beschäftigte: diese Rolle wurde im 18. Jahrhundert bald von Österreich, bald von Preußen besorgt, im Krimkriege von den Franzosen, auf den mandschurischen Schlachtfeldern von dem emporstrebenden Japan. Bismarck hat die Staatsklugheit Albions mit den Worten anerkannt: „England hat recht. Wenn ich einen großen, starken, dummen Kerl finden könnte, der statt meiner mit meinem Feinde kämpft, so würde ich ihn absolut nicht daran zu hindern suchen, und wenn ich englischer Staatsmann wäre, würde ich ebenso handeln wie sie; ich wäre ein Narr, wenn ich es nicht täte." Die Methode war und ist also richtig — Entrüstung steht denjenigen schlecht an, die sich von England haben ausnützen lassen[1]).

[1]) Die deutschen Hauptwerke über den Gegenstand sind: „Britischer Imperialismus und englischer Freihandel" (Leipzig 1906) von H. von Schulze-Gävernitz und „Der britische Imperialismus" (Leipzig 1916) von F. Salomon, denen auch die meisten der Zitate im vorliegenden Abschnitt entlehnt sind. — Vgl. die neuesten Auflagen von G. Egelhaaf, „Geschichte der neuesten Zeit" und A. Wirth, Weltgeschichte der Gegenwart". — Ein zusammenfassendes englisches Werk fehlt, die zahlreichen Bücher über einzelne Fragen werden an geeigneter Stelle angeführt werden. Von antiimperialistischen Schriften seien genannt: J. A. Hobson, „Psychology of Jingoism" (London 1901); P. G. Gooch, „Imperialism" (erschienen in dem Sammelwerk von Aufsätzen verschiedener Autoren „The Hearth of the Empire" [London 1901]); L. T. Hobhouse, „Democracy and reaction". — Wichtig sind die französischen Werke von J. Bardoux, „Essai d'une

Die Manchesterschule und ihre Gegner

Indessen hatten die Briten in den Kriegen von Ludwig XIV. bis Napoleon I. die größten Anstrengungen gemacht und auch im Krimkrieg eigenes Blut und Geld eingesetzt. Dagegen waren sie an den Einigungskämpfen der Deutschen und der Italiener 1848, 1864, 1866, 1870 nicht beteiligt und genossen in behaglicher Ruhe den Aufschwung von Handel und Industrie. Im Jahre 1870 stellten 2860 englische Fabrikanten zwei Drittel der ganzen Weltproduktion an Baumwollwaren her. Damals erklommen die Engländer den Gipfel ihrer wirtschaftlichen Übermacht und konnten, während auf dem Kontinent die Völker aufeinanderschlugen, dem System von Allianzen entsagen, das sie seit König Wilhelm III. sorgsam gepflegt hatten. Ihr Hauptnebenbuhler Frankreich wurde von den Deutschen niedergeschlagen, ohne daß, wie früher sonst, von England Hilfsgelder gezahlt worden wären. Sonach konnte Salisbury etwas später den Ausspruch von der glänzenden Isolierung Albions prägen.

In diesen Friedensjahren streckte sich der Riese zeitweilig aufs Faulbett. Wurde er aufgerüttelt wie im Krimkrieg und während des indischen Aufstandes, so schlug er kräftig drein; doch hörte er dazwischen auf die einschläfernden Ratschläge der Manchesterschule, die verkündigte, nach dem heroischen Zeitalter wäre die Epoche gekommen für Abrüstung der Staaten, für Verzicht auf überseeische Besitzungen und auf jede Art von Machtpolitik: so könnten die großen Ausgaben für Heer und Flotte gespart werden. Der Oxforder Professor Goldwin Smith nannte das britische Kolonialreich eine Gefahr für die Gegenwart, eine Illusion für die Zukunft. Richard Cobden hegte, nachdem unter seiner Führung der Freihandel erstritten war, in die wirtschaftliche

---

psychologie de l'Angleterre contemporaine" (2 Bde., Paris 1906, 1907) und V. Bérard: „L'Impérialisme anglais". — E. Seillère: „La philosophie de l'Impérialisme" (Paris 1903ff.) gibt überwiegend Betrachtungen, wenig Material; besonders der dritte Band („L'Impérialisme démocratique") ist ein Lobgesang auf den Trieb zur Macht, in dem sich die Gesundheit der Nationen kundtut, während ihre Energie durch die optimistische Romantik (le mal romantique) gelähmt werde. — Vgl. auch J. Brie, „Imperialistische Strömungen in der englischen Literatur" (Halle 1916).

Kraft Englands solches Vertrauen, daß, wenn die anderen Völker nur diesem Beispiele folgten, Großbritannien seine maritime Rüstung ablegen, überhaupt auf alle Machtmittel verzichten und doch seine ökonomische Weltstellung behaupten könnte. Der ewige Friede mit internationalen Schiedsgerichten würde weiteres Emporblühen von selbst verbürgen. Cobden nannte Englands Seeherrschaft eine „Anmaßung", den Besitz Gibraltars ein „Beispiel brutaler Gewalt, welches durch keine Entschuldigung gemildert werde"; für ihn war die Herrschaft über Indien ein „Abenteuer, welches zu Verwirrung, Enttäuschung, ja Verbrechen führe". Und dieser Mann, der sich der ihm zugefallenen Lebensarbeit tapfer und selbstlos gewidmet hatte, verstieg sich zu solcher Philistrosität, daß er sagte, er halte siegreiche Kriege für ebenso bedenklich wie Niederlagen, „weil man dann lebenslänglich vor den Männern des Kriegsministeriums den Hut werde abnehmen müssen". Diese groteske politische Weisheit machte auf das englische Volk keinen sonderlichen Eindruck. Cobden und seine Freunde wurden zwar ruhig angehört; als der berühmte Handelspolitiker jedoch zu Beginn des Krimkrieges den Rat gab, den Russen bei ihrem Anschlage auf Konstantinopel nicht entgegenzutreten, wurde er nicht ins Parlament gewählt. Auch sprach sich sein nächster Parteigenosse Lord John Russel gegen solche Ansichten aus, die wohl bei den Radikalen, nicht aber bei den führenden Staatsmännern Wurzel faßten.

Am Gegenpol solcher Selbstbescheidung und Selbstentmannung stand Thomas Carlyle, der in seinem Buche über „Helden, Heldenverehrung und Heldentum in der Geschichte" (1846) als Prophet der Kraft und des sieghaften Willens auftrat. Ihm zufolge begründet die Macht das Recht, denn sie verleiht die Fähigkeit, „Gottes erhabenen Willen auszuführen". Aus religiösen und nationalen Gründen spricht er dem britischen Weltreich das Wort, und er preist sein Volk, dem „koloniale und heimische Aufgaben von ewig göttlicher Art zugewiesen sind". Er verkündet das Recht der überlegenen Rassen, ferne Gebiete in Besitz zu nehmen, weil sie allein fähig sind, die unterworfenen Stämme durch Arbeit emporzuheben und zu höherer Kultur zu erziehen; wer nicht imstande sei, organisatorische Aufgaben zu lösen, habe nach dem Naturgesetz einem anderen, Kräftigeren Platz zu machen. Auf Cromwells gewaltiges Vorbild hinweisend, bahnte Carlyle dem Imperialismus den Weg, ohne jedoch auf seine eigene Generation den Einfluß zu üben wie Cobden und seine Schule.

Dafür war es Benjamin Disraeli gegönnt, als praktischer Staatsmann mit Erfolg den Ideen zu dienen, in denen er sich von Jugend auf mit Carlyle berührte. Disraelis große Stellung unter seinen Landsleuten beruht darauf, daß er der Theorie schwächlicher Entsagung die Romantik nationaler Größe entgegenstellte. Als leitender Minister 1874—1880 brachte er die Traditionen Altenglands durch die Erhebung der Königin zur Kaiserin von Indien, wie durch den Ankauf der Suezkanalaktien zu Ehren und wirkte so auf die Phantasie seiner Zeitgenossen. „Nun wohl," so sagte er in einer Rede, „was ist das Ergebnis des Versuches der Herrschaft des Liberalismus gewesen, das Reich zu zerstückeln? Er ist völlig mißlungen. Aber wie ist er mißlungen? Durch die Sympathien der Kolonien für das Mutterland. Sie haben entschieden, daß das Reich nicht zerstört werden soll; meiner Meinung nach wird kein Minister in diesem Lande seine Pflicht tun, der irgendeine Gelegenheit vernachlässigt, unser Kolonialreich so viel als möglich auszubauen und jene entfernten Sympathien zu erwidern, welche die Quelle von unberechenbarer Kraft und Glück für dieses Land werden können." Als Disraeli gemeinsam mit Andrassy 1878 den Russen vor Konstantinopel Halt gebot, erweckte in einer Londoner Singspielhalle das Lied dröhnenden Beifall, in welchem bei dem Gotte Jingo (dem Götzen irgendeines indianischen Volkes) der Schwur geleistet wurde, England werde mit Heer und Flotte seinen Nebenbuhler in die Schranken zurückweisen[1]). Die Gegner der Politik Disraelis haben von da ab die Bezeichnung „Jingoismus" zur Charakteristik eines überreizten Patriotismus in Umlauf gesetzt. Die letztere Richtung fand auch ihre wissenschaftliche Vertretung durch James Ram in dessen 1877 veröffentlichter „Philosophie des Krieges", wo unverhohlen gesagt ist: „Wir Engländer nehmen eine der höchsten Stellungen in der Welt ein; wir müssen Krieg führen oder uns von denen, die hinter uns kommen, verdrängen lassen." Gladstone dagegen sprach sich immer wieder gegen solche Lehrmeinungen aus und schloß seine Beweisführung

[1]) Die Verse lauten:

We don't want to fight,
But, by Jingo, if we do,
We' we got the men
We' we got the ships
We' we got the money too' —

als Premierminister am 8. Oktober 1881 mit den Worten: „Und ich behaupte, daß, während wir uns dem Imperialismus entgegenstellen, wir dem Reiche ergeben sind.“ Aber während er in der Theorie Selbstbeschränkung und die Grundsätze der Moral auch fürs Völkerrecht anpries, handelte er bei der Eroberung Ägyptens nicht anders als Disraeli in ähnlichen Lagen, nur nicht mit dessen offenem Bekenntnis für die Politik der Ausdehnung.

Immer deutlicher zeigte sich, daß die Theorien der Freihandelsschule, die ebenso auf anderen Gebieten überholt wurden, auch für die Kolonial- und Weltpolitik des Reiches schädlich waren. Schon 1869 hatte Charles Dilke in seinem Werke „Greater Britain“ seinen Landsleuten ein Bild von dem Glanze des größeren Britannien entworfen. Es heißt dort: „Ich folgte dem Genius Englands rings um die Welt: überall befand ich mich unter englisch redenden Menschen oder in englisch regierten Ländern... Der Gedanke, welcher sich mir bei allen meinen weiten Reisen aufdrängte als mein steter Begleiter und Führer... war der überwältigende Eindruck von der Größe unseres Stammes, der schon jetzt den Erdball umspannt und wohl bestimmt ist, einst denselben ganz zu erfüllen.“ Aber erst ein anderes Buch, das 1883 erschien, „The expansion of England“ (Die Ausdehnung Englands) ist der Markstein der Umkehr in den Anschauungen der Nation. Das Buch, dessen Verfasser John Robert Seeley bereits ein gutes Werk über Freiherrn vom Stein veröffentlicht hatte, sagt im Grunde nichts Neues; er führt bloß den Gedanken aus, daß das britische Weltreich nicht ein Werk der Willkür, sondern organisch erwachsen ist, daß es unter der unabweisbaren Nötigung entstand, politische und wirtschaftliche Positionen zu behaupten und zu befestigen. Das Reich ist also ihm zufolge nicht das Werk der Immoralität und auch nicht der Moral, sondern einfach eine Tatsache der Entwicklung, ein Naturprodukt. Der moralisch veranlagte Engländer hatte sich also keine Gewissensbisse zu machen, wenn er die Früchte der Eroberungen seiner Vorfahren genoß.

*

England sieht sich überflügelt

Es war hoch an der Zeit, daß sich dem britischen Eroberungsdrang eine neue, gefälligere Theorie zur Verfügung stellte. Denn die Fangzähne und Klauen der britischen Weltmacht, auch seines völkerumspannenden Handels schienen stumpf zu werden. Auf vielen Märkten, auf denen Großbritannien früher die Alleinherrschaft besessen hatte, traten die Fremden, besonders Deutsche und Amerikaner, als Konkurrenten auf; selbst in Altengland sah sich die Industrie durch die deutsche Einfuhr bedroht. Dies wurde bei der 1885 abgehaltenen parlamentarischen Untersuchung allseits hervorgehoben; aus diesen Tatsachen zog ein weitverbreitetes Handelsblatt den Schluß: „In manchen Handelszweigen stehen wir da wie ein Mann, der bisher ein Patent genossen hat, das nunmehr erloschen ist." Damals sagte einer der von der parlamentarischen Kommission gehörten Sachverständigen: „Der Militarismus prägt der ganzen deutschen Nation die Eigenschaften der Zähigkeit, der Nüchternheit, der Gewohnheit gemeinsamer Arbeit auf, welcher die wahre Kraft des deutschen Handels ist[1])." Wohl wuchsen nach wie vor die Ziffern der Ausfuhr ebenso wie die Tonnenzahl der Handelsschiffe, aber die Fortschritte Deutschlands waren verhältnismäßig größer. Die Kauffahrteiflotte Englands hob sich von 1870 bis 1897 um 185 vom Hundert, die Deutschlands aber um 250. Indessen behauptete Großbritannien seine alte Überlegenheit auf vielen Linien, so bei den Fahrten durch den Suezkanal; im Jahre 1911 zogen dort unter 4454 Schiffen nicht weniger als 3036 englische durch; die nächst größte Zahl stellten die Deutschen, aber doch nur 662. Gegenüber Nordamerika jedoch zogen die Briten zusehends den kürzeren. In Kanada wurden die Engländer schon wegen der größeren Nähe der Vereinigten Staaten überflügelt. Im Jahre 1886 hielten sich die englischen und die amerikanischen Importe noch das Gleichgewicht; seither nahm die englische Einfuhr ab, nicht der Menge nach, wohl aber im Prozentsatz: im Jahre 1899 importierten die Briten in Kanada bloß für 7,6 Millionen Pfund Sterling gegen 11,1 Mil-

[1]) So bei Paul Dehn, „Weltpolitische Neubildungen" (Berlin 1905), deren von A. von Peez geschriebene Einleitung sehr beachtenswert ist.

lionen Pfund Nordamerikas. — In Australien ähnliche Erscheinungen. In Südaustralien behielt zwar England auch zu Ende des Jahrhunderts das Übergewicht; aber in Neuseeland und Queensland war der englische Import überholt, und in Westaustralien rückten ihm die Amerikaner bedenklich nahe[1]).

Diesem Vordringen der deutschen wie überhaupt der fremden Fabrikate sollte auf britischem Boden wenigstens das 1887 angenommene Handelsmarkengesetz entgegenwirken. Es ging von der Voraussetzung aus, das englische Fabrikat wäre an sich jedem anderen überlegen; man müsse nur, um den Abnehmer auf die richtige Fährte zu lenken, den fremden Importen den Zwang auferlegen, eine Marke mit der Bezeichnung ihrer Herkunft zu tragen: Made in Germany (Verfertigt in Deutschland) oder Made in France usw. Es stellte sich jedoch wider Erwarten heraus, daß die deutsche Marke kein Hindernis des Absatzes war, daß die britischen Zwischenhändler und Verbraucher ihr vielmehr oft den Vorzug gaben, wie dies in dem Aufsehen erregenden Buch von Williams „Made in Germany" dargelegt worden ist. Das Gesetz wurde deshalb dahin abgeändert, daß der Vermerk fortan bloß Foreign made (Im Ausland verfertigt) zu lauten hatte.

*

Die Reichsverbandliga

Der Stolz der Briten bäumte sich gegen dieses Zurückbleiben auf, und aus dem Drange, es zu bekämpfen, kam es 1884 zur Gründung der Imperial Federation League als Trägerin der imperialistischen Idee. Forster und Chamberlain waren darin die führenden Männer, Rosebery und viele der ersten Männer aus beiden Parteilagern schlossen sich an. Die zwei erstgenannten Männer waren aus der liberalen Partei hervorgegangen, blickten lange zu Gladstone als ihrem Führer auf, trennten sich jedoch 1886 von ihm, weil sie nicht

[1]) Th. Schiemann, „Deutschland und die große Politik Anno 1901" (Berlin 1902), S. 361. Andere Verfallserscheinungen sind aufgezählt in dem Buche „Das kranke England" von Curt Abel-Musgrave (Frankfurt a. M. 1901).

in die politische Autonomie Irlands willigen wollten. Der Gegensatz zu ihm, dem die große Mehrzahl seiner Partei ohne Wanken treu blieb, war jedoch tiefer, er ergab sich nicht bloß aus Home Rule, sondern umfaßte das Problem, ob politische Herrschaft nur durch sittliche Mittel, durch Gerechtigkeit und wirtschaftliche Wohltaten festgehalten werden kann oder ob der Herrscher auch Gewalt üben und die Freiheitsliebe wie das Rechtsgefühl derjenigen Völker verletzen darf, die der Größe des eigenen Vaterlandes im Wege stehen. Mochten die Imperialisten auch leugnen, daß sie im Staatsinteresse die Gebote der Moral beiseite zu schieben bereit waren, so haben die Ereignisse, vor allem der ungerechte Krieg gegen die Buren, den wahren Charakter ihrer Politik aller Welt kundgetan.

In den Frühlingstagen des zunächst friedlichen Imperialismus war davon indessen nicht die Rede. Sein Ziel war vielmehr eine England und seine Kolonien umspannende Reichsorganisation. Großbritannien würde seine Kräfte dadurch verdoppeln oder vervielfachen können, daß es seine Kinder über See zur Verteidigung, aber auch zur Mitregierung heranzöge. Darauf hatte schon Forster in seiner ersten Ansprache an die Imperial Federation League hingewiesen; er drückte den Gedanken aus, das große Ziel wäre nur dann zu erreichen, wenn das Mutterland sich nicht mehr als Herrscherin betrachte, die Kolonien nicht als Untertanen behandle, sondern als Genossen bei der Regierung des Reiches aufnehme. Und Chamberlain, der Bannerträger der imperialistischen Idee, sagte einmal über England und seine Bewohner: „Wir sind alt, sind mit Ehren und Lasten überladen. Unsere Zukunft kann nicht an die Größe unserer Vergangenheit heranreichen. Aber das Reich ist jung und in diesem Reiche können wir eine Zukunft finden, größer als etwas, auf das wir zurückblicken." Wer solche Gesinnungen hegte, mußte sich von der Führung der Geschäfte des Weltreiches durch Gladstone und Granville im Innersten abgestoßen fühlen. Chamberlain und Forster saßen zur Zeit der Gründung der Reichsverbandliga im Ministerium Gladstone, aber der Gegensatz zwischen ihnen und dem Führer der liberalen Partei verschärfte sich mit jeder der diplomatischen Niederlagen, die sein Kabinett auf dem Erdenrund erlitt. Auf dem bis zu seinem Rücktritt 1885 aufgehäuften Schutt wurde das Banner des Imperialismus aufgepflanzt.

*

Die Reichsverteidigung

Hinter den tönenden Redensarten der imperialistischen Führer, die das Herz jedes Briten höher schlagen machten, barg sich eine praktische Forderung, die sich in so und so viel Millionen Pfund ausdrückte. Die Imperialisten erklärten, es sei unbillig, daß das Mutterland allein die Kosten für Heer und Flotte aufbringe, obwohl durch diese Machtmittel die Sicherheit und der Wohlstand auch der anderen Reichsgenossen verbürgt werde. Das Kriegsbudget Englands stieg von 1891 bis 1904 von 33,5 Millionen auf 78 Millionen Pfund, wovon 34 Millionen auf das Heer, 44 Millionen auf die Flotte entfielen. Nur Indien trug durch Aufstellung eines eigenen Heeres, für welches 1904 die jährliche Summe von 10 Millionen bestimmt war, zu den Kriegslasten, besser gesagt zu seiner eigenen Niederhaltung, bei. Ähnlich verhielt es sich mit Ägypten. Die angelsächsischen Kolonien dagegen gingen frei aus, sie genossen ohne nennenswerte Opfer die Wohltaten der Reichszugehörigkeit.

Um die Kolonien williger zu stimmen, plante die Imperial Federation League eine neue Verfassung des Reiches, kraft deren die Kolonien an dessen Regierung Anteil erhalten sollten. Demgemäß ward die Gründung eines Imperial Council vorgeschlagen, eines Reichsrates unter Vorsitz des britischen Premierministers, in dem auch die Kolonien vertreten sein sollten. Dieser Versammlung war eine doppelte Aufgabe zugedacht. Sie sollte in dem Riesenreiche die Einheit des Rechtes zuwege bringen, vor allem die Kodifikation des Handels- und Wechselrechtes, dann die des Strafrechtes, später immer weiter greifen. Außerdem waren im Imperial Council die Mittel zur Verteidigung des Reiches und die Verteilung der Kriegslasten sicherzustellen. Dabei war zu beachten, daß die Verfassungen Englands wie auch der autonomen Kolonien den Parlamenten Gesetzgebung und Steuerbewilligung sicherten. Infolgedessen hätte dem Imperial Council nur eine beratende Stimme gegeben werden können, die entscheidenden Beschlüsse aber wären den einzelnen Staaten vorbehalten gewesen. Selbst die Imperial Federation League mochte nicht weiter gehen, auch sie wollte den Sprung zur Schaffung eines gesetzgebenden Reichs-

parlaments nicht wagen: denn kein Brite könnte es über sich bringen, sein Land von den Kolonien überstimmen zu lassen. So also boten die Imperialisten den Reichsgenossen nicht viel für das von ihnen verlangte Opfer. Hier bereits enthüllte sich die Schwäche des Planes.

*

Der Reichszollbund

Somit fand jener Appell jenseits der Meere keinen Anklang. Ein anderer leitender Gedanke der Imperialisten stieß wieder im Mutterland auf Schwierigkeiten. Das war der Vorschlag eines das ganze Reich umfassenden Zollbundes. Es war geplant, den Kolonien bei der Einfuhr ihrer Bodenerzeugnisse in England Begünstigungen, vielleicht Zollfreiheit zu gewähren, wofür sie mit Vorzugszöllen für britische Industriewaren zahlen sollten. Hier lag der Vorteil auf seiten der Kolonien, weil Großbritannien ihr wichtigstes Absatzgebiet war, während sie als Abnehmer für England nicht ausschlaggebend waren; denn von der Gesamtausfuhr Englands ging um 1900 nur etwa ein Drittel in seine überseeischen Siedelungen. Wenn das Mutterland den Freihandel in der Art aufgab, daß es den Kolonien für ihre Rohprodukte niedrigere Zölle gewährte als den fremden Ländern, so würden diese letzteren ihre Grenzen gegen die britische Industrie verschlossen haben. Durch diese Erwägung waren die mächtigen Mittelpunkte englischen Gewerbefleißes für den Freihandel gewonnen worden, und deshalb hielt das Mutterland auch weiter an ihm fest.

So stand es auch, als das Ministerium Salisbury 1887 die erste der Kolonialkonferenzen nach London berief[1]). Es war ein Schwelgen in Mutter- und Tochtergefühlen, aber ein bestimmtes Ergebnis war nicht zu erzielen. Die Absichten der Kolonien waren in dem Antrage des Vertreters der Kapkolonie, Hendrick Hofmeyr, niedergelegt, sie seien bereit, zu den Kosten der Reichsverteidigung beizutragen, sobald auf ihre wirtschaftlichen Lebensbedingungen Rücksicht genommen

[1]) Richard Jebb, „Studies in colonial nationalism" (London 1904) und besonders desselben Verfassers „The imperial conferences" (London 1911).

werde. Diese Formel mutete England das Aufgeben des Freihandels zu, und hierzu konnte es sich nicht entschließen. Der Gegensatz war so groß, daß die Einladung zur nächsten Kolonialkonferenz nicht von England, sondern von Kanada ausging. Die Versammlung fand in diesem Lande zu Ottawa 1894 statt, und hier zeigten die Kolonien die Neigung, sich untereinander zu verständigen, falls das Mutterland sich fortgesetzt ablehnend verhalte.

Diese Hemmungen wirkten auch auf die Imperial Federation League zurück. Es hatte sich herausgestellt, daß in den Entwürfen der Imperialisten fast so viel des Unerreichbaren war wie in dem Friedensrausche Cobdens und seiner Gesinnungsgenossen. Das wurde auch innerhalb des Verbandes empfunden, und bald standen sich hier die Idealisten und die kühlen Rechner gegenüber, die sich nur einen Teil des umfassenden Planes zu eigen machten. Daher das Schicksal der Liga: der Vorstand nahm am 31. Dezember 1893 ein reich ausgestaltetes Programm an, sprach aber gleichzeitig die Auflösung des Bundes aus. Man überließ die Vollziehung des also niedergelegten Testaments kleineren Verbänden. Da nicht alle Imperialisten das gesamte Programm billigten, wurden Spezialvereine gegründet, die sich entweder auf zollpolitischem oder militärischem oder verfassungsrechtlichem Gebiete betätigten; als Zentralstelle wurde die British Empire League bestellt. Damit war der utopistische Charakter des Grundprogramms eingestanden.

Die ausgestreute Saat ging aber nicht verloren. War es doch eine Lebensnotwendigkeit für die Briten, im Wettbewerb mit den fremden Nationen die Kräfte ihres Reiches zusammenzufassen. Dazu wurden sie auch durch die Zollpolitik der anderen Staaten genötigt. Der Schutzzoll nahm seinen Siegeslauf durch die Welt: Österreich-Ungarn nahm 1878 einen höheren Tarif an, Deutschland 1879, die Union schloß sich durch die Mac-Kinley-Bill von 1890 scharf ab, Frankreich ebenso 1892. Allein so empfindlich es für die Briten war, daß auch die Vereinigten Staaten sich absonderten, so kam dies doch wieder ihrem Imperium zugute, weil wieder Kanada sich dadurch von der Union abgestoßen fühlte. Sprachen sich viele Kanadier früher für den Anschluß an die Vereinigten Staaten aus, so zerrann jetzt ihre Neigung: die an Hochverrat grenzende Agitation brach in sich zusammen, und die Kanadier entdeckten, da ihr Getreide, Vieh und Holz in England zollfrei einging, ihr britisches Herz. Sie verdoppelten ihre

Anstrengungen, um das Mutterland zu bestimmen, sich gegen das Ausland abzuschließen und mit den Kolonien enger zu verbinden. In der Hoffnung, dies durch Entgegenkommen zu erreichen, räumte Kanada den Einfuhren aus dem Mutterland zuerst einen Vorzugszoll von 25, später von $33^1/_3$ Prozent ein.

*

Der friedliche und der kriegerische Imperialismus

Solchen Plänen kam mit dem ganzen Feuer seines Temperaments Joe Chamberlain entgegen, der immer mehr zum Führer der imperialistischen Bewegung emporwuchs. Seitdem sich seine Gesinnungsgenossen in der irischen Frage von den Liberalen getrennt und die unionistische Partei gegründet hatten, trat er mit den Konservativen in ein enger werdendes Bündnis. Aber auch bei den Liberalen schlug der imperialistische Gedanke Wurzel, doch so, daß, solange Gladstone der Führer war, seine Anhänger sich im Schatten des alten Staatsmannes hielten. Als er jedoch, von Alter und Krankheit gebeugt, 1894 die Leitung der Regierung niederlegte, empfahl er selbst der Königin seinen geistreichen Adjutanten Lord Rosebery zum Nachfolger. Rosebery war voll Ideen, aber eben deshalb auch sprunghaft, nicht von angelsächsischer Zähigkeit, sondern durch seine literarische wie sonstige Genußfreudigkeit abgelenkt, so daß er schon 1895 von der Regierung und von der Führung der Partei zurücktreten mußte. Im Jahre 1895 siegten die vereinigten konservativen und liberalen Unionisten bei den Wahlen, worauf Lord Salisbury zum drittenmal ans Ruder gelangte. In diesem Kabinett übernahm Chamberlain das Amt des Kolonialsekretärs. Wer nicht schärfer zusah, war überrascht, daß er sich mit diesem bislang weniger wichtigen Posten begnügte, er aber benützte ihn als Sprungbrett, um sich zum Lenker der Reichspolitik aufzuschwingen.

Wie Chamberlain sich am Schlusse seiner Laufbahn an die Spitze der Bewegung für einen Reichszollbund stellte, darin jedoch scheiterte,

ist noch genauer auszuführen. Zuvor aber setzte er sich nähere Ziele. Wohl bedeutete die Auflösung der Imperial Federation League den Schiffbruch des friedlichen Imperialismus, der durch Verfassungsänderungen und ähnliche Reformen die wankende Weltherrschaft Englands stützen sollte. Eben deshalb kamen die die Bewegung lenkenden praktischen Köpfe zur Erkenntnis, es müsse zu schärferen Mitteln gegriffen werden. Es war höchste Zeit, bei der Teilung der Welt mitzutun, damit nicht die fremden Nationen sich der noch nicht von den Kulturvölkern eroberten Landgebiete allein bemächtigten. Das galt besonders von Afrika. Das Ministerium Salisbury-Chamberlain unternahm zu diesem Behufe zwei Kriege, zuerst den zur Eroberung des Sudans 1896—1899, dann den zur Unterwerfung der freien Burenstaaten 1899—1902. Der friedliche Imperialismus gebar den kriegerischen, und dieser erhob Englands Kolonialmacht wieder auf die frühere Höhe[1]).

Chamberlain ging dabei Hand in Hand mit Cecil Rhodes vor, der vielleicht der innerlich klarste und konsequenteste Imperialist gewesen ist. Beweis dessen das erste seiner Testamente, in dem er sein ganzes Vermögen der Durchführung seines Programms bestimmte. Darin zeichnete er die Richtlinien zur Bildung einer geheimen Gesellschaft vor, deren Ziel die Herrschaft Großbritanniens über die ganze Welt sein sollte. Es war der größte Eroberungsplan, der jemals entworfen worden ist. Denn Rhodes zielte nicht bloß auf Einverleibung Mesopotamiens, Palästinas und Kretas hin, er griff auch nach den Küsten Chinas und Japans, nach dem Besitze des Malaiischen Archipels und den Inseln der Südsee über, soweit sie nicht schon zu England gehörten; mit derselben Verwegenheit empfahl er die Unterwerfung des gesamten Südamerika. Daß er die Bildung einer geheimen Gesellschaft vorschlug, hatte seinen guten Grund; denn das offene Eingeständnis der Ländergier würde die Welt gegen England vereinigt haben. Im Grunde genommen war jedoch die Geheimhaltung überflüssig; denn Lord Rosebery sprach, wie erwähnt, mit anderen Worten gleichfalls der unbegrenzten Erweiterung des Reiches das Wort. Mit Chamberlain und Rhodes wirkte von 1899 an als Vizekönig von Indien Lord Curzon zusammen, der in seinem 1894 erschie-

[1]) Viel Anregungen bieten die drei England behandelnden Aufsätze von Erich Marcks im zweiten Band von dessen „Männer und Zeiten" (Leipzig 1911).

nenen Buche „Probleme des Ostens“ das Programm der Unterwerfung aller Küsten des Indischen Ozeans umrissen hatte. Gewidmet ist das Buch allen, „die glauben, daß das britische Reich das durch die Vorsehung berufene größte Werkzeug zum Guten ist, das die Welt je gesehen hat“. Chamberlain schloß eine seiner Reden mit den Worten: „Ich bin ein Missionär des Reiches“, worauf die Menge mit dem Rufe auseinanderging: „Das Reich für immer!“ In Kipling entstand dem Imperialismus der Dichter. In Indien geboren, entflammte er seine Leser für die britische Herrschaft über die „tückischen“ Völkerschaften des Ostens, „halb Teufeln, halb Kindern“, und erklärte, wilde Härte sei bei ihrer Behandlung unumgänglich notwendig. Damit hängt es zusammen, daß er den englischen Offizier, besonders aber Tommy, den bis dahin verachteten einfachen Soldaten, als die Stützen des Weltreiches für die englische Literatur entdeckte. Glühende Liebe zum Vaterland gab ihm sein Gedicht „Recessional“ ein (1897), für dessen Wohl ein tief empfundenes Gebet zum Himmel gesandt wird. Nicht daß derartige Vorstellungen bei den Briten erst zu Ende des 19. Jahrhunderts erwachten. Die Baumeister am britischen Weltreich, Königin Elisabeth und Cromwell, die beiden Pitt und Nelson, Canning und Palmerston, hatten es nicht notwendig gehabt, theoretischen Unterricht im Erobern zu nehmen. Der Unterschied ist nur, daß an Stelle derben Zugreifens die Lehre trat, Großbritannien wäre es nicht nur sich, sondern der Zivilisation schuldig, jedes noch nicht in festen Händen befindliche Stück Erde in Besitz zu nehmen. Früher einmal war bei den seefahrenden Völkern, so bei Portugiesen und Spaniern, die Pflicht der Verbreitung des Christentums das ideale Motiv gewesen, in das sich der Tatendrang hüllte; später, in der merkantilistischen Zeit, galt es als patriotische Aufgabe, durch Ausdehnung des Handels zur Ehre und Größe seines Landes beizutragen. Der Imperialismus unserer Zeit dagegen strebt Weltherrschaft und Eroberungen um ihrer selbst willen an, damit nur kein anderes Volk sich mit stärkeren Kampfesmitteln ausrüste. Die Macht als solche ist zur Gottheit erhoben, Religion, Handel und Industrie schreiten erst in ihrem Gefolge einher. Die Erwerbung mancher Kolonien hat, was noch mehr für Deutsche und Franzosen als für Engländer galt, weder die Anstrengungen noch die finanziellen Opfer gelohnt. So oft dies aber auch von nüchternen Patrioten ausgerechnet wurde, immer überwog doch der Hunger nach Besitz und

Herrschaft. Das neue Dogma eroberte die Welt und lenkte nicht bloß die Politik Englands, sondern auch das der anderen Handelsstaaten. Solange Britannien in unbestrittenem Besitze der See- und Kolonialherrschaft war, erörterten seine Politiker und Schriftsteller freimütig sowohl das moralische Recht hierzu wie die wirtschaftliche Ersprießlichkeit des Gewonnenen. Noch bei der Eroberung Ägyptens kamen Bedenken dieser Art zum Wort, bei dem Feldzug im Sudan dagegen ließen sie sich kaum mehr hören und bei dem an den Buren geübten Rechtsbruch wurden sie durch die öffentliche Zustimmung übertönt. Politische Systeme entstehen eben immer dann, wenn das Bedürfnis nach ihnen sich einstellt. Sie dienen entweder zur Begründung eines durchzusetzenden Anspruchs oder zur Verteidigung eines bestrittenen Rechtes. Machthaber, die keinen Nebenbuhler zu fürchten haben, verzichten auf das Gedankenspiel staats- und völkerrechtlicher Formeln. Es ist der ewige Maskentausch, bei dem die Urtriebe der Menschheit sich in das Gewand von Ideen hüllen.

In dieser geistigen und politischen Atmosphäre verbreiteten sich die Keime des Völkerneides und Völkerhasses, aus denen der größte aller Kriege erwuchs. Sobald an Stelle von Religion und Moral, von wohlerwogenem wirtschaftlichen Vorteil, an Stelle der gemeinsamen Arbeit der Nationen am Werke der Zivilisation der Hunger nach Weltmacht die vorwaltende Triebfeder geworden, war die Entscheidung durch die Waffen unausweichlich.

IV

Balkanpolitik 1885—1888

Dreibund von 1887

IV. Balkanpolitik 1885—1888. Dreibund von 1887

England an der Seite der Mittelmächte

Die Frontstellung des Festlands gegen Großbritannien enthüllte um 1884 die Schwäche des seebeherrschenden Reiches und beunruhigte seine Staatsmänner, auch nachdem die Gruppierung der Mächte eine andere geworden war. Indessen brach das unausrottbare Erbübel der kontinentalen Völker, ihre Eifersucht und Unverträglichkeit, bald wieder hervor. Die Einkreisung Englands dauerte überhaupt nur so lange, als sich Jules Ferry in Frankreich am Staatsruder behauptete. Doch blieb der Schrecken über die Annäherung der zwei führenden festländischen Nationen den Briten in den Gliedern und schärfte ihre Wachsamkeit. Das englische Volk fühlte instinktiv, daß, seitdem die äußere Politik immer wichtiger wurde, Gladstone und die Liberalen nicht ausreichten. Es wandte sich den Konservativen zu, deren Führer Salisbury in der Schule Disraelis das Regieren des Weltreichs erlernt hatte.

Schon während seines ersten kurzlebigen Ministeriums (Juni 1885 bis Januar 1886) zeigte Salisbury die scharfe englische Klaue. Seine Landsleute verfolgten eifersüchtig die Ausdehnung der französischen Herrschaft im Osten Hinterindiens. Daran war nichts zu ändern, aber Albion sicherte sich wenigstens die westliche Hälfte der großen Halbinsel. Das Königreich Birma stach den Briten in die Augen: da sich dessen Herrscher nicht fügen wollte, wurde ein Heer gegen ihn ausgesandt und sein Land am 1. Juli 1886 dem britischen Reiche einverleibt. Indem sich die zwei Seemächte ausdehnten, blieb zwischen ihren hinterindischen Besitzungen noch Siam als unabhängiger Staat. Aber sofort setzte ihr Ränkespiel auch hier ein, der gewöhnliche Streit um Einflußgebiete begann und führte zu Weiterungen, die ein und das andere Mal fast Krieg befürchten ließen.

Kurz nachdem Salisbury im Juli 1886 zum zweitenmal leitender Minister geworden war, brach die alte Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich wieder lichterloh aus, wodurch die Besorgnisse

Englands völlig zerstreut wurden. Freycinet zwar, der Nachfolger Ferrys, blieb noch in friedlichem Geleise, aber nur mühsam, da er aus innerpolitischen Gründen den General Boulanger als Kriegsminister in sein Kabinett aufgenommen hatte und dieser sich als Bahnbrecher für die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen feiern ließ. Im Dezember 1886 wurde Goblet Nachfolger Freycinets und behielt Boulanger als Kriegsminister, sich mit ihm zur Ausbeutung der französischen Rachegelüste verbindend. Dadurch wurde Europa in Unruhe versetzt. Das Spielen mit dem Feuer war um so gefährlicher, als Boulanger mit ungesundem Ehrgeiz nur mittelmäßige Gaben verband, somit nicht der Mann war, um beurteilen zu können, wie weit er mit den gegen Deutschland gerichteten Drohungen gehen konnte, ohne den Krieg zu entzünden, der allem Anscheine nach mit einer Katastrophe für Frankreich endigen mußte. Auf seinen Antrieb wurde eifrig gerüstet, Truppen an die Vogesen geschoben, Vorbereitungen zur Mobilmachung der Ostkorps getroffen. Ein an sich unbedeutender Zwischenfall führte beinahe zum Losbruch. Ein französischer Polizeikommissär namens Schnäbele ließ in Deutschland fleißig spionieren; deshalb lockte ihn ein deutscher Amtsbruder durch die Einladung zu einer Zusammenkunft über die Grenze und verhaftete ihn auf deutschem Boden. Entrüstung darob in Frankreich und Kriegsgeschrei; aber da das Vorgehen gegen Schnäbele rechtswidrig war, ordnete die deutsche Regierung seine Freilassung an, womit die Sache erledigt war (April 1887). Die französische Kammermehrheit, die den Frieden wünschte, raffte sich auf und stürzte am 17. Mai das Kabinett Goblet samt dessen interessantem Kriegsminister. Boulanger setzte seine Treibereien fort und sammelte eine neue Partei um sich, die nationalistische, welche die Schäden des Parlamentarismus zu bekämpfen vorgab, unter diesem Stichwort aber für den General die Diktatur und für sich Einfluß erkämpfen wollte. Das dauerte so lange, bis die republikanische Mehrheit der Kammer in dem Minister Constans den Mann fand, der den Mut besaß, das Gespenst zu verscheuchen. Boulanger, mit Verhaftung bedroht, floh 1889 nach Brüssel und endigte hier 1891 ruhmlos durch Selbstmord. In den drei Jahren seiner Bewerbung um die höchste Gewalt waren die Beziehungen zwischen Paris und Berlin öfters bis zum Zerreißen gespannt. Auch dann beherrschte die nationalistische Partei in der französischen Hauptstadt die Straße, in Deroulède den Führer findend.

Es ist schwer zu sagen, ob die nationalistische Partei Deutsch-

land oder England mit größerem Hasse beehrte. Sie stachelte das französische Volk zu eifersüchtigem Wettbewerb auch gegen Albion auf, weil es den kolonialen Plänen der Republik auf dem ganzen Erdenrund entgegenwirkte, und das waren, solange Boulanger noch etwas in seinem Lande galt, keine bloßen Schaumschlägereien. Ganz von selbst rückten infolgedessen Deutschland und Großbritannien einander näher. Damit blieb Salisbury sich selbst treu: seit jeher war er dem Zusammengehen mit Deutschland geneigt und hatte den Abschluß des mitteleuropäischen Bündnisses am 18. Oktober 1879 mit einer Rede begrüßt, in der er, als Minister des Äußern unter Disraeli, das weltbewegende Ereignis „eine gute Botschaft von großer Freude" nannte. Er war in der alten englischen Auffassung aufgewachsen, die in Frankreich den Nebenbuhler, in Rußland den Erbfeind sah. Ihm als sattelfestem Konservativen war das straff regierte Deutschland sympathisch. Auch darin stand er zu Gladstone in scharfem Gegensatz: dieser fühlte sich zur französischen Demokratie hingezogen und hatte nach der Niederlage Frankreichs 1871 öffentlich die Besorgnis ausgesprochen, die starke Militärmacht, die inmitten des Weltteils entstanden war, könnte der Völkerfreiheit abträglich werden. Bismarck und Gladstone waren ganz verschiedene Naturen, so daß der Reichskanzler tiefe Abneigung gegen den englischen Staatsmann hegte; als dieser den Fürsten nach dessen Rücktritt in Friedrichsruh besuchen wollte, lehnte Bismarck höflich ab, zu seiner Umgebung bemerkend, er wolle den alten Sünder nicht sehen. Dagegen verstand sich der Kanzler mit Salisbury besonders gut und kam ihm noch freundlicher entgegen, als seit 1886 über den Rhein böse Gesinnung nach Deutschland hinüberschlug.

*

Vertreibung Alexanders I. von Bulgarien
Österreichische Balkanpolitik

Die Sorgen des Reichskanzlers wurden durch die Entwicklung der Dinge in Rußland vermehrt. Es war eine ware Sisyphusarbeit, wie er die russischen und die österreichischen Interessen stets aufs neue auszugleichen bemüht war und wie die Eifersucht der zwei Mächte

trotzdem immer wieder aufsprang. Die zwei Abkommen von 1881 und 1884 (Seite 57) vertagten zwar den Streit, aber unmittelbar darauf brach er in der früheren Schärfe wieder aus.

Der Anstoß kam von Bulgarien her. Die Truppen des Zaren hatten die Balkanhalbinsel 1880 verlassen müssen, aber die russische Regierung behielt noch einen Fuß im Steigbügel, da das junge bulgarische Heer von russischen Generalen und Offizieren organisiert und befehligt wurde. Fürst Alexander von Bulgarien empfand die Satrapenrolle, zu der er verurteilt war, als Demütigung und erregte durch sein Streben nach Unabhängigkeit den Unwillen des Petersburger Hofes. Die Abneigung des Zaren gegen ihn wuchs, als die Bulgaren sich 1885 herausnahmen, aus eigener Kraft die Vereinigung ihres Fürstentums mit Ostrumelien durchzusetzen. Ohne in Petersburg anzufragen, erhob sich die Patriotenpartei, verjagte den türkischen Statthalter aus Philippopel und sprach den Anschluß Ostrumeliens an das Hauptland aus. Nun stand die Vereinigung zwar auch auf dem Programm der russischen Regierung, war aber als großmütiges Geschenk vermeint, das ein fügsames Bulgarien aus der Hand des Zaren entgegennehmen sollte. Es erbitterte den Kaiser Alexander, daß der junge Bulgarenfürst nicht geduldig auf diese Gnade wartete, sondern mit der Nationalpartei gemeinsame Sache machte. Der Fürst hatte aber nur die Wahl zwischen diesem Einverständnis oder der Vertreibung aus seinem Lande. Darauf wurde in Petersburg jedoch nicht Rücksicht genommen, der Zar ließ ihn seinen Zorn fühlen und rief die russischen Generale und Offiziere aus Bulgarien ab. Der junge Staat, so rechnete man in Petersburg, werde aus eigener Kraft nicht bestehen können und das bulgarische Volk reuig zu den Füßen des Zaren zurückkehren.

Das Wiener Kabinett, das sich durch die Abmachungen von Skierniewice und Kremsier gebunden glaubte, hielt auch jetzt zu Rußland und sprach sich — ebenso wie Deutschland — mit aller Bestimmtheit in konservativem Sinne aus. In einer Rede vor den Delegationen verurteilte Graf Kalnoky, der Minister des Äußern, die Urheber der Revolution von Philippopel und bestand auf der Notwendigkeit, die zwei bulgarischen Gemeinwesen wieder zu trennen. Dem trat jedoch Graf Andrassy entgegen. Er erfaßte sofort die Bedeutung des Ereignisses und billigte es, daß sich das bulgarische Volk der Vormundschaft Rußlands entzog. Auf dem Berliner Kongreß waren Andrassy

und Disraeli von der Ansicht ausgegangen, die neue Schöpfung werde ein Vasallenstaat Rußlands bleiben, deshalb setzten sie die Verkleinerung und Zweiteilung des befreiten Bulgarien durch. Jetzt aber war diese Gefahr überwunden. Deshalb riet Andrassy dem Kaiser Franz Joseph in einer im Herbst 1885 eingereichten Denkschrift, sich des um sein nationales Dasein kämpfenden Volkes anzunehmen, die Vereinigung gutzuheißen und Rußland völlig aus der Balkanhalbinsel hinauszumanövrieren.

Dazu konnte sich Kalnoky in diesem Zeitpunkte nicht entschließen. Andrassy war feurig, kühn, großer Pläne voll, Kalnoky bedächtig, ein vorsichtiger Diplomat der alten Schule, der sich erst allgemach zu einer größeren Auffassung durcharbeitete, dann aber seinen Mann stellte. Während der eine dem Kaiser riet, den Russen sofort kräftig entgegenzutreten, zog der andere vor, die Verbindung mit Petersburg zu pflegen. In einer Gegenschrift erinnerte Kalnoky daran, daß Andrassy als Minister das Drei-Kaiser-Verhältnis gleichfalls solange wie möglich aufrechtgehalten hatte. Der Kaiser entschied für den Minister des Äußern: dieser, so sagte er, eigne sich besser dazu, einen Knoten behutsam zu lösen, Andrassy dagegen, ihn zu zerhauen[1]).

Dementsprechend kam das Wiener Kabinett mit dem Petersburger und dem Berliner überein, Ostrumelien wieder von Bulgarien loszulösen. Kalnoky sah es nicht ungern, daß die Serben, von Eifersucht auf Großbulgarien erfaßt, zum Schwerte griffen; indessen wurde König Milan vom Bulgarenfürsten bei Slivnitza am 19. November 1885 besiegt, durch ein Heer also, aus dem alle russischen Offiziere vom Zaren abberufen worden waren. Milan bat in seiner Bedrängnis Kaiser Franz Josef um Hilfe, der vermittelnd dazwischentrat, den Frieden herbeiführte und Serbien vor Gebietsverlusten rettete. So behauptete sich Bulgarien den drei Kaisermächten zum Trotz in seinem vergrößerten Umfang.

Kalnoky hatte also danebengegriffen, indessen sorgte Rußland dafür, daß er seinen Fehler bald gutmachen konnte. Die Petersburger Regierung erlaubte sich unerhörte Übergriffe: auf ihr Betreiben wurde Fürst Alexander 1886 von Verschwörern aus seinem Lande entführt und nach Rußland gebracht. Als er freigelassen wurde und in sein

[1]) Vgl. den Aufsatz über Kalnoky von H. Friedjung in Bettelheims „Biographischem Jahrbuch" (3. Bd., Berlin 1900) und den in der „Allgemeinen Deutschen Biographie" (51. Bd., 1905) von Berthold Molden.

Land zurückkehrte, nötigte ihn Rußland zur Abdankung. Hierauf wollte der Zar die Bulgaren durch seinen Abgesandten Baron Kaulbars zwingen, einen russischen Untertan, den Fürsten von Mingrelien oder den General Ignatiew, zu ihrem Herrscher zu wählen. Dessen aber weigerte sich das bulgarische Volk, an dessen Spitze der furchtlose und kraftvolle Stefan Stambulow stand. Da erkannte Kalnoky, daß Rußland den Plan zur Unterwerfung der Balkanhalbinsel wieder aufnahm, was auch er nicht zulassen mochte. Das Wiener Kabinett rückte also von dem Petersburger ab und nahm sich der Bulgaren an. Am 30. September 1886 erklärte der ungarische Ministerpräsident Koloman von Tisza im Reichstage, die Monarchie könne das Protektorat einer einzelnen Macht in Bulgarien nicht zulassen. Von dieser Rede war der Zar so verletzt, daß er zu einem österreichischen Diplomaten sagte: „Tisza hat Rußland und damit mich beleidigt." Kalnoky aber schritt auf dem betretenen Wege fort und kündigte in einer am 13. November in den Delegationen gehaltenen Rede an, daß eine militärische Besetzung bulgarischen Landes durch russische Truppen die Donaumonarchie zu einer „entscheidenden Stellungnahme" zwingen würde.

Mit diesem festen Auftreten Österreich-Ungarns war aber eine täglich wachsende Gefahr verbunden, die Kalnoky durch sein zögerndes Vorgehen hatte vermeiden wollen. Fürst Bismarck versagte dem Wiener Kabinett seine Unterstützung, da er behauptete, Bulgariens Zugehörigkeit zum Interessenbereich Rußlands wäre auf dem Berliner Kongreß allgemein anerkannt worden. Dies aber wurde von Andrassy, den Kaiser Franz Josef darüber befragen ließ, in Abrede gestellt. Der Reichskanzler beharrte jedoch, um das gute Verhältnis Deutschlands zu Rußland nicht stören zu lassen, auf seinem Standpunkte und bemerkte am 11. Januar 1887 im Reichstage, Bulgarien gelte ihm so wenig wie dem Schauspieler im Hamlet das Schicksal Hekubas. „Es ist uns vollständig gleichgültig," so lautete die auch gegen Österreich-Ungarn gerichtete Erklärung, „wer in Bulgarien regiert und was in Bulgarien überhaupt wird. Wir werden uns in dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren." Die österreichisch-ungarische Regierung ließ sich jedoch nicht irremachen und sprach im Februar 1887 in den Delegationen den Betrag von $52^1/_2$ Millionen Gulden zur Verstärkung ihrer Rüstungen an, der auch bewilligt wurde. In dieser Angelegenheit trennten sich zeitweilig die Wege des Wiener und des Berliner Kabinetts.

Dreibundvertrag von 1887

Kalnoky mußte unter diesen Umständen anderswo Rückendeckung suchen. Diese bot sich bei England, welches ebensowenig wie Österreich-Ungarn das Übergreifen Rußlands auf die Balkanhalbinsel dulden wollte. Noch gehörte damals die Verteidigung der Türkenherrschaft in Konstantinopel zu den Grundsätzen der britischen Politik. Daß Salisbury und nicht mehr Gladstone England regierte, war für Österreich-Ungarn ein besonderer Glücksfall; denn er hatte auf dem Berliner Kongreß neben Disraeli gewirkt und war bereit, zur Verteidigung seines Werkes die Kraft Englands einzusetzen. So fanden sich Anfang 1887 die österreichische und die englische Regierung zusammen.

In Wien mußte außerdem erwogen werden, daß ein Krieg mit Rußland auch Italien auf den Plan rief. Würde aber Österreich-Ungarn auch im Süden angegriffen, so geriet es in große Gefahr. Nun stand Italien zwar seit dem 20. Mai 1882 mit Deutschland und der habsburgischen Monarchie in einem Verteidigungsbündnisse, jedoch liefen die für fünf Jahre geschlossenen Verträge zur Zeit des österreichisch-russischen Zwistes ab. Der italienische Minister des Äußern Graf Robilant war zur Erneuerung bereit, aber nur unter der Bedingung, daß seinem Lande ein Anteil an der Erbschaft nach dem allgemein erwarteten Falle der Türkenherrschaft zugesichert werde. Wenn Österreich-Ungarn, so erklärte Robilant, seine südliche Flanke gedeckt haben wolle, müsse es dafür einen Preis zahlen. Begreiflich, daß das Wiener Kabinett sich gegen die Einmischung Italiens in die Balkanangelegenheiten sträubte, noch weniger mochte es dem Nachbarn das Recht dazu vertragsmäßig einräumen. Hieß das nicht, den Teufel durch Beelzebub austreiben? Dem Fürsten Bismarck seinerseits war es verhältnismäßig gleichgültig, wie sich Österreich-Ungarn, Rußland und Italien die Balkanhalbinsel teilten; er legte nur großen Wert darauf, Italien beim Bunde festzuhalten, um Frankreichs Vergeltungsgelüste zu bezähmen. Er wird eifrig vermittelt haben, und da Österreich-Ungarn die nähere, von Rußland drohende Gefahr bannen wollte, gab es nach: am 20. Februar 1887 vollzog sich die Erneuerung des Dreibundes unter für Italien günstigen Bedingungen.

Bisher sind von diesem Vertrage nur die Bestimmungen ganz veröffentlicht worden, die sich auf das Verhältnis Italiens zu Österreich-Ungarn beziehen. Von den auch Deutschland betreffenden Abmachungen ist nur eine bekannt: der dritte Artikel des Vertrages stellte fest, daß, wenn einer der Verbündeten durch zwei Großmächte angegriffen würde, die beiden anderen Alliierten zur Waffenhilfe verpflichtet seien. Doch nicht unter allen Umständen: denn die Verpflichtung bestand nur, wenn der Angriff des Feindes „ohne direkte Provokation" seitens des Alliierten erfolgt war. Sonach blieb der Bündnisfall einer mehr oder weniger ehrlichen Auslegung anheimgestellt, wobei Italiens Loyalität 1914 versagen sollte. Die ganze Bestimmung hatte übrigens nur für Deutschland einen gewissen Wert, wogegen Österreich-Ungarn aus ihr keinen Nutzen erwarten durfte. Denn während das Deutsche Reich immer gefaßt sein mußte, es mit Rußland und Frankreich zu tun zu haben, stand die habsburgische Monarchie nur mit einer Großmacht, mit Rußland, auf der Mensur.

Hingegen gereichte der Artikel IV allen Bundesgenossen zu gleichem Vorteil — vorausgesetzt, daß Treue gehalten wurde. Danach war jede der drei Mächte zu wohlwollender Neutralität verpflichtet, wenn ein Bundesgenosse genötigt sein sollte, um seiner Sicherheit willen einem außenstehenden Staate den Krieg zu erklären. Somit versprach Italien wenigstens Neutralität auch in dem Falle, daß die Donaumonarchie mit Rußland oder einem Balkanstaat in Krieg geriet. Um dieser Sicherung willen trat das Wiener Kabinett in den Vertrag ein und brachte das erhebliche Opfer, das ihm durch den Artikel VII auferlegt war.

Dieser Artikel VII handelte von den Verhältnissen im nahen Orient, vornehmlich von der Balkanhalbinsel: er hatte das eigene, daß darin nur Österreich-Ungarn und Italien sich gegenseitig Zusagen machten. Deutschland hielt sich abseits, offenbar weil Bismarck grundsätzlich die Einmischung in die Balkandinge ablehnte. In dem Artikel aber wurden Bestimmungen für den Fall getroffen, daß über das Osmanische Reich das Verderben hereinbrach. Die zwei Mächte verpflichteten sich zunächst zur möglichsten Aufrechterhaltung des Status quo im Türkischen Reiche; sollte aber dessen Besitzstand auf der Balkanhalbinsel, im Adriatischen oder im Ägäischen Meere einmal erschüttert sein, dann trat der Grundsatz in Kraft: wenn sich das eine der vertragschließenden Reiche ausdehnen werde, dann habe das andere

auf eine Kompensation Anspruch. Damit verzichtete Österreich-Ungarn eigentlich auf das ihm im Berliner Vertrage zustehende Recht, über den Sandschak von Novibazar und über Mitrowitza hinaus Gebiete zu besetzen; denn das durfte fortan nur mit Zustimmung Italiens geschehen, oder aber diese Macht konnte ein entsprechendes Entgelt verlangen. Dem Wiener Kabinett waren also künftig die Hände gebunden. Übrigens war Artikel VII so unklar gefaßt, so voll Widersprüche, daß bei der Auslegung Mißhelligkeiten unvermeidlich waren. Offenbar kam die Einigung nur mühsam zustande, es wurde wohl lange gebessert und geklittert, um überhaupt zum Schlusse zu gelangen. Die Vermutung liegt nahe, daß seitens des Berliner Kabinetts in Wien wie in Rom gedrängt wurde, um die Einigung herbeizuführen. Übrigens wurde diesmal nur ein Vertragsinstrument von den drei Mächten unterfertigt, die Bündnisdauer wieder auf fünf Jahre festgesetzt[1].

So künstlich auch der Vertrag aufgebaut war, so bedeutet es doch viel, daß sich fortan quer durch Europa von Nord nach Süd ein Friedensbund legte. Wohl ist er 1915 zusammengebrochen, bis dahin jedoch war er ein Hauptfaktor der europäischen Politik. Trotz der Lücken des Vertrages war Italien durch ihn an die Mittelmächte gebunden. Mehr aber noch durch das eigene Interesse, da es erst von jetzt ab als Großmacht in die Schicksale des Kontinents eingriff, während es auf dem Berliner Kongreß im Hintergrunde gestanden hatte und 1881 bei der Besetzung von Tunis geringschätzig beiseite geschoben worden war.

Übrigens stand der in diesem Zeitabschnitte maßgebende italienische

[1]) Daß es 1882 zwei Vertragsinstrumente gab, 1887 nur eines, wurde dem Verfasser 1912 vom Staatssekretär Kiderlen-Wächter mitgeteilt. — Die Bündnisfristen sind, anscheinend aus amtlichen Quellen, von L. Chiala in dem Werke „La triplice e la duplice alleanza“ (2. Aufl., Torino 1898), S. 447 und 558 angegeben. — Die Lücken und Widersprüche im Dreibundvertrage sind treffend hervorgehoben in den Aufsätzen des Bischofs W. Fraknoi in der „Deutschen Revue“, Januar und Februar 1916. — Noch vor der amtlichen österreichischen Bekanntmachung wurde das Wesentliche aus dem Artikel VII mitgeteilt von H. Friedjung in dem Aufsatze „Der Inhalt des Dreibunds“ (Cottasche Zeitschrift „Der Greif“, Oktober 1913), dann im „März“ (26. November 1913). Diese Angaben wurden von Hans Helmolt mehrfach bestritten, zuletzt im Anhange des Buches von Arthur Singer, „Geschichte des Dreibundes“ (Leipzig 1914); doch hat Helmolt seinen Irrtum selbst in der „Weserzeitung“ vom 26. Januar 1916 zugestanden; er fügte in seinem Aufsatze „Unser Wissen vom Dreibunde“ („Zeitschrift für Völkerrecht“ 1916, X. Bd., Heft 1 und 2) noch hinzu, er sei nach seinen ersten Veröffentlichungen über den Gegenstand „von maßgebender Seite ausdrücklich zu weiterer Arbeit ermutigt und in seiner namentlich gegen Friedjungs ‚Kompensations‘-Behauptung gerichteten Auffassung bestärkt worden“.

Staatsmann Francesco Crispi mit seiner starken Persönlichkeit auf Seite Deutschlands und im Gegensatze zu Frankreich. So hielt er es, als er am 29. Juli 1887 an die Spitze der Regierung trat, in welcher Stellung er sich bis 1891 und dann 1893 bis 1896 behauptete. Das war die Epoche wahren inneren Lebens des Dreibunds. Aus der Schule Mazzinis hervorgegangen, war Crispi immer der Ansicht gewesen, daß Napoleon III. und überhaupt alle französischen Machthaber Österreich nur bekämpft hatten, um Italien ihrerseits zu beherrschen: sie alle wünschten die Halbinsel in mehrere Staaten geteilt, und für diese zweifelhaften Dienste ließ sich Napoleon mit Nizza und Savoyen bezahlen. Crispi blieb immer von Mißtrauen gegen Frankreich beseelt. Ebenso stand er fest auf dem Satze, daß Konstantinopel unter keinen Umständen den Russen überlassen werden dürfe, da sonst die Freiheit Europas gefährdet wäre. Vergebens versuchte Bismarck, wie Crispi in seinen Aufzeichnungen berichtet, auch ihn für die Auffassung zu gewinnen, man solle die Russen nach Stambul gehen lassen, da sie dann hier eine Flanke zum Angriffe böten, während sie an ihrer Westgrenze allein nicht zu fassen wären. Indessen zog es Crispi vor, sich mit Österreich-Ungarn und mit Großbritannien über die Verteidigung der Balkanhalbinsel zu verständigen. Dieser „orientalische Dreibund", wie er sich ausdrückte, wurde eine Ergänzung des mitteleuropäischen Dreibunds.

Etwas abseits von diesen Vereinbarungen stand ein Abkommen Italiens mit Großbritannien, geschlossen Anfang 1887, das sich bloß auf das Mittelländische Meer bezog. Diese Verbindung wurde den Italienern von Bismarck angeraten, der auch in London dafür mit Erfolg warb. Denn indem sich das römische Kabinett mit Deutschland gegen Frankreich verband, mußte Italien für seine langgestreckten Küsten und seine nicht befestigten Häfen fürchten, die der französischen Flotte schutzlos offen standen. England verstand sich auch zur Pflicht der Verteidigung, während Italien seine Unterstützung in Ägypten zusagte. Wegen des Nillandes lagen England und Frankreich im Streit — das Londoner Kabinett gewann auf diese Art einen kontinentalen Degen zum Bunde.

Während dies jedoch in weiter Ferne stand, galt der „orientalische Dreibund" der drängendsten Frage des Tages, der Verteidigung der Balkanhalbinsel. Bismarck ließ seine politischen Freunde Kalnoky, Salisbury und Crispi gewähren, wurde auch von allem unterrichtet,

nahm aber mit Rücksicht auf Rußland selbst nicht an dem Balkangeschäfte teil, über das im Oktober und November 1887 verhandelt wurde. Die Grundlage der österreichisch-englisch-italienischen Vereinbarung ist jetzt im allgemeinen bekannt, während der Vertrag selbst noch in den geheimen Archiven ruht[1]). Er handelte von Konstantinopel und den Meerengen, die, wie man sich einigte, „von jedem bedeutsameren fremden Einflusse“ freigehalten werden sollten. In betreff Bulgariens wollten die drei Mächte gegenüber „unrechtmäßigen Forderungen Rußlands“ eng zusammenstehen. Endlich, und das gewährt einen weiten Ausblick in die Zukunft, waren die drei Kabinette einig darüber, daß, wenn sich der Status quo auf der Balkanhalbinsel nicht halten ließe, den christlichen Völkern Autonomie zuzubilligen wäre. Grundsätze also von großer Tragweite: es verdient ausdrücklich verzeichnet zu werden, daß England sich damals, aber später nie wieder bereit zeigte, zur Verteidigung der türkischen Herrschaft nötigenfalls das Schwert zu ziehen. Es war das letzte Bekenntnis zu einer Politik, die von Großbritannien durch eine Reihe von Menschenaltern befolgt worden war. Noch einmal fand sich das alte Europa dabei zusammen. Salisbury hielt sich an die Überlieferung, der Gladstone bereits den Rücken gekehrt hatte.

*

Kalnokys Methode und Charakter

Die Führung in der Abwehr des russischen Dranges nach der Balkanhalbinsel fiel naturgemäß Österreich-Ungarn zu. Auf dem gefahr-

[1]) Über diese Abmachungen unterrichtet T. Parlamenghi-Crispi in den von ihm zusammengestellten Denkwürdigkeiten Francesco Crispis, seines Oheims. Deutsche Übersetzung unter dem Titel „Die Memoiren Crispis“ (Berlin 1912). Vgl. S. 169, 195, 235, 265, 363. Auf S. 235 ist die in diesem Betracht wichtigste Stelle aus dem Tagebuche Crispis abgedruckt. — Andere Papiere Crispis sind benutzt in Parlamenghi-Crispis „Questioni Internazionali“ (Milano 1913), wo S. 85 als Datum der englisch-italienischen Verträge (über das Mittelländische Meer) der 12. Februar und 27. März 1887 genannt wird. — Von demselben Autor noch die „Politica Estera“, gleichfalls aus den Papieren seines Oheims geschöpft.

vollsten Vorposten aber stand die bulgarische Regierung mit Stambulow als Haupt; er brachte die Verschwörungen und Anschläge zum Scheitern, die vom russischen Gesandten in Bukarest, Hitrowo, angezettelt wurden. Stambulow hatte seine beste Stütze an dem Wiener Kabinett, daneben aber bahnte er die Verbindung mit der Pforte an, wodurch einer künftigen großen Koalition Bulgariens mit Mitteleuropa vorgearbeitet wurde.

Bulgarien bedurfte eines Fürsten: mit Zustimmung des Kaisers von Österreich erklärte sich Prinz Ferdinand von Koburg, der als Oberleutnant in einem ungarischen Honved-Regiment diente, zur Annahme dieser Würde bereit, die ihm am 7. Juli 1887 durch die Nationalversammlung übertragen wurde. Zar Alexander verzehrte sich in Ingrimm und erwog mit seinen Ratgebern, ob er in Bulgarien nicht mit den Waffen durchgreifen sollte. Indessen schreckte er vor diesem Entschlusse zurück. Nicht gerade aus Friedensliebe, die er ebenso wie sein Vater bei dem Auszug in den Balkankrieg 1876 überwunden haben würde. Er erwog aber die Gefahr, die dabei über sein Reich heraufbeschworen wurde. Die Mißerfolge Rußlands in den Kriegen von 1854 und 1878 standen ihm warnend vor der Seele. Er sah sich einer überlegenen Koalition gegenüber: mit Österreich-Ungarn stand England zusammen, das, mit freudiger Zustimmung der Türkei, seine Flotte ins Schwarze Meer gesendet haben würde. Rumänien, seit 1883 mit den Mittelmächten verbunden, würde sich dem Durchmarsch der Russen nach Bulgarien widersetzt haben. Ein Angriff endlich auf die Donaumonarchie rief sicherlich auch Deutschland auf den Plan, vielleicht auch Italien. So waren dem Zaren die Hände gebunden.

Rußland begnügte sich somit, die Anerkennung Ferdinands von Koburg als Fürsten zu verhindern, der dem Berliner Vertrage zufolge von dem Sultan nur dann belehnt werden konnte, wenn alle europäischen Großmächte zustimmten. Es war nun die Ansicht und der Rat des Grafen Andrassy, das Wiener Kabinett solle nicht auf halbem Wege stehenbleiben, sondern Ferdinand von Koburg ohne weiteres als Fürsten anerkennen. So weit jedoch wollte Kalnoky nicht gehen, um Rußland nicht noch mehr zu reizen. Trotzdem stand geraume Zeit alles auf der Schneide: der europäische Krieg war immer zu fürchten, da die panslawistische Partei in Rußland vom Zaren ganze Entschlüsse forderte. Dazu aber ließ sich Alexander III., die Kräfte seines Reiches mit denen der gegenüberstehenden Koalition vergleichend, nicht drängen.

Graf Gustav Kalnoky war eine methodisch angelegte Natur, ein gewissenhafter Arbeiter, der alle wichtigeren Depeschen selbst entwarf; seine Räte beklagten sich, daß ihnen kaum je Gelegenheit gegeben wurde, Selbständiges zu leisten. Als Vertreter konservativer Überlieferungen stand er dem Kaiser persönlich näher als der aus der Revolution hervorgegangene Andrassy. Es war auffallend, daß ein Mann seiner starken Intelligenz in seinem Adelsstolz so weit ging, sich alles fernzuhalten, was ihm an Geburt oder Rang nicht ebenbürtig war. Indessen war er, was mit dieser Schwäche versöhnt, steifnackig auch im Verkehr mit fürstlichen Persönlichkeiten und nicht zu erschüttern in dem, was das Wohl des Staates erheischte. Bei Hofe fand man, daß er auch mit den Erzherzogen „die Nase in der Luft" sprach. Dabei liebte er die Geselligkeit, an der er sich in den aristokratischen Häusern weltmännisch-heiter beteiligte; sein Humor, sein Verständnis für die bildenden Künste — er besaß ein ausgesprochenes Zeichentalent — kamen dabei zur Geltung. Ebenso sicher trat er als Gast an der Tafel Bismarcks auf, den er im Sommer nicht selten besuchte.

Neue Wege einzuschlagen, war nicht seine Sache; auch traf er nicht etwa in genialer Erfassung des Hauptpunktes das Richtige; er mußte sich die Dinge erst prüfend, wägend zurechtlegen, kam aber auf diesem Wege doch ans richtige Ziel. Wagnisse waren nicht seine Sache, aber für Aufgaben, die durch bedächtige Überlegung gelöst werden konnten, war er der geeignete Mann. Andrassy würde wahrscheinlich, wenn er wieder ans Ruder gekommen wäre, die Straße „über Mitrowitza hinaus" gegen Saloniki, welche der Monarchie im Berliner Vertrag eröffnet war, weiter verfolgt haben. Kalnoky war solchen Entwürfen abgeneigt, da er dem Habsburgerreiche die Kraft dafür nicht zutraute und auch meinte, daß die dualistische Verfassung ein Hemmnis des Handelns bildete. Dieser Zweifel vererbte sich auf alle seine Nachfolger, bis der Weltkrieg die lange unterschätzte Kraft des Reiches ans Licht brachte.

Die diplomatische Arbeit Kalnokys auf dem Balkan zeitigte manche schöne Frucht. Im Verein mit Bismarck gelang es ihm, Rumänien 1883 zum Anschlusse an die Mittelmächte zu gewinnen. Wie Bethmann Hollweg am 28. September 1916 im Reichstage sagte, wurde der „Bündnisvertrag" zunächst nur zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien geschlossen, später erst sind Deutschland und Italien beigetreten. „In dem Vertrage", so stellte Bethmann fest, „hatten sich die Vertrag-

schließenden zu gegenseitiger Waffenhilfe im Falle eines unprovozierten Angriffs von dritter Seite verpflichtet"[1]).

In Rumänien wie in Serbien hatte Andrassy seinen Nachfolgern vorgearbeitet. Auf dem Berliner Kongreß erwies er dem serbischen Königreich einen großen Dienst, indem er ihm vier von den Bulgaren bewohnte Kreise, das Gebiet von Nisch-Pirot, verschaffte. Der Zar hielt sich damals mehr zu Bulgarien, das er zum Schutzstaate Rußlands auszugestalten gedachte. Auch im serbisch-bulgarischen Kriege von 1885 stand das Wiener Kabinett zu Milan von Serbien und behütete ihn nach der Niederlage von Slivnitza vor Ärgerem. Milan blieb dafür immer dankbar; er besaß überhaupt ein richtiges Augenmaß dafür, was die Donaumonarchie und was Rußland seinem Lande nützen oder schaden konnten; den großserbischen Phantastereien verschloß er sein Ohr. In der Lebensführung war er leichtsinnig, seine politische Begabung jedoch darf nicht unterschätzt werden. Und daß er richtig in die Zukunft geblickt hat, zeigte sich an dem Unheil, das seine Nachfolger später über Serbien brachten. Der serbische Stein im Baue der österreichischen Balkanpolitik lockerte sich zwar, als Milan, um seinen Zerwürfnissen mit den Parteien Serbiens ein Ende zu machen, 1889 dem Throne zugunsten seines unmündigen Sohnes Alexander entsagte; solange er aber Einfluß auf die Regierung bewahrte, bestand zwischen Wien und Belgrad Frieden und Freundschaft. — Das Beste leistete Kalnoky in Bulgarien, wo er in dem österreichisch-ungarischen Vertreter Freiherrn von Burian, dem späteren Minister des Äußern, einen fähigen Gehilfen besaß. So waren Rumänien, Serbien und Bulgarien dem russischen Einflusse entrückt. Der Zar war durch alle diese Vorgänge so verstimmt, daß er in einem Trinkspruche 1889 den Fürsten von Montenegro seinen einzigen Freund nannte.

Soweit kann man von wohlverdienten Erfolgen Kalnokys sprechen, die errungen wurden, nachdem er seine anfänglichen antibulgarischen Vorurteile überwunden hatte. Er brachte freilich, um die Ernte einheimsen zu können, ein namhaftes Opfer: und das war die Einführung Italiens in die Balkanpolitik. Die den Italienern auf dem Balkan und in der Adria zugesagte Kompensation hemmte Österreich-Ungarn auf Schritt und Tritt und führte immer wieder zu Reibungen.

[1]) Einiges über den Abschluß findet sich auch in Jorgas „Geschichte des rumänischen Volkes", die 1905 erschien.

In der Geschichte Europas wird Kalnoky als der Mann genannt werden, der, hart an einem Kriege mit Rußland vorbei, die Unabhängigkeit des bulgarischen Volkes zu verteidigen wußte. Ebensowenig wie Bulgarien wurde Konstantinopel den Russen überlassen, mochte Bismarck noch so oft zu diesem Auskunftsmittel raten. In diesem Falle war es die österreichische Politik, welche die waltenden Kräfte richtiger abwog und so Bleibendes ins Leben rief. Nicht daß sich Kalnoky mit dem Kanzler an Größe der Entwürfe, an einherstürmender Gewalt des Willens vergleichen ließ. Er besaß jedoch einen Kompaß, der Bismarck fehlte, und das war eine in den orientalischen Angelegenheiten nicht zu erschütternde Staatstradition. Kalnoky wie seine Vorgänger und seine Nachfolger wurzelten in der sich an den Prinzen Eugen von Savoyen anknüpfenden Überlieferung: es gab kein Schwanken darüber, daß die alte Ostmark ein Damm zu sein hatte gegen die russische Gefahr, wie sie es gegen die Überflutung durch die Türken gewesen war. Das war jedem österreichischen Minister des Äußern, ohne Unterschied der Begabung, in die Seele gehaucht. Der große Staatsmann, der unfern der Ostsee aufgewachsen war, ist zwar selbst Schöpfer und Ahnherr von festen, seiner Nation eingeprägten Grundsätzen geworden, im Orient jedoch mußten seine Nachfolger andere Wege betreten als er. Österreich, das dem Balkan und den Meerengen näher steht, hat sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder als Auslugposten und Vormauer gegen den Orient hin bewährt. Im harten Dienste Mitteleuropas hielt es die Straße nach Konstantinopel und nach Vorderasien offen[1]).

[1]) Das wurde bis zum Weltkriege in Deutschland nicht nach Gebühr anerkannt, kaum verstanden. Über die Balkanpolitik in ihrer geschichtlichen Entwicklung findet man fast nur bei österreichischen und ungarischen Historikern, von Prokesch-Osten bis Wertheimer, eindringende Belehrung. Graf Ernst v. Reventlow legt in seinem Buche „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1907“ (Berlin 1914) den Schwerpunkt auf die Ereignisse über See, dagegen läßt er sich auf den Balkan nur nebenher ein: der Name Kalnokys z. B. wird nur als Teilnehmer an der Drei-Kaiser-Zusammenkunft von 1884 und dann überhaupt nicht mehr erwähnt.

*

Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag

Der Reichskanzler sah also seine Kreise gestört, unwillig darüber, daß Rußland abgestoßen wurde. Einen Krieg Deutschlands nach zwei Fronten wollte er verhindern oder doch so lange hinausschieben, bis das erstarkte Deutsche Reich diese Kraftprobe bestehen konnte. Dem Wiener Kabinett wäre es zwar willkommen gewesen, wenn Deutschland sich völlig auf seine Seite gestellt hätte, doch zog es Vorteil auch aus der von Bismarck eingenommenen Mittelstellung. Denn auch Kalnoky wollte den Krieg gegen Rußland vermeiden und sah es gern, daß der große Zauberer den Zaren bald beschwichtigte, bald bedrohte, ihn aber immer vom Bunde mit Frankreich abhielt. Auch sagte Bismarck den Russen unverhohlen, daß sie bei einem Angriff auf Österreich-Ungarn dem deutschen Schwerte begegnen würden. Daneben bekam man es in Wien stets zu hören, daß die Donaumonarchie auf deutsche Hilfe nur rechnen konnte, wenn sie wirklich der angegriffene Teil war. Schlug sie aber zuerst los, so hatte Österreich-Ungarn die Fehde allein oder doch nur im Vereine mit England auszufechten. Daß Bismarck es mit der Bezähmung Rußlands ernst meinte, wurde durch die Verbannung der russischen Anleihen von dem deutschen Markte bewiesen. Als im Sommer 1887 die russische Kriegspartei, zumal ihr Führer General Skobelew eine drohende Sprache führte, verlautbarte die Deutsche Reichsbank, daß sie russische Wertpapiere fürderhin nicht belehnen werde, und die deutsche Presse warnte auf Betreiben der Regierung vor diesen Anlagen: viele Millionen russischer Wertpapiere kamen auf den Markt und flossen in das Ausland, besonders nach Frankreich ab.

Nach wie vor aber gab Bismarck Bulgarien russischem Einflusse preis. Schon einige Jahre vorher, als Fürst Alexander sich gegen den Zaren auflehnte, hatte der Kanzler dem russischen General Kaulbars gesagt, er sei neugierig, wann Alexander endlich weggejagt werde. Als Kaulbars nach dem Scheitern seiner Sendung in Sofia im Mai 1887 Berlin besuchte, sprach Bismarck von den Führern des bulgarischen Volkes als von einer Bande, die sich die Taschen fülle, und versetzte auch Kalnoky einen Hieb, dessen gegen Rußland gerichtete Er-

klärungen er taktlos und ungeschickt nannte[1]). Durch diese Vertraulichkeiten bot Bismarck dem Petersburger Kabinett eine gewisse Sicherheit. So auch, als Prinz Ferdinand von Koburg zum Fürsten gewählt wurde: die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" warf ihm vor, daß er frivolerweise den Frieden Europas störe, und der deutsche Generalkonsul in Sofia durfte den von Europa noch nicht anerkannten Landesfürsten nicht grüßen, wenn er ihm auf der Straße begegnete. Die Feinde Deutschlands wieder arbeiteten dem Kanzler dadurch entgegen, daß sie dem Zaren Briefe vorlegten, aus denen hervorgehen sollte, daß Bismarck seinen Versicherungen zuwider mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien unter einer Decke spielte. Das wäre allerdings eine Treulosigkeit gewesen. Der Zar wies diese Schriftstücke am 18. November 1887 bei einem Besuche in Berlin dem Kanzler vor, aber dieser vermochte den Beweis zu liefern, daß es Fälschungen waren.

Das Petersburger Kabinett fühlte sich übrigens nicht ohne Grund beunruhigt. Es war kein Geheimnis, daß eine Reihe von preußischen Generalen, voran Moltke mit seinem Stellvertreter im Generalstab Grafen Waldersee, der Ansicht waren, die Abrechnung mit Rußland wäre früher oder später unvermeidlich; jetzt gerade sei der Zeitpunkt so günstig wie möglich, da das Zarenreich nicht imstande wäre, seine Heere rechtzeitig an die Westgrenze zu schieben; auch die Hilfe Frankreichs würde das Schicksal Rußlands nicht wenden können. In diesem Sinne berichtete auch der deutsche Militärbevollmächtigte Deines aus Wien nach Berlin, bis Bismarck sich in einer scharfen Rüge solche Einmischung in seine Politik verbat. Denn Bismarck verwarf einen Präventivkrieg aus politischen wie aus moralischen Gründen, die er später eindringlich in den „Gedanken und Erinnerungen" auseinandersetzte. Die deutsche Diplomatie, dies war sein leitender Gedanke, müsse so viel Geist und Geschicklichkeit aufbringen, um Rußland bei den überlieferten guten Beziehungen mit Deutschland festzuhalten.

In demselben ereignisreichen Jahre 1887 lief der oben erwähnte Vertrag ab, den die Kabinette von Berlin, Wien und Petersburg 1884 zur Erhaltung des Drei-Kaiser-Verhältnisses geschlossen hatten. Bei den gespannten Beziehungen zu Österreich-Ungarn lehnte Rußland

[1]) Die Aufzeichnung über das Gespräch Bismarcks mit Kaulbars wurde von Th. Schiemann veröffentlicht in der Beilage zur Münchener „Allgemeinen Zeitung" (18. Febr. 1905).

es ab, den Vertrag mit dieser Macht zu erneuern. Da nun entschloß sich Bismarck zu einer der angefochtensten Handlungen seines Lebens. Er wollte dem Zaren einen überzeugenden Beweis der Freundschaft Deutschlands liefern und schloß mit dessen Regierung wieder für drei Jahre ab, und zwar in demselben Sinne wie 1884, jetzt aber ohne Österreich und ohne es zu verständigen. In diesem Neutralitäts- oder Rückversicherungsvertrag wurde ausgemacht, daß Deutschland seinem österreichischen Bundesgenossen nicht beistehen werde, wenn er Rußland angriffe, und gleiche Sicherheit ward dem Deutschen Reiche gewährt, falls es von Frankreich angefallen werden sollte. So hielt Bismarck einen zweiten Strang für seinen Bogen bereit, wenn Österreich-Ungarn etwa versagen sollte. Denn nie wurde er der Sorge ledig, der Wiener Hof könnte sich einmal von Deutschland abwenden. Beichtvätereinflüsse, so ist in den „Gedanken und Erinnerungen" ausgeführt, seien immer gegen das portestantische Deutschland tätig; auch könnte das Vordringen der Slawisierung in Österreich zuletzt das Bündnis mit Deutschland gefährden. Als Graf Peter Schuwalow einmal Bismarck vorhielt, auf seinem Sinne laste immer der Alpdruck feindlicher Koalitionen (cauchemar des coalitions), bestätigte ihm dies der Reichskanzler. Mißtrauen war ein Element seiner Seele, Mißtrauen auch gegen Österreich; immer schwebte ihm die Gefahr vor, vor welcher Friedrich der Große im Siebenjährigen Kriege gestanden hatte. Durch Bündnisse und Rückversicherungen wollte Bismarck jene Gespenster gebannt wissen.

Der Rückversicherungsvertrag von 1887 wurde auf Wunsch Rußlands auch vor dem Wiener Kabinett geheimgehalten. Das war aber doch bedenklich. Dem Zaren war 1879 über das österreichisch-deutsche Bündnis eine Mitteilung gemacht worden, Kaiser Franz Joseph aber hatte größeren Anspruch auf Vertrauen. Bismarck glaubte der Bündnispflicht zu genügen, indem er dem Wiener Kabinett Mäßigung empfahl und ihm bei jeder Gelegenheit in Erinnerung brachte, das Bündnis von 1879 gelte nur für die Verteidigung, nicht für einen Angriff. Auch kannte er Kaiser Franz Joseph wie seine Ratgeber genau und wußte, daß sie so wenig losschlagen wollten wie der Zar. Daß Bismarck sich zu der Rückversicherung für berechtigt hielt, daß er sich also keiner Untreue gegen Österreich-Ungarn bewußt war, geht daraus hervor, daß er den Inhalt des Vertrages 1896 selbst öffentlich bekanntgeben ließ und sich den Abschluß zum Verdienst anrechnete. Übrigens stand die Sache so, daß das Wiener Kabinett selbst Schuld daran trug, wenn

das Vertragsband mit Deutschland nicht enger war. Hatte doch Bismarck 1879 dem Grafen Andrassy ein Bündnis gegen Ost und West vorgeschlagen, ein verfassungsmäßiges Bündnis von solcher Innigkeit, daß die peinliche Frage über die Grenze zwischen Verteidigung und Angriff nicht hätte aufgeworfen werden können. Österreich-Ungarn aber hatte abgelehnt, um nicht verpflichtet zu sein, Elsaß-Lothringens wegen das Schwert zu ziehen. So mußte Deutschland andere Verbindungen suchen, um seine Westgrenze zu sichern. Mochte nun Österreich-Ungarn durch den Rückversicherungsvertrag benachteiligt sein oder nicht, jedenfalls war dem Deutschen Reiche durch die an Auskunftsmitteln unerschöpfliche diplomatische Kunst Bismarcks ein großer Dienst erwiesen.

*

Bündnissystem Bismarcks

Daß aber das Verhältnis zu Österreich-Ungarn auch für Bismarck die Hauptsache war, dafür gab er kurz darauf ein neues Unterpfand. Nach dem Abschlusse des Dreibunds (20. Februar 1887) erhob sich nämlich zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien die Frage, ob das mitteleuropäische Bündnis vom 7. Oktober 1879 noch gelte oder aber durch das spätere aufgehoben sei. Das war deshalb wichtig, weil die zwei deutschen Kaiserreiche sich 1879 miteinander enger verbunden hatten als acht Jahre später mit Italien. Im Jahre 1887 war ausgemacht, daß man einander Waffenhilfe zu leisten habe, wenn einer der Genossen von zwei Mächten „ohne direkte Provokation" angegriffen werden sollte, 1879 dagegen schon dann, wenn Rußland allein losschlüge, ohne daß eine Provokationsklausel eingeschaltet war. Im Vertrage von 1887 stand manches auf Schrauben, hier war alles glatt und einfach. Nun wird nach einer bekannten Rechtsregel eine frühere Vereinbarung durch eine spätere über denselben Gegenstand außer Kraft gesetzt. Galt dieser Satz des Privatrechts auch für die Verträge zwischen Wien und Berlin? Sollte also das 1879 Errungene in Frage gestellt sein? Das war doch weder in Berlin noch in Wien beabsichtigt, weshalb Erklärungen ausgetauscht wurden, daß der ursprüngliche Vertrag auch fernerhin beide Teile binde. Damit hing es wohl zusammen, daß das Bündnisdokument vom 7. Oktober 1879 am 3. Februar 1888

in Berlin, Wien und Budapest amtlich bekanntgemacht wurde. Dagegen sind Inhalt und Wortlaut des Dreibundvertrages von 1887 bis zum Weltkrieg als Geheimnis gehütet worden. Am 6. Februar 1888 hielt Bismarck im Reichstage die gewaltige Rede mit dem Ausklange „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst niemand in der Welt“, womit gewissermaßen ein Kommentar zu dem soeben veröffentlichten Bündnisvertrage gegeben wurde. Er bekannte sich in der Rede unumwunden zur Freundschaft mit Österreich-Ungarn, während das Verhältnis zu Rußland erst in weitem Abstand danach einen Platz fand. „Um Liebe werben wir nicht mehr,“ so sagte er, „weder in Frankreich noch in Rußland. Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten, mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Tür gewiesen; wir drängen uns nicht auf. Wir haben versucht, das alte vertraute Verhältnis wiederzugewinnen, aber wir laufen niemand nach.“

Nach allen Seiten gedachte Bismarck Deutschland zu sichern, er sorgte auch für die Hereinziehung Spaniens in sein System. König Alfons XII. nahm 1883 auf Einladung Kaiser Wilhelms an den großen deutschen Manövern im Elsaß teil, was die Franzosen so aufregte, daß der König bei der Durchreise durch Paris ausgezischt wurde. Frankreich fühlte sich auf allen Seiten umklammert, grollte aber am meisten den Italienern, denen es 1859 zu Hilfe gekommen war. Erbittert über den Beitritt Italiens zum Bunde der Mittelreiche erklärte die französische Regierung, daß sie den am 1. Mai 1888 ablaufenden Handelsvertrag mit Italien nicht erneuern werde. Darauf begann ein heftiger Zollkrieg zwischen den beiden Ländern, durch welchen das schwächere Italien zu schwerem Schaden kam. In dessen Verlaufe warfen die französischen Kapitalisten ihren Besitz an italienischer Rente auf den Markt, die infolgedessen stark im Preise sank. Die Feindschaft erreichte einen so hohen Grad, daß Crispi den Franzosen alles Schlimme zutraute, auch die Absicht der Wiederherstellung des Kirchenstaates. Dies besonders, seitdem Rampolla von Leo XIII. zum Staatssekretär ernannt war. Aus den Denkwürdigkeiten Crispis ist zu ersehen, daß er 1889 den Nachrichten Glauben schenkte, Frankreich rüste ein Heer und eine Flotte aus, um über Italien herzufallen. Der deutsche Reichskanzler zerstreute die übertriebenen Besorgnisse des leidenschaftlichen Sizilianers und sorgte auch sonst für die Beruhigung der aufgeregten Gemüter in Italien.

Baumeisterlich war, um ein Goethesches Wort anzuwenden, das Bündniswerk, in dessen Mittelpunkte Deutschland stand. Das Rückgrat wurde außerdem durch Österreich-Ungarn, Italien und Rumänien gebildet. Serbien und Bulgarien waren bloß der Donaumonarchie angeschlossen. Spanien konnte bei einem Kriege mit Frankreich gute Dienste leisten. Österreich hatte bei einem etwaigen Zusammenstoß mit Rußland Großbritannien als Sekundanten, unter Umständen als Mitkämpfer zur Seite. Das hing freilich davon ab, ob Salisbury mit den Konservativen am Ruder blieb. Durch den Rückversicherungsvertrag mit Rußland war das Deutsche Reich gedeckt, wenn die Franzosen einen Streit vom Zaune brachen. Eben deshalb und um sich nicht mit Rußland zu überwerfen, stieß Bismarck Bulgarien hart von sich, während Kalnoky das Wachstum des jungen Staates mit der Sorgfalt eines Gärtners betreute. Aber im Grunde arbeiteten sich die zwei deutschen Kaiserreiche auch in Petersburg und in Sofia in die Hände.

Das Gewebe Bismarcks schlang sich um ganz Europa mit Ausschluß Konstantinopels, welches Bismarck welchem Schicksal immer überließ. Die britische Seemacht war mit in Anschlag gebracht, doch nur zum Schutze der südlichen Küsten Europas. Übrigens wurde ihr, besonders in Ägypten, von Bismarck jeder Erfolg gegönnt. Der Kanzler, so bemerkte sein Nachfolger Bülow am 14. November 1906 im Reichstage, pflegte zu sagen: „Wir sind in Serbien österreichisch, in Bulgarien russisch, in Ägypten englisch.“ Von den überseeischen Angelegenheiten hielt sich der Kanzler lange fern und machte aus triftigen Gründen nur mit Afrika eine Ausnahme. Doch reffte er auch hier die Segel, als aus Frankreich und Rußland 1887 Sturm aufzog. Seit diesem Jahre verzichtete er auf weitere Ausbreitung des deutschen Kolonialbesitzes. Hauptsache war ihm immer Europa, und hier war Deutschland gesättigt. Gleiche Entsagung legte sich nach dem Rücktritte Andrassys auch Österreich-Ungarn auf, und so bewegte sich die Politik der zwei Monarchien in gleichem Rhythmus.

* *

*

Soweit der Verlauf der Dinge. Abseits vom wirklichen Geschehen drängt sich nun die Frage auf, ob Deutschland nicht besser getan hätte, die Gunst der Weltlage zur Niederstreckung Rußlands zu benutzen. Wohl würde sich in einem Kriege die Französische Republik ohne Zögern zum Zarenreich geschlagen haben, ihr aber wäre das von Crispi geleitete

Italien sofort in die Flanke gefallen, wie auch England sich nicht müßig verhalten hätte. Wurde also nicht der richtige Augenblick versäumt? Die sich später nach dem Erfolge richteten, haben in ihrem Urteil über die Orientpolitik Bismarcks geschwankt. Bis zum Weltkrieg, solange der Zusammenstoß mit Rußland noch für vermeidbar galt, wurde Bismarck auf Kosten der österreichischen Staatsmänner über die Maßen gepriesen; seither aber meistern ihn die Epigonen und halten ihm Moltke als Muster vor, der trotz seines hohen Alters 1887 darauf drang, die zum Kriege gegen Rußland bereitgestellten Entwürfe in die Tat umzusetzen.

Das Urteil darüber, ob Bismarck oder Moltke im Rechte war, gehört mehr in ein Lehrbuch der Politik als in eine geschichtliche Darstellung. Was soll es aber frommen, Bismarck darüber Belehrungen zu erteilen, welche Lebensregeln er sich für die deutsch-russischen Beziehungen hätte vor Augen halten sollen? Ebensogut könnte man mit Hannibal ins Gericht gehen, weil er sich nicht mit den Römern vertrug, oder mit Karl V., weil er nicht zum Protestantismus übertrat. Dem handelnden Menschen drängen sich die großen Lebenszwecke mit beherrschender Gewalt auf. Der Historiker nimmt diese Tatsache hin und setzt lieber die Mittel und Maßnahmen auseinander, die zur Ausführung weltbewegender Entwürfe angewendet worden sind. Seine Kritik wird sich eindringlich mit den Wegen beschäftigen, die zu den Endzielen führen, auf welche die Nationen und ihre Führer in unwiderstehlichem Drange losstürmen. Denn die Wahl der Mittel ist Sache des wägenden Verstandes, dem sich hinterher nachrechnen läßt, während die Grundtriebe der Menschennatur sich dem prüfenden und richtenden Urteil entziehen. Wenn Bismarck zu sagen pflegte, man müsse ihn so verbrauchen, wie er einmal war, so gilt dies auch für sein Verhältnis zum orientalischen Problem.

V

Bismarck und seine Erben

(1888—1894)

Russisch-französisches Bündnis

Auf solcher Höhe stand Deutschland, so lange Bismarck mit Wilhelm I. zusammenwirkte. Als der alte Kaiser am 9. März 1888 verschied, war eine Änderung schon dadurch ausgeschlossen, daß Kaiser Friedrich III. während der hundert Tage seiner Regierung bei seiner unheilbaren Krankheit nicht an dem Vermächtnisse seines Vaters rühren mochte. Wilhelm II. aber war von seiner Thronbesteigung an (15. Juni 1888) entschlossen, Herrscher zu sein im vollen Sinne des Wortes. Auch dem Größten unter den Lebenden wollte er nicht die oberste Leitung der Geschäfte des Reiches überlassen. Ihn drückte die Autorität des Schöpfers des Deutschen Reiches, so daß nur fraglich war, zu welcher Frist der Kaiser sich von seinem Kanzler trennen werde.

*

Entlassung Bismarcks

Es war bloß ein Zufall, daß der Bruch nicht schon wegen der Meinungsverschiedenheit über die äußere Politik erfolgte. Wohl handelte es sich dabei nur um Schattierungen, da der Kaiser mit dem Kanzler darin übereinstimmte, daß mit den zwei Weltmächten Frieden und Freundschaft zu halten sei. Wilhelm II. aber hatte nichts dagegen, von Rußland etwas abzurücken und sich England zu nähern. In seiner hohen Schätzung der Macht des Deutschen Reiches hielt der Kaiser es für überflüssig, mit seiner Sympathie für Großbritannien zurückzuhalten, nur um in Petersburg nicht anzustoßen. Er war von seiner Mutter, die an ihrem Vaterlande mit Liebe hing, in Hochschätzung englischen Wesens, in Verehrung für die Königin

Viktoria erzogen worden. Es war menschlich begreiflich, daß es der Kronprinzessin Viktoria auch als Kaiserin am Herzen lag, Deutschland möchte, wenn es zu dem allgemein erwarteten Kriege Englands gegen Rußland käme, ihrer Heimat zur Seite stehen. Sie hörte auf die Ratschläge des englischen Diplomaten Sir Robert Morier, zuletzt Botschafters in Petersburg; und wenn sich Bismarck oft darüber beklagte, daß Morier ihm auch bei der inneren Regierung des Reiches entgegenwirkte, so ist seit der Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten dieses Freundes des deutschen Kronprinzenpaares sichergestellt, daß der Argwohn des Kanzlers begründet war. Der Gegensatz Bismarcks zum britischen Hofe verschärfte sich, als nach dem Tode des Kaisers Friedrich dessen Tagebuch aus den Jahren 1870 und 1871 veröffentlicht und Geffcken, der sich dies auf eigene Faust erlaubt hatte, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurde, weil er Staatsgeheimnisse preisgegeben hätte. In dem Berichte Bismarcks an den Kaiser, in welchem die Verfolgung Geffckens empfohlen wurde, war die Behauptung aufgestellt, der Kronprinz wäre in die geheimsten Dinge deshalb nicht eingeweiht worden, weil Wilhelm I. gefürchtet hatte, es könnten auf diesem Wege indiskrete Mitteilungen an den englischen Hof erfolgen. Das war tief verletzend für das Andenken des toten Kaisers wie für dessen Gemahlin. Der Bericht Bismarcks, besonders aber dessen Veröffentlichung, wurde auch von der Königin von England und von dem Prinzen von Wales als Beleidigung empfunden.

Nicht diese persönlichen Verstimmungen, sondern ernste politische Gründe bestimmten den Fürsten Bismarck, auf die Neigung des jungen Kaisers für England dämpfend einzuwirken. Daß der Kanzler auf die Freundschaft mit Großbritannien großen Wert legte, war aus seiner bisherigen Politik deutlich zu ersehen. Aber immer galt ihm Rußland als der Nachbar, auf den das Deutsche Reich schon wegen seiner langen offenen Grenze im Osten größere Rücksicht nehmen müsse. In Petersburg durfte kein Zweifel darüber aufkommen, daß für das Berliner Kabinett die Beziehungen zu Rußland nach denen zu Österreich-Ungarn in erster Linie standen, dann erst in gemessener Entfernung die zu Großbritannien. So hatte Bismarck es immer gehalten, und dabei blieb er, als sich um die Zeit der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. der Gegensatz Englands zum Zarenreich wieder einmal verschärfte. Rußland drängte zum Großen Ozean, begann deshalb den Bau der sibirischen Eisenbahn und gewann in Korea Ein-

fluß; 1887 setzte es bei der chinesischen Regierung durch, daß die Briten Port Hamilton auf Korea räumen mußten, welches sie vier Jahre vorher besetzt hatten. In diesen Verwicklungen entschloß sich Großbritannien im Mai 1887 zu einer gewaltigen Verstärkung seiner Kriegsflotte: es wurde beschlossen, innerhalb sieben Jahre 70 Schiffe, darunter 10 Panzer, zu bauen. Bei der Beratung der Vorlage im Parlament bekannte sich die Regierung durch den Mund des Marineministers Hamilton zu dem Grundsatze, daß die englische Kriegsmarine so mächtig sein müsse wie die Flotten der zwei nächststarken Seemächte (Two powers standard). Damit waren Rußland und Frankreich gemeint; denn mit letzterem Staate lag Großbritannien wegen Hinterindien, Madagaskar und Westafrika im Streit. Die französischen Nationalisten teilten damals ihren Haß ehrlich zwischen Deutschland und England.

Bismarck besorgte nun, daß die deutsche Politik die Farbe der warmen Beziehungen des Kaisers zu seinen britischen Verwandten annehmen werde. Im August 1889 besuchte Wilhelm II. England und wurde glänzend empfangen, nicht bloß, weil er der Enkel der alten Königin war, sondern weil die politisch geschulte öffentliche Meinung einsah, wie notwendig es sei, sich des Kaisers gegen Rußland zu versichern. Er wurde zum Admiral der englischen Flotte ernannt; bei dem ihm gegebenen Festmahl brachte der Prinz von Wales einen Trinkspruch aus, in dem er sich seinem kaiserlichen Neffen förmlich an den Hals warf. Kaiser Wilhelm, so sagte er, habe die größte Flotte besichtigt, welche England jemals ausgerüstet hatte; in dieser Zeit müsse jedes Land auf alle Möglichkeiten vorbereitet sein, aber er, der Prinz von Wales, sei überzeugt, daß die große deutsche Armee und die britische Flotte dazu dienen würden, der Welt den Frieden zu erhalten. Einige Tage später, nach einer Übung englischer Landtruppen, ergriff der Kaiser das Wort, um daran zu erinnern, daß in den Schlachten von Malplaquet und Waterloo britisches und preußisches Blut für eine gemeinsame Sache vergossen wurde. Schon das war mehr, als man in Petersburg vertrug. Dazu kam, daß der Kaiser, unmittelbar nachdem er 1889 in Athen der Hochzeit seiner Schwester mit dem Kronprinzen Konstantin von Griechenland beigewohnt hatte, auch den Sultan Abdul Hamid in Stambul besuchte. Damit wurde der Sultan gewissermaßen in die europäische Staatengemeinschaft aufgenommen, jedoch das Mißtrauen Ruß=

lands wachgerufen. Als dann der Prinz von Wales in Berlin seinen Gegenbesuch machte, rief der Kaiser am 22. März 1890 — zwei Tage nach der Entlassung Bismarcks — in einem Trinkspruche nochmals die Erinnerung an die deutsch-englische Waffenbrüderschaft in früheren Kriegen wach. Da flüsterte der greise Moltke dem Fürsten Chlodwig Hohenlohe über Tisch die Worte zu: „Ein politisch Lied, ein garstig Lied!" Wollte Deutschland den Waffengang mit Rußland vermeiden, so durfte es sich nicht mit England verbrüdern.

Zum Bruche zwischen dem Kaiser und Bismarck kam es jedoch nicht hierüber, sondern wegen der Arbeiterfrage. Der Kaiser strebte die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen für die Monarchie durch eine großzügige Sozialreform an, was Bismarck für utopisch hielt. Durch diese Einwendung ließ sich Wilhelm II. nicht irremachen, wie aus seiner damaligen hochsinnigen Äußerung hervorgeht: „Ob wir nun Dank oder Undank für unsere Bestrebungen zur Aufbesserung des Wohles der arbeitenden Klassen ernten, in diesen Bestrebungen werde ich nicht erlahmen. Ich habe die Überzeugung, daß diese staatliche Fürsorge uns zum Ziele führen wird, die arbeitenden Klassen mit ihrer Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben diese Bestrebungen mir für alles, was wir tun, ein gutes Gewissen."

Der Reichskanzler aber war mit den Jahren zu der Ansicht gekommen, daß sich alles auf einen lebensgefährlichen Kampf zwischen der Staatsgewalt und der Sozialdemokratie zuspitzte, und er für seine Person schreckte nicht davor zurück, den inneren Feind mit Waffengewalt niederzuwerfen. Das aber wollte der Kaiser vermeiden, und dieser Vorsatz muß ihm zum Verdienst um sein Volk zugerechnet werden. Übrigens ist Bismarck, so viel wir wissen, nicht mit einem Vorschlage zur Gewaltanwendung an den Kaiser herangetreten. Was über diese Absicht des Kanzlers erzählt wird, beruht auf einigen in der Erbitterung des Kampfes von ihm hingeworfenen Worten. Schon 1887 hatte er zu einem konservativen Parteiführer die Äußerung getan: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daran setzen, den schwersten Fehler gutzumachen, den ich je begangen habe", und damit war die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes gemeint. Der Biograph Bismarcks wird an derartigen Ausbrüchen des Unwillens nicht vorübergehen dürfen; für die politische Geschichte jedoch zählen nur bestimmte Entwürfe, Gesetzvorschläge, Ansprachen,

nicht aber Stimmungen, die, aus dem Tage geboren, sich nicht zu greifbarer Tat verdichtet haben[1]).

Der Kaiser schritt auf seinem Wege fort und richtete am 4. Februar 1890 zwei Erlasse an die Regierung, in denen sie angewiesen wurde, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben". Großmütige Vorsätze, die aber bis zum heutigen Tage im wesentlichen unausgeführt geblieben sind. Es mußte Bismarck tief verletzen, daß der Kaiser die Erlässe mit anderen Ministern, in erster Linie mit Bötticher, festgestellt hatte, bevor sie dem Kanzler zur Begutachtung vorgelegt wurden. Dessen Einwendungen wurde nur in Nebendingen Raum gegeben und die kaiserlichen Befehle fast so kundgemacht, wie sie ohne Bismarck entworfen worden waren. Unmöglich konnte sich der höchste Beamte des Reiches als untergeordnetes Organ der Regierung behandeln, von bevorzugten Amtsgenossen beiseiteschieben lassen. Dagegen bäumte sich sein Selbstgefühl auf. Er berief sich auf eine seit 1852 bestehende königliche Kabinettsordre, in der den anderen Ministern untersagt war, ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Vortrag beim Monarchen zu halten: damit hatte unter ähnlichen Verhältnissen Manteuffel, der leitende Staatsmann unter Friedrich Wilhelm IV., Gegenwirkungen beim König zu verhindern gewußt. Die Einhaltung dieses nie aufgehobenen Erlasses wurde von Bismarck mit tiefem Ernst gefordert. Der Kaiser brauste auf: er lasse sich nicht verbieten, seine Ratgeber wann immer zu hören. Deshalb verfügte er die Aufhebung der Ordre von 1852. Der Kanzler verweigerte die Gegenzeichnung dieser Maßnahme. Da konnte Wilhelm II. den Fürsten nicht länger als „Last und Mentor" ertragen, wie Bennigsen sich schon früher, den Bruch voraussehend, ausgedrückt hatte. Er ließ den Kanzler anweisen, seine Entlassung einzureichen, und wiederholte ungeduldig den Befehl, als Bismarck nicht schnell genug gehorchte. Eine mildere, den Fürsten schonende Form des Rücktritts wurde vom Kaiser abgelehnt, der sich als Herr fühlte und dies auch in Erinnerung bringen wollte. Früher oder

[1]) In dieser vielbesprochenen Streitfrage schließe ich mich den Ausführungen des grundlegenden Werkes von Hermann Hofmann „Fürst Bismarck 1890 bis 1898" an (Stuttgart 1913—1914, 3 Bde.), Bd. III, S. 105—124.

später mußte mit tragischer Notwendigkeit der Schlag fallen, aber so, wie er geführt wurde, griff er der Nation ans Herz.

*

Lösung des Rückversicherungsvertrages
Caprivi und Holstein

Am 20. März 1890 erhielt Fürst Bismarck die Entlassung, General Leo von Caprivi wurde sein Nachfolger. Die Ernennung fand die Zustimmung des Kanzlers, der Caprivi als hervorragenden Militär, als ehrenfesten, umsichtigen Mann schätzte. Gerade war eine Entscheidung von großer Tragweite zu treffen. Der 1887 mit Rußland geschlossene Rückversicherungsvertrag lief eben ab, und der Botschafter des Zaren, Graf Paul Schuwalow, drängte auf Antwort, ob das Deutsche Reich den Vertrag, wie Rußland vorschlug, erneuern werde. Das wäre unter Bismarck bestimmt geschehen, sein Sohn, der als Staatssekretär die bereits erbetene Entlassung noch nicht erhalten hatte, war gleichen Sinnes. Während nun Herbert Bismarck zufällig von Berlin abwesend war, lehnte der neue Reichskanzler mit Zustimmung des Kaisers ab. Als Herbert von der Verhandlung erfuhr, war die Sache ohne ihn entschieden: augenblicklich trat er, was nach dem Scheiden seines Vaters bei ihm ohnedies beschlossene Sache war, aus dem Amt.

Caprivi handelte auf den Rat des Geheimrats Friedrich von Holstein, der früher das unbedingte Vertrauen Bismarcks genossen hatte, zuletzt aber in das andere Lager überging. Er war in die geheimsten Dinge eingeweiht, sachkundig, eine nicht zu überbietende Arbeitskraft, aber auf seinem Charakter lag durch den Hang zum Ränkespiel ein Schatten. Das hatte schon Graf Harry von Arnim 1874 zu fühlen gehabt, Botschafter in Paris, dem Holstein als junger Legationssekretär beigegeben war. Arnim war ein Widersacher Bismarcks und der Kanzler benutzte Holstein, um den Botschafter zu überwachen. Der Legationssekretär arbeitete an dem Sturze seines Chefs und legte Zeugnis gegen ihn in dem Prozeß ab, der später gegen ihn zu Berlin wegen Aneignung amtlicher Akten angestrengt wurde. Dieses Vorgehen Holsteins zog ihm mit gutem Grund stren=

gen Tadel zu, so zwar, daß er nach seiner Rückkehr aus Paris gesellschaftlich vielfach gemieden wurde. Bismarck aber nahm ihn ins Auswärtige Amt hinüber, und hier wurden seine seltenen Gaben, sein Scharfsinn, seine nie rastende Pflichterfüllung so nützlich, daß er dem Kanzler fast unentbehrlich war; auf Wunsch Bismarcks führte er dessen Sohn Herbert in die Geschäfte ein. Als einer der Räte des Auswärtigen Amtes sich mit Holstein veruneinigte und seinen Abschied nahm, sagte Bismarck zu ihm, er wisse seine Dienste zwar zu schätzen, aber er könne ihn nicht halten, da er in den diplomatischen Geschäften wenigstens einen Mann brauche, auf den er sich wie auf Holstein ganz verlassen könne. So war dieser im Amte einflußreich wie kein zweiter, er zog sich aber nach seinen mißlichen Erfahrungen von der Gesellschaft — wenige engbefreundete Familien ausgenommen — ganz zurück, so daß er als menschenscheu galt. Seit 1887 war er der Stellvertreter des Unterstaatssekretärs, in dieser bescheidenen Stellung jedoch der erste der Räte des Amtes. Dieser Mann nun gesellte sich beim Sturze Bismarcks seinen Gegnern zu. Holstein behauptete, er habe den Fürsten und seinen Sohn vergebens gewarnt; Bismarck jedoch glaubte sich bei seinem Sturze von Holstein nicht bloß verlassen, sondern auch verraten und war bis zum Schlusse seines Lebens gegen den Mann mit den Hyänenaugen, wie er ihn nannte, mit unsäglicher Bitterkeit erfüllt.

Caprivi sagte später wiederholt, so zum Fürsten Chlodwig von Hohenlohe, daß die Rücksicht auf Österreich-Ungarn ihn zur Lösung des Neutralitätsvertrages mit Rußland bestimmt habe. „Das Bekanntwerden des russisch-deutschen Vertrags," so sagte er, „würde den Dreibund gesprengt haben." Caprivi aber wollte Österreich volle Treue halten, so daß Graf Paul Schuwalow sagte, er hätte als „allzu ehrlicher Mann" gehandelt. Das trifft auf ihn zu, gewagt aber wäre die Behauptung, daß auch Holstein aus sittlichem Feingefühl der Lösung des Doppelverhältnisses das Wort sprach. Er ging vorwiegend von der Annahme aus, das Deutsche Reich sei gefestigt und mächtig genug, um der Anlehnung an Rußland entraten zu können. Fürst Bismarck hatte in schlaflosen Nächten immer neue Bündnisse und Verträge zur Sicherung Deutschlands ersonnen: seine Nachfolger haben sich dieser Sorge entschlagen und den von ihm hinterlassenen Schatz von Allianzen nicht vermehrt, vielmehr wiederholt günstige Angebote abgelehnt. Die erste Masche des Netzes war gelockert, als Deutschland von dem

Neutralitätsvertrag mit Rußland zurücktrat. Wohl läßt sich vieles gegen den 1887 erfolgten Abschluß sagen, doch war die Nichterneuerung des einmal bestehenden Vertrages eine Schwächung Deutschlands im großen Spiele der Weltpolitik. Denn der Zar wurde jetzt irre an der Zuverlässigkeit des Nachbarreiches, auch durch die Ablehnung seines Angebots verletzt. Wenn Kaiser Wilhelm und Caprivi sich von dem Geheimnis gedrückt fühlten, so war offene Aussprache mit dem Wiener Kabinett die natürliche Befreiung von dem Alp. Aber Holstein legte Wert auf eine bestimmte Abschattung der Politik unter und nach Bismarck: der Schüler glaubte klüger zu sein als der Meister.

Die Nichterneuerung des Vertrags war von Kaiser Wilhelm als Abrücken von Rußland behufs größerer Annäherung an Österreich-Ungarn gedacht, was sich praktisch darin äußerte, daß die bulgarische Politik des Petersburger Hofes fortan nicht mehr Deutschlands Unterstützung fand. Darüber sprach sich, wie Fürst Hohenlohe nach dem Zeugnisse des Generals von Heuduck erzählt, der Kaiser selbst zu seinen kommandierenden Generälen aus; Rußland wolle, so sagte er ihnen, Bulgarien militärisch besetzen und dabei der Neutralität Deutschlands sicher sein; er habe dem Kaiser von Österreich versprochen, ein treuer Bundesgenosse zu sein, und werde es halten. Das war ein einschneidender Unterschied gegen die politische Methode Bismarcks. Es ist deshalb belanglos, wenn die Verteidiger des vom Kaiser und von Caprivi eingeschlagenen „neuen Kurses" Aussprüche Alexanders III. anführen, er habe Bismarck nie getraut und hegte zu seinem Nachfolger größeres Vertrauen. Derselbe Zar hatte Bismarck im letzten Jahre vor dessen Entlassung mit ähnlichen Höflichkeiten beehrt. Es ist auch gesagt worden, daß es nur der vollendeten diplomatischen Kunst Bismarcks möglich gewesen wäre, auf der schmalen Schneide zwischen Österreich-Ungarn und Rußland das Gleichgewicht zu halten; er durfte sich den Abschluß des geheimen Vertrages erlauben, sein Nachfolger aber habe gut daran getan, ihn nicht zu erneuern. Es ist aber für Caprivi und Holstein nicht eben schmeichelhaft, daß von ihnen gesagt wird, ihre Fähigkeiten hätten nicht ausgereicht, das an sich Verständige und Zweckmäßige ins Werk zu setzen. Holstein besonders würde sich für diese Art der Verteidigung bedankt haben[1]).

[1]) So Otto Hammann, „Der neue Kurs" (Berlin 1918), S. 50—62. Hammann wurde von Caprivi mit der Leitung der Presse-Abteilung im Auswärtigen Amt betraut.

Auf Empfehlung Holsteins wurde zum Staatssekretär des Äußern Freiherr Marschall von Bieberstein ernannt, der bisherige Vertreter Badens im Bundesrate. Zunächst, bis der in den Geschäften seines Amtes nicht bewanderte Staatssekretär sich eingearbeitet hatte, war Holstein der eigentliche Leiter der äußeren Politik. Er hielt sich aber womöglich noch mehr im Hintergrund als früher. Denn in den Augen der Anhänger Bismarcks war er mit dem Makel der Undankbarkeit, selbst mit Schlimmerem behaftet. Da er selbst nicht Treue gehalten hatte, witterte er mit steigendem Mißtrauen überall Gegner und Neider; wie eine Spinne zog er von seinem Schreibtisch aus die Netze. Es gehörte zu der Seltsamkeit seiner Stellung, daß er nie zum Kaiser berufen wurde, der ihn persönlich fast nicht kannte. Er trat absichtlich schon deshalb nicht hervor, um nicht bei seinen Vorgesetzten in den Verdacht höher strebenden Ehrgeizes zu kommen; er begnügte sich mit der Macht und verzichtete auf ihren Schein. Er wirkte auf den Kaiser durch Caprivi und Marschall, die seine Dienste nicht entbehren konnten, und nachhaltiger noch durch den Grafen Philipp von Eulenburg, mit dem er bis zu ihrer späteren grimmigen Verfeindung in engster Verbindung stand.

*

Die letzten drei Jahre der Kolonialpolitik Bismarcks

Zum Verständnisse des von Wilhelm II. und Caprivi eingeschlagenen neuen Kurses ist es notwendig, auf die letzten Jahre der Wirksamkeit Bismarcks zurückzugreifen. Es war die Zeit großer Schwierigkeiten der Kolonialpolitik; der Kanzler mußte sich mit der Sicherung des Erworbenen begnügen und lehnte die Gewinnung überseeischen Besitzes eher ab. Dies besonders dann, wenn die Gefahr auftauchte, Deutschland könnte mit Großbritannien in Feindschaft geraten. Denn Bismarck warnte zwar, besonders aus Rücksicht auf Rußland, vor einem Bündnisse mit England, aber einem Zusammenstoße mit dieser Macht wich er behutsam aus, da sich sonst die zwei Westnationen Europas zusammengeschlossen hätten.

Abgesehen von der Rücksicht auf England geboten auch die Zustände in den deutschen Kolonien eine gewisse Zurückhaltung. Kinderkrankheiten stellten sich ein, die auch den in Kolonialsachen erfahrenen Nationen nirgends erspart bleiben, aber von ihnen ruhiger hingenommen werden. In Deutschland aber, wo die Linksliberalen und die Sozialisten aus Grundsatz Gegner von Kolonialerwerb waren, wurde von ihnen jeder Fehlschlag zu den bittersten Vorwürfen gegen die Regierung benutzt. Die Taten Bismarcks bei der Gewinnung des überseeischen Besitzes waren des Dankes der ganzen Nation würdig, statt dessen begegnete er im Reichstag einer nörgelnden Opposition, die ihn für jede Geldausgabe, die sich nicht sofort lohnte, verantwortlich machte, die jeden Aufstand von Eingeborenen als Argument gegen die Politik Bismarcks geltend machte. Dieses kleinliche Treiben erreichte den Höhepunkt, als im August 1888 ein Aufstand in Deutsch-Ostafrika ausbrach, bei dem alle Niederlassungen außer Dar-es-Salàm und Bagamoyo verloren gingen. Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft war zu schwach, um die Erhebung mit den eigenen Mitteln niederzuschlagen. Das Reich mußte einspringen und die Regierung zu diesem Behufe zweimal vom Parlament einen Kredit von je zwei Millionen Mark verlangen. Nun hatte Bismarck früher des öfteren seinen Entschluß ausgesprochen, für Kolonien keine größeren Aufwendungen zu machen. Jetzt frohlockten seine Gegner, sie wären bessere Propheten gewesen als er. Indessen wurden, da es sich um die Ehre des Reiches handelte, die Gelder bewilligt, und Wißmann, der soeben von der zweiten Durchquerung Afrikas zurückgekehrt war, an die Spitze der deutschen Schutztruppe gestellt. Er schlug den Häuptling Buschiri, der den Aufstand leitete; dessen befestigtes Lager bei Bagamoyo wurde am 8. Mai 1889 erstürmt, Buschiri selbst später gefangengenommen und hingerichtet, da er die Weißen erbarmungslos hatte niedermetzeln und den zu ihnen haltenden Negern die Hände hatte abhacken lassen. Ein Jahr später war der Aufstand völlig niedergeworfen. Bismarck hatte die eigene Kraft und Opferfreudigkeit des deutschen Kaufmanns zu hoch angeschlagen; erst die Zeit nach ihm brachte, bei steigendem Reichtum und Weltblick der Nation, eine zu ausgreifenden Unternehmungen bereite Generation hervor. So mußte er die Hand dazu bieten, der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft die Regierung ihres Landgebietes abzunehmen: die Verwaltung ging am 20. November 1890 an das Reich über, während die Gesellschaft

nur als Erwerbsgenossenschaft bestehen blieb, besonders zum Betriebe großer Pflanzungen.

Der Kanzler gab seiner Verstimmung wiederholt Ausdruck, besonders in einer Reichstagsrede vom 26. Januar 1889, als er jenen Betrag von zwei Millionen Mark aus der Reichskasse in Anspruch nahm. Er sei von Haus aus „kein Kolonialmensch" gewesen, habe sich in dieser Angelegenheit überhaupt nur der Mehrheit gefügt. Diese Behauptung deckte sich nicht mit dem Sachverhalt, die gekünstelte Gleichgültigkeit Bismarcks diente aber auch dazu, um das wachsende Mißtrauen Großbritanniens zu beschwichtigen.

Während von der einen Seite die Kolonialgegner den Kanzler bedrängten, tat er wiederum den Kolonialschwärmern zu wenig, welche fanden, die Regierung schöpfe die sich eröffnenden Möglichkeiten nicht aus. Zu den Pionieren im Vormarsche gegen das Innere Afrikas gehörte Karl Peters, der den kühnen Plan entwarf, zuerst die Küstengebiete nördlich von Deutsch-Ostafrika, also das Sultanat von Witu, zu erwerben und von hier aus weiter ins Binnenland bis an den oberen Nil vorzudringen, um auch diese Landschaften in Besitz zu nehmen. Ein weitaussehender Entwurf, der deshalb durchführbar erschien, weil, wie bereits (Seite 54) erzählt wurde, in der südlichsten Nillandschaft in der Äquatorialprovinz auch Wadelai genannt, der Deutsche Emin Pascha regierte. Emin behauptete sich an der Spitze einer Handvoll ägyptischer und einheimischer Soldaten, auch nachdem der ganze übrige Sudan vom Mahdi unterworfen worden war. Es wäre etwas Großes gewesen, wenn Peters imstande gewesen wäre, sich mit Emin Pascha zu vereinigen und seinem Vaterlande die weiten Räume vom Indischen Ozean bis zum oberen Nil zu sichern.

Die Briten waren jedoch wachsam und entschlossen, die Deutschen zu verhindern, mit Hilfe Emin Paschas im Innern Afrikas festen Fuß zu fassen. Eine Gruppe englischer Kapitalisten trat zusammen und gewann ihrerseits Stanley, um die Äquatorialprovinz schnell für England in Besitz zu nehmen. Nach englischer Art erhielt das Unternehmen den Deckmantel edler Menschlichkeit: Stanley wurde ausgerüstet, um den seit Jahren von der Verbindung mit Europa abgeschnittenen Emin Pascha aufzusuchen und zu retten. Stanley trat also aus belgischen Diensten in die seines englischen Vaterlandes, brach von der Westküste Afrikas auf und drang mit gewohnter Umsicht in das Innere des schwarzen Weltteils vor.

Peters hatte also Eile, um, von der Ostküste ausgehend, früher als die Engländer bei Emin Pascha anzulangen. Er kam aber zu spät. Von Witu in die Landschaft Uganda vordringend, erfuhr er, daß Stanley ihm zuvorgekommen war. Dieser fand Emin Pascha 1888 in verhältnismäßiger Sicherheit vor, von ihm zugetanen Stämmen umgeben und anfangs nicht willens, sich von Stanley „retten“ und fortführen zu lassen. Indessen gelang es Stanley, sei es mit Überredung, sei es mit sanfter Gewalt, Emin Pascha zum Verlassen Wadelais zu bestimmen, wobei dessen Getreue mitgenommen und wohlbehalten nach der Küste Ostafrikas gebracht wurden. Peters, von Schmerz und Zorn über das Scheitern seines Plans ergriffen, mußte sich ins Unvermeidliche fügen; er erwies Deutschland jedoch dabei den Dienst, nicht bloß den Sultan von Witu, sondern auch den von Uganda zur Anerkennung der Oberhoheit Kaiser Wilhelms zu bestimmen. Immerhin noch ein schöner Erfolg.

Das aber ging der englischen Regierung gegen den Strich. Denn sie hatte immer das Ziel im Auge, sich die Zwischengebiete zu unterwerfen und diese Herrschaft mit der über Südafrika zu verbinden. Zu diesem Behufe wurde 1888 die Britisch-Ostafrikanische Gesellschaft mit großem Kapital gegründet und von der Königin mit einem anspruchsvollen Freibrief ausgestattet, der auch das Sultanat von Witu umfaßte. Es fiel den Briten nicht ein, sich die Straßen vom Indischen Ozean nach dem Nil durch die Deutschen sperren zu lassen. Die englische Presse, mit Stanley an der Spitze, begann einen wahren Kreuzzug gegen die deutschen Pioniere; konnte man sich aber nicht einigen, so ging die deutsch-englische Freundschaft in Brüche, die junge britisch-imperialistische Bewegung aber richtete ihre ganze Wucht gegen den deutschen Nebenbuhler.

Das war es, was Bismarck vermeiden wollte, da Rußland immer ein unsicherer Nachbar war, Frankreich aber von der Partei Boulangers zum Losschlagen aufgestachelt wurde. Deswegen erklärte er sofort, Deutschland erhebe auf den oberen Nil keinerlei Anspruch. Im Herbst 1889 ließ er die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft wissen, daß er Witu nur als „Kompensationsobjekt“ ansehe. Im selben Sinne gab er dem Geheimrat Holstein für die weiteren Unterhandlungen die Richtschnur, die Erhaltung Salisburys an der Macht sei ihm wichtiger als Witu.

*

Kolonialpolitik unter Caprivi

So standen die Dinge, als Caprivi ins Amt trat. Der neue Kanzler war noch weniger willens, sich zu einer Fehde mit England fortreißen zu lassen. Das würde auch nicht den Absichten Kaiser Wilhelms entsprochen haben. Caprivi besaß, da er 1883 bis 1888 mit der Leitung der deutschen Kriegsmarine betraut gewesen war, ausreichende Kenntnisse von den Angelegenheiten über See; er hatte aber zur Flotte kein rechtes Verhältnis und vertauschte jenes Amt 1888 gerne mit dem Kommando über das 10. Armeekorps in Hannover. Er war übrigens überzeugt, daß Deutschland immer gegen Frankreich und Rußland auf der Wacht stehen müsse, und deshalb war ihm alles unwillkommen, was Deutschland mit Großbritannien veruneinigen konnte. In Hannover sagte er zu Georg Irmer, einem der Führer der Kolonialbewegung: „Mit Ihrer Kolonial- und Flottenpolitik schwächen Sie unsere territoriale Wehrkraft und bringen uns schließlich auch noch mit England auseinander, unserem einzigen natürlichen Bundesgenossen in diesem unabwendbaren, für die deutsche Zukunft entscheidenden Kampfe. Es kann sich für Deutschland heute und für die nächste Zukunft nur darum handeln, wie klein unsere Flotte sein kann, und nicht wie groß!"[1]) Diese Ablehnung von Kolonialbesitz, diese Hinneigung zu England wurde auch von Holstein geteilt und bildete den Leitgedanken der deutschen Politik bis zum Rücktritt Caprivis. Dessen Überzeugung, der Kampf mit dem Zarenreich sei unvermeidlich, war auch einer der Beweggründe zur Kündigung des russischen Neutralitätsvertrags gewesen und erleichterte jetzt die Auseinandersetzung mit England über die strittigen ostafrikanischen Gebiete.

England verlangte den Verzicht auf alle Landstriche außerhalb des bereits deutschen Ostafrika und bot dafür Helgoland. Die Insel war der Tagtraum des jungen Prinzen Wilhelm gewesen, als er noch dem Throne fernestand. Auch Bismarck faßte bereits ihre Erwerbung ins Auge und gab dem Botschafter Grafen Münster den

[1]) Georg Irmer, „Völkerdämmerung im Stillen Ozean" Leipzig (1915), S. 51.

Auftrag, deshalb bei der englischen Regierung anzuklopfen. Zu Lord Granville, dem Minister des Äußern, sagte Münster, die Abtretung Helgolands würde die Freundschaft Englands zum Deutschen Reich befestigen. Da aber erwiderte der britische Minister schlagfertig: Ob der Botschafter nicht glaube, daß England auch Spanien gewinnen könnte, wenn es Gibraltar dahingebe?[1]) Bismarck ließ die Dinge auf sich beruhen und wartete, bis die Weltlage es gestatten werde, den Wunsch nachdrücklicher zur Geltung zu bringen.

Die englische Regierung kannte den Herzenswunsch Kaiser Wilhelms und verlangte viel, sehr viel für dessen Erfüllung. Vor allem den Verzicht auf Witu und Uganda, was naheliegend war. Dann aber wollte sie sich in den Besitz Sansibars setzen, während in dem Vertrag von 1886 die Unabhängigkeit dieses Inselstaates ausgemacht war. Sansibar hatte für Ostafrika solche Wichtigkeit, daß in jenen Ländern die Rede ging: „Wenn man in Sansibar die Flöte spielt, fängt Afrika bis an den Seen zu tanzen an." Nun aber hatte sich in den letzten Jahren daselbst der deutsche Handel sehr ausgedehnt, Sansibar gehörte mehr zum deutschen als zum englischen Interessengebiet.

England drang jedoch mit seinem Vorschlag durch. Am 1. Juli 1890 wurde der Vertrag geschlossen, in dem ausgemacht war, daß Deutschland Helgoland, ferner die Küstenplätze Deutsch-Ostafrikas (die bisher vom Sultan von Sansibar bloß in Pacht genommen waren) und den sogenannten Caprivi-Zipfel in Südwestafrika erhalten solle; den Briten fielen Witu, Uganda und Sansibar zu. Niedergeschlagenheit herrschte darob in Deutschland, wo man sich übervorteilt glaubte, um so mehr, als Bismarck erklären ließ, für Helgoland hätte nur Witu hingegeben werden sollen, mit Sansibar besonders wäre es zu teuer erkauft. Die Pioniere der deutschen Kolonisation sprachen ihren Unwillen aus, Peters prägte übertreibend das Wort: „Eine Badewanne für die zwei Königreiche Witu und Uganda!" Schmerzlich war es, daß Stanley das Hohnwort in Umlauf setzte: Deutschland habe für eine neue Hose einen alten Hosenknopf eingetauscht.

So die Erforscher Afrikas, denen Helgolands Bedeutung für die Verteidigung der deutschen Nordseeküste entging. Als die Insel, welche den Briten ein trefflicher Flottenstützpunkt im Kriege gegen Deutsch-

[1]) Lord E. Fitzmaurice, „The Life of second Lord Granville", II, S. 351.

land werden konnte, zu einer mächtigen deutschen Seefestung ausgebaut wurde, änderte sich das Urteil über den Vertrag vom 1. Juli 1890. Helgoland hat dann im Weltkrieg die Mündungen der Elbe und der Weser geschützt. Doch ist zu bemerken, daß die deutsche Regierung zur Zeit des Helgolandvertrages so wenig an einen deutsch-englischen Krieg dachte wie die Engländer selbst. In der Denkschrift, welche der Reichskanzler dem deutschen Parlament zur Begründung des Vertrages unterbreitete, ist als entscheidendes Argument gesagt, die Freundschaft mit Großbritannien sei so wertvoll, daß deshalb schon die kolonialen Streitigkeiten geschlichtet werden müßten. Es heißt daselbst: „Der Gedanke, um eines kolonialen Zwistes willen in letzter Instanz zum Zerwürfnis mit England gedrängt werden zu können, durfte keinen Raum gewinnen. Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß unser kolonialer Besitz materiell bei weitem nicht wertvoll genug ist, um etwa gar die Nachteile eines den beiderseitigen Wohlstand auf das tiefste erschütternden Krieges aufzuwägen. Aber nicht bloß der Krieg mit den Waffen in der Hand mußte vermieden werden, auch die Verfeindung der Nationen, die Verbitterung der Stimmung in weiteren Interessentenkreisen, die diplomatische Fehde durften in unserem kolonialen Besitz keinen Boden finden. Wir wünschen dringend, die alten guten Beziehungen zu England auch auf die Zukunft zu übertragen."

Es lag im Zuge der Politik Caprivis, daß er auch in Nordafrika den Engländern keine Schwierigkeiten bereitete. Diese Einigung erfolgte am 15. Oktober 1893. Danach ließ Deutschland den Briten freie Hand im ganzen Gebiete des Nil von Wadelai bis zu dessen Mündung. Das war den Briten deshalb wichtig, weil sie bereits den Feldzug zur Unterwerfung des Sudan vorbereiteten. Als Entgelt erklärte sich Albion einverstanden, daß die Kamerunkolonie sich beliebig weit ins Innere Afrikas ausdehne — theoretisch genommen bis zum britisch-ägyptischen Reich. Nur waren freilich die Räume östlich Kamerun bereits von den Franzosen durchstreift, auf deren Kosten also England freigebig war. Frankreich strebte in diesem Binnengebiete die Landverbindung zwischen seinen Besitzungen am Niger und denen am Kongo an, was die Deutschen immer noch hindern konnten. Aber die deutsche Regierung legte keinen Wert auf die Landstriche tiefer im Innern, sie war auch Frankreich gegenüber bescheiden, und so kam das Abkommen vom 15. März 1894 zu-

stande. Danach wurde der Tschadsee als Ostgrenze Kameruns festgesetzt, dann begann französisches Gebiet. Das war alles sehr friedlich, aber nicht gerade weitblickend. Im gleichen Sinne wurde auch Emin Pascha seinem Schicksal überlassen, als er die Grenzen Deutsch-Ostafrikas nach Westen hinausrücken wollte. Er brach kühn vom Albert-Nyanza auf und erreichte den Kongo, westlich von diesem Strom wurde er am 20. Oktober 1892 von den Eingeborenen erschlagen.

Die deutsche Regierung begnügte sich überall mit dem Errungenen, das übrigens auch von Caprivi kräftig festgehalten wurde, als England sich, wie noch zu erzählen ist, des Kongostaates zu seiner Ausdehnung bedienen wollte. Südwestafrika wurde gegen einen Aufstand verteidigt, den der Stamm der Nama unter Führung Witbois wagte. Nach längeren Kämpfen wurde Witboi 1892 vom Hauptmann François besiegt, dann 1894 vom Major Leutwein zum Niederlegen der Waffen gezwungen. Es wollte aber mit den Kolonien durch Jahre nicht vorwärtsgehen, zum Teil, weil die Verwaltung zu bürokratisch vorging. Schlimm war's, daß Karl Peters als Reichskommissar im Binnenland von Deutsch-Ostafrika sein Amt durch Grausamkeiten verunehrte; er wurde deshalb durch Urteil des Disziplinargerichtes 1897 aus dem Reichsdienst entlassen. So ging die Begabung des kraftvollen, aber ungezügelten Mannes seinem Lande verloren. In England würde man von den ihm zur Last gelegten Taten nicht viel Aufhebens gemacht haben. Die Gesinnung, aus der seine Verurteilung erfolgte, war vornehm; würden aber die Spanier mit Cortez und Pizarro, die Briten mit Clive ähnlich verfahren haben, so wären ihre überseeischen Reiche ungegründet geblieben.

Daß Caprivi allem Kolonialerwerb abhold war, geht aus seinem am 17. Februar 1894 im Reichstage getanen Ausspruch hervor, „daß wir Gott danken könnten, wenn uns nicht jemand ganz Afrika schenkte", es sei ein Vorteil, daß an dieser Last auch andere Mächte mittrügen. Und einmal drohte er bei einer Meinungsverschiedenheit in allem Ernst dem Kolonialdirektor im Reichskanzleramt Paul Kayser, er werde, wenn es so fortginge, Deutsch-Südwestafrika noch verkaufen. Dies alles zu einer Zeit, als Engländer und Franzosen um die Wette afrikanische Gebiete in Besitz nahmen, um ihrer Nation eine größere Zukunft zu sichern. Der zweite deutsche Kanzler war ein trefflicher Soldat, geistig so hochstehend, daß er sich auch in wirtschaftliche Fragen erstaunlich rasch hineinarbeitete. Es fehlte ihm aber ebenso wie Hol-

stein das Verständnis für die Weltpolitik. Dem Letzteren waren ökonomische Angelegenheiten im allgemeinen fremd; er lebte unter seinen Akten und ging ganz in den Feinheiten der Diplomatie auf. Der Staatssekretär Marschall von Bieberstein endlich, dessen vielseitige Bildung sich auch auf staatswissenschaftliche Dinge erstreckte, wurde erst mit der Zeit in seiner Amtswirksamkeit einflußreich. Diese Männer standen Lord Salisbury, mit dem sie zu verhandeln hatten, weit nach, da er fast von Jugend auf sich an der Herrschaft über das britische Reich beteiligt hatte und dessen Bedürfnisse kannte. Chamberlain, von Hause aus ein großer Fabrikant, Cecil Rhodes, einer der erfolgreichsten Kaufleute aller Zeiten, waren ganz anders für die Leitung großer kolonialer Besitzungen vorbereitet. Nur Bismarck hatte sich, dank seinem praktischen Genie, bei der Erwerbung von Kolonien voll bewährt. Es würde Deutschland zum Heile gereicht haben, hätte er dessen Schritte auf dem Gebiet der Weltpolitik länger und bis zu seinem Tode geleitet.

*

Bismarcks letzte Jahre

Zornerglüht hatte sich Bismarck in den Sachsenwald zurückgezogen. Er rief die Nation zum Richter auf zwischen sich und seinen Erben und erinnerte in Wort und Schrift immer wieder an das, was Kaiser und Reich ihm verdankten. Es wäre größer gewesen, wenn er seine Taten allein für sich hätte sprechen lassen, denen an Beredsamkeit Worte nicht gleichkommen konnten: aber dann freilich war er nicht Bismarck mit seiner unbezähmbaren Leidenschaft, seiner nie gestillten Machtbegierde. Seine Bemerkungen trafen in Berlin wie Geißelhiebe, so daß die Regierung sich zu einem falschen Schritte hinreißen ließ. Im Juni 1892 sollte sich Herbert Bismarck zu Wien mit Gräfin Margarete Hoyos vermählen; der Altreichskanzler reiste zur Hochzeit und ließ durch die Prinzessin Reuß, die Gemahlin des deutschen Botschafters, in der Hofburg anfragen, ob er vom Kaiser Franz Joseph empfangen werden könnte. Die Prinzessin erhielt den Bescheid, der Kaiser sei einverstanden. Da fuhr die deutsche Regierung dazwischen. Sie vereitelte durch ihre Vorstellungen in der Hofburg die Audienz und verbot

sogar den Mitgliedern der Botschaft die Teilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten. Fürst Bismarck empfand dies als persönliche Beleidigung und wollte in der ersten Aufwallung Caprivi, dessen feindseliger Erlaß vom 9. Juni 1892 noch dazu im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde, zum Zweikampf fordern. Er unterließ dies zwar, aber von jetzt ab wurde seine Kritik der Handlungen der Regierung bitterer und persönlicher, zudem bekamen die begeisterten Kundgebungen des ihm ergebenen Teiles der Nation eine Spitze auch gegen Kaiser Wilhelm.

Das Urteil des Altreichskanzlers über die äußere Politik seiner Nachfolger war aus überragender Sachkenntnis geschöpft, ihrer inneren Regierung dagegen konnte er nicht gerecht werden. Auf diesem letzteren Gebiete ist Bismarck eine bestrittene Größe, denn neben fruchtbaren Anstößen, die von ihm ausgegangen sind, stehen offenkundige Fehlgriffe und Mißerfolge. Von seinen großen Werken haben ihn die Reichsverfassung, wie seine das Aufblühen Deutschlands fördernde wirtschaftliche Gesetzgebung, endlich die staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung überlebt; besonders das Gesetz von 1889, welches 12 Millionen Bürgern für ihr Alter und den Fall der Gebrechlichkeit Jahresrenten auswarf, wird für alle Zeiten seinen Ruhm verkünden. Dagegen war seine Behandlung der Parteien unglücklich und in der Wirkung zersetzend: die Opposition der Ultramontanen und der Sozialdemokraten gegen ihn ist durch den Versuch der Unterdrückung, die der Linksliberalen durch die von Bismarck gewählte Kampfesart verschärft worden. Bismarck, so hat man gemeint, hätte es dadurch verfehlt, daß er die Methoden seiner äußeren auf die innere Politik übertrug. Das ist nur zum Teile richtig, denn man vermißt bei seinem Vorgehen im Innern oft die richtige Schätzung der Kräfte, das Augenmaß für das Erreichbare, die Selbstbescheidung, kurz die Eigenschaften, die ihm im Verkehr mit fremden Regierungen die Überlegenheit sicherten.

Nach seinem Rücktritt glätteten sich im Inneren die Wogen: abgesehen von den Sozialdemokraten, die erst durch den Weltkrieg belehrt werden sollten, fügte sich eine Partei nach der anderen als dienendes Glied in den Dienst des Reiches ein. Das war mit eine Folge des Aufhörens des von Bismarck geübten Druckes. Der Kaiser aber hat durch seine menschlich-freie Auffassung und seine Herzenswärme viel dazu beigetragen, die bürgerlichen Parteien einander und der Regierung näherzubringen: einer der besten Erfolge seiner Regententätigkeit. Als die konservativ-klerikale Mehrheit des preußischen Landtages unter

Führung des Kultusministers Grafen von Zedlitz 1892 dem Lande ein konfessionell gerichtetes Schulaufsichtsgesetz auferlegen wollte, als sich die Träger der Bildung, die Universitäten voran, dagegen auflehnten, machte Wilhelm dem Spuk ein Ende, indem er die Zurückziehung der Regierungsvorlage anordnete. Diese freie Entschließung erfolgte gegen den Rat des konservativ und kirchlich gesinnten Caprivi, während Minister Miquel hierbei dem Kaiser mit seinem Rate zur Seite stand. Miquel, der das Amt eines preußischen Finanzministers von 1890 bis 1901 bekleidete, war überhaupt der Mann des Kaisers und beeinflußte die innere Regierung stärker als irgendein anderer neben ihm. In der Jugend Sozialist, wurde er als reifer Mann neben Bennigsen Führer der Nationalliberalen; als solcher unterstützte er den Fürsten Bismarck in allen militärischen, Macht- und Kolonialfragen, dagegen stand er dem Kulturkampf wie den gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ausnahmegesetzen ablehnend gegenüber. Eine Gesamtpolitik von imponierender Ruhe und Durchsichtigkeit. Das war der Geist, in dem nach 1890 drei große Reformgesetze zustandekamen. Zuvörderst 1893 die Herabsetzung der Dienstpflicht in der Armee von drei auf zwei Jahre, womit die Erhöhung der jährlichen Aushebung um 80 000 Mann verbunden war; dann die preußische Steuerreform von 1891 bis 1893, das eigentliche Werk Miquels, wodurch das fundierte Einkommen stärker herangezogen, das Arbeitseinkommen entlastet und die Erbsteuer erhöht wurde; schließlich 1896 das Bürgerliche Gesetzbuch, welches dem ganzen Reich die Einheit des Zivilrechts brachte. An diesen Arbeiten nahm das Zentrum lebhaft teil, selbst an dem Bürgerlichen Gesetzbuch, obgleich dieses die Zivilehe festlegte; die klerikale Partei nahm das Unabwendbare mit einem ihren Standpunkt und die Form wahrenden Protest hin. Durch diese kluge Politik wurde das Zentrum im Reichstage die ausschlaggebende Partei. Später erst verließ die Fortschrittspartei die unfruchtbare Verneinung; nur ein Teil ihrer Mitglieder stimmte schon für die Heeresreform von 1893; die Hartnäckigkeit ihres stärksten Mannes, Eugen Richters, rief eine Spaltung der Partei hervor, bis sein Tod 1906 die Wiedervereinigung ermöglichte; dann erst war die Bahn frei für den Eintritt der Linksliberalen in eine die Geschäfte führende Mehrheit des Reichstages. Eine heilsame Entwicklung also auf der Rechten wie auf der Linken. Darüber breitete sich allerdings ein Schatten durch den, wie es schien, unversöhnlichen Gegensatz der Sozialdemokratie zu der preußischen Monarchie; diese aber sah

ihre Stütze im Heer, im preußischen Adel und in der Beamtenschaft. Die historisch gegebene Natur des preußischen Staates blieb sich, auch unter den Nachfolgern Bismarcks, gleich: ebenso der Widerspruch der demokratischen Schichten gegen die straffe Staats- und Polizeigewalt.

Es kam allerdings eine Wendung, bei der für einige Zeit die Wege der Regierung und des grundbesitzenden Adels auseinandergingen. Dies geschah, als Caprivi und Miquel von der Bismarckschen Linie des Schutzzolles, zumal auf Erzeugnisse der Landwirtschaft, abrückten. Auf dieser Grundlage wurden 1892 und 1894 Handelsverträge mit Österreich-Ungarn und mit Rußland geschlossen. Den Hauptanstoß gab die Herabminderung der Zölle auf Weizen und Roggen von 5 auf 3½ Mark für das Kilogramm; daneben wurden gegen entsprechende Zugeständnisse des Auslandes auch die anderen deutschen Einfuhrzölle durchschnittlich um 25 vom Hundert herabgesetzt. Der Vertrag mit Österreich-Ungarn war auf dem Gedanken aufgebaut, die zwei Mittelmächte müßten sich auch handelspolitisch enger zusammenschließen, weil sich Politik und Wirtschaft im Völkerleben auf die Dauer nicht trennen ließen. Diese richtige Erwägung schlug durch, so daß der Handelsvertrag vom Reichstage mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen wurde; fast nur die Konservativen, und auch diese nicht ausnahmslos, stimmten dagegen. Als aber die Regierung nach einem Zollkriege mit Rußland dasselbe Zugeständnis auch der russischen Landwirtschaft machte, ging, von Bismarck unterstützt, eine mächtige Welle des Widerstandes durch das agrarische Deutschland. Wohl wurde auch der deutsch-russische Handelsvertrag 1894 vom Reichstage genehmigt, aber gegen eine starke Opposition. Seitdem war Caprivi mit den Konservativen zerfallen.

Schon dadurch wurde die Stellung des Reichskanzlers untergraben, gleichzeitig auch durch den Wunsch des Kaisers nach Versöhnung mit Bismarck. Dem stand Caprivi im Wege. Der Kaiser erwies Bismarck gelegentlich seiner Erkrankung und Genesung manche Aufmerksamkeit und lud ihn — ohne Caprivi früher zu unterrichten — zu einem Besuche nach Berlin ein, wo er den Fürsten am 19. Januar 1894 als Gast an seine Tafel zog. Immer einsamer wurde es um Caprivi, der bei Hofe und im Adel den Boden unter sich wanken fühlte. Zuletzt kam er auch mit dem preußischen Ministerpräsidenten Botho von Eulenburg in Gegensatz; das war aber nur der äußere Anlaß zu der Entlassung, die er auf seine Bitte am 26. Oktober 1894 erhielt. Caprivi hatte verstän-

digerweise den Vorschlägen Eulenburgs zur Verschärfung des Sozialistengesetzes widersprochen. Ein tüchtiger Mann, der aber durch den Vergleich mit seinem großen Vorgänger zermürbt, endlich erdrückt wurde. Das fühlte er selbst und sagte bescheiden von sich: „Ich kann immer nur im Schatten des großen Mannes stehen"[1].

Die Feindseligkeit der von Bismarck oft verletzten Parteien der Linken äußerte sich, als kurz vor seinem 80. Geburtstage, der auf den 1. April 1895 fiel, der Präsident des Reichstages den Vorschlag machte, ihm den Glückwunsch des Hauses auszusprechen. Die Zustimmung wurde von der Mehrheit verweigert, die aus dem Zentrum, dem Fortschritt, den Sozialisten, aus Welfen und Elsässern bestand; die Konservativen und die Nationalliberalen blieben mit 146 gegen 163 Stimmen in der Minorität. Der Vorgang deckte einen Mangel in der menschlichen und politischen Kultur der Deutschen auf, sonst würde die Volksvertretung dem größten Sohne der Nation die Ehrung nicht versagt haben. Doch legten der Präsident Levetzow, ein Konservativer, und der erste Vizepräsident Bürklin, ein Nationalliberaler, unwillig ihre Stellen nieder; der Kaiser aber sprach in einem Telegramm an Bismarck „seine tiefste Entrüstung" über die Haltung des Reichstages aus und reiste am 26. März nach Friedrichsruh, um seine Glückwünsche persönlich zu bringen.

Nach Caprivi wurde Fürst Chlodwig Hohenlohe Reichskanzler, vielerfahren, wohlerprobt, aber bereits 75 Jahre alt. Er besuchte nach seinem Amtsantritt den Fürsten Bismarck und vermittelte zwischen ihm und dem Kaiser. Der Groll des Altreichskanzlers war indes durch gute Formen nicht zu bannen. Noch 1896 erregte er bei der Regierung Bestürzung, als er das Geheimnis des Rückversicherungsvertrages und seiner Lösung der Welt bekanntgab. Wie weit, so fragte man sich, werde er mit seinen Enthüllungen, zu denen er als Privatmann in der Tat nicht berechtigt war, noch gehen? In dieser Zeit arbeitete er an seinem politischen Testament, den „Gedanken und Erinnerungen". Man wird sie erst völlig beurteilen können, wenn auch ihr dritter Band veröffentlicht werden darf, der der Regierung Wilhelms II. gewidmet ist. Schon das, was von dem Werke vorliegt, ist eine wundersame Mischung abgeklärter politischer Weisheit und ungebändigter persönlicher Empfindung. Unversöhnt schied Bismarck am 30. Juli 1898 aus dem Leben.

[1] Otto Hammann, „Der neue Kurs" (Berlin 1918), S. 24.

Russisch-französisches Bündnis

Alle anderen Folgewirkungen des Rücktrittes Bismarcks stehen weit zurück hinter dem Abschwenken Rußlands zur Französischen Republik. Schon die Nichterneuerung des Neutralitätsvertrages von 1887 machte den Zaren stutzig: er hatte dem Fürsten bei seinem Besuche in Berlin im Herbst 1889 gesagt, daß, solange er im Amte bleibe, Rußland zum Gange der deutschen Politik Vertrauen haben könne — was aber dann? Nun geschah, vom russischen Standpunkt gesehen, noch etwas Schlimmeres: Deutschland schloß sich mit Großbritannien so eng zusammen wie niemals früher, besonders die zwischen Wilhelm II. und dem Prinzen von Wales gewechselten Trinksprüche erweckten den Verdacht weitergehender Abmachungen. Dazu kam, daß der neue Kurs wie in vielem so in der Polenpolitik eine Wendung nach links machte. Bismarck war mit Rußland in gleichem Schritt gegangen und hatte in den deutschen Ostmarken ein straffes Regiment gehandhabt; 30 000 Polen aus Rußland und Galizien wurden, um die slawische Überflutung zu verhindern, aus den östlichen Grenzprovinzen ausgewiesen, 1886 war die Besiedelung polnischen Grundbesitzes mit deutschen Bauern in Angriff genommen worden. Schon 1890 jedoch wendete sich die Gnade des Kaisers den Polen zu, deren parlamentarischer Führer, Herr von Koscielski, dafür mit den Seinigen für die Verstärkung der deutschen Flotte stimmte; scherzweise wurde ihm der Name „Admiralski" beigelegt. Konnte eine polenfreundliche deutsche Regierung auch russenfreundlich sein? Und zuletzt warf, so behauptete man in Petersburg, Deutschland seine Netze auch nach Frankreich aus. In seinem Wunsche, den Franzosen versöhnlich entgegenzukommen, ließ Kaiser Wilhelm es geschehen, daß seine Mutter in Begleitung ihrer Tochter Margarete am 18. Februar 1891 nach Paris reiste, um die Kunstschätze der französischen Hauptstadt zu besichtigen. In Wahrheit wurde damit eine Probe gemacht, ob der Deutschenhaß der Franzosen nicht doch im Abflauen wäre. Der Versuch mißlang: Paris erzitterte vor Aufregung, ein Losbruch war zu fürchten und Kaiserin Friedrich hielt es für gut, ihren Aufenthalt abzukürzen. Am russischen Hofe aber fragte man sich, ob Deutschland es darauf abgesehen hätte, das Zarenreich völlig zu isolieren, ihm sogar in Paris Schach zu bieten.

Wer könnte sagen, welcher dieser Beweggründe ausschlaggebend war, um den Zaren zum Bündnis mit der Französischen Republik zu bestimmen? Er überwand seine Abneigung gegen die Republik: auf seine Einladung erschien am 23. Juli 1891 eine französische Flotte unter Admiral Gervais in Kronstadt; Alexander III. empfing ihn in Petersburg und erwiderte den Besuch an Bord seines Admiralschiffes; stehend hörte er die Marseillaise an, das Sturmlied der Revolution. Am 22. August 1891 wurde das Bündnis geschlossen, zur Verteidigung, wie es darin hieß. Etwas später kam zwischen den zwei Staaten eine Militärkonvention zustande, genau zwanzig Jahre darauf, 1912, eine Marinekonvention.

Es ist gesagt worden, das Ereignis wäre unabwendbar gewesen, so daß es sich vollzogen haben würde, auch wenn Bismarck länger Reichskanzler geblieben und der Neutralitätsvertrag durch ihn erneuert worden wäre. Das ist höchst wahrscheinscheinlich, aber eine derartige Verteidigung entlastet die Nachfolger Bismarcks nicht von der Verantwortung für ihre Taten. Staatsmänner dürfen nichts unterlassen, wodurch ein widriges Geschick abgewendet werden kann. Schon die Hinausschiebung bessert mitunter die Lage; es hieße jeden politischen Fehler entschuldigen, wollte man das fatalistische Argument gelten lassen, die Geschicke der Menschen und der Staaten vollzögen sich in jedem Falle nach unabänderlicher Notwendigkeit. Es gehört zu der Größe der Politik Bismarcks, daß sie der Umklammerung Deutschlands entgegenwirkte und sie bis zu seinem Abgange verhinderte.

Caprivi glaubte die deutsche Nation damit trösten zu können, daß er nach der französisch-russischen Verbrüderung in einer Rede sagte, das Ereignis bedeute bloß die „Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts“. Diese Bemerkung wird durch einen nach seinem Rücktritt geschriebenen Brief vom 25. Februar 1895 ergänzt, in dem er sagte, die Aufgabe der Nachfolger des Fürsten Bismarck wäre gewesen, „die Nation in ein Alltagsdasein zurückzuführen“. Eine schneidende Selbstkritik! Bismarck hatte sein Volk aus dem Alltag emporgehoben, hatte dem von ihm gegründeten Reiche die Vorherrschaft in Europa verschafft. Von dieser gewaltigen Stellung glitt es seit seinem Scheiden herab. Hätte nicht die Furcht vor dem unvergleichlichen Heere Deutschlands die Feinde im Zaume gehalten, die Staatskunst seiner Erben würde es nicht vermocht haben.

Äußerlich zwar änderte sich nichts in den Beziehungen zwischen

den Höfen und den Regierungen Deutschlands und Rußlands. Als Bismarck bei seiner Anwesenheit in Wien 1892 in einem Gespräch die bittere Bemerkung machte, der Draht zwischen Berlin und Petersburg sei nach seinem Rücktritt abgerissen, wurde dies von den Leitern der deutschen Politik lebhaft in Abrede gestellt. Aber es lag viel Wahrheit in dem gegen sie erhobenen Vorwurf.

Immer mehr wurden die zwei großen Bündnisse das eiserne Gerüst der europäischen Festlandspolitik. Der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geschlossene Vertrag bedurfte keiner Erneuerung, da er jeweilig von selbst weiterlief (Seite 35). Anders der Dreibundvertrag vom 20. Mai 1887, der für fünf Jahre geschlossen war. Er wurde 1892 ohne eine sachliche Änderung verlängert, diesmal jedoch auf 12 Jahre, mit dem Rechte für jeden Vertragsteil, das Bündnis vor dem Ablauf des sechsten Jahres zu kündigen. Die Militärmächte waren Italiens sicher, weil es in einen bösen Zoll- und Finanzkrieg mit Frankreich verwickelt war. Solange Deutschland und Großbritannien zusammengingen, aber nur für so lange, besaß Italien überhaupt keine andere Wahl als die, sich zu ihnen zu halten. Das Bündnis mit Italien aber hatte zur Folge, daß sich die römische Kurie mit immer größerer Schärfe von beiden Mittelmächten abwandte. Papst Leo XVIII., noch mehr sein Kardinalsekretär Rampolla arbeiteten an der Wiederaufrichtung des Kirchenstaates und erhofften von einem Siege der Waffen Frankreichs und Rußlands die Zerschmetterung der Einheit Italiens. Das Organ der Kurie, der „Osservatore Romano", brachte Artikel von solcher Heftigkeit, daß es selbst den deutschen Klerikalen zu arg wurde. Auf der Versammlung dieser Partei zu Danzig im August 1891 wurde gegen den Versuch Einspruch erhoben, „den Papst, der allen Katholiken gehört, zum Verbündeten eines Teils der Katholiken gegen den anderen zu stempeln"[1].

Es ist anzuerkennen, daß Alexander III. und anfangs auch Nikolaus II., der 1894 auf den Thron kam, sich durch das Bündnis mit Frankreich nicht von der Linie friedlicher Politik abdrängen ließen. Beide Kaiser gaben in Paris unzweideutig zu verstehen, daß sie nicht gewillt wären, sich der Republik zuliebe und wegen ihrer Ansprüche auf Elsaß-Lothringen in einen Krieg zu stürzen. Im Jahre 1895 sagte der russische Reichskanzler Lobanow zu seinem deutschen Kollegen Für-

[1]) G. Egelhaaf, „Geschichte der neuesten Zeit" (3. Aufl., Stuttgart 1911), S. 266.

sten Hohenlohe: „Eigentlich haben wir Europa einen großen Dienst erwiesen, daß wir uns Frankreichs angenommen haben. Gott weiß, was diese Leute angefangen hätten, wenn wir sie nicht am Zügel hielten.“ Und Fürst Hohenlohe, der diese Worte in sein Tagebuch eintrug, machte dazu die Bemerkung: „Ich finde, es liegt etwas Wahres darin.“

Der Wert des Bündnisses lag für die Franzosen mehr in der Rolle, die es in ihrem politischen Ideenkreise spielte; es läßt sich kein Fall angeben, in welchem die Allianz ihnen einen wesentlichen Dienst leistete. Rußland dagegen zog aus den Verhältnissen greifbare Vorteile. Vor allem wurde sein Bedürfnis nach Anleihen auf dem französischen Geldmarkt gestillt. Im Dezember 1888 kam das erste russische Staatsanlehen in der Höhe von 500 Millionen Franken zustande, dem andere in kaninchenartiger Fruchtbarkeit folgten. Bis zum Jahre 1896 fanden im ganzen 13 Emissionen statt im Gesamtbetrage von 5519 Millionen Franken. Hierauf wurde das französische Kapital zurückhaltend und es folgte eine für Rußland unangenehme Pause bis 1901. In diesem Jahre öffnete die Pariser Hochfinanz wieder den Geldbeutel und bis 1906 flossen weitere 2424 Millionen Franken in die russischen Staatskassen. Außerdem wurden noch größere Summen in russischen Privatunternehmungen angelegt, in Eisenbahnen, Bergwerken und Fabriken. Im ganzen nahmen bis 1909 gegen 12 Milliarden Franken aus den Ersparnissen Frankreichs den Weg ins Zarenreich. Es war das etwa ein Viertel des gesamten von den Franzosen im Ausland angelegten Kapitals[1]). Rußland erhielt dadurch die Möglichkeit, den Abgang im Staatshaushalte zu decken, die Goldwährung einzuführen, Bahnen für den Staat anzukaufen und endlich das Riesenwerk der sibirisch-mandschurischen Bahn ins Leben zu rufen. Mit der Gesundung der russischen Finanzen nach 1908 kam in diese Staatsanlehen eine Unterbrechung, sie mußten jedoch einige Jahre später wegen des Baues einer Kriegsflotte wieder aufgenommen werden; und dies war einer der Gründe, weshalb Rußland sich 1912 zu einer Marinekonvention mit Frankreich verstand. Im Jahre 1913 wurde die Höhe des in Rußland arbeitenden französischen Kapitals in einer ernsten Pariser Wochenschrift, „Le Correspondant“, auf 17 Milliarden Franken

[1]) Die Ziffern nach André Tardieu, „La France et les alliances“ (3. Aufl., Paris 1910), S. 11.

veranschlagt. An derselben Stelle sind die Bestechungen der französischen Presse durch die russische Regierung folgendermaßen besprochen: „Die russische Regierung trifft die notwendigen Vorsichtsmaßregeln, damit das französische Publikum nicht mehr erfahre, als es wissen soll. Im Jahre 1910 (und ich habe allen Grund zu glauben, daß es heute ebenso ist) gab die russische Botschaft in Paris 1200000 Franken für ihren geheimen Dienst aus, abgesehen von den Summen, die durch andere Kanäle für finanzielle Anzeigen gezahlt wurden."

Ebenso wertvoll war es für die Russen, daß ihnen der ganze Einfluß Frankreichs im Orient zur Verfügung stand. Wenn das Petersburger Kabinett in Konstantinopel, Teheran oder Peking einen Druck auszuüben für gut fand, so drückten die Vertreter der Französischen Republik mit. Wie anders in früheren Zeiten, wo die Bourbonen, Louis Philippe, Napoleon I. und sein Neffe überall als mächtige Herren mitsprachen! Frankreich trat jetzt auf den genannten Schauplätzen freiwillig hinter seinen Bundesgenossen zurück und suchte dafür in Afrika und in Hinterindien Raum für seinen Tatendrang. Darin zeigte sich das Schwinden französischen Selbstvertrauens, das sich durch den Verlust von Elsaß-Lothringen nicht ganz erklären läßt. Wohl hatte die Losreißung dieser Provinzen dem nationalen Stolz eine schwere Wunde geschlagen, sie war aber nicht die Hauptursache der Eindämmung der französischen Macht. Frankreich hat mehr noch durch die Tatsache der Entstehung der zwei benachbarten Nationalstaaten gelitten, was um so schmerzhafter empfunden wurde, als früher die militärischen Spaziergänge an den Rhein und über die Alpen zu den Vergnügungen des Hofes und des Volkes gehörten. Selbst wenn Deutschland 1871 Elsaß-Lothringen nicht zurückgenommen hätte, wäre die Weltstellung Frankreichs von Grund aus geändert gewesen. Dies der tiefere Grund des Unbehagens der unruhigen Nation und dadurch wurde sie Rußland in die Arme geführt.

VI.

Der nahe und der ferne Osten

1894—1897

Spricht man von der Epoche der Weltpolitik, durch welche die Zeit der nationalen Staatenbildung abgelöst wird, so kann der Einschnitt entweder in die Entschleierung Afrikas oder in den Machtaufschwung Japans gelegt werden. Beide Ereignisse zusammengenommen, haben die Geschichte des weißen Mannes erst zu einer Geschichte der ganzen Menschheit ausgeweitet. Afrika blieb nach wie vor ein Teilungsobjekt, Nippon dagegen erhob sich zu einer den europäischen Mächten gleichen Macht. Diese hatten nicht übel Lust, auch Ostasien zum leidenden Teil des imperialistischen Wettbewerbs zu machen. Da reckte sich Japan in die Höhe und zwang die Europäer zur Anerkennung seiner Gleichberechtigung.

*

Japans Emporkommen und Krieg mit China

Es gibt eine naive Auffassung der japanischen Geschichte, wonach die Erneuerung der Macht des Mikado, des Priesterkaisers, durch eine literarische Bewegung hervorgerufen worden wäre. Nun ist es richtig, daß eine Reihe von Geschichtswerken der politischen Revolution vorangegangen sind, in denen die ruhmvollen alten Zeiten geschildert wurden, als noch die Kaiser, die Abkömmlinge der Sonnengöttin, die Regierung innehatten: ihnen sei dereinst die Wiederbelebung der Nation beschieden. Indessen beginnt dieses religiös-antiquarische Schrifttum schon 1700, ohne daß es durch anderthalb Jahrhunderte eine sichtliche Wirkung erzielt hätte. Nach wie vor führte der Mikado ein Schattendasein, während sein Hausmeier, der Schogun, das Reich beherrschte,

unter dem die Teilfürsten, die Daimyos, die einzelnen Landschaften regierten. Die große Staatsumwälzung wurde nicht durch die Literatur, sondern durch einen Ständekampf hervorgerufen. Die Samurais, der etwa 400000 Familien zählende kriegerische Kleinadel, wollten sich, als der Wohlstand der erwerbenden Klassen wuchs, nicht länger mit den Reisportionen begnügen, von denen seine Angehörigen seit Urväterzeit gelebt hatten; ebensowenig ließen sie sich den Ausschluß von den höheren Staatsämtern gefallen. In dem Gau von Satsuma lebten die stolzesten Samurais und es fügte sich, daß der Daimyo eben dieser Landschaft fast der einzige der Teilfürsten war, der sich zu ihnen schlug. Aus den Rittern dieses Gaues gingen fast alle die Staatsmänner hervor, die das moderne Japan begründet haben, und ebenso die namhaftesten Befehlshaber im Kriege gegen Rußland, wie Admiral Togo und Marschall Oyama. Die Führer des Schwertadels wählten den richtigen Weg und scharten sich um den Mikado, für den das niedere Volk eine tiefe religiöse Verehrung hegte; der 1867 zur Regierung gekommene 14jährige Kaiser Mutsuhito stieg durch sie zur obersten Macht empor. Der Schogun und die Daimyos, von oben und von unten bedrängt, von ihren Kriegern fast völlig im Stiche gelassen, unterwarfen sich nach geringem Widerstande. Darauf gingen die Schöpfer der neuen Ordnung, Okubo an der Spitze, daran, Japan zu einem in Verwaltung und Kriegswesen neuzeitlichen und straff geeinigten Staate umzugestalten; erkannten sie doch, daß Nippon sich nur auf diese Art der Ansprüche und Übergriffe der europäischen Seevölker erwehren konnte. Eben diese patriotische Sorge war einer der stärksten Anstöße zur Aufrüttelung des öffentlichen Geistes gewesen. So aber hatten sich die Samurais die Ergebnisse ihrer Anstrengungen nicht gedacht; Staatseinheit und Beamtenmacht mißfielen ihnen, die Kriegerkaste sollte in den einzelnen Landschaften regieren. Wieder stellte sich der Satsuma-Gau an die Spitze des Widerstandes. Viele Samurais aber blieben der Regierung treu und diese warf den Aufruhr 1877 in einem blutigen Kriege nieder. Im Jahre darauf wurde Okubo von fanatischen Gegnern ermordet; die von ihm begründete Staatsordnung aber befestigte sich. Der Kaiser schuf aus den verdientesten und wohlhabendsten Familien des ihm getreuen Adels eine Aristokratie mit großen Titeln (Marquis, Fürsten, Grafen und Barone). In der Sache aber wurde Nippon ein Militär- und Beamtenstaat, am ehesten mit Preußen vergleichbar, nur daß in Japan die leitenden Stellen im

Staate und im Heere ausschließlich dem hohen und dem niederen Adel vorbehalten blieben.

Alle diese Vorgänge haben sich im einzelnen ähnlich auch in verschiedenen Ländern des Westens abgespielt, immer natürlich mit den durch Nationalcharakter, Klima und Volkswirtschaft bedingten Unterschieden. Was aber in der Geschichte einzig dasteht, das ist die staunenswerte Empfänglichkeit der Japaner für die europäische Kultur und ihre Anpassungsfähigkeit. Die Römer galten den Griechen, schon als diese unterworfen waren, als Barbarenvolk, die Germanen benötigten eines halben Jahrtausends, wenn nicht mehr, um die römische Bildung in sich aufzunehmen. Japan aber brachte es in einem Menschenalter zuwege, in den Künsten des Krieges und des Friedens, wenigstens nach der technischen Seite hin, Europa zu erreichen. Ob dies rasche Aufschießen zur Blüte nicht auch die Gefahr baldigen Welkens in sich schließt, wird sich an den Enkeln der Generation zeigen, welche 1868 eine neue Zeitrechnung in Japan einführte, die bezeichnenderweise die Meiji, die Epoche der Aufklärung, genannt wird.

Die Waffen des erstarkten Nippon kehrten sich zunächst gegen Korea und damit gegen China. Denn um den Besitz Koreas haderten die zwei Nationen seit jeher, und diesem Umstande verdankte der Pufferstaat eine gewisse staatliche Selbständigkeit. Kurz entschlossen übersandte Japan dem Herrscher von Korea am 20. Juli 1894 ein Ultimatum, forderte die Einführung von Reformen und besetzte, da die Antwort unbefriedigend ausfiel, die Hauptstadt Söul. Darauf schickte China eine Flotte und ein Landheer zur Vertreibung der Japaner aus. Diese aber hatten unter deutschen Lehrmeistern, zumal durch den preußischen General Meckel, den Krieg gründlich erlernt, auch alle Vorbereitungen getroffen. Unter dem Oberbefehl des Marschalls Yamagata besiegten sie am 15. September das chinesische Landheer, das vom Norden her in Korea eindringen wollte; dasselbe Schicksal wurde der chinesischen Flotte durch Admiral Ito zuteil. Korea war damit erobert, aber China gab noch nicht nach, so daß der Krieg in dieses Reich getragen werden mußte. Mit überraschender Kraft und unter Ausnutzung aller strategischen Bedingungen erfolgte der Angriff. Er richtete sich zuerst gegen die Halbinsel Ljaotung, die den Golf von Petschili und die Zufahrt nach Peking vom Norden her beherrscht. Der Vorstoß geschah so plötzlich, daß die Chinesen überrannt wurden und Port Arthur am 10. November nach kurzem Kampfe in die Hände der Japaner fiel. Darauf

warfen sich die Sieger auch auf den Südeingang zum Golf von Petschili und öffneten sich so den Zugang nach Peking. Da mußte China um Frieden bitten. Sein hervorragendster Staatsmann Li-Hungtschang begab sich ins japanische Hauptquartier und schloß am 17. April 1895 den demütigenden Frieden von Schimonoseki. Korea wurde seinem Schicksal überlassen, Formosa abgetreten und eine Kriegsentschädigung zugesagt. Das alles war nicht so schlimm wie der Verzicht auf Port Arthur und auf einen großen Teil der Halbinsel Ljaotung; denn damit bemächtigte sich Japan des Schlüssels zum Gelben Meer und der Herrschaft über die chinesischen Gewässer.

Rußland nahm es nicht ruhig hin, daß sich eine neue Großmacht an den Küsten des Großen Ozeans festsetzte, die es selbst begehrte. Die Häfen, die Rußland an diesem Meere besaß, so Wladiwostok, sind im Winter zugefroren; Port Arthur aber bleibt immer offen, so daß es seit jeher die osteuropäische Macht anlockte.

Nicht bloß dorthin streckte Rußland die Hand aus, auch in Zentralasien griff es um sich. Zwischen den Jahren 1891 und 1893 unterwarf es sich Pamir, das „Dach der Welt", das an Tibet grenzende Hochland. Rußland wurde dadurch der Nachbar auch des indobritischen Reiches, sein Vormarsch nach Indien war, geographisch genommen, keine Unmöglichkeit.

Zar Alexander III. war am 1. November 1894 gestorben, sein Sohn Nikolaus II. aber hegte von Jugend auf lebhaftes Interesse für Ostasien. Als Kronprinz hatte er eine Reise nach Japan unternommen und war von seinem Begleiter, dem Fürsten Uchtomskij, für die Ansicht gewonnen worden, die Zukunft Rußlands liege in Asien. Uchtomskij verbreitete sich in seinen Werken und als Publizist mit Vorliebe über diese Mission des Zarenreiches: Asien, so lehrte er, sei eigentlich nur dessen Verlängerung. Die mächtige Erhebung Japans kreuzte diese Entwürfe und rief den Widerstand der russischen Regierung wach. Wenige Wochen nach Alexander III. starb am 26. Januar 1895 auch der russische Minister des Äußern Nikolaus von Giers, und Fürst Alexander Lobanow wurde sein Nachfolger. Als Botschafter in Wien war Lobanow gegen seine bessere Überzeugung Vollstrecker der Befehle Alexander III. gewesen, durch welche sich Rußland in der bulgarischen Angelegenheit eine Niederlage holte. Er beklagte es, daß sich die russische Politik in den unrühmlichen Zank mit dem Prinzen von Koburg verbiß; Lobanows Blicke waren vielmehr auf den weiten Osten gerichtet,

er verlegte daher den Schwerpunkt der politischen Arbeit auf die Ausbreitung der russischen Macht in Hinterasien. Seine erste Aufgabe sah er darin, dem Siegeszuge Japans haltzugebieten.

Die Petersburger Regierung war der Unterstützung Frankreichs sicher, sie mußte sich aber, um im Osten machtvoll auftreten zu können, auch mit den europäischen Mittelmächten verständigen. Wie Lobanow sich mit Österreich-Ungarn und Bulgarien auseinandersetzte, soll später erzählt werden. Noch besser gelang das Einvernehmen mit Kaiser Wilhelm, und damit trat in der deutschen Politik eine folgenreiche Wendung ein.

*

Eintritt Wilhelms II. in die Weltpolitik

Ostasiatischer Dreibund

Wilhelm II. kam jung auf den Thron, dann erst formten sich in manchem Belang seine Regierungsgrundsätze. Er ist stets für geistige und politische Eindrücke empfänglich gewesen, seine Entwicklung hat nie gestockt, seine Begeisterungsfähigkeit blieb immer dieselbe. Meer und Flotte beschäftigten seit jeher seine Aufmerksamkeit und seine Phantasie, aber im ersten Jahrfünft seiner Regierung muß seine Teilnahme für die Weltpolitik, mindestens für Kolonialerwerb, verhältnismäßig gering gewesen sein. Sonst hätte er Caprivi nicht gewähren lassen und nicht gestattet, daß der Kanzler von den deutschen Siedelungen in Afrika geringschätzig sprach und die Möglichkeit weiteren Landgewinns von sich wies. Es bedarf nach dem ganzen Charakter Wilhelms keiner weitläufigen Erklärung, wie es kam, daß seine Seele sich bald mit größeren Vorstellungen und Zielen erfüllte. Das lag an seiner Persönlichkeit, noch mehr vielleicht an der mächtigen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft. Im Jahre 1870 betrug der Außenhandel des jetzt das Deutsche Reich bildenden Gebietes $4^1/_4$ Millionen Mark, stieg aber bis 1890 auf $7^1/_2$ Milliarden, bis 1910 auf $16^1/_2$ Milliarden. Dabei ist zu beachten, daß der Verkehr Deutschlands über See relativ stärker angewachsen ist als seine übrige Ausfuhr.

Es mag wohl sein, daß einer der Gründe der Entfremdung des

Kaisers vom zweiten deutschen Reichskanzler darin lag, daß dieser der Gedankenrichtung Wilhelms nicht zu folgen geneigt war. Erst nach Caprivis Rücktritt strömte des Kaisers Teilnahme für die Ereignisse über See voll zutage. So in der Rede beim Festmahl anläßlich des 25. Gründungstages des Deutschen Reiches, 18. Januar 1896, wo Wilhelm II. der Taten seines Großvaters und seines Vaters gedachte und dann fortfuhr: „Wir dürfen dankbar die Vorteile genießen und dürfen uns des heutigen Tages freuen. Damit geht auf uns jedoch die ernste Pflicht über, auch das zu erhalten, was die hohen Herren uns erkämpft haben. Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute. Deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. Nach Tausenden von Millionen beziffern sich die Werte, die Deutschland auf der See fahren hat. An Sie, meine Herren, tritt die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches zu gliedern." Durch die Nation ging begeisterte Zustimmung, als der Kaiser ihr etwas später zurief: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!" In einem Gespräche über diesen Gegenstand äußerte er einmal: „Mein Großvater gründete das Reich, mein Vater ist der siegreiche Heerführer in unseren größten Schlachten gewesen, meine Aufgabe ist es, der deutschen Nation die alte Seegeltung in der Welt wieder zu verschaffen!" So bezeichnete der Kaiser als Steuermann das Ziel.

Nicht immer wurde der richtige Kurs genommen. Zunächst ging die Fahrt nach Ostasien. Es lag doch ein Widerspruch darin, daß Deutschland, nachdem es seit etlichen Jahren achtlos an dem nahen Afrika vorübergesegelt war, an den Gestaden Chinas landete. Das Versäumte konnte jedoch, wie der Kaiser und seine Minister sich sagten, anderswo nicht nachgeholt werden. Die treibende Kraft war wohl Staatssekretär Marschall von Bieberstein, auch wurde Herr von Brandt, der zuerst deutscher Gesandter in Japan, dann 1875 bis 1893 in China gewesen war, im Frühjahr 1895 vom Kaiser zu Rate gezogen und sprach einem entschiedenen Auftreten gegen Nippon das Wort. Als der Zar dem Deutschen Kaiser zu jener Zeit schrieb und ihn einlud, sich an den Maßnahmen zum Schutze Chinas zu beteiligen, fand er um so williger Zustimmung, als er hinzufügte, er würde nichts dagegen haben, wenn Deutschland in China einen festen Punkt oder eine Kohlenstation besetzte. Das war eine Aussicht, die zum Mitgehen verlockte.

So kam es zu einer Verständigung der Kabinette von Petersburg, Berlin und Paris, der man den überschwänglichen Namen des ostasiatischen Dreibunds beigelegt hat. Er war gegen Japan gerichtet, hatte eine Spitze jedoch auch gegen England, schon weil er diese Macht beiseite ließ. Die drei Kabinette forderten am 23. Mai 1895 von Japan die Rückgabe Port Arthurs, also des schönsten Siegespreises, und überhaupt den Abzug aus der Mandschurei. Zähneknirschend mußte Nippon nachgeben. Es blieb ihm also nur Formosa und eine Kriegsentschädigung, Korea aber war noch weiterhin umstrittenes Gebiet.

Es war die eigene Schuld Japans, daß ihm auch Korea entging. Es wollte in diesem Lande barbarisch durchgreifen. Da die Königin, die die Seele der Regierung war, sich den Weisungen Japans nicht beugte, ließ dessen Gesandter Miuro die Dame von seinen Helfershelfern in ihrem Palast überfallen und ermorden (8. Oktober 1895). Erschreckt floh der König in die russische Gesandtschaft und blieb ein ganzes Jahr in deren Schutz. So überwog auch in diesem Lande der Einfluß Rußlands.

In Japan fand man es erklärlich, daß Rußland bei seiner bekannten Ausdehnungspolitik nach Ostasien ausgriff und ebenso, daß Frankreich sich von der Regierung des Zaren ins Schlepptau nehmen ließ. Der Groll richtete sich vornehmlich gegen Deutschland, das keinen Grund hatte, Japan auf den Amboß zu legen. Die Dankbarkeit gegen die deutschen Lehrer und die Hochschätzung deutschen Wesens erlitten einen Stoß. Ein Fehler war es, daß sich das Berliner Kabinett in den Vordergrund stellte, statt den Russen den Vortritt zu überlassen; das ganze Gehaben war zu geräuschvoll. Kaiser Wilhelm war Feuer und Flamme gegen Nippon und sprach in dieser Zeit öfters von der Europa bedrohenden gelben Gefahr. Er selbst entwarf ein Bild Buddhas als des Sinnbildes des fernen Ostens und versah es mit der Inschrift: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!" Abdrücke des Bildes gingen von Hand zu Hand und blieben auch den Japanern nicht unbekannt. Bismarck erhob seine mahnende Stimme: er tadelte es, daß Deutschland zu scharf ins Zeug gegangen war und sich die Zuneigung Japans verscherzt hatte. Das „Arbeiten auf Prestige" entspreche nicht der Würde des Reiches[1]).

[1]) Albrecht Wirth, „Weltgeschichte der Gegenwart" (3. Aufl. Hamburg 1913), S. 186. — Otto Hammann, „Der neue Kurs", S. 169, bemerkt, daß Holstein auch deshalb für den Anschluß Deutschlands war, weil er Rußland in Ostasien beschäftigen und dadurch verhindern

Nicht bloß bei diesem Vorgehen, auch sonst war bemerklich, daß unter dem Reichskanzler Hohenlohe wieder mehr Wert auf die Beziehungen zu Rußland als auf die zu Großbritannien gelegt wurde. Vielleicht spielte dabei das bittere Gefühl mit, Deutschland habe sich bei der Teilung Afrikas von England übervorteilen lassen. Ob nun die Gründe zum Anschlusse an England 1890 triftig waren, oder ob sich 1895 das Abrücken besser empfahl: auf keinen Fall war die zweimalige Schwenkung dem Ansehen Deutschlands günstig. Lebhaftem Widerspruche begegnete die Abkehr von England bei dem Grafen Münster, der 1873 bis 1885 Botschafter in London und seitdem in Paris war. Als er von Berlin den Auftrag erhielt, mit der französischen Regierung über das Zusammengehen gegen Japan zu verhandeln, rief er aus: „Diesen Unsinn mache ich nicht!"; sein Botschaftsrat Schön hatte Mühe, ihn zu begütigen. Münster sprach eben immer der Freundschaft mit England das Wort. Diese Macht war durch den ostasiatischen Dreibund beiseite geschoben und wurde dazu gedrängt, sich mit Nippon zu verständigen. Da aber Japan auf der ostasiatischen Rennbahn das beste Pferd war, so machte Großbritannien bei diesem Einsatz ein gutes Geschäft.

*

Rußlands Übergewicht in Ostasien

Kiautschou

Den Hauptgewinn aus dem ostasiatischen Dreibund zog Rußland. Japan und China bewarben sich um seine Freundschaft, so daß Zar Nikolaus seine Träume erfüllt glaubte. Anläßlich seiner Krönung schickten die zwei Regierungen Hinterasiens ihre hervorragendsten Männer nach Moskau, Japan den siegreichen Marschall Yamagata, China den vielerprobten Li-Hungtschang. Jeder hatte einen wichtigen Auftrag, Fürst Lobanow verhandelte mit ihnen und schloß auch mit beiden ab[1]).

wollte, daß das russisch-französische Bündnis durch einen Krieg gegen Japan die „Bluttaufe" erhielte. Das wurde allerdings durch den Beitritt Deutschlands erreicht — das letztere Motiv war aber weit hergeholt, wie sonst auch viele politische Berechnungen Holsteins.

[1]) Fürst G. Trubetzkoi, „Rußland als Großmacht" (Deutsche Übersetzung, Berlin 1913), S. 44—49.

— Der Japaner sprach über Korea und man einigte sich: das Land werde unabhängig bleiben, auch sollten die Kabinette von Petersburg und Tokio nicht einseitig in Korea vorgehen, vielmehr sich über jede das Land betreffende Frage verständigen. — Weit wichtiger war der mit China geschlossene Geheimvertrag, den der russische Gesandte Graf Cassini bereits in Peking vorbereitet hatte. In ihm liegt der Keim zu den größten Verwicklungen, zuletzt des Japanisch-Russischen Krieges. China erhielt die wertvolle, wenn auch gefährliche Zusicherung des Schutzes Rußlands und gestattete dafür den Bau einer Eisenbahn durch die ihm gehörende Mandschurei bis nach Port Arthur und an den Großen Ozean. Großartige Aussichten eröffneten sich damit dem Zarenreiche. Denn wenn die Eisenbahnkonzession auch nicht dem russischen Staate, sondern einer Gesellschaft erteilt ward, so fiel dem Zaren damit doch die Eisenbahnhoheit in der Mandschurei zu.

Trotzdem kehrte Li-Hungtschang beruhigt nach Peking zurück, da der Vertrag den Bestand und die Grenzen Chinas verbürgte, also Schutz gegen einen zweiten japanischen Angriff enthielt. Er glaubte, die Unversehrtheit des Reiches nicht zu teuer erkauft zu haben. Bald wurde er aber aus seiner Täuschung gerissen. Denn kaum hatte Rußland die wichtige Eisenbahnkonzession bis Port Arthur in der Tasche, so trat es mit neuen großen Forderungen hervor. Nicht besser als den Chinesen erging es den Japanern, die sich bald über Eingriffe Rußlands in Korea zu beschweren Grund hatten.

Bei diesem Vordringen ließ Rußland klugerweise wieder dem Deutschen Reiche den Vortritt. Dieses besaß die Zustimmung Rußlands zur Erwerbung einer Flottenstation in China und wollte nach den Tschusaninseln greifen; da behauptete England, es hätte auf die Eilande ältere Rechte. Fürst Hohenlohe besprach bei einem Besuche in Petersburg die Angelegenheit mit dem Zaren und dieser sagte: „Die Engländer wollen immer alles für sich haben. Wo jemand etwas nimmt, wollen sie sich gleich mehr nehmen" — und dabei machte er die hierzu gehörende Armbewegung. Kurze Zeit darauf wurden Deutschland und Rußland handelseins. Die russische Regierung legte den größten Wert auf den Hafen von Port Arthur und hatte nichts dagegen, daß die Deutschen Kiautschou in Besitz nahmen. Ein Zwischenfall beschleunigte die Ausführung. Die Ermordung einiger katholischer deutscher Missionare in China legte der deutschen Regierung die Pflicht kräftigen Einschreitens auf. Der Anlaß wurde rasch ergriffen und am 14. November 1897

Kiautschou durch ein Geschwader unter Admiral Diederichs besetzt. Der Kaiser sandte am 16. Dezember 1897 seinen Bruder Heinrich mit zwei Panzerkreuzern nach Ostasien, um den Chinesen vollen Ernst zu zeigen. Beim Abschied sagte er zum Prinzen Heinrich: „Reichsgewalt bedeutet Seegewalt; sollte einer uns an unseren guten Rechten kränken wollen, so fahre drein mit gepanzerter Faust!" Und der Prinz antwortete: „Das eine versichere ich Eurer Majestät: mich lockt nicht Ruhm noch Lorbeer; mich zieht nur eines, das Evangelium Eurer Majestät geheiligter Person im Auslande zu künden, zu predigen. Jedem, der es hören will, und auch denen, die es nicht hören wollen." Befremdete schon die Nebeneinanderstellung des Evangeliums des Kaisers mit dem des Heilands, so war das scharfe Wort von der „gepanzerten Faust" geeignet, die anderen Nationen nachdenklich zu stimmen. Worauf hatte es der Kaiser abgesehen, wenn er bei so wenig entscheidendem Anlasse drohende Worte sprach? Es war nicht notwendig, die ganze Welt zum Widerspruche zu reizen, denn Wilhelm II. wollte doch nur auf China einen Druck ausüben, das sich noch sträubte, dann aber am 4. Januar 1898 mit Deutschland einen Vertrag schloß, durch den Kiautschou für 99 Jahre an Deutschland verpachtet wurde.

Nach der Festsetzung der Deutschen in Kiautschou forderte Rußland von China ungleich Größeres: die Halbinsel Ljaotung mit dem beherrschenden Hafen von Port Arthur, dem Schlüssel zum Gelben Meere. Das hilflose Reich der Mitte mußte am 15. März 1898 nachgeben und diese Stadt wie Talienwan für 25 Jahre an das Zarenreich verpachten. Laut klagte Li-Hungtschang, er sei beim Abschluß des früheren Vertrages von Rußland hintergangen worden. Natürlich verlangte auch Frankreich seinen Anteil an der Beute und nahm sich die Bucht von Kwangtschou. So wetteiferten die drei Retter Chinas in dessen Verkleinerung: Japan hatte nach seinem Siege lange nicht so viel in Anspruch genommen, so daß China jetzt schlechter fuhr als beim Frieden von Schimonoseki. Übrigens wollte auch England nicht zurückstehen, das es zwar mit Japan gehalten, also China keine Dienste geleistet hatte: dennoch bemächtigte es sich des Hafens von Weihaiwei. Zuletzt meldete sich auch Italien zur Mahlzeit, doch wurde es von der chinesischen Regierung kurzerhand abgewiesen.

Mit der Losreißung Kiautschous, Port Arthurs und Weihaiweis von China feierte der europäische Imperialismus in Ostasien Orgien. Er ist die philosophische Staatslehre des Starken, also am günstigsten

den Stärksten. Das aber waren Rußland und England. Sie hatten einander bislang nach Möglichkeit Abbruch getan, fanden aber jetzt, es wäre vorteilhaft, sich angesichts der nahen Teilung Chinas zu verständigen. Rußland wollte seine Beute in Sicherheit bringen, Großbritannien wieder ging eben daran, sein südafrikanisches Reich durch Niederwerfung der Buren zu erweitern und abzurunden. Die zwei Mächte vermieden es also, einander in China ins Gehege zu gehen, und trafen am 28. April 1899 eine Verabredung über die Teilung ihrer Einflußgebiete. Danach fiel die Mandschurei in den Machtkreis Rußlands, das fruchtbare, zukunftsreiche Becken des Yangtsekiang in den Englands. Jeder Macht war in ihrem Bereich der Bau und die Ausbeutung von Eisenbahnen überlassen. England erhielt außerdem das Recht, den Handel auf dem Yangtsestrom durch seine Kanonenboote zu überwachen.

Damit schienen die Lose über die gelbe Rasse geworfen. Japan war zurückgedrängt, China völlig hilflos. Was die Japaner im letzten Kriege mit dem Schwerte gewonnen hatte, fiel zum guten Teil den Fremden zu. Die Folgen stellten sich bald ein. In China entstand eine nationale und patriotische Gegenbewegung, die der Boxer, welche die Schmach des Vaterlandes nicht länger tragen wollten und allen Fremden den Tod schwuren. Nippon wieder war zum Kriege gegen Rußland entschlossen, schlug aber erst 1904 los, als es gänzlich gerüstet war. Bis dahin überwog in Ostasien die russische Macht, um so mehr als Albion durch den dreijährigen schweren Krieg mit den Buren ausreichend beschäftigt war.

*

Ferdinand von Bulgarien zwischen Österreich und Rußland

Österreich-Ungarn empfand es als Entlastung, als Rußland sich den Eroberungen in Ostasien, der Unterwerfung der Mandschurei und Koreas zuwandte. Kalnoky sah die Früchte seiner Politik des Abwartens reifen, bei der möglichst wenig aufs Spiel gesetzt worden war. Solange Zar Alexander III. lebte, war diese Wendung so gut wie aus-

geschlossen, denn er war körperlich wie geistig stiernackig und in seinen Zu- und Abneigungen unbeirrbar. Nikolaus II. war weicher veranlagt, Lobanow aber längst entschlossen, den unfruchtbaren Streit mit Österreich beizulegen. Schon als Botschafter in Wien hatte er in ruhiger Zwiesprache mit Kalnoky die Kriegsgefahr zu beschwören verstanden, mochte sich auch am Zarenhofe Donner und Blitz entladen. Als Kanzler sprach er, da Rußland in Ostasien Großes vorhatte, das geflügelte Wort, der Balkan sei unterdessen „unter einen Glassturz" zu stellen, oder wie er sich auch ausdrückte, man werde ihn durch eine gewisse Zeit „einfrieren lassen".

Fürst Ferdinand, von den Mächten noch nicht als Herrscher in Bulgarien anerkannt, atmete freier auf. Das Wiener Kabinett hatte ihn zwar vor dem Ärgsten geschützt, sich aber nicht entschließen können, ihn förmlich anzuerkennen. Wie Mohammeds Sarg zwischen Himmel und Erde, so schwebte seine Fürstenkrone zwischen der österreichischen und der russischen Macht. Seine Stellung als Schützling Österreich-Ungarns war ihm unbehaglich, zumal da Kalnoky ihn fühlen ließ, daß er von Wien abhing. Bevor also der Zar dem Koburger seine Gnade zuwandte, lag dessen Zukunft im Dunkeln. Durch seine Verwandten ließ er nach Petersburg Fäden spinnen, konnte jedoch nicht auf Versöhnung hoffen, solange Stambulow sein Ministerpräsident war, der in Rußland bestgehaßte Mann Bulgariens. Der aber war auch dem Fürsten durch seine alles niedertretende Energie unbequem geworden; so entschloß sich Ferdinand, den Begründer seines Thrones am 30. März 1894 zu entlassen und das russenfreundliche Kabinett Stoilow zu berufen. Es war ein Glücksfall für ihn, daß im November darauf Nikolaus II. den Thron bestieg. Eine bulgarische Gesandtschaft, geführt vom Metropoliten Klement, reiste nach Petersburg und wurde vom jungen Zaren freundlich empfangen. In Wien gab man sich mit dieser Annäherung immerhin zufrieden, da es ein Vorteil war, wenn Rußland sich nach langem Widerstreben mit der von Österreich auf dem Balkan geschaffenen Tatsache abfand und die Anerkennung des Fürsten von Bulgarien zuließ. So sah Graf Kalnoky die Dinge an.

Unterdessen war Kalnoky nach erfolgreicher Tätigkeit am 16. Mai 1895 von der Leitung des Ministeriums des Äußern zurückgetreten. Er war mit der ungarischen Parlamentsmehrheit scharf zusammengeraten, da er ebenso wie Kaiser Franz Joseph der Einführung der Zivilehe widerstrebte; als die liberale Partei ihren Willen durchsetzte, war die Stim-

mung beiderseits so gereizt, daß Kalnoky aus einem an sich unbedeutenden Anlasse sein Amt niederlegen mußte. Er geriet mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy in Streit, als dieser im Parlament die Agitation des Nuntius Agliardi unter dem ungarischen Klerus scharf tadelte. Die großen Verdienste des Grafen Kalnoky um die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten konnten auch von seinen Gegnern nicht bestritten werden, schützten ihn aber nicht vor dem Übelwollen der in Ungarn herrschenden Partei.

Graf Agenor Goluchowski wurde sein Nachfolger, bis dahin Gesandter in Bukarest. Unter ihm wandten sich die Dinge in Bulgarien zum Schlimmeren. Lobanow kam den Wünschen Ferdinands geschickt entgegen, knüpfte aber dessen Anerkennung an die Bedingung engen Anschlusses an Rußland. Das Ministerium Stoilow drang in den Fürsten, dem Enkel des Zarbefreiers zu Willen zu sein. Es stellte ihm vor, das Volk verlange die Versöhnung mit Rußland, sein Thron wäre in Gefahr, wenn er nicht einlenkte. Er müsse das Opfer bringen, seinen 1894 geborenen Thronerben Boris, der katholisch getauft war, in den Schoß der orthodoxen Kirche aufnehmen zu lassen. Der Fürst wich den Drohungen der russenfreundlichen Partei, aber auch der Lockung, in Petersburg in Gnaden aufgenommen zu werden, und kündigte seinem Volke am 3. Februar 1896 seine Absicht an, den kleinen Prinzen der Orthodoxie zuzuführen.

Dadurch geriet er aber mit der katholischen Kirche, mit seiner Gattin und mit dem Wiener Hofe in arge Weiterungen. Sein Schwiegervater, Herzog Robert von Parma, hatte in die Vermählung seiner Tochter Luise mit dem Fürsten nur unter der Bedingung gewilligt, daß die Kinder aus ihrer Ehe in der katholischen Lehre erzogen würden. Der Herzog legte gegen den Glaubenswechsel Protest ein, Fürstin Luise verließ Bulgarien, der Papst belegte den Koburger mit dem kleinen Kirchenbann, so daß er die Sakramente zwar empfangen durfte, aber nur nach jedesmaliger Erlaubnis der kirchlichen Oberen. Das Schlimmste für den Fürsten war, daß der Wiener Hof gleichfalls seine scharfe Mißbilligung des Geschehenen aussprach. Vergebens stellte Ferdinand vor, daß er sich in Bulgarien nicht behaupten könnte, wenn er sich dem Wunsche seines Volkes widersetzte. In Wien wurde erwidert: nicht der Glaubenswechsel des kleinen Prinzen hätte den Unwillen der Hofburg hervorgerufen, wohl aber der Bruch des von Ferdinand feierlich gegebenen Versprechens. Es wäre nun Pflicht des österreichischen Mini-

sters des Äußern gewesen, zu verhindern, daß der Streit aus dem Bereich der Religion auf das Gebiet der Politik übersprang. So heischte es das eigenste Interesse der Monarchie. Das Wiener Kabinett jedoch behandelte den Koburger wie einen Abtrünnigen und drängte ihn dadurch ganz zu Rußland hinüber. Denn Ferdinand, den Augenblick rasch erfassend, warf sich ohne Rücksicht auf die ihm von Österreich geleisteten Dienste dem russischen Hofe in die Arme, dem er als reuiger Sünder erst recht willkommen war. In einer Ansprache an die Nationalversammlung erklärte er, er habe um der Wohlfahrt Bulgariens willen seine Familienbande gelockert und völlig mit dem Westen gebrochen. Unter dem Jubel der Abgeordneten schloß er: „Der Westen hat seinen Bannfluch über mich ausgesprochen, die Morgenröte des Orients umstrahlt meine Dynastie und leuchte über unsere Zukunft." Unmittelbar darauf fand der Glaubenswechsel des Kronprinzen statt, der besondere Weihe dadurch erhielt, daß der Zar die Patenstelle bei dem Täufling übernahm. So unangenehm der Wiener Hof auch dadurch berührt wurde, so machte er keine Schwierigkeiten, als Rußland jetzt die Anerkennung des Bulgarenfürsten durch Europa anregte. So konnte Ferdinand am 14. März 1896 die Belehnung durch den Padischah erhalten. Als der Fürst aber Ende März eine Rundreise durch Europa antrat, wurde er an den anderen Höfen ehrenvoll aufgenommen, Kaiser Franz Joseph jedoch lehnte es ab, ihn zu empfangen. Noch durch eine Reihe von Jahren mußte er der Hofburg fernbleiben. Erbittert durch diese Behandlung, führte er das Begonnene völlig durch. Keine Aufmerksamkeit für den Petersburger Hof war ihm zuviel, die Feierlichkeiten zu Ehren Alexanders II., des Zarbefreiers, wollten kein Ende nehmen. Als es ihm hierauf gelungen war, sich mit seiner Gemahlin zu versöhnen, reiste er mit ihr 1898 nach Petersburg. Dann stellte sich im Juli 1901 zum ersten Male während seiner Regierung ein russischer Großfürst in Sofia ein und im nächsten Jahre begab sich Ferdinand wieder an die Newa. Fürst Lobanow, der das Ganze geschickt eingeleitet hatte, war zwar schon am 30. August 1896 plötzlich auf einer Reise gestorben; sein Nachfolger Graf Murawiew aber trat in seine Fußstapfen und heimste die Ernte ohne besondere Mühe ein.

So entglitt Bulgarien der österreichischen Diplomatie infolge eines von ihr begangenen schweren Fehlers. Fürst Ferdinand hatte es verstanden, eine der rivalisierenden Mächte nach der anderen für die Sicherung seines Thrones zu gewinnen, und blieb auch weiterhin bei

dieser Methode. In seiner schwierigen Lage behalf er sich so gut er konnte. Auch mit der katholischen Kirche glich er sich aus, doch mit ihr am spätesten. Herzog Robert von Parma starb 1907 noch im Groll gegen ihn, Fürstin Luise war ihrem Vater schon 1899 im Tode vorausgegangen. Erst 1916, nach den im Vereine mit den deutschen und den österreichischen Waffen errungenen bulgarischen Siegen, söhnte sich die Familie Parma mit Ferdinand aus, und der Papst, so hieß es in der von ihr ausgehenden Veröffentlichung, gewährte ihm Verzeihung. Außer dem Thronerben waren alle Kinder des Fürsten, späteren Zaren von Bulgarien, katholisch geblieben, und Ferdinand selbst hat sich stets als gläubigen Sohn seiner Kirche bekannt.

*

Armenische Greuel 1894—1896
Türkisch-griechischer Krieg 1897

Wie Bulgarien, so erfreute sich auch die Pforte der von Rußland seinen westlichen Nachbarn gewährten Schonzeit. Es konnte für sie nichts Günstigeres geben als Feindschaft zwischen dem Zarenreich und Bulgarien, doch auch deren Versöhnung brachte ihr so lange keine Gefahr, als der Schwerpunkt der russischen Politik an die Küsten des Großen Ozeans verlegt war. Es trat sogar der sonderbare Zustand ein, daß Rußland, um sich in Ostasien nicht stören zu lassen, sich für die Erhaltung des Osmanischen Reiches einsetzte. Da es nicht in die Schüssel greifen mochte, sollten auch die anderen Enthaltsamkeit üben.

Dies war die Folge der Erweiterung des Welttheaters auf Hinterasien. Gleich Rußland stand Großbritannien unter dem Einflusse dieser Tatsache. Nur daß für die Russen die politische Magnetnadel später doch auf den Bosporus wies, während den Briten Konstantinopel mit der Zeit weniger wichtig wurde. Für England hatte sich die Welt durch die Erschließung Afrikas wie durch das, was am Großen Ozean vorging, vollständig verändert. Konstantinopel lag seitwärts von den Großbritannien wichtigsten Meeresstraßen. Die Briten hatten 1854 einen Krieg zur Verteidigung der Meerengen geführt und wären 1878,

selbst noch 1887 wieder dazu bereit gewesen. Damit war es jetzt vorbei, Konstantinopel wie das Türkische Reich verloren in ihren Augen an Wert. In der nächsten Zeit wurde die Pforte ihnen gleichgültig, später dachten sie daran, deren Ländergebiete zu Abschlagszahlungen an andere Mächte zu verwenden, gegen Ende des 19. Jahrhunderts schließlich wurde die Teilung der Türkei ins Auge gefaßt. Es ist lehrreich zu beobachten, wie sich das moralische Urteil der Engländer über die Berechtigung der türkischen Herrschaft immer nach den Zielen ihrer Politik, nach den Interessen ihres Reiches richtete. Solange die Eindämmung der russischen Macht und der Verschluß des Bosporus ihnen von entscheidender Wichtigkeit schienen, waren die Türken ehrenwerte Leute, ihr Regiment zwar besserungsbedürftig, aber auch besserungsfähig. Das änderte sich, als Albion Ägypten eroberte und sein afrikanisches Reich gründete, besonders aber seitdem der gewaltige Plan Gestalt gewann, diese Erwerbungen über Arabien und Persien hinweg mit Indien zu einem zusammenhängenden Ganzen zu verbinden. Seitdem sank die Türkei zu einem Hindernisse der Zivilisation und der Freiheit der Völker herab. Der frühere Schirmherr wurde zum Dränger, zuletzt zum erbitterten Feinde.

Die Politik Sultan Abdul Hamids war allerdings weit davon entfernt, den Forderungen der Moral zu entsprechen. Er war mißtrauisch, persönlich feige, grausam gegen die wirklichen oder vermeintlichen Feinde seines Thrones. Seine Intelligenz indessen stand hoch über dem Durchschnitt; er war einer der geriebensten Diplomaten seiner Zeit, der die gegenseitige Eifersucht der europäischen Kabinette zu benutzen und ihre Ränke zu überbieten verstand. Große Schwierigkeiten erwuchsen ihm gegen das Ende des Jahrhunderts aus den Unabhängigkeitsbestrebungen des armenischen Volkes. Dessen Angehörige waren geistig wie wirtschaftlich rührig und strebten für ihre Heimat Unabhängigkeit an. In einigen Städten Armeniens fanden 1894 Unruhen statt; die türkische Regierung ließ darauf die räuberischen Kurden los, welche immer zur Plünderung armenischer Ortschaften bereit waren; die Erhebung wurde mit blutiger Strenge unterdrückt. Da die Beschwerden der Armenier bei den Großmächten keine Abhilfe brachten, so kam eine revolutionäre Gruppe des Volkes auf den unseligen Einfall, in der Art der russischen Terroristen einen Schlag in der Hauptstadt des Türkischen Reiches zu führen und Europa so aus seiner Gleichgültigkeit aufzurütteln. Am 26. August 1896 überfielen die Verschwore-

nen die Ottomanische Bank in Konstantinopel, schossen die Beamten nieder und wehrten sich verzweifelt, wenn auch erfolglos, gegen die türkischen Truppen. Da ergrimmte der Sultan und befahl die Ermordung der in Konstantinopel und in anderen Städten des Reiches wohnenden Armenier. Der aufgestachelte Fanatismus der Bekenner des Islams übte schreckliche Rache: im September 1896 wurden 80 000, nach anderen Schätzungen 150 000 Armenier niedergemetzelt.

Dieses Blutbad war furchtbarer, als die Verschwörer geahnt hatten, brachte aber zunächst die von ihnen vorausgesehene Wirkung hervor. Groß war das Entsetzen in den christlichen Ländern, nirgends aber gab es sich so lebhaft kund wie in England. Das Ereignis fiel gerade in den Beginn des Umschwunges des öffentlichen Urteils über die Lebensnotwendigkeit des Türkischen Reiches. Die politische Atmosphäre war also für moralische Empfindungen günstig. Es wäre aber ungerecht, zu verkennen, daß der Führer der Bewegung, der alte Gladstone, von wirklichem Abscheu vor Abdul Hamid und seinen Blutbefehlen beseelt war. Im Jahre 1892 war er zum vierten Male leitender Minister geworden, er legte aber im März 1894 sein Amt zurück und trat aus dem öffentlichen Leben, da er, 85 Jahre alt, von einem Augenleiden heimgesucht war. Er überließ die Leitung der Regierung dem Lord Rosebery, der sich aber nur bis zum Juni 1895 im Amte behauptete, dann kam Lord Salisbury wieder an die Macht. Die Rückkehr der Konservativen ins Amt gab Gladstone volle Freiheit, die Nation zum Kampfe gegen die Türkei aufzurufen. Der alte Berserker erwachte wieder in ihm; er gesundete förmlich im Kampfe; in Versammlungen von Tausenden und Zehntausenden forderte er Krieg gegen die Türkei. Am 8. Oktober 1896 richtete er an eine Versammlung, an deren Besuch er verhindert war, einen Brief, in dem Abdul Hamid „der große Mörder auf dem Thron" und die Furcht vor einem Kriege ein „wüstes Paradoxon" genannt wurde. Lord Rosebery fand an dem Kriegstreiben keinen Gefallen, wollte die Verantwortung dafür nicht tragen und legte unter verschiedenen Vorwänden die Führerschaft der liberalen Partei nieder, da er sich von dem „großen alten Mann" nicht gängeln lassen wollte. Das Kabinett Salisbury nahm die Sache kühler, hielt es jedoch für notwendig, der erregten öffentlichen Meinung in England eine Genugtuung zu bereiten. Es schlug den Großmächten eine gemeinsame Flottendemonstration vor Konstantinopel vor, um den Sultan zu nötigen, Armenien Autonomie zu gewähren. Auch Salisbury gebrauchte strenge

Worte gegen die Pforte; am 18. Januar 1897 erklärte er öffentlich, der Untergang des Türkischen Reiches sei unabwendbar, wenn es sich nicht zu gründlichen Reformen aufraffe. Demgegenüber hielt Rußland die Hände schützend über den Sultan. Es hatte nicht Lust, an seinen Grenzen ein selbständiges Armenien entstehen zu lassen, während es selbst seine armenischen Untertanen mit Härte behandelte. Frankreich hielt sich zum Petersburger Kabinett, Deutschland endlich, das mit der Pforte in den besten Beziehungen stand, war durchgreifenden Maßregeln gegen sie abhold. So wurden ohne jedes Ergebnis eine Unzahl von Depeschen gewechselt: der Sultan sagte zum so und so vielten Male Reformen zu, ließ aber, da er die Mächte uneinig sah, alles beim alten. Salisbury wollte die Sache nicht auf die Spitze treiben, da England im Sudan wie in Südafrika Dinge zu tun hatte, die ihm wichtiger waren. Die Welt war so groß geworden, daß die Mächte nicht Zeit hatten, sich länger um die Armenier zu bemühen. Deren Schicksal war aber eine Zeitlang mit einer weltgeschichtlichen Wendung verflochten, da England in der Verfechtung ihrer Autonomie zum ersten Male entschieden antitürkische Politik trieb. Das ist seitdem, kurze Unterbrechungen abgerechnet, seitens Großbritanniens mit steigender Schärfe geschehen.

Die Stellung der Großmächte zur Pforte blieb ungefähr dieselbe auch in dem kurz darauf ausbrechenden Türkisch-Griechischen Kriege. Er war ein rasch vorübergehendes Zwischenspiel, so daß eine ausführliche Darstellung überflüssig wäre. Der Streit entzündete sich an Kreta, wo seit dreißig Jahren ein Aufstand der Christen den anderen ablöste. Schließlich wollte die griechische Regierung durchgreifen, ließ am 15. Februar 1897 Truppen auf der Insel landen und Kreta im Namen ihres Königs besetzen. Die Aufrollung der kretisch-griechischen Frage kam jedoch allen Großmächten aus den erwähnten Gründen ungelegen, sie verlangten also von Griechenland die Abberufung seiner Truppen, wogegen sie den Kretensern Autonomie im Rahmen des Türkischen Reiches versprachen. Griechenland fügte sich jedoch nicht. Das geeignete Mittel, es unter den Willen Europas zu beugen, wäre die Blockade des Pyräus gewesen, die auch von Deutschland vorgeschlagen wurde. England wollte sich jedoch für die türkische Herrschaft über Kreta nicht so kräftig einsetzen. Infolgedessen kam es nur zu schwächlichen Kundgebungen der Mächte, was die Griechen in der Hoffnung ermutigte, Europa werde sich ihrer zuletzt annehmen; darin wurden sie auch von Gladstone bestärkt, der sie zu ihrem Unheil zum Ergreifen der Waffen

aufreizte. So sammelten sie ein Heer in Thessalien, ein anderes in Epirus und machten sich zum Angriff bereit. Die Pforte wartete ihn nicht ab und erklärte am 17. April 1897 den Krieg. Sie besaß ein Offizierkorps, das durch Colmar Freiherrn von der Goltz nach deutschem Muster geschult war, der von 1883 bis 1895 an der Spitze der militärischen Bildungsanstalten der Türkei gestanden hatte. Goltz selbst war bereits nach Deutschland zurückgekehrt, seine Schüler aber bewährten sich und schlugen unter Führung Edhem Paschas das griechische Heer. Dieses wurde am Melunapaß und bei Turnawas zurückgedrängt, so daß die Türken am 25. April Larissa besetzen konnten. Weiterhin sahen sich die Griechen zur Räumung der Stellung von Pharsalos genötigt und am 8. Mai rückten die Türken in Volo ein. Nun war auch Mittelgriechenland ernstlich bedroht. Demgegenüber war es nicht von Bedeutung, daß die stärkere griechische Flotte einige türkische Städte beschoß. Griechenland mußte die Mächte um Vermittlung ersuchen; längere Unterhandlungen folgten, die am 4. Dezember 1897 zum Frieden führten. Der besiegte Teil verstand sich zu einer Grenzberichtigung, zahlte 75 Millionen Mark Kriegsentschädigung und ließ sich die internationale Aufsicht über seine durch den Krieg vollends zerrütteten Finanzen gefallen.

Eigentlich hätte die Türkei nach ihrem Siege Kreta behalten sollen. Doch weit gefehlt. Vier von den sechs Großmächten stellten sich auf den Standpunkt, daß, da sie der Insel nun einmal Autonomie in Aussicht gestellt hatten, es jetzt dabei zu bleiben habe. Die Pforte müsse zur Einwilligung gezwungen werden. Deutschland und Österreich-Ungarn lehnten es ab, sich an diesem Drucke zu beteiligen, und ließen die anderen gewähren. Die Pforte mußte wohl oder übel nachgeben, räumte der Insel Selbstregierung ein und gab sogar zu, daß der griechische Prinz Georg an die Spitze der Verwaltung gestellt werde. Die dem Sultan bleibende Souveränität war leere Form. So bröckelte wieder ein Stück des Osmanischen Reiches ab, doch brachte ihm der Krieg das Gute, daß die Balkanstaaten die Schlagkraft der türkischen Armee kennen lernten und den Sultan durch länger als ein Jahrzehnt in Ruhe ließen.

*

Österreichisch-russisches Einvernehmen von 1897

Diese Ereignisse, wie die in Mazedonien von Zeit zu Zeit sich einstellenden Unruhen würden unter anderen Umständen unter den Großmächten zu Streitigkeiten geführt und den europäischen Frieden gefährdet haben. Indessen waren Rußland und England mit größeren Unternehmungen beschäftigt, Italien durch die 1896 in Abessynien erlittene Niederlage von Adua entmutigt; Deutschland aber und Österreich-Ungarn wünschten nichts als die Erhaltung der bestehenden Gebietsgrenzen im nahen Orient.

Die von Lobanow der russischen Politik vorgezeichnete Linie wurde auch nach seinem Tode eingehalten. Dies zeigte sich unter anderem in der Reihenfolge und dem Zeremoniell der Antrittsbesuche, die Zar Nikolaus im Herbst 1896 den europäischen Staatsoberhäuptern machte. Zuerst fand er sich beim Kaiser von Österreich in Wien ein, hierauf bei Kaiser Wilhelm in Breslau. Dann erst kam der Präsident der Französischen Republik an die Reihe, jedoch fand die Begegnung unter Entfaltung besonderen Prunkes statt. Der darauf folgende Gegenbesuch des Präsidenten Faure in Peterhof 1897 rief in Frankreich einen wahren Freudentaumel hervor, besonders, als der Zar in seinem Trinkspruche von den zwei Nationen zum ersten Male als von Alliierten sprach. Der französischen Demokratie würde ruhigeres Selbstbewußtsein geziemt haben, sie war aber geschmeichelt und gehoben, als bei der Begegnung die Schranken zwischen Gottesgnadentum und Volkssouveränität zu fallen schienen.

Die Reisen des Zaren hatten nur dekorativen Charakter, hierauf aber kam es zu einer wichtigen Verabredung. Sie erfolgte gelegentlich des Gegenbesuches, den der Kaiser von Österreich in Begleitung seines Ministers des Äußern zwischen dem 27. und 29. April 1897 in Petersburg machte. Das Übereinkommen war von dem Fürsten Franz von Liechtenstein, 1894 bis 1898 österreichischem Botschafter am Zarenhofe, vorbereitet worden und wurde zu Petersburg von den Ministern Goluchowski und Murawiew in feste Form gebracht. Das war bis auf weiteres die Beendigung der zehnjährigen österreichisch-russischen Gegnerschaft auf dem Balkan, es war ein neuer Versuch des Ausgleiches

widerstreitender Interessen, ähnlich wie er unter Andrassy und dann von Kalnoky in Angriff genommen worden war. Durch die Anerkennung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien seitens der Mächte war im Südosten Europas ohnedies eine Ruhepause eingetreten, die nach dem Wunsche der zwei Kabinette fortdauern sollte. Die zwei Kaiser und ihre Minister vereinbarten, fürderhin auf dem Balkan nicht einseitig handeln zu wollen; sie verpflichteten sich, jede auftauchende Frage zu besprechen und nach erzieltem Einvernehmen gemeinsam vorzugehen. Das war nicht eine Teilung der Einflußgebiete, wie Bismarck sie immer empfohlen hatte, sondern, um einen etwas übertreibenden Ausdruck zu gebrauchen, ein gemeinsames Protektorat über die Staaten und Völker des Balkans.

Was Rußland mit diesem Abkommen bezweckte, war für niemand ein Rätsel: es hielt sich, während es in Ostasien vordrang, in Europa den Rücken frei. Österreich-Ungarn wieder war es zufrieden, nach den Aufregungen des Kampfes um Bulgarien zur Ruhe zu kommen; es mußte nicht mehr ununterbrochen auf der Wacht stehen. Gegen den Ausgleich mit Rußland ließ sich nichts einwenden, nur durfte dieser Macht nicht wieder die Tür zu ihren auf dem Balkan verlorenen Stellungen geöffnet werden. In Bulgarien war es, wie wir wissen, bereits geschehen, doch lag für Österreich-Ungarn ein Vorteil darin, daß Bulgariens Unabhängigkeit gesichert war. In Serbien standen die Dinge schlimmer. Dieses Land wendete sich seit der Thronentsagung König Milans, 1889, immer mehr von der Donaumonarchie ab. Als der Zar seine Hände segnend über den unseligen Ehebund hielt, den König Alexander 1900 mit Draga Maschin schloß, sah der letzte der Obrenowitsch in Rußland den Schützer und Helfer. Von Montenegro war nie etwas anderes zu erwarten gewesen; dazu aber kam 1896 die Heirat der Tochter der Schwarzen Berge, Helene, mit dem Kronprinzen Viktor Emanuel von Italien; seitdem konnte sich Fürst Nikolaus von Montenegro welchen Bundesgenossen immer gegen Österreich-Ungarn wählen. In Albanien endlich wich die Donaumonarchie, wie noch zu erzählen ist, vor Italien um einen starken Schritt zurück. Wie rasch hatten sich die Dinge doch seit den Tagen Andrassys und Kalnokys gewendet! Es war wie im Deutschen Reiche: hier zerrann ebenso das von einem größeren Vorgänger hinterlassene Erbe. Nur war es doppelt auffallend, daß Graf Goluchowski solches geschehen ließ, obwohl Rußlands Entwürfe in Ostasien ihm die Entfaltung einer

kräftigeren Politik auf dem Balkan gestattet hätten. Konnte er doch seinen Preis fordern, wenn er das Zarenreich im fernen Osten gewähren ließ.

Statt dessen kamen für Österreich-Ungarn Jahre der Enthaltsamkeit und des Stillstandes. Das aber bedeutete einen Rückschritt. Die Lenker der Monarchie glaubten sich durch die nationalen Wirren im Innern zur Zurückhaltung genötigt. War dies aber ein zureichender Grund? Hatte sich Fürst Felix Schwarzenberg, als er 1848 die Zügel ergriff, durch die Stürme der Revolution irremachen lassen? War Andrassy nicht in einer ähnlichen Lage, als er 1871 die Führung der äußeren Politik übernahm, in einem Zeitpunkte, da die Errichtung eines selbständigen böhmischen Staates auf der Tagesordnung stand? Es lag doch immer an der Persönlichkeit des leitenden Staatsmannes, ob er die Monarchie im Wettbewerb der Großmächte zur Geltung zu bringen verstand. Am Ende des 19. Jahrhunderts aber fehlte der ordnende Geist und die feste Hand, um das, was im Reiche gesund und kräftig war, aufzubieten gegen Zersetzung und Spaltung.

So blieb die günstige Lage im Orient ungenützt, Österreich-Ungarn schaltete sich freiwillig aus der Weltpolitik aus. Am Ende des 19. Jahrhunderts trat überhaupt eine durchgreifende Änderung des Verhältnisses der Großmächte zur Türkei ein. Während die Donaumonarchie sich Zurückhaltung auferlegte, rückte das Deutsche Reich in die vorderste Linie ein. Fühlbarer noch war für die Pforte die Selbstbescheidung Rußlands in den Balkanfragen, veranlaßt durch seine ausgreifende ostasiatische Politik. Hauptsache endlich war die beginnende und sich später steigernde Feindschaft Englands gegen das Osmanische Reich. Diese Erscheinung mit ihren tieferen Gründen wird uns noch öfter beschäftigen. Seit Ägypten den Briten gehörte, war ihnen Konstantinopel gleichgültig geworden. Die Türkei stand den Herrschaftsplänen Englands, die sich auf Arabien und Mesopotamien erstreckten, im Weg, so daß die Briten die Entdeckung machten, die Türkei sei ein Hindernis der Ausbreitung der Zivilisation. Hier lagen die Keime zu den größten Verwicklungen.

VII

Der britische Imperialismus in Südafrika, Ägypten und im Sudan

Zur selben Zeit, da Rußland mit allen Kräften nach dem östlichen Ozean strebte, gründeten die Briten in Afrika ein großes Reich, das Seitenstück des anderen, das sie seit mehr als einem Jahrhundert in Vorderindien beherrschten. Seitdem sich England nach langem, ungestörtem Genusse ausschließlicher Kolonialherrschaft wieder starken Nebenbuhlern gegenübersah, raffte es sich tatkräftig auf und holte das Versäumte mit raschen Schritten nach. Von Jahr zu Jahr ließ sich beobachten, wie der imperialistische Landhunger in England um sich griff.

*

Ministerium Salisbury-Chamberlain

Als sich die liberalen Unionisten 1885 von Gladstone trennten, weil sie die englische Herrschaft über Irland nicht aufgeben wollten und auch jenseits der Meere größere Kraftentfaltung notwendig fanden, galten die Getreuen Gladstones noch als Hüter der Anschauung, das britische Reich wäre eher zu groß und bedürfe keiner Ausdehnung. Aber auch in ihren Reihen erwachte der Weltehrgeiz. Lord Rosebery, Minister des Äußern in Gladstones viertem, 1892 gebildeten Kabinett, war Imperialist so gut wie Salisbury; unter ihm diente Sir Edward Grey als Unterstaatssekretär, der sich unter Roseberys Leitung in der imperialistischen Politik schulte. Nur entwickelte Rosebery weder als Minister des Äußern noch nach Gladstones Rücktritt (März 1895) als Haupt der Regierung die Kraft, die zur Lenkung des Reiches erforderlich war.

Es gab übrigens unter den Liberalen immer noch eine Schule

von Männern des Friedens, die den Übertreibungen der Jingos entgegentraten: es war der sich um Campbell-Bannerman scharende radikale Flügel, der mit der Arbeitergruppe gute Kameradschaft hielt. Als Rosebery 1896 die Führung der liberalen Partei niederlegte, war sie innerlich gespalten und die Wahl Sir William Harcourts zum Führer ein Notbehelf.

Dagegen schlossen sich die liberalen Unionisten immer fester mit den Konservativen zusammen und bildeten mit ihnen bei den Wahlen von 1895 einen festen Block, so daß sie gemeinsam die Mehrheit im Parlament gewannen. Lord Salisbury konnte im Juni des Jahres sein drittes Kabinett (1895 bis 1902) bilden, eine der stärksten Verwaltungen, die England je besessen hat[1]). Es erhielt sein Gepräge durch den Eintritt der liberalen Unionisten in die Regierung. Chamberlain, deren Führer, übernahm das Kolonialministerium, dem bisher geringere Bedeutung zukam, das aber unter seiner Leitung an Wichtigkeit neben das des Äußern trat.

Joe Chamberlain stammte von Presbyterianern ab, die in den Bürgerkriegen des 17. Jahrhunderts für ihren Glauben und ihre politische Überzeugung gekämpft und gelitten hatten. Er erwarb sich als Fabrikant ein ansehnliches Vermögen, dann trat er, den Überlieferungen seiner Familie treu, als Radikaler ins öffentliche Leben. Zum Bürgermeister von Birmingham gewählt, erwies er sich als Verwaltungstalent ersten Ranges, daneben als gewandter Organisator der Parteivereine, des radikalen „Kaukus". Aber seine Herrennatur streifte bald die Anschauung ab, daß, da politische Freiheit das höchste Gut sei, es überflüssig wäre, nach Erweiterung des Weltreiches zu streben. Er trennte sich von Gladstone, seinem früheren Vorbild, um die Feuerbahn des Imperialismus zu beschreiten. Als er ins Ministerium Salisbury trat, war seine Seele voll von Entwürfen zu Erwerbungen im Sudan und in Südafrika wie an den Küsten des chinesischen Reiches. Damit hielt der Imperialismus in aller Form seinen Einzug in die englische Regierung.

Kurz vor der Bildung des Ministeriums Salisbury-Chamberlain löste sich 1893 die Reichsbundliga (Imperial Federation League) auf, da sich herausstellte, daß sie sich zu weite, unerreichbare Ziele gesteckt hatte (Seite 84). Es ließ sich nun einmal das Imperial Council, also

[1]) Whates „The third Salisbury administration" (London 1900).

ein Reichsparlament mit Zuziehung der Kolonien, unter den damaligen Verhältnissen nicht schaffen, ebensowenig ein Reichszollbund, wie ihn die Kolonialkonferenz von Ottawa 1894 angeregt hatte. Dies alles behielt sich Chamberlain für eine spätere Zeit vor: seine große Agitation für den Zollverein Englands und der Kolonien beginnt erst ein Jahrzehnt nachher. Zunächst wurde von ihm und seinen Freunden der bescheidenere Versuch gemacht, im ganzen Reiche Einheit der Rechtsprechung herzustellen. Es gab dafür bereits Ansätze, denn in bestimmten Fällen waren von altersher zwei hohe Höfe in England das oberste Gericht auch für die Kolonien, das Haus der Lords und der Geheime Rat. In den letzteren wurden jetzt einige namhafte Juristen aus den Kolonien berufen. Es war auch beabsichtigt, die hervorragendsten Politiker der Kolonien zu Mitgliedern des englischen Oberhauses zu ernennen, doch unterblieb dies wegen staatsrechtlicher Bedenken.

Der Imperialismus leistete also auf dem Gebiete der Verfassung fast nichts; etwas mehr, wie noch zu erzählen sein wird, in der Zollpolitik; weltbedeutend dagegen wurde er durch die auf seinen Anstoß hin unternommenen Eroberungskriege. Die dritte Verwaltung Salisburys war von ihnen fast ganz ausgefüllt, wogegen während dieser Zeit die innere Reform völlig stillstand, in der Sozialpolitik sogar ein Rückschritt eintrat. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter mußten zurückstehen, die Gesetzgebung stockte, wogegen die liberale Partei kräftige Opposition erhob. Dafür erfuhr das Reich einen Zuwachs, unvergleichlich größer, als ihn die Kriege gegen den ersten Napoleon gebracht hatten.

*

Südafrika. Cecil Rhodes

Als die Briten während der napoleonischen Kriege das Kapland den Holländern entrissen, behaupteten nördlich davon die Buren ihre Freiheit, wenn auch unaufhörlich von den Engländern bedrängt. Das zähe und gottesfürchtige holländische Bauernvolk zog sich, ehe es die englische Herrschaft anerkannte, lieber tiefer in das Innere zurück. Seine zwei Republiken, der Oranjestaat und der Transvaalstaat, welch letzterer sich seit 1884 Südafrikanische Republik nannte, verteidigten sich wiederholt und zuletzt noch im Kriege von 1881 gegen ihre Dränger. Sie wür-

den ihre Unabhängigkeit wohl auch später behauptet haben, wenn ihr Land noch länger bloß Acker und Weide geblieben wäre. Ihr Unglück war, daß Südafrika die Fundstätte zuerst von Diamanten, später von Gold wurde. Im Jahre 1870 wurden bei Kimberley die reichsten Diamantenlager der Welt entdeckt. Die Schatzgräber gründeten eine selbständige Republik, mit der Absicht, sich später den Buren anzuschließen. Die englische Regierung wies jedoch die Kapkolonie an, sich das neue Gemeinwesen einzuverleiben. Anders stand es mit den 1886 aufgefundenen Goldfeldern an der Hügelkette Witwatersrand, da sie auf dem unbestritten zur Südafrikanischen Republik gehörenden Gebiete lagen, und diese hielt die Hand fest auf ihrem Eigentum. Die jährliche Goldausbeute im Rand betrug 1896 bereits nicht weniger als den sechsten Teil der Goldproduktion der ganzen Welt. Im Mittelpunkte entstand aus nichts die Stadt Johannesburg, die im genannten Jahre bereits 102 000 Einwohner zählte. Unter den Einwanderern waren alle Nationen vertreten, doch überwogen die Engländer. Im Transvaalstaat ließen sich die Buren nicht von der Staatsleitung abdrängen, an deren Spitze der Präsident Paul Krüger stand. Indessen war die Begehrlichkeit Albions nach dem Goldgebiet erwacht und seine Ansiedler in den Burenrepubliken strebten nach der Vereinigung mit dem Mutterlande.

Unter den britischen Einwanderern ragte Cecil Rhodes hervor. Im Jahre 1853 geboren, kam er schon mit 17 Jahren nach Südafrika, dessen Klima ihm, dem Brustkranken, von den Ärzten anempfohlen wurde. Er versuchte sein Glück in der Diamantenstadt Kimberley, wo er anfangs wie jeder andere mit Hacke und Schaufel in der „blauen Erde" schürfte. Diese mühsame Beschäftigung vertauschte er aber bald mit Spekulationen in Diamanten, Häusern und Bergwerken, wobei sein kaufmännisches Genie zur Geltung kam. Zur Ausbeutung der ertragreichen Debeers-Mine wurde eine Gesellschaft gebildet und Cecil Rhodes trat als Direktor an deren Spitze. Durch die Einführung der modernsten Maschinen und dank der organisatorischen Fähigkeiten des Leiters entwickelte sich das Unternehmen zum ersten Südafrikas, das eine Dividende von 100 Prozent zahlte. Rhodes galt als Wohltäter aller, die sich ihm anvertrauten, er selbst wurde einer der reichsten Männer des Landes. Er hatte jedoch an Barnato einen Konkurrenten; als sich aber die zwei glücklichen Spekulanten verbanden, beherrschten sie den Diamantenmarkt, die Preise vorschreibend.

Dann warfen sich Rhodes und Barnato auch auf die Ausbeutung der Goldfelder. Alle Unternehmungen glückten, jede von Rhodes gegründete Gesellschaft bereicherte die Gründer wie die Zeichner von Aktien. Geld floß ihm in Fülle zu, besonders als er Gesellschaften schuf, die Aktien zu einem Pfund ausgaben. Die kleinen Leute hatten felsenfestes Vertrauen zu ihm und er wurde auch der politisch einflußreichste Mann unter den Engländern Südafrikas. Denn Brite blieb er mit allen Fasern seines Herzens, ihn erfüllte der glühende Wunsch, seinem Vaterlande den schwarzen Erdteil zu unterwerfen. Man hat die Pfundaktie die Trägerin des britischen Imperialismus in Südafrika genannt, und Rhodes wurde der Ausspruch zugeschrieben: „Imperialismus ist gut, Imperialismus plus Dividende ist besser." So groß auch sein Durst nach Reichtum war, so ist er darin doch nicht aufgegangen, sondern war stets auch mit staatsmännischen und zivilisatorischen Ideen beschäftigt. Als er schon ein großer Spekulant war, reiste er zeitweilig nach England, nicht bloß um seine Geschäfte zu betreiben, sondern auch um in Oxford wissenschaftliche Vorlesungen zu hören.

Die Burenrepubliken standen seinen Entwürfen im Wege. Ihr altväterischer staatlicher Betrieb erschwerte ihm die Ausbeutung mancher geschäftlichen Möglichkeit, ihr Mißtrauen versagte ihm Einfluß auf die Regierung. Mitunter konnten Verbesserungen, die er zum allgemeinen Wohle vorschlug, nicht eingeführt werden. Es tat sich eine Kluft auf zwischen der streng gemessenen, tüchtigen, religiös veranlagten Bauernnatur und der fieberhaften Hast des modernen Spekulantentums.

Konnte nun England die Burenrepubliken auch nicht im Handumdrehen unterwerfen, so schnürte es sie wenigstens ganz vom Meere und von fremden Staaten ab. Schon 1842 hatte es ihnen Natal entrissen, womit der Zugang zum Indischen Ozean verlegt war. Als die Deutschen 1883 ihre südwestafrikanische Kolonie gründeten, machte Rhodes die englische Regierung aufmerksam, daß man die Buren nicht zu Nachbarn der Deutschen werden lassen dürfe: das dazwischenliegende Betschuanaland wurde deshalb von der Kapkolonie aus in Besitz genommen. Nur das eine konnte Großbritannien nicht hindern, daß die Buren über die Portugal gehörende Delagoabai den Indischen Ozean erreichen konnten, ohne einen englischen Hafen zu benutzen. Albions Versuche, sich der Delagoabai zu bemächtigen, scheiterten, da Deutschland und Frankreich eifersüchtig dazwischentraten.

Bloß gegen Norden zu, ins südafrikanische Binnenland, war den Buren noch Ausbreitung möglich. Dieses weite Tor stand ihren Siedelungen offen. Hier hausten Kaffernstämme, über welche Portugal eine Art Oberhoheit in Anspruch nahm. Das war aber eine kaum fühlbare Abhängigkeit, da Portugal nur an der Küste Niederlassungen besaß.

Auf diese weiten Gebiete, vom Transvaalstaat nach Norden, von Mozambique gegen Westen, warf Rhodes, dem schon so viel gelungen war, sein Augenmerk. Im Jahre 1889 gründete er eine Gesellschaft, die Britisch-Südafrikanische, der auch Mitglieder des hohen Adels und der Hochfinanz Englands beitraten. Diese Kreise ließen sich von Rhodes darüber belehren, welche Aussichten sich damit für Britannien eröffneten. In dem von der englischen Regierung gewährten Freibrief (Charter) wurden der Gesellschaft weite Räume zugesprochen, die jedoch nie zu England gehört hatten. Portugal erhob Einspruch und brachte sein Recht dadurch zur Geltung, daß es eine kleine Truppe, mit Serpa Pinto an der Spitze, ins Innere schickte, die einige Kaffernstämme zur Anerkennung der portugiesischen Hoheit verhielt. Großbritannien aber bezeichnete das als Eingriff in seine Rechte und drohte mit Krieg. Darauf schlug Portugal die Einsetzung eines Schiedsgerichts vor, eine für beide Seiten ehrenvolle Lösung. Das Ministerium Salisbury schickte jedoch am 12. Januar 1891 ein Ultimatum nach Lissabon, die sofortige Räumung des strittigen Gebietes fordernd. Das war selbst den Portugiesen zu viel, obwohl sie seit langem in einem Vasallenverhältnis zu England standen. In Lissabon wurde von der Menge die britische Fahne herabgerissen, Vereine bildeten sich zum Ausschluß aller englischen Waren, der König sandte der Königin Viktoria den ihm verliehenen Hosenbandorden zurück.

Dieser ohnmächtige Widerstand würde, wenn fortgesetzt, dazu geführt haben, daß Lissabon ebenso bombardiert worden wäre wie seinerzeit Kopenhagen und Alexandria. Das drohte so deutlich, daß Portugal sich zu dem schmählichen Vertrag vom 28. Mai 1891 verstehen mußte, in welchem nur sein Recht auf die Küste von Mozambique im Osten und von Angola im Westen anerkannt wurde, während es auf das gewaltige Gebiet im Innern des Erdteils verzichtete. Das war ein Land, so groß wie Deutschland, Frankreich und Österreich-Ungarn zusammengenommen. Die Britisch-Südafrikanische Gesellschaft schritt hierauf an die Besiedelung. Dagegen wehrten sich die Kaffern, deren Aufstand aber 1893 niedergeworfen wurde. Zwei Jahre darauf nahm die

Kolonie ihrem Gründer zu Ehren den Namen Rhodesia an. Sie schob sich mitten zwischen die Burenrepubliken und Deutsch-Ostafrika, beiden die Erweiterung sperrend. Mit dem Blick und dem Griff des Eroberers hatte Rhodes seinem Vaterlande einen gewaltigen Besitz gesichert. Die schläfrige portugiesische Verwaltung, wenn man überhaupt von einer solchen sprechen konnte, hatte alles auf sich beruhen lassen. Jetzt erst sproß Leben auf.

Unterdessen war Rhodes wieder eine Stufe höher gestiegen. In der Kapkolonie gewann seine Partei bei den Wahlen die Oberhand und er übernahm hier 1890 das Amt des Ministerpräsidenten. Rhodesia ließ er durch seinen Stellvertreter Jameson verwalten. Da er daneben Direktor der Debeers-Kompanie blieb, welcher in der Südafrikanischen Republik Bergwerke und Grundstücke in schwerer Menge gehörten, da ferner die englischen Einwanderer in den Burenstaaten zu ihm wie zu einem Halbgott aufblickten, so hatte er seine Hand in allen politischen und ökonomischen Geschäften Südafrikas. In dieser gewaltigen Stellung veranlaßte er zunächst den Bau einer Eisenbahn von Kapland nach Rhodesia. Diese ließ er aber nicht über die Burenstaaten führen, sondern um sie herum, ganz auf britischem Gebiete. Die nach ihm genannte Kolonie gewann durch diese Verbindung erst rechten Wert.

Er sann aber noch auf Größeres. Es kam die Zeit, da England von Ägypten her den Sudan zu erobern unternahm. Sofort bemächtigte er sich der Idee, die nach Rhodesia geführte Bahn nach Norden fortzusetzen, bis sie wieder britisches Gebiet erreichte. Zu der Ausführung ist es nicht gekommen, aber das von ihm gesteckte Ziel „Vom Nil bis zum Kap" befeuerte den Unternehmungsgeist der gleichzeitig vom Süden und vom Norden her vordringenden Briten. War auch die Anlegung eines Schienenstranges noch lange nicht möglich, so schritt Rhodes doch sofort an die Herstellung einer telegraphischen Verbindung nach Norden. Auf eigene Kosten ließ er eine Telegraphenlinie von Rhodesia nach Uganda ziehen, der Landschaft, auf die Deutschland im Helgolandvertrag 1890 verzichtet hatte.

Nach all dem waren die Burenrepubliken rings von England umstellt und umklammert, auch der Ausgang zur Delagoabai konnte leicht abgeschnitten werden. Rhodes, der immer mit Chamberlain zusammenarbeitete, hegte die Absicht, zuletzt auch die Buren zu überwältigen und ihr Land dem britischen Reiche einzuverleiben. Im Winter nach dem Eintritt Salisburys und Chamberlains ins Amt hielt er

die Zeit zum entscheidenden Schlage gekommen. Er unterschätzte jedoch die Widerstandskraft des tapferen kleinen Volkes. Wie der von ihm veranlaßte Raubzug mißlang und welche Verwicklungen dadurch herbeigeführt wurden, gehört in einen anderen Abschnitt unserer Darstellung.

*

Ägypten unter englischer Herrschaft

Die Leistungen der Engländer in Ägypten sind an sich hervorragend, wenn auch die Lobsprüche, die sie sich selbst erteilen, die Wahrheit überfliegen und zum Widerspruche herausfordern. Lord Cromer, durch den England 24 Jahre lang in Ägypten herrschte, hielt sich, wie er selbst sagte, an den von König Wilhelm III. von England befolgten Grundsatz weiser Sparsamkeit im Handeln: nur dort habe er eingegriffen, wo es unumgänglich notwendig war. Nach wie vor wurde der Padischah als Oberherr anerkannt und bezog einen Tribut von 682 000 Pfund. Der Khediv blieb auf seinem Platze und ernannte die Minister; doch besaßen diese Würdenträger nur einen Schatten der Macht, da jedem von ihnen wie ihren höheren Beamten ein Engländer als Berater (adviser) zur Seite gesetzt war. Wer dem Rate nicht folgte, wurde abgesetzt. Die ägyptischen Beamten waren oft Männer, die europäische Bildung mit orientalischer Geschmeidigkeit verbanden; der gewandteste von ihnen, Ministerpräsident Nubar Pascha, ein Armenier, kennzeichnete das Verhältnis zu den Briten folgendermaßen: „Der Engländer ist sehr naiv, aber wenn man ihn getäuscht zu haben glaubt, dreht er sich ganz plötzlich um und versetzt einem irgendwo immer einen fürchterlichen Fußtritt." Das bekam auch nach dem Tode des Khedivs Tewfik Pascha (1892) sein Sohn und Nachfolger Abbas II. zu fühlen. Als der junge Mann den Versuch machte, den Herren des Landes gegenüber seine Unabhängigkeit hervorzukehren, wurde ihm bedeutet, er habe sich zu fügen oder seiner Absetzung gewärtig zu sein. Bis zu Beginn des Weltkrieges ließ er alles über sich ergehen, dann traf ihn das angedrohte Schicksal.

Die Engländer beherrschten Ägypten durch die Armee, die im Lande ausgehoben und von englischen Generalen und Offizieren — die

einheimischen Offiziere sind nicht zahlreich — befehligt wird. Es ist eine leere Form, daß der Generalissimus, der den Titel Sirdar führt, vom Khediv ernannt wird. Die ganze Armee wie alle Beamten werden aus ägyptischen Steuergeldern erhalten: die Engländer verstehen zu herrschen, aber auch zu rechnen.

Der stärkste Erfolg des englischen Regiments war die vollständige Ordnung der Staatsfinanzen. Die Verwaltung knüpfte an das Werk der englisch-französischen Zweiherrschaft an, der es durch den ärgsten Steuerdruck gelungen war, den Staatshaushalt ins gleiche zu bringen (S. 44). Doch kamen noch schwere Jahre, da dem Lande die Kosten des Krieges von 1882, durch den es seine Selbständigkeit verloren hatte, auferlegt wurden. Mehr als einmal drohte Stockung der Zahlungen. Die Steuern blieben drückend, daneben schritt man, wie schon 1876 und 1880, zur Herabsetzung der übertrieben hohen Schuldzinsen. Das war dem Khediv Ismail Pascha, wie oben erzählt wurde, aus Rücksicht für die Gläubiger verwehrt worden; die englische Herrschaft setzte sich über dieses Bedenken hinweg. Eine andere Finanzmaßregel war die Erhöhung des Zolles auf Tabak, was bedeutende Einnahmen lieferte, besonders, seitdem der Tabakbau im Lande verboten wurde. Wenn man in Europa sogenannte ägyptische Zigaretten raucht, so ist das eine Täuschung. Den Finanzen zuliebe wurde dieser Zweig des Ackerbaues mit Stumpf und Stil ausgerottet. — Diese und andere Maßregeln führten zum Ziele. Der Fehlbetrag sank und von 1889 an stellten sich sogar Überschüsse ein. An diesem Werke hatte der Österreicher Julius Blum Pascha namhaften Anteil, der 1882 bis 1889 ägyptischer Finanzsekretär war; ihm folgte im Amte Alfred Milner, der die größte Arbeit getan fand und deren Früchte genoß. Die Schuldenkasse mit den ihr zugewiesenen Steuern und Zöllen war immer von den eigentlichen Staatskassen getrennt. Die Überschüsse der ersteren blieben zur Hälfte zur Verfügung der Gläubiger, zur Hälfte kamen sie der Verbesserung der Landeskultur zugute. Von 1889 an befand sich der öffentliche Haushalt in völliger Ordnung.

Der oberste Leiter der Geschicke des Landes war der jeweilige britische Generalkonsul, von 1883 bis 1907 Sir Evelyn Baring, der 1892 den Titel Lord Cromer erhielt. Er entstammte einer angesehenen Bankiersfamilie, war früher in Indien tätig gewesen und lernte Ägypten als Kommissär der Staatsschuldenkasse kennen, als welcher er die drückende Finanzverwaltung einrichten half. In dem Werke „Das

heutige Ägypten“ gab er nach seinem Rücktritte einen ausführlichen Bericht über die Begründung und Führung des englischen Regiments[1]). Das ist eine anziehende Schilderung der Taten und Ziele einer Herrschernatur, ein Lehrbuch, wie die Engländer ihre Kolonien in Ordnung zu halten verstehen. Als historische Quelle ist das Werk jedoch nur mit Vorsicht zu benutzen, etwa wie die Kommentarien Cäsars oder die Diktate Napoleons auf St. Helena. Seite auf Seite wird ausgeführt, daß England ganz gegen seine Absicht zur Besitzergreifung Ägyptens gedrängt, dann, daß es bei der Beherrschung des Landes ausschließlich von der edlen Absicht geleitet wurde, das bis dahin schwer gedrückte Volk zu beglücken. Zu diesem Behufe werden die Tatsachen willkürlich verschoben, nach Bedarf auch das Allerwichtigste verschwiegen: so bei der Beschießung Alexandriens die Erklärung des französischen Admirals Conrad, daß diese Maßregel nicht notwendig war, weil die englische Flotte durch die ägyptischen Batterien nicht gefährdet werden konnte. Cromer aber will die Täuschung hervorrufen, die Engländer wären zum Bombardement um ihrer Sicherheit willen genötigt gewesen.

In dem Buche Lord Cromers werden Vizekönig Ismail und mit ihm Arabi Pascha in den schwärzesten Farben als Urheber des über Ägypten heraufbeschworenen Unglücks geschildert: diese Abschnitte des Buches sind ganz irreführend. Alles vor der englischen Herrschaft Bestandene war nach Cromer faul und schlecht, bis er nach Ägypten kam und das Land rettete. Die Darlegung beginnt (Band I, Seite 11) mit einem der historischen Wahrheit versetzten Faustschlag. Cromer spricht von der durch Ismail Pascha aufgehäuften, mehr als 90 Millionen Pfund betragenden Staatsschuld und behauptet: „Soweit praktische Zwecke in Betracht kommen, kann man sagen, daß das ganze erborgte Geld, außer 16 Millionen Pfund für den Suezkanal, v e r g e u d e t wurde.“ Er beruft sich dabei auf Stephen Cave, der aber an der von Cromer angeführten Stelle etwas ganz anderes sagt, nämlich, daß in der Schuldsumme von 90 Millionen Pfund nicht bloß die Kosten des Suezkanals, sondern auch die Ausgaben für andere „Arbeiten von fraglosem Nutzen“ enthalten waren. Daß Cromer die unter Ismail Pascha erbauten Eisenbahnen, Kanäle und sonstigen Anlagen vergessen haben sollte, ist ausgeschlossen; er will aber die englische Herrschaft in vollem Glanze erscheinen lassen. Indessen hätte es dieses und anderer Kunst-

[1]) „Das heutige Ägypten“ von Earl of Cromer. Deutsche Übersetzung (Leipzig 1908).

griffe nicht bedurft, um seine dem Lande wohltätige Verwaltung ins Licht zu rücken.

Die Wahrheit ist, daß die englische Verwaltung vielfach eine Fortsetzung der Mehemed Alis war, daß die heutigen politischen Einrichtungen, besonders das Heer- und Gerichtswesen, schon unter den Vizekönigen bestanden. Doch brachten dann die Briten strenge Ordnung, wirklichen Rechtsschutz und eine redliche Finanzverwaltung ins Land, so daß erst unter ihnen die Früchte der früheren und ihrer eigenen Wohlfahrtsanlagen reiften. Unter diesen sind besonders die Bewässerungsbauten zu erwähnen, in erster Linie der Damm von Assuan beim Eintritt des Nils in Ägypten: durch ihn wird das Nilwasser gestaut und aufgespeichert, worauf es sich nach Bedarf in die Abzugskanäle entleert, so daß die Befruchtung des Bodens genau geregelt ist. Doch wurde der Damm technisch ungeschickt gebaut, so daß die Geldvergeudung nicht geringer war als unter dem Khedive Ismail. Der Damm kostete sieben Millionen Pfund, worüber der berühmte englische Ingenieur Sir William Willcocks, der spätere Leiter der ägyptischen Wasserbauten, bemerkt: „Würde man den ursprünglichen Plan ausgeführt haben, so hätte der Damm die Fähigkeit gehabt, zwei Milliarden Kubikmeter zu stauen und hätte weniger als eine Million gekostet... Die schreckliche Verschwendung der Staatsgelder bildet den Gegenstand des Hohnes aller unabhängigen Ingenieure in Ägypten, die die Einzelheiten der Geschichte und des Baues des Assuandammes kennen"[1]. Indessen machte sich das Werk trotz seiner hohen Kosten bezahlt und ist ein Segen für das Land. Durch die neuen Bauten hob sich das Erträgnis des Bodens wie auch die Fläche des unter den Pflug genommenen Landes. Es ist zwar eine Übertreibung Cromers, daß Ägypten unter ihm größere Fortschritte gemacht habe als irgendein anderes Land zur selben Zeit, da doch die Entwicklung Deutschlands und der Vereinigten Staaten danebenzuhalten ist — gewiß aber ist der Wohlstand außerordentlich gestiegen.

Die wirtschaftliche Revolution im Lande wurde aber weniger durch die Verwaltung als durch den Übergang zum Anbau von Baumwolle hervorgerufen, was unter Mohammed Ali eingeleitet worden war. Das

[1] Die Zitate wie die Schilderung der ökonomischen Zustände Ägyptens sind der Schrift Theodor Rothsteins „Die Engländer in Ägypten" (Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 10 vom 14. Juli 1911) entnommen, einem Auszuge seines Buches „Egypt's Ruin" (London 1910).

fruchtbare Schwemmland wie die reiche und regelmäßige Bewässerung begünstigten die Anlage von Baumwollpflanzungen. Der Fellach baute früher Getreide zunächst für seinen eigenen Bedarf, der übrige Ertrag ging auf Steuern auf. Jetzt pflanzt er Baumwolle, die ins Ausland verkauft wird. Das zur Ernährung der Bevölkerung notwendige Getreide wird zum großen Teil eingeführt. Dazu kommt, daß auf Betreiben Englands die Herstellung von Ganz- und Halbfabrikaten in Ägypten mit hohen Steuern belegt ist; die Baumwolle kann also nicht in Ägypten verarbeitet, sondern muß nach Großbritannien gesendet werden. Dieses liefert dafür Baumwollstoffe und beutet so das Land aus.

Ägypten ist im Zuge dieser Entwicklung von der Natural- zur Geldwirtschaft übergegangen. Die Folge davon war die Ersetzung des Frondienstes durch bezahlte Arbeit, die sich billiger stellt als die erzwungene. Damit ging auch das Prügeln mit der Nilpferdpeitsche, dem Kurbatsch, zurück, die aber noch bei Gericht zur Erpressung von Geständnissen benutzt werden durfte. Der wirtschaftliche Prozeß ist derselbe, der sich in allen europäischen Staaten beim Übergang zur Geldwirtschaft einstellte, die Engländer aber und Cromer rechnen sich den Fortschritt als ihr Verdienst zu. Im allgemeinen ist die Lage des ägyptischen Bauers besser geworden, seine Bedürfnisse sind gestiegen; er ist aber ein Lasttier geblieben wie unter allen Regierungen seit den Pharaonen; die oberen und mittleren Schichten der Gesellschaft schöpfen den Rahm ab. Der Fellach befindet sich vielfach in den Händen von Wucherern, so daß, wie die „Times“ am 7. Dezember 1910 aus Kairo berichtete, im Jahre 1909 die Landwirtschaftliche Bank die zwangsweise Versteigerung der Grundstücke von 40 000 Schuldnern durchführte. Zwei Jahre vorher schilderte der Oheim des Khediv, Prinz Hussein Kamel Pascha, die Lage des Bauers in folgender Weise: „Er verbringt sein ganzes Leben unter der drückenden Last seiner Schulden, und sein Verdienst reicht gerade aus, um die Steuern und seine Schuldzinsen zu bezahlen... Niemand reicht ihm die Hand, um ihm aus dem Elend und der Not, worin er sich befindet, herauszuhelfen. Niemand tut irgend etwas, um seine Lage zu verbessern oder ihm etwas geistige Aufklärung und Bildung zu verschaffen.“ So schrieb der Prinz, dem die Engländer etwas später, nach der Absetzung Abbas II. 1914, zu dessen Stellvertreter ernannt haben, der also gewiß kein Britenfeind gewesen ist. Demgegenüber hält die Selbstgefälligkeit der Schilderungen Cromers nicht Stich.

Übrigens muß Cromer selbst gestehen, daß die britische Herrschaft in allen Schichten des Volkes, bei allen Konfessionen und Nationalitäten verhaßt ist. Er sieht darin eine unverzeihliche Undankbarkeit. Aber sein eigenes Buch rechtfertigt die Abneigung der Einwohner durch den Hochmut, mit dem er auf alle Volkselemente, auf Mohammedaner und Christen, auf Araber, Griechen und Armenier herabblickt. Ihm zufolge sind die Ägypter wie überhaupt alle Mohammedaner unfähig zur Selbstregierung: ohne die britische Herrschaft, so behauptet er, würde das Land in Barbarei und Anarchie zurücksinken. Unter diesem Vorwand verweigern die Engländer den Ägyptern die Autonomie. Auch wird im Nilland nur die wirtschaftliche Kultur gepflegt, das Schulwesen ist vernachlässigt. In Bosnien, wo Gleichberechtigung der Konfessionen herrscht und die Mohammedaner in der Verwaltung des Landes wie der Gemeinden tätig sind, zeigt sich kein Unterschied zwischen den politischen Fähigkeiten der Bekenner des Islams und des Christentums. Wie Lord Cromer, so haben sämtliche Alleinherrscher, die despotischen sowohl wie die Träger des aufgeklärten Absolutismus, den Völkern die Fähigkeit abgesprochen, sich selbst zu regieren.

In bezug auf den Sudan war Baring-Cromer der Ansicht, es eile nicht mit dessen Wiedereroberung, man könnte vielleicht noch zwei oder drei Jahrzehnte warten, bis die im Reiche der Derwische begonnene Zersetzung weiter fortgeschritten wäre. Im Jahre 1889 versuchten diese tapferen und fanatischen Feinde einen Einfall in Ägypten; aber Negumi, ihr religiös begeisterter Feldherr, den der Kalif zur Eroberung aussandte, wurde bei Wadi Halfa geschlagen; und seitdem wagten sie keinen Angriff mehr. Früher als Cromer angenommen hatte, entschloß sich die englische Regierung zu dem Kriegszuge nach dem Sudan. Fern von der Heimat weilend wußte er nicht, daß sich hier ein völliger Umschwung des öffentlichen Geistes vollzogen hatte. Bis dahin, so berichtet er, wehte eine Brise der Vorsicht, dann flutete die große Welle des Imperialismus über England.

★

Niederlage der Italiener bei Adua 1896

Die Briten hatten es aber nicht bloß auf den Sudan abgesehen, ihr Appetit wurde auch durch Abessynien gereizt. Hier gingen sie Hand in Hand mit Italien vor, das mit Abessynien seit einigen Jahren im Kriege lag. Die englisch-italienische Einigung hatte eine Vorgeschichte, auf die zurückgegriffen werden muß.

Die Hafenstadt Massaua wurde 1885 von den Italienern besetzt und von hier strebten sie in das Innere, ins Bergland des christlichen Abessynien. Gleich der erste Waffengang verlief für sie unglücklich. Am 26. Januar 1887 wurde eine ihrer Abteilungen bei Dogali aufgerieben; sie konnten von Glück sagen, daß sie sich darauf in einer befestigten Stellung gegen den Stoß des Feindes halten konnten. Johannes, der Herrscher (Negus) Abessyniens, wollte sodann selbst mit einer größeren Streitmacht gegen sie zu Felde ziehen, als er 1889 im Kampfe gegen die Derwische den Tod fand. Sein Nachfolger, Menelik II., hatte zunächst im eigenen Lande zu tun, da einige Landschaften ihn nicht als Negus anerkannten. Er zog es also vor, sich mit Italien zu vergleichen, und schloß 1889 mit ihnen den Frieden von Utschalli, ihnen die Provinz Tigre abtretend. Der Vertrag enthielt eine Bestimmung, die bald darauf Anlaß zu schweren Verwicklungen gab. In der abessynischen Fassung des Dokumentes war gesagt, Menelik könne sich fortan im Verkehr mit den europäischen Mächten durch Italien vertreten lassen, eine an sich harmlose Erklärung, zu welcher der italienische Unterhändler Graf Antonelli den Negus bestimmte. Der italienische Text des Vertrages lautete anders: es hieß darin, Abessynien werde sich Europa gegenüber der Vermittlung Italiens bedienen. Daraus folgerte das römische Kabinett, der Negus hätte das Protektorat Italiens anerkannt. Menelik protestierte sofort gegen diese Deutung und erklärte, Antonelli habe ihn getäuscht: es wäre ihm nicht eingefallen, auf die Unabhängigkeit Abessyniens zu verzichten. Es ist auch keine Frage, daß die Sache sich so verhielt und daß es auf die Übervorteilung des Negus abgesehen war.

Italien fand an England Unterstützung. Seit 1887 bestand zwischen den zwei Staaten eine Abmachung über gegenseitige Hilfeleistung im Mittelländischen Meere, die gegen Frankreich gerichtet war (Seite 100);

jetzt verbanden sie sich zur Teilung Abessyniens. In einem Geheimvertrage — man nennt als Datum den 5. Mai 1894 — wurde abgemacht, daß die Italiener das abessynische Bergland als ihr Einflußgebiet behandeln könnten, die Briten wieder die Talgegenden des Blauen Nils. Die harmlose Form verbarg nur oberflächlich die Absicht der Erwürgung des abessynischen Staates. Damals war Crispi in Italien Ministerpräsident, in England Lord Rosebery, und dieser scheute vor der Niederwerfung eines freien, noch dazu christlichen Volkes ebensowenig zurück wie Salisbury später vor der Knechtung der Buren. Es lag in der Absicht der Engländer, sich des ganzen gewaltigen Nilgebietes zu bemächtigen: den Derwischen sollte die Talweite des Weißen Nils, den Abessyniern die des Blauen Nils entrissen werden.

Italien schlug zuerst los. Seine Truppen wandten sich gegen die Derwische und besetzten 1894 Kassala. Im selben Jahre fielen sie auch in Abessynien ein, um Tigre zurückzuerobern, welche Landschaft sich gegen sie erhoben hatte. Solange sie es nur mit dem Statthalter der Provinz zu tun hatten, ging alles nach Wunsch, die Feinde wurden 1895 bei Coatit und Senafe zurückgeworfen. Dann aber rückte der Negus selbst mit der Hauptmacht ins Feld. Zuerst erlitt die Vorhut der Italiener (1050 Mann unter Major Toselli) am 7. Dezember 1895 bei Amba-Aladschi eine Niederlage, bei der sie fast aufgerieben ward. Hierauf wurde Major Galliano mit 1500 Mann bei Makalle eingeschlossen und mußte die Stadt gegen freien Abzug der Besatzung übergeben. Das war aber nur der Anfang. Als die Abessynier den Entscheidungskampf suchten, besorgte der italienische Oberbefehlshaber General Baratieri das Schlimmste und wich dem Kampf aus. Crispi aber, die Seele der Eroberungpolitik, wurde bei seinem feurigen Temperamente ungeduldig; seine Telegramme an Baratieri bewiesen, daß dessen Absetzung beschlossen war, wenn er nicht einen Sieg erfocht. So schritt der General am 1. März 1896 bei Adua zum Angriff, wurde aber vollständig geschlagen. Etwa 1800 Gefangene, darunter zwei Generale, fielen den Siegern in die Hände, ebenso 50 Geschütze. Auf der Flucht schickte Baratieri eine Depesche nach Rom, in welcher er der schlechten Haltung der Truppen die Schuld an der Niederlage beimaß. „Obwohl das feindliche Feuer", so hieß es darin, „wenig wirksam und die eigenen Stellungen gut waren, genügte das Erscheinen kleinerer Gruppen in den Flanken, um eine allgemeine Panik hervorzurufen. Die Soldaten, wie verrückt, warfen die Waffen weg

und gaben jeden Widerstand auf, in der Hoffnung, daß sie, wenn ohne Waffe gefangengenommen, nicht entmannt würden.“ Baratieri, Welschtiroler von Geburt, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und nahm, da dieser Bericht allgemeine Entrüstung gegen ihn erregte und seine Lage verschlimmerte, seine Beschuldigungen zurück; er stellte den Truppen hinterher sogar das beste Zeugnis aus. Das Kriegsgericht drückte scharfen Tadel über seine Kriegführung aus, sprach ihn jedoch frei. Die Niederlage hatte aber auch den Sturz Crispis zur Folge. Parlament und Volk waren der großen Opfer an Menschen und Geld müde und wollten nichts von der Fortsetzung des Krieges hören. Noch einmal wandte sich Crispi in einem leidenschaftlichen Schreiben an König Humbert mit der Aufforderung, den Krieg fortzusetzen; doch diese Beschwörung war vergeblich. Das besiegte italienische Heer wurde von General Baldissera ohne weitere Verluste an die Küste zurückgeführt, der Negus wieder erklärte sich nach Befreiung seines Landes zu Unterhandlungen bereit. Diese führten am 20. Oktober 1896 zum Frieden von Addis-Abeba. Italien mußte auf das von ihm beanspruchte Protektorat verzichten, behauptete aber die Küste mit Massaua. Nach dieser den Italienern erteilten Lektion wurde Abessynien auch von Großbritannien nicht weiter behelligt, welches am Raube teilgenommen hätte, wenn er dem Genossen geglückt wäre.

*

Eroberung des Sudan durch die Engländer

Dagegen wandten sich die Briten dem Kampfe mit den Derwischen zu. In deren Reiche waren innere Kriege ausgebrochen, auch die Cholera und der Sklavenhandel entvölkerten das Land, aber der Fanatismus der Anhänger des toten Mahdi war nicht gebrochen. Doch lagen die Schwierigkeiten eines Feldzuges gegen sie nicht auf militärischem Gebiete, da die undisziplinierten und schlecht bewaffneten Scharen einem europäisch geschulten Heere nicht gewachsen waren; aber das Klima, dann die großen Entfernungen, die Verpflegung erforderten die größten Anstrengungen. Für den Marsch durch Wüsten oder unwegsame Gegenden mußte auf Monate hinaus Vorsorge getroffen wer-

den. Der Oberbefehlshaber in diesem Kriege mußte mehr Organisator als Feldherr sein. Das eben war bei Sir Horatio Herbert Kitchener der Fall, der, 1850 geboren, von 1882 an in Ägypten diente und seit 1892 an der Spitze des anglo-ägyptischen Heeres stand. Die im Lande ausgehobenen Truppen waren von englischen Offizieren tüchtig gedrillt, so daß sie nicht mehr das wegwerfende Urteil Kitcheners verdienten: „Der ägyptische Soldat ist der beste der Welt, wenn er nur nicht immer davonliefe!" Er führte strenge Zucht ein, war deshalb und wegen seiner Wortkargheit nicht beliebt, doch sorgte er trefflich für das materielle Wohlsein seiner Truppen; sein Verwaltungstalent brachte es dabei aber auch zuwege, daß er dem Staate größere Ausgaben ersparte.

Durch Jahre bereitete er alles zum Zuge gegen den Sudan vor, bei dem er streng methodisch vorging, damit kein Rückschlag eintrete. Jedesmal richteten sich die Eroberer nach Unterwerfung einer Landschaft häuslich ein, bauten Feldeisenbahnen, dann erst rückten sie wieder vor. So bedurfte es vier Jahre (1896 bis 1899) zum vollständigen Siege. Im ersten und zweiten Feldzuge gab es keinen besonderen militärischen Widerstand. Beim Einmarsche zeigten sich unweit Firket am 6. Juni 1896 vorgeschobene Abteilungen des Kalifen, wurden aber ohne Mühe zersprengt. Dann begannen furchtbare Strapazen, Gluthitze und Sandstürme, auch die Cholera forderte zahlreiche Opfer. Am 23. September 1896 wurde endlich Dongola erreicht und besetzt. Ebenso bedächtig ging es im zweiten Kriegsjahre vorwärts, in dem am 31. August 1897 Berber in Besitz genommen wurde. Die Mahdisten hatten gehofft, die Wüsten würden das Innere ihres Reiches gegen den Feind schützen, und hielten sich erst vor Chartum, der Hauptstadt, zum Kampfe bereit. Für diese Entscheidung, das erkannte Kitchener, reichten seine ägyptischen Soldaten nicht aus, er verlangte deshalb den Zuzug eines britischen Korps, was ihm auch bewilligt wurde. Mit 23000 Mann, darunter einem Drittel englischer Truppen, drang er 1898 endlich gegen das Herz des Reiches vor. Generalstabschef Kitcheners war der Österreicher Rudolf Slatin, der, wie wir wissen (Seite 54), früher im Namen des Khediv die Provinz Darfur verwaltet hatte, dann von den Derwischen gefangengenommen war; er aber hatte sich glücklich befreit und stand jetzt Kitchener zur Seite. Am 2. September 1898 stellten sich die Derwische unter Osman Digma zur Schlacht, die vor den Mauern von Omdurman am Nil, gegenüber

von Chartum, geliefert wurde. Der Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein. Denn die Sudanesen, deren Zahl von den Briten allzu hoch auf 60—70 000 Mann geschätzt wurde, waren nur zum kleinen Teile mit Gewehren ausgerüstet, sie stürzten sich, bloß mit Lanzen bewaffnet, auf den sie ruhig erwartenden Feind. Der Korrespondent der „Daily Mail" schildert, mit welcher Todesverachtung die Derwische die Angriffe wiederholten. „Eine schwärzliche Linie erhob sich und stürmte vorwärts: sie beugte sich, brach auseinander, fiel zur Seite und verschwand. Ehe der Rauch sich verzogen hatte, beugte sich wieder eine Linie und stürmte vorwärts auf derselben Spur." Die Sieger nutzten ihren Sieg erbarmungslos aus, viele Tausende von Halbbewaffneten und Wehrlosen wurden von ihnen niedergemacht; 12 000 Mann sollen getötet, 16 000 verwundet worden sein. Am 4. September zogen die Engländer in Chartum ein und schändeten ihren Sieg durch den Befehl, den Leichnam des 1885 gestorbenen Mahdi aus dem Sarge zu reißen, den Kopf abzuschlagen und die Glieder einzeln in den Nil zu werfen: die Derwische sollten sehen, daß ihr Prophet ohnmächtig sei. Im englischen Heere befand sich als Freiwilliger der junge Winston Churchill, der in der „Morning Post" seinen Landsleuten diese und andere Brutalitäten der englischen Kriegführung schilderte[1]). Königin Viktoria war über die Behandlung des Leichnams des Mahdi entsetzt, aber man gab ihr die sonderbare Erklärung, schließlich seien doch auch die Gräber der Pharaonen von den Europäern geöffnet und ihre Körper daraus entnommen worden: ob einige Jahrtausende früher oder später, sei kein grundsätzlicher Unterschied.

Kitchener hatte noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Während seines Vormarsches war der französische Hauptmann Marchand mit einer Handvoll Begleiter vom Kongo aufgebrochen, hatte den oberen Nil erreicht und die Landschaft Bahr-el-Ghasal für Frankreich in Besitz genommen. Kitchener eilte sofort nach Faschoda, wo Marchand lagerte — doch davon später. Dann kehrte er nach England zurück. Hier wurde er mit hohen Ehren aufgenommen und zum Lord erhoben. Barbarische Taten, wie er sie sich zuschulden kommen ließ, würden, wenn von einem nichtbritischen General begangen, in England einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben. Kitcheners Nachfolger im Kommando, Sir Reginald Wingate, verfolgte die Derwische, erreichte

[1]) Winston Churchill, „The river war" (London 1899).

ihr letztes Heer am 24. November 1899 und sprengte es vollständig auseinander; hierbei fand der Kalif mit vielen Emiren den Tod. Als Osman Digma im Jahre darauf von den Engländern gefangengenommen wurde, war der Krieg zu Ende.

Nun ging es an die Organisation der eroberten Gebiete, wobei Lord Cromer in erster Linie tätig war. Der Sudan war im Namen des Vizekönigs von Ägypten und für ihn zurückerobert worden; zwei Drittel der Truppen und die ganzen Kriegskosten fielen Ägypten zur Last; aber die Engländer dachten nicht daran, die Früchte des Sieges mit anderen zu teilen. Der Padischah, obwohl vertragsmäßig der Oberherr Ägyptens und damit auch des Sudans, wurde ganz zur Seite geschoben, der Khediv ging beinahe leer aus. Nach dem der ägyptischen Regierung vom 19. Januar 1899 aufgedrungenen Vertrage kam der Sudan unter die gemeinsame Hoheit der britischen Krone und des Vizekönigs; tatsächlich aber gebietet Großbritannien allein über die weiten Landstriche. Der Generalgouverneur wird von England bestimmt, während der Khediv nur die formelle Ernennung vornimmt. Der Sudan ist in Provinzen geteilt, an deren Spitze englische Offiziere stehen. Es ist nur eine Form, daß überall neben der englischen auch die ägyptische Fahne weht. Unter dem britischen Generalgouverneur, der die militärische und die Zivilgewalt in sich vereinigte, stand als Seele der Verwaltung der Generalinspektor, und dieses Amt wurde Slatin übertragen, den der Khediv zum Pascha erhob. Slatin bewährte sich hierbei ebenso trefflich wie seinerzeit als Statthalter Darfurs; aber die hohen Ehren im englischen Dienste hielten ihn nicht ab, sofort beim Ausbruche des Weltkrieges Afrika zu verlassen und nach Wien zurückzukehren, um seine Dienste seiner österreichischen Heimat zu widmen.

Das britische Reich in Nordostafrika ist durch das Schwert erworben und wurde unter fortgesetzter Verletzung der Verträge festgehalten. Ägypten blieb wohl formell ein Bestandteil der Türkei, der Sultan aber hat niemals seine Zustimmung zur englischen Okkupation des Landes gegeben, wenn er auch nicht wagte Protest zu erheben. Der von England mit dem Khediv geschlossene Vertrag war vollends eine Beeinträchtigung des Sultans. Denn der Vizekönig besaß kein Recht zum Abschluß und konnte den Engländern nicht die Souveränität einräumen, die er selbst nicht besaß. Er war Vasall des Sultans: der Ferman, durch den Abbas II. 1892 zum Vizekönig eingesetzt wurde, sagt ausdrücklich, daß er Verträge nur in Handels- und Verwaltungs-

sachen abschließen darf, während die Ordnung der rein politischen Angelegenheiten durch den Sultan erfolgen soll. Über all das setzte sich Großbritannien hinweg. Es hatte vom Sultan nichts zu befürchten, von den Großmächten nur dann, wenn sie einig waren. Es war das wichtigste Problem der britischen Staatskunst, eine solche Koalition zu verhindern und mit der einen Hälfte Europas die andere in Schach zu halten.

VIII
Deutschland, England und Frankreich bis 1896

VIII. Deutschland, England und Frankreich bis 1896

Französisch-englische Kolonialstreitigkeiten

Die Ausbreitung der englischen Macht in Ost- und in Südafrika konnte so gewaltig nur vor sich gehen, weil Deutschland durch die unter Caprivi mit Britannien geschlossenen Verträge freiwillig in die zweite Reihe getreten war. Frankreich dagegen ließ sich auf den Wettbewerb mit gesteigerter Energie ein. Die öffentliche Meinung in diesem Lande kam zur Einsicht, daß sie unrecht getan hatte, nicht auf die Ratschläge Gambettas und Ferrys zu hören. Der Fehler allerdings, der mit der Preisgebung Ägyptens begangen war, konnte nicht mehr gutgemacht werden, hier saßen die Briten warm im Nest. In Westafrika jedoch stand der Tatkraft französischer Offiziere und Beamten, Diplomaten und Kaufleute ein weites Feld offen. Die Kolonialgruppe im Parlament, an deren Spitze der Abgeordnete Etienne stand, nahm sich jeder Unternehmung kräftig an. Die Kammern machten bei Geldbewilligungen keine Schwierigkeit mehr. Die Stimmungen wechselten zwar und Rückschläge blieben nicht aus. „Das Parlament," so bemerkte Hanotaux, „war gleichzeitig feurig und furchtsam, die öffentliche Meinung immer anspruchsvoll, aber schnell ratlos." Da sich jedoch die gebrachten Opfer durch die weitere Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes lohnten, so verstummte der Widerspruch, durch den Clemenceau und die Radikalen das Emporsteigen Frankreichs gehemmt hatten.

Daraus ergab sich eine immer schärfere französisch-englische Nebenbuhlerschaft. Überhaupt erhielt das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts sein Gepräge durch die englisch-russische Rivalität in Asien, die englisch-französische in Afrika. Nur bei oberflächlicher Betrachtung erscheint der gleichzeitige deutsch-französische Gegensatz als Hauptfaktor. Gewiß war er ein wichtiges Element, war die Luft, in der Europa atmete. Aber dieser Zustand wurde wie etwas Unabänderliches hingenommen; unterdessen vollzogen sich auf dem Erdball — in der Mandschurei, im Sudan und im Burenland — Umwälzungen, die an Wichtigkeit dem Schicksal Elsaß-Lothringens nicht nachstanden.

Es gibt aus der Zeit bis zum endgültigen englisch-französischen Ausgleich eine umfangreiche französische politische und historische Literatur über die Rivalität der zwei Westmächte. Drei ehemalige Minister des Äußern befinden sich unter den Autoren, Freycinet mit seinem Buche „La question d'Égypte“, Hanotaux mit dem über „Fachoda“ — zwei ernste und lesenswerte Arbeiten — endlich Emil Flourens mit dem Pamphlet „La France conquise“, das durch England eroberte Frankreich[1]). So maßvoll Freycinet und Hanotaux sich aussprechen, so schreiben doch auch sie in antienglischem Sinne. Außerdem sind leidenschaftliche Streitschriften in schwerer Menge erschienen: auch in dem Buche des Majors Driant, des Schwiegersohnes Boulangers, „Einem neuen Sedan entgegen“, das in erster Linie gegen einen französisch-deutschen Rachekrieg gerichtet ist, wird immer hervorgehoben, daß England diesen Kampf entzünden wolle, um seine Seeherrschaft zu befestigen. Unter den führenden französischen Politikern dieser Zeit hat bloß Clemenceau für ein Bündnis mit England gewirkt, was insoferne konsequent war, als er der französischen Kolonialpolitik ablehnend gegenüberstand. Er wurde aber wegen seiner Hinneigung zu England hart angefeindet und als bestochen hingestellt. Fast überall also ein tiefer Groll gegen die Macht, die seit Ludwig XIV. Frankreich auf allen Meeren entgegengetreten war und auch im 19. Jahrhundert seinen kolonialen Aufschwung niederhielt. Der Verlust des französischen Einflusses in Ägypten war der stärkste Stachel, aber es wurde auch bitter geklagt, daß England durch zwanzig Jahre gegen die Unterwerfung Algiers protestiert hatte, daß es in Hinterindien und am oberen Nil, in Madagaskar und Neufundland die Franzosen hemmte und beschränkte, ihnen jeden Fußbreit überseeischen Erwerbs streitig machte. Diese Vorgänge haben in Jean Darcy den Geschichtschreiber gefunden, einem ehemaligen Marineoffizier, dessen Bücher nach der Versöhnung Frankreichs mit England ihren Wert nicht verloren haben[2]).

[1]) André Lebon, Kolonialminister von 1896—1898, veröffentlichte später das Buch „Politique de la France en Afrique“ (Paris 1901).

[2]) Das erste Buch „La conquête de l'Afrique“ erschien 1900, das zweite ist sein Hauptwerk, es führt den Titel: „France et Angleterre. Cent années de rivalité coloniale.“ Dessen erster Band erschien 1904, der zweite, der über Madagaskar, wurde 1908 nach dem frühen Tode des Verfassers herausgegeben. Eine nüchterne, ziemlich vollständige Darstellung gibt das Buch von Ernst Lémonon „L'Europe et la politique britannique 1882—1911“ (2. Aufl. Paris 1912).

Die stärkste Probe dessen, was Großbritannien sich gegen Frankreich erlauben durfte, wurde in Uganda abgelegt. Diese Landschaft war, wie erzählt worden, im Helgolandvertrag von den Deutschen den Briten überlassen worden; ihre Wichtigkeit bestand darin, daß sie die Brücke von der britisch-ostafrikanischen Küste zum oberen Nil bildete. Nach dem Abzug der Deutschen gingen die Engländer gegen die französischen Niederlassungen gewalttätig vor. Dort wirkte mit großem Erfolg der Orden der Weißen Brüder, vom Kardinal Lavigerie zur Heidenbekehrung in Afrika gegründet. Zehntausende von Eingeborenen wurden durch ihn für die katholische Kirche gewonnen. Der wachsende französische Einfluß im Lande des Königs Muanga war der britisch-ostafrikanischen Kompanie unbequem. Sie nahm also die Streitigkeiten zwischen den Weißen Brüdern und den englischen Missionären zum Anlaß, um den Kapitän Luggard mit einer bewaffneten Macht nach Uganda zu senden, so daß der König gezwungen wurde, sich der englischen Hoheit zu unterwerfen. Die französischen Missionäre flüchteten darauf mit ihren Gläubigen auf eine große Insel des Viktoriasees. „Gegen diese angriffs- und verteidigungsunfähige Menge," so berichtet Darcy[1]), „richtete Luggard seine Kanonen und seine Mitrailleusen. Er tötete einen großen Teil, dann setzte er das Werk der Zerstörung fort, gab seinen Truppen und seinem Anhang volle Freiheit, und diese verbrannten alle Dörfer und Niederlassungen der Weißen Brüder, deren Kirchen und Anlagen." Das geschah 1891, womit der französische Einfluß in Uganda sein Ende fand.

In Madagaskar konnten die Engländer nicht offen auftreten, da das Reich der Hovas 1885 die Schutzherrschaft Frankreichs anerkannt hatte. Aber sie legten, wo sie konnten, ihre Minen und ermutigten die Königin Ranavalona zu dem Versuche, sich dem Vertrage zu entziehen[2]). Der Streit der zwei Seemächte verbitterte sich durch die Auflegung hoher Zölle seitens der Französischen Republik, wogegen die Briten Einspruch erhoben. Während die letzteren im Sudan beschäftigt waren, ging Frankreich energisch vor und ließ 1895 durch General Duchesne, der an der Westküste landete, die Insel erobern, die am 6. August 1896 zur französischen Kolonie umgewandelt wurde. In diesen Kämpfen zeichnete sich General Gallieni aus, der auch zum

[1]) „France et Angleterre" I, S. 362.

[2]) G. Hanotaux, „L'affaire de Madagascar" (Paris 1896).

ersten Generalgouverneur der Insel, der drittgrößten des Erdenrunds, ernannt wurde.

Die wichtigste französische Eroberung war die des Stromgebietes des Niger. Die militärischen Unternehmungen gingen von Senegambien aus und erreichten zunächst den oberen Lauf des Flusses. Hier stießen die Franzosen auf das Wossulureich, in dem Samory, ein tapferer Emporkömmling, herrschte. Nach jahrelangen Kämpfen erkannte er 1887 die Oberhoheit Frankreichs an. Indessen begann 1891 der Krieg aufs neue, bis Samory die Gebiete am Nigerstrom räumen mußte und sich nach Kong zurückzog, der abgelegenen Landschaft nördlich der Elfenbeinküste und der Republik Liberia. Nun war den Franzosen am Niger der Weg frei und sie drangen stromabwärts, bis sie 1893 Timbuktu, die altberühmte Handelsstadt, besetzten. Gleichzeitig wurde Samory in seiner Zufluchtsstätte Kong aufgesucht, im Hinterlande von Liberia 1898 geschlagen und gefangengenommen. — An der Küste bestand das Reich Dahomé, dessen König Behanzin sich zuerst unterwarf, dann wieder das Waffenglück versuchte, bis er 1892 im Kampfe gegen ein französisches Korps unter Oberst Dodds sein Land verlor.

Das waren schöne Erfolge. Um so widerwärtiger war es den Franzosen, daß, während sie den oberen und den mittleren Lauf des Niger ihr Eigen nannten, Großbritannien ihnen in dessen Mündungsgebiet zuvorgekommen war. Die Engländer hatten nämlich 1885 die Niger-Kompanie gegründet, zur Zeit, da in Frankreich noch keine Stimmung für überseeische Eroberungen bestand; und da die Gesellschaft mit reichen Geldmitteln ausgestattet war, gelang es ihr, die französischen Faktoreien entweder aufzukaufen oder die Konkurrenten mit Gewalt zu verdrängen. Die Briten hatten sich also in ihrer Kolonie Nigeria schon eingebettet, als die Mündung des Stromes für Frankreich immer wichtiger wurde. Daß die Engländer nicht wichen, war begreiflich; aber die Franzosen führten auch Klage, daß die britischen Agenten und Kaufleute die eingeborenen Häuptlinge zum Widerstande gegen sie aufreizten. Großbritannien dehnte seine Herrschaft übrigens auf das Land der Aschanti aus, die 1894 und 1895 unterworfen wurden.

Noch aber waren die französischen Gebiete am Niger von denen am Kongo durch weite, unerforschte Räume getrennt. Die Verbindung war nur möglich östlich um die deutsche Kamerunkolonie herum. Im Jahre 1893 brach Brazza vom Kongo, Mizon vom Niger her auf mit

der Verabredung des Zusammentreffens. Zu ihrer Freude begegneten sich die zwei Forscher, und ihre Umarmung war das Symbol der geographischen Einheit des französischen Reiches in Westafrika. Nur mußte Frankreich sich noch mit Deutschland auseinandersetzen, damit dieses nicht von Kamerun ostwärts sich ausdehne. Der Ausgleich erfolgte unter Caprivi ohne viel Mühe: wie bereits (Seite 129) erzählt wurde, verzichtete die deutsche Regierung auf die Gebiete östlich vom Tschadsee, ließ also den Franzosen freie Hand.

Dagegen standen die Briten in Ostafrika weitaus an erster Stelle. Über Sansibar, das ihnen von Frankreich durch den Vertrag vom 5. August 1890 gegen Zugeständnisse am Rande der Sahara überlassen wurde, setzte man sich noch friedlich auseinander. Anders lagen die Dinge in Abessynien. Die Franzosen besaßen an der Küste die Häfen Obok und Dschibuti und strebten ins Innere, ebenso wie die Italiener von Massaua aus. Als nun England mit Italien den Vertrag zur Teilung Abessyniens schloß, ohne die Franzosen zu berücksichtigen, erhoben sie großen Lärm. Sie nahmen schadenfroh die Kunde von der Niederlage der Italiener bei Adua entgegen.

Nicht in Afrika allein gab es Streit über Streit, in Neufundland stand es ebenso. Hier besaßen die Franzosen kraft des Friedensvertrages von Utrecht 1713 Fischereirechte, welche von den Briten verletzt und eingeengt wurden. Nicht besser stand es auf der australischen Inselgruppe der Neu-Hebriden: man einigte sich zwar 1887 mühsam über ein gemeinschaftliches Protektorat, aber darauf ging der Hader von neuem los. Viel größere Interessen standen in Hinterindien auf dem Spiel. Siam als Pufferstaat erstreckte sich nämlich im Norden nicht bis zur chinesischen Grenze. Hier dehnten sich Berglandschaften aus, und in diesen breiteten sich vom Westen her die Briten, vom Osten die Franzosen so lange aus, bis sie aufeinanderstießen und sich gegenseitig verdrängen wollten. Dazwischen rissen sie auch von Siam bald hier, bald dort ein Stück los.

Alle diese Mißhelligkeiten waren aber nicht so gefährlich wie die über das Gebiet des Nils. Die wiederholten Anfragen der Französischen Republik, wann England endlich seinem Versprechen gemäß Ägypten räumen würde, gingen den Briten auf die Nerven; und wegen des oberen Nils wäre es beinahe zum Kriege gekommen. Davon später noch genauer: an dieser Stelle mag der Hinweis auf das Bündel von Fragen und Streitigkeiten genügen.

Diese Vorgänge erweckten in Frankreich erbitterten Widerhall, nirgends beredteren als in der Einleitung des bereits erwähnten Werkes von Darcy „Hundert Jahre kolonialer Nebenbuhlerschaft". Es heißt dort: „Jede fremde Flagge war für die Briten eine feindliche Flagge, und niemals zögerten sie mit dem Angriff auf sie an dem Tage, an dem ihr Wettbewerb gefährlich wurde. Um ihre Seeherrschaft zu sichern, waren ihnen alle Mittel recht. Bald sah man sie plötzlich zum Kriege vorgehen; bald entzündeten sie — ein Kunststück, dessen sie sich ohne Bedenken bedienten — in Europa einen Brand und säten Zwietracht unter den Völkern; dann wieder beobachteten sie von fern eine Schwächung ihrer Nebenbuhler und griffen im richtigen Augenblick ein, um die Frucht der Erschütterung einzuheimsen, die sie hervorgerufen hatten." Und später sagt Darcy: „Erfüllt von der Sorge um seine Interessen, hat England nie Gefühlspolitik gekannt: es schlägt sich für seine Interessen und nicht für Ideen. Nie hat ein Volk den Kultus des gefährlichen Grundsatzes Salus patriae — suprema lex weiter getrieben, und in seiner Handhabung ist es unbewußt dahin gelangt, sich zu überreden, daß nach dem Ausspruche Tocquevilles von zwei in Frage stehenden Gründen derjenige der gerechte ist, der am besten seinen Interessen dient". „Daß ein anderes Volk als das englische das Recht hat, größer und reicher zu werden, sich nach außen zu vergrößern, kann es nicht zugeben; das ist ein unerträglicher Eingriff in seine Interessen, der mit nicht genug Strenge zurückgewiesen werden kann." Und endlich: „Im 17. Jahrhundert wandte England alle seine Kräfte gegen Holland, dessen Flotten mit den seinigen wetteiferten; nach Erreichung seines Zweckes öffnete es ihm seine Arme, und der holländische Statthalter wurde König von England. Später kam die Reihe an Dänemark. In unseren Tagen endlich verursachen ihm Deutschland und die Vereinigten Staaten bittere Sorgen. Wenn es etwas gegen diese Emporkömmlinge vermöchte, so würde es sie ohne Zweifel behandeln wie ehemals Spanien, Holland und Dänemark."

*

Der Kongostaat und die Großmächte

In dem 1885 gegründeten Kongostaat herrschte König Leopold II. als unumschränkter Monarch, so zwar, daß zwischen diesem Gemeinwesen und Belgien Personalunion und sonst kein Band bestand. Der König war am Kongo nicht bloß Herrscher und Gesetzgeber, sondern auch der größte Kaufmann. Behufs Ausbeutung der Naturprodukte des Landes mußte, um die Wasserfälle des Kongostromes zu umgehen, eine Eisenbahn ins Innere gebaut werden. Die belgischen Kammern bewilligten zu diesem Zwecke 1889 ein Anlehen von 10 Millionen Franken, aber außerdem waren 25 Millionen notwendig. Da legte der König dem Parlament sein 1889 gemachtes Testament vor, in welchem der belgische Staat zu seinem Erben im Kongogebiete bestimmt wurde; auch erhielt das Mutterland das Recht, von 1900 an sich die große Kolonie einzuverleiben. Daraufhin übernahm das belgische Parlament auch für die zweite Anleihe die Bürgschaft. Es war eine Verquickung von Interessen, zwischen denen der König sich meisterlich zu bewegen verstand.

Die Einnahmen des Kongostaates aus öffentlichen Mitteln waren anfangs gering und deckten nicht die Kosten der Verwaltung. Zur Aushilfe führte der König eine Reihe von Handelsmonopolen ein. Die wichtigsten waren die auf Elfenbein und auf Kautschuk, die Hauptprodukte des Landes. Sie durften nur mit Bewilligung der Regierung gewonnen werden, die in den ertragreichen Gegenden die Ausbeutung entweder durch ihre eigenen Organe oder durch Pächter vornehmen ließ. Von 1891 ab wurden drei Viertel alles Elfenbeins der Welt und mehr als die Hälfte alles Kautschuks im Kongostaat gewonnen. Dabei wurden die Eingeborenen entweder zu Fronarbeiten gezwungen oder den Dörfern und Stämmen die Ablieferung einer bestimmten Menge aufgetragen. Furchtbare Willkür herrschte, die Pachtgesellschaften zumal zwangen die Eingeborenen durch Prügel und Folter zu den schwersten Leistungen. Es war sehr die Frage, ob die Bevölkerung einen guten Tausch gegen die Zeit gemacht hatte, als noch bewaffnete arabische Sklavenhändler das Land durchzogen und die Bewohner an die Küste trieben. Die Eingeborenen sahen keinen Unterschied zwischen der einen und der anderen Art von Knechtschaft.

Die Kunde von diesen abscheulichen Mißbräuchen drang nach Eu-

ropa, und in England wurde gegen den Kongostaat ein förmlicher Kreuzzug eröffnet. Es gab in Großbritannien Gutgläubige, die sich der Kongoneger uneigennützig annahmen, aber hinter ihnen arbeiteten die Politiker, die es nicht verzeihen konnten, daß die Berliner Konferenz von 1885 den Briten an der Mündung des Kongo den Weg verlegt hatte. So kam es, daß Jahre hindurch die Kongogreuel in der britischen Presse wie im Parlament unter heftigen Ausfällen gegen König Leopold und die Belgier ständig zur Sprache kamen.

Der Wunsch des Königs, den Geburtsfehler seines Staates in England vergessen zu machen, bestimmte ihn zu einer Schwenkung nach der englischen Seite hin. Dazu kam, daß er mit Frankreich über den Zug der Nordostgrenze des Kongostaates in Streit geraten war. Es handelte sich dabei um die Landschaften zwischen dem oberen Kongo und dem mittleren Nil. Französische wie belgische Pioniere durchstreiften das strittige Gebiet, das Bahr-el-Gazal, das, von Negerstämmen bewohnt, reich an Naturprodukten war, da es von den Nebenflüssen des Weißen Nils trefflich bewässert ist.

Da nun schob sich England geschickt zwischen die streitenden Teile. Den Briten lag der große Plan des Baues einer Eisenbahn von Kapland nach Ägypten im Sinn, der von Cecil Rhodes ausgegangen war. Sie legten Wert darauf, diese Linie auch politisch zu beherrschen. Dem standen aber zwei Hindernisse im Wege. Zunächst der Umstand, daß Deutsch-Ostafrika und der Kongostaat aneinanderstießen, sich also den nördlichen und den südlichen Besitzungen Englands quer vorlegten. Aber weiter: hatte man schon den Kongostaat durchmessen, so führte die geplante Eisenbahnlinie durch den Bahr-el-Gazal, und auch diese Landschaft gehörte nicht den Briten. Über diese doppelte Schwierigkeit wollte sich England dadurch hinwegsetzen, daß es König Leopold II. in sein Interesse zog. Das geschah in der Art, daß sich England und der König in betreff des Besitzrechtes auf den Bahr-el-Gazal verständigten. Das Gebiet war, wie gesagt, nicht britisches Eigentum, aber in dem am 12. Mai 1894 mit Leopold II. geschlossenen Vertrag wurde es ihm für Lebenszeit „verpachtet"; dann sollte es an Großbritannien fallen; Frankreich wurde dabei als Luft behandelt. Dafür, daß der König das weite Gebiet für Lebenszeit erhielt, leistete er den Briten einen großen Dienst. Um ihnen zu ermöglichen, die große Eisenbahn durch ihr eigenes Gebiet zu ziehen, trat er ihnen am Ostende des Kongostaates einen 25 Kilometer breiten Streifen Landes ab, längs des Tan-

ganjikasees. Damit drängte sich England zwischen den Kongostaat und Deutsch-Ostafrika; die Eisenbahn sollte den deutschen Besitz seitwärts liegenlassen. Mit einem Schlage waren also mehrere Zwecke erreicht.

Es war schwer zu sagen, ob Frankreich oder Deutschland dadurch empfindlicher geschädigt wurde. Caprivi war noch Kanzler, aber auch er mochte, so nachgiebig er sonst war, die Unbill nicht dulden und verständigte sich mit der französischen Regierung, worauf beide Kabinette in Brüssel Protest erhoben. Da nun wiederholte sich die bei der Gründung des Kongostaates gemachte Erfahrung: gegen den übereinstimmenden Willen der zwei festländischen Großmächte konnte England seine Pläne nicht durchsetzen und mußte zurückweichen. Es gab im August 1894 die Zustimmung zur Lösung des mit Leopold II. vereinbarten Vertrages und alles blieb beim alten. Immer waltete dieselbe Regel: gingen Deutschland und Frankreich zusammen, so wurde der britischen Macht ein Riegel vorgeschoben, während aus der Zwietracht des Kontinents Albion Nutzen zog.

*

Deutsch-französische Annäherung 1895—1896

Hatten sich die beiden Kabinette von Berlin und Paris schon während der Kanzlerschaft Caprivis gefunden, so wurde ihre Annäherung durch den Eintritt Hohenlohes ins Amt (Oktober 1894) erleichtert. Es lag, wie wir wissen, in dessen Absicht, zur engeren Verbindung mit Rußland zurückzukehren, woraus neben dem Abrücken von England auch eine leichtere Aussprache mit Frankreich folgte. Deutschland konnte eben nicht Rußlands Freund und gleichzeitig Frankreichs Feind sein. Der gegen Japan gerichtete ostasiatische Dreibund (Frühjahr 1895) war auf dieser Voraussetzung aufgebaut. Da man in Ostasien zusammenging, mochte man sich auf anderen Schauplätzen nicht gerade zu befehden.

Übrigens stand Fürst Hohenlohe persönlich und politisch französischem Wesen näher als Caprivi, der in jedem Zoll ein preußischer Offizier war. Die politische Erziehung des 1819 geborenen Fürsten

war beim Ausbruch des Krieges von 1870 längst abgeschlossen, seine Vorliebe für die französische Literatur änderte sich auch seither nicht. Von 1874 bis 1885 war er Botschafter in Paris, korrekt in der Vollstreckung der Weisungen Bismarcks, aber verbindlich in den Formen. Auch als Statthalter von Elsaß-Lothringen und zuletzt als Reichskanzler reiste er jedes Jahr einmal nach Paris, allerdings bloß, um sich dort von seinem Zahnarzt behandeln zu lassen; aber hin und wieder sah er dann auch politische Persönlichkeiten der Republik. Ebenso besuchte er zeitweilig das Schloß in der Normandie, das ihm durch Erbschaft zugefallen war. Ohne Selbsttäuschungen, aber vorurteilslos legte er sich das Verhältnis zu Frankreich zurecht.

Im einzelnen war die äußere Politik Sache des Staatssekretärs Marschall von Bieberstein, der mit einer Schwenkung einen anderen Weg einschlug als unter Caprivi. Ob er hierbei seinen eigenen Neigungen folgte oder sich mehr der von Kaiser Wilhelm bezeichneten Grundrichtung anbequemte, läßt sich nicht feststellen. Um diese Zeit kam aber in die Führung der Geschäfte ein antienglischer Zug — entgegen dem Rate Holsteins, der den Franzosen unstillbare Kriegslust zutraute und deshalb dem Zusammengehen mit England das Wort sprach.

In Paris war man mit dieser Wendung der Dinge um so zufriedener, als Frankreich die englische Zuchtrute zu spüren hatte. Dazu kam, daß Gabriel Hanotaux, der vom Mai 1894 bis 1898 mit Unterbrechungen Minister des Äußern war, sich in das Dreieck Frankreich-Deutschland-Rußland ohne Voreingenommenheit hineinfand. Einsicht und Bildung schützten ihn vor manchen Vorurteilen seiner Landsleute; als namhafter Historiker — sein Hauptwerk „Die Geschichte des zeitgenössischen Frankreichs" erschien nach seiner Ministerschaft — konnte er der Denkungsart anderer Nationen und Kabinette gerecht werden. Vor seinem Eintritt in die Regierung hatte er im Ministerium des Äußern als Direktor gewirkt, er war ein Kenner der kolonialen Streitfragen und schon deshalb kein Freund der englischen Politik. Daher fand er sich, ohne wegen Elsaß-Lothringens ein Zugeständnis zu machen, zur Aussprache mit Deutschland bereit. Das geschah, wie bereits erzählt ist, zuerst in den ostasiatischen Angelegenheiten. Wußte Hanotaux doch, daß nur auf diese Art dem britisch-imperialistischen Drange Einhalt getan werden konnte[1].

[1] Vgl. den Überblick über die Politik Hanotaux' in P. Albin, „Le coup d'Agadir" (Paris 1912), S. 70ff.

Demgemäß nahm die französische Regierung auch keinen Anstand, der Einladung zur Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals zu folgen, die an sie wie an die anderen Staaten erging. Die Anwesenheit französischer Vertreter bei den Festlichkeiten (19. Juni 1895) reizte die Galle der französischen Nationalisten, und sie interpellierten das Ministerium in der Kammer. Hanotaux antwortete kühl: die Einladung des Kaisers sei ein Akt internationaler Höflichkeit gewesen, den die Republik wie die anderen Staaten durch einen Akt internationaler Höflichkeit beantworteten; bloß darauf hätte sich die Teilnahme Frankreichs beschränkt, die keinen anderen Charakter trage, nicht tragen konnte. Damit begegnete Hanotaux dem Vorwurfe deutschfreundlicher Gesinnung, ohne in Berlin anzustoßen.

Indessen trat Hanotaux kurz darauf (Oktober 1895) infolge einer der häufigen, aus inneren Gründen erfolgenden Ministerkrisen zeitweilig aus der Regierung. Dieser wiederholte Wechsel ließ es zu keiner Stetigkeit der äußeren Politik kommen; man konnte in Berlin nicht wissen, wie weit auf das Mitgehen Frankreichs Verlaß war. Gerade damals befand sich alles im Flusse. Der Feldzug der Briten im Sudan war schon im Werke, der Sieg aber noch nicht entschieden. Am oberen Lauf des Weißen Nils standen Franzosen und Belgier im Wettbewerb, in Ägypten hatte England die Macht für sich, nicht das Recht. In Südafrika endlich widerstanden die zwei Burenrepubliken der Hab- und Herrschsucht Albions, zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit nach Hilfe ausschauend. Von Ägypten und vom Burenland aus konnte also die britische Weltmacht erschüttert werden.

*

Das Kaisertelegramm an Krüger

Die Regierung Kaiser Wilhelms II. war geneigt, sich der Buren anzunehmen. Der Präsident der Transvaalrepublik, Paul Krüger, hatte 1884 Berlin besucht, wurde von Wilhelm I. empfangen und sagte ihm: wenn es einem Kinde schlecht gehe, sehe es sich nach Beistand um, und so bitte er den Kaiser, den Buren zu helfen, wenn sie einmal in Not kämen. Das Hilfsgesuch fand damals mit Rück-

sicht auf England kein Wort der Erwiderung; zehn Jahre später schlug die Stimmung in Berlin um. Das zeigte sich zuvörderst in dem Widerstand, den die deutsche Regierung gegen den ersten leisen Versuch Englands leistete, sich der Delagoabai zu bemächtigen und die Buren dadurch völlig vom Meere abzuschneiden. Als vernehmlichen Protest jedoch schickte Deutschland im Herbst 1894 zwei Kriegsschiffe in die Delagoabai, die hier ständig blieben. In der Freude darüber wurde der Geburtstag des Deutschen Kaisers auch von den Buren am 27. Januar 1895 laut gefeiert. Präsident Krüger selbst sprach beim Festmahl, aber das gewichtigste Wort sagte nicht er, sondern der deutsche Generalkonsul: er hoffe, der Präsident der Republik wisse jetzt, daß Deutschland wirklich ein aufrichtiger Freund sei. Infolge dieser und ähnlicher Vorgänge erhob das englische Kabinett in Berlin Klage, daß Deutschland im Transvaal einen Großbritannien widerstrebenden Geist nähre. Staatssekretär Marschall erwiderte unverhohlen, daß das Deutsche Reich aus wirtschaftlichen Gründen die Offenhaltung der Delagoabai und ebenso die Erhaltung des Transvaal als selbständigen Staat wünsche. Ein klares Programm: alles hing davon ab, ob Deutschland Ernst machen würde.

Die öffentliche Meinung in England wurde unruhig und ärgerlich. Als der Deutsche Kaiser im Sommer 1895 wie fast alljährlich seine Großmutter besuchte, brachte der „Standard", das konservative Hauptblatt, eine Reihe von Artikeln, in denen Wilhelm II. ironisch behandelt und aufmerksam gemacht wurde, er könnte die Gelegenheit benutzen, um bei der greisen Königin Unterricht in politischer Weisheit zu nehmen. Er solle doch seine Neigung zu diplomatischen Experimenten ablegen und bedenken, daß Englands Entgegenkommen für das Deutsche Reich wertvoller sei als alle anderen politischen Beziehungen.

In Südafrika gingen die Dinge der Entscheidung entgegen. Cecil Rhodes war als Ministerpräsident der Kapkolonie und als maßgebender Mann Rhodesias entschlossen, seine Macht gegen die Buren zu gebrauchen. Als Werkzeug diente ihm sein Stellvertreter in der Regierung der seinen Namen tragenden Kolonie, Dr. Jameson. Als Vorwand wurde die unbefriedigende Stellung der britischen Bewohner der Burenstaaten genommen. Viele Tausende von Engländern hatten sich daselbst, besonders in Johannisburg, niedergelassen und verlangten volles Bürgerrecht. Die Buren mochten sich aber

von den Fremden nicht verdrängen lassen und beharrten auf dem Gesetz, wonach das Bürgerrecht in der Südafrikanischen Republik erst nach vierzehnjährigem Aufenthalt erworben werden konnte. Rhodes und Jameson gedachten nun die Republik auf die Knie zu zwingen und verabredeten mit den Führern des britischen Nationalvereins in Johannisburg, es solle vom englischen Gebiete aus ein Schlag gegen die Republik geführt werden, gleichzeitig würden sich die Engländer in der Hauptstadt erheben, um die Verfassung des Staates nach Wunsch zu ändern. Das war so allgemein bekannt, daß Staatssekretär Marschall die britische Regierung schon im Oktober und dann wieder Ende Dezember 1895 aufmerksam machte, im Transvaal werde ein Gewaltakt vorbereitet. Am 29. Dezember brach Jameson wirklich mit 800 Bewaffneten, darunter die ihm unterstehenden britischen Polizeimannschaften, vom Westen in das Gebiet der Südafrikanischen Republik ein, um auf Prätoria, den Sitz der Regierung, loszumarschieren. Sobald die Kunde von dem Raubzuge nach Europa gelangte, trat die deutsche Reichsregierung für die bedrohten Buren ein. Sie ließ am 31. Dezember in London die Anfrage stellen, was die englische Regierung zu tun gedenke, um den durch bewaffnete Banden verschuldeten Bruch des Völkerrechtes gutzumachen. Inzwischen setzte sich die Südafrikanische Republik selbst zur Wehr: ihr bewaffnetes Aufgebot umzingelte die Freibeuter und nahm am 2. Januar 1896 Jameson mit den Seinigen gefangen. Die ganze Welt außerhalb Englands war einig in der Entrüstung über den Raubzug und in der Anerkennung der entschlossenen Gegenwehr der Buren. Von Berlin aus erfolgte eine Kundgebung, die auf dem Erdball dröhnenden Widerhall fand. Kaiser Wilhelm wollte seiner Sympathie für die Sache der Buren persönlich Ausdruck geben und erschien am 3. Januar 1896 mit militärischem Gefolge — darunter dem Marinestaatssekretär Hollmann — im Reichskanzleramt, um eine Beratung zu pflegen, an der auch Hohenlohe und Marschall teilnahmen. Mit deren Wissen und Zustimmung schickte der Kaiser an den Präsidenten Krüger ein vom Kolonialdirektor Kayser entworfenes Telegramm folgenden Wortlautes:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volk gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, die als Friedensstörer in Ihr Land einge-

brochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu bewahren."

Das Telegramm des Kaisers war nicht gegen das amtliche England, sondern gegen die Freibeuter gerichtet, entfesselte aber trotzdem jenseits des Kanals einen Sturm der Entrüstung. Es wurde in der Presse als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Weltreiches hingestellt, und die „Morning Post" schrieb: „Die richtige Antwort auf dieses Telegramm wäre die Vereinigung der ganzen englischen Flotte im Kanal; die englische Nation wird diese Depesche nie vergessen, sondern an sie bei Gestaltung ihrer auswärtigen Politik immer denken." Auf die falsche Nachricht hin, Krüger hätte die Hilfe Deutschlands angerufen, wurde die Reserveflotte in den Dienst gestellt, Tag und Nacht an der Ausbesserung von Schiffen gearbeitet. Es war in den Massen das erste Aufflammen des imperialistischen Geistes, der in den letzten zehn Jahren allgemach in alle Schichten der Gesellschaft gedrungen war. Ein völliger Umschwung also seit 1885, seitdem England sich ohne viel Widerspruch aus dem Kongobecken hatte hinausdrängen lassen.

In England wurde allgemein behauptet, der Kaiser wäre den Rechten Englands nahegetreten. Das war nicht der Fall, und auch Fürst Bismarck, der mit seinen Nachfolgern sonst nicht sanft verfuhr, lehnte diese Deutung ab. Die Briten beriefen sich auf den Vertrag, den Gladstone 1884 mit Transvaal geschlossen hatte. Darin war ausgemacht, daß diese Republik Verträge mit dem Ausland — ausgenommen mit dem ihr nahestehenden Oranjestaat — nur mit Genehmigung der englischen Regierung schließen dürfe. Daraus leiteten die Briten die Abhängigkeit des Transvaalstaates (der Südafrikanischen Republik) von ihrem Reiche ab. Dagegen sprach, daß Gladstone selbst, als die Gesandten der Buren 1884 von ihm die ausdrückliche Anerkennung der Souveränität ihres Staates verlangten, antwortete, diese stünde nicht in Zweifel, nur müsse er eine ausdrückliche Erklärung mit Rücksicht auf die Stimmung des englischen Parlaments vermeiden. Trotzdem steifte sich 1896 die deutschfeindliche öffentliche Meinung Englands darauf, das Telegramm enthalte in zwei Wendungen eine Beleidigung Großbritanniens, einmal dort, wo von der „Unabhängigkeit" der Südafrikanischen Republik gesprochen wurde, und dann, indem der Kaiser die Buren beglückwünschte, daß sie Sieger geblieben waren, „ohne an die Hilfe

befreundeter Mächte zu appellieren". Dieser Zwischensatz wurde so aufgefaßt, als ob Deutschland den Buren seine Hilfe, wenn notwendig mit den Waffen, in Aussicht stellte. Die letztere Wendung des Kaisertelegramms wurde auch von Holstein nicht für glücklich angesehen, und er fragte Marschall, wie er den Satz nur habe durchlassen können. Dieser erwiderte entschuldigend, Holstein möge bedenken, wieviel er habe verhindern müssen, da der Kaiser ursprünglich noch weiter hatte gehen wollen[1]).

Wichtiger aber als die Auslegung des unklaren und widerspruchsvollen internationalen Rechts war die Frage, ob Deutschland entschlossen war, den Streit durchzufechten. Wollte es England die Stirn bieten und es auf einen Zusammenstoß ankommen lassen? Wenn es Bundesgenossen fand, die sich gleichfalls für die Unabhängigkeit der Burenstaaten einsetzten, dann konnte den Briten schon mit diplomatischen Mitteln Einhalt getan werden, ohne daß diese einen Waffengang wagten. Die deutsche Regierung wandte sich an die anderen Kabinette, ob deren Unterstützung zu erwarten war. Von den Antworten ist die Frankreichs und die Italiens bekannt geworden, beide lauteten ungünstig. Italien war gerade in einen schweren Kampf mit Abessynien verwickelt, zu dem es sich mit England verbunden hatte. Als nun der deutsche Botschafter am Quirinal, Bernhard von Bülow, bei Crispi anfragte, erwiderte dieser: „Wie? Fürst Bismarck hat uns mehr als einmal geraten, uns mit England zu verständigen, um im Mittelländischen Meere gegen Frankreich gedeckt zu sein, und jetzt erwartet ihr, daß wir uns um der Buren willen mit jener Macht entzweien?"

Mehr aber kam es auf Frankreich an. Hier war seit dem 1. November 1895 Leon Bourgeois Ministerpräsident, der die äußeren Angelegenheiten dem berühmten Chemiker Berthelot anvertraute, obwohl dieser den Geschäften seines Amtes so gut wie fremd war. Gleichzeitig mit Deutschland trat Großbritannien mit der Schicksalsfrage an Frankreich heran, seinerseits aufs neue die Räumung Ägyptens in Aussicht stellend[2]). Im Schoße des Ministeriums bestanden über

---

[1]) So berichtet Harden („Köpfe" I, S. 106) nach einer Mitteilung Holsteins. Es ist somit nicht glaubhaft, daß Holstein, wie Graf Reventlow („Deutschlands Auswärtige Politik 1888—1913", S. 74) erzählt, der Beratung über die Abfassung des Telegramms beiwohnte. Das wird auch von O. Hammann, „Der neue Kurs", S. 181, in Abrede gestellt.

[2]) Hanotaux, „Fachoda", S. 106.

das Verhältnis zu England verschiedene Ansichten, dem Berliner Kabinett gegenüber aber war man in der Abneigung einig. Der Botschafter in London, Baron Courcel, erhielt den Auftrag, die englische Regierung zu beruhigen und sie zu versichern, daß Frankreich sich in der Burensache nicht mit Deutschland verbinden werde. Mit Hinweis auf Elsaß-Lothringen fügte Courcel, wie die deutsche Regierung später erfuhr, hinzu: Mit England könne sich Frankreich zwar entzweien, eine Versöhnung aber sei immer möglich; zwischen Deutschland und Frankreich jedoch liege l'irréparable, also etwas nie wieder Gutzumachendes[1]).

Abgewiesen also stand Deutschland allein der britischen Macht gegenüber, die im Falle eines Krieges seine Kolonien erobern, seine Handelsschiffe vom Meere wegfegen konnte. So mußte sich die deutsche Regierung in möglichst guter Form aus dem Handel ziehen. Es folgte nur noch ein diplomatisches Rückzugsgefecht. Marschall trat in einem Gespräche mit dem englischen Botschafter Frank Lascelles am 6. Januar 1896 den Angriffen der britischen Presse auf den Kaiser entgegen. Dieser habe keine Feindseligkeit gegen England verübt, indem er das Oberhaupt eines befreundeten Staates zum Siege über Scharen beglückwünschte, die auch gemäß der Erklärung der englischen Regierung außerhalb des Gesetzes standen; der Deutsche sei in Rechtssachen sehr empfindlich und nicht gewohnt oder gewillt, fremde Rechte anzutasten, dafür verlange er aber, daß seine eigenen Rechte geachtet werden. Und ähnlich sprach Marschall am 13. Februar im Reichstag. Trotz dieser Versicherungen ließ aber Deutschland die englische Regierung gewähren, als sie bald darauf das gute Recht der Buren mit Füßen trat und ihr Land mit Gewalt ihrem Reiche einverleibte.

Wer die Verantwortung für den verunglückten diplomatischen Feldzug trägt, läßt sich bei dem Mangel an zuverlässigen Nachrichten nicht entscheiden. Die Anregung zum Telegramm an Krüger ist wohl auf den Kaiser zurückzuführen, aber dieser Schritt, wenn er auch besser unterblieben wäre, entsprach doch nur der Gesamthaltung der Regierung in der Burenangelegenheit; schon Monate vorher warf sich die deutsche Diplomatie zur Verteidigerin der Südafrikanischen Republik auf. Hohenlohe und Marschall waren verpflichtet, die Folgen

[1]) Vgl. die „Deutsche Revue" vom September 1908.

bis ans Ende zu bedenken und sich darüber klar zu werden, ob Deutschland in der Lage war, die Verteidigung der Buren auf sich zu nehmen. Das Berliner Kabinett durfte nicht erst nach dem Zuge Jamesons bei den anderen Großmächten Umfrage halten. Marschall hatte schon 1895 zur Hilfe für die Buren die Trommel gerührt, das Telegramm des Kaisers war nur ein weithin sichtbares Fahnenschwenken. Übrigens sollte ein Monarch mit seiner Person erst eingreifen, wenn ein unwiderruflicher Entschluß gefaßt ist. Auf den vorhergehenden Stufen haben ausschließlich seine Ratgeber zu sprechen und zu handeln, um einen etwaigen Mißerfolg zu decken. Die Minister Wilhelms II. sind nicht von der Schuld freizusprechen, den Kaiser nicht eindringlich genug gewarnt zu haben; da das Telegramm nicht von ihm verfaßt und mit ihrer Zustimmung abgesandt wurde, haben sie mit dem Herrscher die Verantwortung zu tragen.

*

Die ägyptische Frage

In Paris herrschte in den afrikanischen Angelegenheiten dieselbe Unsicherheit wie in Berlin. Die Minister des Äußern kamen und gingen, jeder stimmte das Instrument anders. Berthelot war englandfreundlich, Ministerpräsident Bourgeois weniger als er; so trat der erstere aus der Regierung und Bourgeois übernahm selbst das Ministerium des Äußern. Er trug sich mit der Absicht, in der ägyptischen Sache einen Vorstoß zu machen; am 2. April 1896 gebrauchte er in der Kammer große Worte: Frankreich könne sich die endlose Hinausschiebung der Räumung des Nillandes nicht gefallen lassen, die ägyptische Sache besitze einen europäischen Charakter und werde ihn behalten.

Einen europäischen Charakter! Sollte das nicht eine leere Redensart sein, so mußte Deutschland für eine Tat gewonnen werden. Aber dessen Regierung war vom Kabinett Bourgeois in der Burensache im Stiche gelassen worden, hatte also keine Lust, den Franzosen in Ägypten als Vorspann zu dienen. Diese benützten vielmehr die Gelegenheit, um den Briten zu zeigen, daß sie es mit ihnen nicht schlimm

meinten. England benötigte für den Feldzug nach dem Sudan ein gutes Stück Geld, wollte aber, statt selbst zu zahlen, lieber einen Griff in den ägyptischen Staatsschatz machen. Wie oben (Seite 175) erzählt wurde, waren die Finanzen des Nillandes in guter Ordnung; in der durch Zölle und Steuern genährten Staatsschuldenkasse hatte sich sogar eine schöne Summe angehäuft. Diesem Schatze wünschte England fünf Millionen Pfund zu entnehmen und begründete dies damit, daß der Sudan doch für Ägypten zurückerobert werden solle. In der Schuldenkommission nun hatte jede der sechs Großmächte eine Stimme. Von Anfang an protestierte Frankreich, mit dem Rußland zusammenging; dagegen stand Italien zu England, da diese zwei Staaten gegen Abessynien und die Derwische gemeinsame Sache machten. Die Entscheidung lag also bei den Kabinetten von Berlin und Wien, und diese erklärten, daß sie mit Rücksicht auf Italien, ihren Genossen im Dreibund, für England stimmten. Der Grund klang zwar annehmbar, das wirkliche Motiv Deutschlands war jedoch der Wunsch, den bösen Eindruck des Kaisertelegramms zu verwischen.

Das Nachspiel in diesem Intrigenstück hat mit der eigentlichen Handlung nichts zu tun. Die französischen Gläubiger Ägyptens appellierten von der Entscheidung der Großmächte an die höchste Instanz, den Internationalen Obersten Gerichtshof in Alexandrien. Dieser nun fand, daß die internationalen Verträge es nicht gestatteten, die Überschüsse des ägyptischen Staatsschuldenfonds anders als für die Gläubiger zu verwenden. Somit mußte England die fünf Millionen wieder zurückerstatten. Dies geschah: angesichts der Eroberung des Sudans konnte das geringe Opfer gebracht werden.

So zog England aus dem deutsch-französischen Streite reichen Gewinn. Zu bemerken aber ist, daß französische Redner und Publizisten gegen Deutschland oft den Vorwurf erhoben, es hätte sich in der ägyptischen Frage für England zum Sprungbrett hergegeben. Frankreich war, so die Beweisführung Freycinets in seinem Buche über Ägypten, der Soldat des Rechts; da es aber von Deutschland nicht unterstützt wurde, konnte England seine Herrschaft im Nilland befestigen und sie über den Sudan ausdehnen. Und ähnlich Hanotaux[1]). Es war jedoch eine starke Zumutung an Deutschland, es solle den Franzosen in Ägypten Dienste leisten, nachdem die Buren

[1]) „Fachoda", S. 130.

von Frankreich preisgegeben worden waren. Doch war es unerquicklich, wie sich die deutsche Regierung mit dem Kaisertelegramm kopfüber in den Streit mit England stürzte und sich eilig zurückzog, um Großbritannien dann sofort eine Gefälligkeit zu erweisen. Für diese politische Methode prägte Eugen Richter damals die boshafte Bezeichnung „Zickzackkurs“. Erfreulich war allerdings das Verhältnis Deutschlands zu seinen europäischen Bundesgenossen, vor allem zu Österreich-Ungarn, aber auch zu Italien und Rumänien. Hier gaben die von Bismarck eingerammten Pfähle die Richtung an. Wo aber ohne dessen großes Vorbild in den täglich sich aufdrängenden Sorgen der Weltpolitik selbständige Entschlüsse zu fassen waren, versagte die deutsche Staatskunst. Verhängnisvoll war schon die Kündigung des Rückversicherungsvertrags, welcher Maßregel Bismarck mit Recht die Hauptschuld an dem Zustandekommen des russisch-französischen Bündnisses zuschob. Caprivi näherte sich England, Hohenlohe und Marschall dagegen rückten weit von dieser Macht ab. Es war Ansichtssache, wie man es damit hielt, aber die Schwankungen hatten zur Folge, daß in Petersburg wie in London das Vertrauen in die deutsche Politik erschüttert wurde. Caprivi gab mit freigebiger Hand Zentralafrika dahin, dann stellte sich Reue ein, und unter seinem Nachfolger wurde, so schien es einen Augenblick, die Sache der Buren als Hebel zur Wiedergewinnung verlorener Stellungen benutzt. Das unüberlegte Telegramm an Paul Krüger, gefolgt von dem Zurückweichen vor England, krönt das Beginnen. Das alles erlebte Bismarck noch und durchblickte die Widersprüche, er mußte das Sinken der Weltgeltung Deutschlands mitansehen. Kein Wunder, daß der schwer gereizte Mann von tiefer Erbitterung ergriffen wurde. Die Huldigung des ihm treu gebliebenen Teiles der Nation konnten ihm dafür keinen Ersatz bieten. Tröstend war nur für ihn, daß die deutsche Volkskraft sich im wirtschaftlichen Wettbewerb ihren Platz neben und oft vor allen Nebenbuhlern errang. Als er, einer Einladung Ballins folgend, die Schiffe und Werften zu Hamburg besichtigte, sagte er zu seinem Führer: er sei tief bewegt von dem Einblicke in die sich ihm eröffnende neue große Welt.

*

Deutschfeindliche Stimmung in England

Nach dem Telegramm an Paul Krüger kam das Verhältnis der Kabinette von Berlin und von London bald wieder ins gleiche, in der öffentlichen Meinung Englands jedoch war der Eindruck unverwischbar. Alle Eifersucht auf die steigende Handelsmacht Deutschlands, aller Neid wegen der Eroberung fremder Märkte durch den Nebenbuhler brach bei diesem Anlasse hervor. Das ägyptische Zwischenspiel fand deshalb wenig Beachtung, man sprach nur von den Buren, der Delagoabai, der Vereitelung des Baues der großen afrikanischen Süd-Nord-Bahn. Der Krieg mit den deutschen Vettern wäre schon 1896 volkstümlich gewesen. Im April riefen eines Tages die Zeitungsjungen in den Straßen Londons einen Artikel „Krieg mit Deutschland" zum Verkauf aus: die Menge brach in Jubel aus und der Verkehr geriet zeitweilig ins Stocken. Als sich 1897 der Regierungsantritt der Königin Viktoria zum 60. Male jährte, überbrachte Prinz Albrecht von Preußen den Glückwunsch des Deutschen Kaisers, bei dem festlichen Umzuge aber ertönten aus der Menge feindselige Zurufe gegen den Prinzen. Den schärfsten Angriff gegen Deutschland führte die „Saturday Review", ein verbreitetes Wochenblatt, das am 11. September 1897 den Krieg verlangte und dies mit der steigenden deutschen Gefahr begründete. Es hieß daselbst: „In Transvaal, am Kap, in Mittelafrika, in Italien und in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist — und wo ist das nicht der Fall gewesen? — da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo es gilt, ein Bergwerk auszubeuten oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborene von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung, von der Enthaltsamkeit zum Handelsschnaps übergehen sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorzukommen. Eine Million kleiner Nörgeleien schafft den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wäre Deutschland morgen vernichtet, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre." Und der Artikel schloß mit der Mahnung, Germaniam esse delendam. Vorahnend schrieb der deutsche Nationalökonom Schäffle um jene

Zeit: „Man gebe sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Engländer, wenn sie es nur irgend wagen können, bei erster Gelegenheit unserem Überseehandel und unserer Exportindustrie den Todesstoß zu geben suchen werden.“ Das treffendste Wort aber rührte von Bismarck her. Als er im Frühjahr 1898 von dem englischen Schriftsteller Sidney Whitman brieflich gefragt wurde, wie die englisch-deutschen Beziehungen gebessert werden könnten, ließ er ihm antworten, er wisse leider kein Mittel; das einzige ihm bekannte bestünde darin, der deutschen Industrie einen Zaum anzulegen, aber dieses Mittel wäre füglich nicht anwendbar.



IX

Höhepunkt der englisch-französischen Rivalität 1896—1899

IX. Höhepunkt der englisch-französischen Rivalität 1896—1899

Mißglückte Versuche eines deutsch-französischen Einvernehmens 1896—1899

Unabhängig von allen diplomatischen Wechselfällen war Kaiser Wilhelm immer um ein freundnachbarliches Verhältnis zu Frankreich bemüht. Einige Monate nach seinem Regierungsantritte sagte er zum ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Jules Simon, daß er den für einen Narren und Verbrecher halte, der es unternehmen wollte, die beiden Völker in einen Krieg hineinzutreiben. Er benutzte jeden schicklichen Anlaß, um die Hand zur Versöhnung zu reichen. So oft im Nachbarlande ein Verlust zu beklagen war, beim Tode Mac Mahons 1893, dann nach dem Hinscheiden der zwei Präsidenten der französischen Republik, Carnots 1894 und Faures 1899, beim schreckensvollen Bazarbrand in Paris 1897, beim Untergang eines großen französischen Personendampfers 1898 drückte er in herzlichen Worten sein Beileid aus. Als 1899 auf dem Schlachtfelde von St.-Privat ein Kriegerdenkmal enthüllt wurde, rühmte er in erhebenden Worten die Tapferkeit der französischen Soldaten im Kampfe von 1870. Wohl hatten diese und andere Kundgebungen keinen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der Politik, doch erkannten verständige Franzosen an, der Kaiser sei von Friedensliebe beseelt.

Es war ein günstiger Umstand, daß das Kabinett Leon Bourgeois im April 1896 dem Melines Platz machte, wodurch Hanotaux abermals Minister des Äußern wurde. Ein neues Bild im französischen Zauberspiegel. Das Bündnis mit Rußland blieb zwar der feste Pol, es wurde durch den Besuch des Zaren zu Paris im Oktober 1896, wie durch den des Präsidenten Faure zu Peterhof August 1897 noch befestigt. Aber Hanotaux stellte wieder ein erträgliches Verhältnis zu Deutschland her und schob die künstlichen Hindernisse einer Aus-

sprache beiseite. Während der zwei Jahre seiner Amtsführung blieb es dabei, so daß Deutschland sich zur Beteiligung an der für 1900 geplanten Pariser Weltausstellung bereit erklärte. Auch andere Geschäfte konnten erledigt werden, wozu Marquis von Noailles, 1896 bis 1902 französischer Botschafter in Berlin, mitwirkte. Hanotaux benutzte diese angenehme Temperatur, um die französische Herrschaft in Tunis auszubauen: er bestimmte die europäischen Staaten zum Verzicht auf die Kapitulationen, auf Grund deren ihre Staatsangehörigen bis dahin der Gerichtsbarkeit ihres eigenen Konsuls unterstanden; auch für sie traten in Tunis fortan die einheimischen Gerichte in Kraft. Im April 1897 machte Fürst Hohenlohe die alljährliche Reise zu seinem Pariser Zahnarzte, diesmal aber fand eine Begegnung mit Hanotaux statt, bei der politische Dinge in Fluß kamen[1]). Das war seit dem Berliner Kongresse die erste und auch die letzte Zusammenkunft der Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands und Frankreichs. Das nächste Ergebnis war die Einigung über die strittigen Grenzen der Kolonie Togo (23. Juli 1897).

Wichtiger ließ sich eine andere Besprechung an, die sich auf Südafrika bezog. Es handelte sich um die portugiesischen Besitzungen im Südosten, um die Mündung des Zambesi wie um die Delagoabai. England drückte auf Portugal, um die Verfügung über diesen wichtigen Hafen zu erhalten, den einzigen Luftkanal vom Burenland ans Meer. Die deutsche Regierung regte gemeinsame Abwehr an, in Paris hatte man dafür Verständnis. Die zwei Kabinette kamen sich näher, und in Berlin wurde auf Grund dieser Besprechungen eine Denkschrift ausgearbeitet, die Botschafter Graf Münster am 19. Juni 1898 Hanotaux übergab. Das Schicksal dieser Denkschrift soll uns noch beschäftigen.

So bahnte sich ein Verhältnis an, ähnlich wie unter Bismarck und Ferry. Nur besaßen diese zwei Staatsmänner ungleich mehr Kraft und Autorität als ihre Nachfolger. Es gab aber durch kurze Zeit eine doppelte französische Politik, eine gereizte, nach außen gewendete, die im Hinblick auf Elsaß-Lothringen mit ihrer Unversöhnlichkeit Staat machte, und eine praktische, die durch die Not-

[1]) Hanotaux, „Fachoda“, S. 114, 131. Die Beruhigung, die damals in Deutschland herrschte, erhellt aus dem Jahresbericht Th. Schiemanns in der „Kreuzzeitung“ vom 29. Dezember 1897, wieder abgedruckt in Schiemanns „Deutschland und die große Politik Anno 1901“.

wendigkeiten der Kolonialpolitik bestimmt war. Darüber werden die Akten der geheimen Archive noch manchen Beitrag enthalten.

Es sollte aber nicht zur Gesundung des am deutsch-französischen Gegensatze kranken Europa kommen. Schuld und Mißgeschick verstrickten sich, um Frankreich wieder an den Abgrund eines Vergeltungskrieges zu reißen. Der Prozeß des Hauptmanns Alfred Dreyfus, der 1894 wegen Landesverrats zur Verschickung auf die Teufelsinsel verurteilt worden war, entzweite die Geister bis zum Äußersten. Es war ihm zur Last gelegt worden, Spionage zugunsten Deutschlands getrieben zu haben. Die Klerikalen, die Monarchisten und die Antisemiten riefen, da für die Unschuld des Verurteilten zwingende Beweise vorgebracht wurden, den Haß gegen Deutschland auf, damit ihnen das Opfer gewiß nicht entgehe: nur so konnten sie ihren Einfluß im Lande, besonders im französischen Generalstab behaupten. Ihnen warfen sich die Radikalen und die Sozialisten entgegen, die, von der Unschuld des Hauptmanns überzeugt, auch von dem leidenschaftlichen Bemühen angetrieben waren, die Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen und die Herrschaft über die Geister festzuhalten. Die Rechtsfrage war bloß Aushängeschild, in Wahrheit kämpfte das alte Frankreich mit den Erben der Revolution um die Macht im Heere und in den leitenden Stellen. Eine Flut von Haß und Verleumdung ergoß sich aus dem Lager der Dreyfusgegner über Deutschland und seinen Kaiser. Der rasende Nationalismus stempelte jeden zum Verräter, der für die Unschuld des Hauptmanns eintrat. Endlich fand das Ministerium Waldeck-Rousseau 1899 den Mut zu dessen Begnadigung, aber die Erregung zitterte noch durch Jahre nach.

Mitten unter diesen Stürmen, die es Hanotaux erschwerten, auf der Linie seiner Politik zu bleiben, vollzog sich in Deutschland ein wichtiger Ministerwechsel. Staatssekretär Marschall von Bieberstein stand, da er Caprivis Mitarbeiter an der Handelspolitik gewesen war, auch nach dessen Sturz unter dem Kreuzfeuer der preußischen Konservativen und der Agrarier; ebensowenig verziehen ihm die Verehrer Bismarcks, daß er von der Bahn des großen Staatsmannes abgewichen war. Dazu kamen persönliche Gegnerschaften und Schwierigkeiten, so daß Marschall im Herbst 1897 die erbetene Entlassung erhielt, um bald darauf nach Konstantinopel als Botschafter abzugehen. Zu seinem Nachfolger wurde am 20. Oktober 1897 Bernhard

von Bülow ernannt, bislang Botschafter beim König von Italien. Es gab nur eine Meinung, daß er die beste Kraft im diplomatischen Dienste des Reiches war. Nun nahmen die Schwankungen in der äußeren Politik ein Ende. Das Schiff hatte wieder einen Steuermann.

*

Faschoda

Englisches Ultimatum an Frankreich

Je höher die Verwirrung in Frankreich stieg, desto rücksichtsloser bedrängte England, so oft sich in Afrika Interessengegensätze auftaten, seinen Nebenbuhler. Das Jahr 1898 war das stürmischeste während der jahrelangen Dreyfuskrise, es war zugleich dasjenige, in dem Britannien zweimal ein Ultimatum nach Paris schickte und die Regierung der Republik zum Rückzuge zwang.

Im ersten Fall handelte es sich um das Mündungsgebiet des Nigerstromes, durch welches die beste Zufahrt zum französischen Sudan gegangen wäre, wenn es nicht den Briten gehört hätte. Grenzstreitigkeiten stellten sich ein — sofort fuhr England mit Kriegsdrohungen dazwischen. Nur einem schwächeren Staate gegenüber durfte eine Sprache geführt werden, wie die Lord Selbournes, des Unterstaatssekretärs für die Kolonien. Er sagte im Parlament: „Ohne Zweifel wollen wir den Frieden, aber wir wollen ihn nicht um jeden Preis. Wir haben wegen Madagaskar keinen Krieg geführt, weil ein solcher uns im Verhältnis zur Wichtigkeit der in Frage stehenden englischen Interessen zu viel Opfer auferlegt hätte; aber kann man dasselbe von Westafrika sagen?" Dieselbe Drohung klang aus der Bemerkung des Staatssekretärs Chamberlain, England werde daran denken müssen, in Afrika ein stehendes Heer zu errichten. Darauf wich die Regierung der Republik zurück und England setzte im Vertrag vom 14. Juni 1898 die meisten seiner Forderungen in Nigeria durch. Das Ergebnis wird von dem französischen Schriftsteller Tardieu mit den bitteren Worten gekennzeichnet: „Durch eine fortgesetzte Offensive, deren Wirkung durch das Zögern unserer Staatsmänner ver-

schärft wurde, bemächtigte sich unser unerbittlicher Nebenbuhler der großen Straße zum Eindringen in das westliche Afrika[1]."

Das war aber bloß ein Vorspiel zu größeren Dingen, zu einer der schwersten diplomatischen Niederlagen, die eine Großmacht je über sich ergehen ließ. Diesmal handelte es sich nicht um einen Grenzstreifen, sondern um die Herrschaft über die weite Landschaft am Weißen Nil, den sogenannten Bahr-el-Gasal, wo die Engländer sich schon 1894 ohne Erfolg hatten festsetzen wollen. Das war eine Angelegenheit von Weltbedeutung, in der England seine ganze Kraft einsetzte, da es im Nilgebiet Alleinherrscher sein wollte.

Der Ausgang war im Jahre 1896 noch ungewiß. Denn damals zog Kitchener erst mit seinem Heere zum Kampfe gegen das Reich des Mahdi aus. Nur wenn er, nach Süden vordringend, auch die Landstriche am oberen Nil unterwarf, waren die Hoffnungen Frankreichs vereitelt. Die Franzosen wollten ihm aber zuvorkommen. Zu diesem Zwecke wurde im französischen Kongo eine Expedition ausgerüstet, die, vom Westen kommend, vor Kitchener am oberen Nil anlangen sollte. Hauptmann Marchand, der Führer der Unternehmung, brach 1896 mit neun Offizieren und etwa zweihundert afrikanischen Soldaten vom Kongo auf und schiffte diesen Strom, dann dessen linken Nebenfluß Ubanghi aufwärts; hierauf brachte er seine kleine Flottille mit unsäglicher Mühe über die Wasserscheide, welche das Kongo- vom Nilgebiet trennt. Glücklich erreichte er am 10. Juli 1898 den Nilstrom bei Faschoda und pflanzte die französische Fahne auf. Die Franzosen waren also die ersten auf dem Platze. Erst einige Wochen später, am 2. September, besiegte Kitchener die Mahdisten bei Omdurman und zog zwei Tage darauf in Chartum ein. Kaum erhielt er die Nachricht vom Erscheinen Marchands am Nil, so brach er mit 2000 auf Kanonenbooten eingeschifften Soldaten auf, fuhr den Nil aufwärts und traf am 19. September in Faschoda ein. Er forderte von Marchand die Räumung des Platzes und die Herunterholung der französischen Fahne. Vergebens wendete der französische Offizier ein, er habe das Land herrenlos gefunden und es für die Republik in Besitz genommen. Die Antwort Kitcheners lautete: der ganze Sudan sei bis 1880 ägyptischer Besitz gewesen, besäße also einen rechtmäßigen Herrn, und er habe das Land für Ägypten zurückerobert.

[1]) Tardieu, „La France et les Alliances", 3. Ausg. Paris 1910. S. 48.

Bei der Frage nach Recht oder Unrecht wird man sich nicht lange aufhalten mögen. Hauptsache war, daß England unter keinen Umständen im Nilland eine andere Macht dulden wollte. Auf die Eroberung aller Gebiete von Alexandrien bis an den Indischen Ozean waren seine vieljährigen Anstrengungen gerichtet gewesen und nur, wenn es im Kriege unterlag, durfte es hinnehmen, daß sein afrikanisches Reich durch das Eindringen der Franzosen in zwei Hälften zerschnitten werde. Deshalb verlangte die englische Regierung von der französischen in den schärfsten Ausdrücken den Abzug Marchands. Der Schatzkanzler Hicks-Beach sagte in öffentlicher Rede: „Wir werden vor nichts zurückweichen, ich erkläre es als Minister der Krone. Es wäre ein großes Unglück, wenn wir uns nach achtzig Jahren des Friedens in einen Krieg mit Frankreich verwickelt fänden; aber schließlich gibt es ärgere Übel als den Krieg."

Zu dieser Zeit war das Ministerium Meline mit Hanotaux nicht mehr am Ruder. Es war vom Sturme des Dreyfushandels im Juni 1898 weggefegt worden: es schreckte vor dem Bruche mit dem Generalstab und der kirchlichen Partei zurück und mußte einem radikalen Ministerium Platz machen. Gerade während der Ministerkrise überreichte der deutsche Botschafter die obenerwähnte Denkschrift über Südafrika dem aus dem Amte scheidenden Hanotaux. Dieser nahm das Schriftstück entgegen, bemerkte aber, die Erledigung werde Sache seines Nachfolgers sein. Im neuen Ministerium war Brisson Präsident, Theophil Delcassé lenkte die auswärtigen Angelegenheiten. Delcassé aber war in die dicksten Vorurteile seiner Landsleute eingesponnen: er gehörte zu den Unseligen, die vom Anfang an den Krieg mit Deutschland vorbereiteten. Sein Mißtrauen gegen Deutschland war so groß, daß selbst französische, in Berlin tätige Diplomaten ihm vergebens vorstellten, er gehe darin zu weit, Kaiser Wilhelm sei gar nicht der geschworene Feind Frankreichs, wie er sich ihn vorstellte. So geschah etwas im diplomatischen Verkehr Ungewöhnliches: der französische Minister des Äußern ließ das Berliner Kabinett einfach ohne Erwiderung, was nun freilich die deutlichste Antwort war.

Als die englische Regierung Frankreich vor die Wahl stellte, Marchand abzuberufen oder eines Krieges gewärtig zu sein, hätte die einfachste Klugheit die französischen Minister bestimmen sollen, auf Grund der aus Berlin angelangten Vorschläge zu erwägen, ob

man nicht an Deutschland einen Rückhalt finden könne. Das aber kam Herrn Delcassé nicht in den Sinn. In Berlin, wo vom Juni bis Oktober 1898 vergebens auf Antwort gewartet wurde, war man durch die französische Unhöflichkeit schwer gereizt. Graf Münster, immer ein Freund des Zusammengehens mit England, behielt Recht mit seiner Vorstellung, daß mit der französischen Regierung nichts anzufangen war. In halbamtlichen Artikeln der „Post" und der „Berliner Neuesten Nachrichten" kam der Unwille der deutschen Regierung zu scharfem Ausdruck. Von jetzt ab wandte sich Deutschland bestimmt von Frankreich ab und reichte dem England Lord Salisburys die Hand, das nicht anspruchsloser, aber zuverlässiger war als der westliche Nachbar. Das war die Richtung, in der sich die deutsche Politik fortan im großen und ganzen bewegte. Damit begann Bülow seine Amtswirksamkeit.

England triumphierte. Nun stand es der vereinsamten französischen Republik Aug' in Aug' gegenüber. Es rief die Gewalt zur Richterin auf. Ein britisches Geschwader erschien an der Küste von Tunis und machte Miene, den Hafen von Biserta als Faustpfand in Beschlag zu nehmen. Das hätte sich leicht machen lassen, da Biserta noch nicht zum Kriegshafen ausgebaut war. Frankreich war zum Seekriege nicht gerüstet, auch blickte man ängstlich über den Rhein. In Paris brach, wie Hanotaux bezeugt, eine förmliche Panik aus, und die Regierung mußte sich zur Unterwerfung bequemen. Am 4. November 1898 wurde eine Note veröffentlicht, aus der die Welt erfuhr, daß die Räumung von Faschoda zugestanden war. Marchand erhielt den Befehl, den Nil zu verlassen und nach Osten abzurücken, um Dschibuti, den französischen Hafen an der Ostküste Abessyniens, zu erreichen und sich hier nach Frankreich einzuschiffen. So hatte der tapfere Mann Südafrika an der breitesten Stelle durchquert, ohne seinem Vaterland etwas mitzubringen.

*

Abgrenzung des englischen und des französischen Reiches in Afrika

In England wurde aus dem Jubel über den leicht errungenen Sieg kein Hehl gemacht. In harten Reden berühmte sich die konservative Regierung des Erfolges und die liberale Opposition stimmte zu. Chamberlain sprach vierzehn Tage später wegwerfend von der französischen Nation, „deren Betragen danach angetan war, den Unwillen des englischen Volkes zu erregen“. Noch schärfer äußerte er sich in einer am 18. Januar 1899 gehaltenen Rede. Er nannte die Erschwerung des englischen Handels mit dem von Frankreich 1896 eroberten Madagaskar einen Treubruch; von dem Verhalten Frankreichs in dem Streite um den Fischfang an der Küste von Neufundland sagte er, es sei „das typische Beispiel einer boshaften Politik, welche augenscheinlich darauf ausgehe, den größtmöglichen Schaden und Ärger für andere mit möglichst geringen Vorteilen für sich selbst zu verbinden“. Herausfordernde Worte, die den Ausspruch Montesquieus in Erinnerung riefen: „Die Insellage erlaubt den Engländern, alle Welt ungestraft zu beleidigen.“ Ein neuer Zwist erhob sich, als die Franzosen Anfang 1899 in Ostarabien festen Fuß faßten und sich vom Sultan von Maskat einen Hafen am Persischen Meerbusen, Bender Jissey, abtreten ließen. Diese Küsten nun wurden von Britannien als Vorwerke seines ostindischen Reiches angesehen; deshalb erschien der Vizekönig von Indien, Lord Curzon, im Februar 1899 mit einer Flotte vor Maskat und nötigte den Sultan durch die Drohung der Beschießung, den Vertrag mit Frankreich rückgängig zu machen. Der britische Anspruch drang auch hier durch und es war lediglich ein Pflaster auf die Wunde, daß Frankreich am Persischen Meerbusen eine Kohlenstation erhielt.

Nach dem Abzuge Marchands wurden zwischen London und Paris Unterhandlungen geführt, um die Grenzen der beiderseitigen Besitzungen in Afrika endgültig abzustecken. Dabei stießen die französischen Diplomaten auf eine nicht erhoffte Mäßigung. Lord Salisbury hatte es gern gesehen, daß seine Amtsgenossen bissige und drohende Reden hielten, um Frankreich einzuschüchtern: er selbst trat nicht aus seiner

stolzen Ruhe heraus und beschwichtigte die erregten Gemüter auf beiden Seiten des Kanals. Er schöpfte jedoch den Rahm von der Milch ab, die er von seinen Kollegen aufrühren ließ. Als das französische Kabinett durch die erlittenen Mißhandlungen mürbe geworden war, schloß Salisbury mit ihm am 21. März 1899 einen Vertrag, der England zwar alles sicherte, was es benötigte, der Republik aber nach all ihrem Mißgeschick eine gewisse Genugtuung bereitete.

Das Abkommen von 1899 ist das wichtigste von allen, die über die Teilung Afrikas zustande gekommen sind. Es verfügte über alle die weiten Gebiete des schwarzen Erdteils, derentwegen die Westmächte seit Jahrzehnten im Hader lagen. Dagegen blieben die Streitfragen ungelöst, die in den anderen Erdteilen schwebten. In Afrika selbst einigte man sich über alles Tatsächliche, wogegen die Rechtsfrage, wohin Ägypten eigentlich gehörte, nicht berührt wurde. Das blieb nach wie vor unentschieden.

Die Hauptbestimmung des Vertrages war die tatsächliche Überlassung des ganzen Nilgebietes an England. Dieses herrschte danach von Deutsch-Ostafrika bis ans Mittelländische Meer: so war es 1893 mit Deutschland, jetzt mit Frankreich abgemacht (Seite 129).

Dafür wurde den Franzosen in Westafrika ein weiter Raum der Betätigung eingeräumt. Nicht daß England einen Fußbreit von dem abtrat, was ihm gehörte. Es erkannte aber das Recht Frankreichs an, sich von Westafrika aus gegen die Sahara zu und sonst ins Innere nach Belieben auszudehnen. Noch mehr: auch die große Wüste wurde der Republik fast ganz zugesprochen. Bloß westlich von Ägypten wurde ein Stück der Sahara herausgeschnitten und neutral erklärt, denn die zwei Reiche sollten nicht unmittelbar aufeinander stoßen, um nicht wieder in Streit zu geraten. Alles übrige gehörte Frankreich. Dieses erlangte außerdem die Anerkennung seiner Herrschaft über Madagaskar, doch wurden die Beschwerden der Briten wegen Unterbindung ihres Handels abgestellt.

Somit erhielt Frankreich den ungeheuren Raum vom Atlantischen Ozean über die Sahara hinweg bis Algier und bis nahe ans Niltal zugesprochen. Es stand ihm frei, seine bisher getrennten Gebietsteile zu einem Ganzen zu vereinigen. Das ist in den nächsten Jahren auch geschehen, die Sultanate von Bornu und Kanem südlich von der Sahara wurden 1900 unterworfen. Auf der fran-

zösischen Kolonialkarte bot die neue Abgrenzung ein schönes Bild, den Engländern aber kostete die Befriedigung der Eigenliebe der Franzosen nicht das geringste Opfer. Es liegt nahe, diesen Vertrag mit dem von 1890 zu vergleichen, den Großbritannien zu gleichem Zwecke mit Deutschland schloß. Hier bezahlte es mit der kleinen Insel Helgoland, dort mit der ihm nicht einmal gehörenden Sahara. Die letztere war kein hoher Kaufpreis für das ostafrikanische Reich Englands.

Das französische Parlament hatte sich im November 1898 dem Ultimatum Englands in der Faschodafrage unterworfen und fühlte sich im Frühjahr darauf durch den Vertrag vom 21. März erleichtert. Die Kammern wußten nichts von der deutschen Denkschrift, die Delcassé unter den Tisch hatte fallen lassen. Im Jahre 1902 wurde die Tatsache jedoch bekannt, worauf Delcassé heftig angegriffen wurde. Er entschuldigte sich damit, daß die deutsche Regierung ein bestimmtes Angebot zum Zusammengehen nicht gemacht hätte. Ob dies nun richtig ist oder nicht: auf jeden Fall hatte er die Pflicht, alles zu versuchen, was seinem Lande die Demütigung von Faschoda ersparen konnte. Das ist ihm auch von einsichtigen Franzosen vorgehalten worden. Zu ihnen gehörte Hanotaux, der es für verfehlt erklärte, eine der Großmächte grundsätzlich von politischen Berechnungen auszuschließen[1]).

Nach der 1904 stattgefundenen Aussöhnung Frankreichs und Englands berühmte sich Delcassé, er hätte von Anfang an diesen Ausgleich angestrebt und deshalb wäre er im Faschodahandel zurückgewichen. Es wird aber noch zu erzählen sein, daß er in den sechs Jahren bis 1904 wiederholt, besonders während des Burenkrieges, Englands Politik zu durchkreuzen versuchte: das würde nicht geschehen sein, wenn ihm der große Plan eines Bündnisses mit England vorgeschwebt hätte. Er trat in der Faschodasache den Rück-

[1]) Hanotaux, „Fachoda", S. 132. Viel schärfer spricht sich der anonyme Aufsatz „Quatre ans de politique extérieure" aus, der 1902 in der „Revue politique et parlementaire" erschien, welche Arbeit Hanotaux zugeschrieben wurde. — Auch das Urteil in dem Buche Lémonons, „L'Europe et la politique anglaise" ist für Delcassé nicht günstig. — Dagegen wurde er von Victor Bérard [„La France et Guillaume II." (Paris 1907)] verteidigt, und André Mévil schrieb ein ganzes Buch zum Preise Delcassés, der das Material dazu lieferte. Es trägt den Titel „De la paix de Francfort à la conférence d'Algésiras" (Paris 1909).

zug nicht aus Berechnung, sondern infolge einer schiefen Beurteilung der internationalen Lage an. Indessen haben ihm seine Landsleute verziehen, da sie der Freundschaft mit England steigenden Wert beimaßen. Je höher die Verbitterung gegen Deutschland stieg, desto leichter nahm man den Fehlgriff von 1898. So konnte Delcassé seine Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten mit einer Niederlage beginnen und 1905 mit einer anderen in der Marokkofrage schließen, ohne den Boden unter den Füßen zu verlieren. Kühn geworden durch diese Erfahrungen, betrieb er als einer der eifrigsten die Vergeltung an Deutschland und nahm die Verantwortung auf sich, den Weltkrieg vorzubereiten. Darf man die Unzulänglichkeit seiner Begabung als Milderungsgrund gelten lassen? Er ist der Typus der gewandten Mittelmäßigkeit, die in großen Verhältnissen verdientermaßen zusammenbricht.

Wiewohl auch damals die deutschfeindliche Strömung in Frankreich weit überwog, so gab es doch wieder Anhänger der Verständigung, aber nur wenige wagten sich mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit. Zu diesen gehörte Jean Darcy, der während des Burenkrieges einem Bunde Frankreichs mit Deutschland das Wort sprach; die beiden großen Nationen würden Südafrika vor der Unterjochung durch England schützen können[1]). Immer spielte der Gedanke hinein, daß dann auch Ägypten für Frankreich gewonnen werden könnte[2]). In diesem Sinne tauchte in Paris das Schlagwort auf: „Für den Rhein der Nil, die Pyramiden für den Straßburger Münster!" Es fehlte jedoch viel, daß dieses Programm auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre. Die Stimmung hatte sich aber so weit geändert, daß Ende Januar 1899 ein Schulschiff der deutschen Kriegsmarine im algerischen Hafen Oran anlegen konnte und zuvorkommend aufgenommen wurde. Abschließend ist zu sagen, daß in den breiten Schichten des französischen Volkes nach dem Schlage von Faschoda

[1]) „La conquête de l'Afrique" S. 233.

[2]) Eugène Aubin sagt in der Einleitung seines Buches: „Les Anglais aux Indes" (Paris 1899): „Après l'occupation anglaise, un rapprochement opportun avec l'Allemagne pouvait peut-être encore sauver la position diminuée de la France en Égypte; la sentimentalité nationale ne l'a point permis" ... „Une politique sentimentale est mauvaise comme toutes les politiques absolues. C'est la politique de revanche contre l'Allemagne qui, en concentrant notre attention et nos forces sur notre frontière de l'Est, a donné l'Égypte à l'Angleterre."

die Abneigung gegen England die gegen das Deutsche Reich überwog. In einer Flut von Büchern und Schriften kam diese Stimmung zum Ausdruck.

Den Franzosen war es in ihrem Ungemach ein Trost, daß sich gegen Ende des Jahrhunderts ihr Kolonialreich stattlich rundete. Die Flächenausdehnung hat nicht viel zu bedeuten, da in den elf Millionen Quadratkilometern ihres Kolonialreiches auch die Wüste Sahara steckt. Im ganzen war das Gebiet 1908 zwanzigmal so groß wie das Mutterland; die Republik besaß also nach England und Rußland den größten überseeischen Besitz, der — in den verschiedenen Erdteilen — 45 Millionen Einwohner in sich schloß. Der wirtschaftliche Aufschwung dieser Ländergebiete war bemerkenswert. Im Zeitraume von 1895 bis 1899 betrug die jährliche Ausfuhr aus Frankreich nach den Kolonien im Durchschnitt 379,7 Millionen Franken, die Einfuhr 410,3 Millionen, im Jahrfünft 1905 bis 1909 stiegen die Ziffern auf 574,8 und 653,9 Millionen. Dabei ist Algier nicht mitgerechnet, das aus Frankreich 1909 bereits für 397,1 Millionen Franken bezog und dorthin für 272 Millionen ausführte.

Die Republik hat also in Frankreich vollbracht, was weder den Bourbonen noch Napoleon I. gelungen war. Die Behauptung, die Franzosen hätten nicht die Fähigkeit, überseeische Gebiete zu verwalten, läßt sich nicht aufrechterhalten. Die Nation war immer zu Opfern bereit, und wenn sich auch unter der Republik Zeichen des Verfalls einstellten, so haben deren freie Einrichtungen doch die Selbständigkeit entwickelt, welche den Eroberern und Besiedlern von Kolonien unentbehrlich sind.

*

Die Erfolge der britischen Politik

Am Ende des Jahrhunderts war England wieder die erobernde Macht, die es bis zur Niederwerfung Napoleons I. gewesen. Die Besetzung Ägyptens 1882 war der erste Griff, dem zahlreiche andere folgten. Liberale und konservative Regierungen beteiligten sich abwechselnd, wenn auch nicht mit gleicher Kraft, an der Arbeit. Der alte Gladstone kam dadurch in Widerspruch zwischen seinen Grund-

sätzen und den notwendigen Taten: von Zeit zu Zeit beteuerte er, Ägypten werde den Versprechungen Englands gemäß früher oder später geräumt werden. Aber auch, wenn er am Ruder war, blieb alles beim alten. Noch 1893 gab er bündige Versicherungen, indem er sagte: „Ich kann lediglich meiner allgemeinen Meinung Ausdruck geben, daß die Okkupation Ägyptens die Übernahme von Schwierigkeiten und Lasten bedeutet, daß eine dauernde Besetzung unserer traditionellen Politik widersprechen würde und daß sie sich nicht mit Treu und Glauben gegenüber der souveränen Macht vereinigen ließe, weil sie den Gesetzen Europas zuwider wäre." War diese Zusage aufrichtig gemeint? Das Pathos war berechnet für die ihm anhängenden Radikalen, wie überhaupt für die naiven Gemüter; indessen genügte es den Wissenden unter seinen Landsleuten, daß Gladstone keine Frist für die Räumung des Nillandes angab. In seinem Innern lag der Friedensfreund und gläubige Christ stets mit dem Beherrscher des Weltreiches im Streite: indessen siegte in ihm regelmäßig der praktische Staatsmann.

Dieses moralische und politische Spinnengewebe zerriß unter der festen Hand Salisburys, dessen drittes Ministerium England zu den größten Erfolgen verhalf. Er und Chamberlain ergänzten sich vortrefflich. Scherzhaft könnte auf sie das Bild in den „Fliegenden Blättern" bezogen werden, auf dem die Hausfrau ihrem Gast eine derbe Arbeitsfrau mit der Bemerkung zeigt: „Die Magd hab' ich zum Grobsein." Chamberlain mußte in die englische Auslandspolitik nicht erst Rücksichtslosigkeit hineintragen, denn die Ausrottung der französischen Missionen in Uganda, wie die brutale Behandlung Portugals fanden schon vor seinem Eintritt ins Amt statt. Dagegen trug die Führung der Faschoda-Angelegenheit seine Marke. Er rechnete mit der Tatsache, daß, während Frankreich sich gegen Deutschland mit Erz panzerte, seine Küsten und Kolonien gegen Großbritannien nicht verteidigt werden konnten. Auf der Uneinigkeit der zwei großen Kulturnationen des Festlandes waren die Siege des englischen Imperialismus aufgebaut.

Das britische Reich in Ostafrika war indessen so lange nicht abgerundet, als das Burenvolk frei und die deutschen Kolonien nicht erobert waren. Die Zertretung der Burenrepubliken war das eigenste Werk Chamberlains, doch wurde die diplomatische Vorbereitung von Salisbury besorgt. Es war nämlich notwendig, früher, noch vor dem

Schlage gegen die Buren, sich erst mit den drei Großmächten auseinanderzusetzen, die störend dazwischentreten konnten. Es wird noch zu erzählen sein, wie Deutschland durch den 1898 über die portugiesischen Besitzungen geschlossenen Vertrag von den Buren abgezogen wurde. Im Jahre darauf setzte sich Großbritannien auch mit Frankreich und mit Rußland auseinander. Diesem Zwecke diente das mit Frankreich am 21. März 1899 getroffene Abkommen über die Teilung Afrikas, bei der die Republik verhältnismäßig gut abschnitt. Unmittelbar darauf, am 28. April 1899, folgte der Vertrag mit Rußland, der die Einflußgebiete in China festsetzte: die Mandschurei für das Zarenreich, den Yangtsekiang für die Briten (Seite 153). England hatte hier eine offene Hand, natürlich auf Kosten eines Dritten. Die Großmut lohnte sich aber, da die Goldfelder der Südafrikanischen Republik den Preis wert waren. Als das Jahrhundert zur Rüste ging, waren die drei Großmächte Deutschland, Frankreich und Rußland nicht übel abgefunden, jetzt kamen die Buren an die Reihe.

X

Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts. Flottenbau. Bagdadbahn

Karg genug war, indessen die Weltmächte in Afrika und Asien rüstig zugriffen, die von den Deutschen eingebrachte Ernte. In den Jahren zwischen der Erwerbung Deutsch-Ostafrikas 1885 und Kiautschous 1897 fand keine Mehrung des deutschen Kolonialbesitzes statt, wogegen selbst Frankreichs sinkende Macht sich über die Gebiete am Niger und Kongo wie in Madagaskar ausbreitete. Gleich dem ungelenken Riesen des Märchens wußte Deutschland von seiner Stärke keinen rechten Gebrauch zu machen. Das Lob der Friedfertigkeit war verdient, aber kein Ersatz für den Entgang bei der Teilung der Welt.

*

Wirtschaftlicher Aufschwung Deutschlands

Diese Selbstbescheidung stand in umgekehrtem Verhältnisse zu der überraschenden wirtschaftlichen Entfaltung der Nation. Vielleicht aber war gerade solches Wachstum die Hauptursache, weshalb kein zwingendes Bedürfnis nach überseeischem Erwerb bestand. Fanden doch Tatkraft, Erfindungsgeist, wie das Angebot von fleißigen Händen Verwendung in der Heimat. Die Auswanderung über See sank: sie erreichte 1881 den Gipfel mit 221 000 Köpfen, schwankte dann mehrfach, erhob sich 1891 noch einmal auf 120 000, sank jedoch bis 1897 unter 30 000 und hielt sich längere Zeit auf dieser bescheidenen Höhe. Für die innere Kraft der Nation eine Wohltat, für die Geltung über See aber eine Schicksalsfügung, da die Auswanderung gerade von dem Zeitpunkte an zurückging, in dem alle Nationen Europas von dem Drange nach Ausdehnung erfaßt wurden.

Unter allen Ländern sind in diesem Zeitraum das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten wirtschaftlich am kräftigsten fortgeschritten. In der Industrie hatte Deutschland überall dort, wo Wissenschaft und Technik die Wege wiesen, die Vorhand. Auch in den Massenartikeln strebte es stattlich in die Höhe, kam aber hierin Nordamerika nicht überall gleich. Da die Häufung von Ziffern eher erdrückt als belehrt, so seien nur wenige angeführt, wobei die Gewinnung von Eisen und Kohle als Maßstab dienen mag. England wurde vom Deutschen Reich in kräftigen Sprüngen erreicht und überholt. In dem Vierteljahrhundert vor dem Weltkriege stieg die Produktion von Roheisen in Deutschland von 4 Millionen auf 17,8 Millionen, also um 344 Prozent, in England von 7,7 auf 9 Millionen Tonnen, bloß um 17 Prozent. Jenseits des Kanals trat also, wenn man die Zunahme der Bevölkerung in Betracht zieht, Stillstand ein, in Deutschland mächtiger Aufschwung. Nur wenig günstiger war für England das Verhältnis bei der Förderung von Kohle. Sie hob sich in Deutschland im selben Zeitraum von 76,2 auf 255,8 Millionen Tonnen, also um 240 Prozent, in England auf 264 Millionen, im ganzen um 60,7 Prozent. Die Vereinigten Staaten haben indessen auch die Deutschen mit beflügelter Eile überholt. Diese zwei Länder waren 1870 in der Kohlenförderung mit rund 34 Millionen Tonnen noch auf gleicher Höhe gestanden; in der Union aber war das Steigen so rasch, daß schon am Ende des Jahrhunderts hier doppelt soviel Kohle gewonnen wurde als in Deutschland.

In der Fabriksindustrie sahen sich die Briten von den Deutschen bedrängt, nicht bloß auf fremden, auch auf den einheimischen Märkten. Zum erstenmal wurde dies durch die 1885 vom englischen Parlament veranstaltete Untersuchung umfassend festgestellt. Die Deutschen waren damals schon gefährliche Konkurrenten, wobei die einvernommenen Industriellen gestehen mußten, daß die deutsche Ware billiger war, daß die deutschen Fabrikanten sich dem Geschmacke des Käufers gewandt anschmiegten, während der Engländer bei den überkommenen Mustern und Modellen stehenblieb. Sprachkenntnis, Unermüdlichkeit, Schmiegsamkeit waren die Vorzüge der deutschen Geschäftsreisenden.

Anders stand es auf dem Gebiete des Seehandels. Hier war die Entwicklung im großen die, daß England auf der alten Höhe blieb, die Deutschen sich daneben kräftig in die Höhe reckten, die Vereinigten Staaten dagegen ermatteten. Im Jahre 1871 stand der Außenhandel des Deutschen Reiches erst an vierter Stelle, es überflügelte aber gegen

Ende des Jahrhunderts die Union ebenso wie Frankreich und trat somit unmittelbar hinter England. Das erhellt aus einem Blick auf die Entwicklung der Handelsflotten. Die Tonnenzahl der Kauffahrer der Welt stieg von 1870 bis 1897 im ganzen um 138 Prozent. Nun behauptete sich England ehrenvoll, da es mit der Steigerung von 185 Prozent den Durchschnitt überstieg. Deutschland aber hob sich um 256 Prozent, in Frankreich betrug die Steigerung nur 100 Prozent, in der Union endlich war eine Abnahme von 15 Prozent zu verzeichnen. Unter diesen Verhältnissen behauptete England sein starkes Übergewicht: während sein industrieller Vorrang schwand, blieb sein maritimer unverändert. Deutschland wuchs in die Höhe, ohne sich jedoch im Seehandel mit dem gewaltigen Nebenbuhler messen zu können. Wohl stieg die deutsche Handelsflotte von 1896 bis 1913 von 1 970 000 auf 5 082 000 Bruttoregistertonnen, also um 160 Prozent. Die entsprechenden Ziffern in England sind 13 146 000 und 18 700 000 Tonnen. Somit betrug die Steigerung jenseits des Kanals nur 40 Prozent. Trotzdem aber standen bloß 5 082 000 deutsche den 18 700 000 englischen Tonnen gegenüber. Der kontinentale Nebenbuhler blieb also noch beträchtlich zurück, England war unbestritten die erste Seemacht der Welt.

In den Ziffern des Außenhandels war das Bild für England nicht ganz so günstig. Die Gesamtsumme des Exports aller europäischen Staaten zusammengenommen stieg von 1860 bis 1897 von 29 auf 73 Milliarden Mark, also um 150 Prozent. Während nun Englands Steigerung sich im Durchschnitt erhielt, hob sich der Außenhandel Deutschlands in diesem Zeitraum um 240 Prozent. Die Steigerung ging in der genannten Epoche in Deutschland von 2½ auf 8½ Milliarden Mark, England stand aber 1897 noch immer mit 15 Milliarden an der Spitze. Das hängt damit zusammen, daß die Briten ihre einheimische Produktion möglichst auf die Ausfuhr eingerichtet hatten, welcher eine entsprechend massenhafte Einfuhr, besonders von Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten gegenüberstand. England ist, um diesen Kreislauf nicht zu stören, beim Freihandel geblieben.

Das Gesamtergebnis war also, daß die Engländer mit ihrer Industrie nicht mehr den Weltmarkt beherrschten, daß aber ihre Handelsflotte nach wie vor für die Seefrachten maßgebend blieb. Dies letztere war besonders im Verkehr mit Amerika der Fall, während die deutschen Häfen sich von den Briten unabhängig machten. Früher hatten sie auch in den deutschen Hansestädten die Vorherrschaft, allgemach wurden

die letzteren doch Herren im eigenen Hause. Hamburg ist dafür das beste Beispiel. Im Jahre 1872 stand der britische Handel daselbst noch an der Spitze, die englischen Schiffe enthielten 55 Prozent des Nutzraumes sämtlicher anlegenden Fahrzeuge, die deutschen Schiffe nur 32 Prozent. Das Verhältnis kehrte sich dann um, der britische Anteil war 1903 auf 35 Prozent gesunken, der deutsche auf 54 gestiegen. Die Engländer waren nicht mehr wie früher die Hauptfrächter für den deutschen Warenverkehr, das Geschäft ward zum großen Teile von den deutschen Reedern betrieben. Die letzteren traten selbst mit den Ländern über See in steigenden Verkehr. Wohl hat sich der Handel der Deutschen mit England von 1872 bis 1902 verdoppelt, aber der mit den außereuropäischen Häfen verfünffacht. Gleichzeitig wurde der deutsche Reeder vielfach der Vermittler zwischen den Häfen dritter Staaten, zumal im Personenverkehr, da die neuen deutschen Schnelldampfer die alten englischen Passagierschiffe an Billigkeit und Bequemlichkeit übertrafen. Der Brite sah sich überall bedrängt, mindestens im Geschäftsgewinn beeinträchtigt.

Aus diesen Umständen ergab sich die Verschiedenheit des Verhältnisses Englands zu den Vereinigten Staaten und zu Deutschland. Je höher die Aus- und die Einfuhr der Vereinigten Staaten stieg und je dürftiger sich ihre Handelsflotte entwickelte, desto bessere Geschäfte machten die britischen Reeder. Diese waren in den amerikanischen Häfen unentbehrlich und wurden die Förderer der Freundschaft zwischen den zwei angelsächsischen Staaten. Der Deutsche dagegen traf die Eigenliebe des Engländers, indem er dessen Seeherrschaft bedrohte, an der empfindlichsten Stelle. Alexander von Peez macht die zutreffende Bemerkung, daß die Konkurrenz einer fremden Industrie durch Schutzzölle bekämpft werden kann, deren Einführung nicht notwendigerweise den Frieden stören muß; dagegen läßt sich der aufstrebende Handel eines anderen Staates bloß durch Krieg außer Wettbewerb setzen. Nur mit Gewalt konnten die deutschen Kauffahrer und Personendampfer vom Meere vertrieben werden. Nur durch Krieg war die Seeherrschaft Englands zu verteidigen und zu befestigen. Die Aufrechterhaltung des Weltfriedens war für die Deutschen Bedürfnis und Gewinn, die britischen Kaufleute dagegen sahen bei dessen Fortdauer ihr Übergewicht schwinden.

Der deutsche Nationalstaat hielt also vollständig, was die Deutschen sich bei seiner Begründung von ihm versprochen hatten. Die Hansa war zusammengebrochen, weil das zerfallende Reich ihr im

16. Jahrhundert keinen Rückhalt gegen England, Dänemark und Schweden gewähren konnte, sodann, weil Kaiser Karl V. sich auch deshalb nicht zu einer Anstrengung aufschwang, weil die von ihm beherrschten Niederlande aus dem Sinken der Hansa Vorteil zogen. Im 19. Jahrhundert dagegen flatterte die Fahne des wiederhergestellten Reiches stolz über den Meeren, der „gemeine deutsche Kaufmann" feierte seine ruhmvolle Auferstehung.

Während aber alle Kraft der deutschen Nation in Werken der Industrie, des Handels, der Technik angespannt war, schien ihr politischer Genius zu erlahmen. Seit dem Rücktritte Bismarcks stand keine überwältigende Persönlichkeit mehr den Staatsgeschäften vor, in auffallendem Gegensatz zu den Bahnbrechern auf allen Gebieten der Volkswirtschaft. Ähnlich ließen die Vereinigten Staaten bis zu ihrer wirtschaftlichen Sättigung, also bis etwa 1890, die äußere Politik auf sich beruhen; auch England hielt sich von 1815 bis zu den Tagen des Imperialismus von den politischen Welthändeln möglichst fern und war vorwiegend mit der Vermehrung seines Reichtums beschäftigt.

So kam es, daß um die Wende des Jahrhunderts in Deutschland die fürstlichen Kaufleute, die Schöpfer der Industrie, die genialen Techniker und Bankherren die Führung der Nation übernahmen, wogegen von den Staatsmännern weltpolitische Anstöße nicht ausgegangen sind. Allgemein war dabei die Empfindung, daß die Nation zur Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Kräfte der Erhaltung des Friedens bedürfe, und diese Lebensbedingung wurde ihr auch durch die äußere Politik gewährleistet. Umgekehrt spannte das englische Volk, da es den ökonomischen Höhepunkt sichtbar überschritten hatte, seit 1885 alle Nerven in einer mächtig ausgreifenden Politik an. Jenseits des Kanals tritt eine stattliche Reihe von Mehrern des Reiches auf, von Männern, die die eroberten Länder auch zu verwalten verstanden. Neben Salisbury und Chamberlain stehen Rhodes und Baring-Cromer, Lord Curzon in Indien, Milner in Kapland, Lord Minto in Kanada, welche die festgefügte Phalanx des Imperialismus bilden. Anders in Deutschland. Nicht daß es dem deutschen Volke an fähigen Köpfen in der inneren Verwaltung gefehlt hatte, seine Begabung sprach sich jedoch am stärksten in den Kapitänen der Industrie und der Technik, in Werner und Georg von Siemens, in Krupp und Zeppelin, ebenso in den Schöpfern der großen Schiffahrtslinien aus.

*

Die ersten Flottenvorlagen (1897—1898)

Mit dem industriellen Wachstum und der steigenden Seegeltung Deutschlands stand der klägliche Stand der deutschen Kriegsmarine in grellem Widerspruch. Des Deutschen Reiches Außenhandel trat nach dem Englands an die zweite Stelle, die Tonnenzahl seiner Kriegsschiffe aber wurde 1897 auch von Frankreich, Rußland, Nordamerika und Italien übertroffen; in diesem Belang befand sich Deutschland also erst an sechster Stelle. Seine Kriegsmarine besaß in dem genannten Jahre nur 270000 Tonnen mit 24200 Mann Besatzung, während England über 1320000 Tonnen mit 97000 Mann verfügte. Also eine vier- bis fünffache Überlegenheit Großbritanniens. Die Franzosen waren den Deutschen dreifach überlegen, die Russen um das Anderthalbfache. Dieses Mißverhältnis war auf die Dauer unerträglich. Unter der Marineverwaltung der Generale Stosch und Caprivi während der Regierung Wilhelms I. schlief die deutsche Marine einen Dornröschenschlaf, was nicht bloß durch die Unlust des Reichstages, sich auf größere Bewilligungen einzulassen, hervorgerufen wurde, sondern dadurch, daß Caprivi seiner uns bekannten Denkrichtung gemäß sich nur vorsichtig auf Kolonialerwerb und Flottenbau einlassen mochte: das würde, so meinte er bedächtig, der Entwicklung der Landmacht hinderlich sein. Es war Grundsatz, lediglich für die Verteidigung der deutschen Küsten zu sorgen. Demgegenüber zeigte Wilhelm II. schon als Prinz lebhafte Teilnahme an dem Wachstum der Kriegsflotte, als Kaiser übernahm er sogar persönlich deren Leitung, unter Aufhebung der Stellung eines Chefs der Admiralität. Seitdem waren die Geschäfte so geordnet, daß der Kaiser auch der Sache nach der leitende Admiral war, während der jeweilige Staatssekretär der Reichsmarine bloß die Verwaltungsgeschäfte besorgte. So blieb es unter den zwei ersten Staatssekretären, den Admiralen Heusner und Hollmann, bis Tirpitz auf die Schaubühne trat.

Die Vergrößerung der Marine konnte aber lange nicht durchgesetzt werden, da im Reichstage keine Mehrheit dafür vorhanden war. Wohl raffte sich die Regierung 1897 zu einer Vorlage auf, deren mäßige Forderungen auf Gehör hoffen ließen. Die Linienschiffe sollten zwar nicht vermehrt werden, nur der überseeische Dienst wurde bedacht, für

dessen Zwecke der Neubau von zwei Panzerkreuzern und einer Anzahl von Torpedobooten bestimmt war. Vergebens aber stellte die Regierung der Volksvertretung vor, daß Deutschland nicht mehr imstande war, seinen reich entwickelten Seehandel auch nur gegen Kleinstaaten zu schützen. Nach dem noch immer geltenden Flottenplan von 1873 waren zum Schutze des Handels 32 Kreuzer für notwendig befunden worden, jetzt aber verfügte man nur über 22 derartige Schiffe. Da sich nun in Ostasien seit einiger Zeit ein deutsches Geschwader befand, war für die eben im Gange befindliche Blockade Kretas durch die Großmächte ein einziges Schiff frei, weniger als von den übrigen Mächten aufgeboten wurde. Es ergab sich ferner der Mißstand, daß, als zur selben Zeit die Zwergrepublik Haiti gegen einen deutschen Kaufmann Gewalt anwendete, erst nach längerer Zeit ein Schiff zur Verfügung stand. Dieses wie andere Argumente des Staatssekretärs Marschall begegneten bei der Mehrheit des Reichstages tauben Ohren. Die Sozialisten, sachlichen Gründen unzugänglich, wetterten gegen den Militarismus, diesmal den zur See; ihnen traten die Freisinnigen bei, unter denen Eugen Richter sich bei all seiner Sachkenntnis nie aus der Enge der früheren deutschen Kleinstaaterei erheben konnte; durch ihn wurde das Schlagwort von den uferlosen Flottenplänen in die Welt gesetzt. Den Ausschlag gaben die Klerikalen, so daß die Vorlage im März 1897 verworfen wurde; nur die Nationalliberalen und die Konservativen setzten sich für sie ein. Ein Schauspiel, danach angetan, die Schadenfreude der fremden Nationen zu erwecken. Die Opposition wollte den Kaiser selbst treffen, dessen warmes Wirken für die Kriegsflotte die Zielscheibe ihres Witzes war. Sie ahnte nicht, daß sie dem unermüdlichen Herrscher damit den Lorbeer des Flottengründers um die Schläfe wand[1]).

Das Übermaß des Unverstands rüttelte die Nation wach. Der Kaiser, von der Notwendigkeit größerer Schiffsbauten durchdrungen, fand, daß die Staatssekretäre des Äußern und der Marine, Marschall und Hollmann, nicht die Männer waren, um seine Pläne vor dem Reichstag eindrucksvoll zu vertreten; Marschall, von Bismarck und den Konservativen hart angefochten, ließ sich schon aus diesem Grunde nicht im Amte halten. An ihrer Stelle wurden Bülow für das Äußere, Tirpitz für die Marine berufen. Wilhelm II. lud Bernhard von Bülow zu sich nach Kiel und eröffnete ihm am 28. Juni 1897 an

---

[1]) Felix Rachfahl, „Kaiser Wilhelm II. 1888—1913“ (Berlin 1913).

Bord der „Hohenzollern", er wolle ihm die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertragen. Seine Aufgabe, so sagte er ihm, werde sein, Deutschland endgültig in die Bahn der Weltpolitik zu leiten; er müsse des weiteren dazu mitwirken, das Reich durch den Bau einer starken Flotte in die Lage zu versetzen, Schiffahrt und Handel, besonders die dem Meere anvertrauten Güter, gegen alle Gefahren sicherzustellen. Aus eigenster Überzeugung ging Bülow darauf ein, worauf er, zunächst provisorisch mit der Stellvertretung Marschalls betraut, am 20. Oktober desselben Jahres zum Staatssekretär erhoben wurde. Etwas früher, am 15. Juni 1897, wurde Tirpitz zum Marinesekretär ernannt. Er war von 1895 bis 1897 Befehlshaber der Kreuzerdivision in Ostasien gewesen. Durch die Organisation der Kriegsflotte wurde er die erste Gestalt unter den von Kaiser Wilhelm gewählten Ratgebern.

Am 30. November 1897 ging dem Reichstage die neue Flottenvorlage zu. Der Kaiser und Tirpitz begnügten sich nicht mit den bescheidenen Zielen des abgelehnten Entwurfs. Sie faßten den Bau einer starken Schlachtflotte ins Auge. Gelder wurden verlangt, um nach sechs Jahren 17 Schlachtschiffe bereit haben zu können, daneben die notwendige Zahl von Kreuzern für den Auslandsdienst. Nach drei Jahrhunderten maritimer Schwäche also das Emporstreben Deutschlands zur Seegewalt. Dazu drängte es angesichts des steigenden Reichtums Deutschlands und bei seinem Kraftbewußtsein mit elementarer Notwendigkeit. Wäre es auch unter allen Umständen dazu gekommen, die Entwicklung wurde durch Wilhelm II. beschleunigt. In dem Zusammenwirken der starken Persönlichkeiten mit den lebendigen Kräften der Zeit vollzieht sich der Gang der geschichtlichen Ereignisse.

Bei der Vertretung der Vorlage schlug Bülow im Reichstage den richtigen Ton an. In seiner Erstlingsrede vom 7. Dezember 1897 sagte er: „Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, in dem die reine Doktrin thront — diese Zeiten sind vorüber." Dann der Kernsatz: „Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne."

Zufall und Absicht arbeiteten zusammen, um die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit der Flottengründung zu überzeugen. Am 14. November 1897 wurde Kiautschou besetzt, worauf China am 6. März 1898 veranlaßt wurde, das Gebiet dem Deutschen Reiche für

99 Jahre zu verpachten. Bülow machte dem Reichstage davon am 8. Februar 1898 Mitteilung und fügte hinzu: „Wo alle Mächte zu ihrem augenscheinlichen Vorteil sich Stützpunkte in Ostasien gesichert haben, mußten wir dasselbe tun, wenn wir dort nicht eine Macht zweiten oder vielmehr dritten Ranges bleiben wollten.“ Kiautschou das Eingangstor zum chinesischen Absatzgebiete nennend, fuhr der Staatssekretär fort: „Ohne einen territorialen Stützpunkt würden alle deutschen Unternehmungen in China im letzten Ende anderen mehr zugute kommen als uns, ohne einen solchen würden unsere technischen und kommerziellen Kräfte sich zersplittern, mit einem Worte, würden deutsche Arbeit und deutsche Intelligenz, wie dies früher oft genug der Fall war, für anderer Leute Äcker den Dünger liefern, statt unseren eigenen Garten zu befruchten.“ Der kräftige Zugriff, dazu die frische Sprache des Ministers fanden allgemeine Zustimmung im Lande: der Ausblick in die Weltweite kam auch den Flottenplänen zugute.

Die Stimmung, in der der Reichstag über die Flottenvorlage entschied, war somit ganz verändert. Den Ausschlag gab das Zentrum, dessen Mehrheit sich diesmal den Nationalliberalen und den Konservativen zugesellte. In Opposition standen die Sozialdemokraten, die Freisinnigen, eine Anzahl von Klerikalen zumal aus Bayern, endlich Elsässer, Polen und Welfen. Das Zentrum wurde nicht bloß durch die in der Sache liegenden Gründe bestimmt, sondern auch durch die Absicht, seine Unentbehrlichkeit für eine Reichspolitik großen Stils zu erweisen. Es befestigte dadurch seinen Einfluß auf die innere Regierung und blieb mitbestimmend, bis die Wahlen von 1907 eine neue Reichstagsmehrheit brachten. Die Gelder wurden am 28. März 1898 mit 212 gegen 139 Stimmen bewilligt.

*

Bülow und die überseeische Politik 1897—1900

Die Politik der Ausdehnung wurde unter der Leitung des neuen Staatssekretärs folgerichtig fortgesetzt. Bülow, 1849 geboren, warf sich seit seiner Jugend mit solcher Lernbegierde auf die historischen Studien, daß sein Vater, Staatssekretär unter dem Fürsten Bismarck, die Erwartung hegte, seinen Sohn dereinst als Professor der Geschichte an

einer Universität zu sehen. Indessen trat dieser, nachdem er im Kriege mit Frankreich vor dem Feind gestanden hatte, in den Justizdienst, dann 1876 in die Diplomatie. Als junger Sekretär bei der Botschaft in Paris erregte er die Aufmerksamkeit Gambettas, der ihn in seinen näheren Umgang zog. Damals schon sahen Kollegen Bülows in ihm den künftigen Reichskanzler. Im Jahre 1888 wurde er Gesandter in Bukarest, 1893 beim König von Italien. Über sein staatsmännisches Wirken hat er, unter seinen deutschen Zeitgenossen darin allein dastehend, einen Rechenschaftsbericht abgelegt und ihn der Mitwelt unterbreitet. Denkwürdigkeiten sind von vielen Staatsmännern geschrieben, aber während ihres Lebens fast ausnahmslos zurückgehalten worden, Bülow dagegen ist den Weg in die Öffentlichkeit gegangen. Doch enthält sein Buch nicht persönliche Erlebnisse, sondern stellt sein Wirken im Zusammenhang der Weltereignisse dar; es ist eine Anweisung zum Verständnisse des von ihm Erstrebten. Das konnte nur ein Mann unternehmen, der die Sprache beherrscht und sicher ist, Entgleisungen vermeiden zu können. Der Klippen gab es dabei genug, er aber wich glücklich der Enthüllung von geheimzuhaltenden Staatsgeschäften aus, wie der Verletzung fremder Empfindlichkeit. Das war eine starke Probe vor allem schriftstellerischer Fähigkeit.

Wie in allen Denkwürdigkeiten, sind die Ereignisse so dargestellt, wie der Verfasser sie vom Leser gesehen wünscht. Er verweilt gern bei dem glücklich Erreichten, so bei der Erhaltung des Weltfriedens und beim Bau der Schlachtflotte; dagegen geht er über Schwächeres, so über die deutsche Marokkopolitik, schnell hinweg. Zum Vergleiche sind seine im Flusse der Ereignisse gehaltenen Reden heranzuziehen, und bei dieser Prüfung fällt das Urteil über die historische Treue des Buches günstig aus, am günstigsten, wo Bülow über Deutschlands weltpolitische Aufgaben spricht. Unbefriedigend ist die Begründung, weshalb er den Ausbau des von Bismarck hinterlassenen Bündnissystems unterließ, weshalb er die bald von England, bald von Rußland, auch von Japan kommenden Vorschläge zur Knüpfung neuer Allianzen nicht berücksichtigte und die Einkreisung Deutschlands nicht verhinderte. Seine Haltung beim Flottenbau gibt übrigens den Maßstab, wie weit er sich von seinem hervorragendsten Mitarbeiter, Friedrich von Holstein, beeinflussen ließ. Wohl vertraute er sich dem Rate Holsteins im Spiele der europäischen Kabinette vielfach an; dieser aber war, wie wir wissen, ein Gegner der Flotten- und Kolonialpolitik: hier jedoch ging Bülow

den entgegengesetzten, von ihm als richtig erkannten Weg. Darin stand er zum Kaiser und zu Tirpitz, so zwar daß der diplomatische Teil der hier geleisteten Arbeit zum großen Teil, der parlamentarische ganz sein eigenstes Werk ist. Er unterschied sich bestimmt von seinen Vorgängern, die — wie Caprivi mit bewußtem Nachdruck oder wie Hohenlohe in Anlehnung an die Vergangenheit — vorwiegend Festlandspolitik trieben. Darin steht Bülow auf eigenen Füßen und ist der Sohn einer neuen Zeit mit ihren unendlich großen Gefahren.

Bei der Erwerbung von Kiautschou ging das Berliner Kabinett in engem Einverständnisse mit dem Petersburger vor. Die Freundschaft mit Rußland war ein Erbstück aus früherer Zeit, und dieses Kapital war auch durch die Kündigung des Rückversicherungsvertrages (1890) noch nicht aufgezehrt. In England dagegen war man verdrießlich darüber, daß die Deutschen in Ostasien festen Fuß faßten. Der Mißmut sprach aus einem Briefe, den der Prinz von Wales an seine Schwester, die Kaiserin Friedrich, richtete. Die Kaiserin-Witwe zeigte das Schreiben Bülow und gab ihrem Bruder insofern recht, als sie meinte, Deutschland möge sich mit der größten Landmacht begnügen, die Kolonialherrschaft dagegen den Briten überlassen. Der Staatssekretär erwiderte, England sollte bei seinem gewaltigen überseeischen Besitze den Deutschen doch diese eine Erwerbung nicht mißgönnen. Er erinnerte die Kaiserin an ein biblisches Gleichnis, das der Prophet Nathan in einer dem König David gehaltenen Strafrede formte. Als der König das schöne Weib des Urias begehrte und seinem Harem einverleibte, gebrauchte der Prophet das Gleichnis von dem reichen Manne, der ein Gastmahl bereiten wollte, hierzu aber nicht ein Stück aus seiner eigenen großen Herde schlachtete, sondern dem armen Manne sein einziges Lamm entriß. (II. Buch Samuel, 12. Kapitel.) Weshalb neide das reiche England dem Deutschen Reiche den von ihm erworbenen bescheidenen Besitz? — Übrigens konnte England das Geschehene nicht rückgängig machen, es erhob aber Protest, als Deutschland, auf den Vertrag mit China gestützt, in der Provinz Schantung Vorzugsrechte für Eisenbahnbauten erwarb.

Indessen ging diese Mißhelligkeit vorüber, weil Großbritannien, mit südafrikanischen Plänen beschäftigt, auf die Verständigung mit Deutschland Wert legte. Das Berliner Kabinett wieder überzeugte sich seit dem Amtsantritt Delcassés, daß von dem Einvernehmen mit Frankreich keine Rede sein konnte. Daher bahnte sich 1898 die Annäherung

zwischen Berlin und London an, was Kaiser Wilhelm bei seinem Familiensinn gerne förderte. England erreichte damit die Isolierung der Buren, was aller Welt sichtbar wurde, als deren Dränger Cecil Rhodes Berlin besuchte und am 11. März 1899 von Kaiser Wilhelm ehrenvoll empfangen wurde. Der Umschwung war überraschend, der Eindruck unerfreulich: Deutschland zog damit sichtbar von den Buren die Hand ab. Dafür wurde Wilhelm II., der wegen des Telegramms an Krüger von der englischen Presse bitter angefeindet worden war, von ihr mit Artigkeiten überschüttet.

Aus diesen Vorkommnissen wurde vielfach geschlossen, Deutschland hätte von Seite Englands für die Schwenkung ein ansehnliches Entgelt davongetragen. Es hieß, ihm sei bei der förmlichen Teilung Südafrikas der Löwenanteil zugefallen. Das war ein Irrtum: so viel hatten die Briten nicht bieten müssen. Es kam allerdings 1898 zu einem von dem Botschafter Fürsten Paul Hatzfeld vereinbarten Abkommen zwischen Berlin und London, das sich aber nur auf die portugiesischen Besitzungen in Südafrika bezog und ganz allgemein gehalten war. Der Vertrag gehörte zu den gelungensten Kunststücken der englischen Diplomatie. Als Cecil Rhodes 1889 in Südafrika die nach ihm genannte Kolonie gründete, wurde den Portugiesen das weite Hinterland der ihnen gehörigen Küste von Mozambique entrissen (Seite 172); es blieb ihnen nur der Küstenstrich selbst, daneben Angola am Atlantischen Ozean. Jetzt ging England weiter und ließ sich zu einem Vertrage mit dem Deutschen Reiche über die portugiesischen Besitzungen herbei. Doch wurde ausgemacht, die Teilung solle nur dann erfolgen, wenn die Lissaboner Regierung jene Gebiete freiwillig verkaufen wolle. Für diesen Fall wurden den Deutschen von der Ostküste die nördlichen, an Deutsch-Ostafrika grenzenden Landstriche zugesprochen; die Briten ihrerseits erhielten die Anwartschaft auf das südliche Stück mit der wertvollen Delagoabai. Übrigens gaben die zwei Mächte der portugiesischen Regierung die Versicherung, daß sie ihr nicht Gewalt antun, sondern das Weitere friedlicher Vereinbarung überlassen wollten. England schloß aber außerdem gleichzeitig mit Portugal einen Geheimvertrag, in dem es sich zur Verteidigung dieses Landes gegen Angriffe einer dritten Macht verpflichtete; diese Konvention wurde später erneuert, so daß sie zu Beginn des Weltkrieges noch galt[1]). Dadurch erweckte die bri-

[1]) Vgl. die Erklärung Greys im englischen Unterhaus am 3. April 1912 und die 1918 veröffentlichte Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

tische Diplomatie den Schein, daß sie Portugal gegen Deutschland zu schützen bereit wäre; so brachte sie die englische Gewalttat von 1891 in Vergessenheit. Das Verteidigungsbündnis mit Portugal verschaffte den Briten auch den Vorteil, daß sie während des Burenkrieges in der Delagoabai Waffen und anderen Kriegsvorrat landen und ins Innere befördern konnten. Den Deutschen aber war durch den Teilungsvertrag von 1898 ein Schattenspiel vorgegaukelt. Sie haben indessen bis zum Weltkrieg damit gerechnet, daß England gegebenenfalls die portugiesischen Besitzungen als Teilungsobjekt behandeln werde.

Nicht auf diesem Gebiete zog Deutschland aus der englischen Freundschaft Nutzen, sondern in anderen Teilen der Erde, und darin lag der Vorteil des Verhältnisses. Es bot sich nämlich Gelegenheit, den Spaniern den letzten Rest ihres Kolonialbesitzes im fernen Osten, die Karolinen und die Marianen, abzukaufen. Der erste Versuch dieser Erwerbung war noch von Bismarck unternommen worden, hatte jedoch fehlgeschlagen (Seite 63); nach der Besiegung Spaniens im Kriege gegen die Vereinigten Staaten ließ sich die Sache leichter an. Seitdem den Spaniern die Philippinen entrissen waren, verloren die Karolinen und Marianen für das Mutterland allen Wert; es wäre zu kostspielig gewesen, für die Trümmer des alten Besitzes eine eigene Kolonialverwaltung zu belassen. Diese Gelegenheit wurde in Berlin rasch ergriffen; Deutschland erbot sich zum Kaufe, zahlte 17 Millionen Mark und erhielt so die genannten Inselgruppen. Der Vertrag wurde am 12. Februar 1899 geschlossen.

Dazu kam bald darauf die Erwerbung des Hauptteiles der Samoainseln. Für Deutschland eröffnete sich schon 1880 die Gelegenheit, sich die ganze Inselgruppe anzugliedern, der Reichstag sprach sich aber dagegen aus. Bald hatte man in Deutschland Grund zur Reue; denn die Engländer und die Amerikaner mischten sich in die Sache, und es kam zur Einsetzung einer gemeinsamen Schutzherrschaft aller drei Mächte. Die Protektoren waren jedoch unter sich uneinig, was sich besonders zeigte, als auf den Inseln mehrere einheimische Thronanwärter auftraten. Da die beiden angelsächsischen Nationen zusammenhielten, wurden die Deutschen zeitweise fast an die Wand gedrückt. Doch brachte ihnen der Burenkrieg Entlastung. England machte den Deutschen Platz, so daß es am 2. Dezember 1899 zu einem Teilungsvertrage zwischen den drei Mächten kam. Deutschland bekam die Hauptgruppe, drei größere und elf kleinere Inseln. Amerika erhielt Tutuila mit einigen kleineren

Eilanden; England ließ sich mit einem geringeren Anteil, den Tongainseln und zwei bisher deutschen Salomonsinseln, abfinden. Die neue deutsche Kolonie zählte bloß 37 000 Einwohner, aber der Hafen Apia ist einer der wichtigsten Häfen der Südsee. Alle deutschen Inseln in der Südsee zusammengenommen, wurden von etwa einer halben Million Einwohnern bewohnt, waren also im Vergleich mit den weiten Ländergebieten, die England und Frankreich 1890 bis 1900 unterwarfen, ein magerer Bissen. In Afrika endlich ging Deutschland in diesem Jahrzehnt leer aus — dem Programm Caprivis entsprechend. Nur Kiautschou war eine wichtigere Erwerbung. Ließ man sich aber nicht auf einen Vergleich mit den glücklicheren Nebenbuhlern ein, so war der Gewinn nicht unbeträchtlich. Bülow überschätzte ihn nicht und verglich ihn mit einer der Vorspeisen, die den Appetit zur Mahlzeit reizen sollen, an denen die russische Küche besonders reich ist. Der Kaiser aber wußte für die geleistete diplomatische Arbeit Dank und erhob Bülow 1898 in den Grafenstand.

*

Das Flottengesetz von 1900

Wie wichtig es für ein Volk ist, zur See stark zu sein, darüber machten die Völker des Erdenrunds gegen Ende des Jahrhunderts einen praktischen Lehrkurs mit. Die Ereignisse drängten sich. Zuerst wurde Spanien 1898 von der nordamerikanischen Union völlig überrannt, seine Flotte zerstört, sein Kolonialbesitz zertrümmert. Im Herbst desselben Jahres erfuhr Frankreich, daß gegen die überlegene englische Seemacht nicht aufzukommen war, und mußte im Faschoda-Handel einen demütigenden Rückzug antreten. Bald darauf brach der Burenkrieg aus und begann mit Niederlagen Großbritanniens zu Lande; trotzdem konnte der Kampf 1900 von England fortgesetzt und dem Siege zugeführt werden, weil es die See beherrschte und seine gesamte Landmacht nach Afrika zu werfen imstande war. Das war ein Anschauungsunterricht über den Wert der Seegewalt, wie er seit den Kriegen des ersten Napoleon nicht erteilt worden war. Die Deutschen lernen langsam, aber gründlich. Der spröden Volksnatur half der Kaiser nach.

Am 23. September 1898 fiel zu Danzig sein Wort: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“, ein anderes zu Hamburg am 18. Oktober 1899: „Bitter not ist uns eine Flotte!“ Der 1898 gegründete Flottenverein entfaltete unter seinem Leiter General Keim eine umfassende Tätigkeit, der eindrucksvollste Agitator jedoch war der Kaiser. Er hielt den von ihm eingeladenen Abgeordneten förmliche Vorträge mit Zugrundelegung von Ziffernreihen, auf denen die Flottenstärke der verschiedenen Nationen abzulesen war. Oft verwies er dabei auf die Bücher des Amerikaners Alfred Mahan, die in diesen Jahren erschienen und den Beweis lieferten, wie stark die Geschichte der Menschheit durch Seegewalt bestimmt wird.

So ging, nachdem der Flottenplan von 1898 angenommen war, ein Jahr darauf dem Reichstag eine neue Vorlage zu, welche für den deutschen Flottenbau maßgebend geworden ist. Auf diesem Untergrund erhob sich in zweimal sieben Jahren das Kriegswerkzeug, das sich dem englischen innerlich ebenbürtig zeigen sollte. Der Grundgedanke war, daß auf die zur Verteidigung bestimmten Küstenfahrzeuge Verzicht geleistet, dagegen eine Verdoppelung der Schlachtflotte vorgeschlagen wurde. Deutschland wollte jedem Feinde auf hoher See gewachsen sein. Nach dem jüngst beschlossenen Gesetz hatte man die Flotte binnen sechs Jahren auf 17 Schlachtschiffe bringen wollen, der neue Entwurf ging auf 34 Schiffe, die insgesamt nach sechzehn Jahren bereitstehen sollten. Zu diesem Zwecke waren alljährlich zwei neue Panzer auf Kiel zu legen. Es war auf Überholung aller anderen Seemächte außer England abgesehen.

Willig ging, die Sozialdemokratie abgerechnet, die Nation auf die Gedankengänge der Reichsregierung ein. Eine Reihe hervorragender Gelehrter, unter ihnen Schmoller, Wagner, Sering, Delbrück, erschienen in sozialistischen Versammlungen, um in Wechselreden mit politischen Gegnern für den Flottenplan zu sprechen. Kraftfroh war die Sprache der Minister. Bülow sagte am 11. Dezember im Reichstage, Deutschland wäre seinen Nachbarn unbedingt bequemer, wenn sie auf dieses Land wie früher so herabsehen könnten wie hochnäsige Kavaliere auf den bescheidenen Hauslehrer. „Diese Zeiten“, so fuhr er fort, „sollen nicht wiederkehren. Wir wollen nicht wieder, um mit Friedrich List zu sprechen, Knechte der Menschheit werden.“ Im Reichstage schmolz die Opposition zusammen, auch ein Teil der Freisinnigen ging zur Mehrheit über. Die Vorlage erfuhr allerdings eine jedoch

ihr Wesen nicht beeinträchtigende Änderung. Es war, da sich die Absicht der Regierung in erster Linie auf die Verstärkung der Schlachtflotte richtete, im Entwurfe nur nebenher auch für den Bau von Kreuzern gesorgt; der ursprüngliche Vorschlag ging dahin, zwar auch die Zahl der Kreuzer zu verdoppeln, jedoch derart, daß die Mehrbauten erst 1906 zu beginnen hätten. Dieser Aufschub war in der Regierungsvorlage mit der Rücksicht auf die Steuerleistung des Volkes begründet. Der Marineausschuß des Reichstages fand es aber untunlich, ins Flottengesetz eine Bestimmung aufzunehmen, die erst nach sechs Jahren praktisch werden konnte; was später zu unternehmen war, darüber ließ sich seinerzeit beraten und beschließen. Mit dieser Abänderung nahm die Volksvertretung das Gesetz am 12. Juni 1900 in dritter Lesung mit 201 gegen 103 Stimmen an, also fast mit Zweidrittelmehrheit.

In einer Unterredung Bülows mit Eugen Richter, der bis zum Schlusse in der Opposition blieb, stellte der Staatssekretär dem Abgeordneten vor, seine ablehnende Haltung sei schon deshalb unverständlich, weil deutsche Seegeltung 1848 zuerst von seiner, der demokratischen Partei gefordert worden war. Als Bülow ihn des weiteren auf die Notwendigkeit des Schutzes der deutschen Volkswirtschaft zur See hinwies, meinte der Oppositionsführer: „Sie mögen recht haben. Ich bin aber zu alt, ich kann die Wendung nicht mehr mitmachen." Eine neue Zeit brach heran, in der mit den Vorurteilen dieser Art endlich gebrochen wurde.

Mit dem Bau einer starken deutschen Schlachtflotte wurde die Geschichte des 20. Jahrhunderts wirkungsvoll eingeleitet. Dazu drängte zwar die innerste Notwendigkeit, dennoch war der Eindruck auf beiden Seiten des Ozeans nicht weniger tief. Die Begründung der Flottenvorlage und die Rede des Marinesekretärs Tirpitz trugen dazu bei. Dieser sagte am 19. Februar 1900 im Reichstag: „Wir sind der Ansicht, daß die Flotte, wie sie in der Vorlage gewünscht wird, so stark ist, daß sie die Nordsee frei hält. Unsere Seegefechte sollen in die Nordsee verlegt werden." Damit war ausgesprochen, daß Deutschland mächtig genug sein wollte, um die Blockade seiner Küsten nicht bloß durch Frankreich, sondern auch durch England zu verhindern. Jede ausschließliche Seeherrschaft also sollte gebrochen werden. Deutlicher noch drückten sich die Motive der Vorlage aus: sie verkündigten, daß auch der seemächtigste Feind, der sich mit der erstarkten deutschen Flotte in einen Krieg einlassen würde, derartige Gefahren laufen solle, daß

„seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wäre". Also: der Einsatz jedes Nebenbuhlers werde künftig so groß sein, daß niemand Deutschland anzugreifen wagen werde. Man hat dies den Risikogedanken genannt, den Tirpitz der Nation wie der übrigen Welt begreiflich machen wollte. England war in diesem Zusammenhange nicht genannt, an einer anderen Stelle aber als Maßstab für die deutschen Rüstungen genommen. So wenig nun auch die deutsche Regierung an einen Angriff auf Großbritannien dachte, so wurden die Engländer doch mißgestimmt. Ihre unbedingte Seeherrschaft war die Grundlage für die Festhaltung ihrer Kolonien. Das ging auch aus dem Kriege gegen die Buren hervor, in den sie damals verwickelt waren. Ihr Imperium aber konnte, wenn sie mit Deutschland in Streit gerieten, durch den Bau der deutschen Flotte in Frage gestellt werden. Es bemächtigte sich der Briten die Vorstellung, die deutschen Schiffe würden gegen sie gebaut, die Kanonen gegen sie gegossen. Ihr Groll blieb während des Burenkrieges unausgesprochen, nach dessen Beendigung aber brach er mit Naturgewalt hervor.

★

Die Bagdadbahn

Gleichzeitig errang die deutsche Diplomatie ohne militärisches Aufgebot im nahen Osten einen Erfolg, durch den sie sich mit einem Schwunge den Weltmächten an die Seite setzte. Das war der Lohn der Umsicht, mit der die Reichsregierung das türkische Problem angefaßt, der Lohn auch der Zuverlässigkeit, durch die sie das Vertrauen der Pforte erworben hatte. Freiherr Marschall von Bieberstein, nach seinem Rücktritte vom Staatssekretariat zum Botschafter in Konstantinopel ernannt, brachte erst hier seine hervorragenden politischen Gaben zur Wirkung. Die Tätigkeit als Staatssekretär des Äußern hatte für ihn, dem vordem diplomatische Geschäfte fremd gewesen waren, eine gute Vorschule gebildet. Am Bosporus wuchs er in die Vollreife hinein.

Von dem veränderten Verhältnisse der europäischen Mächte zur Türkei war bereits die Rede (Seite 158). In diesem Betracht war eine förmliche Revolution zu verzeichnen. Rußland zwar und die Donau-

monarchie blieben sich im allgemeinen gleich: die eine Macht mit ihren Ansprüchen auf die Erbschaft des „kranken Mannes“, die andere als Verwalterin konservativer Überlieferungen, als Stütze der Erhaltung der Türkei. England aber und Frankreich machten gegen das Ende des 19. Jahrhunderts eine Drehung um 180 Grad des politischen Horizonts durch — die Französische Republik gegen ihr eigenes Interesse, bloß um ihrem russischen Leitstern zu folgen, England aber, weil die Weltwirtschaft sich so ausgeweitet hatte, daß Konstantinopel gegenüber dem Suezkanal und den ostasiatischen Aussichten an Bedeutung zurücktrat.

Neben den politischen und wirtschaftlichen Beweggründen dieses Umschwungs, auf die immer wieder zurückgekommen werden muß, darf auch die Ideologie nicht vernachlässigt werden, welche sich auf den eigentlichen Motiven aufbaute. Da das Türkische Reich dem Streben nach Ausdehnung der britischen Macht über Arabien, Mesopotamien und Persien im Wege stand, so fanden die Engländer, daß die Türkei ein Hemmnis im Fortschreiten der Zivilisation sei. Ganz im Gegensatze dazu hatten Staatsmänner wie Canning, Palmerston und Disraeli in der Türkei ein Bollwerk der europäischen Gesittung gegen die moskowitische Barbarei gesehen. Lange lebte Salisbury noch in dieser Vorstellung, Gladstone aber wurde der Schöpfer der neuen Doktrin. Es dauerte nicht lange und Albion warf sich gegenüber der angeblich dem Zerfall geweihten Türkei zum Vollstrecker des Zornes des Weltgeistes auf.

Ohne Frage empfiehlt es sich, im Strome der historischen Entwicklung zu steuern; aber oft stellt sich beim Einstellen der Politik auf den voraussichtlichen Gang der Weltgeschichte ein Irrtum ein. Gewöhnlich überschätzen die Menschen den Einfluß, den die ihnen liebgewordenen Ideen auch in Zukunft üben werden. Dieser Fehlgriff straft sich durch politische Niederlagen. Metternich glaubte, die Entwicklung Deutschlands und Italiens werde sich im Sinne seiner Vorstellung von der Legitimität vollziehen. Gladstone wieder hegte die Überzeugung, ein Staat wie die Türkei könne im Zeitalter der Selbstbestimmung der Völker und des Nationalismus das 19. Jahrhundert kaum mehr überleben. Das war zum mindesten ein Irrtum in Bezug auf die der Türkei noch beschiedenen Lebensdauer. Das demokratische Vorurteil kann ebenso störend wirken wie jedes andere. Da die Briten aber aus ihrer Geringschätzung des Osmanischen Reiches kein Hehl machten, trieben sie die Pforte in die Arme Deutschlands.

Es lag in der Natur der Sache, daß im Gegensatz hierzu Kaiser Wilhelm, seine Minister und Generale den erhaltenden Kräften in der Türkei übergroße Beachtung schenkten. In ihren Augen waren die ererbte Anhänglichkeit an das Haus Osman, die religiöse Verehrung, die dem Kalifen gezollt wurde, die militärische Tüchtigkeit des türkischen Volkes ebensoviel Bürgschaften des Bestandes des Reiches. Daraus ergab sich eine gewisse Überschätzung des Wertes einer engen Verbindung Deutschlands mit der Türkei.

Sultan Abdul Hamid war schon darüber erbittert, daß England 1896 für die Armenier Partei ergriff und deshalb sogar mit Krieg drohte; seine Abneigung wurde genährt, als England, Rußland, Frankreich und Italien ihm nicht gestatteten, die Frucht des Sieges aus dem Kriege mit Griechenland zu pflücken (Seite 161). Obwohl sein Heer das hellenische schlug, wurde er von den genannten vier Großmächten genötigt, die Insel Kreta fahren zu lassen und ihr Autonomie zu gewähren. Es war weiter für die künftige Gestaltung von Wichtigkeit, daß die zwei mitteleuropäischen Kaiserreiche sich zwar in Konstantinopel an versöhnlichen Ratschlägen beteiligten, um die kretische Frage zu lösen, daß sie es aber für unbillig hielten, die Pforte darob mit Drohungen zu belästigen. Deutschland und Österreich-Ungarn zogen ihre Kriegsschiffe zurück, als die vier anderen Großmächte mit ihren Geschwadern der türkischen Herrschaft auf Kreta ein Ende machten. Bülow sagte darüber am 8. Februar 1898 im Reichstage, es sei nicht notwendig, daß im europäischen Konzert jedermann dasselbe Instrument spiele; der eine, so fuhr er launig fort, schlage in der kretischen Angelegenheit die Trommel, der andere stoße in die Trompete, der dritte halte die große Pauke in der Hand, Deutschland aber habe sich begnügt, in Konstantinopel die Flöte der Überredung zu blasen, und das nicht ohne Erfolg. Zu anderem könne sich die deutsche Regierung nicht entschließen. „Wenn Streit entsteht," schloß er unter der Heiterkeit des Hauses, „treten wir ruhig beiseite; wenn Differenzen laut werden, legen wir die Flöte still auf den Tisch und verlassen den Konzertsaal." So blieb den vier anderen Mächten die undankbare Schutzhoheit über Kreta, die ihnen durch mehr als ein Jahrzehnt nichts als Verdruß bescherte. Der Sultan aber war dem Deutschen Reiche zu Dank verpflichtet. Die unparteiische Haltung auch Österreich-Ungarns wurde anerkannt, aber die Pforte konnte es nicht verwinden, daß diese Macht ihr 1878 Bosnien und die Herzegowina entrissen hatte. Demgegenüber stand Deutschlands

Uneigennützigkeit in allen Gebietsfragen außer Zweifel: es erstrebte nichts als Absatz für seine Industrie und trat der Pforte in allen politischen Angelegenheiten wie bei der Reform ihrer Armee wohlwollend zur Seite. Daraus ergab sich für die deutsche Diplomatie am Bosporus die Vorzugsstellung.

So kam es, daß Kaiser Wilhelm auf seiner 1898 unternommenen Orientreise glänzende Aufnahme fand. Am 18. Oktober landete das Kaiserpaar mit großem Gefolge, zu dem auch Bülow gehörte, in Konstantinopel, wo mit dem Sultan Freundesgrüße getauscht wurden. Palästina war das nächste Reiseziel. In Jerusalem fand am 31. Oktober die Einweihung der protestantischen Kirche statt, an der sich der Kaiser mit einer Rede voll warmer Empfindung beteiligte. Den Katholiken wieder wendete der Herrscher, um seine Unparteilichkeit zu erweisen, zur Erbauung einer Kirche ein Grundstück zu, wo nach der Legende die Gottesmutter der Ruhe gepflegt hatte. Dann begab sich Wilhelm II. nach Damaskus, wo die Stadtgemeinde ihm ein prächtiges Festmahl gab. Den Trinkspruch des Bürgermeisters erwiderte er mit einer Rede, die in der islamitischen Welt lauten Widerhall erweckte. Darin hieß es: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die dreihundert Millionen Mohammedaner, die, auf der Erde zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren, versichert sein, daß der Deutsche Kaiser zu allen Zeiten ihr Freund sein wird." Ein Ausspruch, der überschwänglich klang, indessen tatsächlich zum Leitmotiv der deutschen Politik wurde. Man stand am Beginn eines neuen Zeitalters: Worte, die unter solchen Umständen fielen, besaßen erhöhte Bedeutung. Die dreihundert Millionen Mohammedaner haben den Wert der ihnen entgegengebrachten Freundschaft Kaiser Wilhelms bis zum Weltkrieg immer höher schätzen gelernt.

Das war die Anbahnung des Bundes Deutschlands mit der islamitischen Welt. Dabei kam Deutschland gewissen Lieblingsplänen Abdul Hamids entgegen. Auch dieser kluge Diplomat rechnete mit den geistigen Strömungen und den Stimmungen seines Volkes. Die Feinde seines Reiches spielten Fangball mit der Idee der Befreiung der christlichen Völker des nahen Orients; demgegenüber förderte der Sultan wo immer die Vorstellung von der Einheit und Gesamtbürgschaft des Islams. Priester und Dichter lehrten einen Panislamismus, der der Selbstbehauptung des Türkischen Reiches zugute kam.

Die erste Frucht des deutsch-türkischen Einvernehmens war die

Konzession zum Bau der Bagdadbahn. Das war kein Geschenk, das der deutschen Nation von selbst in den Schoß fiel, sondern das Ergebnis lange vorbedachter Arbeit. Ursprünglich lag es nur an den Briten, ob nicht sie die Schöpfer des mächtigen Werkes werden wollten. Denn der Engländer Oberst Chesney war der Vater des Gedankens, Konstantinopel durch einen Schienenstrang mit dem Persischen Meerbusen zu verbinden. Zweimal, von 1830 bis 1832 und von 1835 bis 1837, fuhr er zur Erkundung den Euphrat hinunter. Friedrich List erfaßte sofort die Bedeutung dieser Bestrebungen und sagte voraus, England werde sich am unteren Euphrat festsetzen. Chesney erwirkte auch 1856, dann 1862 vom Sultan eine Konzession zum Bau, fand aber in England nur laue Unterstützung, das Kapital war nicht zusammenzubringen. Disraeli freilich, für jede Idee empfänglich, die dem Reiche im Orient neue Aussichten eröffnete, fühlte sich von dem Entwurf angezogen, eine Eisenbahnverbindung bis an die Tore Indiens herzustellen. Indessen kam er erst nach dem Tode Chesneys 1874 zur Macht. Darauf schickte er den Afrikareisenden V. L. Cameron zum näheren Studium der Linie nach Syrien und Mesopotamien. Zurückgekehrt, veröffentlichte Cameron 1880 das zweibändige Werk „Our future highway" (Unsere künftige Hochstraße), worin der „trockene Weg" nach Indien für ebenso wertvoll erklärt wurde wie die Wasserstraße von Suez.

Disraeli mußte 1880 das Steuer an Gladstone abgeben und starb im Jahre darauf. Gladstone aber fehlte das Organ für die Weltweite. Schon die Besitznahme Ägyptens wurde von ihm eigentlich nicht gewollt; mit Vorderasien beschäftigte er sich überhaupt nur, um seinem krankhaften Hasse gegen die Türkei die Zügel schießen zu lassen. So blieben die Entwürfe Chesneys und Camerons unausgeführt. In den Jahren 1880 bis 1900 beschäftigte sich die Nation fast ausschließlich mit der Ausdehnung des afrikanischen Reiches. Rhodes und Milner hatten im Süden, Cromer in Ägypten alle Hände voll zu tun. Die Phantasie der Briten war von der Eisenbahnlinie Kap—Kairo angeregt, die Bagdadbahn geriet fast in Vergessenheit.

Da griffen die Deutschen helläugig den großen Plan auf. Dem Schwaben Wilhelm Pressel gebührt die Ehre, ihnen den Weg gewiesen zu haben. Seit 1872 als Ingenieur in türkischen Diensten stehend, befürwortete er im wesentlichen den Zug der später gebauten Linie. Der ehrenhafte und aufrechte Mann wollte sich jedoch von dem Finanzbaron Hirsch nicht als Werkzeug gebrauchen lassen und verließ Kon-

stantinopel, um in Wien für seinen Plan zu werben, auch die Balkanhalbinsel mit einem Netz von Eisenbahnen zu überspannen. Doch er starb dahin und ein Größerer erst verwirklichte den Gedanken. Nachdem das Haus Bleichröder sich vorübergehend mit der Bagdadbahn beschäftigt hatte, wurde Georg von Siemens der Schöpfer des Werkes.

Siemens sagte 1889 im Reichstage, die Banken seien eine Art Führer des Unternehmungsgeistes der Nation. Er setzte die großen Hilfsmittel der von ihm geleiteten Deutschen Bank daran, Vorderasien der deutschen Volkswirtschaft zu erschließen. Ein bescheidener Anfang war's, daß die Anatolische Eisenbahngesellschaft gegründet wurde, welche zunächst die kleine Schienenstrecke von Haidar Pascha (am Bosporus) nach Ismid kaufte. Gleichzeitig erhielt sie vom Sultan die Konzession für die Linie von Ismid nach Konia. Mit Konia wurde 1896 der Hauptstapelplatz des Innern von Kleinasien erreicht. Dann weiteten sich die Gedanken, formten sich die Entwürfe. In dem 1898 erschienenen Buche Naumanns „Asia" waren Ausblicke in eine große Zukunft eröffnet. Die Pforte erkannte den Wert der Eisenbahnverbindung mit den südöstlichen Gebieten ihres schwer lenksamen Reiches an. Botschafter Marschall war der eifrige Förderer des großen Planes, dem Kaiser Wilhelm seinen Schutz angedeihen ließ. Am 23. Dezember 1899 schloß Siemens das grundlegende Abkommen mit der türkischen Regierung, das den Bau einer Linie von Konia nach Bagdad und Basra zum Inhalt hatte.

Die günstige Weltlage war von dem weitblickenden Bankherrn erfaßt und benutzt worden. Zum Glück stieg damals der Wettbewerb Englands mit Rußland zu einer Höhe, daß sie sich ungefähr die Wage hielten; was sie sich gegenseitig mißgönnten, fiel den Deutschen zu, die von ihnen zwar scheel angesehen, aber noch nicht als gefährlich betrachtet wurden. Der Sultan vertraute die Ausführung lieber Deutschland an als den zwei ihm mißgünstigen Weltreichen. Rußland ließ gerade damals Vorderasien aus den Augen, da die Erwerbung Port Arthurs 1898 und große hinterasiatische Pläne alle seine Kräfte in Anspruch nahmen. Ein günstiger Zufall wollte, daß die von französischen Kapitalisten geleitete Ottomanbank zu der Zeit auf die Stütze der Deutschen Bank angewiesen und zum Bunde für den Bau der Bagdadbahn bereit war. Die Ottomanbank hatte sich auf unglückliche Spekulationen in südafrikanischen Bergwerksaktien eingelassen und solche Verluste erlitten, daß 1895 ein Sturm gegen ihre Kassen erfolgte. Siemens, die

Absicht hegend, deutsches mit französischem und englischem Geld für das Werk zusammenzuspannen, führte die Verbindung mit dem französischen Kapital alsbald herbei. Nicht weniger als 45 Prozent der türkischen Staatsschuld waren in Frankreich untergebracht, so daß die französische Regierung ein Werk unterstützte, das der Türkei wirtschaftliche Vorteile versprach.

Das alles war jedoch nicht so wichtig wie die Ablenkung Englands auf die in Südafrika und in Ostasien aufgetauchten Schwierigkeiten. Es überstieg die Kräfte Albions, zugleich das Burenvolk auf die Knie zu zwingen, die Russen von Peking abzuhalten und im selben Augenblick auch dem Deutschen Reiche die Stirne zu bieten. So hatten die Deutschen am Bosporus Ellbogenfreiheit. Im Herbst 1899 bot Chamberlain dem Grafen von Bülow ein Bündnis an, er mußte ihn also bei der Pforte gewähren lassen. Albion war durch die anfänglich in Südafrika erlittenen Niederlagen so bedrängt, daß die schon damals den Deutschen nicht eben freundlichen „Times“ bei der Besprechung des Bagdadbahnentwurfes am 30. November 1899 schrieben: „Es gibt keine Macht, in deren Hände England das Unternehmen hätte lieber fallen sehen[1].“ Wie anders urteilten die Engländer gleich nach Schluß des Burenkrieges! Es gehört zu den beherrschenden Tatsachen der Weltpolitik, daß die Engländer den Wert Helgolands verkannten und daß sie sich die Bagdadbahn entgehen ließen, deren Erwerbung ihnen zur Zeit ihres der Türkei gewährten Schutzes geringe Mühe gekostet hätte.

In dem Vertrage vom 23. Dezember 1899 war ausgemacht, daß die Bagdadbahn binnen acht Jahren gebaut sein solle, die Kosten wurden auf 500 Millionen Mark veranschlagt. Es ergaben sich aber so große Schwierigkeiten, besonders finanzieller Art, daß die Verbindung mit Bagdad bis zum Weltkrieg nicht vollständig hergestellt war. Georg von Siemens starb 1901, worauf Artur Gwinner das Unternehmen leitete. Jede neu eröffnete Strecke war für die Türkei ein militärischer und wirtschaftlicher Vorteil. Nicht der Geldgewinn war für die Deutsche Bank der Hauptantrieb, denn die Aktien der Anatolischen und der Bagdadbahn haben gewöhnlich nur fünf Prozent getragen. Deutschlands Ansehen aber in der Welt stieg mit dem Fortschreiten des Baues,

[1]) E. A. Schäfer, „Die Entwicklung der Bagdadbahn-Politik“ (Weimar 1916), Heft 17 der „Deutschen Orientbücherei“.

der übrigens bis zum Weltkrieg mehr ein Symbol als ein Werkzeug der Macht des Deutschen Reiches geblieben ist.

*

Erwachender englisch-russischer Gegensatz zu Deutschland

Durch das Flottengesetz von 1900, dann durch die erhöhte Geltung Deutschlands im nahen Orient änderte sich das Verhältnis des Reiches zu den Weltmächten vollständig. Die deutsche Regierung hatte zwar nichts Feindseliges gegen Britannien oder gegen Rußland vor, sondern folgte bloß dem Triebe jedes gesunden Organismus, seiner Natur nach zu wachsen. Der Unternehmungsgeist der Deutschen forderte neue Felder der Betätigung, die angesammelten Kapitalien suchten lohnende Anlage. Damit aber kam das junge Reich, wenn auch ohne vorgefaßten Plan, England wie Rußland in die Quere. Das Zarenreich fühlte sich zunächst weniger beengt, da es in Konstantinopel bloß den englischen durch den deutschen Einfluß ersetzt sah: bei der noch auf voller Höhe stehenden russisch-englischen Nebenbuhlerschaft erschien das nicht als Nachteil. Auch waren Rußlands Beziehungen zur deutschen Regierung noch immer die besten. Zudem stand das Zarenreich in Ostasien mitten in großen Unternehmungen: die Mandschurei, China und Japan nahmen seine Aufmerksamkeit voll in Anspruch. Es waren also zunächst nur die panslawistischen Kreise, die sich über die Konzession zum Bau der Bagdadbahn aufregten. In dem Verhältnisse der Höfe und der Regierungen dagegen zeigte sich keine Trübung.

Anders wirkte der Bau der deutschen Schlachtflotte auf England. Es war zwar ein kluger Schachzug, daß Kaiser Wilhelm und seine Ratgeber damit zu der Zeit begannen, als die Briten in Südafrika beschäftigt waren. Anscheinend nahm Albion das an sich Unwillkommene ruhig hin, wozu die beschwichtigenden Worte Bülows das ihrige beitrugen. So war es selbstverständlich, daß, als Fürst von Hohenlohe, von Alter und Krankheit heimgesucht, am 17. Oktober 1900 den Abschied nahm, Graf von Bülow zum Reichskanzler ernannt wurde.

Es war nun die weitere Aufgabe der deutschen Staatskunst, zu

verhindern, daß England, wenn es in Europa wieder aktionsfähig wurde, sich mit Rußland gegen das Deutsche Reich verbinde. Schlichteten die zwei Weltmächte ihre Händel und wandten sie sich gegen Mitteleuropa, so geriet dieses in ernste Gefahr. Bismarck hatte es verstanden, Rußland und Frankreich auseinanderzuhalten, sich das eine Mal mit dem Petersburger, dann wieder mit dem englischen Kabinett auf guten Fuß zu stellen. Er hatte zu diesem Behuf dem Deutschen Reiche Selbstbeschränkung auferlegt. Jetzt aber strebte die Nation in die Weite und erregte die Eifersucht ihrer Nachbarn. Das war eine völlig neue Weltlage.

Wenn man damals und später mitunter gemeint hat, Deutschland hätte um des lieben Friedens willen auf den Bau einer größeren Schlachtflotte verzichten sollen, so wird damit etwas Unmögliches verlangt. Früher oder später wäre jeder deutsche Herrscher oder Staatsmann vor die Aufgabe gestellt worden, der zweiten Handelsmacht der Welt auch die entsprechende Kriegsflotte zu schaffen. Bloß über die Schnelligkeit der Entwicklung konnte man verschiedener Meinung sein, nur das Tempo ließ sich beschleunigen oder verlangsamen. Übrigens war der Streitfall mit England schon dadurch gegeben, daß Deutschlands Handelsflotte wuchs und seine Industrie die britische von vielen Märkten verdrängte.

Daraus ergab sich ein Zusammenstoß wie dereinst zwischen Athen und Sparta, Rom und Karthago, zwischen Spanien und Holland, zwischen Frankreich und England. Die anderen Tatsachen und Stimmungen der Weltpolitik haben die allgemeine Reizbarkeit erhöht, aber sie wurden nicht so gefährlich wie der deutsch-englische Gegensatz. Alle die anderen Reibungen waren von verhältnismäßig geringerer Wichtigkeit, so der Durst der Franzosen nach Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, das Streben der Russen nach den Meerengen, der nie gestillte Ehrgeiz Italiens, das militärische Emporkommen der Balkanstaaten. Das waren, wenn man sich so ausdrücken darf, lokale Erscheinungen, dagegen machte sich auf allen Meeren und Küsten der Welt der Widerwille Britanniens gegen den deutschen Wettbewerb fühlbar. Der Reeder sah seinen Gewinn geringer werden, der Industrielle begegnete einem geschickteren und fleißigeren Konkurrenten; jeder Mann in England hätte, um dem deutschen Wettbewerb friedlich zu begegnen, täglich oder doch zu Ende der Woche an dem halb freien Sonnabend eine oder mehrere Stunden länger arbeiten müssen. Seitdem erfüllte England die Welt mit der

Klage, daß ihm der Handel eingeengt werde. Nicht Bosheit war es, weshalb Albion seinerzeit Spanien und Holland zurückdrängte; ebensowenig war es im Rechte, es einer anderen Nation als Tücke anzurechnen, wenn sie sich wirtschaftlich an seine Seite schwang. Für die Nebenbuhler Englands gelten dieselben Gesetze der Entwicklung, welche von Seeley — in seinem Werke über die Ausdehnung Englands — für das mehr unbewußte als beabsichtigte Werden und Wachsen der britischen Weltmacht festgestellt worden sind.

XI

Amerikanischer Imperialismus

* Haager Friedenskonferenz *

Als erobernde Rasse erheben die Angelsachsen nicht bloß den Anspruch, ihre Ausbreitung sei der menschlichen Gesittung förderlich, sondern noch mehr, diese edle Absicht wäre die Triebfeder ihrer Taten, der wichtigste Ansporn zur Ausdehnung ihrer Herrschaft gewesen. In diesem Wesenszug stimmen Briten und Amerikaner überein, wobei die erste jener Behauptungen jedenfalls mehr Wahrheit enthält als die andere. Die zwei Nationen bestärken sich wechselseitig aufs eifrigste in dem Glauben, ihnen sei durch Vorsehung oder Schicksal eine besondere Sendung zugewiesen; somit versündige sich, wer ihnen zuwiderhandle, an der Zukunft der Menschheit. Solche Selbstbespiegelung stößt die Deutschen ab, deren große Persönlichkeiten, wie Luther, Friedrich der Große, Bismarck, mit voller Offenheit in alle Falten ihrer Persönlichkeit, auch in die eigene Selbstsucht hineingeleuchtet haben.

Während nun die Feinde der Deutschen darin einen Beweis für eine gewisse Roheit der Empfindung erblicken, erscheint diesen die moralische Schminke der Angelsachsen als Heuchelei: das eine Urteil ist ebenso hart wie das andere. Übrigens leistet den Angelsachsen ihre Denkungsart gute Dienste für ihre Stellung unter den Nationen: denn die Welt nimmt die Verbeugung vor den Geboten der Sittlichkeit, selbst wenn sie verletzt werden, als Versuch der Sühne. Auch ist unverkennbar, daß Briten und Nordamerikaner — nicht die einzelnen, wohl aber das Volk als Ganzes — von dem Edelmut ihrer eigenen Triebfedern überzeugt sind, wobei Verirrungen und Verfehlungen eingestanden werden. Besonders die junge Nation jenseits des großen Wassers versöhnt einigermaßen durch die Naivität ihres Glaubens an sich selbst. Sie hält sich für den Auszug aller edlen Säfte der Völker, aus denen sie hervorgegangen ist. Der richtige Yankee huldigt der Geschichtsphilosophie, all die schweren Mutterwehen der Menschheit hätten dazu gedient, sein eigenes Volk als Sonntagskind ans Tageslicht zu fördern.

Parteiwesen in den Vereinigten Staaten

Solange die Vereinigten Staaten dünn bevölkert waren, hatte der Süden dank der reichen Gaben einer gesegneten Natur die Führung; erst im Jahre 1824 wurde ein Bürger aus dem Norden, John Quincy Adams, zum Präsidenten der Republik gewählt. Dann wuchsen die nördlichen Staaten durch die ununterbrochene Einwanderung aus Europa wie durch das Aufblühen der Industrie empor. Das Ringen um die Macht gipfelte in dem 1861 bis 1865 währenden Bürgerkriege. Die Sache des Südens wurde seit jeher von der demokratischen Partei verfochten, die sich für die Selbstbestimmung der Einzelstaaten einsetzte, in der Absicht, die Negersklaverei dort, wo sie bestand, aufrechtzuerhalten. Dem entgegen forderte die republikanische Partei die Unterwerfung unter die Bundesgewalt und ordnete, als sie zur Herrschaft kam, die Abschaffung der Sklaverei an. Straffere Zentralisation stand also gegen losen Föderalismus. Der Aufmarsch der Parteilager war so gewaltig, jede der zwei Wahlorganisationen so kunstvoll ausgebaut, daß sie auch beisammenblieben, als über den Grundsatz in blutigen Schlachten endgültig entschieden war. Nach wie vor bilden die Baumwoll- und Getreidepflanzer des Südens den Kern der demokratischen, die Industriellen des Nordens das Rückgrat der republikanischen Partei. Der letzteren kam die Gefolgschaft der von ihr befreiten Neger zugute, während die Demokraten hinwiederum in den nördlichen Staaten die Unterstützung eines guten Teiles der ärmeren Schichten, Kleinbürger und Arbeiter, gewannen. Ganz naturgemäß, da der kleine Mann seinen Stimmzettel mit Vorliebe als Protest gegen die Herrschaft der Besitzenden abzugeben gewillt ist. Die Fäden kreuzen und verschlingen sich dann mannigfach in den Staaten des Westens wie in der geographischen Mitte der Union. So mächtig aber sind die bestehenden Organisationen, in Nordamerika „Maschinen" genannt, daß der Ehrgeiz der Politiker wie die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Gruppen nur durch Anschluß an eine der Hauptparteien zur Geltung kommen. Die zwei engmaschigen Parteinetze überziehen die ganze Union, um bei der Wahl des Präsidenten und der Mitglieder des Kongresses, dann in den Einzelstaaten bei der Besetzung der Ämter der Gouverneure, der

Richter, Abgeordneten und Beamten wirksam zu sein. Da nach der Wahl dem Sieger die Beute gehört, so stehen in den großen Entscheidungen viele Hunderttausende von gut bezahlten Stellen zum Preise. In Ländern wie Deutschland und Österreich, in denen der Ausfall der Wahlen nicht über die Regierungsgewalt entschied, zersplitterten sich die ohnedies machtlosen Parteien nach Belieben in kleinere Fraktionen, deren jede ihren Neigungen nachhing. Wo aber die Mehrheit der Wähler über den Staat verfügt, ballen sich die Atome zu Gruppen und diese zu Wahl- und Herrschaftsbündnissen zusammen.

In dem bekannten Vierzeiler preist Goethe an Amerika, daß es keine verfallenen Schlösser und keine Basalte besitze; es sei nicht, wie der alte Kontinent, abhängig von einer überlebten Vergangenheit. Jetzt gilt dies für das amerikanische Parteiwesen nicht mehr: es bebewegt sich vielmehr in Formen, die zwar um die Mitte des 19. Jahrhunderts beseelt waren, es aber nicht mehr sind. Die ursprünglichen Grundsätze der Parteien sind verblaßt, die „Maschinen" dagegen haben sich erhalten. Auch in den Vereinigten Staaten wird die Gegenwart durch die Vergangenheit bestimmt.

Solange der im großen Bürgerkriege erfochtene Sieg nachwirkte, behielt die republikanische Partei die Oberhand und verfügte von 1860 bis 1884 über das Amt des Präsidenten. Sie beutete aber die Macht eigennützig aus und erregte dadurch den Unwillen der besseren Elemente auch in ihrer Mitte. So wurde der Umschwung von 1884 herbeigeführt, durch den wieder ein Demokrat, Grover Cleveland, zum Präsidenten gewählt wurde. Seitdem hielten sich die Parteien die Wage, so daß 1888 der Republikaner William Henry Harrison und 1892 wieder Cleveland als Sieger aus der Wahlurne hervorgingen.

Neue große Fragen waren im letzten Fünftel des Jahrhunderts zu lösen: Schutzzoll oder Freihandel, Gold- oder Silberwährung, Selbstbescheidung oder Ausdehnung des Gebietes der Republik. Die Antworten der zwei großen Parteien fielen so aus, wie es ihrer Verbreitung in den einzelnen Landesteilen oder in den verschiedenen Volksschichten entsprach. Da die Republikaner sich auf die Industrie des Nordens stützten, arbeiteten sie für den Schutzzoll; die Demokraten waren Freihändler, wegen ihres Anhanges unter den Landwirten des Südens und bei den arbeitenden Schichten des Nordens, die sich ihren Verbrauch nicht verteuern lassen wollten. Unter der

Präsidentschaft des Republikaners Harrison drang 1890 der Mac-Kinley-Tarif mit seinen hohen Sätzen durch; er wurde unter Cleveland 1894 ermäßigt; kaum aber waren wieder die Republikaner 1897 ans Ruder gekommen, so erfuhren die Einfuhrzölle im Dingley-Tarif eine ansehnliche Erhöhung. Es ist ein Irrtum, den sogenannten prinzipiellen Gründen bei diesen Wechselfällen überzeugende Kraft zuzuschreiben. Nicht Grundsätze, sondern Interessen haben je nach ihrer Stärke jedesmal gesiegt. Durch die überwiegende Macht der Industrie des Nordens wurden die Vereinigten Staaten seither beim Schutzzoll festgehalten.

*

Vom Nationalstaat zum Imperialismus

In großen Linien vollzog sich in den Vereinigten Staaten dieselbe Entwicklung wie sonst auf dem Erdenrund. Die Union mußte im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 erst den einheitlichen Nationalstaat gegen den Abfall des sklavenhaltenden Südens verteidigen. Bis dahin war sie, wenn auch nach der Verfassung eine Einheit, ein lockeres Bündel von Gemeinwesen, deren Glieder in Gruppen gespalten waren. Der Vergleich mit den Einigungskämpfen der Deutschen und der Italiener darf nicht zu weit getrieben werden, dagegen ist die Ähnlichkeit mit der Formung des japanischen Einheitsstaates unverkennbar. Auch in Amerika loht dann ein brennendes Nationalgefühl auf: es gipfelt in der Vertreibung der Chinesen und Japaner aus den westlichen Staaten der Union, mag auch dazu noch stärker der Unwille der arbeitenden Klassen Nordamerikas angetrieben haben, die sich die Herabdrückung der Löhne durch den genügsamen und sparsamen gelben Mann nicht gefallen ließen. Diese zwei Motive wirkten auch bei den gegen die europäische Einwanderung erlassenen Sperrgesetzen zusammen.

Der mächtig gewordene Nationalstaat reckt seine Glieder und wird aus einer amerikanischen eine Weltmacht. Nur darf man sich den Übergang nicht unvermittelt denken, Ursachen und Anzeichen reichen vielmehr in eine frühere Zeit zurück. Schon Jefferson, der Gefährte Washingtons, ließ sich vernehmen: „Ich gestehe offen, daß ich immer auf Kuba als die wünschenswerteste Zugabe zu unserem Staatensystem geblickt habe.

Die Beherrschung des Golfes von Mexiko, der angrenzenden Länder und der Landenge von Panama würde das Maß unseres politischen Wohlbefindens voll machen." Schon im Jahre 1848 wollte der Staatssekretär Buchanan die spanische Regierung bestimmen, für 100 Millionen Dollars Kuba zu verkaufen; nicht viel später spricht ein wenn auch nicht amtliches Manifest amerikanischer Politiker, darunter hoher Würdenträger, „von dem Zwange des Naturgesetzes, das nach jedem menschlichen und göttlichen Gesetz Amerika berechtigen würde, die Insel Kuba den Spaniern zu entreißen". Echt angelsächsisch berührt in diesen tönenden Redensarten die Berufung auf Moral und Religion, um zur Eroberung einer reichen Insel anzufeuern.

Auch in Amerika erfreute sich die Verkündigung einer Zukunft ewigen Friedens gleißender Volkstümlichkeit, ohne daß dadurch der Drang nach Weltmacht eingedämmt wurde. Eigentümlich ist für die Union die Erscheinung, daß es dieselben Staatsmänner sind, die pazifistische Eidschwüre ablegen und dabei Eroberungs- und Angriffskriege vorbereiten. Theodor Roosevelt und Woodrow Wilson, obwohl politische Gegner, stimmen als echte Söhne ihres Landes in diesen Widersprüchen überein, die ihnen in der Praxis treffliche Dienste geleistet haben. Die Moral ist zum guten Teil eine von dem Schwächeren ersonnene und von ihm ausgebildete Schutzwehr, durch welche sich der Stärkere selten abhalten läßt, wenn er sie vorher auch unter Begleitung von Flöten und Schalmeien in Preisliedern besungen hat. So bemächtigte sich die Union 1903 der tatsächlichen Herrschaft über Panama und ließ sogar 1918 Truppen in die Stadt einrücken, unter dem Vorwand, dies sei durch die daselbst herrschende Unsittlichkeit notwendig geworden; so zwang Wilson während des Weltkrieges Dänemark zum Verkauf der westindischen Insel St. Thomas, mit der Drohung, es werde das Eiland sonst auch ohne förmliche Abtretung besetzen lassen. Mexiko, das stark genug war, sich zu wehren, blieb vom Zugriff noch verschont, während das zerklüftete Zentralamerika sich dem Willen der Union beugte. Der letzte Gedanke der nordamerikanischen Republik wurde vom Staatssekretär Olney ausgesprochen, indem er während des Streites um Venezuela 1895 die englische Regierung wissen ließ: „Wir sind tatsächlich souverän auf diesem Kontinent, wo unser Wille Gesetz ist." Das ist allerdings erst ein Anspruch, noch keine Tatsache.

*

Panamerikanische Kongresse

Etwa seit 1880 machen sich die imperialistischen Bestrebungen deutlich bemerkbar. Sie faßten zuerst in der republikanischen Partei Wurzel, weil bei ihr die Kaufherren und die Industriekönige die Richtung bestimmten: diese aber erwarteten von der Ausdehnung des Gebietes der Union, wie auch von ihrer erhöhten internationalen Geltung vermehrten Warenumsatz und stattliche Gewinne. Zunächst wurden nicht Gebietserwerbungen, sondern moralische Eroberungen ins Auge gefaßt. Darauf zielte der Plan, alle Staaten des amerikanischen Erdteils zu einem Bunde zu vereinigen: kam es zur Ausführung, so errang die Union von selbst die Vorherrschaft. Schon 1825, unmittelbar nach der Losreißung der spanischen Kolonien vom Mutterlande, war ein panamerikanischer Kongreß zusammengetreten, ohne aber zu greifbaren Ergebnissen zu führen. Der Staatssekretär des republikanischen Präsidenten Harrison, James Blaine, griff den Gedanken mit Feuereifer auf, stieß aber auf die Bedenken der anderen Staaten, die für ihre Selbständigkeit fürchteten. Wohl gelang es der Regierung der Union, durch Vorsicht im Auftreten und Hervorkehrung eigener Selbstlosigkeit die Eifersucht der übrigen Gemeinwesen so weit zu beschwichtigen, daß 1889 in Washington ein panamerikanischer Kongreß aller selbständigen Staaten, mit Ausnahme San Domingos, zusammentrat; da während der Tagung Brasilien seinen Kaiser Pedro II. absetzte (15. November 1889), waren die republikanischen Regierungen unter sich. Nach der Eröffnung des Kongresses am 2. Oktober 1889 ließ der Präsident der Vereinigten Staaten in großartiger Gastfreundschaft alle Abgesandten eine sechswöchentliche Rundfahrt durch die Union unternehmen, bei der sie als Schöpfer eines neuen Weltzeitalters gepriesen und in eine Wolke von Weihrauch gehüllt wurden. Blaine als Präsident des panamerikanischen Kongresses wußte mit großer Geschicklichkeit alles zu vermeiden, was wie ein Anspruch der Vereinigten Staaten auf Vorrang oder als ein von ihnen geübter Druck empfunden werden konnte; auch sonst waren die Vertreter der Vereinigten Staaten eitel Brüderlichkeit und Selbstbescheidung. Das nun hörten die Abgesandten der anderen Staaten mit Vergnügen und bezahlten mit zierlichen

oder überschwänglichen Redensarten. Sie ließen sich jedoch auf dem Kongreß nicht für eine engere Verbindung, noch weniger für eine überstaatliche Gemeinsamkeit einfangen. Wohl wurde in 70 vielstündigen Sitzungen über umfassende Entwürfe verhandelt, so über eine ganz Amerika umfassende Zollunion, über eine nordsüdliche Eisenbahn durch die ganze Länge des Erdteils, über Einheit von Währung, Münze, Maß und Gewicht: aber die Beschlüsse bestanden bloß in Vorschlägen oder in Berichten an die Regierungen der vertretenen Staaten, wodurch für keine derselben eine Verpflichtung übernommen war. Ein einziger Vertrag wurde vereinbart, der über ein in allen Streitfällen obligatorisches Schiedsgericht, gegen den aber Chile sofort Einspruch, Mexiko wenigstens Bedenken erhob: und der Vertrag wurde hinterher von keinem einzigen Staate genehmigt. Blaine sagte zwar, bevor dieses klägliche Ergebnis offen zutage getreten war, in der Schlußsitzung, der Kongreß hätte mit dem Vertrage eine neue Magna Charta geschaffen und den Kriegen in Amerika ein Ende gemacht; der staatskluge Mann hat sein Redefeuerwerk jedoch wohl nur zur Augenweide abgebrannt, da er den Ausgang voraussah. Noch waren die Dinge nicht reif, die Gemüter nicht genügend vorbereitet, vor allem aber die Union nicht mächtig genug, um Größeres erzwingen zu können. Der Faden wurde dann auf den panamerikanischen Kongressen zu Mexiko 1901 und zu Rio de Janeiro 1906 weitergesponnen, im einzelnen auch manches Gute gefördert, die anfänglichen Erwartungen jedoch sind nicht erfüllt worden[1]).

*

Amerika, England, Kanada

Während der zweiten Präsidentschaft des Demokraten Cleveland 1893 bis 1897 trat die imperialistische Versuchung immer näher an die Bürger der Union heran. Der vieljährige Krieg auf Kuba, wo die Eingeborenen mit wechselndem Glücke gegen die spanische Herrschaft kämpften, reizte zum Eingreifen. Cleveland wirkte mäßigend. Er widerstand dem Drängen des Kongresses, der empfohlen hatte,

[1]) Alfred H. Fried, „Pan-Amerika“ (Berlin 1900).

die Aufständischen als kriegführende Macht anzuerkennen, und untersagte strenge jede Verletzung der Neutralität. Überhaupt war dieser Präsident unbeugsam und selbstwillig; er setzte sein verfassungsmäßiges Veto einer größeren Zahl von Beschlüssen des Kongresses entgegen als irgendeiner seiner Vorgänger oder Nachfolger. Seine Partei, die sich in der Mehrheit für die Doppelwährung einsetzte, verargte es ihm besonders, daß er der Ausprägung des entwerteten Silbers ein Ende machte; er war jedoch im Recht, da nur so der Zerrüttung der Landeswährung Einhalt getan werden konnte.

Cleveland hatte dagegen das ganze Land für sich, als er gelegentlich eines Grenzstreites in Südamerika den Briten mit großer Schärfe entgegenwirkte. Bei diesem Anlasse zeigte der junge amerikanische Adler Europa zum erstenmal die Krallen. Zwischen der englischen Kolonie Guyana und der Republik Venezuela war ein Grenzstreit ausgebrochen, in dessen Verlauf Großbritannien die Bestellung eines Schiedsgerichts ablehnte und mit Gewalt vorzugehen Miene machte. Da trat Cleveland gebieterisch dazwischen. In einer Aufsehen erregenden Botschaft behauptete er, die Grundsätze der Monroedoktrin ließen solche Machtentfaltung eines europäischen Staates nicht zu. Präsident Monroe hatte in seiner berühmten Botschaft 1823 zwar nur ausgesprochen, daß die Erweiterung europäischen Kolonialgebietes auf amerikanischem Boden unstatthaft wäre: Cleveland aber wendete den Grundsatz auf den vorliegenden Fall an und zog den Streit 1895 vor den Richterstuhl der Union. Er schlug dem Kongreß die Einsetzung einer Kommission vor, welche endgültig über die Grenze zwischen Venezuela und Britisch-Guyana entscheiden sollte; dann werde die Union mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem Spruche Geltung verschaffen. Der Kongreß stimmte ohne weiteres zu. Damit waren die Befugnisse eines neutralen Staates überschritten, aber die Haltung der Union war so drohend, daß England nur die Wahl zwischen einem Bruche mit den Vereinigten Staaten und der Unterwerfung hatte. Nun verfolgte England eben große Ziele im Sudan und in Südafrika und fand die europäischen Mächte wiederholt auf seinen Wegen, bald Frankreich, bald Rußland, bald Deutschland. Deshalb hielt das Ministerium Salisbury Nachgiebigkeit für geraten und fügte sich knirschend dem Spruche des amerikanischen Präsidenten. Überhaupt machte England aus der Not eine Tugend und ließ sich auch weiter seitens der Vereinigten Staaten mehr als

eine Demütigung gefallen, um in seiner Eroberungspolitik in Afrika und Asien nicht gestört zu werden. Das Werben um die Freundschaft der Union blieb der feststehende Grundsatz aller englischen Regierungen, mochte Amerika auch — besonders in Sachen des Panamakanals — den britischen Stolz tief verletzen. Um diesen hohen Preis erzielte England eine Art Verbrüderung der zwei angelsächsischen Reiche. So bahnten sich die Weltfreundschaften und Weltbündnisse an, die im nächsten Jahrhundert die Geschicke der Menschheit bestimmen sollten.

Mit dem Ende der Präsidentschaft Clevelands durchbrach die imperialistische Strömung die Dämme. Die Demokraten waren durch die Währungsfrage gespalten, so daß ihr Mann, Bryan, der Führer der Silberpartei, bei der Präsidentenwahl von 1897 gegen die Republikaner unterlag: William Mac Kinley trat an die Spitze der Union und hauchte der Politik des Landes frischen Offensivgeist ein. Staatssekretär John Hay, Kriegsminister Elihu Root und Theodor Roosevelt, Unterstaatssekretär der Marine, waren seine hervorragendsten, durch große Begabung ausgezeichneten Ratgeber. Zunächst wurden höhere Schutzzölle eingeführt, dann Gebietserwerbungen ins Auge gefaßt. Pazifismus war das im Munde geführte Schlagwort, aber die äußere Politik wurde von Hay völlig imperialistisch geführt. Die Nation hatte sich durch eine unermüdliche Kolonisation in den Besitz des weiten Landes zwischen den zwei Ozeanen gesetzt; jetzt suchten die überschüssigen wirtschaftlichen und geistigen Kräfte Raum zur Betätigung im Ausland. Es ist kein Zufall, daß der Amerikaner Mahan damals die Bücher schrieb, in denen er die Bedeutung einer Kriegsflotte für die Herrschaft zu Land wie zur See geschichtlich und theoretisch ausführlich begründete[1]). Auf diesen Bahnen schritten die Machtpolitiker einher, die darauf hinwiesen, daß die Union auch früher durch diplomatische und militärische Mittel ihr Gebiet erweitert hatte, so 1803 um Louisiana, 1847 nach dem Kriege mit Mexiko um Texas und Kalifornien. „Die Expansion des amerikanischen Einflusses ist eine historische Notwendigkeit, die Kräfte, welche einen Staat groß gemacht haben, wirken durch seine ganze Geschichte weiter[2])."

[1]) Alfred Th. Mahan, nordamerikanischer Seeoffizier, veröffentlichte 1890 das Werk „Influence of sea-power upon history 1660—1783" und 1893 „Influence of sea-power upon the French Revolution and Empire".

[2]) Dies der Kernsatz des amerikanischen Imperialismus nach der eingehenden Darstellung von Hugo Münsterberg, „Die Amerikaner" (Berlin 1904), I, S. 307ff.

Das Augenmerk der Imperialisten richtete sich ursprünglich auf Kanada. Dies um so mehr, als dahin aus der Union eine starke Einwanderung ging, wodurch der Westen Kanadas besiedelt wurde. Eine Zeitlang waren auch die Beziehungen zwischen Kanada und dem Mutterland durch Meinungsverschiedenheiten über Handelspolitik getrübt. Es gab in Kanada eine Partei, welche den Grundsatz verfocht, mit Amerika sei ein Handelsvertrag zu schließen, welcher der Union dieselben Begünstigungen zu gewähren hätte wie Großbritannien. Daneben gab es eine Strömung für den engen Zusammenschluß Kanadas und der anderen britischen Kolonien mit dem Mutterland, entsprechend den von Chamberlain mächtig geförderten Ideen. In Kanada kam es zur Entscheidung, als die Union sich durch den Zolltarif Mac Kinleys gegen außen abschloß und die englische Kolonie nötigte, sich den britischen Markt für ihre Bodenerzeugnisse zu sichern (Seite 84). Mit dem kanadischen Staatsmann Wilfried Laurier kam 1896 die zu England haltende liberale Partei ans Ruder, welche die Entscheidung brachte. Kanada schuf 1897 einen Zolltarif, der England eine 25prozentige Zollbegünstigung vor dem gesamten Ausland gewährte. Der Anschluß Kanadas an Großbritannien wurde immer enger und führte 1900 zur Absendung eines Hilfskorps im Kampfe gegen die Buren. Mit all dem wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada ein kräftiger Strich gezogen, so daß sich der Ehrgeiz der amerikanischen Imperialisten anderen Zielen zuwandte.

Vor allem reizten die Hawai- oder Sandwichinseln zum Zugreifen, schon wegen ihres milden Klimas und ihrer Fruchtbarkeit, noch mehr wegen ihrer günstigen Lage im Großen Ozean, in welchem sie gewissermaßen einen Brückenpfeiler zwischen Asien und Amerika bilden. Die Inseln wurden von Bürgerkriegen heimgesucht, nach Vertreibung der Königin Liliukalani als Republik eingerichtet. Da die Unruhen fortdauerten, erreichten die Vereinigten Staaten es leicht, 1897 als Retter und Schützer herbeigerufen zu werden. Präsident Mac Kinley ließ am 12. August 1898 das Sternenbanner auf den Inseln hissen.

*

Spanisch-amerikanischer Krieg

Unmittelbar vorher bekamen die Spanier die rauhe Hand der nordamerikanischen Union zu spüren. Vergebens bemühten sie sich, den Aufstand auf der Insel Kuba abwechselnd mit friedlichen Mitteln und durch kriegerische Maßnahmen zu dämpfen; auch die unbarmherzige Strenge des Generals Weyler, der 1896 mit einem Heere erschien, führte nicht zum Ziel. In den Vereinigten Staaten wurde die Strömung zugunsten der Kubaner aus verschiedenen Quellen genährt. In den breiten Schichten war es aufrichtige Teilnahme für das Schicksal und den Freiheitskampf der schwer heimgesuchten Insel; dann aber war viel amerikanisches Kapital auf der Insel angelegt, besonders die Zuckermagnaten der Union wie die Tabakhändler gelüstete es nach den Plantagen Kubas. Wäre den Aufständischen nicht amerikanisches Geld zu Hilfe gekommen, so würden sie unterlegen sein; je größere Summen aber zuflossen, desto brennender der Wunsch der Union, durch die Einverleibung der Insel das Kapital in Sicherheit zu bringen. So waren die idealistischen Antriebe der Massen dicht mit Finanzspekulationen verwoben. Die Staatsmänner aber, wie Mac Kinley und der Unterstaatssekretär der Marine Roosevelt dachten vor allem an die Machterweiterung der Union, waren von politischem Ehrgeiz wie von dem Wunsche getrieben, Glanz und Einfluß ihrer Partei zu erhöhen. Es war nichts Kleines, der „Perle der Antillen“ den inneren Frieden und damit höhere Gesittung zu bringen.

Ein Vorwand zum Kriege mit Spanien war leicht gefunden. Das nordamerikanische Panzerschiff „Maine“ war nach der Insel geschickt worden, angeblich, um die Bürger der Vereinigten Staaten zu schützen, mehr aber, um den Aufständischen Mut einzuflößen. Da flog es am 15. Februar 1898 in die Luft, worauf in der Union der Wutschrei erscholl, es wäre dem Hasse der Spanier zum Opfer gefallen. Das war geradezu unsinnig, da der spanischen Regierung wie ihren Anhängern nichts Schlimmeres widerfahren konnte als die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung in der Union; auch wurde nach dem Kriege durch genaue Untersuchung festgestellt, daß das Auffliegen des Schiffes die Folge der Zersetzung des Pulvers gewesen war. Die amerikanische Regierung forderte von Spanien Rechenschaft und

gab sich, während sie Rüstungen anordnete und die Erregung nährte, den Anschein, als ob sie von dem unwiderstehlichen Strome der öffentlichen Meinung fortgerissen würde. Ein Schauspiel, so schmählich wie eines im Zeitalter des Absolutismus und der Kabinettskriege: es endigte, nachdem die Rüstungen der Union abgeschlossen waren, mit einem Ultimatum, das die volle Unabhängigkeit Kubas und die Zurückziehung der spanischen Truppen von der Insel forderte.

In dem darauf entbrannten Kriege wurde der erste Schlag nicht auf Kuba, sondern auf den Philippinen geführt. Unversehens erschien der amerikanische Admiral Dewey vor den Inseln, die sich gleichfalls im Aufstande gegen die Spanier befanden, und griff am 1. Mai 1898 mit überlegener Macht die paar alten Fahrzeuge des Feindes an, die ohne Mühe zusammengeschossen wurden. Eine Waffentat, die ohne Grund den Admiral zum Nationalheros machte; in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, das er am 13. August besetzte, wurde er als Befreier begrüßt.

Ähnlich ging es auf Kuba. Die amerikanische Flotte unter Sampson war auch hier der spanischen so überlegen, daß diese im Hafen von Santiago Zuflucht suchte und blockiert wurde. Damit der Seeherrschaft sicher, ließ die Union am 22. Juni eine Armee landen und Santiago so eng einschließen, daß die Übergabe der Stadt und weiter auch der spanischen Flotte in unvermeidliche Nähe rückte. Die spanische Regierung empfand es aber als Schimpf, ihre Flotte ohne Kampf dem Feind in die Hände fallen zu lassen. Sie befahl also dem Admiral Cervera, um jeden Preis auszulaufen und zu versuchen, ob er nicht mit der Flotte entkommen könnte. Der Admiral wendete ein, das Verlassen des Hafens bedeute sicheren Untergang. Da der Befehl jedoch wiederholt wurde, mußte er gehorchen, verließ den Hafen und sah sich sofort angegriffen; am 3. Juli wurde seine Flotte vollständig vernichtet, da seine Schiffe gegen die weitertragenden Geschütze der amerikanischen wehrlos waren.

Den Spaniern blieb, da sie sich nicht ergeben wollten, nichts übrig, als mutig unterzugehen, während die Amerikaner nach ihrem eigenen Ausdruck lediglich eine Schießübung auf lebende Ziele veranstalteten.

Unerwartet dagegen war, daß auch das spanische Landheer auf Kuba vollständig versagte. Man hatte angenommen, diese länger dienenden spanischen Mannschaften würden der aus Freiwilligen be-

stehenden amerikanischen Armee gewachsen sein. Indessen drang diese in ungestümen Angriffen unaufhaltsam vor; hierbei zeichnete sich Theodor Roosevelt aus, der in das Regiment der Rauhen Reiter eingetreten war und bald darauf dessen Kommando erhielt. Die Spanier wurden eingeschlossen und ergaben sich mit der Hauptstadt Santiago am 16. Juli.

Der am 10. Dezember 1898 geschlossene Friede kostete Spanien nahezu alles, was ihm von seinem einst glänzenden Kolonialreiche noch erhalten war. Es mußte nicht bloß auf Kuba und die Philippinen, sondern auch auf die Insel Portorico verzichten. Sein einziges Unrecht bestand darin, daß es schwächer als die Union war, die ihre Macht rücksichtslos gebrauchte. Die Union ging darauf in Kuba und auf den Philippinen nach entgegengesetzten Grundsätzen vor. Kuba wurde als selbständige Republik anerkannt, der die Union Schutz angedeihen ließ; die Insel erholte sich wirklich bald von den Folgen des Bürgerkrieges und blühte erfreulich empor. Insofern ist der durch den Krieg angestrebte ideale Zweck auch erreicht worden. Dagegen wurden die Philippinen und Portorico als Kolonien von amerikanischen Beamten verwaltet, eine Ordnung der Dinge, die im Widerspruch stand mit dem ganzen Geiste der amerikanischen Verfassung. Die Eingeborenen auf den Philippinen, malayische Stämme mit guten Anlagen, hatten aber gegen die spanische Herrschaft nicht in der Absicht gekämpft, um sie mit der amerikanischen zu vertauschen. Sie gaben sich nach Ausbruch des Krieges eine freie republikanische Verfassung, die von den Amerikanern jedoch nicht anerkannt wurde. Deshalb setzten sie sich unter Führung Aguinaldos zur Wehr und verteidigten sich mit solchem Nachdruck, daß die Union zu ihrer Bekämpfung 50000 Mann aufbieten mußte. Trotzdem reichte die Herrschaft der Amerikaner zeitweilig nur so weit wie die Geschosse ihrer Schiffskanonen. Als Aguinaldo 1901 mit seinem Stabe durch Verrat gefangengenommen wurde, schien die Sache völlig entschieden; indessen dauerte der Widerstand in Wald und dichtem Buschwerk fort und kostete der Union viel Leute und Geld. So war der Kampf um die Befreiung der Inseln eine Karikatur geworden, was auch viele Amerikaner fühlten. Es bestand eine Gegenströmung, sie drang jedoch gegen die herrschenden Gewalten nicht durch. Mac Kinley wurde zum zweitenmal, wieder im Kampfe gegen Bryan, zum Präsidenten gewählt, starb aber schon am 14. September 1901 an den Folgen

eines anarchistischen Anschlages, worauf der Vizepräsident Theodor Roosevelt die Leitung der Geschäfte übernahm. In ihm waren die imperialistischen Neigungen der Nation verkörpert, in seiner ganzen Staatsauffassung fand er sich mit den leitenden Männern Englands zusammen.

Überhaupt trug der spanisch-amerikanische Krieg viel dazu bei, die angelsächsischen Vettern einander näherzubringen. Anfangs zwar spielte die englische Regierung mit dem Gedanken, der gefährlichen Ausdehnung der Union in Zentralamerika eine Schranke zu setzen; ihr Botschafter in Washington, Pauncefoote, regte einen Schritt der europäischen Mächte zur Erhaltung des Friedens an. Da dies aber in Washington mißfiel, schwenkte England beim Ausbruch der Feindseligkeiten ein und die britische Presse sprach sich in ihrer Mehrheit mit gesuchter Wärme für die Union aus. Das geschah aus kluger Berechnung, um sich mit dem stärkeren Teile zu verhalten, doch auch weil die Verwandtschaft der imperialistischen Politik der zwei Reiche unverkennbar war. Das Tochterland handelte nach den Grundsätzen Albions, das dadurch viele seiner Gewalttaten gerechtfertigt sah. Unangenehm aber fühlten sich die Amerikaner berührt, als aus Deutschland und Österreich-Ungarn vielfach Mißbilligung ihres Verfahrens herüberscholl. Überflüssigerweise verfiel die deutsche Regierung auf den Gedanken, ihr ostasiatisches Geschwader unter Admiral Diederichs gerade in dem Zeitpunkte vor Manila erscheinen zu lassen, in welchem 1898 die Entscheidung über die Philippinen fiel. Das geschah bloß aus unpraktischem Kraftgefühl, ohne jede verletzende Absicht; die englische Presse aber benutzte das Ereignis zu einem Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland, das angeblich gegen die Union hatte Zeugnis ablegen wollen. Wie hell erstrahlte jetzt die Freundschaft Albions für die Union! Es lebten viele Millionen in Nordamerika, die des ehrlichen Glaubens waren, der Feldzug gegen die Spanier sei ein Werk der Befreiung; es tat ihnen wohl, aus England zu hören, man finde es hier selbstverständlich, daß die höhere Gesittung mit fester Hand in verrottete Verhältnisse Ordnung bringe. Blutsverwandtschaft, dann ähnliche wirtschaftliche Entwicklung waren Ursachen, die zu denselben Methoden des Handelns gegen fremde Staaten führten; hierauf aber wurde gleiche Denkungsart ein neuer Kitt zur Befestigung der alten Bande. Wohl brachte der Burenkrieg zunächst, wie wir sehen werden, deren Locke-

rung, dann aber schlossen sich die zwei angelsächsischen Nationen immer enger zusammen.

*

Die Friedensbewegung

Der imperialistische Gedanke hatte zu Ende des Jahrhunderts seinen Siegeslauf durch die alte und die neue Welt beendet. Indessen besaß er im Reiche des Geistes, in dem stets eine Fülle von Ideen um Geltung ringen, nicht die Alleinherrschaft. Es ist ein Ausnahmsfall, daß es dem Christentum gelungen ist, die Widerstände zu überwinden und sämtlichen Nationen des Abendlandes sein mildes Joch aufzuerlegen. Sonst gab es durch alle Jahrhunderte beim Auf- und Niederwogen der Meinungen kaum je einen vollständigen Sieg. So setzte sich bis zum Ausbruche des Weltkriegs dem Eroberungsdrange der Machthaber und Völker die Predigt des ewigen Friedens entgegen.

Die Friedensbewegung ist der Ausdruck einer Sehnsucht, die so alt ist wie die Menschheit. Dieses Bedürfnis wirkte um so stärker, je ferner die Erfüllung war. Jesaias schrieb sein elftes Kapitel, diese Weissagung des Weltfriedens, der den Wolf neben das Lamm, den Tiger neben das Böcklein betten werde, mitten unter den Kämpfen der vorderasiatischen Reiche um die Alleinherrschaft. Als sich in Italien Ghibellinen und Guelfen am wildesten zerfleischten, feierte Dante in seinem Buche „Über die Monarchie" die Kaisergewalt als das höchste irdische Gericht, als Unterpfand künftigen Friedens. Während Europa durch den Spanischen Erbfolgekrieg und den Nordischen Krieg verheert wurde, ersann Saint Pierre sein 1713 veröffentlichtes „Projekt des ewigen Friedens unter den christlichen Monarchen". Die Wurzeln des modernen Friedensgedankens liegen, wie bei allen derartigen Bewegungen früherer Epochen, im Boden der Religion: auch darin kann die Idee nicht auf Originalität Anspruch erheben. Von den Quäkern Amerikas, vornehmlich von Elihu Burritt, ging der Anstoß aus, der zum allgemeinen Friedenskongresse in Brüssel 1848 führte, dem ersten in der langen Reihe solcher Tagungen während der nächsten sechzig Jahre.

Auf einem der Friedenskongresse erschien Garibaldi unmittelbar vor einem seiner der Eroberung Roms geltenden Feldzüge. Er kündigte hier an, ein einziger Krieg sei noch notwendig, den er auch zu führen gedenke, der um die Befreiung Roms von päpstlicher Herrschaft: dann werde die Menschheit sich der Segnungen des ewigen Friedens erfreuen können. Diese Versicherung ist, wie alle Taten und Reden des berühmten Freischarenführers, Ausdruck der ihm eigenen selbstsicheren Naivität. Solche Ankündigungen eines letzten, des einzigen noch notwendigen Krieges sind auch von weniger reinen Naturen ausgegangen. So hat Nikolaus Danilewskij in seinem 1871 erschienenen Buche das panslawistische Ideal geformt, die Einigung aller Slawen wie die Eroberung Konstantinopels durch den Zaren für notwendig erklärt: dann aber, so versprach er großmütig, werde das heilige Rußland an die Spitze eines Bundes aller Nationen Europas treten und der Welt den allgemeinen Frieden bringen. Die Menschen sind immer geneigt, ihre eigenen Wünsche und Begierden mit den ewigen Bedürfnissen des Menschengeschlechtes zu verwechseln. Viele der sogenannten Ideale sind nur die wohlersonnenen Hüllen für die Selbstsucht der Einzelnen und der Völker.

*

Haager Friedenskonferenz 1899

Das Gemüt des Zaren Nikolaus II. wurde von der Idee des ewigen Friedens lebhaft ergriffen, er glaubte sich zu ihrem Herold berufen. Der Gedanke kreuzte sich in seinen Vorstellungen mit einem anderen, der ihn aber geradezu aufhob. Hatte doch, wie erzählt wurde (Seite 146), Fürst Uchtomskij den jungen Nikolaus für den großen Plan einer Ausdehnung der Macht und der Zivilisation Rußlands über Asien gewonnen, welcher Erdteil im Grunde nur eine Fortsetzung des Zarenreiches wäre. Anschläge dieser Art mußten Japan, China und in letzter Linie Indien in Bewegung setzen und lange währende Kriege hervorrufen. Der Gedankengang Uchtomskijs lagerte in dem schwachen Geiste des Zaren unvermittelt neben dem pazifisti-

schen, für welchen ihn der russische Staatsrat Iwan von Bloch gewann. Dieser ehemalige Bankier und Eisenbahnunternehmer, Verfasser mehrerer nationalökonomischer Werke, wendete sich zuletzt mit brennendem Eifer dem Studium des Kriegswesens zu, auf welchem Gebiete er sich ausgebreitete Kenntnisse erwarb. Er legte seine Ansichten in einem sechsbändigen Werke nieder, das 1899 in deutscher Übersetzung erschien. Darin entwickelte er, wohl im Anschlusse an die besten Sachverständigen doch in selbständiger Geistesarbeit, die Kriegführung der Zukunft. Die Taktik werde durch die Ausbildung der Feuerwaffen beherrscht sein, also auf der Überlegenheit der Verteidigung über den Angriff beruhen. Er erkannte, daß beide Teile feste Verschanzungen von nie dagewesener Längenausdehnung anlegen werden; und ebenso richtig sagte er vorher, daß die Schlachten der Zukunft infolgedessen eine außerordentliche Dauer haben und von furchtbaren Verlusten begleitet sein müssen. Daraus zog er den Schluß, daß ein Angriffskrieg fortan als Torheit zu betrachten sei. Denn angesichts der größeren Kraft der Verteidigung werde sich der Angreifer verbluten müssen. Diese bestimmte Voraussicht solle und werde jeden Staat abschrecken, die Entscheidung durch die Waffen anzurufen. Das müsse den Gedanken des dauernden Friedens auf Erden der Erfüllung zuführen. Darauf zielte der Beweisgang des gewichtigen Buches, welches angesichts der Nutzlosigkeit künftiger Kriege die allgemeine Abrüstung vorschlug.

Von einem anderen Standpunkte versuchte einige Jahre später Normann Angell die Nutzlosigkeit künftiger Kriege darzulegen. In seinem Buche „The great illusion“ (Die große Täuschung) trat er den Beweis an, es sei ein verderblicher Irrtum anzunehmen, daß der eine Teil den anderen wirtschaftlich niederkämpfen und aus seinem Siege die ökonomischen Vorteile ziehen werde wie in den Handels- und Seekriegen vergangener Zeiten. Denn die Weltwirtschaft sei ein Ganzes geworden, so daß künftig der Angreifer in gleicher Weise wie der Angegriffene leiden und zuletzt hinsiechen werde, selbst wenn er den anderen militärisch zu Boden schlage. Angell schloß daraus, daß die Zeit der großen Kriege vorüber sei, ein Irrtum, der mit einer gewissen Flachheit vorgetragen ist, aus der sich der gewaltige buchhändlerische Erfolg seines Buches zum guten Teil erklärt. Denn die meisten Leser sind dankbar, wenn dasjenige, was sie wünschen, ihnen durch nächstliegende, allgemeinverständliche Argumente

glaubhaft gemacht ist und die Gegengründe mit einem rosenroten Schleier verhüllt werden.

Der Irrtum dieser Männer liegt nicht in dem von ihnen angetretenen Beweise der verderblichen Folgen künftiger Kriege, worüber vielmehr Treffendes gesagt ist, sondern in der Annahme, daß die Menschen sich in ihren Taten jemals ausschließlich oder vorwiegend durch Verstandesgründe werden bestimmen lassen. Gefühle und Leidenschaften übten von jeher denselben und größeren Einfluß. Deshalb sind die Versuche gescheitert, durch die Schilderung der Verheerungen des Krieges dem ewigen Frieden zum Siege zu verhelfen. Der Gedanke an Tod und Wunden hat nichts Schreckliches für Männer, welche die Wahl zu haben glauben zwischen der Wohlfahrt und dem Verderben ihres Vaterlandes, zwischen Sieg und Niederlage ihrer religiösen, politischen und sozialen Ideen, zwischen ökonomischer Herrschaft und Vernichtung ihres Wohlstandes; dazu kommt noch die ungezügelte Kampflust allein um des Kampfes willen. Dem historischen Sinn, der von der Vergangenheit auf die Zukunft schließt, ist es nicht glaubhaft, daß sich die Menschen jemals bloß durch die Vernunft und nicht noch stärker durch die elementaren Triebe ihrer Natur leiten lassen werden.

Dem sei, wie ihm wolle: Nikolaus II. ließ, vornehmlich durch Iwan von Bloch bestimmt, durch den Minister des Äußern Murawiew am 24. August 1898 an alle in Petersburg durch Gesandte vertretenen Staaten ein Rundschreiben ergehen, welches durch sein Bekenntnis zum ewigen Frieden das allgemeine Staunen erregte. Des Zaren amtliche Ratgeber, unter denen Finanzminister Witte hervorragte, haben sich gewiß keiner Täuschung über den Erfolg der Anregung hingegeben, erkannten aber, wie vorteilhaft es für Rußland wäre, wenn Europa in Sicherheit gewiegt werden könnte, während sich das Zarenreich in Asien mächtig ausbreitete. In dem Rundschreiben war gesagt, der Augenblick sei äußerst günstig, „um allen Völkern die Wohltaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen". Rußland lud die anderen Staaten zu einer gemeinsamen Beratung des Planes ein. „Die Konferenz," so hieß es weiter, „werde mit Gottes Hilfe ein günstiges Vorzeichen für das kommende Jahrhundert sein. Sie würde in einem mächtigen Bunde die Bestrebungen aller Staaten vereinigen, die aufrichtig bemüht sind, den großen Ge-

danken des Weltfriedens triumphieren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht[1])."

Reiche Hoffnungen, ein Überschwang, der in scharfem Widerspruche mit der Weltlage stand. Europa selbst war in diesem Zeitpunkte zwar befriedet, die übrige Welt jedoch von Kriegsgetümmel erfüllt oder in schlimme Händel verwickelt. Spanien wurde in dem Monate, in dem das russische Rundschreiben abging, von der Union zu Boden geschlagen und sah einem verlustvollen Frieden entgegen. England war mit Frankreich wegen des oberen Nil hart aneinandergeraten, ein Krieg drohte, da Kitchener im September 1898 zu Faschoda eintraf und von Marchand gebieterisch das Einziehen der französischen Fahne forderte. Noch war die Eroberung des Sudan durch die Briten nicht beendigt, diese aber bereiteten bereits die Zertretung der Burenrepubliken vor. Andererseits zwang das Vordringen der Russen in Ostasien die Engländer zur Wachsamkeit; es war nur ein Waffenstillstand, als sich die zwei Weltreiche am 28. April 1899 über ihre Einflußgebiete im Reiche der Mitte einigten, womit dessen Teilung ins Auge gefaßt war. Selten waren in früheren Epochen gleich weite Weltstriche unter den Hammer gekommen: die Gewaltigen verfügten über sie nach Willkür.

Würde die Geschichte nur dasjenige zu verzeichnen haben, was für das bisherige Schicksal des Menschengeschlechtes von Bedeutung gewesen ist, so könnte sie über die Haager Friedenskonferenz kurz hinweggehen. Das Wenige, was zustandegebracht wurde, ist fast ganz in dem Blutstrom des heraufziehenden Weltkrieges zerflossen.

Die Allgemeinheiten des Rundschreibens vom 24. August 1898 eigneten sich nach der Ansicht der maßgebenden Kabinette nicht zur Grundlage einer Konferenzberatung. Die russische Regierung zog also in einer zweiten Depesche vom 11. Januar 1899 die Grenzen enger. In dem neuen Programm war vom ewigen Frieden nicht mehr die Rede, in der Hauptsache wurden vielmehr etwas bescheidenere Ziele gesetzt: Beratung über das Innehalten der militärischen Rüstungen und grundsätzliche Annahme eines nicht obligatorischen Schiedsverfahrens bei Streitfällen. Auf dieser Grundlage trat am 18. Mai im Haag unter Teilnahme von 26 Regierungen die erste Friedenskonferenz zusammen. Den Papst berührte es schmerzlich, daß er auf Betreiben

[1]) Alfred H. Fried, „Handbuch der Friedensbewegung" (2. Aufl., Berlin und Leipzig 1911).

Italiens keine Einladung erhielt; ebenso blieben die Burenrepubliken und Bulgarien ausgeschlossen, weil England und die Türkei darauf beharrten, daß sie fremder Souveränität unterstünden. Den Vorsitz der Haager Konferenz führte der russische Botschafter in London, Freiherr von Staal. Die Beratungen währten bis zum 29. Juli 1899 und endigten rechtzeitig, sonst hätten noch die Kanonenschüsse des im Oktober in Südafrika entbrennenden Krieges in den Sitzungssaal gedröhnt.

Auf der Konferenz wurden begeisterte Friedensreden von den Vertretern gerade der Mächte gehalten, die mit großen Eroberungen beschäftigt waren. Deutschland dagegen, das eine friedliche äußere Politik trieb, ließ deutlich erkennen, daß es von dem glänzenden Schauspiele keinen sonderlichen Erfolg erwartete; es war auch nicht zu Zusagen bereit, die es nicht erfüllen konnte. Das war der Fall, als Rußland durch seinen Militärbevollmächtigten den wunderschönen Vorschlag unterbreitete, daß durch fünf Jahre die Armee keines Staates, von den Kolonialtruppen abgesehen, vergrößert werden solle und daß auch das Kriegsbudget nicht erhöht werden dürfe. Keine der Großmächte glaubte an die Möglichkeit der Durchführung, alle aber, mit Ausnahme Deutschlands, gaben sich den Anschein, als stimmten sie zu, oder sie verhielten sich abwartend. Die deutsche Regierung ließ unumwunden erklären, die Durchführung sei unmöglich, sie könne sich nicht an unnützen Beschlußfassungen beteiligen. Das war ehrlich gesprochen, diese Schroffheit ließ aber die Klugheit und Feinheit vermissen, mit der die anderen Weltmächte um den Beifall der großen Menge warben. Die deutsche Diplomatie lieferte sich dem pazifistischen Chor der Rache als Sünderin aus.

Auch England überließ die Opposition gegen das Prinzip der Abrüstung den deutschen Vertretern. Es sparte seinen Widerstand auf, bis die Bestimmungen über den Seekrieg zur Sprache kamen. Hier aber war wieder Großbritannien unbeugsam. Es weigerte sich, den Neutralen oder den Gegnern Zugeständnisse in bezug auf deren Handel zu machen. Es dachte nicht daran, sich die Gewaltmittel einengen zu lassen. Da somit ein Vertrag über den Seekrieg nicht zustande kam, begnügte sich die Konferenz mit dem Aussprechen von *Wünschen*, einmal, daß in künftigen Kriegen das Privateigentum zur See ebenso unverletzlich sein solle wie das zu Lande, dann daß die Beschießung von nicht verteidigten Häfen, Städten und Dörfern

zu unterbleiben habe. Großbritannien stimmte jedoch auch gegen diese Wünsche, und sein Vertreter, Admiral Sir John Fisher, sprach die geflügelten Worte: „Wenn es das Wohl Englands gebiete, werde es sich den Teufel um völkerrechtliche Abmachungen scheren!"

Sonach waren die Ergebnisse gering. Es kamen allerdings drei Verträge zustande und daneben drei Deklarationen, aber die Beschlüsse haben zur Milderung des Völkerrechts wenig beigetragen, auch sind sie im Kriegsfalle fast durchweg mißachtet worden. Die drei Deklarationen richteten sich gegen das Abschießen von Geschossen aus Luftballons (was aber bei der Entwicklung der Luftschiffahrt später übereinstimmend fallen gelassen wurde), dann wieder gegen den Gebrauch von Dumdumkugeln — welche die Wunde zu vergrößern geeignet wären — und endlich gegen die Anwendung von Geschossen, die Stickgase oder giftige Gase enthalten. Unter den drei Verträgen bezog sich einer auf den Seekrieg; es war aber bloß gesagt, daß auch für ihn die Grundsätze der Genfer Konvention von 1864 gelten sollten, was den Spitälern, den Verwundeten und den Gefangenen zugute kam. Der zweite Vertrag enthielt die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, ein schwacher Damm, der in den Stürmen des Weltkrieges zusammenstürzen sollte. Der dritte enthielt eine Vereinbarung über die Einsetzung von Schiedsgerichten in Streitfällen und über das dabei einzuhaltende Verfahren. Dieses Übereinkommen galt als schönstes Ergebnis, es war der Trost für das Scheitern größerer Hoffnungen. Dem muß von jedem Standpunkt aus zugestimmt werden, es stellte sich aber heraus, daß das Schiedsverfahren nur in den Fällen angerufen wurde und durchgriff, die sich auch früher hatten friedlich schlichten lassen. Ernstere Kriegsanlässe sind auf diesem Wege nicht aus dem Wege geräumt worden.

Edle Vorsätze, menschenfreundliche Anregungen sind über Spott und Tadel erhaben. Es ist der Mühe wert, immer aufs neue zu versuchen, ob Streitigkeiten unter den Staaten nicht friedlich beizulegen sind. Nur muß man sich vor Überschätzung des Errungenen hüten, weil der Schaden sonst größer ist als der Gewinn. Die über die Geister gebreitete Nebeldecke erweist einer selbstischen, einer Gewaltpolitik vortreffliche Dienste.

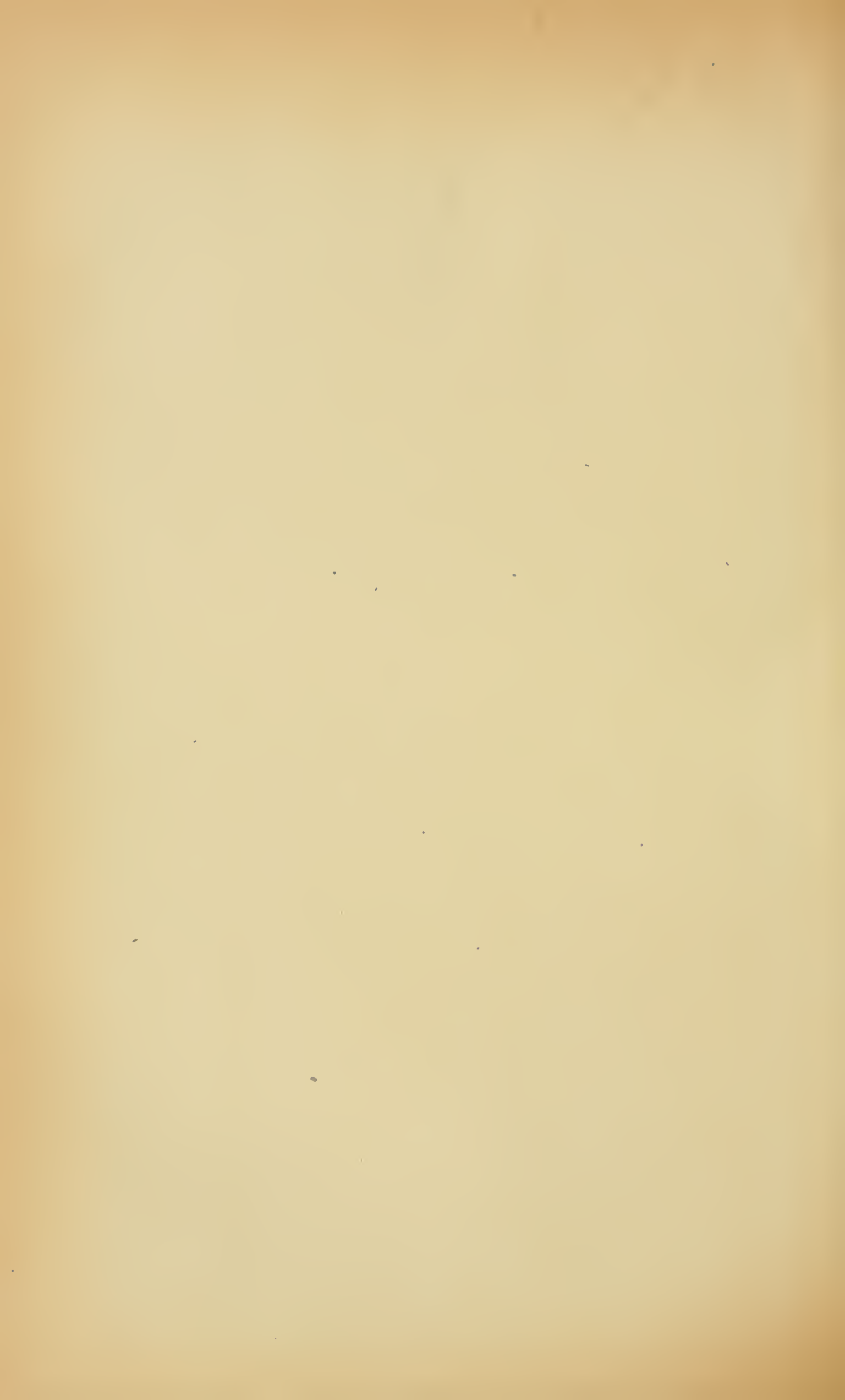
Die Fälle, in denen ein ruhmrediger Pazifismus den Deckmantel für kriegerische Anschläge gebildet hat, sind zahlreich genug. Leben und Taten Theodor Roosevelts bieten das sprechendste Beispiel. Er

war nicht bloß einer der Anstifter des Krieges der Union mit Spanien, nicht bloß der harte Bedrücker der für ihre Freiheit kämpfenden Bewohner der Philippinen: immer predigte er das Vorrecht der Gewalt, so oft die wirkliche oder vermeintliche Wohlfahrt Amerikas in Frage kam. Es war, als wenn er sich den Übermenschen Nietzsches zum Vorbilde genommen hätte. Trotzdem wurde ihm 1906 der große Friedenspreis der Nobelstiftung erteilt, weil er die Vermittlung zwischen Japan und Rußland übernommen und durchgeführt hatte. Das war eine Verlockung für ihn, die Ratschläge zur Gewalt, die er seinen Landsleuten wie den Briten gab, mit pazifistischen Redensarten zu verbrämen, durch welche er die Schwachköpfe täuschte und wirklicher Friedensarbeit den Weg verrammelte. Auf dasselbe Blatt gehören die Programme und Maßnahmen der Lenker der Freimaurervereine Italiens: sie gaukelten die Versöhnung mit Frankreich und die Vorbereitung des allgemeinen Völkerfriedens vor, um dem italienischen Volke den Krieg gegen Österreich schmackhaft zu machen. Obwohl ihre Methode durchsichtig war, gaben sich die Friedensfreunde in Österreich und Deutschland den Anschein, ihnen zu glauben, oder sie ließen sich wirklich täuschen und behandelten ihre schärfsten Gegner als Brüder und Freunde. In der gegen Deutschland gerichteten Politik König Eduards VII. bildeten die Weltfriedensbestrebungen den gefälligen Vorhang, hinter dem sich die Schöpfung eines gefahrdrohenden Bündnissystems verbarg. Am Eingange dieser Politik steht der zwischen England und Frankreich 1903 vereinbarte Schiedsvertrag, der erste, der zwischen europäischen Großmächten eine ständige Schiedsgerichtsbarkeit aufrichtete. König Eduard und sein Minister Lansdowne, auf der anderen Seite Delcassé haben den bescheidenen Wert des Grundsatzes richtig eingeschätzt und rieben sich vergnügt die Hände, als ihre Tat von den Pazifisten als Beginn einer neuen Epoche gefeiert wurde. In den Büchern und Zeitschriften dieser Richtung, auch in denen Deutschlands, wurde Eduard VII. fortan häufig mit dem Titel eines Friedensfürsten beehrt, so oft auch die von ihm geknüpften Bündnisse den Frieden in Frage stellten.

Zweifach waren die Motive, aus denen die Männer der Friedensbewegung den englischen König oder Roosevelt oder den Bürgermeister von Rom, Nathan, als Genossen oder Bahnbrecher feierten. Die große Menge ließ sich, wie gewöhnlich, durch den Schein täuschen, die Überschlauen unter den Pazifisten wieder legten sich die

Taktik zurecht, man müsse die mit Friedensreden freigebigen Machthaber umschmeicheln, um sie für das allgemeine Wohl zu gewinnen und zu verpflichten. Diese Diplomatie des Pazifismus gereichte der englischen und französischen Politik zu großem Nutzen: Eduard VII. wurde auf diese Weise von seinem Landsmanne Stead gedeckt, Delcassé von Leon Bourgeois. Der den Machthabern gestreute Weihrauch hat nicht ihnen die Sinne benebelt, wohl aber die öffentliche Meinung über ihre Pläne irregeführt. Die Höflingskünste der Friedenskongresse sind nicht der Sache, der sie dienen sollten, zugute gekommen, sondern waren ein Faktor in der Rechnung derjenigen, welche einen Krieg planten oder doch für unvermeidlich ansahen.

Auf der Haager Konferenz hüllten sich die erobernden Weltmächte in das Gewand der Friedfertigkeit. Gerede und Getue auf dieser Versammlung bildeten den Schleier, hinter welchem die Vorstöße Rußlands gegen die Mandschurei, Korea und Tibet in die Wege geleitet wurden, Amerika sich in den Besitz Kubas und der Philippinen setzte, England den Angriff auf die Buren vorbereitete.



XII
Der Burenkrieg

Könnte bei der Wertung geschichtlicher Tatsachen von Haupt- und Nebenereignissen gesprochen werden, so wäre der Burenkrieg bloß eine Episode zu nennen. Dies im Hinblick auf die Entlegenheit des Kriegsschauplatzes, auf die unrühmliche Überwältigung eines kleinen Volkes durch eine Weltmacht, auf den runden Abschluß des Ereignisses. Indessen greifen die Räder der Weltgeschichte so eng ineinander, daß sich keines wegdenken läßt. Diesmal hatte die Bindung der englischen Macht durch einen Kolonialkrieg zur Folge, daß sie in anderen Teilen der Erde Dinge hinnehmen mußte, gegen die sie sonst sofort aufgetreten wäre, so den Bau der deutschen Schlachtflotte, die Ausbreitung der Russen in der Mandschurei. Der Burenkrieg übte mindestens eine aufschiebende Wirkung: er ist den Szenen zu vergleichen, durch welche in der Tragödie der Eintritt der Katastrophe hinausgeschoben und die Spannung vergrößert wird. Während der Dauer des Krieges und unter seinen Nachwehen kam der Zündstoff des deutsch-englischen Gegensatzes nicht zur Entladung.

*

Jameson, Rhodes, Chamberlain

Das Vorspiel zu der Gewalttat Britanniens an den Buren, der Freibeuterzug Jamesons, war eine von England nicht in Abrede zu stellende Verletzung des Völkerrechts (Seite 201). Jameson war Administrator von Rhodesia, also Beamter einer englischen Kronkolonie, seine 800 Leute wurden von englischen Offizieren befehligt. Als sie am 3. Januar 1896 von den Buren umstellt und gefangengenommen wurden, hätten sie von dem Gerichtshof der Südafrikanischen Republik gerichtet werden

können. Die Republik lieferte sie aber zur Bestrafung der englischen Regierung aus. Die Offiziere gaben beim Verhör an, sie seien mit den Polizeimannschaften ins Burenland eingefallen, weil Jameson ihnen gesagt hatte, er handle im Einverständnisse mit Chamberlain, der als englischer Kolonialminister ihr oberster Vorgesetzter war. Sie wurden mit Hinblick auf diese Verantwortung freigesprochen, Jameson dagegen im Mai 1896 für schuldig befunden. Eine zehnmonatliche Gefängnisstrafe, also eine milde Sühne, wurde ihm auferlegt, doch ward er schon im Dezember aus der Haft entlassen, angeblich mit Rücksicht auf seine schlechte Gesundheit.

Das war jedoch Nebensache: die Gerechtigkeit erforderte aber, daß Cecil Rhodes, der Ministerpräsident der Kapkolonie, und auch Chamberlain für den Rechtsbruch zur Verantwortung gezogen wurden. Die Mit- oder besser gesagt die Hauptschuld Cecil Rhodes' stand außer Frage, Jameson war bei dem Rechtsbruch nur sein Werkzeug gewesen. Rhodes nun hatte im ersten Schrecken nach der Gefangennahme Jamesons zu einem Mitgliede der Kapkolonie gesagt, der englische Kolonialminister sei bis über die Ohren in die Sache verwickelt. Es ging nicht anders: das britische Parlament mußte eine Untersuchungskommission einsetzen.

Rhodes wurde vorgeladen und reiste nach England. Hier wurde er mit hohen Ehren empfangen. Er hatte für die Vergrößerung des britischen Reiches gearbeitet, dabei freilich auch einen Frevel begangen. Das letztere war kein Hindernis, ihn zu preisen und außer Verfolgung zu setzen. Von der Kommission vernommen stellte Rhodes jede Mitwisserschaft und Mitschuld in Abrede. Die Lüge lag auf der Hand, aber als schuldverdächtig war er nicht verpflichtet, sich durch seine Aussage zu belasten. Er leugnete auch, daß er mit Chamberlain über die Sache je Abrede getroffen hätte. Nun war er durch seine Agenten immer in Verbindung mit Chamberlain gestanden, und man verlangte von ihm die Vorlegung der Telegramme und Briefe über diese Beziehungen. Er aber verweigerte die Herausgabe und kehrte, als die Verhöre beendigt waren, unbehelligt nach dem Kapland zurück. Nun waren die gefährlichen Schriftstücke auch von dem Anwalt der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Hawksley, gelesen worden. Dieser wäre verpflichtet gewesen, die Wahrheit zu sagen. Das eben fürchtete die parlamentarische Untersuchungskommission, die es sich angelegen sein ließ, Chamberlain reinzuwaschen. Deshalb wurde ein nichtiger Vor-

wand benutzt, um den Zeugen nicht gleich zu vernehmen. Die Kommission erstattete zum Schluß einen Bericht, in dem ausgesprochen war, die englische Regierung wäre an dem Anschlag Jamesons unbeteiligt gewesen; die Weigerung Rhodes', die Papiere auszuliefern, sei hierfür ein Beweis, da im anderen Falle der Ministerpräsident der Kapkolonie sich zu seiner Entlastung auf sie berufen haben würde. Das war jedoch ein offenkundiger Trugschluß. Denn Rhodes hatte allen Grund, ein mächtiges Mitglied des englischen Ministeriums zu schonen. Dieser Ausgang war ein Hohn auf Recht und Wahrheit. Der englische Pazifist Stead deckte in der 1899 erschienenen Schrift „Sind wir im Recht?“ alle jene Schliche auf und erzählte, ein Verehrer des Kolonialministers habe ihm gesagt: „Chamberlain hat sich hineingelogen und muß sich herauslügen, koste es, was es wolle!“[1])

Es gab damals auf dem Kontinent naive Gemüter, die es zwar verständlich fanden, daß die unionistische Mehrheit der parlamentarischen Untersuchungskommission Chamberlain nicht bloßstellen lassen wollte, unbegreiflich aber, daß zwei Führer der liberalen Opposition, Campbell-Bannerman und Harcourt, gleichfalls Mitglieder der Kommission, die Machenschaften geschehen ließen. Dieses Erstaunen beruht auf einer Verkennung des Standes der politischen Moral in England. Es handelte sich um eine Reichsangelegenheit, und das Reich mußte Schaden leiden, wenn ein Minister mit dem Makel belastet wurde, einen Überfall auf einen neutralen Staat ins Werk gesetzt zu haben. Die Führer der Opposition nun wollten vor allem als Patrioten gelten und kümmerten sich erst in zweiter Reihe um die Gebote der Moral. Wir erinnern uns, daß Gladstone gerade zu dieser Zeit seinen Kreuzzug gegen Sultan Abdul Hamid wegen der armenischen Greuel unternahm. Derselbe Gladstone würde im eigenen Vaterlande ein Feld für die Predigt der Sittlichkeit gefunden haben, wenn er das den Buren zugefügte Unrecht und das Possenspiel der Untersuchungskommission vor seinen Richterstuhl gefordert hätte. In dieser Sache wäre er auch durchgedrungen. Vergebens wurde er, als sich der Streit betreffs der Frage der Oberhoheit Englands über die Südafrikanische Republik verschärfte, von den Buren

[1]) Vgl. auch F. Reginald Statham, „South Africa and the Transvaal“ (London 1899), eine der Schriften, die von dem Transvaal Committee to protest against war with the Transvaal herausgegeben wurden. Die deutsche und die französische politische Literatur für die Buren ist umfangreich, erwähnt sei Mermeix (Pseudonym für Gabriel Terrail), „Le Transvaal et le Chartered“ (4. Aufl., Paris 1897).

gebeten, sich über die Auslegung des von ihm selbst geschlossenen Vertrages (Seite 67) zu äußern. Er schwieg und ließ das Unheil über sie hereinbrechen. Gladstone aber gehörte noch zu den edeldenkenden, menschlich fühlenden unter seinen Landsleuten. Es ist jedoch irrig, von führenden Männern Englands zu erwarten, daß sie die Wahrheit mehr lieben sollen als den Vorteil ihres Vaterlandes. Hier liegt die Wurzel der Größe des britischen Reiches und zugleich die der Gewalttätigkeiten, durch die es emporgekommen ist[1]).

*

Vorbereitung des Krieges

Das Mißlingen des ersten Anschlags reizte die britischen Imperialisten noch mehr. Nun mußten die Buren um so eher auf die Knie gezwungen werden. Das nächste war, daß die englische Regierung mit steigender Bestimmtheit die Oberhoheit (paramount power) über die Südafrikanische Republik in Anspruch nahm. Dem Oranje-Freistaat gegenüber fehlte zu diesem Anspruche jede Handhabe, so daß dessen völkerrechtliche Unabhängigkeit nicht bestritten wurde. Die andere Republik jedoch hatte im Vertrag von 1884 trotz ihres Sieges zugestanden, daß sie mit dem Auslande (den Oranje-Freistaat ausgenommen) nur durch die englische Regierung verhandeln dürfe. Doch stand im Vertrag nichts von britischer Souveränität, und Mitglieder des damaligen Kabinetts, auch Gladstone, hatten den Abgesandten der Burenrepublik erklärt: ein ausdrücklicher Verzicht auf die Oberhoheit wäre zwar mit Rücksicht auf den im britischen Parlament zu befürchtenden Widerspruch nicht statthaft, doch werde England die Oberhoheit nicht in Anspruch nehmen. Eben diese Streitfrage gedieh zu praktischer Bedeutung, als sich die britische Regierung in die inneren Angelegenheiten der Südafrikanischen Republik mischte.

Der von England angesetzte Hebel war das Wahlrecht der in die Südafrikanische Republik eingewanderten britischen Staatsbürger. Die

[1]) In der Biographie Gladstones geht John Morley über dessen Verhalten während der Vorgeschichte zum Burenkrieg seit 1895 mit völligem Schweigen hinweg. Das ist sicherlich das Beste, was Morley als Verehrer Gladstones tun konnte. Man muß sich aber hüten, sich Morleys Führung bei der Beurteilung Gladstones anzuvertrauen.

Buren wollten sich nicht von den Fremden, am wenigsten von solchen, die bald zu-, bald abwanderten, überstimmen lassen; besonders der Präsident der Südafrikanischen oder Transvaal-Republik, Paul Krüger, bestand auf dem vierzehnjährigen Aufenthalt als Voraussetzung zur Erwerbung des Wahlrechts. Er war unbeugsam, mißtrauisch, allem Neuen abgewandt, enge in seinen politischen Anschauungen, patriotisch, aber auch auf den eigenen Vorteil bedacht, ein rechter Bauernsproß. Hart geriet er mit Alfred Milner zusammen, der 1897 von der englischen Regierung zum Oberkommissar für Südafrika ernannt wurde, um den Strauß mit den Buren auszufechten: im Sinne Chamberlains schreckte Milner auch vor dem Bruche nicht zurück. Der Oberkommissar leitete der Form nach die Geschäfte, da Rhodes sich genötigt sah, vom Amte des Ministerpräsidenten des Kaplandes zurückzutreten. Er war doch zu sehr bloßgestellt, und das holländische Element in der Kapkolonie machte aus seinen Sympathien für die freien Republiken kein Hehl. Doch blieb Rhodes immer die Seele der imperialistischen Politik und drängte zu entschiedenem Handeln. Er ging von der Annahme aus, die Buren würden sich schließlich doch beugen, da ein Krieg ihnen keinen Erfolg verspräche. Dieser auch von Milner geteilte Irrtum war es, der das Blutvergießen herbeiführte. Der Geldmann konnte sich in die Bauernseele nicht hineinversetzen.

Die Ausländer englischer Herkunft in Transvaal schickten im Frühjahr 1899 eine mit 21 000 Unterschriften versehene Adresse an die Königin Viktoria ab, in der sie ihre Beschwerden vorbrachten. Darauf forderte die englische Regierung die Herabsetzung der Frist zur Erwerbung des Wahlrechts auf fünf Jahre und ebenso anderweitige Rücksichtnahme auf die Ausländer, besonders in bezug auf ihre Steuerzahlung. Milner behauptete in einem an Chamberlain gerichteten Telegramm, die Buren behandelten die Einwanderer wie Heloten. Daß dies eine Phrase war, ging aus einer Gegenadresse von 9000 Ausländern (Deutschen, Amerikanern, Skandinaviern und anderen) hervor, die der Regierung der Republik ihr Vertrauen aussprachen. Die Sprache der englischen Regierung wurde immer drohender; sie wandte den von Eroberern oft angewandten Kunstgriff an, sich als Schützerin der Freiheit aufzuspielen, etwa wie Katharina II. ihren Anschlag auf Polen damit einleitete, daß sie für die Bekenner der orthodoxen Kirche in Polen Gleichberechtigung forderte.

In dieser Hochspannung versuchte der Präsident des Oranje-Frei-

staats Martin Steijn zu vermitteln. Krüger erklärte sich bereit, die Frist für die Ausländer auf neun Jahre herabzusetzen, unter der Bedingung, daß England versprach, sich künftig der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik zu enthalten und alle Streitpunkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Darauf erwiderte Milner, England als Souverän könne sein oberherrliches Recht nicht vom Spruche eines Gerichtes abhängig machen. Krüger ging mit der Frist noch auf sieben Jahre herab, England blieb bei der Ablehnung des Schiedsgerichts. Es war offenkundig, daß Britannien nicht auf einen Ausgleich, sondern auf Unterwerfung ausging. Chamberlain erklärte noch während der Verhandlungen in öffentlicher Rede: „Der Sand von Paul Krügers Uhr ist abgelaufen.“ Im August und September trafen in Südafrika britische Truppen aus dem Mutterland, aus Ägypten, Malta und Indien ein. Die Entscheidung war auf die Spitze des Schwertes gestellt.

Von der wachsenden britischen Streitmacht bedroht, beschlossen die Buren loszuschlagen, solange sich ihnen noch Aussichten auf Sieg boten. Der Oranje-Freistaat wußte, was ihm bevorstand, wenn Transvaal unterlag, und blieb der Schwesterrepublik bis zum Äußersten treu. Am 9. Oktober stellte Krüger an England das Ultimatum, es habe die an der Grenze zusammengezogenen Truppen zurückzuziehen und die Landung neuer Streitkräfte in Südafrika zu unterlassen oder aber auf Krieg gefaßt zu sein. Da England sich der stolzen Forderung nicht fügen wollte und auch nicht fügen konnte, erfolgte am 11. Oktober 1899 die Kriegserklärung.

*

Anfänglicher Erfolg der Buren

Die Buren wollten für ihre Freiheit bis in den Tod fechten, obwohl sie einer furchtbaren Übermacht gegenüberstanden. England allein hatte 40 Millionen Einwohner, es gebot aber über ein Reich mit insgesamt 390 Millionen Einwohnern. Dagegen zählte das größere Transvaal nur 932 000, der Oranjestaat 230 000 Seelen. Es war zudem zu bedenken, daß in dieser Bewohnerschaft die Kaffern weitaus überwogen, welche dem Herrenvolk kühl oder feindselig gegenüberstanden. Die Bu-

ren waren nur 280 000 Seelen stark, bloß auf diese war im Kampfe zu rechnen. Das Unternehmen war so kühn, daß der zum Oberbefehlshaber bestimmte General Peter Joubert vom Kriege abriet und die Anerkennung der englischen Oberhoheit empfahl. Wohl hatte er selbst die Buren im letzten Kriege mit den Briten 1881 zum Siege geführt, er erwog jedoch den Wandel der Zeiten, insbesondere daß der imperialistische Gedanke England um und um gewandelt hatte. Dem gegenüber wollten die politischen Führer und die Völker in den zwei Republiken nichts von Unterwerfung hören; sie vertrauten auf Gott, der in der sonnenklaren Sache auf Seite des Rechtes stehen werde. Jeder einzelne Mann im Volk war waffenkundig und abgehärtet; es war jedoch mißlich, daß der Oberbefehlshaber bedenklich war und vor dem höchsten Einsatz zurückschreckte.

Es gab unter den Buren 55 000 waffenfähige Männer, von denen bei Kriegsbeginn 37 000 Mann sofort ins Feld zogen. Bei Kriegsausbruch waren sie an Zahl dem Feind überlegen, der in Südafrika bloß über 27 000 Mann verfügte; denn ansehnliche englische Abteilungen und auch der zum Oberbefehlshaber ernannte General Sir Redvers Buller befanden sich noch auf hoher See. Es galt also energisches Zuschlagen, um die Engländer niederzuringen, bevor die Verstärkungen zur Stelle waren. Die Briten hatten ihre Hauptstreitkraft in der Kolonie Natal, wo unter General White 13—14 000 Mann standen. Hier mußte also die erste Entscheidung fallen[1]).

Dorthin, nach Osten, rückte auch der Hauptteil des Burenheeres. Eine andere Abteilung brach gegen Süden auf, um den Krieg in die Kapkolonie zu tragen und hier das holländische Element zur Freiheit aufzurufen, was auch bis zu einem gewissen Grade gelang. Es war aber eine Zersplitterung der Streitkräfte, daß ein Heerhaufen auch nach Westen geschickt wurde, um die Diamantenstadt Kimberley zu besetzen. Hier weilte zufällig Cecil Rhodes, der vom Ausbruche des Krieges überrascht wurde. Da die Buren im Westen keinen Feind im offenen Felde trafen, so schritten sie zur Belagerung der Stadt, in der auch

[1]) Conan Doyle, „The great Boer war“ (London 1902). — Gilbert, „La guerre sud-africaine“ (Nancy 1902). — „History of the War in South Africa 1899—1902“. Compiled by the Direction of His Majestys Government (Vier Bände). — Times' History of the War in South Africa (London 1900—1909). — Großer Generalstab, „Kriegsgeschichtliche Einzelschriften“ Heft 32—35 (Berlin 1904—1908). Diese gediegene Arbeit ist die Grundlage der folgenden Darstellung.

der Anstifter des Krieges eingeschlossen war. Ebenso wurde das nördlicher gelegene Mafeking belagert.

Die wichtigste Entscheidung fiel, wie gesagt, in der britischen Kolonie Natal, wo das Burenheer rühmliche Taten vollbrachte. General Joubert rückte mit 14 000 Mann in Natal ein, wo sein Heer nicht viel stärker war als das feindliche. Die Buren waren aber in der Führung des Feuergefechtes wie in der Ausnützung des Geländes überlegen. Die Engländer pflegten im Gefechte ungestüm anzugreifen, wurden aber von den gut gedeckten, kaltblütig feuernden Buren in der Regel zurückgeworfen. Diese haben die Feuertaktik von Anfang an mit Erfolg angewendet, ihre Feinde mußten sie erst lernen. Nur der erste Vorstoß der Briten bei Elandsgate am 21. Oktober hatte Erfolg; als es aber am 30. Oktober am Lombardskop zur Entscheidung kam, siegten die Buren. Der englische General White konnte sich nach der Niederlage nicht entschließen, das nahe Ladysmith mit seinen Vorräten dem Feinde zu überlassen. Während sich ein Teil seiner Truppen an die Küste zurückzog, warf er sich mit 10 000 Mann in die Stadt. Nun hätte Joubert am nächsten Tage nachdrängen und das noch ungenügend befestigte Ladysmith angreifen sollen; dazu rieten auch seine Unterbefehlshaber. Es war nun für die Buren verhängnisvoll, daß Joubert einen durchgreifenden Sieg nicht für möglich hielt und sich damit begnügte, die Engländer einzuschließen. Er hoffte, der Krieg werde nach einigen von den Buren geführten Schlägen mit einem Ausgleich endigen wie der Kampf von 1881. White aber verteidigte sich mit außerordentlicher Zähigkeit, so daß die Stadt trotz siebenmonatlicher Belagerung nicht eingenommen werden konnte. So blieben Kimberley und Mafeking im Westen, Ladysmith im Osten eng umschlossen, ohne Erfolg, da es den Buren an Belagerungsgeschütz fehlte.

Unterdessen landeten die frischen Truppen der Engländer unter General Buller, so daß die Briten zusammen mit den belagerten Abteilungen 55 000 Mann mit 170 Geschützen zählten, also in der Überzahl waren. Trotzdem holten sie sich neue Niederlagen. Sie wollten vor allem die eingeschlossenen Städte entsetzen, was aber hier wie dort mißlang. Buller zog selbst gegen Ladysmith, während er 13 000 Mann unter Lord Methuen gegen Kimberley marschieren ließ.

Lord Methuen brach wohlgemut vom Kapland auf und drängte anfangs die sich seinem Marsche vorlegenden Abteilungen der Buren zur Seite. Nach einigen kleineren Gefechten griff er sie am 28. November

am Modderflusse an, wo sie sich längs des Wasserlaufes eingegraben hatten. Seine Leute warfen den Feind durch eine kräftige Offensive aus seiner Stellung. Dadurch wurden die Buren etwas entmutigt, aber ihr General Lucas Cronje stellte im Verein mit dem Präsidenten Steijn Zuversicht und Mannszucht wieder her. Bei Magersfontein traten am 11. Dezember die Buren, 8000 Mann stark, den ihren Marsch nach Norden fortsetzenden Briten wieder in den Weg — nicht weit von Kimberley. Sie erwarteten den Feind in einer festen, an einen Bergabhang gelehnten stockwerkartigen Stellung. Diesmal kam der ungestüme Angriff von 13 000 gegen 8000 Mann zum Stocken: die geschickt gezogenen Feuerlinien der Buren waren nicht zu überrennen. So mußte sich Methuen, ohne Kimberley erreicht zu haben, auf der Straße zurückziehen, auf der er gekommen war.

Ähnlich erging es dem Oberbefehlshaber Buller im Osten. Mit seinen 27 000 Mann wollte er um jeden Preis Ladysmith entsetzen. Zu diesem Zwecke mußte er den Tugelafluß überschreiten, hinter dem sich die Buren nach ihrer Art in Verteidigung hielten. Dreimal gingen die Briten über den Fluß, dreimal griffen sie den Feind an, um immer mit blutigen Köpfen abgewiesen zu werden. Am lebhaftesten wurde am 24. Januar 1900 am Spionskop gekämpft, wo General Botha die Ehren des Tages einheimste; die Engländer verloren hier im ganzen 2300 Mann. Das war der ansehnlichste Erfolg der Buren im ganzen Kriege. Aber auch jetzt wurde der Sieg nicht ausgenützt, die Buren stießen nicht nach, sondern blieben untätig, einen neuen Angriff erwartend. Ihr holländisches Phlegma war für eine Offensive nicht leicht zu haben, weil sie einen starken Verlust an Familienvätern zur Folge haben mußte. Auch bestand unter ihnen die Unsitte, sich zeitweise ohne Erlaubnis nach Hause zu begeben. Wohl kehrten sie, sobald sie nach Weib und Kind, wie nach der Wirtschaft gesehen hatten, wieder zur Fahne zurück; aber ihre losen Milizverbände waren zu den höchsten Kraftanstrengungen nicht geeignet, so furchtlos sich auch die einzelnen im Feuer benahmen. Daher riet General Joubert nach den Siegen abermals zum Frieden. Er hoffte auf annehmbare Bedingungen, da es den Engländern nicht bloß im Osten und im Westen, sondern gleichzeitig auch im Kapland schlimm erging, wo sie bei Stormberg am 10. Dezember eine Schlappe erlitten.

*

Neue Anstrengungen Englands

England dachte jedoch nicht daran, sich vor dem Mißgeschick zu beugen, sondern bestand in alter Zähigkeit darauf, das Glück herbeizuzwingen. Beruhte doch seine Herrschaft über das weite Kolonialreich auf dem Rufe seiner unüberwindlichen Inselstellung, die es gestattete, die gesamte Landmacht wohin immer zu werfen und auf dem also gewählten Kampfplatze zu siegen. Löste sich eine Masche, so riß wohl das ganze Netz. Nicht bloß die gerade am Ruder befindlichen Konservativen und Unionisten dachten so, auch die liberale Opposition. Die letztere tadelte wohl das rücksichtslose Verhalten der Regierung vor dem Kriege, unterstützte sie aber bei dessen Führung. Nur ein kleines Häuflein von Radikalen drängte zur Versöhnung mit den Buren. Der Radikale Labouchère und der Ire Dillon stellten zur Zeit des Kriegsausbruches den Antrag, auf den Vorschlag Krügers einzugehen und den Streit einem Schiedsgericht zu überweisen. Sie unterlagen aber mit 54 gegen eine Mehrheit von 322 Stimmen. Wer noch für das tapfere Volk in Südafrika ein gutes Wort sprach, galt als Probur und Vaterlandsfeind. Die Versammlungen der Partei der Versöhnung wurden vom Pöbel gesprengt, die Teilnehmer mißhandelt. Lloyd George, der in einer Versammlung zu Birmingham zu sprechen versuchte, um die Anstifter des Krieges zu tadeln, wurde beinahe gelyncht und von seinen Freunden nur mit Mühe durch eine Hintertür des Saales in Sicherheit gebracht.

Das waren Ausschreitungen, während das hochgestimmte Nationalgefühl sich würdiger in der Kampfbereitschaft des gesamten Volkes äußerte. Hohe Kriegssteuern wurden als notwendig ruhig gezahlt. Hunderttausende ließen sich, allerdings erst bei steigendem Sold, zum Kriegsdienst anwerben. Gegen die geschlagenen Generale wurde kein Vorwurf erhoben, da sie keines in die Augen springenden Mißgriffs schuldig waren. Dagegen wurden die Fehler in der überkommenen Taktik geprüft, auch die großen Mängel in der Verpflegung der Truppen wie in der Organisation des Heeres abgestellt. Es wurde auf Verbesserungen Wert gelegt, nicht nach Sündenböcken gefahndet. Kipling, der übrigens die Kriegsflamme mit angefacht hatte, sprach sich in diesem Sinne beachtenswert aus. Er schrieb am 29. Juli 1901 in den „Times“:

„Wir haben 40 Millionen Gründe für unseren Mißerfolg, aber nicht eine einzige Entschuldigung. Je mehr wir daher arbeiten und je weniger wir reden, desto besser der Erfolg. Wir haben eine Lektion im Imperialismus erhalten, sie wird uns ein Imperium einbringen[1]."

Groß waren die Anstrengungen zur Erringung des Sieges. Bis Ende Januar 1900 wurden die englischen Truppen in Südafrika auf 150 000 Mann mit 80 000 Pferden und Maultieren gebracht, wobei 270 Geschütze zur Verfügung standen. Nun waren davon in den weiten Räumen des Kriegsschauplatzes für den Nachschubsdienst ansehnliche Kräfte erforderlich, doch standen von jener Gesamtzahl 97 000 Mann an der Front. An die Spitze des Heeres wurden die zwei besten Generale des Landes gestellt. Den Oberbefehl erhielt Lord Frederick Roberts, seinen Generalstab leitete Lord Herbert Kitchener. Roberts hatte sich als junger Offizier während des indischen Aufstandes von 1855 bis 1857 ausgezeichnet, 1880 die Afghanen besiegt und 1886 Birma unterworfen. Kitchener, den wir als Eroberer des Sudans kennen, brachte für den südafrikanischen Krieg seine hervorragenden Gaben als Organisator mit; war auch die militärische Aufgabe, die Erdrückung des Gegners durch Übermacht, unschwer zu lösen, so erforderte doch die Verpflegung wie die sonstige Disposition im Raume Umsicht und Kaltblütigkeit.

Der von der neuen Heeresleitung angenommene Kriegsplan war von dem bislang verfolgten wesentlich verschieden. Bisher setzte England seine Hauptmacht im Osten an, um von da auf dem kürzesten Wege in das Herz des feindlichen Landes einzudringen. Jetzt wurde das Kapland im Süden als Operationsbasis gewählt, und von hier zog die Hauptmacht in der früher von Methuen eingeschlagenen Richtung gegen die Buren. Die Bezwingung des Feindes nahm bei der Länge des Marsches mehr Zeit in Anspruch, aber das methodische Vorgehen entsprach der Natur Kitcheners.

---

[1]) Irrigerweise glaubte man auf dem Kontinent vielfach, die Hilfskräfte Englands wären erschöpft. Am 23. Dezember 1899 schrieb Charles Malot im „Journal des Débats": „Die Machtmittel des Imperialismus entsprechen ebensowenig seinem Heißhunger, wie seine Verteidigungsmittel auf der Höhe der Zeit stehen. Großbritannien ist nur noch eine große militärische Ohnmacht, ein schwaches Rohr aus Similibronze, ein Koloß mit Nickelfüßen."

*

Gefangennahme Cronjes
Entmutigung der Buren

Dem entsprechend marschierten 40 000 Mann, darunter 15 000 Berittene, in der Richtung auf Kimberley und stießen auf Lucas Cronje, der noch dort lagerte, wo er seinen Sieg bei Magersfontein errungen hatte. Er hielt sich in einer gut vorbereiteten Stellung, weil er annahm, die Briten würden ihn, wie früher zu ihrem Schaden, wieder aus ihr hinauswerfen wollen. Er hatte nur 8000 Mann, doch glaubte er sich in trotzigem Selbstbewußtsein dem übermächtigen Feinde gewachsen. Die englischen Generale hatten jedoch aus den bisherigen Niederlagen gelernt und zogen es vor, die feindliche Stellung in einem nach Osten gerichteten Bogen zu umgehen. Zu diesem Zwecke wurde General French mit 3—4000 Reitern vorausgeschickt, um so rasch wie möglich Kimberley zu erreichen; die Hauptmacht folgte ihm nach. French stieß bei der Umgehung des Feindes auf eine schwache Seitenhut Cronjes, die 900 Mann zählte; sie wurde am 15. Februar angegriffen, überritten und zerstreut. Noch an demselben Tage zog French in dem endlich entsetzten Kimberley ein, damit auch Rhodes befreiend. So geriet Cronje in die schlimmste Lage. Im Norden French mit seinen Reitern, im Süden die feindliche Hauptmacht, so daß er fast völlig umklammert war. Wohl warf sich unterdessen sein Waffengefährte Dewet auf die südlichen Verbindungen der englischen Armee, wobei er eine Proviantkolonne mit Tausenden von Schlachttieren und zahlreichen Vorräten erbeutete. Indessen ließen die Engländer nicht von Cronje ab, der sich in seiner Stellung nicht mehr halten konnte. Frühere Warnungen hatte er mißachtet, sie auf die „verdammte Angst vor dem Feinde" zurückgeführt. Zuletzt sah er sich umstellt, so daß ihm nur die Hoffnung blieb, sich nach Osten durchzuschlagen, um die weiten Ebenen des Oranjestaates zu gewinnen. Das wäre auch gelungen, wenn sich in seinem Heereszuge nicht Tausende von Burenfrauen mit ihren Kindern befunden hätten, die vor dem Feinde mit zahlreichen Wagen und vielem Hausrat geflüchtet waren. Er konnte sich nicht entschließen, sie alle ihrem Schicksal zu überlassen, so daß sein Marsch längs des Modderflusses nur langsam von statten ging. Unterdessen legte sich ihm French mit der

Kavallerie vor, ließ seine Reiter absitzen und hielt die Buren einen Tag lang auf, bis die englische Hauptmacht zur Stelle war. So waren die Buren vom 18. Februar an auf allen Seiten umzingelt. Eine Woche lang wehrten sie sich in fortgesetzten Gefechten, aber der Ring wurde immer enger, und zuletzt waren sie im Tale des Modderflusses zusammengedrängt, in dessen felsigen Böschungen sie so gut wie möglich Deckung suchten. Rings herum spielten die englischen Geschütze, den Wagenpark und die Saumtiere niederschmetternd. Rettung war ausgeschlossen, und so mußte sich Cronje am 27. Februar 1900 mit 4100 Mann und sechs Kanonen ergeben. Er hatte gegen die Regeln des Krieges gehandelt, indessen hielten seine Landsleute ihn für entschuldigt, da es nach ihrer Ansicht unstatthaft gewesen wäre, unter Preisgebung der Weiber und Kinder für die Rettung der Streitmacht zu sorgen.

Die Kapitulation übte auf das Burenvolk eine niederschmetternde Wirkung. Man sagte sich, daß, wenn Held Cronje überwunden werden konnte, Widerstand nicht mehr möglich war. Noch während seine Scharen im Todeskampfe begriffen waren, versuchten die Engländer auch auf dem östlichen Kriegsschauplatze aufs neue das Waffenglück. General Buller brach am 15. Februar mit 34 000 Mann das viertemal zum Entsatze von Ladysmith auf. Aber auch jetzt vermochte er die Kette der Buren am Tugelafluß, die von Louis Botha befehligt wurde, nicht zu durchbrechen. Am 27. Februar mittags schritten die Engländer wieder zum Angriff, da trifft bei ihnen die Drahtnachricht ein, daß Cronje am Morgen gefangengenommen worden ist. Brausender Jubel ertönt, der Petershügel wird mit Sturm genommen. Sowie die Trauerkunde ins Burenlager kommt, reißt Entmutigung ein. Vergebens mahnt Botha, eine neue Stellung weiter zurück zu nehmen, die Straße nach Ladysmith jedoch auch jetzt trotzdem nicht frei zu geben. Er wird im Kriegsrat überstimmt, so daß er mit seinen zusammengeschmolzenen Scharen Natal räumen muß und sich nach Westen zurückzieht. Jetzt erst konnte Buller am 1. März 1900 Ladysmith befreien, dessen Verteidigung ein Ehrenblatt der englischen Kriegsgeschichte bildet.

Lord Roberts marschierte nach seinem Siege über Cronje gegen Bloemfontein, die Hauptstadt des Oranjestaates, drängte Dewet in zwei Gefechten zurück und besetzte am 13. März die Stadt. Die Zahl der im Felde befindlichen Buren schmolz immer mehr zusammen, aber ihre berittenen Streifscharen umschwärmten trotzdem das

britische Heer und bedrohten dessen rückwärtige Verbindungen. Alles vorsichtig bedenkend, brach Roberts erst im Mai 1900 zur Unterwerfung auch des nördlichen Burenstaates auf. Widerstand gegen sein 65 000 Mann starkes Heer war unmöglich; so konnte er am 31. Mai Johannesburg, am 5. Juni auch die Hauptstadt der Südafrikanischen Republik, Pretoria, in Besitz nehmen. Etwas früher, am 17. Mai, wurde Mafeking entsetzt, das sich durch sieben Monate gegen die feindliche Einschließung gehalten hatte.

Nun glaubten die Engländer die Arbeit beendet und sprachen noch im Mai 1900 die Einverleibung des Oranjestaates in das britische Reich aus, im September die der Südafrikanischen Republik. Lord Roberts hielt seine Aufgabe für gelöst und kehrte nach England zurück, wo er mit Ehren überschüttet wurde. Lord Kitchener, am 30. November mit dem Oberbefehl betraut, sollte den Rest des Widerstandes zertreten. Auf der anderen Seite sank die Hoffnung Krügers auf Sieg, er übertrug die Leitung der Staatsangelegenheiten dem Vizepräsidenten Schalk Burger und schiffte sich im Oktober nach Europa ein, in der Absicht, Könige und Völker um Hilfe für sein Volk anzuflehen.

*

Letzter Widerstand und Unterwerfung

Die Annahme, das Burenvolk wäre völlig niedergeworfen, erwies sich jedoch als irrig. Denn die tapfersten seiner Söhne begannen jetzt einen Kleinkrieg, bei dem erstaunliche Zähigkeit und Beweglichkeit entwickelt wurde. Die Mattherzigkeit früherer Kampfestage war geschwunden. An Stelle Jouberts, der am 27. März 1900 starb, fiel die oberste Leitung dem General Botha zu; er und andere vorwiegend junge Anführer erschienen mit Streifscharen unerwartet bald an der einen, bald an der anderen Stelle des nur scheinbar unterworfenen Landes. Sie verfügten über berittene Abteilungen, mit welchen sie unversehens britische Posten und Proviantkolonnen aufhoben. Diese oft reiche Beute gab ihnen die Mittel zur Fortführung des Krieges. Zwei Jahre widerstanden sie auf diese Art den Engländern, obwohl diese zuletzt im ganzen nahezu 300 000 Mann in Südafrika bereit hatten.

Vergebens versuchte Kitchener diese Streifkorps einzukreisen und

zu vernichten. Gegen den kühnen Dewet veranstalteten die Engländer im Oranjestaat ein Kesseltreiben; er entkam aber und drang sogar zweimal in die Kapkolonie ein. Ähnlich widerstand Delarey im nordwestlichen Transvaalland. Botha, durch diese Erfolge kühn gemacht, trug 1901 den Krieg nochmals nach Natal, der Stätte seiner früheren Siege. Hier drohte ihm Einkreisung; er aber brach glücklich nach Transvaal durch, wo er eine englische Abteilung schlug, die ihn noch in weiter Ferne glaubte.

Die Engländer hatten trotz ihrer Überzahl immer noch zu wenig berittene Truppen, auch starben ihre meistens über See gebrachten Pferde zu Tausenden in dem ungewohnten Klima. Auf den langen Nachschublinien mußten sie ihre Streitkräfte zersplittern. Dem wirkte Kitchener durch den Bau von vielen hunderten Blockhäusern entgegen, die er längs der Eisenbahnlinien wie an den Straßen anlegen ließ, die von den feindlichen Scharen benutzt oder gekreuzt werden mußten: so wurden ihnen Märsche und Überfälle erschwert. Dazu kamen die härtesten, dem Völkerrecht widersprechenden Maßregeln gegen die Kämpfer wie gegen deren Familien. Obwohl die im Felde stehenden Buren ehrliche Soldaten waren, deren Privateigentum nicht hätte angetastet werden dürfen, wurden ihre Farmen unbarmherzig niedergebrannt und verwüstet; gegen 30 000 Bauernwirtschaften erfuhren dieses Schicksal. Die Frauen und Kinder wurden aus den zerstörten Häusern weggeführt und in den sogenannten Konzentrationslagern untergebracht, angeblich, weil sie sonst verhungern müßten. In diesen Lagern wurden die Wehrlosen so schlecht versorgt und verpflegt, daß von den 100 000 hier untergebrachten Personen nicht weniger als 26 000 starben. Wie im englischen Parlament zugegeben wurde, hatten diese den britischen Namen schändenden Maßnahmen den Erfolg, den Widerstand der Buren zu erhöhen und den Krieg zu verlängern. Derselbe Lloyd George, der später mit Kraftausdrücken gegen die deutsche Barbarei als unerhört zu Felde zog, schloß sich diesen Vorwürfen an.

Das sind Tatsachen, die englischen Parlamentsakten entnommen sind. Britische Frauen, welche die Lager besuchten, haben noch andere schwere Vorwürfe gegen die Kriegsverwaltung erhoben[1]). Deshalb fällte der Burengeneral Smuts in seinem 1902 erschienenen Buche „Ein

[1]) Großes Aufsehen erregte in England der Bericht von Miß E. Hobhouse, der in deutscher Übersetzung unter dem Titel erschien „Die Zustände in den südafrikanischen Konzentrationslagern" (Berlin 1902).

Jahrhundert von Unrecht" über die britische Politik das vernichtende Urteil: „Die Geschichte wird zur Genüge zeigen, daß die Behauptung von der Humanität, der Zivilisation und den gleichen Rechten, auf die die englische Regierung ihre Handlungsweise gründet, nichts anderes ist als ein schöner Aufputz des heuchlerischen Annexionismus und des Räubergeistes, der die englische Regierung zu allen Zeiten und in allen Beziehungen mit unserem Volke gekennzeichnet hat." Diese Worte sind wahr geblieben, obwohl, sie verleugnend, derselbe General Smuts wie Botha im Eroberungskriege der Briten von 1914 ihnen ihren Degen zur Verfügung gestellt haben. Denn diese Burenführer ließen sich von demselben Geiste der Heuchelei erfüllen, als die englische Regierung ihnen die Erweiterung der Herrschaft des südafrikanischen Gemeinwesens durch Deutsch-Südwestafrika als Köder hinwarf. Opfer eines Raubes geworden, haben sie sich durch Aussicht auf gemeinsamen Raub verlocken lassen.

Länger als zwei Jahre hatten die Buren heldenmütig für ihre Freiheit gestritten, dem Feinde schwere Wunden geschlagen, aber Hunger und Krankheiten brachen endlich die Kraft des Widerstandes. Den letzten Erfolg trug Delarey davon, indem er am 7. März 1902 Lord Methuen schlug und den schwer verwundeten General mit 600 Soldaten gefangennahm. Auch bei den tapferen Kämpfern machte sich endlich Friedensbedürfnis geltend. Die Hoffnung, Krüger werde die europäischen Regierungen zum Eintreten für die Buren gewinnen, schwand dahin. So beschlossen die noch im Felde befindlichen Abteilungen, Bevollmächtigte zu einer Versammlung zu schicken, um über Krieg oder Unterwerfung zu beraten. Die Verhandlung der 54 Abgesandten, die zu Vereeniging am Waalflusse stattfand, verlief ergreifend. Dewet sprach bis zum letzten Augenblick für Ausharren, Botha mit anderen Führern legte die Nutzlosigkeit weiteren Widerstandes dar. Die Entscheidung fiel für das Angebot der Unterwerfung, die aber nicht bedingungslos stattfinden sollte. Verhandlungen wurden angeknüpft, die am 31. Mai 1902 zum Friedensschluß führten, der von Kitchener und Milner, auf der anderen Seite von Schalk Burger und den Burengeneralen unterzeichnet wurde. Die Buren erkannten die englische Herrschaft an, doch wurde ihnen nicht die Ablieferung ihrer Waffen auferlegt, soweit sie ihrer zur Verteidigung gegen die Kaffern bedurften. Es wurde ausgemacht, daß die holländische Sprache bei den Gerichten und in den Schulen überall im Gebrauch bleiben werde, wo die Bewohner es verlangten. Da

England gleichfalls die Beendigung des Krieges herbeiwünschte, gestand es zu, daß den Buren keine Steuern zur Deckung der Kriegskosten auferlegt werden durften. England mußte einwilligen, drei Millionen Pfund zu verwenden, um den Buren zu ermöglichen, ihre zerstörten Farmen wiederherzustellen und zu friedlichen Beschäftigungen zurückzukehren. Daß den Buren Amnestie zugebilligt wurde, war selbstverständlich, denn nur der Hochmut der Sieger hatte behauptet, sie wären seit der von England ausgesprochenen Annexion ihres Landes zu Rebellen geworden. Die Prozesse dagegen wider die Holländer der Kapkolonie, die sich am Aufstande beteiligt hatten, gingen noch eine Zeitlang ihren Weg; sie waren auf die Gnade der Regierung angewiesen. So hatten sich die Buren ehrenvolle Bedingungen erstritten.

Groß waren die Opfer, die der Krieg dem britischen Reiche auferlegte. Der Kriegsminister stellte im Frühjahr 1902 fest, daß im ganzen 380 000 Mann mobilisiert worden waren; zuletzt standen 300 000 Mann in Südafrika, die streitbare und die sonstigen Kriegszwecken dienende Mannschaft zusammengenommen. Im Felde kamen 8590 Briten ums Leben, 13 352 durch Krankheiten; außerdem zählte man 75 536 Verwundete und Kranke; also ein Gesamtverlust von 97 478 Menschen.

Demgemäß waren die Kosten des Krieges auf dem entfernten Schauplatze sehr hoch. Nach dem Berichte der Unterhauskommission vom August 1903 betrugen sie 222 970 000 Pfund Sterling oder 5574 Millionen Mark. Nur ein kleiner Teil davon wurde durch Steuern hereingebracht, das meiste durch Anlehen, deren Verzinsung schwer auf dem Staatshaushalt lastete. Zu teuer war die Herrschaft über ein Land erkauft, in welches ununterbrochen englische Einwanderer strömten, so daß es durch die natürliche Entwicklung der Dinge früher oder später hätte britisch werden müssen. Es wird behauptet, daß der Premierminister Lord Salisbury mit dem Hinweise darauf vor dem Kriege zu einem weniger gewalttätigen Verfahren geraten hatte; aber Chamberlains stürmisches Drängen setzte sich durch. Wohl hat England die Buren das ihnen angetane Unrecht dadurch vergessen gemacht, daß 1910 das südliche Afrika, britische und holländische Gebiete, zu einem selbständigen Gemeinwesen vereinigt und mit Selbstregierung ausgestattet wurde. In den Jahren nach dem Kriege aber war nach ehrenvoll bestandener Kraftprobe das Burenland beinahe eine Wüste, die Farmen der besten Männer lagen in Trümmern, keiner Familie war Leid erspart geblieben.



XIII

Die Großmächte und der Burenkrieg

Die öffentliche Meinung in Europa und in den Kolonien

Kaum jemals war außerhalb des britischen Reiches die öffentliche Meinung auf dem Erdball so einig wie in der Verurteilung der englischen Burenpolitik. Es gab bei den verschiedenen Völkern nach dem Nationalcharakter und nach den Bündnisüberlieferungen Abschattungen in der Bitterkeit des Urteils und in den Ausbrüchen des Unwillens; zur Verteidigung des Verfahrens aber ließen sich nur Sonderlinge oder Verehrer des Rechtes des Stärkeren herbei. Die englischen Imperialisten waren tief betroffen, wie Lord Rosebery am 16. Dezember 1901 bekannte: „Es gibt keine Parallele zu dem Haß und dem Übelwollen, mit dem wir von den Völkern Europas nahezu einstimmig betrachtet werden." Salisbury spielte den Harmlosen und äußerte, er sei unfähig, eine Erklärung für das gegen England bestehende Vorurteil zu finden. Ohne Umschweife räumte Chamberlain ein, Großbritannien werde von der Welt gehaßt, aber er tröstete seine Landsleute mit der Bemerkung: gehaßt sei nur der Starke. Vornehm denkende Briten litten tief, weil sie dem Urteil über ihr Vaterland nicht Unrecht geben konnten. Zu ihnen gehörte Königin Viktoria, die auch in dieser Sache anders dachte als der Prinz von Wales, dem der Imperialismus die Richtschnur und jede gegen die Buren gerichtete Maßregel willkommen war. Die Königin starb während des Krieges, am 22. Januar 1901, und Tags darauf schrieb der ehemalige Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an seine Tochter: „Ich glaube, daß der südafrikanische Krieg sie mehr bekümmerte, als die edle Frau vertragen konnte, daß die barbarisch egoistische Politik der englischen Staatsmänner, der sie sich unterwerfen mußte, ihr Leben verkürzt hat." Alle anderen Zeugnisse stehen aber an Gewicht hinter dem des Führers der liberalen Opposition in England, Campbell-Bannerman, zurück. Er widersetzte sich zwar keiner Forderung des Ministeriums nach Mannschaft und Geld zur Erringung des

Sieges, doch brach er am 30. Mai 1901 in den bitteren Vorwurf aus: „Verloren Blut und Schatz, Macht und Prestige! Verloren das, worauf die Stärke beruht, die Sympathie nämlich, die Anerkennung und die Achtung des allgemeinen Gewissens der Menschheit!"

Das allgemeine Gewissen! Niemals hat sich die öffentliche Meinung so vergeßlich und wankelmütig gezeigt wie in diesem Falle. Sie beugte sich vor dem Erfolg, und wie eine Dirne wandte sie sich kurze Zeit nach dem Kriege dorthin, wo der größere Vorteil winkte. Von den Völkern, denen ein Bündnis mit dem mächtiger gewordenen Albion wertvoll schien, wurde England nach wenigen Jahren wieder als Hort des Friedens, als Bringer der Freiheit gepriesen. Es gehört zu den politischen Naivitäten, anzunehmen, daß im zwischenstaatlichen Verkehr Zu- und Abneigung irgendwelche Bedeutung besitzt, falls diese Gefühle mit den Interessen einer Nation im Widerspruch stehen.

In der schweren Prüfung des Burenkrieges hatte England wenigstens die Genugtuung, daß seine angelsächsischen Kolonien treu zum Reiche standen. Das dankte es der Klugheit, mit der jenen Siedelungen in steigendem Maße Selbständigkeit in inneren Angelegenheiten gewährt worden war. Kanada regierte sich seit 1867 in der Hauptsache selbst; nach diesem Vorbilde erhielt während des Burenkrieges auch Australien 1900 eine Verfassung, welche die Staaten seines Kontinents in ein selbständiges Gemeinwesen, Commonwealth of Australia, zusammenfaßte. Daher schickten die Kolonien aus freien Stücken dem Mutterlande nach Südafrika einige Hilfstruppen, Kanada 5000, Australien 1000 Mann. Diese Unterstützung fiel, wenn man bloß die Zahl in Rechnung zog, nicht ins Gewicht, doch der moralische Eindruck war von Wert. Es waren aber, wie gesagt, nur die Angelsachsen, die sich mit dem Mutterlande eins fühlten; der Rassenstolz ertrug den Gedanken nicht, die Holländer Südafrikas könnten den Sieg davontragen. Dagegen sympathisierte die französische Bevölkerung Kanadas mit den Buren, auch wurde die kanadische Hilfstruppe schon 1901 zurückberufen[1]).

[1]) Wie zwiespältig die Stimmung in Kanada war, geht daraus hervor, daß sich der kanadische Abgeordnete Bourassa gegen die Unterstützung der englischen Politik aussprach, sein Mandat niederlegte und mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde. Im April 1900 aber sagte er im kanadischen Parlament: „Kanada hat niemals ein offizielles Angebot von Truppen gemacht, aber Chamberlain telegraphierte einfach, daß er die ‚Offerte' annehme, und gab dann gleich Instruktionen über Ausrüstung, Absendung usw. Diese De-

Nun hoffte man in England nach diesen Erfahrungen, daß die Kolonien, dem imperialistischen Programm entsprechend, auch bereit sein würden, sich militärisch und handelspolitisch enge mit dem Mutterlande zusammenzuschließen. Darin aber brachte die Kolonialkonferenz von 1902 eine Enttäuschung. Australien und Neuseeland zahlten zwar auch weiter Beiträge für die Reichsflotte, Kanada dagegen lehnte ab, und sein Ministerpräsident Laurier kündigte an, es wolle selbst zum Bau einer Flotte schreiten. Ein kanadisches Staatsgefühl, das den Briten unbequem war, durchdrang allgemach das ganze Volk. — Ähnlich ging es, als bei der Kolonialkonferenz der Reichszollbund zur Verhandlung kam. Laurier beharrte auf der autonomen Zollpolitik seines Landes. Kanada räumte England zwar Vorzugszölle ein, aber es wollte nicht auf das Recht verzichten, Handelsverträge mit anderen Staaten zu schließen; somit war ein Reichszollverein unmöglich. Auf der Konferenz wurden warme Versicherungen fester Zusammengehörigkeit ausgetauscht, die überzeugten Imperialisten unter den Teilnehmern jedoch, wie der wieder in die Höhe gekommene Jameson, gaben ihrer Unzufriedenheit über das geringfügige Ergebnis Ausdruck.

*

England und die Vereinigten Staaten

Der Panamakanal

Großbritannien befleißigte sich, wie uns bekannt ist, gegen die nordamerikanische Union besonderer Rücksicht, selbst wenn deren gesteigertes Kraftbewußtsein das Auskommen erschwerte. Der Rückzug Englands in der venezolanischen Grenzfrage und andere Gefälligkeiten hielten die Yankees bei guter Laune, so daß wenigstens Präsident

pesche ist die unverschämteste, die je eine kanadische Regierung vom englischen Kolonialamt erhalten hat, und sie soll niemals in Vergessenheit kommen, denn die ganze Handlungsweise ist von Anfang bis zu Ende perfid und für Kanada als selbständige Kolonie eine schwere Beleidigung." (Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender", Jahrgang 1900, S. 285.) Das Entscheidende ist indessen, daß die kanadische Regierung sich dem Ansinnen des englischen Kolonialministers fügte. Die Mehrheit stand auf seiten Englands.

Mac Kinley und die republikanische Mehrheit sich im Ausdruck ihrer Teilnahme für die Buren eine gewisse Rücksicht auferlegten. Um so lauter scharte sich die demokratische Opposition um die Fahne der Freiheit und forderte vom Präsidenten offene Parteinahme für die Buren. Das lehnte Mac Kinley ab, um sich nicht mit England zu überwerfen. Als kluger Politiker benutzte er jedoch dessen Verlegenheiten, um sich für die Neutralität der Union einen angemessenen Preis bezahlen zu lassen. Auf diesem Wege schmeichelte und trotzte er der britischen Regierung Zug um Zug den Verzicht auf ihre den Panamakanal betreffenden Rechte ab und gewann für die Union die alleinige Verfügung über die zu bauende Wasserstraße.

Seit 1850 bestand über den Gegenstand zwischen Nordamerika und England der Clayton-Bulwersche Vertrag, so genannt nach den Unterhändlern der beiden Staaten. Darin war festgesetzt, daß der Kanal unter dem Schutze und der Kontrolle beider Mächte stehen werde, so daß er als gemeinsames Unternehmen geplant war. Indessen empfanden die immer mächtiger werdenden Vereinigten Staaten das Übereinkommen als eine Last und wollten die Verfügung über die Wasserstraße ganz an sich ziehen. England ging jedoch auf diesen Wunsch nicht ein, und es blieb bei der Abmachung, auch nachdem Ferdinand Lesseps von der Republik Kolumbien die Konzession zum Bau des Panamakanal erhalten hatte und ebenso als der Bankrott seiner Gesellschaft erfolgte. So stand es bis zum Burenkrieg. Als nun die Volksstimme in Nordamerika immer lauter die Parteinahme für die Buren verlangte und die demokratische Opposition sich dieser günstigen Plattform bemächtigte, stellte Mac Kinley der englischen Regierung vor, sie müsse zur Beruhigung der aufgeregten öffentlichen Meinung seines Landes ein Opfer bringen: er würde sonst zur Stellungnahme gegen Großbritannien gedrängt werden. Nun besorgte England Schlimmes vom nordamerikanischen Volke, dem die Weltlage Handlungsfreiheit gestattete, Schlimmeres als von den Gefühlsäußerungen der Deutschen und der Franzosen, die sich gegenseitig befehdeten und gegeneinander auf der Wacht standen. Die englische Regierung sträubte sich anfangs gegen das Verlangen Mac Kinleys, sie solle auf den Clayton-Bulwerschen Vertrag verzichten, sah sich aber schließlich genötigt nachzugeben, und so kam am 5. Februar 1900 ein neues Abkommen zustande, das nach den Unterhändlern, dem nordamerikanischen Staatssekretär und dem britischen Botschafter, den Namen Hay-Pauncefoote-Vertrag

erhielt. Darin wurde ausgesprochen, daß Amerika den Kanal allein bauen und überwachen dürfe, wenn auch mit der Einschränkung, daß er neutral bleiben und allen auswärtigen Nationen offen stehen solle. Auch war es der Union verwehrt, längs des Kanals Befestigungen anzulegen. Befriedigt von diesem Gewinn, begnügte sich der Präsident der Republik, der englischen Regierung im März 1900 das Anerbieten einer Vermittlung mit den Burenstaaten zu machen; er ließ aber die Sache fallen, als von London die Antwort kam, England habe nicht die Absicht, die Vermittlung einer fremden Macht anzunehmen. Als im Mai darauf eine Burendeputation in Washington erschien, wurden ihre Mitglieder vom Präsidenten nicht amtlich, sondern nur als Privatpersonen empfangen; Staatssekretär Hay erklärte dem Senat, der Präsident sei der Ansicht, daß ihm nur das Beharren auf unparteiischer Neutralität offenstehe. Salisbury überhäufte darauf Mac Kinley und das amerikanische Volk mit Lobsprüchen für ihre politische Klugheit und Gerechtigkeit.

Das Abkommen über den Kanal bedurfte indessen zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des nordamerikanischen Senats. Da aber ergaben sich neue Schwierigkeiten. Nicht bloß die demokratische Minderheit, auch die republikanische Mehrheit wollten den Engländern neue Zugeständnisse entreißen und sich der einschränkenden Bestimmungen entledigen. Der Senat verwarf also die unbequemen Klauseln und nahm für die Union das Recht in Anspruch, Befestigungen anzulegen und anderen Mächten die Benützung des Kanals zu verbieten. Das schien nun eine parlamentarische Niederlage Mac Kinleys und des Staatssekretärs Hay, doch empfanden sie darüber keinen Kummer, sondern machten sich den Beschluß zu eigen und übermittelten nach London einen neuen schärferen Vorschlag. In England war man anfangs über den Anspruch außer sich und die Regierung lehnte am 11. März 1901 die neuen Bedingungen ab. Die Folge davon war ein Aufflammen der Stimmung gegen Großbritannien; das zeigte sich auch in der anschwellenden sittlichen Entrüstung über das dem Heldenvolk der Buren zugefügte Unrecht. Gerade die ärgsten Jobber- und Börsenblätter verfielen in die lautesten moralfanatischen Wutausbrüche. Der englischen Regierung wurde unheimlich zumute, so daß sie sich zur Genehmigung der vom amerikanischen Senat diktierten Grundsätze herbeiließ: am 22. Februar 1902 erfolgte die Ratifikation des auf dieser Grundlage vereinbarten Vertrages. Damit wurde der Panamakanal ein rein ameri-

kanisches Unternehmen. Nur wenn England sich mit den übrigen europäischen Nationen hätte verständigen können, würde Amerika eine Schranke gesetzt worden sein. Die Uneinigkeit der alten Welt ermöglichte der großen Republik des Westens den Triumph.

So gab sich England Mühe, die Union bei guter Stimmung zu erhalten. Nordamerika sah sich überhaupt stark umworben, wobei Deutschland nicht zurückbleiben konnte. Kaiser Wilhelm spendete für die Vereinigten Staaten ein Denkmal Friedrichs des Großen; stärkeren Eindruck machte die vom Prinzen Heinrich im Auftrage seines kaiserlichen Bruders nach der Union unternommene Reise (Februar 1902). Einige Jahre später erfolgte auf Anregung des Kaisers der Austausch von Professoren zwischen Deutschland und der Neuen Welt. Das geistige und politische Band jedoch, das England und Nordamerika verknüpfte, war stärker und befestigte sich, als die Union im Hinblick auf die russisch-japanische Nebenbuhlerschaft in Ostasien es für notwendig hielt, mit dem seebeherrschenden Albion in gutem Einvernehmen zu stehen.

Die Union, des Rückhaltes an England gewiß, verfolgte den am Panamakanal errungenen Vorteil mit größter Energie. Als Mac Kinley am 14. September 1901 einem anarchistischen Attentat erlag, übernahm Vizepräsident Theodor Roosevelt die Staatsleitung, der 1905 zum Präsidenten gewählt wurde. In der Panamaangelegenheit griff er scharf durch. Der Kanal mußte durch das Gebiet der Republik Kolumbien geführt werden; diese hatte nach dem Zusammenbruche der von Lesseps gegründeten Gesellschaft die Konzession einer anderen Körperschaft übertragen, welche ihre Rechte an die nordamerikanische Union verkaufte. Als nun die Vereinigten Staaten an die Ausführung des Baues schritten, stellte Kolumbien auf Grund seiner Souveränität Ansprüche, welchen die Union nicht stattgeben wollte. Kolumbien erhob Schwierigkeiten, darauf aber machte die große Republik mit ihrer kleinen Schwester kurzen Prozeß. Mit Zustimmung oder besser gesagt auf Anstiften der Regierung der Union brach auf der Landenge von Panama eine Art Revolution aus, die Bewohner rissen sich von Kolumbien los und riefen eine selbständige Republik aus. Das geschah am 3. November 1903 und schon zwei Tage später wurde der neue Zwergstaat von den Vereinigten Staaten in aller Form anerkannt. Kolumbien wollte sich den Vorgang nicht gefallen lassen und machte Miene, das abtrünnige Panama zur Unterwerfung zu nötigen. Darauf erschienen amerikanische Kriegsschiffe, die das Vorhaben im Keime erstickten. Das angeblich

unabhängige Panama schloß mit der Union einen Vertrag über den Kanal, der alle ihre Forderungen erfüllte. Man sieht, wie bequem es sich die großen Staaten im internationalen Verkehr machen: je nach Bedarf blasen sie den selbständigen Gemeinwesen das Lebenslicht aus oder rufen neue Gebilde ins Dasein. Roosevelt aber richtete an den Kongreß am 10. November 1903 eine Botschaft, in der es hieß, die Vereinigten Staaten hätten sich nicht länger den kleinlichen, unaufrichtigen Machenschaften derjenigen unterwerfen können, „denen die Zufälligkeit der örtlichen Lage die Herrschaft über den Boden gegeben, durch welchen der Kanal gehen müsse". Das war ein ganz neuer Grundsatz des Völkerrechts: Gebietsgrenzen eines Staates wurden für „Zufälligkeiten der örtlichen Lage" erklärt, über die ein mächtiger Nachbar nach Belieben hinwegschreiten könne. In den Erinnerungen aus seinem Leben versichert Roosevelt, er würde, wenn er anders gehandelt hätte, Verrat an den Interessen der Vereinigten Staaten geübt und einen Platz in Dantes Hölle neben Papst Cölestin V. verdient haben, dem der Dichter den Verzicht auf die Tiara (il gran rifiuto) nicht verzeihen konnte[1]).

*

Frankreich, Holland und der Burenkrieg

Von der praktischen Ausnützung der Weltlage stach die tatenarme Entrüstung ab, mit welcher der Chor der Rache auf dem europäischen Kontinent die Burentragödie begleitete. Besonders lebhaft waren die Vorwürfe in Frankreich, nicht bloß infolge des Temperaments des Volkes, sondern weil die Wunde von Faschoda noch nicht verheilt war und das verletzte Ehrgefühl sich Luft machte. Auf den Boulevards von Paris wurden Engländer nicht selten von Vorübergehenden belästigt und verhöhnt; infolgedessen hielt es der Prinz von Wales für angezeigt, der Weltausstellung von 1900, die er hatte besichtigen wollen, wie überhaupt Paris fernzubleiben, obwohl dessen regelmäßiger Besuch zu seinen Vergnügungen gehörte. England wurde in grausamen Karikaturen verhöhnt, in denen der Prinz von Wales als Spekulant in süd-

[1]) Th. Roosevelt, „Aus meinem Leben" (Leipzig 1914), S. 415.

afrikanischen Goldminen und als Anstifter des Krieges erschien. Der geistreiche Zeichner Willette gab eine Mappe unter dem Titel: „V' là les English“ heraus, in der die wirklichen und die angeblichen Missetaten der Briten seit der Verbrennung der Jungfrau von Orleans bis zur Hinopferung der Inder und der Buren in aufreizenden Bildern dargestellt waren; auf einem Blatte sieht man verhungernde Hindus und daneben einen Triumphzug von bibellesenden Engländern, begleitet von weißgekleideten Mädchen, welche die Befestigung der Herrschaft Albions feiern. Der in England lebende Herzog von Orleans beging die Unvorsichtigkeit, an Willette einen anerkennenden Brief zu schreiben, was er mit dem Hinauswurf aus dem Londoner Klub büßte, dem er angehörte. In den Karikaturen Leandres wurde nicht einmal die alte Königin Viktoria geschont, obwohl sie am Kriege unschuldig war; als nun dem begabten Zeichner das Kreuz der Ehrenlegion verliehen wurde, beschwerte sich der englische Botschafter, erhielt jedoch von der Regierung die trockene Antwort, Leandre verdanke die Ehrenlegion nicht diesen politischen Karikaturen, sondern seinen künstlerischen Leistungen.

In Deutschland herrschte zwar auch feindselige Stimmung gegen Britannien, der Unterschied war aber, daß die Regierung sorgsam Zurückhaltung bewahrte, während jenseits des Rheines die amtlichen Kreise sich von den Kundgebungen für die Buren nicht fernhielten. Als Paul Krüger hilfesuchend nach Europa kam, wurde er bei seiner Landung in Marseille nicht bloß von einer zahllosen Menge, sondern auch von den Behörden festlich begrüßt. Während seines Aufenthaltes in Paris vom 24. bis 30. November 1900 wurde er vom Volke bejubelt und vom Präsidenten der Republik empfangen; auch mit dem Minister des Äußern, Delcassé, hatte er eine Unterredung, bei der ihm allerdings eröffnet wurde, daß Frankreich nicht aus seiner Neutralität heraustreten und seine Teilnahme für das tapfere Burenvolk nicht durch die Tat beweisen könne. Die Volksvertretung ging aber weiter: der Senat und die Kammer traten offen auf die Seite der Buren und votierten Krüger unter rauschendem Beifall ihre Sympathien. Die englische Regierung mußte das stillschweigend geschehen lassen, um nicht noch unangenehmere Dinge zu erleben.

Am tiefsten wirkten die Ereignisse in Südafrika auf das holländische Volk, das schmerzbewegt seine Stammesgenossen erliegen sah. Die Blicke der Niederländer richteten sich schon nach dem Überfall Jamesons auf Deutschland, von wo allein Hilfe kommen konnte. Unmittelbar darauf,

1896, empfahl das in Utrecht erscheinende „Dagblad“ eine Allianz Hollands mit dem Deutschen Reiche als Schutzwehr auch für Südafrika. Als die Not höher stieg, machte sich die Ansicht geltend, ein politisches Bündnis böte dem Deutschen Reiche nicht ausreichende Vorteile, während es wohl zu gewinnen wäre, wenn die Niederlande mit ihm einen Zollverein aufrichten wollten. Der Vorschlag wurde von dem in Haag erscheinenden „Courant“ gemacht und mündlich wie schriftlich vielfach erörtert. Die Deutschland erwachsenden Vorteile wären ansehnlich gewesen. Auf der einen Seite lockte der Umstand, daß die Mündungen des Rheins und der Maas, die sich in den Jahrhunderten des Verfalls dem Deutschen Reiche entfremdet hatten, in eine Handelseinigung mit der alten Heimat getreten wären. Außerdem hätten die Niederlande in diesen Zollbund auch ihre Kolonien mitgebracht, wodurch das späte Eintreten der deutschen Nation in die Welt- und Kolonialpolitik wettgemacht worden wäre. Die Alldeutschen führten diese Gründe an, um den Kaiser und seine Regierung zu offener Parteinahme für die Buren zu drängen, wofür sie überhaupt eine geräuschvolle Tätigkeit entfalteten. Dahin zielte auch die Programmschrift der alldeutschen Partei von Professor Ernst Hasse „Deutsche Weltpolitik“, die 1897 erschien. Als nun die deutsche Regierung sich den Buren versagte, wurden in Holland die Stimmen zahlreicher, welche von einer engen Verbindung mit Deutschland abrieten, um nicht die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes aufs Spiel zu setzen. Die wichtigste Schrift dieser Richtung, die des Generals Den Beer Portugal, erschien aber erst 1902, als die Buren schon aufgegeben waren. Es gehörte zu den Sorgen der britischen Staatsmänner während des Krieges, Kaiser Wilhelm und seine Minister könnten an den Ideen der Alldeutschen Geschmack finden. Als die Gefahr vorübergezogen war, wurde in der Streitschrift „German Ambitions“ alles zusammengetragen, was die Begehrlichkeit der Deutschen ins Licht setzen sollte[1]).

[1]) Dort sind S. 53 eine Reihe deutscher Bücher angeführt, in denen die Angliederung Hollands ans Deutsche Reich empfohlen ist.

*

Chamberlain für ein englisch-deutsches Bündnis

Wie fern lagen doch der deutschen Regierung solche Entwürfe! Sie sagte sich mit gutem Grund, daß England den Zusammenschluß der Niederlande mit Deutschland nicht zulassen, lieber noch die Unabhängigkeit der Buren anerkennen würde. Nur durch einen blutigen Krieg konnte das Deutsche Reich sich die Mündungen des Rheins und der Maas aneignen. Diesen Zusammenstoß aber wünschte Kaiser Wilhelm ebenso zu vermeiden wie den mit Frankreich, so schwer Deutschland auch während des Dreyfus-Prozesses gereizt wurde. Gab sich doch der französische Generalstab trotz der bestimmten Versicherung der deutschen Regierung den Anschein, an die Echtheit der offenbar gefälschten Schriftstücke zu glauben, denen zufolge der deutsche Generalstab und der Kaiser persönlich mit Dreyfus in Verbindung gestanden hätten. Wilhelm II. ging darüber hinweg und suchte wieder durch kleine Aufmerksamkeiten und Höflichkeiten, so durch den Empfang des französischen Generalstabschefs Bonnal, auf die öffentliche Meinung jenseits des Rheins beschwichtigend zu wirken. Noch weniger mochte die Reichsregierung durch Parteinahme für die Buren den Bruch mit England herbeiführen. Seit 1898 war zwischen dem Berliner und dem Londoner Kabinett ein gutes Einvernehmen hergestellt (Seite 240), und dieser Grundrichtung blieb das Deutsche Reich auch während des Burenkrieges treu.

Dementsprechend war es Pflicht der Loyalität, den Buren, bevor sie losschlugen, den Glauben zu nehmen, daß sie auf die Hilfe des Deutschen Reiches rechnen könnten. Das Berliner Kabinett ließ dem Präsidenten Krüger im Sommer und dann im Herbst 1899 sagen, er solle solche Erwartung nicht hegen; es wurde ihm vielmehr möglichstes Entgegenkommen gegenüber England empfohlen. Diese Warnung war um so notwendiger, als das Kaisertelegramm an Krüger vom Januar 1896 unvergessen war und leicht irrige Hoffnungen erwecken konnte. Als Bülow am 10. Dezember 1900 dem Reichstage von den an Krüger ergangenen Warnungen Mitteilung machte, erinnerte er auch daran, daß die Kaiserdepesche nicht gegen England, sondern gegen die Räuberschar Jamesons gerichtet war.

Auch als die Wogen der Volksmeinung immer höher gingen und

die Alldeutschen starke Maßnahmen gegen England forderten, ließ sich die Regierung nicht von der Strömung fortreißen. Sie verlangte von England nicht einmal einen Preis für ihre Neutralität und begnügte sich mit der Erwerbung der Karolinen und der Samoainseln, wie mit der Zusage des Vertrages über die Teilung der portugiesischen Besitzungen im südlichen Afrika. Ob nicht mehr zu erreichen gewesen wäre? Das wurde vielfach angenommen, und dahin deutete man auch den Besuch, den Kaiser Wilhelm der Königin Viktoria zwischen dem 20. und 27. November 1899 auf Schloß Windsor machte. Es war aber unrichtig: der Kaiser wurde bloß durch die menschliche Empfindung bestimmt, seiner greisen Großmutter nach den englischen Niederlagen tröstend zur Seite zu stehen. Daß Bülow den Kaiser auf der Fahrt begleitete, wies allerdings darauf hin, daß zu Windsor auch politische Verhandlungen gepflogen wurden. Solches war wohl der Fall, aber der Reichskanzler verhielt sich bloß hörend. Chamberlain trat an ihn mit der Anregung eines Bündnisses Deutschlands mit Großbritannien heran. Eine wichtige Eröffnung, doch war nicht der Kolonialminister, sondern Salisbury der maßgebende Mann; er aber war durch die schwere Erkrankung seiner Gemahlin von Windsor ferngehalten und ließ dem Reichskanzler sagen, daß er so weit nicht gehen wolle wie sein Amtsgenosse. Ein Grund mehr für die Zurückhaltung Bülows.

Chamberlain ließ sich indessen nicht abschrecken. Er sah gleich den meisten seiner Landsleute damals in Rußland den Feind, der über Ostasien hinaus nach Indien greifen konnte. Sich mit Rußland zu vergleichen, hielt er für untunlich und prägte dafür das kräftige Wort: „Wer mit dem Teufel suppt, muß einen langen Löffel haben!" Da ihn aber die Vereinsamung Englands beunruhigte, dachte er an ein Bündnis nicht bloß mit Deutschland, sondern weiter auch mit den Vereinigten Staaten. Diesen Gedanken brachte er unmittelbar nach der Abreise des Kaisers in öffentlicher Rede am 29. November 1899 vor. Er wendete sich zunächst gegen die in der ausländischen Presse gegen England erhobenen Angriffe, die nicht einmal vor der geheiligten Person der Königin haltmachten, bemerkte aber ausdrücklich, daß die schlimmsten dieser Schmähungen nicht von den deutschen Zeitungen ausgegangen wären. Nichts stünde, so fuhr er fort, einem Bündnisse Englands mit dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten im Wege, und besser als Armeen vermöchte die Verständigung zwischen der germanischen und der angelsächsischen Rasse den Weltfrieden zu schützen.

Dieser neue Dreibund würde die Zukunft der Welt mächtig beeinflussen. Er gebrauchte das Wort Allianz, hinzufügend, es verschlüge wenig, ob ein in aller Form geschlossenes Bündnis oder ein bloßes Einvernehmen erzielt werde, getragen vom Geiste der Staatsmänner der befreundeten Länder.

Wie sich Chamberlain die Ausführung im einzelnen dachte, läßt sich bloß vermuten. Es ist nur bekanntgeworden, daß er sich dabei auch mit dem Gedanken einer Verabredung über Marokko trug. In diesem Lande wetteiferte der englische Einfluß mit dem französischen, und eben diesen hätte er gern beiseite geschoben. Das konnte nach einer der deutschen Regierung übermittelten Anregung derart eingerichtet werden, daß England sich Tangers bemächtigte, wofür wieder ein Hafen am Atlantischen Ozean an Deutschland gefallen wäre. Diesen Sachverhalt kennt man aus Mitteilungen, die Staatssekretär Kiderlen-Wächter 1911 dem Deutschen Reichstage machte; er fügte aber hinzu, daß es nicht zu einem bestimmten Angebot Englands gekommen ist, auch nicht zu förmlichen Verhandlungen[1]). Es wäre von großem Interesse, zu wissen, wieweit die Fühlung zwischen den Kabinetten gediehen war. Übrigens lag es an der deutschen Regierung, ob sie einen Schritt entgegengehen mochte oder nicht. Unterließ sie es, so mußte das britische Kabinett die Sache auf sich beruhen lassen.

⋆

Russisch-französischer Vorschlag an Deutschland

So groß war die Stellung Deutschlands, daß gleichzeitig ein Angebot zum Zusammengehen auch von Rußland und Frankreich kam. Aussichten also nach allen Seiten. Nirgends war die Freude über Englands anfängliches Mißgeschick größer als in Rußland, die Kundgebungen in Petersburg und Moskau wollten kein Ende nehmen. Auch die Regie-

[1]) So Kiderlen-Wächter am 17. November 1911 im Reichstagsausschusse. Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender", Jahrgang 1911, S. 608, bringt den Auszug aus einem Artikel der „Pall Mall Gazette" vom 29. November 1911, der eine andere, aber unglaubwürdige Darstellung der deutsch-englischen Verhandlungen enthält. Vgl. O. Hammann, „Der neue Kurs", S. 185—191.

rung hielt die Gelegenheit für gekommen, dem Nebenbuhler einen Schlag zu versetzen. Im Zuge dieser Politik machten die Kabinette von Petersburg und Paris im Frühjahr 1900 der deutschen Regierung den Vorschlag, gemeinsam in London zugunsten der Buren vorstellig zu werden. Die Anregung kam wohl vom russischen Minister Grafen Murawiew; die französische Regierung folgte unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung ihres Landes. Die Lobredner der Politik Delcassés haben zwar behauptet, er wäre 1899 mit dem Plane ins Amt getreten, sich mit England zu verbinden; da er sich jedoch jetzt Rußland anschloß, wird der Vorsatz nicht so fest gewesen sein, wie er und seine Freunde später beteuert haben.

Aber auch nach dieser Seite versagte sich die deutsche Regierung. Es schien ihr bedenklich, sich in eine britenfeindliche Aktion hineinziehen zu lassen, es wäre denn, daß Frankreich und Rußland die Bürgschaft treuen Zusammenhaltens für alle Fälle übernahmen. Würde denn Frankreich bis zum Ende gegen Großbritannien durchhalten? Wie, wenn es sich im entscheidenden Augenblick aus dem Handel zöge und mit ihm auch Rußland? Das Berliner Kabinett kam also, so erfährt man von guter Hand[1]), zu dem Schlusse, zuvor die Aufrichtigkeit des russisch-französischen Anerbietens zu prüfen. Die Antwort an die russische Regierung lautete, Deutschland wäre bereit, gegen England vorzugehen, doch unter einer Bedingung: Frankreich und Rußland müßten zuvor zu einer Abmachung die Hand bieten, durch die sich die drei Staaten gegenseitig ihren Gebietsstand verbürgten. Deutschland wollte sich eben vergewissern, ob es Glück und Zukunft an die französische und russische Politik binden dürfe. Deshalb die Forderung, deren Erfüllung den endgültigen Verzicht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen in sich schloß. Ging die Regierung der Republik darauf ein, so konnte man die Sache wagen. Es ist glaubhaft, daß Murawiew der deutschen Regierung erwiderte, kein französisches Ministerium könnte sich auch nur einen Tag halten, sobald in Paris bekannt würde, es hätte Elsaß-Lothringen für immer dahingegeben. Die von Deutschland gestellte Bedingung war so gut wie eine Ablehnung, womit die Sache abgetan war. In Berlin war man auf Grund der fortgesetzten Feindseligkeit Delcassés später überzeugt, das Ansinnen Murawiews sei eine vom französischen Minister gelegte Falle gewesen. Ob nun dieses Miß-

[1]) Durch einen Aufsatz der Deutschen Revue 1909.

trauen berechtigt war oder nicht, jedenfalls wollte die deutsche Regierung nicht gegen England mittun, weil sie annahm, sie werde mindestens von Frankreich im Stiche gelassen werden. Darauf spielte Bülow an, als die Verhandlung am 10. Dezember 1900 im Reichstage zur Sprache kam. Er führte eine Stelle aus den Idealen Schillers an und verglich diejenigen, die sich mit Frankreich und Rußland einlassen wollten, mit dem frohgemut ins Leben hinausstürmenden Jüngling, der eine Enttäuschung nach der anderen erlebt und seine Ideale entschwinden sieht:

> Doch ach, schon auf des Weges Mitte
> Verließen die Begleiter mich,
> Sie wandten treulos ihre Schritte
> Und einer nach dem andern wich.[1])

Die deutsche Regierung ließ sich von der Erwägung leiten, daß es England ein leichtes wäre, die deutsche Kriegsmarine schach und matt zu setzen und die Handelsflotte von den Meeren wegzufegen, ohne daß den Buren damit geholfen gewesen wäre. Dem Kaiser schrieb man den Ausspruch zu: wollte Deutschland für Transvaal eintreten, so wäre es dasselbe, wie wenn jemand versuchte, durch Wedeln mit einem Taschentuch ein durchgehendes Pferd aufzuhalten[2]).

Acht Jahre später, als England den Deutschen böse Absichten zuschrieb, kam Kaiser Wilhelm auf die Sache zurück. Es geschah in dem denkwürdigen, im „Daily Telegraph" am 28. Oktober 1908 veröffentlichten Gespräch des Kaisers, das eine große Debatte im Reichstag hervorrief und den Anstoß zum Rücktritte des Fürsten Bülow gab. Der Kaiser war in jenem Zwiegespräch bemüht, die englisch-deutsche Verstimmung zu beheben, und zählte zu diesem Behufe die Dienste auf, die er den Briten im Burenkriege geleistet hatte: gerade er habe nach ihren Niederlagen großes Unheil von ihnen abgewendet. Zu-

[1]) So lauten die Verse bei Schiller, Bülow aber führte sie im Reichstage mit einer Abweichung an: statt des Wortes „treulos" gebrauchte er das Wort „seitwärts". Der Kanzler wurde nach seiner Rede aufmerksam gemacht, daß er sich bei der Wiedergabe eine Freiheit erlaubt habe. Er erwiderte, daß ihm mitten im Zitieren eingefallen sei, man werde ihm Böses zumuten, falls er von Frankreich und Rußland wenn auch nur bedingt sagen würde: „Sie wandten treulos ihre Schritte"; deshalb änderte er kurz entschlossen die Worte des Dichters ins Harmlose ab. In den Gesammelten Reden Bülows ist die Stelle so abgedruckt, wie er sie im Reichstage gesprochen hat.

[2]) Graf Reventlow, „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1913" (Berlin 1914), S. 140.

nächst sprach er von einem Feldzugsplan, den er zum Zwecke der Niederwerfung der Buren persönlich ausgearbeitet und der Königin Viktoria vorgelegt habe. Wichtiger war die weitere Enthüllung des Kaisers. Damals, so erzählte er, traten Frankreich und Rußland an ihn mit dem Vorschlage heran, sich des Burenvolkes anzunehmen und, wie sich der Kaiser ausdrückte, England bis in den Staub zu demütigen. Begreiflich das allgemeine Aufsehen über die Eröffnungen des Kaisers; der französischen Regierung aber, die seit 1904 mit England ausgesöhnt war, kam die Enthüllung sehr ungelegen, sie ließ also durch den „Temps“ verlauten, es hätte sich während des Krieges in Afrika nicht um so große Dinge gehandelt, sondern nur um eine Vermittlung zugunsten der Buren. Diese Abschwächung ändert nichts an dem Sachverhalt. Würde Deutschland der russisch-französischen Anregung gefolgt sein, so hätte England dem geeinten Kontinent gegenübergestanden. Es wäre eine Mächtegruppierung gewesen gleich der von 1884 gelegentlich der Aufrichtung des Kongostaates (Seite 67); das Zusammenstehen der Mächte des Festlandes aber war immer die Weltlage, die Britannien am meisten zu befürchten hatte.

Mithin hielt sich die deutsche Regierung von jeder Parteinahme fern. Sie trat nur hervor, wenn es sich um die Ehre und das Interesse Deutschlands handelte. So, als kurz nach der Rückkehr des Kaisers aus Windsor deutsche Handels- und Postschiffe an der ostafrikanischen Küste gegen Völkerrecht von englischen Kriegsschiffen mit Beschlag belegt wurden. Die wiederholte Störung des deutschen Handels war so empfindlich, daß der Kaiser unwillig ausrief: „Ich kann mich nicht mehr unter den Linden sehen lassen!“ Als darauf die deutsche Regierung von England aufs bestimmteste die Freigabe der Schiffe und Leistung des Schadensersatzes verlangte, setzte sie die Forderung, wie Bülow am 19. Januar 1900 im Reichstage mitteilen konnte, in vollem Umfange durch: England gab diesmal schneller nach als in ähnlichen Fällen, wozu es auch allen Grund hatte.

Nichts aber war für die Denkart der deutschen Staatslenker bezeichnender als die unfreundliche Aufnahme, die Krüger bei ihnen gelegentlich seiner Rundreise durch Europa fand. In Paris war er vom Präsidenten der Republik und vom Volke ehrenvoll aufgenommen worden und wollte auch in Berlin sein Glück versuchen. Bei seinem Eintreffen in Köln am 2. Dezember 1900 ließ ihm die deutsche Regierung jedoch sagen, der Kaiser wäre nicht in der Lage, ihn zu empfangen, er möge

schon aus diesem Grunde von der Fahrt nach Berlin Abstand nehmen. Zu Zehntausenden aber strömten auch auf deutschem Boden die Menschen zusammen, um ihm ihre Huldigung darzubringen. Dieser Stimmung vertrauend traf Krüger Anstalten zum Aufbruch nach Berlin, in der Hoffnung, eine Gesinnungsänderung des Kaisers hervorzurufen. Darauf erhielt der deutsche Gesandte in Luxemburg, Herr von Tschirschky, den Auftrag, nach Köln zu fahren und Krüger dringende Vorstellungen gegen seinen Plan zu übermitteln. Da erst gab er sein Vorhaben auf. Durch das deutsche Volk aber ging der Ruf, die Regierung sei England gegenüber zu willfährig; eine mächtige Nation brauche sich ihre Neigungen so wenig verbieten wie vorschreiben zu lassen. Darauf erwiderte der Reichskanzler in seinen am 10. und 12. Dezember 1900 gehaltenen Reden, Krüger hätte die Absicht gehabt, die Regierung zu überrumpeln; die von den Buren wohlverdienten Sympathien könnten nicht zur Richtschnur praktischer Politik gemacht werden; Schwärmereien dieser Art, seinerzeit den Polen, dann dem Fürsten Alexander von Bulgarien entgegengebracht, wären auch jetzt dazu angetan, Deutschland in Händel zu verwickeln; überhaupt gehe es nicht an, „den Don Quijote zu spielen und die Lanze einzulegen und loszurennen, wo irgend in der Welt englische Windmühlen gehen". Die Freundschaft mit England gab sich auch darin kund, daß der Kaiser zu dem Begräbnisse der Königin Viktoria reiste. Das war mehr als die Huldigung für das Andenken seiner Großmutter; das englische Volk sollte wissen, der Kaiser wende ihm bei der nationalen Trauer seine Teilnahme zu.

*

Fürst von Bülow über seine Politik Ergebnisse

So stand das Reich in diesem Zeitpunkte auf einem Gipfel seines Ansehens. Um seine Freundschaft bewarben sich England ebenso wie der Zweibund, es konnte zwischen verschiedenen Bündnissen wählen. Als im Frühjahr 1900 in China der Aufstand der Boxer losbrach, der das Leben und das Eigentum der Europäer bedrohte, und die Großmächte darauf Truppen nach Ostasien schicken mußten, um ihre in Peking

belagerten Gesandten zu befreien, fiel der Oberbefehl im Feldzuge den Deutschen zu. Der Kaiser fragte im August 1900 beim Zaren telegraphisch an, ob ihm Generalfeldmarschall Graf Waldersee als oberster Führer genehm sei; der Zustimmung Rußlands schlossen sich die anderen Mächte an. Hatte die Ernennung Waldersees auch keine größere politische Bedeutung, so war sie doch ein Gradmesser der Geltung Deutschlands; es konnte als Vorzeichen einer längeren Friedensepoche gedeutet werden, daß auch eine französische Truppenabteilung unter den Oberbefehl des deutschen Feldmarschalls gestellt war.

Indessen war doch auch viel Schein in diesem und in anderen Erfolgen. Deutschland war zwar stark als Landmacht und durch den Bestand des Dreibundes; aber unter den Weltmächten besaß es keinen zuverlässigen Freund und konnte ebensowenig durch Hochseeflotten oder durch seine Kolonialmacht wirken. Seine überragende Stellung beruhte mehr auf der Eifersucht Britanniens und Rußlands in Ostasien, auf der Britanniens und Frankreichs in Afrika. Näherten sich die einander belauernden Mächte, so stand das Deutsche Reich in der Weltpolitik so einsam da wie Großbritannien während des Burenkrieges. Es war nun die Annahme der deutschen Staatsmänner, menschlicher Voraussicht nach würden England und Rußland sich nicht die Hand zur Versöhnung reichen können. Indessen erhebt sich die Frage, ob das Berliner Kabinett nicht besser getan hätte, entweder mit England oder mit Rußland in engere Verbindung zu treten.

Fürst von Bülow widmet diesem Einwurfe einen wichtigen Abschnitt in seinem Buche „Deutsche Politik", Ausführungen von schriftstellerischem Glanze, die auf die verschiedenen Möglichkeiten Licht werfen. Man sieht daraus, welchen Wert der Altreichskanzler auf die Würdigung seiner Motive legt. So schon im ersten Abdruck seiner Arbeit 1914, dann noch mehr in der Buchausgabe 1916, wo die früheren Ausführungen näher begründet sind. Das gilt besonders von dem Beweisgange, es sei nicht statthaft gewesen, sich auf ein Bündnis mit England einzulassen[1]).

Zunächst verwirft Bülow den Gedanken, er hätte im Verein mit Frankreich und Rußland gegen Albion Front machen sollen, wie die Burenfreunde von ihm verlangten. Er hält ihnen entgegen, daß die

[1]) Es sind dies die Stellen im Sammelwerk „Deutschland unter Wilhelm II." (Berlin 1914), I, S. 18, und in der Buchausgabe der „Deutschen Politik", S. 30—37.

Franzosen bei ihrem hochgespannten Ehr- und Nationalgefühl den Verlust Elsaß-Lothringens nicht verschmerzt, nie sich aufrichtig mit Deutschland verbunden hätten. Sobald das Deutsche Reich mit Britannien in Todfeindschaft geraten wäre, würde es von Frankreich gewiß im Stiche gelassen, wohl selbst verraten worden sein.

Die andere Gedankenreihe des Fürsten von Bülow beschäftigt sich mit der Möglichkeit einer Allianz mit England. Die aber wäre, so meint er, doch nur möglich gewesen, wenn nicht bloß Chamberlain, sondern auch Salisbury und weiterhin ebenso die Führer der Opposition zugestimmt hätten, da sonst bei einem Ministerwechsel alles in die Brüche gegangen wäre. Er führt in diesem Zusammenhang den Satz Bismarcks an: „Wir wären ja gern bereit, die Engländer zu lieben, aber sie wollen sich nicht lieben lassen", sodann eine von Bismarck 1893 zu Sybel gemachte Äußerung: „England ist der gefährlichste Gegner Deutschlands. Es hält sich für unbesiegbar und glaubt Deutschlands Hilfe nicht zu brauchen. England hält uns noch nicht für ebenbürtig und würde nur ein Bündnis schließen unter Bedingungen, die wir nie annehmen können. Bei einem Bündnis, welches wir schließen, müssen wir den stärkeren Teil bilden." Außerdem legt Bülow allen Nachdruck darauf, daß es doch bedenklich gewesen wäre, sich in den russisch-englischen Gegensatz hineinziehen zu lassen. Das Deutsche Reich wäre dann in die Lage gekommen, die Rolle Japans zu spielen, das sich 1904 den Russen in den Weg warf und einen Krieg mit ihnen führte, der die englische Herrschaft in Indien befestigen half. Der Altreichskanzler kommt mit Vorliebe auf den Gedanken zurück, das Deutsche Reich habe zwischen den zwei Kräftegruppen seine Unabhängigkeit bewahren müssen. Diese allein richtige Politik wäre von ihm folgerichtig festgehalten worden.

Es wäre unbillig, diesen geschlossenen Gedankengang in der Art kritisieren zu wollen, daß man darauf hinweist, der spätere Verlauf der Dinge spräche gegen Bülow: denn Großbritannien und Rußland haben sich hinterher gefunden, Deutschland eingekreist und gemeinsam bekämpft. Hier ist in der Tat etwas eingetreten, was 1900 ganz unwahrscheinlich klang. Eine politische Rechnung wie die Bülows kann zur Zeit ihrer Aufstellung richtig gewesen sein, wenn sie auch einige Jahre später durch den Zutritt eines neuen Faktors umgeworfen wurde.

Fruchtbarer als eine Kritik auf Grund des späteren Erfolges und

Mißerfolges ist der Vergleich der Methode des Fürsten Bismarck mit der seiner Nachfolger von 1890 bis 1914. Den letzteren war die Abneigung gemeinsam, sich über die von Bismarck geschaffenen Allianzen hinaus auf neue Bündnisse und Verpflichtungen einzulassen. Caprivi schritt sogar zur Lösung der von Bismarck mit Rußland geschlossenen Rückversicherung. Das nun war nach Bülows Ansicht verfehlt, der, soviel an ihm lag, keine Masche des vom ersten Kanzler gesponnenen Vertragsnetzes fallen ließ; er wich jedoch den sich bietenden Möglichkeiten des Weiterspinnens eher aus. Das beweisen auch seine späteren Handlungen, so 1901 die kühle Aufnahme des Gedankens des deutschen Geschäftsträgers in London Eckardstein, Deutschland sollte mit Japan ein Bündnis eingehen. Das Deutsche Reich schien so gefestet, daß weitere Sicherungen nicht gesucht wurden. Im Bewußtsein der eigenen Friedensliebe und im Streben, der Welt größere Verwicklungen zu ersparen, haben Kaiser Wilhelm und seine Ratgeber es vermieden, sich mit irgendeiner anderen Großmacht außerhalb des Dreibundes tiefer einzulassen: war doch zu besorgen, daß dadurch Mißmut entweder in London oder in Petersburg erwachen werde. Die deutschen Staatsmänner vertrauten auf die in der Welt regen Friedenswünsche, anders als Fürst Bismarck, der überall Gefahren sah und dem nach seinem Geständnisse die Sorge vor feindlichen Koalitionen den Schlaf der Nächte verscheuchte. Das Bismarck in Atem haltende Mißtrauen schärfte seine Voraussicht. Deshalb wurde er, wie wir wissen, nicht müde, das Bündnis- und Vertragssystem Deutschlands weiter auszubauen. Der Dreibund war gut, er wurde durch die Rückversicherung mit Rußland nicht schlechter und auch nicht dadurch, daß Österreich-Ungarn und Italien sich gleichzeitig mit England zum Schutze Konstantinopels verbanden. Das Vertrauen zur Friedensliebe der Fürsten und Völker ist ein menschlich schöner Zug, er war jedoch den großen Politikern von Machiavelli bis Bismarck nicht eigen.

Es ist nicht Sache der Geschichtschreibung, den handelnden Männern hinterher Ratschläge zu geben, welche Wege sie hätten gehen sollen. Es läßt sich nur sagen, daß Bismarck sein Bündnissystem auch während des Burenkrieges ausgebaut, sodann daß er dem Bunde mit Rußland den Vorzug gegeben hätte. Das steht wohl fest, es ist durch Bismarcks eigene Aussprüche ebenso beglaubigt wie durch den allgemeinen Gang seines Wirkens, wenn er auch unter dem Drucke der Weltlage zeitweilig einen Nebenweg einschlug. Für Bismarck blieb

ausschlaggebend, daß er durch das Vertrauensverhältnis zu Rußland die Angriffslust Frankreichs im Zaume hielt. So oft er die russische Regierung bereit fand, schloß er mit ihr lieber ab als mit England. Damit war das Gift des französischen Chauvinismus unwirksam gemacht. Das Gewicht dieses Arguments ist auch nach der Zeit Bismarcks nicht geringer geworden, so daß es die Politik des Deutschen Reiches auch fernerhin hätte beherrschen sollen.

Es trifft übrigens nicht den Kern der Sache, wenn man meint, Deutschland hätte sich durch die Allianz mit der einen Weltmacht die andere zum Todfeind machen müssen, so daß der Krieg mit ihr unabweislich gewesen wäre. Dagegen spricht schon die Tatsache, daß Bismarck 1887 den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreiche schloß, gleichzeitig aber den Bund Österreich-Ungarns und Italiens mit England zur Verteidigung der Türkei gern zur Kenntnis nahm, ja daß er das römische Kabinett selbst zum Anschlusse an Großbritannien anspornte. Nun könnte man dies ein gefährliches Spiel nennen, das sich wohl der große Kanzler und sonst nicht leicht jemand erlauben konnte. Indessen ließen sich Frankreich und England im 20. Jahrhundert gleichfalls auf ein Doppelverhältnis dieser Art ein. Das Pariser Kabinett trat, obwohl es mit Rußland im Bunde stand, durch die Verträge vom 8. April 1904 mit England in die engsten Beziehungen — und dazu noch während der englisch-russischen Hochspannung. England folgte diesem Beispiel und schloß, obwohl seit 1902 mit Japan verbündet, im Jahre 1907 mit dem Zarenreiche einen Vertrag zur Teilung Persiens, wodurch zum Dreiverband gegen Deutschland der Grund gelegt ward. Es gibt für die diplomatische Kunst keine starre Regel, es war deshalb bedenklich, daß Deutschland sich systematisch an den Vorsatz band, sowohl einer engeren Verbindung mit Rußland wie mit England und auch mit Japan aus dem Wege zu gehen.

Gegen die Allianz mit Britannien wendet Bülow ein, sie sei von Chamberlain „ohne Rückendeckung durch den Premierminister Salisbury angeboten worden[1]). Es ist jedoch schwer denkbar, daß Chamber-

[1]) Die Bemerkung, Chamberlain habe „ohne Rückendeckung durch den Premierminister Lord Salisbury seine Offerte gemacht", steht auf S. 36 der „Deutschen Politik" (Berlin 1916), findet sich aber nicht im ersten Abdrucke dieses Werkes 1914. — Die Ablehnung der englischen Bündnisanträge wird von Johannes Haller in den „Süddeutschen Monatsheften" (Januar 1917) lebhaft kritisiert, während Hermann Oncken in der Schrift „Das alte und das neue Mitteleuropa" (Gotha 1917) S. 72 die Politik Bülows verteidigt.

lain seine Rede vom 29. November 1899 über ein wünschenswertes Bündnis mit Deutschland und den Vereinigten Staaten ohne Wissen oder gar gegen den Willen Salisburys gehalten habe. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Premierminister seinen feurigen Amtsgenossen vorangehen ließ, um abzuwarten, was das Berliner Kabinett antworten werde. Dann konnte er sich die Sache noch immer überlegen. Bei kühler Aufnahme des Vorschlags durfte der Ministerpräsident immer sagen, ihm selbst wäre die Sache ohnedies ferngelegen. Die Entscheidung lag also beim Kaiser und seinem Kanzler. Nun würde ein Übereinkommen mit England bei den deutschen Burenfreunden anfangs Entrüstung hervorgerufen haben — darüber aber kam man leicht hinweg, wenn Deutschland seinen Kolonialbesitz erweiterte.

Über allem Zweifel richtig ist die Bemerkung Bülows, daß sich Deutschland weder von Britannien noch von Rußland ausnützen und zum Kriege gegen die andere Macht fortreißen lassen durfte. Die Unabhängigkeit jedes Teiles ist bei Allianzen unter gleich starken Staaten der selbstverständliche Vorbehalt. Das galt auch für die bereits bestehenden Bündnisse Deutschlands. Würde ein Staat jedoch die Vorsicht zu weit treiben, so dürfte er sich überhaupt auf keine Vertragsverpflichtung einlassen. Eine Bindung durch Allianzen schließt nicht die Nötigung zum Selbstmord ein. Übrigens wird die Politik Bülows während des Buren- und des Mandschurischen Krieges abschließend erst beurteilt werden können, wenn die Tatsachen genauer bekannt geworden sind. Man kann sie durch die Begleitumstände für gerechtfertigt halten und auch die Ansicht hegen, das Wachstum Deutschlands würde allen Gegenbemühungen zum Trotz in jedem Falle zuletzt zum Zusammenschluß der Mächte in Ost und West geführt haben. Das steht dahin — als politische Regel jedoch ist festzuhalten, daß ein Staatsmann das Möglichste tun muß, um durch Knüpfung von Allianzen eine derartige feindliche Gruppierung zu verhindern. Irgendeine Wahl zu treffen wird notwendig, jedenfalls weniger bedenklich sein, als sich ihrer zu enthalten. Dämme zu bauen ist immer unerläßlich, auch wenn der Strom durch Jahre nicht über die Ufer getreten ist. Das wird für alle Zukunft gelten: ist die Sturmflut einmal hereingebrochen, so kann nur der stärkste Schwimmer die Wellen durchschneiden, und diese Kraftprobe muß ein Staatsmann seinem Lande möglichst ersparen.

Den Briten war auch trotz des Zwiespalts unter den kontinentalen Mächten und nach der Niederwerfung der Buren nicht leicht ums Herz. Es war der Ritt über den Bodensee gewesen: fast wäre es zu einer Einigung der Mächte des Festlandes gekommen. So aber hatte England bloß in Amerika ein Opfer zu bringen, den Verzicht auf seine Rechte an dem Panamakanal. Es war auch schlimm, daß Rußland sich unterdessen in der Mandschurei, in Persien und in Tibet ausbreiten konnte. Am bittersten aber wurde in London empfunden, daß sich inzwischen die Kriegsmarine nicht bloß Deutschlands hob; Japan machte ebenso große Anstrengungen; Frankreich und die Vereinigten Staaten bauten gleichfalls Schiff um Schiff. Das französische Marinebudget war 1900 bis 1910 ungefähr ebenso hoch wie das deutsche, nur daß das Deutsche Reich dank einer besseren Verwaltung mit denselben Mitteln ungleich mehr leistete. Würde England das für den Burenkrieg Verausgabte (5700 Millionen Mark) oder auch nur einen guten Teil dieser Summe für die Kriegsflotte verwendet haben, so hätte es sich auf der früheren Höhe behauptet. Der Übelstand machte sich noch nicht während des Krieges, wohl aber in den Jahren 1904 bis 1908 bemerklich, während welcher die aufgehäufte Schuldenlast zu Ersparungen im Flottenbau nötigte. So büßte England, was es an den Buren gefehlt hatte. Wer den Glauben hegt, das verletzte Sittengesetz rufe von selbst die Sühne herbei, mag darin die Strafe des Frevels suchen. Sieht man aber davon ab und hält sich bloß an die Verkettung von Ursache und Wirkung, so ist festzustellen, daß Britannien nicht mehr imstande war, ohne starke Allianzen seine Seeherrschaft zu behaupten. Seitdem ging es wieder wie im 18. Jahrhundert auf die Suche nach Verbündeten auf dem Festlande aus.

XIV

Der ferne Osten, der Balkan und Österreich-Ungarn 1897—1904

Der Diplomatie und den Heeren Rußlands waren durch die Natur zwei große Manövrier- und Schlachtfelder zugewiesen, eines auf der Balkanhalbinsel, das andere im fernen Osten. Abwechselnd hat das Zarenreich hier und dort seine Kräfte eingesetzt. Doch galt es in Petersburg stets als Gebot der Staatsklugheit, nicht gleichzeitig im Westen und im Osten einen Feind zum Kampfe herauszufordern. Diese Regel wurde so sorgfältig eingehalten, daß die Zaren nie in die Lage kamen, zur selben Zeit an mehreren Fronten zu fechten — etwa wie Frankreich während der großen Revolution oder gleich Österreich und Preußen unter Maria Theresia und Friedrich II. Rußland hatte sich jederzeit sorgfältig zu hüten, es auf diese schwerste aller Kraftproben ankommen zu lassen. In solcher Erwägung schloß der Zar, als er in Ostasien auf Eroberungen ausging, 1897 mit Österreich-Ungarn den Petersburger Vertrag, wodurch Rußland an seiner Westgrenze gedeckt war (Seite 162).

★

Die sibirische Eisenbahn. Port Arthur

Für die Ausdehnungspolitik im Osten formte, wie oben erzählt wurde, Fürst Uchtomskij die Ideen, denen sich Nikolaus II. mit derselben Wärme hingab wie andrerseits der Friedenspropaganda des Staatsrates Iwan Bloch. Das eine ergänzte, wie wir wissen, das andere: während die Nationen der Erde sich an der am 24. August 1898 ergehenden Einladung zu einer Weltfriedenskonferenz erfreuten, setzten die russischen Vorposten im Osten — Eisenbahningenieure, Kaufleute und Soldaten — ihr Vordringen fort. Die einfachen und großen Linien der russischen Politik

wiesen zu den letzten Fernen der östlichen Halbkugel. Nach einer Unterredung mit dem Zaren schrieb der Reichskanzler Fürst Hohenlohe am 6. September 1896 in sein Tagebuch: „Als seine Hauptaufgabe bezeichnete der Kaiser die russische Politik in Ostasien und die Vollendung der sibirischen Bahn.“ Auf Abenteuer jedoch wollte sich Nikolaus nicht einlassen und er wies in demselben Gespräch den Gedanken der Eroberung Indiens von sich.

Die sibirische Bahn ist ein Beispiel, wie unerwartet sich in der Weltpolitik die Ausblicke verschieben. Jener Schienenstrang war als Werkzeug der Eroberung des fernen Ostens gedacht und leistete zu diesem Zwecke im Kriege mit Japan gute Dienste. Im Weltkriege jedoch wurde er das unentbehrliche Mittel zur Verteidigung der Westgrenze Rußlands, da ohne die sibirische Bahn aus Nordamerika und Japan nicht die unentbehrlichen Vorräte an Waffen und Munition hätten eingeführt werden können. Ursprünglich war Wladiwostok als Endpunkt der Bahn in Aussicht genommen, um die Schienen ausschließlich in den Boden des Zarenreiches senken zu können. Die erste Hälfte der Linie bis zum Baikalsee durchmaß Strecken, die schon seit mehreren Menschenaltern unter russischer Herrschaft standen; auch Transbaikalien hatte noch zahlreiche Ansiedelungen; dann aber dehnte sich bis zum Großen Ozean die unwegsame und menschenarme Amurprovinz aus, deren Durchquerung bis nach Wladiwostok große Geldopfer erforderte. Schon hatten die Schienen den Baikalsee erreicht und die Linie bis an den Ozean war bereits in die Karten eingezeichnet, als sich durch die Erfolge der russischen Diplomatie alles leichter gestaltete. Durch den Vertrag mit China 1896 erhielt eine russische Gesellschaft die Befugnis, die sibirische Bahn durch die Mandschurei bis Port Arthur fortzusetzen, also durch ein fruchtbares, viel versprechendes Land. Zwei Jahre später wurde das hilflose Reich der Mitte genötigt, Port Arthur mit der Halbinsel Ljaotung an Rußland abzutreten. Der Hafen von Port Arthur ist das ganze Jahr eisfrei, seine Erwerbung wäre einen Krieg wert gewesen, gelang aber durch Bestechungen und Drohungen. In den nächsten Jahren wurde er durch mächtige Bauten in einen Kriegshafen umgestaltet, während das nahe Dalny dem Handel diente. So also zog die große Eisenbahn durch Sibirien über Charbin nach der Mandschurei und gabelte sich hier, um im Norden Wladiwostok, im Osten aber Port Arthur zu erreichen. Die Seefestung sollte durch eiserne Bande an Rußland ge-

schmiedet werden. So wichtig war dieser Kriegshafen, daß es fast Verschwendung schien, daneben auch den Riesenflügel der Bahn nach Wladiwostok zu bauen. Da stürzte durch den Krieg mit Japan der ganze Plan zusammen, Port Arthur ging verloren. Somit wurde Wladiwostok mit der nördlichen Bahnstrecke wieder unentbehrlich.

*

Der Boxeraufstand

Die zwei Hauptvölker der gelben Rasse wurden durch diese Vorgänge an empfindlichen Nerven getroffen. Japan, das im Kriege mit China 1894 Port Arthur erobert hatte und dem es durch einen Bund von drei europäischen Großmächten entrissen worden war, sah sich doppelt geschädigt, zuerst durch die notgedrungene Rückgabe des Platzes an China, dann durch dessen Auslieferung an Rußland. Damit glaubte sich Nippon auf seinen Inseln bedroht. Jener Waffenplatz war aber nicht der einzige von China erlittene Verlust; denn Deutschland nahm sich um dieselbe Zeit Kiautschou, England und Frankreich jedes einen gut gelegenen Hafen. Das waren für den Nationalstolz der Chinesen harte Schläge. Die Ereignisse bewirkten in Japan straffe Zusammenfassung aller Kräfte, eine Rüstung, die sich auf den Gegenstoß vorbereitete; in China dagegen stellte sich Zersetzung ein, begleitet von fieberischen Zuckungen des Volkskörpers. Die Lockerung der Ordnung und Zucht im Reiche der Mitte kam dann wieder Rußland zugute, dem sich China wie von selbst öffnete.

Als China im Kriege von 1894 auf 1895 durch Japan besiegt wurde, bemächtigte sich der besten Geister im unterlegenen Volke die Überzeugung, das Reich könne nur durch das Einströmen europäischer Bildung vom Untergange gerettet werden. Die Reformpartei, deren Führer Kang-Yuwei war, einer der besten Köpfe Chinas, gewann 1896 auf den Kaiser Kwangsü maßgebenden Einfluß. Eine Flut von Neuerungen, besonders im Unterrichtswesen, brach über China herein: wie in Japan sollte in größter Schnelligkeit das durch Jahrhunderte Versäumte nachgeholt werden. Übereilungen mögen vorgekommen sein, aber nicht sie wurden den Reformern verderblich, sondern der Unwille

der bisher herrschenden Mandschus, die durch die neue Ordnung in Ämtern, Ehren und Reichtümern verkürzt wurden. Berechtigter war der gegen das neue System erhobene Vorwurf, daß seine äußere Politik kläglich war, daß unter ihm wichtige Häfen und Gebiete vom Reiche losgerissen wurden. Eine Verschwörung bildete sich, an deren Spitze sich die Kaiserin-Witwe Tsuh-Hsi stellte. Als Yuanschikkai, dessen Treue der Herrscher vertraute, ihn verriet, war für diesen alles verloren. Durch eine Palastrevolution wurde Kaiser Kwangsü 1898 gefangengesetzt, eine Reihe seiner Ratgeber hingerichtet, der edle Kang-Yuwei konnte sich noch auf ein englisches Kriegsschiff retten. Zwar wurde das Leben des Kaisers geschont und er dem Namen nach in seiner Würde gelassen. Er blieb aber bis an seinen Tod in vergoldeter Gefangenschaft, stets des Todes gewärtig, vergrämt und förmlich zusammenschrumpfend. Zum Regenten wurde Prinz Tuan erhoben, in Wirklichkeit aber herrschte die Kaiserin-Witwe, deren Ansehen so überragend war, daß sie im Volke gewöhnlich die große Buddha genannt wurde.

Kaiserin Tsuh-Hsi war eine ungewöhnliche Frau. Schon einmal hatte sie durch lange Jahre das Reich regiert. Ihr Gatte, Kaiser Hienfong, war 1861 gestorben; sie herrschte an Stelle ihres minderjährigen Sohnes, des Kaisers Tungtschih, nachdem sie ihre Gegner in den Tod geschickt hatte. Als ihr Sohn 1875 starb, wurde von der energischen Kaiserin-Mutter unter Taten der Gewalt wieder ein Kind aus der regierenden Familie auf den Thron gesetzt, eben der Kaiser Kwangsü, so daß sie 1861 bis zu dessen Volljährigkeit 1889 tatsächlich die Herrschaft innehatte. Unerklärt ist, daß sie am Schlusse dieses Zeitraumes ohne Widerstreben hinter den kaiserlichen Knaben zurücktrat. Sie schien von da ausschließlich dem Kunstgenuß und der Pflege der Literatur hingegeben, denn sie war die echte Tochter der alten chinesischen Bildung, europäischem Wesen dagegen fremd. Aber sie wartete nur ihre Zeit ab, um Kwangsü vom Throne zu stoßen[1]).

Als sie 1898 wieder die Zügel ergriff, war China durch einen unglücklichen Krieg gedemütigt, durch den Verlust wichtiger Häfen verkleinert, das Volk durch das nationale Unglück im Innersten aufgewühlt. Im Gegensatze zur Reformpartei bildeten sich im ganzen Reiche patriotische Gesellschaften, die das Heil von der Rückkehr zum Glauben und zur Sitte der Väter erhofften. Hier wurde wütender Haß gegen

[1]) J. O. Bland und E. Blackhouse, „China under the Empress Dowager".

die Fremden und das Christentum genährt. Waffen wurden gesammelt, Tausende und aber Tausende übten sich, um den Kampf mit den „weißen Teufeln“ aufzunehmen, im Turnen und Fechten. Die Übungen wurden von den Fremden beobachtet und die Teilnehmer von den Engländern geringschätzig die Boxer genannt. Dieser seltsame Name blieb der nationalen Partei, die, von patriotischen Motiven geleitet, auch die wilden Triebe der chinesischen Natur entfesselte.

Im Mai 1900 brach das Ungewitter los. Der Aufstand, dem sich neben den Fanatikern alles zuchtlose Gesindel im Lande anschloß, begann mit der Vertreibung der bei den Bahnbauten beschäftigten europäischen Ingenieure und wandte sich dann gegen die christlichen Missionen. Gegen 30 000 einheimische Christen, mit ihnen 300 Weiße wurden niedergemetzelt. Die europäischen Gesandten forderten von der Regierung der Kaiserin-Witwe strenge Maßregeln zum Schutze ihrer Staatsangehörigen, welchem Verlangen anscheinend willfahrt wurde. Befehle zum Niederhalten der Bewegung ergingen an die Behörden, doch zog die Regierung neben den Greueltaten der Boxer auch das in in Betracht, was sie zum Wohle des Vaterlandes erstrebten. Die Kaiserin war nicht willens, sich der nationalen Erhebung entgegenzustemmen; sie fürchtete nur die Macht Europas und wollte es nicht zum Kampfe herausfordern. Daraus ergab sich ein Doppelspiel, das jedoch mehr vom Bewußtsein der eigenen Schwäche, als von Treulosigkeit eingegeben war. Die europäischen Gesandten, Schlimmes ahnend, entboten zu ihrer Sicherheit den englischen Admiral Seymour mit den 2000 Soldaten, die er im Hafen von Taku bei sich hatte, nach Peking. Die Aufständischen warfen sich jedoch Seymour in den Weg und er sah sich sogar in Taku bedroht. Er mußte zuerst den Hafen fest in die Hand bekommen, was auch durch Beschießung der Forts gelang. Diese Kriegshandlung aber und der Fall der Forts wurden von der chinesischen Regierung als Feindseligkeit betrachtet, und sie forderte am 19. Juni 1900 die Gesandten auf, Peking binnen 24 Stunden zu verlassen. Das wäre auch beim besten Willen unmöglich gewesen, da das Land von wilden Banden durchzogen und beherrscht war. Nun machte der deutsche Gesandte Freiherr Clemens von Ketteler den Versuch, einen Ausgleich herbeizuführen, und ließ sich in einer Sänfte in den Tsungli Yamen, das Ministerium des Äußern, tragen; auf dem Wege dahin wurde er jedoch am 20. Juni von einem chinesischen Soldaten erschossen. Ganz Peking stand in

Aufruhr, so daß sich die Gesandten, vom Tode bedroht, mit Frauen und Kindern in die englische Botschaft, einen festen Platz, flüchteten; ihr Schicksal wurde von den Japanern geteilt, gegen die sich die Volkswut gleichfalls kehrte. Hier hielten sich die Belagerten, im ganzen 700 Personen, durch mehrere Wochen gegen die feindlichen Angriffe, denen zum Glück die rechte Wucht fehlte, da die einsichtigen Chinesen von dem das Völkerrecht mit Füßen tretenden Beginnen abrieten, die Fanatiker aber nicht die volle Staatsgewalt in Händen hatten.

Die Kunde von der Ermordung Kettelers, die den deutschen Kaiser am 27. Juli zu Bremerhaven traf, erweckte in ihm die allgemeine Befürchtung, alle Europäer in Peking würden der Wut der Boxer zum Opfer fallen; das Gerücht behauptete sogar, sie wären bereits niedergemetzelt. Der Kaiser war empört und hielt in dieser Stimmung, eine halbe Stunde nach dem Empfang jener Nachricht, an eine zur Abfahrt nach Ostasien bestimmte Truppenabteilung die unglückliche Ansprache, die unter dem Namen der Hunnenrede bekannt ist. Er sagte unter anderem: „Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen... Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapfern, gut bewaffneten und grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Wahrt Mannszucht! Der Segen Gottes sei mit euch!" Der gerechte Zorn des Kaisers hatte sich in diesem Ausbruch übereilt entladen.

Zum Glück wurde das Schlimmste abgewendet. Admiral Seymour erhielt von mehreren Seiten Verstärkungen, die ausgiebigste durch eine Division Japaner. So konnte er mit 20 000 Mann von Tientsin, wo er anfangs selbst bedrängt worden war, nach Peking aufbrechen. Die Hauptstadt wurde von seinen Truppen am 14. August besetzt, womit die Europäer befreit waren.

Der Aufstand der Boxer brachte den Russen unverhofften Gewinn. Bewaffnete Banden trieben ihr Unwesen nicht bloß im eigentlichen China, sondern auch in der Mandschurei, mordend und sengend zogen sie durchs Land. Der Bau der großen Eisenbahn nach Port Arthur erlitt dadurch eine Unterbrechung. Darauf ließ der Zar eine größere Truppenmacht in die Mandschurei einrücken, die sich des ganzen Landes bemächtigte, auch der Teile, die für den Eisenbahnbau nicht in Betracht kamen. Bei der Unterdrückung der Unruhen wurde mit furcht-

barer Strenge vorgegangen. Das war schwer anders möglich, doch ließen sich die Russen eine Bluttat zuschulden kommen, die zu den schlimmsten aller Zeiten gehört. Ihr Schauplatz war nicht einmal die im Aufstande befindliche Mandschurei, sondern die sibirische Stadt Blagoweschtschensk, die am Grenzstrom Amur liegt. Auf der chinesischen Seite des Flusses tauchten im Juli 1900 Banden auf, Schüsse wurden gewechselt. Dies versetzte den russischen Gouverneur in solche Furcht vor einem Überfall, daß er den Befehl erteilte, sämtliche in Blagoweschtschensk angesiedelte Chinesen aus der Stadt zu treiben. Über den Amur führte keine Brücke, und so wurden etwa 8000 Menschen, Männer, Weiber und Kinder, von den Kosaken, die hierzu den Auftrag hatten, erbarmungslos in den Strom getrieben, wo sie den Tod fanden. Eine Mordtat, die nie eine Sühne gefunden hat.

Als aber die Mandschurei von den Truppen des Zaren besetzt war, änderte die russische Regierung ihr Verhalten gegen die Chinesen vollständig. Sie hatte die Beute im Trockenen, auch waren die russischen Staatsangehörigen zu Peking in Sicherheit gebracht. Sie erklärte nun, mit der Besetzung Pekings sei der Ehre genug getan, man müsse jetzt Rücksicht auf die chinesische Volksseele nehmen, müsse zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter die Hand bieten. Das Petersburger Kabinett verfolgte den Zweck, sich mit der chinesischen Regierung über die Mandschurei so zu verständigen wie vordem über Port Arthur: die jetzt geleisteten guten Dienste sollten dem Hofe von Peking zu Gemüte führen, daß er an Rußland einen Schützer finden könne, wenn dessen Freundschaft durch die Überlassung der Mandschurei erkauft werde. Dabei wahrte Rußland Europa gegenüber den guten Schein. Als Kaiser Wilhelm dem Zaren Anfang August 1900 den Vorschlag machte, dem Grafen von Waldersee den Oberbefehl über alle gegen die Boxer aufgebotenen Truppenteile zu übertragen, erklärte sich Nikolaus einverstanden; Ende August aber berief er die russischen Truppen aus Peking zurück, um den Chinesen einen Beweis seiner Friedenswilligkeit zu geben.

Dieser Schachzug setzte die deutsche Regierung in Verlegenheit. Noch war für die Ermordung des deutschen Gesandten keine Genugtuung geleistet, ebensowenig wie für manchen gegen Japan verübten Frevel. Die Kaiserin-Witwe war beim Anmarsche der Entsatztruppen aus Peking geflüchtet, den Schattenkaiser und ihren Hofstaat mit sich nehmend. Sie blieb auf der Seite ihres gedemütigten Volkes, von dem sie sich

auch nicht trennte, als sie auf der Flucht nach Westen Entbehrungen erlitt. Deshalb genoß sie die Verehrung der Massen und wartete fern von Peking bessere Tage ab, die bei der Uneinigkeit der feindlichen Mächte doch kommen mußten. Somit konnte die deutsche Regierung nicht an das offizielle China heran; von Rußland im Stiche gelassen, blieb ihr nichts übrig als die Verständigung mit England. So kam es am 16. Oktober 1900 zu einem Abkommen zwischen Berlin und London, einem bemerkenswerten, aber bald vorübergehenden Zwischenspiel.

Durch diesen Vertrag erreichte Deutschland die Fortsetzung des Krieges gegen China, doch stand in der Vereinbarung nichts von dieser Hauptabsicht, sie stellte nur die Grundsätze fest, gemäß deren die zwei Mächte nach dem Kriege in China vorgehen wollten. Sie einigten sich, den Gebietsstand des chinesischen Reiches unvermindert zu erhalten, und verzichteten für sich auf jedwede Vergrößerung. Sie erklärten weiter, daß es ihr gemeinsames und dauerndes Interesse sei, die an den Küsten und Flüssen Chinas liegenden Häfen allen Nationen ohne Unterschied frei und offen zu halten; darin lag auch die Zusicherung Englands, daß es im Gebiete des Yangtsekiang nicht Sondervorteile für sich in Anspruch nehmen werde (Seite 153). Endlich behielten sich Deutschland und Großbritannien neue Vereinbarungen vor, für den Fall, daß eine andere Macht die Wirren zu einem Gebietszuwachs benützen sollte. Diese Bestimmung hatte eine Spitze gegen Rußland und war auf Wunsch des Londoner Kabinetts aufgenommen, um das Zarenreich vor weiterem Ausgreifen abzuhalten.

Am 23. September übernahm Waldersee den Oberbefehl über die fremden Streitkräfte in China, insgesamt 63 000 Mann, darunter 24000 Deutsche. Die chinesische Regierung hoffte den Feind zu ermüden und rechnete auf die großen Entfernungen, die er zu überwinden hatte. Indessen wurde eine Reihe von Streifzügen bis an die chinesische Mauer mit vollem Erfolg ins Werk gesetzt. Endlich ließ sich China herbei, um Frieden zu bitten, der am 23. Mai 1901 gewährt wurde. Gebietsverluste wurden dem Reich der Mitte nicht auferlegt, wohl aber eine Entschädigung von 1350 Millionen Mark, zahlbar in 39 Jahren. Auch verpflichtete sich China, nach Berlin und Tokio Gesandtschaften zur Sühne der begangenen Morde zu senden. In Berlin erschien Prinz Tschun, der Bruder des Kaisers. Es wurde an ihn das seltsame Ansinnen gestellt, vor dem deutschen Kaiser den Kotau, den Fuß-

fall zu machen, der die den chinesischen Herrschern vorbehaltene Ehrenbezeigung war. Das lehnte der Prinz ab, drückte jedoch in geziemenden Worten das Bedauern über den Aufstand und die Ermordung des deutschen Gesandten aus.

*

Rußland, die asiatische Vormacht

Unterdessen fuhr die russische Regierung mit der Anbiederung an China fort. Sie verwendete sich bei den Friedensverhandlungen für möglichst günstige Bedingungen und auch dafür, daß das eigentliche China so bald wie möglich von den fremden Truppen geräumt werde. Dagegen breitete sich Rußland immer mehr in Korea aus, obwohl dies dem mit Japan 1896 geschlossenen Vertrag schnurstracks zuwiderlief. Auch richtete es sich in der Mandschurei häuslich ein, wobei es von Zeit zu Zeit in Peking das nie ernst gemeinte Versprechen gab, das Land an China zurückzustellen, sobald daselbst die Ruhe wieder hergestellt wäre. Die chinesische Regierung wußte, was von solchen Zusagen zu halten war, aber sie hatte nähere Sorgen, denn die Räumung Pekings und der Gebiete bis an die große Mauer war ihr wichtiger als die der Nordprovinz; sie ließ sich also die guten Dienste des Zaren gern gefallen. So überschattete der Einfluß Rußlands in Peking jeden anderen, und die von ihm in Port Arthur gesammelte Flotte war eine Mahnung auch für Nippon, es sei auf seiner Insel nicht gerade sicher.

Das war noch nicht der ganze Vorteil, den Rußland aus der ihm günstigen Weltlage zog. Denn England hatte sich in Südafrika festgerannt, Österreich-Ungarn war mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigt, ganz Europa durch die Berufung des Friedenskongresses förmlich eingeschläfert. Unterdessen drang Rußland wie in der Mandschurei, so auch in Tibet und in Persien gewaltig vor: alles ging ihm in diesen Jahren nach Wunsch.

In Tibet besaß China zwar die nominelle Oberhoheit, diese aber schrumpfte infolge der äußeren und inneren Verlegenheiten des Reiches zum Schatten zusammen. Der Beherrscher Tibets, der Dalai Lama, sah sich nach einer anderen Stütze um. Nun wurde er auch in Sibirien

von den buddhistischen Klöstern als geistliches Oberhaupt verehrt. Von dort kam ein Mönch, namens Dorschjew, nach Tibet und leitete als Mann, der viele Länder und Völker kannte, seit 1897 die auswärtigen Geschäfte des Dalai Lama. Dieser Sibirier nun bestimmte seinen Herrn, sich von der chinesischen Oberhoheit loszusagen, auch wurde er 1900 mit einer Gesandtschaft nach Petersburg geschickt und überreichte dem Zaren die sonst dem chinesischen Kaiser dargebrachten Geschenke. Damit rückte die russische Gefahr dem englischen Reiche in Indien immer näher.

So auch von Persien her. Hier wurden die Engländer zuerst im Finanzwesen beiseitegeschoben. Der Schah hatte 1892 in London eine Anleihe aufgenommen und dafür gewisse Einnahmen verpfändet. Im Jahre 1900 aber schloß er mit der russischen Regierung einen Vertrag, demgemäß ihm 22,5 Millionen Rubel vorgestreckt wurden unter der Bedingung, daß er den englischen Banken die Schuld zurückzahle und sich verpflichte, durch 75 Jahre ausschließlich bei russischen Banken Anleihen zu machen. Es lag Humor darin, daß das geldarme Rußland die reichen Briten in Persien förmlich auskaufte, natürlich mit französischem Kapital. — Auch militärisch geriet Persien in Abhängigkeit vom Zaren. Nach einem 1903 getroffenen Abkommen stellte Persien aus Landessöhnen eine sogenannte Kosakenbrigade auf, mit russischen Offizieren an der Spitze; ihr Führer, ein russischer General, unterstand formell gleichzeitig dem russischen Gesandten und dem Großwesir. Danach war der Schah nicht mehr Kriegsherr in seinem Lande. Noch unangenehmer war es den Engländern, daß die Russen ihr Augenmerk auch auf die Küste Südpersiens warfen. Im Jahre 1903 wurde eine von Odessa in den Persischen Golf führende Dampferlinie mit Staatshilfe eingerichtet, auch russische Kriegsschiffe erschienen in jenen Gewässern.

So stieg Rußland 1903 zur höchsten Stufe der Macht empor, die es jemals erreicht hatte. Die slawischen Staaten des Balkans fügten sich den Winken des Zaren, der bis an den Großen Ozean und an den Persischen Meerbusen gebot. Aber schon stand der Rächer bereit, der Starke fand an Japan den Stärkeren.

*

Englisch-japanisches Bündnis

Zur Abwehr fanden sich Albion und Nippon von selbst zusammen. Da die Russen noch fern vom Indus standen, während die japanischen Inseln von den Küsten Koreas und der Mandschurei leicht zu erreichen sind, drängte sich der Gedanke des Bündnisses den japanischen Staatsmännern gebieterischer auf als den englischen. Der Gesandte Nippons in London, Graf Hayaschi, regte die Sache im Sommer 1901 beim britischen Staatssekretär des Äußern, Lansdowne, an[1]). Nun hatte die englische Regierung den Vertrag vom 16. Oktober 1900 mit Deutschland in der Hoffnung geschlossen, das Deutsche Reich werde sich bestimmen lassen, sich gegen Rußland zu wenden. Wenn das Berliner Kabinett vom Zaren die Abberufung seiner Truppen aus der Mandschurei verlangte, so stand hinter dieser Forderung außer Japan auch die stärkste Landmacht wie die stärkste Seemacht: Rußland mußte dann wohl oder übel nachgeben. Die antirussische Politik hatte in der deutschen Diplomatie manche Fürsprecher. Freiherr von Eckardstein, der deutsche Geschäftsträger in London, war für sie eingenommen und legte dem Gesandten Hayaschi nahe, auf ein Bündnis Japans zugleich mit Deutschland und mit Großbritannien hinzuwirken. Eckardstein erhielt jedoch nicht die Zustimmung der deutschen Regierung. In Berlin mochte man sich nicht mit Rußland überwerfen, am allerwenigsten um der Mandschurei willen. Es schien Donquijoterie, sich als Sturmbock gegen den östlichen Nachbar gebrauchen zu lassen, um am Ende in einen Krieg mit ihm verwickelt zu werden. Die deutsche Regierung wollte also von einem in Petersburg zu machenden Schritte nichts wissen, obwohl England sich auf das Abkommen vom 16. Oktober 1900 berief. In Berlin wendete man ein, der Vertrag beziehe sich nicht auf die Mandschurei, eine Auslegung, die von der englischen Regierung bestritten wurde: die Vorgänge gehörten zu den Ursachen des Erkaltens der deutsch-englischen Freundschaft.

Um so wärmer betrieb Hayaschi das Bündnis mit England. In demselben Sinne war der britische Gesandte in Tokio, Macdonald, tätig

[1]) Aus den Denkwürdigkeiten Hayaschis wurde im Herbst 1913 in japanischen und englischen Blättern einiges veröffentlicht, bis die japanische Regierung weitere Mitteilungen verbot. (Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender“ 1913, S. 748.)

und fand, als er im Sommer 1901 auf Urlaub in London weilte, bei König Eduard und den Ministern Anklang. Die japanische Regierung stand vor einem folgenschweren Entschlusse. Verband sie sich mit Britannien, so war die Brücke zu Rußland abgebrochen und der Krieg mit dieser Macht rückte unvermeidlich herauf. Japan wollte noch einen letzten Versuch machen, ob ein Ausgleich mit Rußland nicht doch möglich wäre. Von allen Staatsmännern Nippons besaß Marquis Ito als einer der Schöpfer des modernen Japan die größte Vergangenheit, die reichste Erfahrung. Er wurde nach Europa geschickt, um zum Rechten zu sehen. Über Amerika fuhr er nach Paris und von da, ohne London oder Berlin zu berühren, zunächst nach Petersburg. Hier machte er den Vorschlag eines Ausgleiches auf der Grundlage: Korea den Japanern, die Mandschurei den Russen. Dieses Entgegenkommen bot dem russischen Reiche den größten Vorteil; standen doch die russischen Truppen, wenn sie dauernd in der Mandschurei bleiben konnten, immer an den Toren Pekings. Alle Gründe des gesunden Menschenverstandes sprachen für die Einwilligung des Petersburger Kabinetts, aber Herrschsucht und Übermut rissen es zum entgegengesetzten Entschlusse. In einer Unterredung mit dem Grafen Lamsdorff am 30. November 1901 setzte Ito die Gründe für die Verständigung auseinander. Rußland wollte jedoch Korea nicht aufgeben; denn, so sagte Lamsdorff, diese ins Meer vorspringende Halbinsel trenne Port Arthur von Wladiwostok, Rußland könne sich seine Machtentfaltung nicht unterbinden lassen. Damit hatte Ito genug gehört, sein Mißtrauen war womöglich noch stärker geworden. Es war eigentlich auffallend, daß er ein so hohes Angebot machen durfte; deshalb ist vermutet worden, Japan hätte die russische Regierung nur auf die Probe stellen, nur ihre letzten Absichten erforschen wollen. Ihre Unersättlichkeit ließ keine andere Wahl zu als den Zusammenschluß mit England.

Die Verhandlungen in London waren indessen von Hayaschi weitergeführt worden; als Ito in der britischen Hauptstadt eintraf, brachte er sie zum Abschlusse. Lansdowne erklärte den Japanern, ein Abkommen sei nur möglich, wenn Japan als Gegenleistung sich zum Schutze Indiens gegen einen feindlichen Angriff verpflichte. War doch die Mandschurei den Briten nur wichtig, weil sie eine Vorhalle nicht bloß zum chinesischen, sondern auch zum indischen Reiche war. Man suchte eine Fassung des Vertrages, um die Interessen Japans in der Mandschurei und in Korea, auf der anderen Seite die Englands

in Indien zu wahren. So einigte man sich auf die Formel, daß sich die zwei Mächte verbanden, „von dem Wunsche beseelt, den Status quo und den allgemeinen Frieden in Ostasien, wie auch die Unabhängigkeit und Integrität von China und Korea aufrechtzuerhalten“. Auf dieser Grundlage wurde das Bündnis am 30. Januar 1902 unterzeichnet. Die zwei Reiche verpflichteten sich, „Maßregeln zu treffen“, wenn „durch aggressives Vorgehen irgendeiner Macht“ jene Interessen bedroht werden sollten. Gerate England oder Japan, so hieß es weiter, im Verlaufe der Ereignisse mit einer jene Interessen bedrohenden Macht in Krieg, so war der Bundesgenosse zu wohlwollender Neutralität verpflichtet. Gesellte sich aber dem Angreifer, also Rußland, noch eine Macht zu — das konnte der Sachlage nach nur Frankreich sein — so war der andere vertragschließende Staat zur Waffenhilfe verhalten. Die Dauer des Übereinkommens wurde auf fünf Jahre festgesetzt. —

Dem Wortlaut nach wurde bloß ein Verteidigungsbündnis geschlossen, in der Sache aber war der Vertrag eine Sicherung für Japan, wenn es daran ging, die Russen aus Korea und der Mandschurei hinauszuwerfen; insofern war es eine Allianz zum Angriff. Nippon geriet nicht mehr, wie 1895 nach dem Kriege gegen China, in die Gefahr, sich durch einen Bund mehrerer europäischer Mächte die Früchte eines Sieges entreißen zu lassen. Für diesen Fall hatte es England auf seiner Seite, mit Rußland allein hoffte es aus eigener Kraft fertig zu werden.

Die deutsche Regierung wurde von dem Abschlusse des Vertrages unterrichtet, jedoch nicht zum Beitritt aufgefordert. Das wäre auch vergeblich gewesen. Denn das Berliner Kabinett ging, wie Fürst von Bülow in seinem Buche „Deutsche Politik“ eindringlich darstellt, von dem Gesichtspunkt aus, sich weder mit England noch mit Rußland gegen die andere Macht zu verbinden. In diesem Sinne sagte Bülow am 19. März 1903 im Reichstage: „Es ist und bleibt für mich ein fundamentaler Grundsatz der deutschen Politik, daß wir keine Orientpolitik treiben und in Orient- und Balkanfragen für niemand die Kastanien aus dem Feuer holen.“ Der Grundsatz war ohne Zweifel richtig, er hätte aber nicht ein Bundesverhältnis ausgeschlossen, wie auch England sich durch ein solches nicht nötigen ließ, an dem Kriege gegen Japan teilzunehmen.

Der Vertrag mit Japan flößte England neue Zuversicht ein, zumal es unterdessen mit den Buren fertig geworden war. So trat

es denn auch in Asien fester auf. Es hatte schon die Ausbreitung der Russen im Norden Persiens widerwillig hingenommen, an der Südküste dieses Landes konnte es sie aber um Indiens willen überhaupt nicht dulden. Von 1899 bis 1905 war Lord Curzon Vizekönig von Indien, ein Mitarbeiter am Imperialismus in der Art wie Chamberlain und Rhodes. Er stellte sich persönlich an die Spitze einer Flottenfahrt, um die Fürsten und Städte am Persischen Meerbusen unter die Oberherrschaft Englands zu bringen. Begleitet von einem Geschwader von vier Kriegsschiffen und drei Kanonenbooten dampfte der Vizekönig mit seiner Gemahlin längs der Küste einher, fast überall mit Ehren begrüßt. Am 18. November 1903 landete er in Maskat, dann auf den Bahreininseln, hierauf zu Koweit, zu Bender-Abbas und auf der Insel von Ormuz. Wenn auch die britische Flagge nicht an allen diesen Orten aufgepflanzt wurde, so war die tatsächliche Oberhoheit Englands nicht mehr bestritten und Rußland dauernd abgewehrt. Mit einem anschaulichen Bilde, wie Curzon es auch sonst zu formen verstand, sagte er in einer zu jener Zeit gehaltenen Rede: Indien gleiche einer Festung, welcher Persien, Afghanistan, Tibet und Siam als Glacis vorgelagert sind. Ähnliche Gesichtspunkte entwickelte der englische Minister des Äußern Lord Lansdowne im Oberhause, indem er am 5. Mai 1903 den Persischen Golf als „einen Teil der indischen Grenze" bezeichnete. In derselben Sitzung fällte Lord Ellenborough den vielbemerkten Ausspruch: „Ich möchte lieber Rußland in Konstanitnopel als ein europäisches Arsenal an den Ufern des Persischen Golfs sehen." Hiermit war vielleicht zum ersten Male der die englische Politik damals beherrschende Gedanke ausgesprochen: Konstantinopel könnte preisgegeben, aber Indien müßte festgehalten werden. Es war ein Blick in die Kulissen, die einige Jahre später aufgezogen wurden, so daß die Hintergründe aller Welt sichtbar wurden.

*

Österreich-Ungarns innere und äußere Politik

Da der Vertrag mit Japan zu öffentlicher Kenntnis gebracht wurde, war die russische Regierung gewarnt. Sie ist sich zwar bis zum Ausbruche des Krieges in der Mandschurei über den Ernst der Absichten

Japans nicht recht klar geworden, indessen war sie doch so weit auf der Hut, um sich wenigstens in Mitteleuropa vor Überraschungen zu schützen. Das war für alle Fälle notwendig, auch wenn die Grenzen Rußlands im Osten nicht durch einen Krieg, sondern schon durch Drohungen und sonstige Machtentfaltung hinausgerückt werden sollten. Während dieser Zeit mußte auf der Balkanhalbinsel für die Erhaltung der Ruhe gesorgt werden.

Dazu bot Österreich-Ungarn willig die Hand. Nicht bloß weil im Petersburger Übereinkommen von 1897 mit Rußland vereinbart war, daß die zwei Mächte die auf dem Balkan auftauchenden Fragen gemeinsam erwägen und lösen wollten: es war außerdem über die österreichische Politik Müdigkeit und Entsagung gekommen, was in den Streitigkeiten der Nationalitäten seine Ursache hatte. Grundübel war das Mißverständnis und die drohende Entfremdung zwischen der Dynastie und den Deutschen Österreichs, dem Stamm- und Kernvolke der Monarchie. Der Liberalismus, dem sie huldigten, dann ihre Opposition gegen die Erwerbung Bosniens wie gegen das Wehrgesetz hatten den Kaiser verstimmt, so daß er von 1879 bis 1899 gegen sie mit den Slawen regierte. In dieser Zeit wurde ihnen im Abgeordnetenhause die Mehrheit entrissen, die Beamtenschaft füllte sich mit ihren Gegnern, in den Städten der gemischtsprachigen Gebiete erlitten sie arge Verluste. Ohne Unterlaß zurückgesetzt, machten sie ihrer Erbitterung 1897 in einer parlamentarischen Obstruktion Luft, welche die Maschine der Gesetzgebung zum Stillstande brachte. Die radikalen Elemente unter den Deutschen wendeten sich vom Staate ab, was sich auch darin äußerte, daß von 1898 an gegen 30 000 Personen zum Protestantismus übertraten, nicht aus religiösen Antrieben, sondern zur Bekundung ihrer Opposition.

Bedrohliche Erscheinungen, die jedoch nicht überschätzt werden durften, da die Staats- und Kaisertreue des deutschen Volksstammes unausrottbar war: der Kaiser hatte es immer in der Hand, durch eine Änderung des Regierungssystems die Herzen auch der Wankenden zu gewinnen und die Deutschen, diese Leibgarde seiner Vorfahren, vollzählig um sich zu scharen. In der Hofburg war man aber durch Jahre der Ansicht, daß der Entgang auf der einen Seite durch die Gewinnung der Polen, Tschechen und Südslawen ersetzt werde: der deutsche Pfeiler ließe sich durch einen slawischen ersetzen. Brach die führende Stellung der Deutschen zusammen und stiegen die Slawen dank ihrer natürlichen geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung wie durch die

Gunst der Krone empor, so schien der Ersatz ausreichend. Das Zauberwort der Gleichberechtigung der Nationalitäten sollte neue Kräfte entbinden und sie der Dynastie wie dem Staate nutzbar machen.

Stimmte diese Rechnung, so waren die Träger des Systems, in erster Linie der langjährige Ministerpräsident Graf Eduard Taaffe (1879—1893) gerechtfertigt. Sie hatten ein Recht darauf, nicht nach nationalen Zu- und Abneigungen beurteilt zu werden; ihre Methode war zweckmäßig, wenn die Führer der Slawen sich dem Thron und dem Vaterland opferbereit zur Verfügung stellten, wenn der Staat ihnen ebenso als hohes Gut galt wie ihre Nationalität. So und nicht anders hatten es die Deutschen gehalten, von den führenden Geistern an, von Grillparzer und Anastasius Grün bis zu den Bewohnern der letzten Alpenhütte. Da aber war der Hofburg eine widrige Erfahrung beschieden. Die Slawen nahmen alle Zeichen der Gunst als etwas Selbstverständliches hin, in ihrer Mitte aber mehrten sich die radikalen Elemente, die dem Staat immer fremder gegenüberstanden. Auf den panslawistischen Kongressen klagten sie noch immer über Bedrückung und schwärmten für den Anschluß an Rußland, den Befreier. In diesem Geiste wurde unter den Tschechen, Slowenen und Serben die heranwachsende Jugend erzogen.

Es hieße den Ereignissen vorgreifen, wollten wir an dieser Stelle die Entwicklung bis zu dem offenen Abfall von der habsburgischen Monarchie führen, welchen im Weltkriege der Tscheche Masaryk, der Kroate Supilo mit ihren Anhängern vollzogen haben. Aber schon zu Ende des 19. Jahrhunderts standen nur die Polen für die Politik des Kaisers ein, während Tschechen und Südslawen zum guten Teile andere Wege gingen. Wo immer auf der Balkanhalbinsel sich Widerstand gegen Österreich-Ungarn regte, ereiferten sich diese Nationalitäten für die Gegner der Donaumonarchie, zumal in Serbien und Montenegro. Das ging so weit, daß der beste politische Kopf der jungtschechischen Partei, Josef Kaizl, Finanzminister im Kabinett Thun, seine Landsleute aufmerksam machte, daß die Tschechen dadurch die Hofburg stutzig machten. Die „verfluchte Balkanpolitik", so schrieb er am 20. August 1898 einem Freunde, werde noch das Unglück seines Volkes werden.

Das Widerspiel Kaizls war der andere Führer der jungtschechischen Partei, Karl Kramarsch. Mehr Slawe als Tscheche führte er durch sein leidenschaftliches Eintreten für Rußland sein Volk irre: er

besonders flößte ihm die Hoffnung auf das Zarenreich als den Hort seiner nationalen Zukunft ein. Er stellte seine treffliche Bildung, seine weiten internationalen Verbindungen in den Dienst des Gedankens, Österreich-Ungarn dem französisch-russischen Bunde als Dritten zuzugesellen und durch diese Koalition zuletzt Deutschland niederzuringen. Seine politische Phantasie verführte ihn zu der Annahme, die Frucht wäre der Reife nahe, was er im Februar 1899 in der „Revue de Paris" verkündigte, wo es heißt: der Dreibund gleiche einem abgespielten Luxusklavier, man wolle es zwar noch nicht in die Rumpelkammer stellen, aber man spiele nicht mehr darauf[1]). Zu dieser Zeit bestand in Prag mit Unterstützung aus städtischen Mitteln ein politisches Preßbureau, das die Blätter des In- und Auslandes mit Artikeln dieses Gedankenganges versorgte; der Bürgermeister von Prag Srb reiste nach Paris zur Verbrüderung bei politischen Festen. Bei der Feier zum Andenken des tschechischen Historikers Palacky im Juni 1898 erschien unter den Teilnehmern der russische General Komarow, der Herausgeber des „Swjet", in voller Uniform und forderte alle Slawen zur Bekämpfung ihres gemeinsamen Feindes, der Deutschen, auf, „bis die Welle, die sich jetzt gegen das Slawentum heranwälzt, wieder dorthin zurückgeworfen sein wird, woher sie kam". Die Aufreizung zum Kriege gegen Deutschland, zugleich gegen die Deutschen Österreichs, wurde von der Versammlung mit unendlichem Jubel aufgenommen.

Diese Zustände also herrschten am Ausgange der den Slawen günstigen Regierungsepoche, als Graf Thun Ministerpräsident, Kaizl Finanzminister war und in Böhmen sich die Klinke zur Gesetzgebung in den Händen der jungtschechischen Partei befand. Die Dinge waren ganz auf den Kopf gestellt. Innerhalb der Regierungspartei wurde die äußere Politik des Staates mit äußerster Heftigkeit bekämpft, wobei Kramarsch und die Seinigen sich des Arguments bedienten, Kaiser Wilhelm strebe nach der Unterwerfung der habsburgischen Monarchie, die Tschechen verteidigten also deren Unabhängigkeit; und für dieses patriotische Werk müßten auch Rußland und Frankreich gewonnen werden. Aber nicht Anhänglichkeit an den Staat, sondern Haß gegen das Deutschtum führte jenen slawischen Führern die Hand. Auf der

[1]) In den Büchern des französischen Nationalisten André Chéradame, so in „L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XX. siècle" (Paris 1901) spiegeln sich die Ansichten Karl Kramarsch'. Unbefangenheit dagegen und Gründlichkeit spricht aus dem Buche von Louis Eisenmann, „Le compromis Austro-Hongrois" (Paris 1904).

anderen Seite waren die Deutschen Österreichs aufs äußerste durch die den Slawen zugewendete Förderung erbittert, zumal, als unter diesen die antiösterreichischen Bestrebungen immer kühner das Haupt erhoben. So also wurde die Treue für Kaiser und Reich gelohnt! Solcher Undank, so erklärten die Alldeutschen, verdiene Abkehr vom Staate, offene Absage an die Machthaber. Indessen glich dieses Grollen nur dem Schaumspritzen aufgewühlter Wogen, denn die Hauptparteien der Deutschen Österreichs stellten sich der europäischen Machtstellung des Reiches jederzeit zur Verfügung. Sie unterstützten schon im eigensten Interesse des Deutschtums den Kaiser in der Verteidigung der einheitlichen Armee gegen nationale Eingriffe, sie stimmten auch, in Erkenntnis früher gemachter Fehler, seit 1887 für die Vorlagen zum Ausbau des Heeres, vor allem aber waren sie die Stützen der Bündnispolitik der Monarchie.

Der Widerspruch zwischen der inneren und äußeren Politik brachte es mit sich, daß die Männer, die um diese Zeit an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten standen, der Reihe nach sich gegen die antideutschen Methoden der inneren Regierung oder doch gegen deren Übertreibung aussprachen. Graf Julius Andrassy der Ältere war ein ausgesprochener Gegner der Begünstigung der Slawen, und es gehörte zu den Ursachen seines Rücktrittes vom Amte (1879), daß der Kaiser es sich ersparen wollte, den Widerspruch seines Ministers des Äußern gegen die innere Regierung zu hören. Graf Kalnoky, Minister des Äußern von 1881 bis 1895, trat behutsamer auf als sein größerer Vorgänger und stellte sich mit Taaffe anfangs auf guten Fuß; später aber wies er auf die mißlichen Folgen des Systems des österreichischen Ministerpräsidenten hin. In einer zur Vorlage an den Kaiser bestimmten Denkschrift empfahl Kalnoky, sich jenseits der Leitha auf die Magyaren, diesseits auf die Deutschen zu stützen. Es wäre gefährlich, so heißt es dort, bei den Deutschen Österreichs den Gedanken zum Durchbruche kommen zu lassen, daß sie an dem Deutschen Reiche einen Rückhalt suchen müßten: das hieße den Bestand des Reiches gefährden[1]). Folgerichtig trat Kalnoky zuletzt den Gegnern Taaffes bei, als sich gegen ihn in der Frage des Wahlrechts eine parlamentarische Koalition bildete und seinen Sturz herbeiführte. Der nächste Minister

[1]) Vgl. den Aufsatz über Kalnoky von H. Friedjung in Bettelheims „Biographischem Jahrbuch", Jahrgang 1900, S. 370.

des Äußern, Goluchowski (1895 bis 1906), hatte als Pole gegen die den Slawen erwiesene Förderung nichts einzuwenden, mußte aber, als die Verwirrung immer höher stieg, gegen das Ministerium Thun auftreten und auf dessen Entlassung hinwirken. Dabei fand er die Unterstützung Aehrenthals, damals Botschafters in Petersburg, der dem Kaiser in einer Denkschrift die Gefahren darlegte, welche die unfreundliche Behandlung der Deutschen Österreichs zur Folge haben müsse. Alle diese Staatsmänner, Deutsche, Magyaren und Polen, gingen von der Rücksicht auf die europäische Stellung der Monarchie aus, die sie erschüttert sahen, wenn die Widersacher des Bündnisses mit Deutschland in fortschreitender Entwicklung zur Macht gelangten. Diesen Vorstellungen und nicht etwa nationaler Vorliebe in dem einen oder dem anderen Sinne gab Kaiser Franz Joseph 1899 Raum, er entließ das Ministerium Thun-Kaizl und lenkte in eine mittlere Linie der inneren Politik ein. Auf ihr bewegte sich Ernest von Koerber als Ministerpräsident von 1899 bis 1904, das hervorragendste Verwaltungstalent unter den österreichischen Ministern der Epoche.

Unendlich sind die Verwicklungen, die bei der nationalen Zusammensetzung des Reiches zu überwinden sind, und aus diesem Grunde ist dessen Regierung schwieriger als die irgendeines Landes der Erde. Aber viel ist auch durch den Unverstand der Machthaber gesündigt worden, nie mehr als zwischen 1879 bis 1899. Damals wurde das Abgeordnetenhaus durch eine Koalition der Slawen, der Klerikalen und des tschechischen Adels beherrscht; die drei historischen Gewalten, Krone, Kirche und Hochadel, verfolgten den Plan, mit Hilfe der Slawen das Übergewicht des deutschen Elements zu brechen. Die slawischen Stämme sollten als Werkzeuge benutzt werden, aber die Staatslenker zogen nicht in Betracht, daß die Slawen, sobald der Leitung entwachsen, sich gegen den österreichischen Staat selbst wenden und ihn sprengen könnten. Die Regierungspolitik hatte die Wirkung, daß die Tschechen von der Vorstellung beherrscht wurden, sie könnten sich das Stärkste erlauben, ohne des Schutzes der Hofburg verlustig zu gehen, die ihrer gegen das Deutschtum als Gegengewicht bedürfe. In dieser Gesinnung wuchs die Generation heran, die während des Weltkrieges über die Haltung des tschechischen Volkes entschied. Genug Irrtümer sind auch von den Völkern begangen worden, sie alle, Deutsche wie Slawen, haben durch ihre Unverträglichkeit schwer an sich und an dem Staate gefehlt; aber daneben steht das von den historischen Ge=

walten heraufbeschworene Unheil. Und wohl möglich, daß, wenn die Geschichte dereinst ihr abschließendes Urteil fällen wird, die Schuld der Völker nicht so schwer wiegen wird wie die der Machthaber.

Waren diese Verhältnisse auch mißlich, so irrten doch diejenigen, die von ihnen auf die Wehrlosigkeit der Monarchie bei einem europäischen Zusammenstoße schlossen. Damals spielte sich der nationale Streit noch vorwiegend in der dünnen, intellektuellen Oberschicht ab; die Gegensätze der bürgerlichen Parteien wurden dabei vom tschechisch-feudalen Adel genährt, der seine Vorrechte nicht in Frage gestellt sehen wollte. In den Massen dagegen, unter den Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeitern, war der Wunsch nach Frieden vorherrschend. So oft die habsburgische Monarchie von Prüfungen der einen oder andern Art heimgesucht wurde, waren die Propheten ihres unabwendbaren Unterganges schnell zur Hand. Der Präsident der französischen Kammer, Deschanel, sprach in einer Rede von der Sorge, die dem eben anbrechenden 20. Jahrhundert durch das Rätsel erwachse, was an die Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie zu setzen wäre. Trotzdem wurde die Bedeutung des Reiches als Großmacht im Rate der Nationen nicht bestritten. In den Herzen von Millionen lebte die Überzeugung von der Zusammengehörigkeit der Länder und Völker, die Monarchie verfügte in der Armee und in der Beamtenschaft über einen Vorrat an erhaltender Kraft. Ebenso sicherte die ererbte Anhänglichkeit an die Dynastie starke Elemente des Widerstandes für den Fall eines Verteidigungskrieges. Noch schwankte gegen Ende des Jahrhunderts die Wage, ob Österreich-Ungarn, von Deutschland unterstützt, nicht ein entscheidendes Wort bei der Neugestaltung der Balkanverhältnisse würde sprechen können.

*

Russische und österreichische Balkanpolitik
Mazedonien

Schlimm war jedoch, daß das Ansehen der Monarchie darob im Auslande sank, und ebenso, daß die Tatkraft ihrer Staatslenker, die sich vom Streite der Nationalitäten umbrandet sahen, gelähmt wurde. Daher die schwächliche Politik der Donaumonarchie in Angelegenheiten der Balkanhalbinsel. Andrassy war der letzte Minister des Äußern

gewesen, der hier energisch eingriff; er aber starb 1890 und fünf Jahre später Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custoza, der die Ausdehnung der Monarchie für eine ihrer Lebensnotwendigkeiten hielt. Aber schon Kalnoky war bedenklich, Graf Goluchowski endlich ließ sich um des lieben Friedens willen dazu herbei, in Albanien dem italienischen Kabinett das Recht der Mitbestimmung einzuräumen (Seite 163). Ähnlich stand es um Mazedonien. Das Wiener Kabinett verzichtete hier auf selbständiges Handeln und ging mit Rußland ein Kompaniegeschäft ein, durch das der Donaumonarchie die Ausnützung der Verwicklung in Ostasien abgeschnitten wurde. Und dabei war Rußland auf den guten Willen Österreich-Ungarns angewiesen und hätte ihn erkaufen müssen, dieses aber überhob den Nebenbuhler solcher Mühe. Nur wenn die habsburgische Monarchie für selbständiges Auftreten auf dem Balkan nicht mehr stark genug war, konnte diese Politik gebilligt werden. Dieser Ansicht waren freilich während der Amtsführung Goluchowskis nahezu alle politischen Faktoren in Österreich und in Ungarn. Das war aber ein Gefühl politischer und militärischer Schwäche, zu dem ein zwingender Grund nicht bestand.

In Mazedonien, zu dem die drei türkischen Vilajets (Gouvernements) Saloniki, Monastir und Kossowo gerechnet wurden, wohnen die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten buntgewürfelt nebeneinander. Das damals herrschende mohammedanische Element, bestehend aus Osmanen und Albanesen, war in die Christen hineingesprengt, unter denen die Bulgaren der Zahl nach an erster, die Griechen an zweiter, die Serben an dritter Stelle standen. Von 1900 an züngelte der nie erloschene Aufstand wieder empor. Am rührigsten waren die Bulgaren, die ihr Losungswort von dem in Sofia tätigen mazedonischen Komitee erhielten, dessen Oberhaupt Boris Sarafow war. Ihre Banden machten die Berggegenden unsicher, aber eifersüchtig auf deren Erfolge rüsteten auch Griechen und Serben verwegene Scharen zum Kampfe aus. Sie alle wüteten gegen die Mohammedaner, verübten jedoch auch untereinander Gewalttaten. Die türkische Verwaltung war zu schwach, um des Aufstandes Herr zu werden. Schwer gereizt begegnete sie der Revolution durch das Aufgebot des mohammedanischen Landsturms, der Baschi Bosuks, die stellenweise mit Raub und Plünderung, Mordtaten und Einäscherung von Dörfern vorgingen. Die Regierung ließ das zu, doch war es ihr angenehmer, wenn sich die Christen untereinander die Hälse abschnitten.

Alle Teile wandten sich mit ihren Klagen an die Großmächte, die ein gewisses Recht zur Einmischung besaßen, weil nach dem Berliner Vertrag die Pforte zu Reformen der mazedonischen Verwaltung verpflichtet war. Die Verhältnisse waren verwickelt, die Lösung kaum zu finden. Die Mächte wollten vor allem den Bluttaten steuern, deshalb mahnten sie in Sofia, Belgrad und Athen zur Verhinderung der Bandeneinfälle. Die drei Balkanstaaten antworteten mit schönen Versprechungen; auch ließ die bulgarische Regierung an Stelle des selbständig vorgehenden Sarafow 1901 den General Zontschew zum Präsidenten des mazedonischen Komitees wählen, worauf sie versicherte, die nationale Agitation werde fortan bloß durch Kirche und Schule betrieben werden. Sie duldete jedoch, daß Sarafow eine selbständige Organisation ins Leben rief und den Bandenkrieg fortsetzte. Die Aktionsparteien hegten immer die Hoffnung, die russische Regierung werde sich durch die Moskauer und Petersburger Panslawisten für die Befreiung Mazedoniens gewinnen lassen. In dieser Annahme wurden die Bulgaren dadurch bestärkt, daß Ende September 1902 am Schipkapasse eine großartige Feier zur Erinnerung an die 25 Jahre vorher gegen die Türken geführten Kämpfe stattfand, die in der Verbrüderung des großen und des kleinen slawischen Bruders gipfelte.

Diese Huldigung wurde in Petersburg zwar gerne gesehen, aber die russische Regierung dachte nicht daran, sich in einen Balkankrieg verwickeln zu lassen. Damit darüber kein Zweifel aufkomme, reiste der Minister des Äußern, Graf Wladimir Lamsdorff, im Dezember 1902 nach Sofia, mahnte hier zur Ruhe und gab auch in Wien in eigener Person die Versicherung friedlicher Absichten. Lamsdorff wollte und mußte die Vertagung der Balkanfrage durchsetzen, da Rußland seine militärischen Kräfte für den fernen Osten benötigte. Die bulgarische Regierung wurde durch Versprechungen und Drohungen zu einer ruhigeren Politik bestimmt, wollte sie sich doch die russische Hilfe für die endgültige Entscheidung nicht verscherzen. Dafür wurde Bulgarien 1902 durch ein Bündnis mit Rußland entschädigt, in dessen drittem Artikel zu lesen war: „Rußland garantiert mit seiner ganzen Macht die Gesamtheit und Integrität des bulgarischen Staates.“ Zum Danke löste die bulgarische Regierung Anfang 1903 beide mazedonischen Komitees in Sofia auf.

Da aber der Bandenkrieg im Sommer wieder auflebte und Fürst Ferdinand von Bulgarien erklärte, er könne sein ungeduldiges Volk

nicht länger im Zaume halten, da Überraschungen also immer möglich waren, schlug die russische Regierung der österreichischen vor, man solle gemeinsam an die Reform der Verwaltung und an die Herstellung geordneter Verhältnisse in Mazedonien gehen. Damit erklärte sich das Wiener Kabinett einverstanden und beauftragte den Botschafter in Petersburg Aehrenthal mit der Führung der Verhandlungen. Früher einmal hatte Gladstone den Vorschlag gemacht, man solle in Mazedonien ein autonomes Gemeinwesen unter dem Sultan als Souverän einrichten; an die Spitze der selbständigen Landesverwaltung wäre ein von den Großmächten bestellter christlicher Generalgouverneur zu stellen; unter diesem hätte jedes Bekenntnis und jeder Volksstamm seine Schulen und Kirchen gesondert zu verwalten. Dieser Plan war jedoch nur ins Werk zu setzen, wenn der Sultan durch Waffengewalt zur Einwilligung genötigt wurde; denn die Autonomie Mazedoniens bedeutete für die Pforte den Verzicht auf die Provinz. Einen Krieg aber wollten Österreich-Ungarn und Rußland vermeiden. Was wäre übrigens gewonnen gewesen, wenn Mazedonien ein selbständiger Staat würde? Dann hätten Christen und Mohammedaner, Bulgaren, Griechen und Serben auch weiter gegeneinander gewütet. Die zwei führenden Großmächte gingen also einen Mittelweg und machten den Versuch, die Regierungsgewalt der Pforte mit den Ansprüchen der christlichen Nationalitäten in Einklang zu bringen. Nachdem dieser Reformplan der Hauptsache nach festgestellt war, reiste der Zar mit Lamsdorff zum Besuch des Kaisers Franz Joseph nach Österreich, wo sie vom 30. September bis zum 3. Oktober 1903 blieben. Auf dem steierischen Jagdschlosse Mürzsteg kam es dann zwischen Lamsdorff und Goluchowski zur Einigung und zur Unterfertigung eines Übereinkommens.

Die Lösung, auf die man verfiel, war sehr verwickelt. Da sich die Pforte aus Mazedonien nicht hinauskomplimentieren ließ, wurde die Souveränität des Sultans aufs neue anerkannt, und, was die Hauptsache war, die türkischen Truppen blieben im Lande; selbst die Ausführung der Reformen wurde den türkischen Beamten, in erster Linie dem Generalgouverneur Hilmi Pascha übertragen. So weit war die Pforte einverstanden. Um aber auch für die Christen etwas zu tun, sollten dem Generalgouverneur ein österreichisch-ungarischer und ein russischer Zivilagent an die Seite gesetzt werden. Diese zwei Herren waren jedoch nur zu Beratern bestimmt, hatten das Land zu bereisen und die Übelstände festzustellen, sie mußten aber ihre Vorschläge dem

türkischen Gouverneur zur Ausführung bekanntgeben. Am meisten versprach man sich von der Organisation einer einheimischen Gendarmerie unter europäischen Offizieren, um an Stelle der unfähigen türkischen Polizei Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das alles sollte zunächst für zwei Jahre gelten. Der Türkei wurde übrigens die Verpflichtung auferlegt, die von ihren Truppen eingeäscherten Ortschaften, Häuser, Kirchen und Schulen wieder aufzubauen und die vertriebenen Bewohner zurückzuführen.

Das alles sah auf dem Papier recht gut aus, und die Kabinette von Wien und Petersburg erhielten von den anderen Mächten das Mandat zur Durchführung der Reform. Die Pforte machte noch Schwierigkeiten, es wurde ihr aber von allen europäischen Botschaftern mehr oder weniger kräftig ins Gewissen geredet, so daß sie am 10. November 1903 ihre Einwilligung gab. Die Zivilagenten wurden ernannt, die Gendarmerie eingerichtet. Das Ergebnis war jedoch geringfügig. Das beste war noch, daß bis März 1904 von den 10 000 verbrannten Häusern 6000 auf Kosten der Regierung wieder aufgebaut wurden. Sonst aber änderte sich so gut wie nichts. Der Generalgouverneur war zwar wohlmeinend und klug, aber die Verwaltung blieb so saumselig wie früher. Von Stambul aus wurde den Reformen passiver Widerstand entgegengesetzt, weil Sultan Abdul Hamid nicht ohne Grund besorgte, Europa wolle ihm die Zügel entwinden. Bulgaren, Griechen und Serben gaben ihre Eroberungsabsichten nicht auf, jeder ihrer Geistlichen und Lehrer war ein politischer Agitator, und nach einem oder zwei Jahren ging, von den Balkanregierungen geduldet und auch genährt, wieder ein frischer, fröhlicher Bandenkrieg los.

Rußland hatte jedoch Zeit gewonnen. Während seines Krieges mit Japan 1904 und 1905 machte ihm das Balkanproblem keine Sorge. In Wien war man gleichfalls zufrieden, sah mit einem gewissen Fatalismus dem Zusammenbruche der türkischen Herrschaft entgegen, wollte ihn aber hinausschieben, bis die Donaumonarchie mehr zu Kräften gekommen wäre. Die Sturmeszeichen auf der Balkanhalbinsel mehrten sich, was den Grafen Goluchowski jedoch in seiner günstigen Auffassung der Sachlage nicht erschütterte. Als König Alexander I. von Serbien nach seiner Ehe mit der Abenteurerin Draga Maschin, 1900, seinen Vater König Milan, den besten Freund Österreichs, in die Verbannung trieb, wurde diesem in Wien Zuflucht gewährt; im Jahre darauf starb Milan und wurde auf ungarischem Gebiete im serbischen Kloster Kru=

schedol begraben, wie der König in seinem letzten Willen bestimmt hatte. Ebenso ruhig wurde in Wien die Ermordung Alexanders I. (11. Juni 1903) und die Thronbesteigung des Peter Karageorgiewitsch hingenommen. Die österreichisch-ungarische Regierung ließ durch das „Fremden-Blatt" am Tage darauf erklären, der Wechsel der Dynastie in Serbien berühre das habsburgische Reich nicht; dieses lege bloß Wert darauf, auch mit dem Hause Karageorgiewitsch in guten Beziehungen zu stehen. Nur als Serbien mit Bulgarien 1905 die Grundlinien einer Zollunion vereinbarte, durch welche Österreich-Ungarn handelspolitisch vom Balkan ausgeschlossen worden wäre, fuhr das Wiener Kabinett scharf dazwischen und erzwang die Auflösung des Vertrages. Die Symptome wurden bekämpft, weil man es sich ersparen wollte, auf dem Balkan das Messer des Chirurgen zu gebrauchen. Die Reden des Grafen Goluchowski in den Delegationen atmeten Selbstzufriedenheit, besonders die vom Dezember 1903, in welcher das Abkommen von Mürzsteg erörtert wurde. Der Minister des Äußern erteilte damals den Balkanstaaten gute oder schlechte Zensuren, je nachdem jeder sich zur mazedonischen Reform stellte. Die Pforte und Bulgarien kamen schlecht weg, besser Griechenland, am besten Rumänien. Die 1903 zu Mürzsteg beschlossene Organisation wurde nach Ablauf zweier Jahre auf Grund neuer Vereinbarungen aufrechtgehalten und fristete bis 1908 ihr armseliges Dasein; in diesem Jahre brach die jungtürkische Revolution aus, worauf die Mächte erklären konnten, nun werde die frei gewordene Türkei selbst für die Beruhigung ihrer Völker sorgen. Auch in Wien war man froh, die sogenannte Reform wieder vom Halse zu haben.

Graf Agenor Goluchowski, von 1895 bis 1906 Minister des Äußern, war lebhaft und leichtblütig und stand unter der Herrschaft des ersten Impulses. Als großer Herr überließ er die Arbeit gemeinhin seinen Beamten und behielt sich nur die wichtigeren Entscheidungen vor. Seine Auffassung war rasch, aber es war nicht seine Sache, einen Gedankengang strenge festzuhalten und bis zu den letzten Konsequenzen zu verfolgen. Unangenehmen Schlußfolgerungen entzog er sich mit der Miene eines Mannes, dem jede Pedanterie fernliegt: so glitten sachliche Gründe an ihm leicht ab. Doch war die Ablehnung nicht verletzend, da er zu gute Umgangsformen besaß, um nicht aufmerksam zuzuhören. Diese Gabe wie die weltmännische Art der Antwort haben ihm auch in den parlamentarischen Körperschaften Freunde gemacht.

Eine große Auffassung über Richtung und Ziele der allgemeinen Politik fehlte ihm, aber sein angeborener Takt behütete ihn gewöhnlich vor Verstößen. Zwischen seinem lebhaften Naturell und seiner Vorsicht in der Führung der Geschäfte lag ein gewisser Widerspruch. Sein Verstand zeigte ihm eben die Strudel und Tiefen, in denen er bei seiner beschränkten Schwimmkunst leicht versinken konnte. Er hielt sich mit Vorliebe an der Badeseite und wagte sich nur so weit ins offene Wasser, daß er mit den Füßen noch den Grund erreichen konnte. Er bewegte sich dabei mit geräuschvoller Lebhaftigkeit, so daß er im diplomatischen Verkehr den Eindruck voller Sicherheit hervorrief. Es muß aber festgestellt werden, daß die Politik Goluchowskis in Österreich wie in Ungarn gebilligt wurde, weil sie dem Reiche Verwicklungen ersparte; auch den europäischen Kabinetten war sie angenehm, weil die Monarchie Enthaltsamkeit übte, während alle anderen Mächte von dem Drange nach Ausdehnung getrieben wurden. Es war nur die Frage, wie lange Österreich-Ungarn jedermanns Freund bleiben konnte.

*

Ausbruch des russisch-japanischen Krieges

Die russische Diplomatie glättete also in Europa die Schwierigkeiten, um in Ostasien rüstig ausgreifen zu können, war aber weit entfernt, einen Krieg mit Japan nahe zu glauben. Sie traute dem kleinen Gegner die Kühnheit eines raschen Entschlusses nicht zu. Eine hinhaltende Politik schien auszureichen, obwohl das Petersburger Kabinett von den Rüstungen Japans genügend unterrichtet wurde. Der russische Militärbevollmächtigte in Tokio war auf der Hut, der Gesandte Baron Rosen machte aufmerksam, daß, da nach dem japanischen Flottenplan die auf Kiel gelegten Panzerschiffe 1902 fertig wurden, Nippon in diesem Zeitpunkte wohl losschlagen könnte.

Nach dem Abschlusse des englisch-japanischen Bündnisses erfolgte seitens des Petersburger Kabinetts ein Gegenzug. Es bestimmte die Französische Republik zu der amtlichen Erklärung vom 16. März 1902, in der es hieß, daß die zwei Mächte den bestehenden Zustand in Ostasien aufrechthalten wollten, wenn China oder Korea bedroht

wäre. Nach dem mandschurischen Kriege machte man in Frankreich Delcassé den Vorwurf, er hätte den russischen Freund von seinen ostasiatischen Eroberungsplänen abbringen, nicht aber die Hilfe Frankreichs in Aussicht stellen sollen; war doch die russische Allianz für die Republik wertlos, wenn das Zarenreich sich in das ferne Abenteuer stürzte. Diese nachträgliche Kritik überschätzte jedoch das Gewicht Frankreichs in Petersburg, wo man nur einen Geldgeber und Gefolgsmann brauchen konnte, nicht aber einen mitbestimmenden Bundesgenossen.

Es war für Rußland kein Kleines, sich auf einen Krieg im fernen Osten einzulassen, wohin Truppen und Kriegsgerät nur mit Mühe gebracht werden konnten. Von den Ratgebern des Zaren waren deshalb Lamsdorff und Finanzminister Witte der Ansicht, der Bruch mit Japan wäre am besten zu vermeiden. Das Haupt der Kriegspartei wieder war Vizeadmiral Eugen Alexejew, der Befehlshaber der Flotte im Großen Ozean. Er hatte die Kenntnis Hinterasiens für sich, da er 1898 Port Arthur besetzt, dann im Kriege gegen China mitgewirkt hatte; von Port Arthur, seinem gewöhnlichen Amtssitz, war ihm die genauere Beobachtung der Rüstungen Japans möglich. Er traute Nippon nicht den Wagemut zum Angriff zu und hielt auch die russische Flotte für stark genug, die Landung der Japaner in Korea oder in der Mandschurei zu verhindern. Denn die auf den russischen Werften gebauten neuen Kriegsschiffe wurden regelmäßig nach dem fernen Osten geschickt.

Zunächst überwog im Rate des Zaren die Neigung zum Frieden, vielleicht weil die Rüstungen Rußlands nicht weit genug vorgeschritten waren. Die Regierung lenkte also etwas ein. Sie schloß am 8. April 1902 mit China einen Vertrag, demgemäß die Mandschurei binnen anderthalb Jahren in drei Fristen von den russischen Truppen geräumt werden solle. So wartete Japan die weitere Entwicklung noch ab. Es gingen aber zwei halbjährige Fristen vorüber, ohne daß der Vertrag in seinen Hauptbestimmungen eingehalten wurde; nur aus Mukden zogen die Russen ab. Die Räumung der Hauptstadt der Mandschurei hatte ihren Grund in einem gewissen Schwanken des Petersburger Kabinetts. Die Unsicherheit nahm ein Ende durch die Beschlüsse des am 19. Juni 1903 abgehaltenen Ministerrates. Es wurde stimmeneinhellig entschieden, die Mandschurei noch durch drei Jahre besetzt zu halten. Antragsteller war der Kriegsminister Kuropatkin, der mit seinen Amtsgenossen der Ansicht war, so lange werde

Rußland noch Zeit zum Überlegen haben. Außerdem erließ der Zar am 12. August 1903 einen folgenreichen Befehl. Es wurde eine Statthalterschaft des fernen Ostens eingesetzt und Alexejew zu deren Oberhaupt wie zum Befehlshaber aller Streitkräfte daselbst, des Heeres wie der Flotte, erhoben.

Ungefähr von diesem Zeitpunkte war Japan zum Kriege entschlossen, da es nicht abwarten wollte, bis Rußland stark genug war, um seinerseits über den Nebenbuhler herzufallen. Wohl dauerten die Unterhandlungen noch fort, aber im August 1903 stellte Nippon wesentlich schärfere Bedingungen. Es bot nicht mehr die Teilung der Macht in Ostasien an, sondern wollte Korea für sich haben, den Russen nicht einmal die südliche Mandschurei überlassen. Japan verlangte geradeswegs die Räumung der Mandschurei, die den Chinesen zurückzugeben wäre.

Rußland stand am Scheidewege. Kuropatkin und Witte haben einander nach dem Kriege wechselseitig den Vorwurf gemacht, der eine habe die friedfertigen Ratschläge des anderen zum Scheitern gebracht. Indessen haben es wohl beide an Nachdruck fehlen lassen, da sie den Zaren von der Absicht erfüllt sahen, sich zum Herrn Ostasiens zu machen[1]). So kam es, daß der entscheidende Ministerialbeschluß vom 27. Oktober 1903 wieder einstimmig gefaßt wurde. Darin war ausgesprochen, „daß zweifelsohne die Mandschurei in Zukunft entweder dem russischen Reich einverleibt oder in volle Abhängigkeit von ihm gebracht werden soll". Es war halt- und belanglos, daß Kuropatkin mit dem Vorbehalt zustimmte, man dürfe nichts übereilen und solle die natürliche Entwicklung der Dinge in der Mandschurei nicht beschleunigen; der Kriegsminister erklärte ferner nur die nördliche Mandschurei für Rußland unentbehrlich. Japan verlangte ein klares Ja oder Nein, das Gutachten Kuropatkins diente also nur dazu, die eigene Verantwortlichkeit zu vermindern. Übrigens wurde unmittelbar darauf, am 30. Oktober, Mukden wieder von russischen Truppen besetzt, also auch der Süden der Mandschurei festgehalten. Nun konnte das Petersburger Kabinett überhaupt nicht mehr zurück.

[1]) Gegen die Anklage Kuropatkins in seinem Rechenschaftsbericht — von welchem noch die Rede sein soll — schrieb Graf Witte das Buch „Erzwungene Aufklärungen" (Deutsche Übersetzung. Wien und Leipzig 1911). Wichtig ist für die politische Vorgeschichte des Krieges der 1. Band des russischen Generalstabswerks, der im Ministerium des Äußeren ausgearbeitet wurde. Einiges auch in „Rußland als Großmacht" vom Fürsten G. Trubetzkoj.

Man hat viel von der Friedensliebe des Zaren gesprochen, auch davon, daß ihm ebenso wie seinen Ministern die Dinge über den Kopf gewachsen wären. Derartige Stimmungen und Neigungen haben aber keinen Wert, wenn die handelnden Menschen Dinge tun, die ihren angeblichen Absichten zuwiderlaufen. Indem der Zar und seine Ratgeber die Mandschurei zu behalten beschlossen, steuerten sie in den Krieg. Jeder nicht ganz törichte Monarch oder Staatsmann wird Provinzen lieber ohne als mit Blutvergießen gewinnen wollen. Friedrich II. wäre zufrieden gewesen, wenn ihm Schlesien ohne Schwertstreich überlassen worden wäre, ebenso Chamberlain, wenn sich die Buren freiwillig unterworfen hätten. Da sie aber entschlossen waren, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, so ist es ein Spiel mit Worten, von ihren entgegenkommenden Vorschlägen zu sprechen. Für das Geschehen kommen nicht die Neigungen und Wünsche, sondern die Taten in Betracht. Huldigte aber Zar Nikolaus der Ansicht, die Mandschurei sei Rußland unentbehrlich, so wäre es ersprießlicher gewesen, in der Theorie weniger pazifistisch zu sein und dafür den Krieg besser vorzubereiten. Eine halbe Friedenspolitik ist schädlicher als Eroberungswünsche, die man sich aufrichtig eingesteht.

Bemerkenswerter als jene Sentimentalitäten war der politische Streit über Gegenwart und Zukunft Rußlands, der in diesen Jahren nebenherlief. Die Ansichten darüber, ob für die russische Nation der ferne Osten oder die Balkanhalbinsel wichtiger sei, standen sich schroff gegenüber. Rufer im Kampfe für die asiatische Mission Rußlands war, wie wir wissen, Fürst Esper Uchtomskij, der Vertrauensmann des Zaren und Herausgeber der Petersburger „Wjedomosti", daneben Direktor der Russisch-Chinesischen Bank. Er wurde nicht müde, für die Ausdehnung im Osten zu wirken und gleichzeitig zu empfehlen, Rußland solle zu diesem Behufe mit Deutschland und Österreich-Ungarn gute Nachbarschaft halten. Allerdings müsse Deutschland auf die Bagdadbahn und auf Vorderasien verzichten. Uchtomskij faßte große Dinge ins Auge. „Asien ist seinem ganzen Umfange nach", so sagte er in einer 1900 veröffentlichten Schrift, „im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands." Und an einer anderen Stelle ist zu lesen: „In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen und kann es auch keine geben." In jener Schrift rät er, China dadurch zu gewinnen, daß Rußland ihm gegen die anderen Völker Europas und gegen Japan Hilfe leiste; er warnt die Lenker des Zarenreiches dringend,

sich an der Bestrafung der Boxer zu beteiligen[1]). Das sind in der Tat die Richtlinien der russischen Politik vor dem Kriege mit Japan geblieben. Uchtomskij war zudem der Ansicht, die Russen seien schon deshalb die natürlichen Führer und Freunde der mongolischen Rasse, weil in ihrem Blute viel finnisches und mongolisches Blut fließe: das eine als Erbe der finnischen Ureinwohner des nördlichen Rußlands, das andere seit der Herrschaft der goldenen Horde vom 13. bis zum 16. Jahrhundert. „Es ist absurd," das ist ein Kernsatz in der erwähnten Schrift, „hartnäckig die unleugbare Tatsache verkennen zu wollen, daß die Russen im Grunde genommen Asiaten (Mongolen) sind und daß das Slawische nur ein wenig bedeutender Anstrich auf dem Bau der Nation ist. Man sollte sich daher von den veralteten Vorurteilen gegen das Mongolische frei machen, jenes konstitutive Element, dem Rußland seine Größe verdankt und aus dem seine historische Mission entspringt[2])."

Die Anhänger des Panslawismus waren über diese Lehrmeinungen höchst aufgebracht. Das bedeutete die Zertrümmerung ihres nationalen Götzenbildes, die Preisgebung der slawischen Brüder in Österreich-Ungarn und in der Türkei. Sie wendeten ein, daß Rußland den Überlieferungen Peters des Großen und Katharinas nicht untreu werden dürfe. Sie wurden nicht müde, die Nation auf Konstantinopel und die Öffnung der Meerengen hinzuweisen; von diesem Ziele dürfe sie sich nie ablenken lassen. Das Hauptorgan dieser Partei war die von Alexej Suworin herausgegebene „Nowoje Wremja" (Neue Zeit). Suworin war ein Geschäftsmann großen Stils; er hielt sich in inneren Fragen zur Regierung, der zuliebe er den Liberalismus bekämpfte; aber in den äußeren Angelegenheiten stand er zum Verdrusse des Zaren Nikolaus in der Opposition. In der Bekämpfung von Rußlands asiatischer Politik schrieb die „Nowoje Wremja" im April 1901: „Was wir wollen, das ist das Wohl des Slawentums und der Ausgang zum Schwarzen Meer; kein Port Arthur, kein Schanheikwan oder Peiho kann uns den Bosporus ersetzen." In einem Programmartikel vom 18. September 1902 sprach das Blatt von der stufenweisen Wichtigkeit der Ausdehnungspläne Rußlands und stellte die Reihenfolge fest: in erster Linie müsse es an die Dardanellen vordringen; wenn dies

[1]) So nach Th. Schiemann, „Deutschland und die große Politik" 1902, S. 22.

[2]) Über diese Kernfrage der Natur des Russentums siehe Stanislaus von Smolka, „Die reußische Welt" (Wien 1916), S. 28—30, 213—219.

nicht ginge, an den Persischen Meerbusen, und erst zuletzt komme die Mandschurei in Betracht. Die Regierung, so heißt es weiter, beging aber den Fehler, die Reihenfolge umzukehren, was zur Folge hatte, daß Deutschland sich in Konstantinopel und an der Bagdadbahn festsetzte. Die Nichtbefolgung der Warnungen vor den asiatischen Entwürfen beweist am besten, daß diejenigen irrten, die dem Panslawismus beherrschenden Einfluß auf die russische Regierung zuschrieben. Da diese, in erster Linie Zar Nikolaus, sich anderen Ideen zuwandten, waren die Slawophilen machtlos. Sie hatten die traurige Genugtuung, das Scheitern der asiatischen Entwürfe Rußlands mit ansehen zu müssen, von denen sie abgeraten hatten.

Anders als in Rußland waren in Japan Regierung und Volk einig in dem, was sie wollten, und sie wollten es ganz. Der öffentlichen Meinung ging das amtliche Japan nicht rasch, nicht kraftvoll genug vor. Der antirussische Verein, an dessen Spitze sieben Professoren der Universität Tokio standen, drängte zum Kriege. Ein Bund zum Schutze des Ostens wurde gegründet, der das Ziel verfolgte, die Chinesen zum Kampfe wider die Gegner der gelben Rasse zu gewinnen. Im Dezember 1903 forderte das Parlament den Bruch mit Rußland und beschloß ein Tadelsvotum gegen das Ministerium in der Annahme, dieses stelle durch sein Zögern das Vaterland bloß. Darauf löste die Regierung die Volksvertretung auf, weil sie den Schleier nicht lüften wollte. Sie verhandelte noch mit dem Kabinett von Petersburg, aber nur, um unterdessen zu Wasser und zu Lande fieberhaft zu rüsten. Lamsdorff machte ihr den Entschluß leicht, da er dem japanischen Gesandten Kurino hochmütig erklärte, über die Mandschurei spreche er nicht mehr mit ihm, da dieses Land nur Rußland und China angehe. Korea, so meinte er, könne der japanischen Oberhoheit überlassen werden mit Ausnahme einer neutralen Zone. Mit diesem Zwischengebiet hatte es eine eigene Bewandtnis: die großen Wälder daselbst waren von einer russischen Gesellschaft erworben worden, an welcher der Staatssekretär Besobrasow und Personen des Hofes beteiligt waren. Wie zum Hohne für Japan schickte diese Gesellschaft russische Offiziere und Soldaten, die der Form nach ihre Entlassung aus dem Heere erhalten hatten, in die neutrale Zone, angeblich zur Bewachung der Wälder. Am 13. Januar 1904 machte Japan in Petersburg seine letzten Vorschläge, auf die keine Antwort mehr erfolgte. Dann überreichte der japanische Gesandte am 6. Februar 1904 eine Note, in welcher der Abbruch

der diplomatischen Beziehungen angezeigt wurde. Das war der Krieg, den man in Petersburg nicht so nahe geglaubt hatte. Unmittelbar darauf wurde in Port Arthur ein entscheidender Schlag gegen die russische Flotte geführt. Der umsichtigen diplomatischen und militärischen Vorbereitung entsprachen die Japan zufallenden Erfolge.

XV

Italien 1898—1904. Leo XIII. Wahl Pius' X.

XV. Italien 1898—1904. Leo XIII. Papstwahl 1903

Von der Höhenmarke, zu der sich Deutschlands Geltung unter den Mächten am Anfang des 20. Jahrhunderts erhoben hatte, begann unmittelbar darauf allmähliches Absinken. Das war um so auffallender zu einer Zeit, da Großbritannien in Südafrika, die russische Macht in Ostasien beschäftigt und gebunden war. Rußlands Abwendung von den europäischen Händeln bedeutete doch für die verbündeten Kaiserreiche der Mitte des Weltteils eine Entlastung. Der Vorteil wurde aber durch das Abrücken Italiens von diesen zwei Mächten ungefähr ausgeglichen. Der stattliche Bau des Dreibundes hielt noch durch eine gute Anzahl von Jahren, aber das Knistern im Gebälk bereitete auf den Zusammensturz vor. Haarrisse zeigten sich im Mauerwerk, deren Ausbreitung langsam, aber sicher vor sich ging.

*

Politische Schwenkung Italiens

Der Beitritt Italiens zum Dreibund war vor sich gegangen, weil Frankreich sich 1881 unversehens Tunis bemächtigte, auf das sich Italien Hoffnung gemacht hatte; und der Apenninenstaat hielt sich auch weiter zu den Mittelmächten, weil es mit Österreich in Frieden und Freundschaft leben mußte, wollte es nicht in der Erwerbung Abessiniens gestört sein. Die Nordfront Italiens durfte nicht gefährdet sein, während es im Innern Afrikas auf Eroberungen ausging. Solange solcher Machtzuwachs das Ziel seines Ehrgeizes war, hielt es am Dreibunde fest. Die Niederlage von Adua 1896 aber, welche jene Hoffnungen begrub, lenkte die Phantasie des leicht entzündbaren

Volkes wieder auf die Adria und auf die „unerlösten“ Brüder. Dazu kam, daß das Mißgeschick von Adua den Sturz des Ministeriums Crispi herbeiführte — mit diesem Staatsmann verlor der Dreibund seine beste Stütze (Seite 182).

Solange Francesco Crispi am Staatsruder stand, war an eine Versöhnung Italiens mit Frankreich, dessen Gegner er war, nicht zu denken. Crispis Nachfolger, Rudini, führte gemeinsam mit Visconti-Venosta, dem Minister des Äußern, die Annäherung herbei. Zuerst auf wirtschaftlichem Gebiet: durch den Handelsvertrag von 1898 wurde der Zoll- und Finanzkrieg zwischen den zwei Staaten beendigt. Gerne boten die französischen Minister Hanotaux und Delcassé hierzu die Hand. Am erfolgreichsten war aber Camille Barrère am Werk, seit 1897 französischer Botschafter beim König von Italien. Dieser gewandte Diplomat hatte 1871 als Kämpfer für die Pariser Kommune begonnen; zur Flucht ins Ausland genötigt, lebte er eine Zeitlang in der Verbannung zu Berlin, wurde nach neun Jahren begnadigt und darauf in den diplomatischen Dienst seines Vaterlandes aufgenommen. Das Ziel seines Ehrgeizes war, Italien zum Austritt aus dem Dreibund zu bestimmen, und er verstand es, unter wohlangebrachter Bewunderung für die künstlerische und politische Kultur Italiens, eine Umstimmung auf der Halbinsel vorzubereiten. Die großen Geldmittel, welche ihm von seiner Regierung zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung anvertraut wurden, begünstigten seine Tätigkeit. Indessen hatte er noch manche Hindernisse zu überwinden. Als Frankreich 1899 mit der Befestigung Bisertas, des Haupthafens im eroberten Tunis, begann, wurde dies in Italien als eine Drohung gegen das nahe Sizilien aufgefaßt. Auch fühlten sich die Italiener durch den Vertrag vom 21. März 1899 beunruhigt, den Frankreich mit England zur Teilung Nordafrikas schloß (Seite 221). Sie besorgten, daß Tripolis, auf welches sie ein Auge geworfen hatten, den Franzosen zugewiesen wäre. Um sie zu beruhigen, eröffneten die zwei Westmächte dem römischen Kabinett, daß sie Italien nicht ins Gehege gehen wollten. Das war erst ein allgemein gehaltenes Versprechen, von da ab blieb Tripolis jedoch das Lockmittel, durch welches Frankreich den südlichen Nachbar an sich zog.

Indessen trat in den Beziehungen Italiens zu den Mächten eine grundsätzliche Änderung erst ein, als König Humbert am 29. Juli 1900 ermordet wurde und sein Sohn Viktor Emanuel den Thron bestieg.

Humbert war der nahe Freund Kaiser Friedrichs III. und dessen Nachfolgers gewesen, während Viktor Emanuel persönlich den Genossen im Dreibund kühl gegenüberstand. Auch knüpfte seine Ehe mit der Prinzessin Helene von Montenegro ein Band zwischen ihm und der slawischen Welt. Stärker jedoch als die persönlichen Neigungen des Königs wirkte der Zug der öffentlichen Meinung. Die Italiener, vom abessinischen Rausch ernüchtert, schwärmten wieder von der Eroberung Trients und Triests. Von jeher hatte die radikale Linke mit der Irredenta geliebäugelt. Nun stand die Monarchie in Italien auf schwachen Füßen, was sich auch bei den Aufständen in Mailand und anderen größeren Städten 1898 zeigte. Viktor Emanuel, seinen Thron bedroht fühlend, glaubte ihn zu befestigen, wenn er die Führer der Linken ins Ministerium berief und sie so von den Anhängern der Republik trennte. Er legte das Staatsruder 1901 in die Hand des alten Zanardelli, der im Kampfe um die Einheit Italiens und gegen Österreich emporgekommen war. Zanardelli war ehrenhaft, der Monarchie ergeben, aber in den Vorurteilen vergangener Tage aufgewachsen. Sein politischer Verstand sagte ihm zwar, daß Italien den Dreibund benötigte, sein Herz jedoch zog ihn zum demokratischen Frankreich. Öffentlich versicherte er, daß er mit Österreich in Frieden zu leben wünsche, aber die Irredentisten wußten, daß er lieber mit ihnen gegangen wäre. Dementsprechend änderte sich auch die äußere Politik, deren Leitung Prinetti anvertraut war. Man wußte von ihm nicht viel mehr, als daß er 1891 eine Rede gegen den Dreibund gehalten hatte. Als Minister des Äußern bekannte er sich zwar offiziell zum Bündnisse mit den Mittelmächten, baute aber die Beziehungen zu Frankreich in freundschaftlichem Sinne aus. Im April 1901 besuchte eine italienische Flotte unter dem Kommando des Herzogs von Genua, eines Oheims des Königs, den Hafen von Toulon. Der Präsident der Republik Loubet kam selbst, um mit dem Herzog Grüße zu tauschen. Darauf erklärte der italienische Minister des Äußern am 15. Juli unter dem Beifall der Kammer: diese Ereignisse hätten bewiesen, ein herzliches Verhältnis zu Frankreich wäre mit dem Dreibund nicht unvereinbar.

Wohl wurde die deutsche Regierung durch diese Wendung nicht angenehm berührt, sie zeigte jedoch klugerweise keine Verstimmung. Im Januar 1902 machte Kaiser Wilhelm der Stadt Rom eine Statue Goethes zum Geschenk, worauf Frankreich zur Gegenwirkung in der Ewigen Stadt ein Monument des Dichters Victor Hugo aufstellen ließ;

die beiden Standbilder fanden nahe beieinander in den Borghesischen Gärten ihre Stätte. In Deutschland besorgte man das völlige Abschwenken Italiens, Bülow aber sagte beruhigend am 8. Januar 1902 im Reichstage: „In einer glücklichen Ehe muß der Gatte auch nicht gleich einen roten Kopf bekommen, wenn seine Frau einmal eine unschuldige Extratour tanzt." Als Warnung jedoch für Italien fügte der Reichskanzler hinzu, der Dreibund wäre angesichts der friedlichen Lage Europas für Deutschland „nicht mehr eine absolute Notwendigkeit", wenn auch „ein sehr nützliches Bindemittel für die Staaten, die durch ihre geographische Lage und ihre Traditionen darauf angewiesen sind, gute Nachbarschaft zu halten". Er wollte, da der Dreibund 1903 ablief, Italien aufmerksam machen, daß Deutschland auf dessen Erneuerung auch verzichten konnte.

Der Reichskanzler gab sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Extratour nicht ganz unbedenklich war, da inzwischen die Abmachung Italiens mit Frankreich über Tripolis in festere Form gebracht wurde. Das römische Kabinett nützte seine Doppelstellung zwischen den zwei Mächtegruppen aus und verlangte von Frankreich weiteres Entgegenkommen. Barrère war in Paris der Fürsprecher Italiens, da er überzeugt war, der Liebesdienst werde sich lohnen. So kam 1901 das erste bestimmte Abkommen über Tripolis zustande: den Italienern wurde freigestellt, sich gegebenenfalls in dem türkischen Paschalik häuslich einzurichten. England, seit jeher mit Italien befreundet, gab seine Zustimmung. Die Westmächte verpflichteten sich auch, gegen die Sahara zu von der türkischen Provinz nichts abzureißen, um den italienischen Anteil nicht zu schmälern. Davon machte Prinetti dem Parlament im Dezember 1901 und im Mai 1902 freudig aufgenommene Mitteilungen.

*

Österreich und Italien in Albanien

Inzwischen trübte sich das Verhältnis Italiens zu Österreich, weil das Kabinett Zanardelli den Irredentismus großzog. Der Ministerpräsident konnte seinen Ursprung nicht verleugnen und ließ seine alten Freunde gewähren, wenn sie jenseits der Grenze wühlten. Er ließ

es zu, daß der König einzelne Personen aus den „unerlösten Provinzen“ empfing und ihre Klagen anhörte; als Viktor Emanuel zu Udine einem Manöver beiwohnte, wurde einem aus Triest kommenden Verein gestattet, mit Trauerfahnen vor den Fenstern des Königspaares vorüberzuziehen und ihm eine Huldigung darzubringen.

Über die Gefährlichkeit derartiger Gefühlsäußerungen konnte man verschiedener Meinung sein, unmittelbar bedenklich war jedoch die Nebenbuhlerschaft der zwei Staaten am Adriatischen Meer, besonders an dessen Ostküste[1]). Triest wurde von Italien begehrt, die amtliche Politik ließ jedoch die große Hafenstadt beiseite, wohl wissend, daß Österreich nötigenfalls einen Kampf auf Leben und Tod zu deren Verteidigung führen mußte. Dagegen wurde die Erwerbung Albaniens von vornherein ins Auge gefaßt. Der von der Regierung unterstützte italienische Flottenverein gab eine Zeitschrift „Mare nostro“ (Unser Meer) heraus, dessen Titel sich mit dem Inhalt deckte: die Adria wurde für Italien als Eigentum in Anspruch genommen, als ob Österreich-Ungarn nicht bestünde und nicht durch den Sieg von Lissa 1866 sein gutes Recht mit dem Schwerte zur Geltung gebracht hätte. In Albanien wurde besondere Rührigkeit entfaltet. Hier besaß Österreich von alters her einen Vorsprung, da sein Kaiser auf Grund wiederholter Verträge mit der Türkei das Protektorat über die Katholiken Albaniens ausübte. Franz Joseph I. war durch zahlreiche Kirchen- und Schulbauten der Wohltäter seiner Glaubensgenossen im Lande. In den von Österreich erhaltenen Schulen wurde jedoch seit jeher der Unterricht italienisch erteilt, da diese Sprache seit den Glanztagen Venedigs im Handel und Verkehr Albaniens vorherrschte. Auch besaß das Albanesische fast gar kein Schrifttum. So blieb es, bis die politische Nebenbuhlerschaft Italiens sich bemerkbar machte. Schließlich erwachte die österreichische Regierung aus ihrer Sorglosigkeit, und gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann in den von ihr erhaltenen Schulen die Einführung der albanesischen Unterrichtssprache. Auch wurde die Seelsorge allmählich nicht mehr italienischen Priestern, sondern einheimischen Franziskanern anvertraut. Unterdessen hatte Italien gleichfalls mit der Errichtung von Schulen begonnen, in denen es die Erwerbung Albaniens vorbereitete. Der spätere Minister des Äußern San Giu-

[1]) Das Folgende nach dem lesenswerten Buche Leopolds Freiherrn von Chlumecky „Österreich-Ungarn und Italien“ (Leipzig 1907).

liano erzählt, wie angenehm er überrascht war, als er die Schule von Skutari besuchte und die albanesischen Kinder den italienischen Königsmarsch singen, dann in den Ruf ausbrechen hörte: „Es lebe Italien, es lebe der König!“[1]).

Solche Agitationen wurden dadurch unterstützt, daß im Süden Italiens und in Sizilien zahlreiche Gemeinden albanesischen Ursprungs bestanden, bewohnt von Nachkommen der vor den Türken geflohenen Christen des westlichen Balkan; Francesco Crispi rühmte sich gern seiner albanesischen Abstammung. Die von Italien verfolgte Absicht, die künftige Unterwerfung Albaniens vorzubereiten, war so deutlich, daß auch bei den Albanesen Mißtrauen erwachte; einer von ihnen, Anselmo Lorecchio, warnte seine Stammesgenossen vor der Verlockung, sich entnationalisieren zu lassen[2]). Schon damals nahmen auch die Südslawen Anstoß an der Begehrlichkeit Italiens, das Dalmatien als gute Beute betrachtete. Französische Politiker und Publizisten versuchten einen Ausgleich dieser nationalen Interessen, wobei über Österreich-Ungarn hinweggeschritten und die Lose über dessen adriatische Provinzen geworfen wurden[3]).

Das Wiener Kabinett hielt diesem im Westen der Balkanhalbinsel geübten Drucke nicht zähe stand, sondern nahm daselbst die Front sogar etwas zurück. Albanien gehörte nach früherer Annahme zum Machtbereich Österreich-Ungarns: über Mitrowitza hinaus nach Saloniki wies der Berliner Vertrag der Donaumonarchie Richtung und Ziel. Die Nachfolger Andrassys jedoch, Kalnoky und noch mehr Goluchowski, glaubten sich bescheiden zu sollen und begnügten sich mit der Verteidigung der bestehenden Ordnung auf der Balkanhalbinsel. Sie zogen einen mageren Ausgleich sowohl mit Rußland wie mit Italien den unsicheren Wechselfällen eines Prozesses vor. Das war der Sinn

---

[1]) So San Giuliano im Giornale d'Italia am 23. Juli 1902. Seine „Briefe über Albanien“ sind gesammelt erschienen und wurden ins Deutsche übersetzt (Leipzig 1913).

[2]) Chlumecky zitiert das Buch Lorecchios: „Il pensiero politico albanese“ (Rom 1905). Der italienische Standpunkt bei Vico Mantegazza: „L'altra sponda“ (Die andere Küste) (Mailand 1905).

[3]) Lebhaft setzte sich der Franzose Charles Loiseau in seinen Schriften „Le Balkan slave et la crise autrichienne“ (Paris 1898) und „L'équilibre adriatique“ (Paris 1900) für die vollständige Verdrängung Österreichs ein. Loiseau schrieb im Solde der italienischen Regierung. Gegen ihn sprach sich René Pinon in der Einleitung zu seinem Buche „L'empire de la Méditerranée“ (Paris 1904) aus, da Loiseau für die Seeherrschaft Italiens auch im östlichen Becken des Mittelländischen Meeres Propaganda machte.

des 1897 mit Rußland zu Petersburg geschlossenen Abkommens (Seite 162), und im selben Jahre traf Goluchowski mit dem italienischen Minister des Äußern Visconti-Venosta im Schlosse zu Monza gleichfalls eine Vereinbarung über die Zukunft. Sie bezog sich auf Albanien. Das Zugeständnis des Wiener Kabinetts lag darin, daß es Italien als gleichgewichtigen Faktor anerkannte und sich für den Fall von Veränderungen in Albanien an dessen Zustimmung band. Die gegenseitig gemachten Zusagen scheinen aber nur ganz allgemein gewesen zu sein. Sie erhielten drei Jahre später eine festere Form. Visconti-Venosta umschrieb die Verpflichtungen Italiens in einem Erlasse vom 20. Dezember 1900, den Goluchowski am 9. Februar 1901 gleichlautend beantwortete. In erster Linie vereinbarte man die Erhaltung der Türkenherrschaft „so lange, als es die Umstände gestatten würden"; ließe sich aber der bestehende Zustand nicht aufrechterhalten, so sollte Albanien Autonomie erhalten; immer würden, so hieße es weiter, die zwei Großmächte die gegenseitigen Interessen in Einklang bringen und wahren[1]). Vieldeutige Zusagen, in denen die Selbständigkeit Albaniens nur wie ein Brocken in der Brühe schwamm. Im Hinblick auf diese weitentfernte Aussicht sprach man seitdem allgemein von dem Versprechen der Uneigennützigkeit (désintéressement), das sich die zwei Kabinette gegeben haben sollten. Im Grunde aber war das Umgekehrte der Fall: die zwei Großmächte behielten sich vor, gemeinsam in die Schüssel zu greifen. Das war es, was in Italien frohe Hoffnungen erweckte.

*

Erneuerung des Dreibunds

Also war Italien nach zwei Seiten hin gedeckt, sowohl in bezug auf Tripolis wie auf Albanien. Jede der zwei Mächtegruppen ließ es sich etwas kosten, das römische Kabinett nicht ins andere Lager übergehen zu lassen. Auch einem kurzsichtigen Auge war es klar, daß Italien seine günstige Lage dem Dreibund verdankte; vor dessen Ab-

[1]) Die Aktenstücke finden sich in der vom österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußeren herausgegebenen Schrift „Zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien" (Wien 1915).

schluß war es ein Spielball zwischen den zwei Lagern gewesen, seither erstarkte es zur Geltung einer Großmacht. Trennte es sich vom Dreibund, so hatten die Seemächte es nicht notwendig, auf die italienischen Interessen im Mittelländischen Meer Rücksicht zu nehmen. Schon deshalb schien die gewählte Doppelrolle vorteilhaft.

Dazu kam aber als stärkstes Motiv ein militärisches. Die Trennung vom Dreibund konnte bei der Empfindlichkeit der nationalen Reibungsflächen leicht zu einem Kriege mit Österreich-Ungarn führen. Der italienische Botschafter in Wien Nigra hatte das Wort geprägt, die zwei Nachbarn könnten nur Bundesgenossen oder aber Feinde sein; und diese Wahrheit blieb ein Leitsatz der italienischen Politik. Stand aber Italien der Donaumonarchie allein Aug' in Auge gegenüber, so war deren militärische Überlegenheit zu befürchten. Nicht bloß die Erfahrungen von 1848, 1849 und 1866 ließen darüber keine Täuschung zu, auch länger noch galt Österreich-Ungarn als der stärkere Teil. So urteilte der vielerfahrene Nigra, einstmals der Gehilfe Cavours, später von Napoleon III. ins Vertrauen gezogen. Als Crispi ihm einmal schrieb, die Allianz mit Österreich widerspräche den Neigungen des italienischen Volkes, erwiderte ihm Nigra am 7. August 1890: „Wenn bei uns keine Sympathie für den Bund mit Österreich-Ungarn besteht, so beweist dies, daß unser armes Land noch nicht genug unglücklich war und daß es noch andere, verhängnisvollere und demütigendere Lektionen notwendig hat. Es trenne sich von der gegenwärtigen Allianz und es wird sie haben[1])."

Diese Erwägungen schlugen durch, und auch ein alter Gegner Österreichs wie Ministerpräsident Zanardelli konnte sich ihnen nicht verschließen. Italien war nicht imstande, gleichzeitig zur Erwerbung afrikanischer Kolonien und zur Eroberung Trients auf die Jagd zu gehen. Wollte es in Tripolis festen Fuß fassen, so mußte an den Alpen Frieden herrschen. Daher waren auch Zanardelli und Prinetti zur Erneuerung des Dreibundes bereit. Sie wünschten aber eine Abänderung der Bedingungen, eine Verringerung der Italien auferlegten Pflichten. Dieses Land sollte im Falle eines Zusammenstoßes des Deutschen Reiches mit Frankreich nicht gehalten sein, das Schwert zu ziehen. Das wurde jedoch von Bülow ebenso abgelehnt wie von

[1]) Der Brief Nigras ist abgedruckt bei Crispi-Parlamenghi, „Questioni internazionali" (Mailand 1913), S. 130.

Goluchowski. So blieb dem römischen Kabinett nur übrig, von der Erneuerung abzustehen oder aber den Vertrag unter den früheren Bedingungen zu unterfertigen. Das letztere geschah, die Unterzeichnung fand am 28. Juni 1902 zu Berlin statt. Das frühere Bündnis hatte bis 1908 gegolten, das erneuerte lief vom Tage des Abschlusses wieder durch zwölf Jahre, wobei jeder Macht vor Ablauf des sechsten Jahres das Recht auf Kündigung zustand.

Das war für Frankreich eine Enttäuschung, für Barrère eine Niederlage. Prinetti aber ließ, um es mit der Republik nicht zu verderben, in Paris sagen, daß der Dreibund keine Bestimmung über einen Angriff auf Frankreich enthalte, dieses Land somit nicht bedroht sei. Delcassé beeilte sich, die Eröffnung triumphierend der Kammer mitzuteilen, als ob wenigstens dieser Erfolg erzielt wäre. Darauf stellte Bülow im Reichstage fest, daß der Dreibund auch früher nichts bezweckt hatte als gemeinsame Verteidigung. Die unfreundliche Absicht Prinettis ließ sich aber nicht verkennen. Die italienische Politik schillerte immer in verschiedenen Farben. Als König Viktor Emanuel an den europäischen Höfen seine Antrittsbesuche machte, begann er nicht mit der Fahrt zu Kaiser Wilhelm, seinem Bundesgenossen, sondern reiste zuerst zum Zaren. Er fuhr im Juli 1902 auf einem Kriegsschiff nach Petersburg, kehrte dann auf demselben Wege nach Italien zurück und reiste nach einem Monat über die Schweiz nach Berlin. Daß er in beiden Fällen Österreich-Ungarn in einem Bogen umging, war nicht zu vermeiden, da es feststand, daß Kaiser Franz Joseph nicht geneigt war, dem König von Italien in Rom einen Gegenbesuch zu machen. Dieser Umstand hatte nicht gehindert, daß unter König Humbert zwischen Rom und Berlin die herzlichsten Beziehungen bestanden. Damit hatte es trotz der Erneuerung des Dreibundes ein Ende.

★

Fernbleiben Kaiser Franz Josephs von Rom

Zu den kranken Stellen in den österreichisch-italienischen Beziehungen gehörte die Unmöglichkeit einer persönlichen Begegnung der Monarchen. Als die römische Frage 1871 im national-italienischen Sinne gelöst wurde, erklärte der Papst, keinen katholischen Fürsten

empfangen zu wollen, der den König von Italien in dessen neuer Hauptstadt besuche. Das Verbot des Papstes wurde während des 19. Jahrhunderts von allen katholischen Staatsoberhäuptern als bindend angesehen, keiner von ihnen betrat den Boden der Ewigen Stadt. Der Kaiser von Österreich erwiderte den ihm von König Viktor Emanuel zu Wien gemachten Besuch zwei Jahre später 1875 in Venedig; und als König Humbert 1881 nach Wien gekommen war, erklärte sich Franz Joseph bereit, mit ihm in jeder Stadt des italienischen Königreiches zusammenzutreffen, nur nicht in Rom. König Humbert und sein Sohn verzichteten jedoch lieber auf den persönlichen Verkehr mit den katholischen Herrschern, als daß sie dem nationalen Empfinden ihres Volkes nahegetreten wären: sie befestigten dadurch die Stellung ihres Hauses in dem geeinigten Königreiche. So unterblieb der Gegenbesuch des Kaisers von Österreich. In Wien fühlte man, wie mißlich das war; deshalb ließ Kaiser Franz Joseph dem König von Italien im Oktober 1890 mitteilen, er wäre bereit, eine Einladung zu den italienischen Manövern anzunehmen; dann könnten ähnliche Zusammenkünfte aus militärischen Anlässen Jahr für Jahr abwechselnd nördlich und südlich von den Alpen stattfinden. Der österreichisch-ungarische Botschafter Baron Bruck hatte den Auftrag, folgendes hinzuzufügen. Der Kaiser verstehe es wohl, daß sein Bundesgenosse den Gegenbesuch gerade in Rom wünsche; doch möge der König bedenken, daß, wenn der Kaiser von Österreich nach Rom käme, er vom Papst nicht empfangen werden würde, und eine solche Beleidigung könne er nicht ruhig hinnehmen. Einen Bruch aber mit dem Oberhaupte der Kirche müsse der Kaiser vermeiden. Diese Vorstellungen übten keine Wirkung, die italienische Regierung ging auf das ihr angebotene Auskunftsmittel nicht ein[1]).

Nun gab es aber Familienereignisse in Rom, von denen sich das österreichische Kaiserhaus nicht ausschließen konnte. An großen Freuden- und Trauertagen der savoyischen Dynastie mußte sich Kaiser Franz Joseph irgendwie vertreten lassen. In solchen Fällen übernahm Erzherzog Rainer diese ehrenvolle Aufgabe. Der aufgeklärte Prinz unterzog sich der Mission bei der silbernen Hochzeit des Königs Humbert 1893 wie bei dessen Begräbnis 1900. Der kirchlichen Partei waren diese Romfahrten des Erzherzogs unbehaglich, und Botschafter Frei-

[1]) So nach Francesco Crispis Tagebuch, der damals Minister war. Siehe Crispi-Parlamenghi, „Questioni internazionali", S. 112 u. 141.

herr von Bruck riet von ihnen 1893 sogar ab; er behauptete, die italienischen Anarchisten würden die Gelegenheit zu einem Mordanschlage auf einen österreichischen Prinzen nicht unbenutzt lassen. Demgegenüber erklärte der österreichische Militärbevollmächtigte in Rom, Oberst von Pott, er stehe für die persönliche Sicherheit des Erzherzogs ein, und dies gab den Ausschlag. Unter den österreichisch-ungarischen Offizieren war überhaupt die Ansicht verbreitet, das Verhältnis ihres Vaterlandes zu Italien werde erst dann aufrichtig freundschaftlich werden, wenn ihr Kaiser den Gegenbesuch in Rom abstatte; der also gesicherte Friede wäre um den Preis der Verstimmung des Vatikans nicht zu teuer erkauft. Sie meinten auch, dann erst könnte Österreich-Ungarn die Unterdrückung der irredentistischen Umtriebe auch im Königreich mit vollem Nachdrucke fordern und durchsetzen; jetzt müsse es die Treibereien hinnehmen, obwohl sie an die Ehre der Monarchie rührten. Einer der in Rom tätigen Militärbevollmächtigten stellte dies dem Kaiser bei einer Audienz freimütig vor, aber der Monarch wollte von einer solchen Lösung nichts hören und brach das Gespräch ab. So stand die Kurie zwischen Österreich-Ungarn und Italien und hinderte, soviel an ihr lag, die Verständigung.

Es war weiter ein Nachteil für die Donaumonarchie, daß der Papst nicht bloß den Kaiserbesuch in Rom, sondern auch die eheliche Verbindung der Prinzen aus dem Hause Savoyen mit katholischen Fürstentöchtern verhinderte. Sonst hätte Viktor Emanuel eine Gattin aus einem Österreich befreundeten Hause oder aus der Hofburg heimgeführt. So aber wurde er in die Ferne gewiesen, und da die griechische Prinzessin, um die er zuerst warb, an dem kleinen und dünnen Freier keinen Gefallen fand, begnügte er sich mit einer montenegrinischen Fürstentochter. Mit ihr zog 1896 eine Feindin Österreich-Ungarns in den Quirinal ein, durch die Viktor Emanuel auch mit der Zarenfamilie in Verbindung gebracht wurde, da sich zwei ihrer Schwestern (1889 und 1907) mit russischen Großfürsten vermählten. Der eine war Nikolaus Nikolajewitsch, das Haupt der Kriegspartei gegen Österreich.

Da die Beichtvätereinflüsse, um mit Bismarck zu sprechen, zur selben Zeit auch die unfreundliche Behandlung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien durch den Wiener Hof verursachten, da diesem Fürsten der Übertritt seines ältesten Sohnes zur orthodoxen Kirche lange nicht verziehen wurde, so hätte Österreich-Ungarn Anspruch wenigstens auf Gegenleistungen des Vatikans gehabt, dessen Wünschen es sich jedes-

mal unterordnete. Der Papst wäre verpflichtet gewesen, die Nachteile wettzumachen, die sich Österreich-Ungarn um seinetwillen zuzog. Die Kirche lohnte jedoch die geleisteten Dienste mit Feindseligkeiten, die zuletzt den Kaiser Franz Joseph, ihren getreuen Sohn, zu einer scharfen Gegenmaßregel nötigten.

★

Politik Leos XIII. und Rampollas Wahl Pius' X.

Leo XIII. ist die hervorragendste Gestalt unter den Päpsten des 19. Jahrhunderts. Reiche philosophische Kenntnisse waren in ihm mit dichterischer Anlage vereinigt, aber der Staatsmann überragte den Denker. Obwohl an der Spitze einer Macht, die zu überholten Zuständen zurückstrebte, fühlte er der Zeit an den Puls, er kannte die Ideen, von denen die Völker seiner Tage durchflutet waren, und verstand es, diese Strömungen mitunter in das kirchliche Bett zu lenken. Die erste Hälfte seines von 1878 bis 1903 dauernden Pontifikats war reich an Erfolgen. Der Kulturkampf in Preußen endete mit einem für die Kirche ehrenvollen Waffenstillstand; dazwischen wurde die gegen das Unfehlbarkeitsdogma noch lebhafte Opposition der liberalen Katholiken beschwichtigt und die päpstliche Gewalt durch besonnene Handhabung zu unumschränkter Macht in der Kirche erhoben. In der Bulle Rerum novarum vom 15. Mai 1891 sprach sich der Papst über die soziale Entzweiung aus und mahnte großherzig zur Befriedigung der gerechten Ansprüche der arbeitenden Klassen, wobei er aber die herrschenden Schichten klug zu schonen wußte. Aus verschiedensten Gründen schwang in den katholischen Völkern das Pendel wieder einmal vom Unglauben zu kirchlichem Sinn zurück. Diesen Umschlag wußte Leo klug zu fördern; zwar blieben die Unbelehrbaren unbekehrt, aber unter den Gläubigen wurde der kirchliche Liberalismus entweder sanft überwunden oder mit starker Hand ausgerottet[1]).

[1]) Cr. Crispolti e S. Aureli, „La politica di Leone XIII. da Luigi Galimberti a Mariano Rampolla“ (Rom 1912). Marchese Crispolti war einer der Führer der italienischen Klerikalen, welche eine Verständigung der Kurie mit dem italienischen Staate anbahnen wollten.

Diese Erfolge wurden dadurch möglich, daß Leo XIII. das Fortschreiten der demokratischen Idee richtig erfaßte und sich ihrer als Hebel bediente. Das war für die Geltung der Kirche im französischen Volke von Wichtigkeit. Leo brach mit der überlieferten Politik der Kurie, sich in Frankreich auf die Anhänger der Monarchie zu stützen, und tat, was möglich war, um die treuen Söhne der Kirche mit der Republik auszusöhnen. Durch diese Politik bestärkte er das wohlhabende Bürgertum Frankreichs, das die Leitung der Republik an sich gezogen hatte, in seinem lässigen Wohlwollen der Kirche gegenüber; in diesen Schichten waren die Männer freigeistig, ließen aber ihre Töchter gemeiniglich in Klosterschulen erziehen und mit religiösem Geiste erfüllen. Der Boden war aufgelockert, so daß er die Saat des Antisemitismus willig aufnahm. Eine stürmische Bewegung richtete sich in ganz Europa gegen die Juden, in Frankreich aber wurde auch der Protestantismus als Sünde wider die religiöse Einheit der Nation verfemt. Gegen Ende des Jahrhunderts, unmittelbar nach der Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus (1894), war auf der ganzen Linie der Kampf gegen die Ideen der großen Revolution entbrannt, an dem sich auch alle diejenigen beteiligten, die sich durch die Auswüchse des parlamentarischen Systems abgestoßen fühlten. Der Präsident der Republik Faure hielt sich zur Rechten; unter den Offizieren wuchs die Zahl der monarchisch Gesinnten; für die Aufnahme in den Generalstab war das Bekenntnis zum Klerikalismus die Voraussetzung.

Während in Paris die Wage noch schwankte, standen die deutschen Katholiken seit dem Kulturkampf nahezu durchwegs im Lager Roms, Wien endlich wurde der Kirche durch die antisemitische Bewegung zugeführt. In den österreichischen Donau- und Alpengebieten vollzog sich die Abkehr vom Liberalismus sehr rasch, da für diese Denkrichtung nie mehr als eine dünne Schicht von Wohlhabenden und Gebildeten gewonnen war, und da die historischen Gewalten, Krone, Adel und Klerus, ihr immer entgegengewirkt hatten. Die neugebildete christlich-soziale Partei fand in Karl Lueger einen hochbegabten Führer, den der unbefriedigte Ehrgeiz aus dem liberalen in das demokratische Lager und zuletzt in das des Antisemitismus trieb. Die untere Schicht der Mittelklassen und der niedere Klerus flogen ihm zu, die Bischöfe jedoch und die älteren Führer der Klerikalen waren anfangs der Agitation abhold, da sie die Straße in Bewegung setzte und auch die Verhandlungssäle des Wiener Gemeinderats wie des Parlaments mit

wüsten Szenen füllte: die Verrohung und Selbstzerstörung des österreichischen Parlamentarismus nahm damit ihren Anfang. Daher ließ sich Kardinal Graf Schönborn, Erzbischof von Prag, bestimmen, vom Papste einen Machtspruch gegen die antisemitische Bewegung zu erbitten; in dieser Absicht reiste er auf Wunsch des österreichischen Koalitionsministeriums, in dem 1893—1895 neben Klerikalen auch der Führer der Deutschliberalen Ernst von Plener saß, nach Rom. Der Nuntius in Wien, Agliardi, wirkte aber dem Kardinal Schönborn mit kräftigen Argumenten entgegen. Er überzeugte den Vatikan, daß die christlich-soziale Partei, mochte sie sich noch so stürmisch gebärden und sich auch hie und da zu unehrerbietigen Worten gegen die geistlichen Oberen fortreißen lassen, trefflich als Sturmbock zu gebrauchen war. Damit drang er durch und versöhnte auch die noch widerstrebenden Bischöfe mit der christlich-sozialen Bewegung. Ohne Zweifel erfaßte er vom Standpunkte Roms aus die Sachlage besser als Schönborn; in einer kurz nach dem Tode Luegers gepflogenen Unterredung nahm Agliardi mit Recht seinen Anteil an der Eroberung Wiens durch die Kirche in Anspruch. Im Jahre 1895 gewann die christlich-soziale Partei bei den Wahlen in den Wiener Gemeinderat die Mehrheit, Lueger erhielt 1897 die kaiserliche Bestätigung zum Bürgermeister. Die erlangte Macht übte er mit Mäßigung aus, und der glänzende, aber zügellose Volksredner erwies sich als hervorragender Verwaltungsmann. Die Kirche kam auf ihre Rechnung, denn Wien, dessen führende bürgerliche Oberschicht seit Joseph II. liberal gewesen war, wurde im Sinne Roms wieder eine katholische Stadt.

Also schritt der Vatikan von Sieg zu Sieg. Leo XIII. unterwarf durch seine ehrfurchtgebietende und gewinnende Erscheinung, in der sich Geist und Milde paarten, die Gemüter derer, die ihm nahten. In seinem Inneren waltete aber neben einem mächtigen Verstand auch eine vor den kühnsten Plänen nicht zurückschreckende politische Phantasie. Es war noch unverfänglich, daß er immer hoffte, die orthodoxe Kirche für den Katholizismus, für die Anerkennung des Primates Petri zu gewinnen, daß er an diese Aufgabe heißes Bemühen, emsige Arbeit setzte. Was aber seine Seele vor allem beschäftigte, das war die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papsttums. Daß dieser Wunsch ihn beherrschte, daß er dessen nicht allzu ferne Erfüllung erhoffte, kann nicht befremden, wohl aber der von ihm eingeschlagene Weg. Er erwartete alles von Frankreich, der erstgeborenen Tochter der

Kirche, wo früher oder später die heilige Religion triumphieren müsse. Wenn die römische Kurie, das war seine Rechnung, sich der Republik für die innere französische Politik zur Verfügung stelle, dann werde Frankreich wieder für den Wiederaufbau des Kirchenstaates zu gewinnen sein. Überdies förderte Leo nicht bloß die Interessen Frankreichs, sondern oft auch die des ihm verbündeten Rußland gegen den Dreibund; das war die Strafe dafür, daß die Mittelmächte die Unantastbarkeit des italienischen Königreiches samt seiner Hauptstadt Rom verbürgten. Es mußte doch gelingen, den Kaiser Franz Joseph vom Dreibund loszulösen und zum Anschlusse an das katholische Frankreich zu gewinnen. Dann war Italien leicht zu zerstückeln, der Kirchenstaat konnte wieder aus dessen räuberischen Händen befreit werden. Die Ausführung des großen Planes im einzelnen legte der Papst in die Hände seines Staatssekretärs Rampolla.

Mariano Rampolla Marchese von Tindaro entstammte einem vornehmen sizilianischen Geschlecht, das den Bourbonen ergeben war, und verband die Liebe zur Kirche mit dem Hasse gegen das moderne Italien, dem einen Gefühl so glühend zugetan wie dem anderen. Seine Lebensführung war tadellos, sein politischer Blick umspannte die bewohnte Erde, sein Ehrgeiz zielte auf die dreifache Krone. Aber die ihn verzehrende Leidenschaft verleitete ihn zur Verkennung der lebendigen Kräfte der Zeit, zur Überspannung der ihm zur Verfügung stehenden Macht. Solange Leo XIII. in voller Geistesfrische tätig war, zügelte er den Eifer des Kardinalsekretärs, in den letzten Jahren seines Pontifikats aber ließ er Rampolla in den diplomatischen Geschäften fast ganz gewähren.

Im Zuge dieser Politik wurde der Anspruch Frankreichs auf das Protektorat über die Katholiken des Orients in jeder Weise gefördert. Für Syrien und Palästina wurde die Schutzhoheit durch die Bulle Aspera rerum conditio 1888 anerkannt. Deutschland und Italien erhoben, soweit es ihre eigenen Staatsangehörigen betraf, Einspruch, aber für die einheimischen Katholiken jener Gebiete blieb es bei der päpstlichen Entscheidung. Ebensogut schnitt Frankreich in China ab, wo die Sache deshalb wichtig war, weil es den katholischen Glaubensboten gelang, zahlreiche Einheimische zu bekehren. Dem Pariser Kabinett war die Unterstützung der Kurie willkommen, schon Gambetta hatte seinen Landsleuten zugerufen, der Antiklerikalismus sei kein Exportartikel.

In diesem großen Spiel war Österreich-Ungarn ein wichtiger Stein, es war aber verdrießlich, daß sich die Hofburg nicht für jene weitausgesponnenen Pläne gewinnen ließ. Das scheiterte an dem festen Entschlusse des Kaisers von Österreich, dem Dreibund treu und den Bestrebungen zur Wiederherstellung des Kirchenstaates fernzubleiben. Daran vermochte auch die klerikale Gegenströmung in Österreich nichts zu ändern. Deshalb ließ Rampolla die Donaumonarchie seinen Groll fühlen und glaubte, sie durch Härte unter den Willen Roms beugen zu können. Die Kurie arbeitete, was unangenehm genug war, auf dem Balkan Österreich-Ungarn entgegen, sie durchkreuzte in Ungarn die Absichten der Regierung bei Besetzung von Bischofsstühlen. In Rom bestand ein für dalmatinische Priester gestiftetes Kollegium, das des heiligen Hieronymus, in dem sich ein Streit zwischen Kroaten und Italienern erhob. Das Wiener Kabinett trat für die Kroaten ein, der Vatikan für die andere Partei. Darüber kam es zwischen Rampolla und dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szecsen mehrmals zu unliebsamen Auseinandersetzungen. Als Szecsen einmal wieder auf die Angelegenheit zurückkam, rief der Staatssekretär hochmütig aus, er wolle von der Sache nicht mehr sprechen. Diese im diplomatischen Verkehr ungewöhnliche Ablehnung wurde vom Botschafter als Verletzung der Würde der von ihm vertretenen Monarchie angesehen, und er erwiderte: wenn Rampolla das Gespräch verweigere, gedenke er von Rom abzureisen, und auf Jahre hinaus werde es keinen österreichisch-ungarischen Botschafter beim Vatikan geben. Da erst lenkte der Staatssekretär ein.

Äußerlich waren die Beziehungen der Kurie zum Berliner Kabinett besser, aber im Grunde war den römischen Eiferern das protestantische Deutschland ebenso widerwärtig wie Italien. Ein Artikel des „Osservatore cattolico", eines römischen Jesuitenblattes, wetterte im März 1903 gegen Kaiser Wilhelm als den Oberpontifex des Protestantismus: sein Liebäugeln mit der katholischen Kirche sei fruchtlos; der Papst habe Frankreich stets gegen den Dreibund gestützt und dabei werde es bleiben. Es mag sein, daß der Übereifer des Blattes Rampolla unbequem war; im Wesen jedoch war die Politik des Vatikans mit jenen Worten richtig gezeichnet.

Rampolla hatte den Bogen überspannt. Am 20. Juli 1903 starb, 93 Jahre alt, Papst Leo XIII., und der Kardinalsekretär, die stärkste Persönlichkeit im heiligen Kollegium, rechnete mit Zuversicht auf die

Tiara. Die Mehrheit der Stimmen war ihm günstig. Da traf ihn der rächende Schlag. Am 3. August ließ der Kaiser von Österreich gegen die Wahl Rampollas im Konklave sein Veto einlegen. Die Kardinäle erklärten zwar, kein weltlicher Herrscher habe das Recht des Eingreifens in die Papstwahl, aber sie waren dem verehrten Herrscher zu Willen, ließen Rampolla fallen und erhoben den Patriarchen von Venedig Josef Sarto, der sich den Namen Pius X. beilegte, auf den päpstlichen Stuhl.

Solche Bestimmtheit hatte Rampolla bei Kaiser Franz Joseph nicht vermutet. Indessen stand in der Hofburg seit längerer Zeit der Entschluß fest. Kardinal Graf Schönborn besaß seit Jahren die Vollmacht, im nächsten Konklave Rampolla die Exklusive zu geben: so erzählte später mehr als einmal der Bruder des Kardinals, seinerzeit österreichischer Justizminister. Kardinal Schönborn starb jedoch vor Leo XIII., und nach ihm sollte der Kardinalerzbischof von Wien Gruscha mit derselben Aufgabe betraut werden. Nun war im 17. und 18. Jahrhundert die Exklusive wiederholt mit Erfolg ausgeübt worden, worunter man die Befugnis der vier Herrscher des Deutschen Reiches, Frankreichs, Spaniens und Neapels verstand, je einen Kardinal von der Wahl auszuschließen; aber wiederholt hatte der Heilige Stuhl Eingriffe dieser Art für eine Verletzung der Freiheit der Kirche erklärt und verurteilt. Gruscha lehnte daher den Auftrag ab, der darauf vom Fürstbischof von Krakau Puzyna übernommen wurde. Dieser sprach im Konklave das entscheidende Wort, worauf Rampolla mit großer Gebärde erklärte, er rechne sich die Ausschließung zur Ehre an. Denn er betrachtete sich als Opfer für die Freiheit der Kirche gegen die Überhebung der weltlichen Macht.

Noch nach einer anderen Richtung hin erlebte Rampolla eine große Enttäuschung: die Französische Republik, für welche die römische Kurie so viel getan hatte, wendete sich vollständig von ihr ab. Die Übergriffe der klerikal-antisemitischen Reaktion riefen im französischen Volke eine Gegenbewegung hervor, welche zu einer Revision des Dreyfusprozesses führte. Ein demokratischer Block wurde gebildet, in dem Waldeck-Rousseau die gemäßigten Republikaner, Clémenceau die Radikalen, Jaurès die Sozialisten führte. Bei den Wahlen von 1898 behielten die Ideen der Revolution über die Schatten der Vergangenheit die Oberhand. Der plötzliche Tod des Präsidenten Faure am 16. Februar 1899 machte es möglich, in Emil Loubet einen strammen

Republikaner an die Spitze des Staates zu stellen. Das Ministerium Waldeck-Rousseau (1899 bis 1902) wagte die Begnadigung des Hauptmanns Dreyfus und führte den ersten Schlag gegen die Kirche, indem es alle vom Staate nicht genehmigten geistlichen Orden und Körperschaften, darunter die Jesuitenkollegien, auflöste. Dabei wollte Waldeck-Rousseau stehenbleiben, aber das nächste Ministerium Combes (1902 bis 1905) ging weiter, als sein Vorgänger für gut hielt, und untersagte allen geistlichen Körperschaften ohne Unterschied die Erteilung von Unterricht. Viele Tausende von Ordensschulen wurden geschlossen, zahlreiche Mitglieder der Kongregationen gingen in die Verbannung. Aus dem Offizierskorps, der Beamtenschaft und der Diplomatie wurden alle nichtdemokratischen Elemente ohne Schonung entfernt.

Die ganze Lebensarbeit Rampollas brach zusammen. Er war so offenherzig zu gestehen, daß er sich in bezug auf Frankreich gänzlich geirrt hatte. Leo XIII. zwar stieg mit dem Rufe eines großen Staatsmannes ins Grab, Rampolla aber büßte den Fehler seiner Rechnung mit dem Entgang der Tiara.

*

Giolitti und Tittoni. Loubet in Rom

Das energische Auftreten des Kaisers von Österreich gegen den gemeinsamen Gegner trug zur Verbesserung der österreichisch-italienischen Beziehungen viel bei. Dazu kam, daß Prinetti am 21. April 1903 krankheitshalber aus dem Amte scheiden mußte und daß am 21. Oktober desselben Jahres auch der greise Zanardelli vom öffentlichen Leben Abschied nahm. Giolitti trat an die Spitze der neuen Regierung, zum Minister des Äußern wurde Tittoni ernannt, und damit erhielt Italien eine starke Regierung. Ministerpräsident Giolitti sah im Dreibund nicht bloß einen Notbehelf, sondern war von dessen Wert für Italien überzeugt; zudem war er nicht der Mann, um nach der Volksgunst zu buhlen und den Irredentisten unter dem Tisch die Hand zu drücken. Nicht, daß er die Freundschaft Frankreichs geringschätzte, auch er hielt sie für notwendig, um die Erwerbung von Tripolis vorzubereiten. Es kam Italien zugute, daß sich zu dieser Zeit die Verständigung Frankreichs und Englands anbahnte; da nun Italien

seit 1887 immer mit Großbritannien zusammenging, war das römische Kabinett nicht mehr in der unangenehmen Lage, zwischen den zwei Westmächten eine Wahl treffen zu müssen, die, wie immer sie fiel, Italien gefährlich werden konnte.

Der neue Minister des Äußern Tommaso Tittoni war danach geartet, um aus den Verhältnissen Vorteil zu ziehen. Er war der geschmeidige Italiener, wie er in der Vorstellung der Menschen nördlich von den Alpen lebt. Einschmeichelnd und liebenswürdig, wenn er Wert darauf legte zu gewinnen, abweisend gegen die ihm Gleichgültigen, verschlagen nach dem Rezepte Machiavellis: so steuerte er zwischen den zwei europäischen Bündnissen durch. Wollte ihn der deutsche Botschafter Graf Monts oder der französische, Barrère, festhalten, so entglitt er dem einen wie dem anderen. Er stammte aus einer Familie reichgewordener Gutspächter; diese mercanti di campagna kommen oft in die Höhe, während ihre hochadeligen Gutsherren verarmen. Tittoni wurde mit 32 Jahren ins Parlament gewählt, vertauschte jedoch das Mandat mit einer Präfektur, zuerst von Perugia, später von Neapel. Das zweite dieser Ämter gilt für das schwierigste in der italienischen Verwaltung, Tittoni aber bewährte sich auch an dieser Stelle. Er nahm den König Eduard von England, als dieser im April 1903 Viktor Emanuel besuchte, so für sich ein, daß Eduard ihn dem König von Italien angelegentlich empfahl. Nach allgemeiner Annahme hatte dies seine Ernennung zum Minister des Äußern im November 1903 zur Folge.

Ministerpräsident Giolitti war eine autoritäre Natur und empfand völkerrechtswidrige Kundgebungen gegen Österreich als Störung. Auch Tittoni wendete sich in der Kammer am 15. Dezember 1903 bestimmt gegen den irredentistischen „Universitäts- oder Parlamentsdilettantismus". Ärgerliche Streitigkeiten erhoben sich zwischen Deutschen und Italienern an den Universitäten zu Wien und Innsbruck; es geschah dabei so manches, was die öffentliche Meinung in Italien aufzuregen geeignet war. Infolgedessen kam es wiederholt zu feindseligen Kundgebungen gegen Österreich. Am ärgsten ging es Anfang Juni 1904 in Rom zu, wo die österreichisch-ungarische Botschaft mit Steinen bombardiert wurde; am 2. Juni mußte über die Hauptstadt der kleine Belagerungszustand verhängt werden. Fast ebensogroß war die Aufregung im November, als die deutschen Studenten Innsbrucks mit Gewalt die Eröffnung der italienischen Parallelkurse an der Rechtsfakultät der tirolischen Hauptstadt vereitelten. Die italienische Regierung hielt

sich korrekt und erwiderte auf parlamentarische Interpellationen, der Bestand einer italienischen Rechtsfakultät in Österreich sei eine innere Angelegenheit dieses Staates, in die sich Italien nicht mischen könne. Als der Präsident des italienischen Parlaments Marcora im August 1905 in einer Trauerrede auf einen Kämpfer des Jahres 1866 von „unserem Tirol" sprach und das Wiener Kabinett sich darüber beschwerte, drückte die italienische Regierung ihr Bedauern aus und versicherte, irredentistische Absichten hätten Marcora ferngelegen.

Das gute Einvernehmen der Kabinette von Wien und Rom erstreckte sich auch auf den Balkan. Darüber verbreitete sich Tittoni in der bereits erwähnten Rede vom 15. Dezember 1903. Er trat der österreichischen Auffassung bei, daß Albanien für beide Mächte ein Nolimetangere bleiben müsse, solle ihre Freundschaft nicht Schaden leiden; denn die Herrschaft über Albanien bedeute die Alleinherrschaft über die Adria. Befriedigt erwähnte er auch die Versicherung der österreichisch-ungarischen Regierung, sie hege keine Absicht auf Mazedonien[1]).

Es schmeichelte Italien, daß, als König Eduard im April 1903 seinen Antrittsbesuch bei König Viktor Emanuel machte, im Monate darauf auch Kaiser Wilhelm sich in Rom einstellte; das sah wie ein Wettbewerb um Italien aus. Wichtiger aber war, was zwischen Rom und Paris vorging. Im Oktober 1903 besuchte König Viktor Emanuel den Präsidenten der Französischen Republik, und aus diesem Anlasse wurde die Verabredung über den Gegenbesuch Loubets in Rom getroffen. Dieses Ereignis fand darauf im April 1904 statt und war deshalb von großer Bedeutung, weil Loubet das erste Oberhaupt eines katholischen Staates war, das sich über das Verbot des Heiligen Stuhles hinwegsetzte; es war für den Papst schmerzlich, daß der Präsident im Quirinal, also in dem Palast zu Gaste war, den Pius IX. bis zu seiner Vertreibung bewohnt hatte. So vollständig hatte die kirchenfeindliche Politik in Frankreich gesiegt. Die Kurie erhob gegen den Besuch Loubets in Paris Protest und wandte sich in einem Rundschreiben vom 28. April 1904 mit ihrer Beschwerde an alle katholischen Staaten; sie wollte verhindern, daß das böse Beispiel Frankreichs Nachahmung fände. Die französische Regierung aber erklärte es als

[1]) „Italien, der Dreibund und die Balkanfrage." Eine Auswahl der Reden Tittonis (Berlin 1913).

schwere Beleidigung, daß sie vom Papste vor aller Welt auf die Anklagebank gesetzt wurde; sie berief deshalb ihren Botschafter Nisard im Juli 1904 von seinem Posten ab. Delcassé wollte mit Hinblick auf die Geltung Frankreichs bei den Katholiken des Orients den vollständigen Bruch verhindern und gedachte die Verbindung mit dem Vatikan durch einen diplomatischen Agenten auch ferner zu pflegen. Das aber wurde von Jaurès verhindert; unter Abberufung der noch in Rom gebliebenen Mitglieder der Botschaft wurden die Beziehungen zum Heiligen Stuhl abgebrochen; sie blieben es auch noch während des Weltkrieges.

Diese Ereignisse machten auf die öffentliche Meinung Italiens einen nachhaltigen Eindruck. Der Präsident der Französischen Republik hatte sich über die Rücksicht auf die Kurie hinweggesetzt, der sich alle katholischen Souveräne beugten. Man verglich seine Haltung mit der des Kaisers von Österreich, des Bundesgenossen des Königs von Italien, und fand, daß Frankreich mehr biete als der Bund mit den Mittelmächten. Es lag ein Widerspruch darin, daß die Herrscher von Österreich-Ungarn und Italien zwar verpflichtet waren, einander gegebenen Falls mit ihrem Heere zu Hilfe zu kommen, daß sie sich aber nicht die Hände zum Gruße reichen konnten. Auch auf das Verhältnis Italiens zu Deutschland fiel durch den Besuch Loubets ein Schatten. Es kam aus diesem Anlasse zu einem Zusammenstoße Tittonis mit dem deutschen Botschafter. Sie trafen bezüglich des Zeremoniells eine Verabredung, über die sich aber der italienische Minister hinwegsetzte; die beim Festmahle vom König und von Loubet gehaltenen Trinksprüche widersprachen dem Abkommen. Graf Monts ließ sich das nicht gefallen, er erhob scharfe Vorstellungen und wies die Ausreden Tittonis als nichtssagend zurück. Die gehaltenen Trinksprüche zeigen, daß die italienische Regierung mit der französischen Freundschaft vor Europa Staat machen wollte.

*

Geänderte Gruppierung der europäischen Mächte

Durch den Sieg des Radikalismus in Frankreich wurden die verwandten Parteien Italiens ermutigt und gehoben. Sie fühlten sich, solange die rückläufige Strömung in der benachbarten Republik über-

wog, von dieser nicht gerade angezogen. Jetzt schlossen sie sich eng an das papstfeindliche Frankreich an: die Verbrüderung zwischen den zwei lateinischen Völkern wurde ein Glaubenssatz des Radikalismus — sie war durch das vom Botschafter Barrère reichlich verteilte Geld für viele auch zu einem vorteilhaften Geschäft geworden. Die Freimaurer in beiden Ländern waren die Apostel des Kampfes nicht bloß gegen den Vatikan, sondern auch gegen Österreich. So flossen der Irredentismus, die Freimaurerei — in den romanischen Ländern ein wichtiger politischer Faktor — und republikanische Gesinnung in einen immer mehr anschwellenden Strom zusammen.

Die häßlichste Erscheinung in diesem Getriebe war der dem Triestiner Oberdank gewidmete Kultus. Der junge Mann hatte für die Unsterblichkeit nichts geleistet als einen Mordanschlag auf Kaiser Franz Joseph; rechtzeitig verhaftet, wurde er der Schuld überwiesen und 1882 in Triest hingerichtet. Der politische Mord war in den italienischen Einheitskämpfen nichts Seltenes gewesen: den Grafen Rossi, Ministerpräsidenten des Papstes, tötete 1848 ein Dolchstoß, in den Jahren darauf, besonders 1853, fiel eine Reihe von österreichischen Offizieren den von Mazzini ausgesandten Mördern zum Opfer. Aber die Verherrlichung des Meuchelmordes knüpft erst an Oberdank an. Es ist kein Zufall, daß in den zwei Jahrzehnten nach ihm eine auffallend große Zahl anarchistischer Mordattentate gerade von Italienern ausgingen. Ein Dolchstoß, rechtzeitig versetzt, war in Italien seit alters her ein oft angewandtes Mittel, sich einen Feind vom Halse zu schaffen. Da der politische Mord außerdem noch gefeiert wurde, war die Tat verlockend geworden. Unter den gelungenen anarchistischen Attentaten sind die bekanntesten durch Italiener erfolgt: die Ermordung des Präsidenten der Französischen Republik Sadi-Carnot 1893 durch Caserio, die der Kaiserin Elisabeth 1898 durch Lucheni, endlich des Königs Humbert 1900 durch Bresci. Die Regierung des Königreiches verbot zwar — bis zum Weltkriege — öffentliche Kundgebungen und Umzüge zum Preise Oberdanks, aber in manchem Klub der radikalen Parteien stand dessen immer aufs neue bekränzte Büste; zu Venedig wurde im Circolo Garibaldi sein Standbild am 9. Januar 1912 enthüllt[1]). Als der österreichisch-ungarische Botschafter sich über den Unfug beschwerte, entschuldigte sich die italienische Regierung damit, daß die

[1]) Danzers „Armeezeitung", 3. Juni 1915

Polizei gegen das, was im Innern eines Klubs vorgehe, machtlos sei. Das war jedoch eine nichtsnutzige Ausrede: denn die Aufstellung der Büste Brescis, des Mörders des Königs Humbert, wäre unter keinen Umständen geduldet worden. Es war vom Standpunkte der italienischen Meuchler nur folgerichtig, daß auch die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin von ihnen gefeiert wurden, so von Mussolini in einem ruchlosen Artikel des „Popolo d'Italia" vom 10. Juli 1915, der mit den Worten schloß: „Heil dem Revolver Prinzips und der Bombe des Cabrinovic!"

So zeigte Italien ein doppeltes Antlitz. Die radikale Minderheit drängte zum Kriege gegen Österreich-Ungarn, die amtliche Politik hielt noch zum Dreibund. Nicht bloß Giolitti, der es aufrichtig meinte, auch Tittoni, auch Sonnino und Luzzatti, beide zeitweise Ministerpräsidenten, mit einem Worte sämtliche Führer der Monarchisten beteuerten in Programmen und Reden ihre Bündnistreue.

Gefühlsmomente waren auch in diesem Falle nicht ausschlaggebend. Bei den meisten Italienern, auch bei König Viktor Emanuel, richtete sich Halten oder Brechen des Bündnisvertrages nach Erwägungen politischen Vor- und Nachteils. Die geachtete militärische Macht Österreich-Ungarns, der Wunsch, nicht gestört zu werden, wenn in Tripolis die Frucht reifte, Deutschlands Übergewicht zu Lande sprachen noch für das Beharren im Dreibund. Da trat aber im Mittelländischen Meer eine wichtige Änderung ein. England und Frankreich, durch Jahrhunderte Nebenbuhler, söhnten sich durch den Vertrag vom 8. April 1904 aus und schlossen enge Freundschaft. Italien wäre unfähig gewesen, an der Südküste des Mittelländischen Meeres etwas zu erreichen, wenn es den zwei jetzt verbündeten Mächten die Stirne bot. Es konnte nicht wagen, seine Küsten und Häfen dem Angriffe einer englisch-französischen Flotte auszusetzen. Zu Lande waren die Mittelreiche offenbar stärker, zur See der englisch-französische Block allmächtig. So lavierte die italienische Regierung in den nächsten Jahren mit vieler Geschicklichkeit und noch größerer Unzuverlässigkeit zwischen den zwei Kräftegruppen. Von da an waren Deutschland und Österreich-Ungarn auf sich selbst und ihre wechselseitige Hilfe angewiesen.

XVI

Englisch-französische Verständigung

1904

XVI. Englisch-französische Verständigung 1904

Als Großbritannien der Zerklüftung des europäischen Festlandes noch mit ruhigem Behagen zusehen konnte, hatte der Ausspruch Salisburys von der glänzenden Isolierung Englands seine Berechtigung. Während des Burenkrieges jedoch, als Britannien von allgemeiner Abneigung umflutet war, verlor jenes Wort auch den Schein der Wahrheit. Die Nation fühlte sich in ihrer Vereinsamung unbehaglich, die nur so lange ungefährlich war, als die Mächte des Festlandes, um mit Alexander von Peez zu sprechen, sich in unfruchtbaren und boshaften Zänkereien gefielen. Wie aber, wenn sie sich verständigten? Diese schlimme Aussicht bewirkte, daß sich im Jahre 1902 auf britischem Boden eine Reihe von Paniken ablösten. Bald hieß es in einer Zeitung, ein Heer werde an der Küste Deutschlands zusammengezogen, um auf den britischen Inseln zu landen, dann wieder, Rußland schiebe Truppen nach Asien, um sich den Weg nach Indien zu öffnen. Denn Deutsche und Russen wurden am meisten beargwohnt: wenn der russische Finanzminister recht behielt, und die zwei Reiche sich verbanden, war die englische Kolonialherrschaft ernstlich bedroht[1]).

Salisbury, der über die Absichten der deutschen Regierung unterrichtet und von Vorurteilen frei war, teilte diese Sorge nicht. Krank und müde geworden, übergab er 1900 das Ministerium des Äußern dem Marquis von Lansdowne, blieb aber bis zum Juli 1902 Premierminister; dann zog er sich, erschüttert durch den Tod seiner Gattin, vom öffentlichen Leben zurück, weilte aber nur noch bis 1903 unter den

[1]) Über die Strömungen in der öffentlichen Meinung Englands zu dieser Zeit gibt einen trefflichen Überblick Jean Bardoux' „Essai d'une psychologie de l'Angleterre contemporaine. Les crises politiques" (Paris 1906), besonders im Kapitel: „La poussée germanophobe", S. 190ff. Die Panik von 1902 beschränkte sich auf die Politik, ohne auf die Volkswirtschaft überzuspringen; das ist der Grund, daß sie in das Buch von F. W. Hirst: „The six Panics and other Essays" (London 1913) nicht Aufnahme gefunden hat.

Lebenden. Solange er Premier war, geschah nichts ohne ihn. Er nun sah in Rußland den gefährlichen Gegner, gegen den sich England schützen müsse. Als daher Japan ein Bündnis anbot, war die britische Regierung einverstanden, und es kam am 30. Januar 1902 zum Abschlusse.

Die Allianz mit Japan richtete die Spitze gegen Rußland, und so hielt es die amtliche englische Politik bis nach den Schlachten in der Mandschurei, bis den Briten die Sorge um Indien von der Seele genommen war. Salisburys Nachfolger im Amte des Premiers, sein Neffe Arthur Balfour, unter dem Lansdowne die auswärtigen Angelegenheiten weiter leitete, blieb zunächst im selben Geleise. Der Großteil der maßgebenden zwei Parteien unterstützte diese Politik. Dazwischen aber grollte es vernehmlich auch gegen Deutschland. Das Zarenreich war nur in politischer Beziehung gefährlich, die Deutschen aber bedrängten von Tag zu Tag mehr den Handel und die Industrie Großbritanniens. Noch stärker ging das Anwachsen der deutschen Kriegsflotte dem Inselvolk auf die Nerven.

*

Deutschfeindliche Stimmen in England

Da die zwei großen Parteien mit der äußeren Politik der Regierung einverstanden waren, blieben auch ihre leitenden Organe Deutschland gegenüber in höflicher, zuwartender Haltung. Das galt im allgemeinen sowohl von dem konservativen „Standard“ wie von den ausgesprochen liberalen Tagesblättern, den „Daily News“, dem „Daily Telegraph“ und dem „Daily Chronicle“. Die „Times“ hatten immer ihre eigene Politik getrieben, waren aber von ihrer früheren Bedeutung herabgesunken und in ihrem Absatz durch die billigeren Zeitungen überholt; ihr Auslandsdienst jedoch behauptete sich auf der alten Höhe. Das Blatt machte alle Anstrengungen, sich wieder einen größeren Leserkreis zu verschaffen, und glaubte zu dem geeigneten Mittel zu greifen, wenn es sich in die nationalistische Strömung warf. Das geschah mit der Hast, die durch den Rückgang seiner Verbreitung hervorgerufen wurde; das Vorgehen stand aber im Widerspruch mit der maßvollen äußeren Politik,

welche von den „Times" in den Tagen ihres Glanzes betrieben worden war. Unter den Korrespondenten des Blattes schrieb besonders Saunders in Berlin so deutschfeindlich, daß der Staatssekretär Freiherr von Richthofen ihm einmal vor Zeugen sagte, seine Berichterstattung sei für beide Länder geradezu ein Unheil[1]). Die „Times" gingen aber noch nicht so weit wie die „Daily Mail", die 1896 von Harmsworth, späterem Lord Northcliffe, gegründet wurde. Dieser gewissenlose Geschäftsmann verschaffte seinem Blatt durch dessen Billigkeit wie durch das Anschmiegen an die wechselnde öffentliche Meinung die größte Verbreitung unter allen Tageszeitungen; war doch die „Daily Mail" das erste Tagblatt, das nur einen halben Penny kostete. Eines der von Harmsworth-Northcliffe angewendeten Reizmittel war die nie rastende Hetze gegen Deutschland, so daß er einer der ruchlosen Anstifter des Weltkrieges geworden ist.

Unter den Wochenschriften trieb besonders die „National Review" zum Kriege, in der Maxse der leitende Kopf war. Hier wurde, wie man annimmt, zum erstenmal das Schlagwort von der wünschenswerten Einkreisung Deutschlands ausgegeben und zu diesem Zwecke die Versöhnung mit dem Zarenreiche wie ein Bündnis mit dem Panslawismus empfohlen. Das geschah in zwei am 1. Januar 1902 veröffentlichten Aufsätzen, einem förmlichen Programm des Deutschenhasses. In dem ersten heißt es: „Lasset uns die Feindschaft der Deutschen gegen die Engländer dadurch bekämpfen, daß wir an der Isolierung Deutschlands arbeiten. Lassen wir es die Gefahren seiner traurigen geographischen Lage fühlen, zwischen dem die Revanche herbeiwünschenden Frankreich und dem an der Spitze des unversöhnlichen Slawentums stehenden Rußland... Es ist hohe Zeit für die Deutschen, zu erkennen, daß vollständige Isolierung, hervorgerufen durch allgemeine Abneigung und durch Mißtrauen, binnen kurzem ihr Los in Europa werden kann. Lasset sie über diesen Punkt nachdenken und ihre Sitten bessern. Wir in England wenigstens sind durch ihren Hohn in eine Stimmung versetzt, die am besten durch die Übertragung des berühmten Zurufes Gambettas an die Klerikalen ausgedrückt werden kann: ‚Deutschland ist der Feind!'" Denselben Geist atmete jede Nummer der Zeitschrift, so auch der im März 1902 veröffentlichte Aufsatz Sir Roland Blennerhassetts, in dem die Notwendigkeit des Bundes mit Rußland ausführ-

[1]) Th. Schiemann, „Deutschland und die große Politik", Jahrgang 1902, S. 240.

lich begründet wurde und der in dem Satze ausklang: die Leitung der Welt im 20. Jahrhundert werde zwischen Angelsachsen und Slawen geteilt werden.

Unter den liberalen Organen stand die „Fortnightly Review" an der Spitze derjenigen, die die Allianz mit dem Zarenreiche empfahlen. Auffallend war, daß hier die alte Abneigung der Liberalen gegen den russischen Despotismus ganz zurücktrat; Zeugnis dafür die mit Calchas gezeichneten Artikel und noch mehr der Umstand, daß in dieser Revue der für den Panslawismus wirkende Korrespondent der „Nowoje Wremja" in London, Wesselitzky-Boshidarowitsch, unter dem Decknamen Ignotus die bösartigsten Angriffe gegen Deutschland ablagern durfte. Der soziale Mittelpunkt für diese Bestrebungen war der Salon der Frau Olga Nowikow, der Witwe eines russischen Offiziers; sie war die Schwägerin des Diplomaten Nowikow, der längere Zeit in Wien und in Konstantinopel als Botschafter tätig war. Da sie mit Gladstone und anderen hervorragenden Männern in naher Verbindung stand und eifrig für ihr Vaterland wirkte, erwarb sie sich den Beinamen des „Parlamentsmitgliedes für Rußland"[1]).

Im Winter von 1902 auf 1903 wurde die Sprache der britischen Presse immer gereizter, und aus Deutschland blieben die Antworten nicht aus. Nur bestand der Unterschied, daß kein großes deutsches Blatt zu einer gegen England gerichteten Bündnispolitik aufforderte. Indessen war zumal in alldeutschen Büchern und Zeitungen Schlimmes genug über Großbritannien zu lesen. Diese Ausfälle gaben den Anstoß zu einer Reihe von Artikeln, die im Winter auf 1903 in der konservativen Wochenschrift „The Spectator" unter dem Titel „German Ambitions" (Deutscher Ehrgeiz) erschienen und eine Blütenlese aus nationalistischen Büchern, Reden und Zeitungen Deutschlands enthielten[2]). Der anonyme Autor verband mit ausgebreiteter Belesenheit die Gabe geschickten Anordnens; so erhielt der englische Leser den gruseligen Eindruck, daß durch die Ländergier der Deutschen nicht bloß seine eigene Nation, sondern auch Franzosen, Russen, Holländer wie überhaupt alle Nachbarvölker bedroht wären. An der Spitze prangt der Ausspruch Treitschkes: „Mit Österreich, mit Frankreich,

[1]) „The M. P. for Russia. Reminiscences and correspondance of Madame Olga Novikoff". Edited by W. T. Stead. 2 Bde. London 1909.

[2]) Die Aufsätze sind selbständig herausgegeben als „German Ambitions" by „Vigilans et aequus" (London 1903).

mit Rußland haben wir abgerechnet; die letzte Abrechnung mit England wird voraussichtlich die langwierigste und schwierigste sein." Die rhetorische Zuspitzung dieses Satzes enthält eine handgreifliche historische Ungenauigkeit, denn es hatte doch mit Rußland keine Abrechnung stattgefunden. Wären übrigens die ungestümen Ausfälle des genialen, aber einer leidenschaftslosen Betrachtung unfähigen Schriftstellers ein Abbild der politischen Stimmung seiner Nation gewesen und hätte er wirklich ihre Politik bestimmt, so würde sie von ihm auch zum Hasse gegen Österreich erzogen worden sein: denn gegen dieses richtete er nach dem Abschlusse des Bündnisses von 1879 ebenso heftige Angriffe wie vorher, hierin ein schlechter Dolmetsch der Politik Bismarcks. Diese Verirrung hat weiter keinen Schaden gestiftet, um so größeren die Ausfälle auf England, die in den Zitatenschatz der Presse aller angelsächsischen Länder übergegangen sind. Übrigens erkannte der Verfasser der „German Ambitions" an, daß es auch in Deutschland gerechte Beurteiler Großbritanniens gab, wie den Historiker Erich Marcks, der in seinen 1900 erschienenen Vorträgen „Deutschland und England" mit voller Unbefangenheit die Verdienste der britischen Nation um die Kultur der Menschheit anerkannte[1]).

*

Verstimmungen zwischen den Kabinetten von Berlin und London

Über alle widrigen Erscheinungen hinweg stand indessen die Tatsache fest, daß das britische Volk in übergroßer Mehrheit ebenso wie das deutsche die Erhaltung des Friedens wünschte. Viele Männer von Ansehen waren auch in England in diesem Sinne tätig, und die englische Regierung hat die Politik der Einkreisung erst aufgenommen, als Rußland von Japan besiegt und die Sorge um Indien geschwunden war.

Eine gewisse Verstimmung zwischen London und Berlin bestand

[1]) Die Vorträge sind in die Sammlung von Aufsätzen Erich Marcks' „Männer und Zeiten" (2. Band) aufgenommen (Leipzig 1911).

jedoch und äußerte sich bei verschiedenen Anlässen. Von der Meinungsverschiedenheit über die in China zu befolgende Politik ist bereits die Rede gewesen. Dazwischen kam es zu einem parlamentarischen Wortgefecht zwischen Bülow und Chamberlain. Anlaß war die vom englischen Kolonialminister am 25. Oktober 1901 zu Edinburg gehaltene Rede, in der die harten Maßregeln verteidigt wurden, die von der britischen Regierung gegen die Buren ergriffen waren. In früheren Kriegen, so behauptete er, hätten andere Völker, die jetzt den Vorwurf der Barbarei und der Grausamkeit gegen England erhoben, ähnlich gehandelt. „Die englische Regierung aber," so fuhr Chamberlain fort, „werde sich nie dem nähern, was diese Nationen in Polen, im Kaukasus, in Bosnien, in Tongking und im Kriege von 1870 begingen." In Deutschland rauschte Entrüstung darüber auf, daß Chamberlain dem deutschen Heer von 1870 Barbareien zuschrieb. In diesem Sinne sagte Bülow am 8. Januar 1902 im Reichstage: „Das deutsche Heer steht viel zu hoch und sein Wappen ist zu blank, als daß es durch schiefe Urteile berührt werden könnte! Von so etwas gilt, was Friedrich der Große einmal sagte, als man ihm davon sprach, daß jemand ihn und die preußische Armee angegriffen hatte: ‚Laßt den Mann gewähren', sagte der große König, ‚und regt euch nicht auf, er beißt auf Granit.'" Chamberlain erwiderte gereizt und fühlte sich um so unangenehmer berührt, als gerade er der Fürsprecher einer Allianz mit Deutschland gewesen war. Indessen ging die Trübung vorüber, da die korrekte Haltung der deutschen Regierung den Buren gegenüber in England Anerkennung fand. Dies besonders, als die Burengenerale nach der Unterwerfung ihres Volkes Europa bereisten und im Herbst 1902 vom Kaiser Wilhelm empfangen zu werden wünschten. Der Kaiser war hierzu bereit, jedoch unter der Bedingung, daß die Generale sich dem internationalen Brauche fügten und sich, jetzt Angehörige des britischen Reiches, vom englischen Botschafter einführen ließen; da sie sich dessen weigerten, unterblieb die Audienz. Kaiser Wilhelm wurde bei dem darauf im November 1902 zu London abgestatteten Besuche vom Volke mit Zeichen der Sympathie aufgenommen.

Zur selben Zeit kam es zu einem diplomatischen und militärischen Zusammenwirken Englands und Deutschlands. Es richtete sich gegen Venezuela, dessen Präsident Castro sich Räubereien gegen deutsche und britische Staatsangehörige erlaubt hatte. Um ihn zur Vernunft zu bringen und Genugtuung zu erzwingen, blockierten 1902 Kriegsschiffe

der zwei Staaten die Küste von Venezuela. Da nun zeigte sich, wie tief die öffentliche Meinung Großbritanniens bereits gegen Deutschland aufgewühlt war. Es regnete Proteste gegen die gemeinsame Aktion. Der hervorragende Statistiker Sir Robert Giffen und Lord Charles Beresford, ehemaliger Marineminister, rückten in die „Times" unwillige Erklärungen ein; Lord Rosebery schloß sich ihnen am 2. März 1903 im Oberhause an. Die „Times" brachten einen heftigen Angriff auf den Minister des Äußern, worin es hieß: „Lord Lansdowne scheint unglücklicherweise keine klare Idee von dem Widerstreben gehabt zu haben, welches in diesem Lande durch jedes Zusammenwirken mit Deutschland hervorgerufen wird." Indessen führte die englische Regierung das Begonnene durch, bis Castros Hartnäckigkeit gebrochen war. Diese Aktion war für lange Jahre die letzte, bei der Deutsche und Briten zusammenstanden.

Dem Zuge der öffentlichen Meinung folgend, rückte die englische Regierung von 1903 an deutlich von Deutschland ab. Das zeigte sich zuerst in ihrer Stellung zur Bagdadbahn-Gesellschaft. Das Abkommen der Gesellschaft mit der Türkei wurde von der deutschen Regierung dem Londoner und dem Pariser Kabinett vorgelegt und zugleich vorgeschlagen, die drei Großmächte sollten den Bau und die Verwaltung der Bahn unter internationale Aufsicht stellen. Dieser Einladung folgte die französische Regierung, und der englische Botschafter in Berlin Frank Lascelles empfahl in London gleiches Vorgehen. Davon wollte jedoch die englische Presse nichts wissen und die Regierung lehnte den deutschen Vorschlag ab. Premierminister Balfour erklärte im April 1903 dem Unterhause, das von Deutschland empfohlene Übereinkommen böte keine genügende Bürgschaft dagegen, daß fremde Reisende und Güter auf der Bahn günstiger behandelt werden würden als englische. Von da an legte Großbritannien dem Bau der Bagdadbahn immer neue Schwierigkeiten in den Weg.

Größer noch war die unmittelbare Wirkung eines Streites, der sich zwischen London und Berlin wegen der Zollpolitik Kanadas erhob. Das kanadische Staatswesen schloß sich, der britisch-imperialistischen Strömung folgend, dem Mutterland eng an und gewährte diesem einen Zollnachlaß, zuerst von 25 Prozent, seit 1900 von $33^1/_3$ Prozent. Deutschland sah in der steigenden Begünstigung einen Nachteil für seinen Handel und belegte die Einfuhren aus Kanada mit den höheren Zollsätzen seines Generaltarifs. Solange der Burenkrieg dauerte, ließen

Großbritannien und Kanada die Sache unter Protest auf sich beruhen. Dann aber wurde der Fehdehandschuh aufgenommen, und im April 1903 legte Kanada auf die aus Deutschland kommenden Waren einen Strafzoll von 33 Prozent. Das Berliner Kabinett machte kein Hehl daraus, daß es durch seine Maßregel die anderen englischen Kolonien von der Bevorzugung des Mutterlandes abhalten wollte. Damit war aber dem großen Plane zur Schaffung eines britischen Reichszollbundes der Krieg erklärt und der englische Imperialismus ins Innerste getroffen. Im Jahre 1903 begann Chamberlain mit einer zu Birmingham gehaltenen Rede die unermüdliche Agitation zur handelspolitischen Zusammenfassung der Kolonien mit England; und wenn er auch bei den Parlamentswahlen von 1905 unterlag, so war die Idee nicht aus der Welt geschafft. Gegen den Widerstand Deutschlands wandte sich Chamberlain mit dem Argument, die Vorzugsbehandlung des Mutterlandes durch die Kolonien wäre eine Familienangelegenheit, in die sich die Fremden nicht einzumengen hätten. Sein Vorwurf, Deutschland sei der einzige Staat, der die von Kanada befolgte Handelspolitik durch Kampfzölle unmöglich machen wollte, war nicht unberechtigt. Hier wie auch sonst schlug der Einfluß der deutschen Agrarier durch, welche darauf drangen, die Bodenerzeugnisse Kanadas mit höheren Zöllen zu belegen. Deutschland hat jedoch nicht zu verhindern vermocht, daß die englischen Kolonien dem Mutterland immer größere Begünstigungen einräumten. Da das Deutsche Reich gleichzeitig durch den Zolltarif von 1902 an die Erhöhung seiner Schutzzölle ging, hatten seine Gegner einen Grund mehr, ihrerseits den Ausschluß seiner Produkte zu betreiben. Sein Zollsystem war ebenso wie der Bau der Hochseeflotte und wie seine wirtschaftlichen Erfolge in Vorderasien ein Glied in der Kette, die sich trennend zwischen Deutschland und Großbritannien legte. Doch folgte das Deutsche Reich mit seinen Maßnahmen bloß den Notwendigkeiten seiner inneren Entwicklung, ohne daß die Absicht bestand, einen Waffengang mit England vorzubereiten. Das stellte mitten im Weltkriege Sir Frank Lascelles fest, britischer Botschafter in Berlin von 1895 bis 1908, der sich im November 1917 in der „Pall Mall Gazette" also vernehmen ließ: „Ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung selbst während des Burenkrieges irgendeinen feindlichen Schritt gegen England tat. Ich habe mir niemals Kenntnis verschaffen können, daß etwas gegen England vorging, und konnte nie glauben, daß es tatsächlich zu einem Kriege zwischen England und

Deutschland kommen werde. Marokko war wohl eine beunruhigende Frage, aber ihre Gefahren legten sich sehr bald. Ich kann den Keim des Krieges in nichts sehen, was ich als Botschafter in Berlin beobachtete. Nicht eine der großen Persönlichkeiten des Landes arbeitete auf einen Krieg hin[1])."

*

Werbung Englands um die Freundschaft Frankreichs

Nicht zu zählen sind in den englischen Zeitschriften die 1901 bis 1903 erschienenen Aufsätze, in denen die Frage erwogen wurde, welches festländische Bündnis für Großbritannien am vorteilhaftesten wäre. Die Stimmen für Deutschland verstummten allgemach, die für das Zarenreich mehrten sich, blieben aber in der Minderheit, die für Frankreich endlich vereinigten sich zuletzt zu einem alles übertönenden Chorus[2]). Es blieb den Briten auch keine Wahl. Nun aber lag Albion mit Frankreich wegen einer langen Reihe von Kolonien im Streit, und außerdem hatte keine Nation für die Buren leidenschaftlicher Partei ergriffen als die Franzosen. Den Engländern ist es jedoch gegeben, das Geschehene, wenn es sein muß, so völlig zu vergessen, als hätten sie die Kunst erfunden, für die einmal Themistokles einen Lehrer gesucht hat. Während sie den Deutschen jeden ihnen widerfahrenen Unglimpf immer wieder vorrechneten, waren die von den Franzosen begangenen Sünden, seitdem das Bündnis mit ihnen wünschenswert schien, wie ausgelöscht.

---

[1]) So nach dem Zitat im „Neuen Wiener Tagblatt" vom 28. November 1917.

[2]) Es war eine Ausnahme, daß der Kolonialpolitiker Harry Hamilton Johnstone sich den Ausgleich mit Deutschland so dachte, daß dieses sich in Vorderasien festsetzen könnte, wenn es den Briten nur in Afrika Platz machte. Johnstone, der Reihe nach britischer Generalkonsul in Zentralafrika und Tunis, dann Gouverneur in Uganda äußerte sich folgendermaßen: „Wäre ich ein Deutscher, so würde ich in meinen Zukunftsträumen ein großes deutsch-österreichisch-türkisches Reich sehen, mit vielleicht zwei Haupthandelshäfen: der eine Hamburg, der andere Konstantinopel; mit Häfen an der Ost- und Nordsee, am Adriatischen, am Ägäischen Meere; ein Reich, das seinen Einfluß durch Kleinasien und Mesopotamien bis über Bagdad hinaus geltend machen sollte. Dieses ununterbrochene Imperium, das von der Mündung der Elbe bis an die des Euphrat und Tigris reichen würde, wäre doch gewiß ein stolzes Ziel, wie es eine große Nation nur anstreben kann."

Von den englischen Parteien hegten die Liberalen seit langem Vorliebe für das demokratische Frankreich, während bei den Konservativen Mißtrauen, selbst Widerwille zu den politischen Überlieferungen gehörte. Der Dreyfus-Handel und die Faschoda-Angelegenheit fielen zeitlich zusammen und bestärkten die Engländer vom alten Schlag in ihrem absprechenden Urteil über das für windig geltende Volk. Was wollte das jedoch gegen den augenscheinlichen Vorteil sagen, einen kontinentalen Degen für die bestrittene Seeherrschaft zu gewinnen? Der bei den Konservativen sich vollziehende Umschwung trat in einem Artikel des leitenden Wochenblattes der Partei, des „Spectator", vom 19. Juli 1902 zutage. Hier wurde das Bündnis mit Frankreich empfohlen, um den Vormarsch des Pangermanismus aufzuhalten. Die Strömung war zuletzt so mächtig, daß keine Regierung hätte widerstehen können. Indessen war das Kabinett Balfour-Lansdowne selbst für den Gedanken eingenommen und König Eduard VII. setzte für dessen Ausführung seine Persönlichkeit voll ein.

Doch war es nicht sicher, ob England in Paris Gegenliebe finden werde. Denn in Frankreich war die Faschoda-Angelegenheit unvergessen, auch herrschte tiefe Abneigung wegen der von Britannien den Buren zugefügten Unbill. Aber König Eduard gedachte in eigener Person die Hindernisse beiseite zu schieben. Er wollte selbst nach Paris gehen, um die Aussöhnung der zwei Nationen zu betreiben. Nun hatte er, wie wir wissen (Seite 309), in den letzten Jahren den ihm liebgewordenen Pariser Boden meiden müssen; war es rätlich, den König der üblen Laune des Volkes und vielleicht Beleidigungen auszusetzen? Deshalb wünschte das englische Ministerium, er möchte nach Paris inkognito reisen, was einen Besuch beim Präsidenten der Republik nicht ausschloß. Auf der Fahrt, die Eduard VII. im April 1903 nach Italien machte, faßte er jedoch den entscheidenden Entschluß. Von Lissabon schickte er ein Telegramm an das Ministerium, worin er den Wunsch aussprach, in Paris als König vorzusprechen. Die Regierung willigte ein, und am 1. Mai traf er in der französischen Hauptstadt ein.

Eine Atmosphäre der Unsicherheit lag über Paris, da die Nationalisten ausgesprengt hatten, sie würden den König bei seinem Einzuge auspfeifen. Die ihn auf dem Bahnhof feierlich empfangenden Würdenträger waren nicht ohne Sorge, aber es ereignete sich nichts Unliebsames. Von da fuhr der König die Elyseischen Felder hinab, vor ihm ein Ehren- und Schutzgeleit von Kürassieren. Dichtgedrängt und

erwartungsvoll standen Kopf an Kopf die Massen. Der König, sei es, weil er an die Gefahr nicht glaubte oder sie zu überwinden hoffte, blickte heiter und sorglos auf die Menge und sah sich in seiner Erwartung nicht getäuscht. Den Parisern gefiel es, daß Eduard nach dem Zaren der erste Herrscher einer Großmacht war, der der Französischen Republik einen Staatsbesuch abstattete. Er wurde nicht gerade warm, aber achtungsvoll begrüßt. Über kleine Unarten, die ihm widerfuhren, so beim Besuche des Théâtre français, ging er hinweg, als ob er sie nicht bemerkte. Nach drei Tagen hatte die Stimmung der Menge zu seinen Gunsten umgeschlagen[1]).

Bei dem ihm gegebenen Festmahl trank Präsident Loubet mit ruhiger Würde auf das Wohl des Königs, worauf dieser fast enthusiastisch unter anderem antwortete: „Ich habe Ihnen für den schönen Empfang zu danken, den ich gefunden. Ich kenne Paris seit meiner Kindheit und bewunderte stets die Schönheit dieser einzigen Stadt und den Geist der Bewohner." Bemerkenswerter als diese und andere Liebenswürdigkeiten war die vom König an die englische Handelskammer zu Paris gehaltene Ansprache, die ein förmliches Programm des anzubahnenden Einvernehmens enthielt. So war das Eis zwischen den zwei Ländern gebrochen. Unmittelbar darauf, im Juli 1903, erwiderte Loubet in Begleitung des Ministers des Äußern den Besuch in der englischen Hauptstadt. Von da an begannen die förmlichen Unterhandlungen.

*

König Eduard VII.

Nach dem Geiste der englischen Verfassung ist der verantwortliche Minister des Äußern der Leiter der Geschäfte, der König aber, der von allen Vorgängen unterrichtet sein muß, bloß dessen Ratgeber. Der Minister ist nicht verpflichtet, der Ansicht des Monarchen Raum zu geben. Oft hat Palmerston dem Einspruche der Königin Viktoria getrotzt, Gladstone war in der Form rücksichtsvoll gegen sie, handelte

[1]) Tardieu, „La France et les alliances" (3. Aufl.), S. 73. — „Daily Mail" vom 26. Oktober 1912.

aber nicht selten im Widerspruche zu ihrer Wohlmeinung. Unter Eduard VII. verschob sich das Wesen des Verhältnisses.

Dem 1841 geborenen Prinzen Albert Eduard hatte in seiner Jugend niemand große politische Gaben zugetraut. Sein Vater, der Prinzgemahl Albert, sorgte mit deutscher Gründlichkeit für seine Erziehung. Ein Lehrer gab dem anderen die Hand, jede Stunde des Tages war mit nützlicher Beschäftigung ausgefüllt, in der Wahl seiner Arbeiten und Vergnügungen wurde ihm keine Freiheit gewährt. So blieb es auch, als der Prinz die Universität von Oxford bezog. Er sollte studieren und nichts als studieren. Die Kollegien durfte er nicht gemeinsam mit den Studenten hören, sondern erhielt mit zwei bis drei Genossen den Unterricht durch die hierfür ausgewählten Professoren. Mit einem Worte, Prinz Albert Eduard wurde zum Musterprinzen geformt, um dereinst ein Musterkönig zu werden. Die Strenge der Erziehung wurde nur durch Reisen unterbrochen, 1859 nach Italien, 1860 nach Kanada und den Vereinigten Staaten. Der Prinz sollte den geistigen und moralischen Ideenkreis seiner Zeit kennenlernen, aber den Sport hielt sein allzu ernster Vater für überflüssig. Seine militärische Erziehung war mangelhaft, sie bestand darin, daß er dreimal in der Woche die Übungen eines Husarenregiments mitmachte und einige Tage in einem militärischen Lager zubrachte. Der Jüngling seufzte unter dieser Lebensweise und machte den Lehrern nicht geringe Schwierigkeiten. Einer von ihnen trug über ihn das Urteil ein, dem Prinzen fehle Begeisterung, der Sinn für Poesie sei ihm vollständig erstarrt.

Dafür überraschte der Prinz schon früh durch die Sicherheit seines Auftretens, durch seinen praktischen Blick, durch die gewandte Führung des Gesprächs. Frei geworden stürzte er sich in den Strudel von Vergnügungen, machte Schulden und lieferte den puritanischen Predigern seines Landes Stoff zu Klagen über die an den Höfen herrschende Sittenlosigkeit. Aber durch ununterbrochenen Verkehr mit Menschen aller Klassen bildete er sein Urteil, lernte die Nationalcharaktere kennen und gewann die Fähigkeit, zu verhandeln und zu wirken. Er wurde das Widerspiel seines ernsten Vaters, indessen nicht weniger hervorragend als dieser.

Der Prinz von Wales ging jedoch in der äußeren Politik andere Wege als sein früh verstorbener Vater. Dieser wirkte für Gerechtigkeit im internationalen Verkehr, bekämpfte die Anmaßungen Palmerstons gegenüber den Staaten des Festlandes und wurde dafür von den

Anhängern dieses Staatsmannes als Vertreter des deutschen Interesses in England ausgeschrien; der edle Prinz war deshalb im Lande nie populär. Eduard VII. dagegen trat schon als Thronfolger in die Fußstapfen Palmerstons und Disraelis und gab sich mit allem Eifer dem imperialistischen Gedanken hin. Im Streitfalle mit den Buren war er für die Entfaltung rücksichtsloser Energie. Er war national bis in die Knochen und wurde deshalb der seit Generationen volkstümlichste König seines Landes. Man sah darüber hinweg, daß er sich mit Vorliebe in internationaler Gesellschaft bewegte, im Verkehr mit Sportsleuten und Kapitalisten aller Länder, mit den letzteren, weil er als Prinz wiederholt finanzielle Aushilfen notwendig hatte. Das warf jedoch auf seine politische Grundfarbe keinen Schatten, so wenig wie der Umstand, daß er deutsch und französisch so fließend sprach wie englisch.

Seiner geselligen, leichtlebigen, weltfrohen Natur sagte die französische Art besser zu als der systematische deutsche Geist. Es waren aber auch persönliche Erlebnisse, die ihn zum Berliner Hofe in Gegensatz brachten. Es verletzte ihn tief, daß seinem Schwager, Kaiser Friedrich III., in dessen letzter Krankheit und auch nach dessen Tod nicht die Rücksicht gezollt wurde, die der Prinz von Wales für angemessen hielt. Kurz vor der Thronbesteigung des kehlkopfkranken Kaisers sagte Herbert Bismarck, so wurde in England erzählt, zum Prinzen: ein Herrscher, der nicht sprechen könne, wäre in Deutschland unmöglich. Diese Äußerung empörte ihn, und er grollte ihretwegen dem Kanzler wie dessen Sohne. Mit dem jungen Kaiser Wilhelm gelangte er nicht in das Verhältnis aufrichtigen Vertrauens. Er kam zwölf Jahre später auf den Thron als Wilhelm II. und empfand es unliebsam, während dieser Zeit hinter ihm zurückstehen zu müssen. Sarkastisch sagte der Staatssekretär Kiderlen-Wächter einmal, der Prinz von Wales habe es „seinem achtzehn Jahre jüngeren Neffen nie verziehen, daß dieser ihm in der Karriere zuvorgekommen war". Der Ausbau der deutschen Hochseeflotte hat keinen Engländer mit größerem Mißmut erfüllt als ihn; seine Regierung (1901—1910) war von dem Bemühen ausgefüllt, die Seeherrschaft Englands gegen die Deutschen zu verteidigen. Königin Viktoria, so ist bemerkt worden, hegte für Deutschland großmütterliche Gefühle, ihr Sohn dagegen stellte sich zu diesem Reiche als eifersüchtiger Nebenbuhler.

Man darf sich nicht vorstellen, er habe als König die äußere

Politik des Landes Zug um Zug gelenkt. Dazu waren seine Kenntnisse zu lückenhaft, seine Vorbereitung für die Staatsgeschäfte unzureichend. Sein Vater starb, als er 20 Jahre alt war, und er kam erst 40 Jahre später auf den Thron. In dieser langen Zeit lebte er ausschließlich als Weltmann; König geworden, war er vorwiegend mit höfischen Pflichten, mit Empfängen, Besuchen und Reisen, auch immer stark mit seiner Toilette beschäftigt, für die er außerordentlich viel Zeit notwendig hatte; selten verwendete er mehr als anderthalb Stunden des Tages für Staatsgeschäfte. Die innere Politik seines Reiches hatte wenig Reiz für ihn, und er ließ seine Minister gewähren; nur selten, so während der inneren Krise von 1910, als es sich um die Ausschaltung des Oberhauses von der Gesetzgebung handelte, griff er hier ein. Anders stand es mit den äußeren Angelegenheiten, denen er lebhaften Anteil und feines Verständnis entgegenbrachte. Doch war er nicht der Mann zäher Arbeit und auch nicht danach geartet, einen Plan bis in die Einzelheiten durchzudenken. Dagegen entfaltete er, wenn er einmal eingriff, große Fähigkeiten im Knüpfen und Weiterspinnen diplomatischer Verbindungen. Man hat daher richtig gesagt, daß er zum Minister des Äußern nicht geeignet gewesen wäre, wohl aber zum Botschafter. Manche englische Schriftsteller und Politiker, deren Blicke vorwiegend auf die inneren Angelegenheiten ihres Landes gerichtet waren, haben das vorschnelle Urteil gefällt, Eduard VII. hätte die Staatsgeschäfte nur wenig beeinflußt. Für die äußere Politik ist das nach dem Zeugnisse von Staatsmännern wie Bülow und Kiderlen-Wächter, Aehrenthal und San Giuliano, Hanotaux und Paul Cambon unrichtig[1]).

[1]) Eine gute Charakteristik König Eduards findet sich in dem Buche von Jacques Bardoux: „Victoria I., Edouard VII., Georges V." (Paris 1911), dann in den Aufsätzen von Victor Bérard in der Revue de Paris 1. und 15. Juli, 1. August 1910. — Die Lebensskizze des Königs von Sidney Lee in der National Biography (Zweites Supplement, 1. Band) enthält viel Daten, führt aber dadurch irre, daß Lee den König unterschätzt und ihm alle politische Wirksamkeit abspricht.

Englisch-französische Reibungsflächen

Ägypten. Marokko

Die Einigung zwischen England und Frankreich wurde nicht so sehr durch die Tiefe des Gegensatzes als durch die große Anzahl der zu schlichtenden Streitpunkte erschwert. Es ist bereits (Seite 191) erzählt worden, wie sich die zwei Nationen in Abessinien, Sansibar und Uganda, in Madagaskar und Neufundland, in Siam und auf den Neu-Hebriden ins Gehege gingen. Die wichtigste der Reibungsflächen war Ägypten. Die Engländer konnten, da ihrer Besitznahme des Landes die Rechtsgrundlage fehlte, der Herrschaft nicht recht froh werden. Am unbequemsten war ihnen der Bestand des englisch-französischen Vertrages, der den zwei Staaten die gemeinsame Oberaufsicht über die Finanzen Ägyptens übertrug. Somit konnten die Briten, obwohl politisch und militärisch die Herren, im Finanz- und Steuerwesen nichts ohne Zustimmung der Französischen Republik verfügen; das hinderte sie oft in der Verwaltung, so als sie die Überschüsse der Einnahmen für den Krieg im Sudan verwendeten (Seite 206).

Zu allem anderen kam in den letzten Jahren eine neue arge Weiterung, die über Marokko. Dieses Land war nur dem Namen nach ein Staat, da die Regierung des Sultans, oder wie sie bei seinen Untertanen hieß, des Maghzen, sich bloß auf die ebenen Teile des Landes und außerdem so weit erstreckte, als die Geschosse seiner Soldaten reichten; die Bergstämme gehorchten nur, solange es ihnen beliebte. Sultan Abd-ul-Asis war 1894 als sechzehnjähriger Jüngling auf den Thron gekommen und zeigte sich europäischer Kultur zugänglich, schätzte jedoch an ihr vor allem nur das, was ihm, wie Fahrräder oder Musikautomaten, als Spielzeug diente. Die Fremden, besonders Engländer und Franzosen, schienen ihm nützlich, weil sie seine Truppen einübten und ihm ermöglichten, die unruhigen Stämme im Zaume zu halten. Ein ehemaliger englischer Unteroffizier, Mac Lean, machte sich zuerst seinem Vater, dem Sultan Muley Hassan, später ihm selbst unentbehrlich und wurde leitender Instruktor seiner bewaffneten Macht. Er teilte seinen Einfluß mit dem Korrespondenten der „Times", M. W. Harris, den er bei Hofe einführte. Diese beiden Männer haben

ihrem Vaterlande ebenso gute Dienste geleistet wie der englische Ministerresident Sir Arthur Nicolson; sie lenkten den Sultan, bis der Burenkrieg die Sachlage auch in Marokko änderte. Frankreich benutzte die Verlegenheiten Englands, um sich hier auf den ersten Platz zu schwingen. Die Republik riß die Oase Tuah von Marokko los; von Algerien her wie von Senegambien sah sich das scherifische Kaiserreich umklammert. Ministerresident Révoil trat als Herr auf, französische Kriegsschiffe erschienen im Mai 1901 vor Tanger, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Abd-ul-Asis suchte in Europa Schutz und schickte unter der Führung seines Günstlings El-Menebbi eine Gesandtschaft nach England. Hier aber hatte man nähere Sorgen und wollte mit den Franzosen keinen Streit, so daß sich El-Menebbi nach Berlin wandte. Nun gab es in Deutschland Kolonialpolitiker, so den Geographen Theobald Fischer, die zum Zugreifen rieten. Die Reichsregierung wich aber dem Zusammenstoße mit Frankreich aus und verhielt sich kühl. Graf Tattenbach, bis 1896 Gesandter in Tanger, erhielt überhaupt keinen Nachfolger. Der Sultan sah sich im Stiche gelassen und war gezwungen, sich Frankreich in die Arme zu werfen. Er schloß am 26. Juli 1901 mit der Republik einen Vertrag, der die friedliche Durchdringung Marokkos, so drückte man sich in Paris aus, vorbereitete. Zwar wurde in wortreichen Redensarten die volle Souveränität des Maghzen anerkannt; das Wesentliche aber war, daß dieser die Hilfe der Republik „zur Herstellung geordneter Verhältnisse“ und „für die Werke der Zivilisation“ annahm. Obwohl nur widerwillig nachgebend, glaubte der Sultan damit wenigstens zu erreichen, daß die Franzosen ihm behilflich sein würden, die rebellischen Stämme und den Propheten Rogi, der ihm gefährlich zu werden drohte, zum Gehorsam zurückzuführen. So gewann Frankreich einen Vorsprung, aber nach der Beendigung des Burenkrieges trat England wieder energischer auf.

Die französische Regierung begnügte sich nicht mit dem Erreichten, sondern arbeitete auf die Teilung Marokkos hin. Zum Genossen wurde Spanien erkoren. Frankreich drang so lange in das Kabinett Sagasta, bis dieses auf die Sache einging. Delcassé war begierig, zu einem Abkommen zu gelangen, so daß er den Spaniern nicht bloß die ganze Nordküste, wo sie seit langem festen Fuß gefaßt hatten, sondern auch den nördlichen Teil von Mittelmarokko samt der Residenz Fez anbot. So wenig Rücksicht nahm Delcassé damals auf England, das er vielmehr ganz beiseite zu schieben gedachte. Die Unterhandlungen mit Spanien

gingen durch die Jahre 1901 und 1902, bis man zu einem Vorvertrag gelangte. Da aber stürzte im Dezember 1902 das liberale Kabinett Sagasta, und das konservative Ministerium Silvela verweigerte die Genehmigung des Abkommens. Der Hauptgrund für Silvela war, daß er Spanien nicht mit England verfeinden wollte, das gegen den Abschluß des Vertrages Protest erhob[1]). Ärgerliche Stimmung darob in Paris, der Hof des Sultan aber blieb die Stätte der Ränke der beteiligten Staaten.

*

Die Verhandlungen zu London. Delcassé

Zu Beginn der Verhandlungen mit England über eine Aussöhnung befand sich die französische Regierung in einer günstigen Lage. England war der werbende Teil, die Republik stand im Bunde mit Rußland und hatte nichts für ihre Grenzen, nichts für ihr Kolonialreich zu befürchten, da nur Phantasten dem Deutschen Kaiser zumuteten, er denke an einen Überfall des westlichen Nachbarn. Das Verhältnis zum Deutschen Reiche war weniger schroff als je seit 1870. Allerdings wiederholten sich zu Paris regelmäßig die Prunk- und Trauerreden auf Straßburg und Metz; auch hielt es der Kriegsminister André zur Auffrischung seiner fadenscheinig gewordenen Beliebtheit für angezeigt, in diesen Ton einzustimmen, so bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals zu Villefranche am 15. August 1902. Die zwiespältige Stimmung der Nation kam am 23. Januar 1903 in der Kammer zum Ausdruck, als Jaurès über das allgemeine Friedensbedürfnis in Europa sprach und bemerkte, der Dreibund sei ebenso wie der Zweibund zum Zwecke der Erhaltung des Friedens geschlossen worden. Der frühere Minister Ribot unterbrach den Redner und fragte, aus welchem Grunde er behaupte, daß der Dreibund niemals offensive Absichten verfolgt habe, worauf Jaurès antwortete: „Weil es wahr ist!“ Ribot bestritt diese Behauptung nicht, er rief nur aus: „Müssen denn gerade *wir* das sagen? Sie spielen sich auf den Vertreter der Absichten des Deut-

[1]) Vgl. das Buch des Führers der konservativen Partei in Spanien Maura, das 1911 in Paris in französischer Übersetzung erschien: „La question du Maroc au point de vue espagnol.“

schen Reiches auf.“ Die nationalistische Presse gab auf Jaurès ganze Breitseiten ab, seine Auffassung erhielt jedoch eine indirekte Bestätigung durch den Ministerpräsidenten Combes, dessen Rede vom 13. September 1903 ganz pazifistisch klang.

Combes war jedoch ausschließlich mit dem Kampfe gegen die Kirche und mit der Aufhebung von Klöstern beschäftigt, so daß er die auswärtigen Angelegenheiten Delcassé überließ. Der Minister des Äußern behauptete sich in seiner Stellung von 1898 bis 1905 unter fünf aufeinanderfolgenden Kabinetten, also länger als irgendeiner seiner Vorgänger oder Nachfolger seit 1870. Die Ursache seiner Langlebigkeit im Amte lag vorwiegend in den inneren Verhältnissen. Er trat ins Ministerium als Mitglied der radikalen Partei, der die Bewältigung ihrer Gegner nur mit Mühe gelang. Sein Vorgänger Hanotaux hielt sich immer zum rechten Flügel der Republikaner und versperrte sich dadurch, obwohl kenntnisreich und zuverlässiger als Delcassé, dauernd die Rückkehr ins Ministerium. Delcassé bequemte sich dem Wandel der Zeiten geschmeidig an, auch wenn er, wie in den kirchlichen Fragen, innerlich Bedenken hegte und den Bruch mit dem Vatikan lieber verhindert hätte. Er war aus der Journalistik hervorgegangen und verkehrte mit den Zeitungsleuten immer als der alte Kollege, gefällig und mitteilsam: so sicherte er sich eine gute Presse. Seine angenehmen Umgangsformen verschafften ihm auch freundliche Beziehungen zu den verschiedensten parlamentarischen Führern und Gruppen mit Ausnahme Clemenceaus, der einen unerklärlichen und ungezügelten Haß gegen ihn hegte.

Delcassés Amtsführung begann mit der schweren Schlappe Frankreichs im Faschoda-Handel 1898 und endigte 1905 mit einer Niederlage, die er sich gleichfalls durch seine Feindseligkeit gegen Deutschland zuzog. Diese seine Grundanschauung bewirkte, daß er mit den Nationalisten gut auskam, welche den radikalen Ministerien sonst die heftigste Opposition machten. Er teilte mit den Unklugen unter seinen Landsleuten die Vorurteile über die Absichten Kaiser Wilhelms und seiner Regierung. Wie ein einfältig frommes Gemüt sich einen mit Hörnern und Klauen bewaffneten Teufel vorstellt, so sah Delcassé in den Handlungen des Berliner Kabinetts nichts als den Plan, Frankreich Fallen zu stellen und es zu demütigen. Ihm selbst spielte sein Mißtrauen einen schlimmen Streich um den anderen, für Frankreich und für den europäischen Frieden wurde es zum Verhängnis.

Indessen war ihm auch mancher Erfolg beschieden, und es sollen seine Verdienste danach anerkannt werden. Unter ihm vollzog sich die Annäherung Italiens an Frankreich, und es spricht für ihn, daß er die Arbeit durch den geeignetsten Mann, Barrère, besorgen ließ. Zur selben Zeit formte sich der Grundsatz der französischen Mittelmeerpolitik: Marokko für Frankreich und Spanien, Tripolis für Italien, Ägypten für England. Das Programm entsprang nicht etwa einem schöpferischen Gedanken, sondern ergab sich aus den Umständen: wer aber sein Schiff in die richtige Strömung zu lenken versteht, steuert gut.

Delcassés Freunde haben es als sein Hauptverdienst angesehen, daß er die Versöhnung und den Bund mit England gleich beim Antritt ins Amt bestimmt beabsichtigt hätte; als notwendige Vorbereitung soll er das Opfer des Rückzugs in der Faschoda-Angelegenheit gebracht haben. Indessen ist das eine Behauptung, die den Tatsachen widerspricht (Seite 218). Er mag den Ausgleich mit England für wünschenswert gehalten haben, aber seine Handlungen als Minister beweisen, daß er kreuz und quer, bald zu England hin-, bald von ihm wegsegelte. Es liegt kein Anzeichen eines bestimmten Planes vor. Man erinnere sich nur an den von ihm gemeinsam mit Rußland in Berlin gemachten Vorschlag, sich der Buren anzunehmen (1900). Deutlicher noch spricht der Umstand, daß er in Marokko durch Jahre den Briten entgegenwirkte und es vorgezogen hatte, mit den Spaniern Halbpart zu machen. Auch traf er 1903 mit Deutschland die Vereinbarung über die Bagdadbahn, demgemäß sich das französische Kapital an dem Unternehmen beteiligte, während England sich grollend abseits hielt. Von einer folgerichtig englandfreundlichen Politik Delcassés kann also bis 1903 nicht gesprochen werden: er war nicht der Mann der Grundsätze, sondern des Augenblicks. Leicht schmiegte er sich stärkeren Geistern an, vor allem dem Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau (1899—1902), dem hervorragendsten Staatsmanne aus der Schule Gambettas; dieser war es, der sich der Buren annehmen wollte und sich damit einverstanden erklärte, daß die französische Truppenabteilung in China unter den Oberbefehl eines deutschen Marschalls gestellt wurde; immer war Waldeck-Rousseau auf die Erhaltung guter Beziehungen zu Deutschland bedacht. Beim Bruche mit dem Vatikan war Combes die treibende Kraft, beim Abkommen über die Bagdadbahn wieder Finanzminister Rouvier, der als kluger Geschäftsmann die Beteiligung des französischen Kapitals für ersprießlich hielt. In dieser Fügsamkeit Delcassés gegen-

über maßgebenden Männern und Parteien liegt die eigentliche Ursache, weshalb er bei mäßigen Fähigkeiten sich doch sieben Jahre im Amt erhielt und später mehrmals wieder an der politischen Oberfläche auftauchte.

Der Anstoß zum Abschlusse mit England kam nicht von Delcassé, sondern von den britischen Staatsmännern. Der französische Minister ging auf die Sache ein, aber obwohl der andere Teil geneigt war, die Freundschaft Frankreichs um einen guten Preis zu erkaufen, verstand es Delcassé nicht, die günstigen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Die Verhandlungen wurden zu London von dem Staatssekretär Lord Lansdowne und dem französischen Botschafter Paul Cambon geführt, für den es Sache des Ehrgeizes und der Überzeugung war, das große Geschäft zu gutem Ende zu bringen. Die politische Temperatur war günstig, sie wurde noch besser durch wechselseitige Besuche französischer und englischer Parlamentarier, endlich durch das Zustandekommen eines an sich harmlosen englisch-französischen Schiedsgerichtsvertrages (14. Oktober 1903). Es waren aber so große Schwierigkeiten zu überwinden, so viele Streitpunkte zu begleichen, daß man sich nur langsam näherrückte. Da kam den Unterhändlern ein weltgeschichtliches Ereignis zu Hilfe. Das war der Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Japan am 8. Februar 1904, hierauf folgten die den Russen in der Mandschurei beigebrachten Schläge. Die Flotte des Zaren wurde besiegt; Nippon unterwarf sich im März Korea und sein Heer trat den Vormarsch in die Mandschurei an. Mit Schrecken sah Frankreich, daß die Kriegsmacht seines Bundesgenossen zu Lande zurückwich, zur See zusammenbrach. Dadurch verschob sich die Lage zu ungunsten der Franzosen, während Lansdowne, der russischen Sorge ledig, mit Zugeständnissen an Cambon zurückhalten konnte. Trotzdem hätte es die französische Regierung gewiß nicht nötig gehabt, sich England an den Hals zu werfen. Dessen Diplomaten waren aber kaltblütiger, spielten nach Ausbruch des Mandschurischen Krieges die Gleichgültigen, und so schloß man am 8. April 1904 unter Bedingungen ab, die für Großbritannien erheblich günstiger waren als für die Französische Republik.

*

Die Verträge vom 8. April 1904

Die Einigung fand in der Art statt, daß Englands Herrschaft über Ägypten, wie sie seit 1882 bestand und stets von Frankreich bestritten worden war, anerkannt wurde, dagegen blieb es den Franzosen freigestellt, sich in Marokko festzusetzen, jedoch nicht als alleinige Herren, sondern gemeinsam mit Spanien. Großbritannien strich den Preis sofort ein, Frankreich mußte sich seinen Anteil an der Beute durch militärische und finanzielle Anstrengungen erst erringen. England sicherte sich den Besitz eines fruchtbaren, für Welthandel und Weltherrschaft unersetzlichen Landes, die Republik bekam die Anwartschaft auf ein großes Reich, dessen natürliche Hilfsquellen erst aufgedeckt werden mußten. Doch besaß Marokko für Frankreich den Wert, daß infolge seiner Besitzergreifung die französischen Kolonien am Niger- und am Kongostrom mit Algerien zu einer geographischen Einheit zusammenwuchsen. Das Abkommen hatte die Eigentümlichkeit, daß es über Länder verfügte, an denen die zwei Mächte kein Eigentumsrecht besaßen. Ägypten gehörte staats- und völkerrechtlich zum Türkischen Reich, Marokko dem Maghzen: England und Frankreich glaubten sich jedoch vereint stark genug, um ihren Willen durchzusetzen. Sie verglichen sich außerdem über eine lange Reihe von Streitpunkten in jedem der Erdteile, Europa ausgenommen. Sie wollten fortan enge zusammenstehen, und diese Grundabsicht wurde auch erreicht. Darin besteht das Hauptergebnis der Vereinbarung vom 8. April 1904.

Nun zu den Einzelheiten. Das Abkommen bestand aus zwei Verträgen und einer Deklaration, letztere wieder teils aus Bestimmungen, die der Welt sofort bekanntgegeben wurden, teils aus geheimen Artikeln, welch letztere den Kern der Sache enthielten.

Beginnen wir mit den an sich weniger wichtigen Angelegenheiten, die in den Verträgen ihre Erledigung fanden. In dieser Beziehung schnitt Frankreich gut ab, denn der englischen Regierung handelte es sich vor allem um Ägypten und deshalb war sie sonst nachgiebig; sie ging wie ein großer Kaufmann vor, der sich bei kleineren Forderungen zweifelhafter Natur nicht lange aufhält. Eben dies war der französischen Regierung ein Augentrost, sie sah deshalb über manches Bedenkliche hinweg.

Der erste der zwei Verträge enthielt im wesentlichen folgende Bestimmungen. In Neufundland gaben die Franzosen einen Teil der ihnen im Vertrage von 1713 zugebilligten Rechte auf. Sie durften zwar auch fernerhin längs der Küste Fische und den vielumstrittenen Hummer fangen, aber nicht mehr wie früher am Ufer (in den Niederlassungen der French shore) Fische trocknen und zubereiten. — Da sie also von den alten Rechten zurücktraten, erhielten sie in Afrika eine ausreichende Entschädigung. An der Mündung des Gambia lagen dem französischen Haupthafen Konakry die Losinseln beherrschend vor, zu deren Abtretung sich England herbeiließ. — Wichtiger war, daß die französische Grenze am Tschadsee verbessert wurde, so daß der Verbindungsgürtel zwischen ihren nördlichen Besitzungen in Afrika und ihrer Kongokolonie eine ansehnliche Breite erhielt.

Der zweite der Verträge regelte die Einflußgebiete in Siam, Madagaskar und den Neuhebriden. — In Madagaskar gab sich England mit dem ihm unbequemen Zolltarif zufrieden. — Auf den Neuhebriden wurde die Mitregierung der beiden Staaten mit gleichen Rechten aufs neue festgestellt. — Bezüglich Siams einigte man sich dahin, daß der Kern dieses Reiches unabhängig bleiben, ferner daß seine östlichen Grenzgebiete unter französischen, seine westlichen unter englischen Einfluß fallen sollten. Der Menamfluß wurde fortan die Scheidelinie für die Ansprüche der beiden Mächte. — Endlich kam es auch zur Schlichtung des Streites über die abessinische Eisenbahn. Die vom französischen Hafen Dschibuti nach der Hauptstadt führende Hauptlinie wurde dem französischen Kapital überlassen.

Was die Deklaration anbelangt, so betraf sie Marokko und Ägypten. Von Marokko erhielt Frankreich nicht das ganze Kaiserreich, denn der am Mittelländischen Meere gelegene Teil, sowie auch die nördlichen Striche an der Atlantis wurden Spanien zuerkannt. Tanger jedoch wurde neutral erklärt. Das alles bedang sich England nicht wegen der schönen Augen Spaniens aus, sondern weil die Nordküste Marokkos die Durchfahrt zum Atlantischen Ozean beherrscht, also zum Herrschaftsgebiet der Briten gehört. Der schwächere spanische Staat konnte aber England nicht gefährlich werden. Außerdem setzte dieses eine Vertragsbestimmung durch, nach der es Spanien verwehrt war, innerhalb seines neuen Besitzes Befestigungen anzulegen. Die Durchfahrt von Gibraltar sollte nach wie vor von englischen Geschützen und nur von diesen beherrscht werden. — Unmittelbar nach dem Vertrags-

abschlusse mit England trat das Pariser Kabinett mit dem Madrider in Unterhandlung, um auch mit diesem die beiderseitigen Einflußgebiete abzugrenzen. Das Ergebnis war der geheime Vertrag vom 3. Oktober 1904, der für Spanien um so günstiger ausfiel, als England ihm nach Möglichkeit Unterstützung leistete.

In den Abmachungen mit England waren die Geheimartikel die für Frankreich weniger angenehmen. Man hatte diese Anordnung getroffen, weil die französische Regierung die den Kammern vorzulegenden Aktenstücke gefällig aufputzen wollte und mit dem ihr Unbequemen als Geheimnis noch zurückhielt. Als nun die Geheimverträge mit England und Spanien durch eine Indiskretion 1911 in der Presse veröffentlicht wurden, war dies für Delcassé, der gerade Marineminister war, ein harter Schlag, und sein Ansehen wurde schwer erschüttert. Da erst erkannte man in Frankreich, daß die französische Diplomatie — sei es unter dem Eindruck der Mißerfolge Rußlands, sei es um Deutschland ganz aus dem Mittelländischen Meer auszuschließen — den Engländern und Spaniern übergroße Zugeständnisse gemacht hatte.

Endlich Ägypten. In dem Abkommen blieben die staatsrechtlichen Verhältnisse des Pharaonenlandes unberührt, und der Sultan galt nach wie vor als Souverän; aber die französische Regierung erklärte, „daß sie die Aktion Englands weder durch die Forderung eines Endtermins der Okkupation, noch auf irgendeine andere Weise hindern werde". Somit erhielt England politisch und militärisch freie Hand; es wurde ihm auch die Wahl des Zeitpunktes der Räumung Ägyptens anheimgestellt, also auf die Räumung für immer verzichtet. — Die ägyptische Staatsschuld wurde in einem besonderen Dokument geregelt. Darin war ausgemacht, daß die Schuldenkasse in erster Linie der Sicherung der Gläubiger Ägyptens zu dienen habe, daß jedoch die Überschüsse fortan zur Verfügung der englisch-ägyptischen Regierung stünden. Dieser Reservefonds belief sich am 31. Dezember 1903 auf 150 Millionen Franken, eine hübsche Zugabe zu allem von England Errungenen. Die finanzielle Abmachung fand nach und nach auch die Zustimmung der anderen Mächte, so daß Großbritannien in Geldsachen von niemand Einspruch besorgen mußte.

Das Abkommen vom 8. April 1904 enthielt auch eine Bestimmung über den Suezkanal. Die Rechtsverhältnisse an dieser Welthandelsstraße waren der Gegenstand eines 1888 von allen seefahrenden Staaten unterfertigten Vertrages, dem England jedoch nur mit einem

wichtigen Vorbehalt beigetreten war. Der Kanal wurde 1888 als neutral erklärt, somit ausgemacht, daß er Handels- wie Kriegsschiffen offenstehe und weder für die einen noch für die anderen gesperrt werden könne. Doch durfte innerhalb 24 Stunden immer nur je ein Kriegsschiff einer Nation passieren. Nach der Absicht der übrigen Vertragsstaaten hätten alle diese Bestimmungen sowohl für den Frieden wie den Krieg gelten sollen; England erklärte aber sofort, daß es sich nur für Friedenszeiten binde, für den Kriegsfall jedoch sich seine Entschlüsse vorbehalte. Da es durch den Besitz Ägyptens Herr des Kanals war, blieb sein Wort maßgebend. Die französischen Unterhändler glaubten nun, 1904 eine süße Nachspeise zur Mahlzeit zu erhalten, wenn sie die britische Regierung bestimmten, auf ihren Vorbehalt zu verzichten. Diesen Gefallen erwies ihnen England und verpflichtete sich, den Kanal auch in Kriegszeiten allen Nationen offen zu halten. Daß diese Zusage eine Spiegelfechterei war, entging nur den Schwärmern für völkerrechtliche Sicherungen; war es doch ausgeschlossen, daß Großbritannien in einem Kriege auf das in seinen Händen befindliche Machtmittel verzichtete. Das konnte füglich nicht erwartet werden, denn das Gebot der Selbsterhaltung ist stärker als Brief und Siegel.

Dagegen war es ein wirklicher Vorteil für Frankreich, daß sich die zwei Mächte für die nächsten dreißig Jahre gegenseitig Handelsfreiheit in Ägypten wie in Marokko zugestanden. Denn Ägypten war für alle Zeiten das bessere Absatzgebiet.

*

Veränderte Weltlage

Das Ende der Friedensepoche

Das war der Inhalt des Ausgleiches von 1904, der deshalb einen Einschnitt in der Weltgeschichte bildet, weil durch ihn der Jahrhunderte währende Streit zwischen England und Frankreich geschlichtet wurde. Der erste Akt des blutigen Dramas waren die Kämpfe des 14. und 15. Jahrhunderts gewesen; die alte Eifersucht brach mit den Kolonialunternehmungen der Seevölker wieder hervor; die Reihe der Seeschlachten zwischen Engländern und Franzosen geht ununterbrochen

von La Hogue 1692 bis Trafalgar 1805. Der ältere Pitt ermahnte einmal das englische Oberhaus: „Es ist unsere Pflicht, zu verhindern, daß Frankreich je eine maritime, kommerzielle und koloniale Macht werde." Das hatte jetzt sein Ende, das Kriegsbeil wurde begraben.

In England war, wie begreiflich, die Befriedigung über den Vertrag allgemein, er brachte über Erwarten viel ein. Lord Lansdowne hatte über ihn verhandelt, aber die öffentliche Meinung schrieb dem König das Hauptverdienst zu, der für die Seele der franzosenfreundlichen Politik galt. Sein Lob wurde ebenso von den Imperialisten gesungen, welche die britische Seeherrschaft befestigt sahen, wie von den Pazifisten, die ihrem Ideale nähergekommen zu sein glaubten. Der König steuerte aber mit voller Klarheit einem gegen Deutschland gerichteten Bunde zu, ließ sich indessen gerne als Friedensfürsten feiern.

In Frankreich dagegen wurde das Abkommen mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Wohl war der öffentlichen Meinung, abgesehen von den unversöhnlichen Nationalisten und Britenfeinden, die Versöhnung willkommen, die Bedingungen jedoch gefielen nicht sonderlich. Die wichtigsten Einwendungen waren, daß Frankreich auf Ägypten sofort verzichtete, während es Marokko erst unterwerfen mußte, und das war ein unverdaulicher Brocken. Der beste Kenner der Kolonialgeschichte Frankreichs, Jean Darcy (Seite 194), warnte seine Landsleute in der Einleitung seines 1905 erschienenen Buches über die englisch-französische Rivalität, sich blind der britischen Freundschaft anzuvertrauen; und diese Mahnung tönt uns auch aus jedem Kapitel seiner trefflichen Arbeit entgegen. Indessen nahm man das Unliebsame, da die Russen im Sommer und im Herbst eine Niederlage nach der anderen erlitten, als unerläßlich hin, weil an England ein hoffentlich stärkerer Rückhalt gefunden worden war. So gab die Kammer im November 1904 der Abmachung vom 8. April mit 443 gegen 105 Stimmen ihre Zustimmung, wobei von den Geheimartikeln so wenig vorgelegt wurde wie von dem fatalen Vertrag mit Spanien. In der Debatte begrüßte Jaurès den Ausgleich als Friedensbürgschaft, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er gegen niemand, also auch nicht gegen Deutschland gerichtet wäre. Denn Frankreich würde zu tadeln sein, so führte der Sozialistenführer aus, wenn es das 1870 von der Gewalt begangene Verbrechen mit einem anderen Verbrechen der Gewalt erwiderte. Auch später hob Jaurès hervor: die von der Republik mit England, Italien und Spanien getroffenen Vereinbarungen seien

unvollständig, denn auch mit Deutschland müßte, um die Ruhe Europas nicht zu gefährden, die Verständigung gesucht werden.

In Frankreich stieß man sich hauptsächlich an den Vertragsbestimmungen über Ägypten. Denn mit ihnen waren die früheren Zusagen Englands in die Lüfte verweht. Von den zu einem Urteil in erster Linie berufenen Staatsmännern haben deshalb Hanotaux und Freycinet ihre Mißbilligung ausgesprochen. Nun konnte Delcassé einwenden, sein Vorgänger Hanotaux mache ihm aus Eifersucht Opposition; Freycinet aber stand mit Delcassé auf dem besten Fuß, und gerade er wandte sich im Schlußkapitel seines 1905 erschienenen Buches „La question d'Égypte" gegen den Vertrag. Freycinet ließ in dieser seiner Darlegung folgerichtig nicht einmal gelten, daß die ägyptische Frage durch den Vertrag mit England erledigt sei, daß der Verzicht Frankreichs endgültig wäre. Wohl habe die Republik zugesagt, sie selbst werde England nie mehr zur Räumung Ägyptens auffordern; es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die anderen Mächte einmal mit dieser Forderung an Britannien herantreten würden, und dann könnte sich Frankreich ihnen immer noch anschließen. Nun ist die Auslegung Freycinets unstatthaft und wäre ein handgreiflicher Bruch des Vertrages; man sieht aber, wie schmerzlich den Hütern der französischen Staatstradition der Verzicht auf Ägypten war. Noch 1911 sagte René Pinon abschließend: „Vergessen wir nicht, daß der 1904 besiegelte Verlust Ägyptens nach dem Verlust Elsaß-Lothringens die größte Katastrophe ist, welche die französische Politik erlitten hat[1])."

Wohl flaute die alte Eifersucht auf England nach 1904 ab, aber ein Zeugnis dieses Hasses war noch die Streitschrift, die von dem ehemaligen Minister des Äußern Emil Flourens 1906 veröffentlicht wurde. Sie war ebenso gegen England gerichtet wie gegen Clémenceau, den Fürsprecher eines Bündnisses mit dieser Macht. Flourens, der 1886 bis 1888 die auswärtige Politik geleitet hatte, zerfiel darauf mit den herrschenden Parteien, schloß sich Boulanger und den Klerikalen an und wurde einer der galligsten Nationalisten, dabei den Engländern ebenso spinnefeind wie den Deutschen. „Das eroberte Frankreich", dies der Titel seines Buches, führt seinen Landsleuten zu Gemüte, daß sie von England und von Eduard VII. beherrscht seien, wobei Clémenceau den Fremden als Werkzeug diene[2]). Dieser habe (worin

[1]) R. Pinon, „France et Allemagne", S. 145.

[2]) E. Flourens, „La France conquise. Edouard VII et Clémenceau". Paris 1906.

Flourens die Wahrheit sagt) 1882 alles getan, um Frankreich von der Teilnahme an der Besetzung Ägyptens abzuhalten und dieses Land damit England in die Hände gespielt. Jetzt handle es sich dem britischen König um etwas noch Größeres. Er wünsche die deutsche Flotte zu zerstören und möchte dazu die Hilfe einer kontinentalen Armee gewinnen. Die herrschende Partei in Frankreich erniedrige ihr Vaterland zum Soldaten Englands. Dieser an sich einleuchtende Gedankengang Flourens' ist mit den bittersten Ausfällen auf die Herrsch- und Gewinnsucht Albions verbrämt, aber mit Übertreibungen, die der Wirkung des Buches abträglich waren.

Das war ein letztes Grollen, denn 1904 beginnt die neue Epoche der französisch-englischen Politik, die nach acht Jahren zum Bündnisse der Westmächte und zuletzt zum Kriege gegen Deutschland führte. Die Behauptung, Eduard VII. hätte dieses Ziel im Auge gehabt und den Krieg von langer Hand vorbereitet, wäre gewagt. Beim Abschlusse der Verträge vom 8. April 1904 war seine Absicht wohl die, Deutschland in eine Isolierung zu drängen, die weniger glänzend sein sollte, als die, deren sich das England Salisburys belobte. Diesem Plane hatten auch die Besuche gedient, die der König 1903 bei den Herrschern von Italien, Spanien und Portugal gemacht hatte; deshalb war auch die Aussöhnung der Italiener mit Frankreich von ihm betrieben worden. Die Deutschen waren durch ihren Handel zu reich, durch ihre Hochseeflotte zu mächtig geworden. Sollte England sich handelspolitisch nicht überflügeln lassen, mußte der Aufschwung Deutschlands gelähmt werden[1]).

„Das Ende der Bismarckschen Ära" — diesen Titel trug der Aufsatz eines französischen Blattes über die Verträge vom 8. April 1904. Darin lag eine gewisse Wahrheit. Der französisch-englische Gegensatz war die Atmosphäre gewesen, in der das Deutsche Reich zu seinem hohen Ansehen emporgewachsen war. Diese Voraussetzung war noch wichtiger als der Gegensatz Englands zu Rußland, weil die Staatskunst Bismarcks es zuwege brachte, mit jeder dieser beiden Mächte in Frieden, oft in Freundschaft zu leben. Die Nachfolger Bismarcks erlebten noch die Steigerung der englisch-französischen Rivalität, die im Zusammenstoß wegen Faschoda gipfelte. Sicher thronte während

[1]) Bülows „Deutsche Politik", Buchausgabe, S. 58: „Seine Politik (Eduards VII.) richtete sich nicht so sehr direkt gegen die deutschen Interessen, als daß sie versuchte, durch eine Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse Deutschland allmählich mattzusetzen."

des Burenkrieges des Deutschen Reiches Macht, zwischen den Eifersüchtigen unparteiisch die Wage haltend. Dann kam die Schicksalswendung. Sie kündigte sich zwar mit Friedensschalmeien an, aber die Mißklänge blieben nicht lange aus.

Dem Deutschen Reiche widerfuhr 1904 etwas Ähnliches wie Friedrich dem Großen vor dem Siebenjährigen Krieg. Er hielt es für ausgeschlossen, daß Österreich und Frankreich, Nebenbuhler seit Jahrhunderten, sich aussöhnen und gegen ihn verbinden könnten. Das Unwahrscheinliche wurde Ereignis und er sah sich einer furchtbaren Koalition gegenüber. Ebenso vermeinten die Ratgeber Wilhelms II., die englisch-französische Kolonialstreitigkeiten würden sich nicht ausgleichen, die Feindseligkeiten nicht auslöschen lassen. Die Quelle des Irrtums von 1904 war dieselbe wie 1755. In beiden Fällen fehlte den deutschen Staatsmännern der Überblick über die Weltpolitik; eingesponnen in historische Erinnerungen und in völkerpsychologische Lehrmeinungen verkannten sie, was sich auf dem weiten Erdenrund neu vorbereitete. Jetzt stieg für das Deutsche Reich eine große Gefahr auf. Schon im Oktober 1904 bedrohte das führende Militärblatt Englands, die „Army and Navy Gazette", die deutsche Flotte mit einem Überfall, so furchtbar, wie der von 1807 gegen Dänemark, durch den sich England mitten im Frieden die Auslieferung der dänischen Flotte erzwang. „Wir haben," so hieß es dort, „schon einmal einer Flotte das Lebenslicht ausblasen müssen, von der wir Grund hatten zu glauben, daß sie zu unserem Schaden verwendet werden könnte. Es fehlt in England wie auf dem Festland nicht an Leuten, welche die deutsche Flotte für die einzige und wirkliche Bedrohung der Erhaltung des Friedens in Europa ansehen."

Das war nur eine der Herausforderungen, die über den Kanal nach Deutschland herübertönten. Überhaupt bedeutete das Abkommen vom 8. April 1904 das Ende einer längeren Epoche gesicherten Friedens. Seit der Krise von 1887 bis 1890, die durch General Boulanger und die Machtansprüche Rußlands auf Bulgarien hervorgerufen war, hatte die Gefahr eines Krieges zwischen den festländischen Staaten Europas sich ernstlich nicht eingestellt. Verstimmungen entstanden und verrauschten, ohne daß besorgt wurde, das Schwert werde jäh aus der Scheide fliegen. Damit war es jetzt zu Ende. Von 1904 ab verlief kein Jahr ohne unmittelbare Kriegsgefahr. Wenn sie vorüberging, atmete man auf, aber sie stellte sich mit kurzer Unterbrechung wieder ein und lastete bis zum Weltkrieg ununterbrochen auf Europa.

XVII

Der Russisch-Japanische Krieg

Rußland war immer am stärksten, wenn es seine Macht nur von ferne zeigte und mit ihr seine Nachbarn schreckte; im Kriege selbst vermochte es die Volkskräfte nie hochzuspannen, nie voll einzusetzen. Die Zahl seiner Heere ließ sich wohl vermehren, doch der Geist nicht herbeirufen, der sie zum Siege lenken sollte.

Als Japan gerüstet war, beschloß dessen Regierung, den Feind nicht an sich herankommen zu lassen, sondern ihn auf dem asiatischen Festland aufzusuchen. Binnen vierzig Jahren hatte Nippon sich die Technik des modernen Heer- und Seewesens vollständig angeeignet und richtete die Waffen jetzt gegen eine der Großmächte, von denen es gelernt hatte. Dabei entwickelte es im Angriff ebenso die Tugenden wie die Tücke, die im japanischen Volkscharakter liegen, Eigenschaften, die am kräftigsten in der adeligen Kriegerkaste der Samurais entwickelt waren, die sich aus der feudalen Zeit das stolze Ehrgefühl wie den das Leben fürs Vaterland freudig hinwerfenden Heldenmut bewahrten. Es war, wie wenn die Ritterschaft des europäischen Mittelalters gleichzeitig über die ganze Kriegstechnik des 20. Jahrhunderts verfügt hätte. Doch nicht die Samurais allein, aus denen die Offiziere hervorgingen, waren von Kriegslust erfüllt, ebenso auch die anderen Schichten des Volkes: von den wissenschaftlichen Führern angefangen bis zu der gläubigen Menge, die sich um die Tempel der nach japanischem Glauben ihre Nachkommen umschwebenden Ahnen drängte. Der Masse des russischen Volkes war der Krieg mit dem fernen Japan etwas Fremdes, wofür innere Teilnahme fast vollständig fehlte; in Nippon dagegen war die ganze Nation von der Notwendigkeit durchdrungen, die Unabhängigkeit des Landes gegen den unersättlichen Nachbarn zu verteidigen[1]).

[1]) Die Hauptquelle für die Geschichte des Krieges ist das mit großer Offenherzigkeit geschriebene russische Generalstabswerk. (Deutsche Bearbeitung von Major von Tettau unter dem Titel: „Der russisch-japanische Krieg“ [Berlin 1910—1912, 10 Bände].) — Japan da-

Überfall auf die russische Flotte

Der Kriegszweck konnte von den Japanern nur nach Erringung der Seeherrschaft erreicht werden. Nur dann wurde es ihnen möglich, in Korea und in der Mandschurei mit Truppen, Geschützen und dem ganzen Heergerät zu landen, hierauf auch den Nachschubdienst zu besorgen. Ihr erstes war daher die Bezwingung der russischen Flotte, welcher die ihrige an Zahl und Bestückung der Schiffe um einiges überlegen war. Dieser Unterschied war jedoch nicht durchschlagend, so daß der Ausgang einer offenen Seeschlacht nicht vorausberechnet werden konnte: Überraschung und Überfall sollten deshalb das Ihrige tun. Da die russische Heeresleitung mit dem Statthalter Alexejew als oberstem Befehlshaber auf den Kriegsausbruch nicht gefaßt war, so ankerte die Flotte mit ihrer Hauptmacht sorglos vor Port Arthur, mit einem kleineren Geschwader in Wladiwostok; außerdem befanden sich zwei kleinere Kriegsschiffe im Hafen Tschemulpo in Korea. Am 8. Februar erhielt der in Port Arthur weilende Statthalter eine Depesche aus Petersburg mit der Nachricht vom Abbruche der diplomatischen Beziehungen, was er am nächsten Tage kundzumachen beabsichtigte. Aber schon um elf Uhr nachts am selben 8. Februar erschienen unvermutet die Torpedoschiffe der Japaner, stürzten sich auf die vor dem Hafen verankerte russische Flotte und warfen durch drei Stunden die tückischen Geschosse gegen den Leib der feindlichen Panzer. Wohl wehrten diese nach der ersten Überraschung den Angriff kräftig ab, und die Dämonen verschwanden darauf im Dunkel der Winternacht. „Was ist das für ein Geschieße?“ hatte der Festungskommandant General Stössel nach dem ersten Dröhnen der Geschütze durch das Telephon

gegen hat nur über seinen Seekrieg ein Werk veröffentlicht, von dem weiter unten gesprochen werden soll. — Außerdem liegen größere Werke des deutschen, des österreichisch-ungarischen, des englischen und des amerikanischen Generalstabs vor. Der französische Generalstab allein hat sich aus Rücksicht für die Russen ausgeschwiegen. — Von anderen Gesamtdarstellungen des Landkrieges wurden für unsere Darstellung benützt: Oberst Gädke: „Japans Krieg und Sieg“ (Berlin 1906—1907); Immanuel: „Der russisch-japanische Krieg (Berlin 1904 bis 1905); Tettau: „Kuropatkin und seine Unterführer“, 2 Bände; von demselben Verfasser: „Achtzehn Monate mit Rußlands Heeren in der Mandschurei“ (Berlin 1906); General von Lignitz: „Der japanisch-russische Krieg“, 4 Bände (Berlin 1908—1911); Capitaine de Saligny: „Essais sur la guerre russo-japonaise (Paris-Nancy 1913).

bei seinem Stab angefragt. Groß war der angerichtete Schaden: zwei russische Schlachtschiffe, der „Zesarewitsch“ und der „Retwisan“, dann der Kreuzer „Pallada“ waren schwer verwundet und durch Wochen außer Gefecht gesetzt.

Der 9. Februar brachte auch den zwei Schiffen im Hafen von Tschemulpo das Verderben. Ein weit überlegenes japanisches Geschwader forderte sie zur Übergabe auf; die Russen stellten sich, da Entkommen unmöglich war, tapfer zum Kampfe. Ihre Schiffe wurden aber so arg zugerichtet, daß der Befehlshaber genötigt war, sie nach Rettung der Mannschaft im Hafen von Tschemulpo in die Luft zu sprengen. Das Geschwader zu Wladiwostok endlich wurde von den Japanern zunächst unbehelligt gelassen, so daß Kapitän Reitzenstein und später Konteradmiral Jessen durch kühne Streifzüge, durch Wegnahme von Transportschiffen und sonstige Störung des Handels dem Feinde manchen Schaden zufügen konnten.

Die russische Hauptflotte in Port Arthur war durch ihre Verluste so eingeschüchtert, daß sie sich auf die Verteidigung des Hafens beschränkte. Der japanische Admiral Togo setzte ihr überdies mit bewunderungswürdiger Kraft und Ausdauer aufs heftigste zu; Beschießungen und Torpedoangriffe wechselten wiederholt ab; Brander, mit Steinen beladen, wurden gegen den Hafenausgang abgelassen, um ihn zu verstopfen und die russische Flotte schach und matt zu setzen. Rings um den Hafen wurden Streuminen gelegt, kurz, alles zur Verkorkung des Hafens getan. Wohl scheiterten diese Maßnahmen an der Wachsamkeit der Russen, denen es gelang, die Brander zu sprengen, bevor sie ihr Ziel erreichten. Es herrschte aber Niedergeschlagenheit in Port Arthur, bis Admiral Makarow eintraf und den Oberbefehl der Flotte übernahm. Vom Geiste unerschrockenen Wagens erfüllt, flößte er den Seinigen wieder Mut ein und hielt durch kühne Ausfahrten die feindliche Flotte in Atem. Da aber ereilte auch ihn das Geschick. Am 13. April ließ er sich von seinem schlauen Gegner zur Verfolgung eines schwächeren japanischen Geschwaders aus dem Hafen herauslocken, worauf Admiral Togo unversehens hervorbrach und den russischen Schiffen die Rückkehr abzuschneiden drohte. Um trotzdem den Hafen noch zu erreichen, wich das russische Admiralschiff „Petropawlowsk“ von der gewöhnlichen Fahrtrinne ab und geriet dabei auf eine Mine: das Schlachtschiff flog in die Luft, wobei Makarow und 576 Mann den Tod fanden; unter den im Meere Verschwundenen befand sich auch der her-

vorragende Maler Wereschtschagin. Von da ab wagten die russischen Schiffe nicht mehr, den inneren Hafen zu verlassen, und die Japaner beherrschten das Meer so vollständig, daß sie auch die Eroberung der Mandschurei in Angriff nehmen konnten. Immer aber lag Togo mit seiner Flotte vor Port Arthur und entfaltete beim Festhalten des Feindes wie bei den späteren Waffentaten solche Umsicht und Kühnheit, daß er zu den großen Seehelden der Geschichte zu zählen ist[1]).

*

Landung der Japaner in Korea und vor Port Arthur

Das war ein glanzvoller Anfang, aber doch bloß ein Vorspiel, da die Eroberung Koreas, Port Arthurs und der Mandschurei nur durch die Landarmeen der Japaner zu erstreiten war. Es wäre für die Russen von höchster Bedeutung gewesen, zu wissen, wo die Japaner landen würden und wann sie zur Stelle sein konnten. Da das russische Heer in der Mandschurei noch nicht zahlreich war und nur um Port Arthur stärkere Streitkräfte standen, hing viel von der Schnelligkeit ab, mit der die Japaner handelten. Über diese Verhältnisse in Raum und Zeit mußte die russische Heeresleitung Klarheit zu gewinnen trachten.

Unmittelbar nach Ausbruch der Feindseligkeiten wurde der Kriegsminister Kuropatkin zum Oberbefehlshaber der russischen Armee in der Mandschurei ernannt. Er war jedoch dem Statthalter Alexejew untergeordnet, der über Heer und Flotte im Osten gesetzt war. Diese Anordnung war ein schwerer Mißgriff. Denn Kuropatkin war zwar für die Leitung des Landheeres verantwortlich, hatte jedoch von Alexe-

[1]) Der japanische Generalstab hat kein Werk über den Landkrieg veröffentlicht, wohl aber erschien „Der japanisch-russische Seekrieg 1904/05. Amtliche Darstellung des japanischen Generalstabs“ (Deutsche Übersetzung, Berlin 1911, 3 Bände). Das Werk berichtet streng sachlich über die militärischen Begebenheiten, die begangenen Heldentaten, die gefeierten Siegesfeste; es enthält aber nichts über die Kriegspläne und die Motive der Kriegshandlung; nirgends ein Beitrag zur Psychologie eines der kämpfenden Teile — also folgerechte Zurückhaltung, um sich nicht in die Karten blicken zu lassen. Das deutsche Hauptwerk ist von Curt Freiherrn von Maltzan: „Der Seekrieg zwischen Rußland und Japan“ (Berlin 1912—1914, 3 Bände).

jew Weisungen hinzunehmen, da dieser das Vertrauen des Zaren in höherem Grade besaß. Vor seiner Abreise war Kuropatkin mit dem Kaiser übereingekommen, er werde den Krieg so lange hinhaltend führen, bis größere Truppenmassen aus Rußland nachgeschoben wären. Man machte sich darauf gefaßt, bis dahin vor den Japanern zurückzuweichen und selbst Mukden, die Hauptstadt der Mandschurei, vorerst preiszugeben. Kuropatkin dachte an das Vorbild des Krieges von 1812, in dem Moskau hatte geräumt werden müssen. Zum Generalstabschef der mandschurischen Armee wurde Ssacharow ernannt, der aber im Feldzuge nicht hervortrat, da Kuropatkin alle wichtigeren Anordnungen selbst traf.

Die Dinge gestalteten sich zu Lande anfangs für die Russen günstiger, als sie angenommen hatten. Die japanische Armee war nicht sehr bald zur Stelle, so daß Mukden von den Russen festgehalten werden konnte. Südlich davon, bei Liaoyan, bezog ihr Hauptheer eine feste Stellung.

Es lag in der Natur der Sache, daß die Japaner zuerst von Korea Besitz nahmen, das von ihrem Inselreich leicht zu erreichen war. Die Landung ging in mehreren Pausen zwischen Mitte Februar und Ende März vor sich. Eine japanische Armee von 40 000 Mann, von General Kuroki geführt, unterwarf das Land ohne Mühe, wobei das Beschwerlichste die Märsche auf den schlechten Wegen waren. Die beobachtende russische Kavallerie wich vor den Japanern zurück, deren Spitzen Ende April den Yalufluß erreichten, die Grenze zwischen Korea und der Mandschurei. Hier erst stießen die Japaner auf Widerstand. Kuropatkin hielt zwar seine Hauptmacht in der Stellung bei Liaoyan zusammen, schob aber ein Korps unter General Sassulitsch an den Yalufluß vor, um dem Feinde den Übergang zu erschweren. Als die Japaner am 1. Mai über den Fluß gingen, trat Sassulitsch ihnen entgegen, wurde aber von der Übermacht bei Tiurentschin besiegt. Hierauf drang der japanische General bis zu den Pässen vor, die in die mandschurische Ebene führen. Dort aber blieb seine Armee durch mehrere Wochen stehen, da sie allein es mit der russischen Hauptmacht nicht aufnehmen konnte. General Kuroki mußte warten, bis auch in der Mandschurei ein japanisches Heer erschienen war und sich zur Geltung brachte.

Denn unterdessen konnten die Japaner, da sie nach Einschließung der russischen Flotte in Port Arthur Herren des Meeres geworden waren, die Überschiffung ihrer Armee auch nach dem mandschurischen

Festland in Angriff nehmen. Sie faßten, ohne von den Russen gestört zu werden, am 5. Mai in Pitzewo festen Fuß, und in den nächsten Tagen wurde die Armee des Generals Oku ausgeschifft, der vorausgesetzt hatte, daß das um Port Arthur, also unfern von ihm gesammelte russische Heer ihm dabei schwere Ungelegenheiten bereiten werde. Er war angenehm überrascht, daß der untätige Feind die Landung und Ausbreitung der Japaner geschehen ließ. Mit etwas größerer Entschlossenheit hätte der in Port Arthur kommandierende Alexejew den Aufmarsch der japanischen Armee hindern oder wenigstens verlangsamen können[1]). Um so kräftiger nutzte Oku den Vorteil aus. Er brach sofort gegen Port Arthur auf und stieß am 26. Mai bei Kintschou auf die in fester Stellung haltenden Russen. Nach mehrstündiger Beschießung ließ er die Seinigen vorgehen und siegte am nächsten Tage. Die Russen zogen sich bis zu der Landenge zurück, durch welche die Kwantunghalbinsel, auf der Port Arthur liegt, mit der Mandschurei zusammenhängt; sie begnügten sich mit der Verteidigung der Seefestung. Die Landverbindung Port Arthurs aber mit dem von Kuropatkin befehligten Heere war durch das Vordringen Okus unterbrochen. Unterdessen landete auch eine dritte japanische Armee unter General Nogi, die mit der Okus zusammenwirkte. Getrennt von ihnen stand im Norden, nachdem es Korea durchzogen hatte, das Heer Kurokis.

Vereinigung der japanischen Armeen

In diesem Zeitpunkte befand sich die russische Hauptmacht unter Kuropatkin in der Mitte zwischen den getrennt heranrückenden feindlichen Heeren. Kuropatkin hielt jedoch an seinem ursprünglichen Vorsatz fest, erst dann loszuschlagen, bis nach dem Eintreffen von Verstärkungen seine Armee dem Feinde an Zahl ebenbürtig wäre. Das

[1]) Das russische Generalstabswerk, das mit der eigenen Heeresleitung strenge ins Gericht geht, leistet an dieser Stelle ein Stück Selbstverhöhnung, indem es schreibt: „Die Japaner hatten uns offenbar bereits genügend kennengelernt und hielten deshalb unseren Entschluß" (nämlich den zum Stören der Landung von Port Arthur aus) „für wenig wahrscheinlich, worin sie sich auch nicht irrten."

aber hatte, da der russische Nachschub bloß auf der eingeleisigen sibirischen Bahn stattfinden konnte, seine guten Wege. Ein Hemmnis der Bahnfahrt war der Baikalsee, über den damals die Transporte im Sommer auf Fähren, im Winter übers Eis gehen mußten: wurde doch die Umschienung des Sees erst zu Beginn des Krieges in Angriff genommen. War nun auch die russische Militärverwaltung mangelhaft und verderbt, so bewährte sich doch das Verkehrsministerium unter der Leitung des Fürsten Chilkow so gut, daß die Hindernisse des weiten Raumes nach Möglichkeit überwunden wurden. Trotzdem konnte das russische Heer erst im Hochsommer ungefähr auf die Stärke des japanischen gebracht werden. Kuropatkin blieb dabei, daß bis dahin die Strategie des Zuwartens das einzig Richtige wäre.

So lange aber wollten die russischen Generale in dem vom Hauptheere abgeschnittenen Port Arthur nicht warten. Sowohl Alexejew wie der Festungskommandant Stössel drängten Kuropatkin zum Handeln. Stössel sandte dringende Hilferufe, die ihm Kuropatkin mit Recht verwies, da Port Arthur zu Lande noch nicht ernstlich bedroht war. Der Statthalter aber war Kuropatkin übergeordnet und verlangte von ihm, er solle sich entweder auf den von Osten heranrückenden Kuroki oder auf Oku werfen, der weiter im Süden stand; wurde einer von ihnen besiegt, so war der japanische Angriff gelähmt. Ähnlich hatten in früheren Kriegen tatenfrohe Feldherren gehandelt. Standen sie in der Mitte zwischen zwei feindlichen Heeren, so ließen sie zur Beobachtung des einen ein schwächeres Korps zurück, während sie mit ihrer Hauptmacht das andere überfielen und schlugen. Darin waren Friedrich der Große und Napoleon Vorbilder gewesen; so siegte auch Erzherzog Karl 1796 über Jourdan und Moreau, so Erzherzog Albrecht 1866 bei Custoza. Indessen hatte sich Kuropatkin ein anderes Verfahren zurechtgelegt. Er hielt seine Streitkräfte für die Offensive noch zu schwach; auch besorgte er, daß, während er das eine japanische Heer angriff, das andere in seinem Rücken vorbrechen werde. In diesem Falle konnte er von der Eisenbahn abgedrängt werden, durch die allein er Verstärkungen und Munition aus Europa beziehen konnte. Sein Zwiespalt mit Alexejew wurde immer ärgerlicher, so daß der Zar zum Schiedsrichter angerufen werden mußte. Der Kaiser gab dem Statthalter recht und schrieb einen Vorstoß nach Süden behufs Entlastung Port Arthurs vor. Widerwillig gehorchte Kuropatkin, übernahm jedoch nicht selbst die Ausführung. Er beauftragte damit den General Baron Stackelberg, vertraute ihm

aber nicht eine ausreichende Macht an, die er vielmehr immer noch in Liaojan zusammenhielt. Stackelberg, der etwa 30000 Mann erhielt, fand deshalb sein Unternehmen bedenklich, setzte sich aber dem Befehl gemäß gegen Oku in Bewegung. Die halben Maßregeln der russischen Oberleitung mußten zu einem Mißerfolg führen. General Oku, anders geartet als der feindliche Oberbefehlshaber, ließ zur Beobachtung Port Arthurs bloß eine Division unter Nogi zurück und zog Stackelberg mit Macht entgegen. Dieser erhielt von Kuropatkin widersprechende Weisungen bald zu schneidigem Vorgehen, bald zur Vorsicht im Zusammenstoß mit überlegenen Kräften. In dem Kampfe, der am 15. Juni bei Wafangou stattfand, wurden die Russen besiegt und zogen sich wieder auf ihre Hauptmacht bei Liaojan zurück.

Da unterdessen auch eine vierte japanische Armee, die des Generals Nozu, auf dem Festlande ausgeschifft wurde, waren die Japaner vollzählig aufmarschiert. Bis dahin hatte ihr Oberbefehlshaber Marschall Oyama die Bewegungen von Tokio aus gelenkt, am 6. Juli aber landete er mit seinem Generalstabschef Kodama in der Mandschurei, begab sich zur Armee Okus und schob seine Heeresabteilungen bedächtig vorwärts. Seine Truppen standen in einem weiten Halbkreis um Kuropatkins Hauptmacht, doch so, daß Kuroki noch nicht mit den anderen japanischen Heeren in Verbindung gekommen war. Dadurch, daß die Japaner sich strahlenförmig gegen das Zentrum in Bewegung setzten, wollten sie die Vereinigung ihrer Heere erzwingen. Oyama wies seine Unterbefehlshaber an, durch fortgesetzten Druck gegen verschiedene Punkte der russischen Verteidigungsstellung bei General Kuropatkin Zweifel über die am meisten gefährdeten Stelle zu erwecken und ihn zu veranlassen, seine Kräfte zu verzetteln, anstatt sie versammelt in einer Richtung vorzuwerfen. In diesem Plane lag strenge Logik, doch wurde er mit solcher Vorsicht durchgeführt, daß die Russen wieder sich ermutigt fühlten. Oyama wollte sich eben keinem Rückschlag aussetzen und wagte deshalb nicht viel. Auch wurde er durch Schwierigkeiten in der Verpflegung, die übers Meer erfolgen mußte, zu langsamem Vormarsche veranlaßt. Hauptursache des Zögerns jedoch war der Charakter des japanischen Marschalls, der sich an Unternehmungslust und Kühnheit nicht mit Admiral Togo messen konnte.

Übereinstimmend mit dieser bedächtigen Strategie nahm auch Kuroki erst nach einer sechswöchigen Pause — am 23. Juni — den Vormarsch wieder auf, um sich der Pässe zu bemächtigen, die von

Fönhuantschön über das Bergland in die mandschurische Ebene führen. Da er der russischen Hauptmacht am nächsten stand, wollte Kuropatkin ihn durch einen kurzen Offensivstoß zurückwerfen. Während dies geschah, sollte der von Süden heranrückende Oku durch General Sarubajew aufgehalten werden. Diesem Plane entsprechend erhielt General Graf Keller, der Kuroki gegenüberstand, Verstärkungen, machte auch am 17. Juli am Motienpaß einen Vorstoß, konnte aber, obwohl er einer der tüchtigsten russischen Generale war, nicht durchdringen; am 31. Juli fiel Keller zum Bedauern des ganzen Heeres im Kampfe. Unterdessen ging es auch dem General Sarubajew schlecht, da Oku ihn kräftig anfaßte und seine Truppen am 24. Juli aus der wichtigen Stellung von Tachitschao warf. Dieser Unfall machte auf Kuropatkin solchen Eindruck, daß er die Offensive gegen Kuroki aufgab und unter verlustvollen Rückzugsgefechten seine vorgeschobenen Abteilungen allgemach in die Hauptstellung von Liaojan zurücknahm. Mit dem Abzug der vorgeschobenen russischen Truppen gewannen die Japaner Raum, und ihre bisher getrennten zwei Hauptgruppen vereinigten sich. Damit war das nächste Ziel der japanischen Heeresleitung erreicht und der erste Abschnitt des Landkrieges beendigt. Nach russischer Auffassung dagegen hatten bisher nur Vorgefechte stattgefunden, während der Krieg großen Stils erst beginnen sollte.

*

Kuropatkins Charakter und Methode

Schon in diesen ersten Gefechten zeigte sich die moralische Überlegenheit der Japaner. Nicht die methodische Strategie Oyamas hatte die Entscheidung herbeigeführt, und auch im Soldatenmaterial war der Unterschied nicht durchgreifend, da sich die Russen unter tüchtigen Vorgesetzten so gut wie ihre Gegner schlugen. Dagegen konnten sich ihre Offiziere im Durchschnitt nicht mit den japanischen vergleichen, weder an Schulung noch an Wagemut und Opferfreudigkeit. Der Kriegsadel der Samurais leistete im Angriff wie in der Verteidigung so viel, wie nur verlangt werden konnte; gefangene japanische Offiziere nahmen sich, selbst wenn sie verwundet und hilflos dem Feinde in die Hände fielen, aus Ehrgefühl das Leben. Auch im russischen Heere gab es

genug tapfere Offiziere, daneben aber viele Gleichgültige und nicht wenig Schwächlinge, die sich womöglich ihrer Pflicht entzogen. Tief unter ihrer Aufgabe endlich stand im ganzen und großen die Generalität. Der nackenbeugende Despotismus ließ Selbständigkeit des Charakters nicht aufkommen und begünstigte unter den Offizieren die Unterwürfigen, die durch Schmeichelei zu höheren Stellen gelangten. Auch gab es unter diesen Leuten Pulverscheue, auf welche die Offiziere mit Verachtung herabblickten. Mochten dies auch nur Ausnahmen sein, so ist es doch bezeichnend, daß aus dem anderthalbjährigen Feldzug auch nicht ein General hervorging, der sich durch seine Leistungen zur Führung einer großen Armee empfahl und als solcher zu Beginn des Weltkrieges hervorragte[1]).

Auch ein größerer Feldherr als Kuropatkin hätte diese Mißstände durch seine Führung nicht wettmachen können. Alexander Nikolajewitsch Kuropatkin, 1848 geboren, hatte sich sowohl in asiatischen Feldzügen wie im Kriege gegen die Türkei 1877 ausgezeichnet, den er als Generalstabschef des hinreißend tapferen Generals Skobelew mitmachte. Von 1898 an war er Kriegsminister und unternahm 1903 eine Reise nach Port Arthur, um sich von der militärischen Sachlage durch Augenschein zu unterrichten. Armee und Volk wünschten ihn beim Ausbruche des Mandschurischen Krieges zum Feldherrn; viele Abordnungen beglückwünschten ihn zu seiner Ernennung, er aber antwortete einer von ihnen in Vorahnung des Kommenden: „Jetzt schreit ihr Hosianna, aber bald werdet ihr rufen: Kreuzige, kreuzige ihn!“ Er war ein Vollblutrusse mit den Vorzügen der Rasse, doch auch mit deren Vorurteilen gegen

---

[1]) Einige Beispiele der Kläglichkeit der russischen Generalität mögen genügen. General Trussow, dem Trunke ergeben, war im Gefecht am Jalufluß bloß mit dem Gedanken an seine eigene Rettung beschäftigt. Über General Sassulitsch spricht das russische Generalstabswerk (Band I, Teil 2, S. 140) mit richtiger Begründung sehr ungünstig. General Romanow war so unfähig, daß in seinem Stabe vergnügte Stimmung herrschte, als er, ein schwacher Reiter, vom Pferde fiel und ins Lazarett mußte. General Iwanow erbat sich in seiner Hilflosigkeit während der Schlacht am Schaho von Kuropatkin eine Weisung, in der er wörtlich sagte: „Ob ich eine Feldwache des Gegners zurückdrängen darf, da ich sonst die Position des Gegners nicht zu erkunden vermag?“ Einer dieser Helden, General Dobrshinskij, wurde bis 1908 in seinem Kommando gelassen, dann aber widmete ihm sein Nachfolger im ersten Divisionsbefehl folgenden Nachruf: „Nach einstimmiger Bekundung aller Teilnehmer am Kriege hat General Dobrshinskij ... sich während des ganzen Feldzuges nicht in der Nähe von Truppenteilen sehen lassen, die sich im Bereiche des feindlichen Infanterie- oder auch Artilleriefeuers befanden.“ Vgl. Tettau, Kuropatkin und seine Unterführer I, S. 99, 335; II, S. 57, 119.

die Deutschen; ein wissenschaftlich durchgebildeter Militär und erprobter Verwaltungsmann, der sich aber zu sehr in Einzelheiten verlor; wohl klein an Gestalt, doch würdevoll im Benehmen und in der Rede; höflich gegen jedermann, vor allem aber, was der Armee zugute kam, unermüdlich für das Wohl seiner Soldaten besorgt.

Feldherrngaben können sich erst vor dem Feinde erweisen, und diese Probe hat Kuropatkin nicht bestanden. Das russische Generalstabswerk über den Mandschurischen Krieg hat ihn so vollständig preisgegeben wie das österreichische über 1866 den unglücklichen Benedek; in beiden Fällen wurde so verfahren, um alle Schuld von der Armee auf den Feldherrn abzuwälzen. Es ist eine alte Erfahrung, daß ein besiegter General in der ersten Zeit nach dem Krieg im unbarmherzigen Kreuzfeuer der militärischen Kritik steht und zunächst fast immer unterschätzt wird. Indessen haben derartige ungünstige Urteile Kuropatkin nicht so sehr geschadet wie die eigenen Bücher, die er nach dem Krieg zu seiner Rechtfertigung erscheinen ließ[1]).

Schon das ist bedenklich, daß Kuropatkin in seinem Rechenschaftsbericht behauptet, er habe alles getan, um den Krieg zu verhindern, während die anderen Minister den Zaren für das Gegenteil gewonnen hätten. Finanzminister Witte wies darauf aus den Protokollen des Ministerrates nach, daß Kuropatkin in den entscheidenden Sitzungen ebenso wie die anderen Teilnehmer gegen die Räumung der Mandschurei gestimmt hatte, nur daß er erklärte, bloß die südliche Hälfte dieses Landes mit Port Arthur sei für Rußland unentbehrlich. Somit spielten Gedächtnisschwäche oder Eigenliebe oder beide zusammen dem General einen Streich. Einen besonders unangenehmen Eindruck macht es, daß er die Schuld an der Niederlage völlig auf die Armee und auf seine Unterfeldherren schiebt und diesen letzteren ihre Verstöße unerbittlich nachrechnet, dagegen es fast durchwegs an Selbstkritik fehlen läßt. Wer so handelt, dessen Charakter steht nicht auf der Höhe einer großen geschichtlichen Aufgabe. Indessen könnte ein Mann dieser Art noch immer

[1]) Kuropatkin arbeitete nach dem Kriege einen mehrbändigen, in erster Linie für den Zaren bestimmten Rechenschaftsbericht aus, dessen Veröffentlichung von der Regierung nicht gestattet wurde. Er verfaßte aber aus den ersten drei Bänden einen Auszug, der unter dem Titel: „Rechenschaftsbericht des Generals Kuropatkin“ auch in deutscher Sprache erschienen ist. Der vierte und fünfte Band des ursprünglichen Werkes ist russisch unter dem Titel: „Das Ergebnis des Krieges“ und deutsch ganz unzutreffend als die „Memoiren Kuropatkins“ veröffentlicht worden.

ein hervorragender Kopf sein, denn nicht alle besiegten Feldherren besaßen die Selbstverleugnung und Seelengröße Benedeks. Aber in den Büchern Kuropatkins springen auch andere geistige Mängel in die Augen. Seine Darstellung ist im einzelnen belehrend, aber seine Logik ist schwach und die vorgebrachten Gründe beweisen häufig nicht das, was er aus ihnen folgert. So versucht er seinen Mißerfolg als Feldherr mit der ungenügenden Vorbereitung des Krieges zu erklären, übersieht aber die naheliegende Einwendung, daß er in den sechs Jahren vor 1904 Kriegsminister, also für die Mängel der Rüstung verantwortlich war. Noch mehr stellt ihn seine Angabe bloß, Rußland wäre im Osten deshalb nicht stark genug gewesen, weil es immer bemüßigt war, den Schwerpunkt auf die Verteidigung gegen Deutschland zu legen. Wenn er als Kriegsminister deshalb den Osten vernachlässigte, so war das ein schwerer Fehler: denn tatsächlich beharrte das Deutsche Reich während des Mandschurischen Krieges in einer Rußland wohlwollenden Neutralität. Wer den bestimmten Versicherungen Kaiser Wilhelms und seines Kanzlers nicht glaubte und den eigentlichen Feind nicht erkannte, schädigte Rußland schwer. Ähnliche Schwächen der Beweisführung findet man in den streng militärischen Abschnitten der Bücher Kuropatkins. Auch hier täuscht er sich oft über die Beweiskraft der von ihm vorgebrachten Tatsachen und Gründe, so daß es den Eindruck macht, das Organ für den Zusammenhang von Ursache und Wirkung sei bei ihm mangelhaft ausgebildet gewesen.

Ähnlichen falschen Folgerungen begegnet man auch in seinen während des Feldzuges erlassenen Weisungen, die gewöhnlich ausführlich und lehrhaft gehalten sind. Immer machte er seine Generale darauf aufmerksam, daß im Kriege Entschlußkraft und Anspannung aller Kräfte die Hauptsache sind, aber in demselben Atem schrieb er ihnen vor, das Gefecht rechtzeitig abzubrechen, um die Truppen für die später zu suchende Entscheidung zu sparen. Es war den Generalen und Offizieren oft nicht möglich, den sich widersprechenden Anordnungen Kuropatkins Genüge zu leisten — und er wieder war stets mit seinen Unterführern unzufrieden.

Es läßt sich viel dafür sagen, daß er in den ersten Monaten den Krieg hinhaltend führte: aus diesem seinem Grundplane sollte man ihm keinen Vorwurf machen, wenn auch große Heerführer Größeres gewagt haben würden. Er wollte sich die Japaner eben so lange vom Halse halten, bis die russischen Truppen aus Europa in genügender

Zahl angekommen wären. Bis dahin ließ er es nur zu Rückzugsgefechten und zu kurzen Vorstößen einzelner Korps kommen. Da er aber, um Zeit für die Sammlung des Gesamtheeres zu gewinnen, diese Abteilungen zu wiederholten Malen in vorgeschobenen Positionen standhalten ließ, setzte er sie starken Verlusten aus. Das war noch immer nicht so schlimm wie der Umstand, daß der dann notwendig erachtete Rückzug das Selbstvertrauen der Offiziere und der Mannschaften herabstimmte. Es gehörte jedoch zu den guten Eigenschaften Kuropatkins, daß er sich durch Mißerfolge den Mut nicht beugen ließ; er war überzeugt, alles noch gutmachen zu können, weshalb er in einer an die Generale im Juli 1904 gehaltenen Ansprache sagte: „Rußland hat den größten Teil seiner Feldzüge mit Niederlagen begonnen und mit Siegen beendet[1].“

*

Vernichtung der russischen Kriegsflotte

Da Kuropatkin somit den Beginn der entscheidenden strategischen Bewegungen hinausschob, konnte Port Arthur von den Japanern ungestört umschlossen werden, womit über die im Hafen blockierte russische Flotte das Verderben heraufzog. Tatenlos überließ man die kostspieligen Schlachtmaschinen ihrem Schicksal. Seit dem Tode des Admirals Makarow war den russischen Befehlshabern der Glaube an Sieg abhandengekommen: vom Auslaufen erwarteten sie Vernichtung. Und doch wurde inzwischen auch die japanische Flotte von schweren Unfällen betroffen, denn am 15. März stießen zwei ihrer Panzer auf russische Minen und versanken, außerdem ging einer ihrer Kreuzer bei einem Schiffszusammenstoße zugrunde. Diese Verluste wurden aber streng geheimgehalten, so daß die Russen den Feind für ebenso stark hielten wie ehedem. In Petersburg wollte man die blockierte Flotte nicht

[1]) Die beste Charakteristik der Kriegführung Kuropatkins bis zum August 1904 findet sich in den vom österreichisch-ungarischen Generalstab herausgegebenen „Einzelschriften über den russisch-japanischen Krieg“, II. Band, S. 583—616 (Wien 1910). Hier ist, was für und gegen ihn spricht, scharfsinnig abgewogen und überzeugend dargestellt. Zur Ergänzung: Saligny, „Essais sur la guerre russo-japonaise“, S. 321—354.

ruhmlosem Untergang verfallen lassen, deshalb wurde ihrem Admiral Witthöft der Befehl erteilt, auszubrechen und zu versuchen, sich nach Wladiwostok zu retten; als Tag des Ausfalls wurde ihm der 10. August vorgeschrieben. Gleichzeitig sollte das in Wladiwostok liegende kleinere Geschwader seinerseits der Hauptflotte entgegenfahren, um sie zu unterstützen. Das Unternehmen glückte jedoch nur bis zu dem Punkte, daß Admiral Witthöfft glücklich aus dem Hafen ins offene Meer gelangte. Seine Ausfahrt wurde indessen von den japanischen Wachtschiffen dem Admiral Togo gemeldet, der sofort aufbrach, der russischen Flotte nachsetzte und sie einholte. Es wäre jetzt Pflicht der Russen gewesen, sich mutig den Japanern zum Kampfe zu stellen, gleichviel, ob ihnen Sieg oder Untergang beschieden war. Witthöfft nun wurde von einer Granate zerrissen und der Befehl ging an Admiral Uchtomskij über, dem das Vertrauen zu sich und zu seinen Leuten fehlte: so gab er seinen achtzehn Einheiten den Befehl zur Rückfahrt nach Port Arthur. Doch nur die Hälfte der Seinigen folgte der Weisung und fand auch noch den Rückweg in diesen Hafen; es waren vier Schlachtschiffe, ein Panzerkreuzer und drei Torpedos, die sich in Port Arthur einschließen ließen. Die anderen Schiffe Uchtomskijs hatten seinen Befehl nicht bemerkt, vielleicht auch wollten sie ihn nicht sehen und setzten die Flucht ins offene Meer fort. Nur einer dieser Panzer, der „Askold“, wagte es, Kurs auf Wladiwostok zu nehmen, konnte jedoch den rettenden Hafen nicht erreichen; die Japaner holten ihn ein und schossen ihn zusammen, so daß er von der Bemannung versenkt werden mußte. Die anderen entflohenen Fahrzeuge dieser Gruppe zogen es schmählicherweise vor, sich in Sicherheit zu bringen, indem sie in neutrale Häfen einliefen. Sie waren damit zwar außer Gefahr, mußten aber nach Völkerrecht abrüsten und das Ende des Krieges tatenlos abwarten. Bis dahin waren sie für Rußland verloren. — Nicht anders erging es dem kleineren Geschwader, das am 10. August unter Admiral Skrydlow von Wladiwostok ausgefahren war. Vor diesem Hafen lag eine japanische Flotte auf der Lauer: am 14. August wurde Skrydlow erreicht und besiegt.

Die russischen Kriegsschiffe, die sich nach Port Arthur gerettet hatten, wurden von der Festungsbesatzung ob ihrer Flucht mit Flüchen und Verwünschungen empfangen. Als sie ans Land kamen, schrieb eine russische Krankenpflegerin, Olga von Baumgarten, in ihr Tagebuch: „Abgesehen von unserer Angst und Verzweiflung ergreift uns ohnmächtige Wut auf die Marine... Es ist für deren Angehörige

gefährlich, sich auf der Straße zu zeigen, weil die Landsoldaten mit Steinen nach ihnen werfen." Von der stolzen Kriegsflotte im Großen Ozean waren nur Trümmer übrig, und auch die sahen im Hafen von Port Arthur der Versenkung entgegen.

★

Schlacht bei Liaoyan

So glänzend aber die Erfolge der Japaner zur See waren, die Entscheidung des Krieges konnte doch nur durch die Landarmeen fallen, da der Siegespreis, die Mandschurei und Port Arthur, nur durch sie zu gewinnen war. Zur selben Zeit, da die Japaner zur See unbedingte Herren wurden, waren sie mit ihrer Landmacht vollständig auf den zwei Kriegsschauplätzen aufmarschiert. Mit drei Armeen (Oku, Nozu, Kuroki), zusammen über 120000 Mann, standen sie in der Mandschurei vor der russischen Stellung von Liaojan, während die Armee des Generals Nogi die Belagerung Port Arthurs in Angriff nahm und zu diesem Behufe immer wieder verstärkt wurde. Zwei voneinander räumlich getrennte Kriegshandlungen füllten also die Zeit bis zum Januar 1905, bis zum Fall von Port Arthur aus. Wenn auch der Stand der Belagerung auf die Entschlüsse beim japanischen Hauptheere immer eine gewisse Wirkung übte, so wird es der Übersicht wegen zweckmäßig sein, die Ereignisse in der Darstellung auseinanderzuhalten.

Die Russen hielten sich mit etwa 155 000 Mann in ihrer Stellung, wobei Kuropatkin irrigerweise berechnete, der Feind sei ungefähr ebenso stark. Auf Grund dieser die Japaner überschätzenden Annahme und angesichts ihrer offenbar größeren militärischen Tüchtigkeit zog er es vor, ihren Angriff hinter seinen Verschanzungen abzuwarten. Wirklich schritten die Japaner alsbald zur Offensive in der Erwägung, daß die Russen mit der Zeit nur noch zahlreicher werden würden. So kam es am 30. August zur fünftägigen Schlacht von Liaoyan.

Die gegen Süden gerichtete Hauptfront der Russen war so fest, daß sie hier dem feindlichen Ansturm Trotz boten, so mutig die Japaner auch vorgingen. Deshalb suchte Marschall Oyama die Entscheidung auf dem Ostflügel durch Umgehung des Feindes. Wohl floß an dieser

Seite der Taitsyho, der aber kein ernstes Annäherungshindernis war. Die Armee Kurokis marschierte den Fluß aufwärts und überschritt ihn in der Nacht zum 31. August, unbemerkt von der russischen Kavallerie, was für sie beschämend war. So bedrohte Kuroki Flanken und Rückzugslinie der Russen, die an dieser Stelle von General Baron Bilderling befehligt waren. Sobald Kuropatkin von der Gefahr unterrichtet wurde, zog er starke Abteilungen aus seinem Zentrum und aus seinem Westflügel heraus, wo er die Seinigen hinter starken Befestigungen wußte, und warf sie nach Osten auf das Heer Kurokis. Dieser hervorragende General hatte sich in seiner neuen Stellung wohl sofort verschanzt, geriet indessen beim Angriff des an Zahl überlegenen Feindes, der unter Stackelbergs Befehl gestellt war, in eine gefährliche Lage. Indessen hielt er unerschüttert stand. Während die Japaner also am Ostflügel sich auf die Verteidigung beschränken mußten, griffen sie an denselben Tagen, 1. und 2. September, die befestigte Stellung der Russen bei Liaoyan mit höchster Anstrengung an, ohne aber etwas ausrichten zu können. Es war nun die Frage, wer länger aushielt, wer zuerst im Angriff ermattete. Da meldete Stackelberg in der Nacht zum 3. September ins Hauptquartier, seine Truppen seien außerstande, den Kampf gegen Kuroki fortzusetzen. Wohl verfügte Kuropatkin noch über unverbrauchte Reserven, indessen ließ er die Hoffnung auf Sieg fahren und befahl am 3. September den Rückzug.

So bewahrheitete sich an diesem Tag der Ausspruch des Prinzen Friedrich Karl: „Eine verlorene Schlacht ist gewiß oft eine Schlacht, die man verloren glaubt." Die Japaner waren zäher und errangen dadurch den Sieg. Indessen waren sie nach der starken Anstrengung ermattet, und auch die Spannkraft ihrer Führung ließ nach, so daß die Russen nicht verfolgt wurden. Bei diesen war nur der Oberbefehlshaber besiegt, nicht die Armee, die in guter Haltung abzog. Kuropatkin jedoch war mit dem Ausgang so zufrieden, daß er später behauptete, der Rückzug wäre ehrenvoller gewesen als der der 10 000 Griechen unter Xenophon. Anfangs freilich sah er die Sachlage nicht so günstig an, denn er hatte unmittelbar nach der Schlacht die Absicht, auch Mukden, die Hauptstadt der Mandschurei, zu räumen und sich bis Tielin zurückzuziehen. Als aber sein Heer am 7. September bei Mukden anlangte, ohne daß die Japaner nachdrängten, hielt er die wichtige Stadt fest und bezog südlich von ihr aufs neue eine gute Stellung.

*

Schlacht am Schaho

Bisher hatte Kuropatkin den Krieg verteidigend geführt. Im September erhielt er jedoch Verstärkungen, die sein Heer, obwohl es bei Liaoyan 40 000 Mann an Toten, Verwundeten und Vermißten verloren hatte, auf 210 000 Mann brachten. Die Japaner, die in der Schlacht nach ihrer nicht zuverlässigen Angabe bloß 20 000 Mann einbüßten, zogen zwar auch neue Mannschaften an sich, ihr Heer erreichte aber doch nur die Zahl von ungefähr 140 000 Mann. Wohl kannte die russische Heeresleitung nicht diesen ihr günstigen Sachverhalt, sie entschloß sich aber doch endlich zum Ergreifen der Offensive. Denn Port Arthur war bereits hart bedrängt und die Besatzung blickte angstvoll nach Entsatz aus. Auch wurde der Zar ungeduldig und wollte nichts von längerem Zaudern wissen. Damit war Kuropatkin einverstanden und kündigte seine Absicht der Armee in einem Befehle vom 2. Oktober an, in dem er sagte, er selbst habe bisher immer aus unabweislicher Notwendigkeit, aber mit blutendem Herzen den Befehl zum Rückzug gegeben, endlich aber sei der Augenblick gekommen, die Japaner niederzuzwingen. Freudig begrüßte die Armee diesen Entschluß, auf bessere Tage hoffend. Der zweite große Kampf, zu dem das Heer darauf auszog, ist als Schlacht zum Entsatze Port Arthurs anzusehen, wenn diese Festung auch räumlich entfernt lag.

Diesmal erwarteten die Japaner stehenden Fußes den Angriff, den die Russen am 9. Oktober begannen. Auch die Schlacht am Schaho währte mehrere Tage und bestand in einer Reihe von Einzelgefechten. Die Russen gingen in der Art vor, daß sie den Ostflügel der Japaner zu umklammern strebten. Oyama begnügte sich nicht mit der Verteidigung, sondern machte denselben Versuch auf dem anderen Teile des Schlachtfeldes. Er schob seine Truppen am Westflügel dem Feind in die Flanke und bedrängte ihn hier durch seine zähe sich vorarbeitenden Truppen. Beide Teile kämpften gut, aber die Japaner glichen den Unterschied der Zahl durch die größere Gewandtheit in der Führung des Gefechtes aus. Sei es, daß dies den Ausschlag gab, oder daß Kuropatkin, wie ihm der russische Generalstabsbericht vorwirft, immer zauderte, seine Reserven kraftvoll einzusetzen — genug, die Japaner schoben sich an der rechten Flanke des Feindes allgemach gegen dessen

Rückzugslinie vor, während der Angriff der Russen nicht vorwärtskam. Der Ausgang war ähnlich wie in der Schlacht bei Liaoyan: zuletzt besorgte Kuropatkin einen Durchstoß gegen seine Abmarschstraßen und gab am 13. Oktober ohne zwingende Notwendigkeit den Befehl zum Rückzug hinter den Schaho.

Indessen blieb die russische Armee gleich hinter dem Fluß an dessen nördlichem Ufer stehen, womit sie den Rand des Schlachtfeldes behauptete. Die Russen waren so wenig entmutigt, daß sie in steten Scharmützeln dem Feind auch weiter die Stirn boten, sogar zu einem erfolgreichen Schlag ausholten. Die Japaner hatten nämlich am Flußufer eine Anhöhe besetzt, von der aus sie die Russen beunruhigten. Da wurden in der Nacht vom 17. zum 18. Oktober 25 Bataillone gegen sie aufgeboten, die den an Zahl schwächeren Feind in einem glücklichen Anlauf hinunterwarfen; der Versuch der Rückeroberung, am nächsten Tage unternommen, mißlang den Japanern. Nach dem russischen General, der bei dem Überfall den Befehl führte, erhielt die Anhöhe den Namen Putilowhügel: es war der einzige nennenswerte Erfolg der Russen im ganzen Kriege. Überhaupt war die Schlacht am Schaho nach dem vielen von den Russen erlittenen Mißgeschick für sie ein gewisser Trost, da sie den Kampfplatz zum guten Teil behaupteten. In Petersburg war man mit Kuropatkin wieder zufriedener, und der Zar übertrug ihm, der bisher widerwillig unter Alexejew gestanden hatte, am 26. Oktober den alleinigen Oberbefehl über die Armee. Der Statthalter aber wurde abberufen und kehrte nach Rußland zurück.

Die Schlacht brachte taktisch nur eine halbe Entscheidung, war jedoch strategisch genommen die wichtigste des ganzen Krieges. Denn der Entsatz von Port Arthur war mißlungen und die Festung mußte, wenn das russische Hauptheer seinen Versuch nicht wiederholte, früher oder später fallen. Somit erreichte Oyama am Schaho seine Absicht und konnte sich des Erfolges freuen, den er über den, wie sich später herausstellte, anderthalbfach überlegenen Feind errang. Der Erfolg zeigte sich aber nicht gleich, sondern erst, als Kuropatkin nicht mehr wagte, Port Arthur durch einen groß angelegten Angriff Luft zu machen. Das wurde nach mehreren Wochen offenkundig, und dann erst konnte die Schlacht am Schaho als Niederlage des russischen Heeres, als eine der entscheidenden Weltschlachten richtig beurteilt werden.

Am Schaho büßten die Russen mehr als 40 000 Mann ein, die Japaner nach ihrer Behauptung nur die Hälfte. Sie waren zwar in

ihren Angaben nicht so aufrichtig wie die Russen, indessen werden ihre Verluste dank der besseren Führung verhältnismäßig gering gewesen sein. Sie begannen den Angriff gewöhnlich vor Sonnenaufgang und gewannen in der Dunkelheit möglichst viel Raum; sobald sie nicht mehr vorwärts konnten, gruben sie sich ein und wiesen die Rückstöße der Russen ab, die ihnen im hellen Sonnenschein vor den Schuß kamen. In der nächsten Nacht begannen sie das Spiel von neuem. Doch auch die Russen befolgten das Verfahren, sich durch schnell aufgeworfene Befestigungen zu decken. Überhaupt wurde in diesem Kriege die Gefechtstaktik weitergebildet, der die Buren ihre anfänglichen Erfolge verdankten; im Weltkriege wendete man darauf das Verfahren in großartiger Weise an. Der Unterschied war jedoch der, daß im Mandschurischen Kriege weit geringere Streitkräfte miteinander rangen als von 1914 an. Da im Russisch-Japanischen Kriege die Front der kämpfenden Heere weniger ausgedehnt war als in Frankreich, so war es immer möglich, gegen die Flügel des Feindes zu wirken. Anders im Weltkriege, in den großen Kämpfen der Mittelmächte mit Franzosen und Russen, wo ungeheure Massen aufgeboten waren. Auf dem französischen Kriegsschauplatze konnten die Flügel so weit ausgedehnt werden, daß die Heere sich auf der einen Seite an das Meer, auf der anderen an die Grenze der Schweiz lehnten. Eine Umgehung war unter diesen Umständen nicht möglich. Im Russisch-Japanischen Feldzug dagegen waren die Massen nicht groß genug, um die ganze Breite der Mandschurei abzusperren; daher würde ein unternehmungslustiger Heerführer wohl versucht haben, sein Heer ganz oder zum Teil unversehens in den Rücken des Feindes zu führen, in der Absicht, eine Vernichtungsschlacht vorzubereiten. Indessen ist weder Kuropatkin noch Oyama so vorgegangen, offenbar, weil sie sich nicht von der Eisenbahnlinie entfernen wollten, auf welche sie für ihren Nachschub und die Verpflegung angewiesen waren. Beide Heerführer glaubten sich an diesen die Mandschurei von Süden nach Norden durchziehenden Schienenstrang gebunden und suchten ihr Heer, der eine mit, der andere ohne Erfolg längs desselben vorwärtszuschieben. So kam es immer wieder nur zu Frontalschlachten mit Umgehungsversuchen an den Flügeln.

Dabei hätte der russischen Kavallerie, die viermal so zahlreich war wie die japanische, eine wichtige Rolle zufallen sollen sowohl bei der Beobachtung feindlicher Bewegungen wie behufs Bedrohung der Flanken. Indessen leistete die russische Reiterei nur wenig, be-

sonders der Teil, der unter Rennenkampf stand; und trotzdem wurde diesem General im Weltkrieg ein großes Kommando anvertraut. Mehr Selbständigkeit besaß General Mischtschenko, doch fehlte ihm, da er aus der Artillerie hervorgegangen war, die ausreichende Kenntnis seiner neuen Waffe, so daß er seine schönen Regimenter nicht voll zur Geltung brachte. Bei solchen Mängeln des russischen Heerwesens war schon in diesem Zeitpunkte der Ausgang des Krieges vorherzusehen. Wohl hielt sich Port Arthur aufs tapferste, es war aber verloren, wenn nicht eine zweite Schlacht zu seinem Entsatze gewagt und gewonnen wurde. Das hoffte man noch vom Heere Kuropatkins, außerdem bot die russische Regierung jetzt auch ihre Ostseeflotte auf, um der Seefestung Rettung zu bringen.

*

Die ersten Stürme auf Port Arthur

Port Arthur, das Gibraltar des Ostens, war die fruchtbaren Anstrengungen wert, die von den Japanern zu seiner Bezwingung unternommen wurden. Zu Beginn des Krieges waren die Festungswerke erst im Bau begriffen, so daß der Platz wohl mit Sturm hätte genommen werden können, wenn die Japaner in der Lage gewesen wären, schon im Februar mit 30 000 Mann zu landen. Das war aber, solange sie nicht die See beherrschten, nicht möglich. So behielten die Verteidiger Zeit zur Vervollständigung der Forts und der sie verbindenden Ringmauern. Viele Tausende von Soldaten und noch mehr chinesische Arbeiter schanzten Tag und Nacht; infolgedessen konnte ein halbes Jahr später die 45 000 Mann zählende Besatzung dem Angriffe die Stirn bieten. Die Seele der Verteidigung war nicht der Festungskommandant Stössel, sondern der Ingenieurgeneral Kondratenko, dessen überragende Persönlichkeit jedermann Vertrauen einflößte. Sein während der Belagerung erfolgter Heldentod wurde in Rußland allgemein als Nationalunglück empfunden.

Ende Juli 1904 hatten die Japaner 70 000 Mann gelandet, mit denen sie zum Angriff schritten. Um an die Forts heranzukommen, mußten sie die der Stadt vorliegenden Wolfsberge erobern. Nach

mehrtägiger Beschießung erfolgte Kampf und Sturm, der am 31. Juli den Erfolg erzwang. Dann wurde Artillerie hinaufgebracht und die Beschießung der Stadt begann. Aber abgesehen von der moralischen Wirkung konnte damit nicht viel erreicht werden, weil die schwersten Belagerungsgeschütze noch nicht zur Stelle waren.

Der Hafen von Port Arthur ist rings von hohen Felsen umgeben, die nach der Seite der Belagerer zum Teil schroff abfallen. Die auf den Höhen angelegten Forts steigen, von außen gesehen, schreckhaft empor. Außerdem waren, weit über die Forts und Mauern hinaus, auf vorspringenden Hängen starke Verschanzungen angelegt.

Der japanische Generalstab war von den seit Kriegsausbruch aufgeführten russischen Festungsbauten nur unvollständig unterrichtet, während bis zur Einschließung sein Spionsdienst sehr gut gewesen war. Nun würde, wie erwähnt, bei dem ursprünglichen Stande der Befestigung ein Sturm alle Aussichten des Gelingens gehabt haben. Der Oberbefehlshaber General Nogi hielt ihn auch jetzt für möglich, den Sieg für erreichbar. Darauf drang lebhaft die öffentliche Meinung des Landes, ebenso das tapfere Belagerungsheer.

Am 19. August, zwei Uhr nachmittags, begann der Sturm, der sich zum Teil gegen die Vorwerke, vorwiegend aber gegen die Forts II und III richtete. Tausende und immer neue Tausende strebten die feuerspeienden Höhen hinan, unbekümmert darum, daß die russischen Geschütze und Maschinengewehre ganze Reihen niedermähten. Mit höchster Anstrengung und unter großen Opfern gelangten kleinere Abteilungen bis zur Umfassungsmauer, wurden aber hier durch Kleingewehrfeuer weggefegt. Manches Bataillon, so berichtet der norwegische Hauptmann Nörregaard, der sich im japanischen Lager befand, wurde durch Brisanzgeschosse buchstäblich in Stücke gerissen, Tote und Verwundete lagen die Abhänge hinauf in dichten Massen. Alles war vergebens, und es war grauenvoll, daß trotz der sichtlichen Unmöglichkeit des Durchdringens General Nogi den Sieg durch immer neue Todesopfer erzwingen wollte. Während fünf Tage, vom 19. bis 24. August, oft auch bei Nacht, wurden abwechselnd neue, immer willige Streiter ins Feld geschickt. Aber nur die Schanze auf dem Paulungschan, einem der Vorwerke, konnte genommen werden; dagegen mußten die Angreifer sonst die mühsam erklommenen Höhen wieder verlassen, verfolgt von den Geschossen der Russen, die auf den Wällen in Jauchzen ausbrachen und in wilder Freude tanzten, wenn wieder ein Angriff zusammen-

brach. Am 24. August war es entschieden, daß die Festung durch Sturm nicht bezwungen werden konnte.

15 000 Japaner wurden bei diesen Angriffen getötet und verwundet, außerdem waren viele bei den früheren Kämpfen um die Festung gefallen. Auch wütete in ihren Reihen infolge schlechter Nahrung die Ruhr, daneben die tückische Beriberikrankheit, ein schweres Nervenleiden. Die Zahl der Angreifer war nach dem großen Sturm auf 45 000 Mann zusammengeschmolzen. Der Mut der Belagerten dagegen wurde durch den siegreichen Widerstand gehoben; sie hatten auch in den durch die Natur weniger geschützten Schanzen mit rühmenswerter Tapferkeit gestritten[1]).

★

Regelrechter Belagerungskrieg um Port Arthur

Das Mißlingen des großen Sturmangriffes überzeugte den General Nogi, daß er die Verteidigungskraft der Festung unterschätzt hatte. Er war eine Natur von unerbittlicher Energie und, anders als Marschall Oyama, zu den höchsten Wagnissen entschlossen. Von der japanischen Regierung wurde er bedingungslos unterstützt: immer neue Nachschübe trafen bei ihm ein; und während das Heer in der Mandschurei sich mit dem Notwendigsten behelfen mußte, wurden Nogi zur Ausfüllung der Lücken so viel Ergänzungen geschickt, daß die Zahl der Belagerer zur Zeit der Eroberung Port Arthurs 90 000 Mann betrug.

Nach den ersten Mißerfolgen mußten sich die Japaner zu einer methodischen Belagerung bequemen, die Zeit kostete, aber vielleicht zum Ziel führte. Nach den Regeln der Belagerungskunst wurden jetzt gegen die Vorwerke, dann gegen die Forts Laufgräben eröffnet und in diesen tiefen, durch die aufgeworfene Erde geschützten Gängen gruben sich die

[1]) D. W. Nörregaard, „Die Belagerung von Port Arthur" (Deutsche Übersetzung, Leipzig 1906). Die ersten Stürme auf Port Arthur sind in dem Buche des japanischen Hauptmanns Todayoischi Sakurai geschildert, dessen deutsche Übersetzung unter dem Titel: „Niku dan. Menschenopfer" zu Freiburg i. Br. 1911 erschien. Die ergreifenden Schilderungen seiner Erlebnisse gewähren einen besseren Einblick in die Seele des japanischen Volkes als die oft angeführten Bücher von Leocadio Hearn.

Japaner allgemach vorwärts. Erst wenn sie auf diese Art in die Nähe des betreffenden Werkes gelangt waren, wurde der Sturm unternommen. Auch kamen im Laufe des September die 28-Zentimeter-Haubitzen heran, deren Durchschlagskraft genügte, um die Wände der russischen Werke zu zertrümmern und sie bald in Schutthaufen zu verwandeln. Es war die allgemeine Überzeugung der Kriegskundigen, daß diese Geschosse dem Widerstand der Belagerten ein Ende machen würden. Man nahm allgemein an, daß, wenn das Zerstörungswerk durch die Geschosse vollbracht war, das aus den Laufgräben herausstürmende Fußvolk über den Schutt hinweg in die Festung werde einbrechen können.

Indessen kamen die Belagerer nur langsam vorwärts. Nur mit unsäglichen Mühen ließen sich die Laufgräben in den harten Felsen weitertreiben, oft wurden die arbeitenden Soldaten plötzlich von den Russen überfallen, die mit Handgranaten in sie hineinfuhren. Während des September vermochten die Japaner nur zwei allerdings wichtige Vorwerke, die Wasserleitungsredoute und die Tempelredoute, zu erobern. Im Oktober waren sie so weit, daß sie glaubten, die Nordforts wären endlich sturmreif; tatsächlich waren sie an manchen Stellen durch die Riesengeschosse zermürbt und in Schutt verwandelt. Somit erfolgte Ende Oktober der lang vorbereitete zweite Hauptsturm.

Da die Laufgräben bis 40 Meter an den Rand des Festungsgrabens geführt waren, brauchte nur diese Strecke im Freien durchmessen zu werden. Aus den Öffnungen sprangen die stürmenden Abteilungen heraus, die einen mit Erdsäcken zum Schutze, die anderen mit Leitern ausgerüstet. Von mörderischem Feuer empfangen, drangen die Soldaten, so viele auch fielen, bis an den Rand des Grabens des Forts vor. Die meisten konnten nicht vorwärts, setzten sich aber hinter ihren Sandsäcken fest, trotz des feindlichen Feuers nicht weichend, so daß sie von den Russen mit Blutegeln verglichen wurden. Es gab aber auch tollkühne Scharen, die in den Festungsgraben hinabsprangen, um auf der anderen Seite zur Mauer emporzuklettern; unten aber wurden sie wie Jagdwild zusammengeschossen. Nach diesen mörderischen Oktobertagen, so bekannten die japanischen Offiziere, bemerkten sie, wenn sie ihre Soldaten zum Sturme vorführten, Furcht in deren Augen. Die Russen hatten hinter den zusammengeschossenen Erdwerken, hinter den formlosen Haufen von Steinen, Balken und Erde noch immer Deckung und bildeten mit ihren Leibern einen Wall, stärker als Mauerwerk.

Nach diesen mißlungenen Versuchen zeigte es sich, daß die Japaner nur durch das Mittel des Minenkrieges vorwärtskommen konnten, das bei den Belagerungen früherer Jahrhunderte regelmäßig angewendet worden war. Seit mehreren Menschenaltern galt dieses Verfahren für veraltet, jetzt lebte es wieder auf. Die Belagerer vereinigten zunächst dieses Verfahren mit dem der Sturmangriffe. Sie trieben unterirdische Stollen bis zum äußeren Rande des Festungsgrabens, um diesen auszufüllen und dann die Bastion selbst zu erobern. Durch die Stollen brachten sie große Haufen von Erde und begannen, hinter Sandsäcken hockend, die Ausfüllung. Natürlich arbeiteten ihnen die Russen entgegen und suchten ihrerseits auf unterirdischen Wegen die feindlichen Gräben zu erreichen und zu zerstören. Die Feinde trafen sich mitunter, schossen und stachen sich nieder. Trotz aller Gegenbemühungen machten die Belagerer, da sie zahlreicher waren und öfters abgelöst werden konnten, Fortschritte und füllten an manchen Stellen den Festungsgraben so hoch hinauf aus, daß sie wieder einen Sturm wagen konnten. Sie fühlten sich zur Eile angetrieben, da die Ostseeflotte der Russen, recht und schlecht ausgerüstet, am 14. Oktober von Libau aufbrach: Port Arthur mußte fallen, bevor auf diesem Wege Entsatz kam. Bei dem Sturme vom 27. November klommen die Japaner von dem halb ausgefüllten Graben die bereits arg zugerichteten Mauern hinauf und erreichten stellenweise die obere Brustwehr. Das geschah unter anderem beim Fort II, wo die Stürmenden fünfmal die Brustwehr emporklommen, aber ebensooft mit dem Bajonett hinuntergeworfen wurden. So nahe winkte den Stürmenden der Sieg, indessen konnten sie sich oben nirgends halten und büßten am 31. Oktober fast 9000 Mann ein. Wer von ihnen schwer verwundet zu Boden sank, war dem Tode verfallen, da kein Teil dem anderen aus Furcht vor Kriegslisten gestattete, die in seinem Feuerbereich Gefallenen aufzulesen; die Verwundeten erfroren in der kalten Herbstnacht oder verschmachteten während der nächsten Tage.

So hielt sich die Festung noch, aber die Belagerer krallten sich bereits mit hartem Griff in die Verteidigungswerke ein.

*

Eroberung des Hohen Berges
Fall von Port Arthur

Es war sachgemäß, daß die Japaner, da der Kern der Festung ihnen widerstand, zunächst ein Vorwerk nach dem anderen unterhöhlten und dann eroberten. Das unternahmen sie zwar an verschiedenen Stellen, die gewaltigsten Anstrengungen jedoch galten dem an der Nordwestseite der Stadt gelegenen Hohen Berg. Er erhebt sich 203 Meter über die Meeresfläche und liegt so, daß man von oben den Hafen mit der russischen Flotte wie einen Teller unter sich sah: war er erobert, so konnten die Panzerschiffe von den japanischen Geschützen sofort unter vernichtendes Feuer genommen werden. Deshalb war der Hohe Berg von den Russen durch Drahthindernisse, Minengänge und Schanzen zu einer Vorfestung umgewandelt, deren Verteidigung eine Frage auf Leben und Tod war. Schon Ende September hatten die Japaner den Berg mit Sturm nehmen wollen und waren auch bis an die Schanzen und zum Teil in sie hineingelangt; drinnen bekämpften sich dann, wie Nörregard erzählt, die Gegner Leib an Leib wie wilde Tiere und zerhieben sich mit Säbeln, Steinen und Gewehrkolben, bis die Japaner am 2. Oktober durch den tapferen Feind den Berg hinabgeworfen wurden, unter Verlust von 4000 Mann in dem mehrtägigen Kampfe. In den Wochen darauf wurden aber Laufgräben bis an die Schanzen vorgetrieben, und vom 27. November bis zum 6. Dezember fand eine Reihe von Stürmen statt, immer nach einer Beschießung durch alle zur Verfügung stehenden Geschütze des Heeres. General Kondratenko leitete selbst die Verteidigung. Schon am 27. November glaubten sich die Japaner Sieger, aber die Russen erhielten Verstärkungen und warfen sie in der Nacht wieder hinunter. Allgemach erlahmte Kraft und Mut im Kampfe gegen den an Zahl übermächtigen Angreifer; zuletzt herrschte auf dem Berge ein fast unerträglicher Geruch von den vielen Leichen, die wegen des mörderischen Geschützfeuers und der Knappheit der Besatzung nicht weggeschafft werden konnten. Immer höher drangen die Japaner, endlich in der Nacht zum 5. Dezember setzten acht Bataillone ausgewählter Leute zum entscheidenden Sturm an. Sie eroberten die Spitze des Berges, indessen hielten sich die Russen noch an dem der

Stadt zugekehrten Abhang. Nun wollte Kondratenko einen Gegenstoß führen, aber die Mannschaften waren nach der furchtbaren Anstrengung nicht mehr vorwärtszubringen. So mußte er am 6. Dezember früh die vollständige Räumung des Hohen Berges anordnen, nachdem die Russen bei der Verteidigung 7000 Mann verloren hatten. Beim Abzuge brach Kondratenko in den schmerzlichen Ruf aus: „Der Anfang vom Ende!"

Furchtbar war der Anblick des Kampfplatzes. Der englische General Hamilton, der den Berg zwei Wochen später besuchte, schreibt: „Hier waren die Leichname zu Grund und Boden geworden. Überall lagen Körperteile umher, so vermischt mit der Erde, als wenn sie einen Teil von ihr ausmachten... Die Wälle, soweit sie noch erhalten waren, bestanden aus Schichten von gefrorenen Körpern und Sandsäcken." „In dem Chaos von Granatstücken, Säbeln, Gewehren und einer riesigen Menge von Schrapnellkugeln," so sagt ein anderer Bericht, „lagen die geheiligten Reste der gefallenen, zerrissenen Helden."

Die Voraussage Kondratenkos ging zuerst für die russischen Kriegsschiffe in Erfüllung. Da sie vom Hohen Berg aus ein deutliches Ziel der feindlichen Geschosse waren, so wurden vier von ihnen der Reihe nach in den Grund geschossen. Der „Sebastopol" nebst drei Torpedobooten wollte nicht ohne Kampf untergehen und fuhr aus dem Hafen in die offene Reede hinaus, hier aber stürzten sich die japanischen Torpedos sofort auf das Panzerschiff, so daß es, wenn auch nach längerem Widerstand, tödlich getroffen wurde und von der Bemannung versenkt werden mußte. Mit Tränen der Trauer und Erbitterung sahen die Verteidiger der Festung dem Schauspiele zu. Das Schicksal der Flotte war nicht unverdient, da sie früher unter allen Umständen hätte kämpfen sollen, um sich die Ausfahrt zu erzwingen.

Auch mit der ruhmvoll verteidigten Festung ging es zu Ende. Am 15. Dezember wurde General Kondratenko während einer Beratung mit seinen Offizieren in einer Kasematte durch eine die Wand durchschlagende Granate getötet, acht Offiziere mit ihm. Seine moralische Unerschütterlichkeit war womöglich noch größer gewesen als sein physischer Mut. Aber auch er hätte das Verderben nicht aufhalten können. Es war der Minenkrieg, durch den die Verteidigung zusammenbrach. Die Japaner trieben ihre Gänge schließlich bis unter die hart umstrittenen Forts II und III. Am 19. Dezember wurde Fort II durch eine Dynamitmine zum Teil in die Luft gesprengt; sofort drangen die

Japaner ein und erstürmten den Rest. Zehn Tage später wiederholte sich dies bei der anderen Feste mit demselben Ergebnisse. Nicht die schwere Artillerie also, wie die Fachleute angenommen hatten, brachte den Sieg, sondern wie im 17. und 18. Jahrhundert die Mine.

Wohl bestand hinter der ersten, nunmehr durchbrochenen Befestigungslinie eine zweite, wenn auch schwächere, und Port Arthur hätte sich noch vierzehn Tage halten können. Dem General Stössel entsank jedoch der Mut und er knüpfte Unterhandlungen an; am 2. Januar 1905 übergab er die Festung derart, daß die Soldaten kriegsgefangen wurden, die Offiziere die Freiheit gegen das Ehrenwort behielten, während des Krieges nicht gegen Japan zu kämpfen. Von den 45 000 Mann der Besatzung waren über 7700 tot, 15 000 lagen in den Spitälern; die Zahl der unter Waffen stehenden Soldaten betrug noch über 22 000, doch waren wegen ungenügender Nahrung viele von ihnen vom Skorbut heimgesucht, kampfmüde und verzagt. Stössel hatte bis dahin seine Pflicht getan, ward aber wegen vorzeitiger Übergabe vors Kriegsgericht gestellt. Er wurde schuldig befunden und zum Tode verurteilt, doch zu zehnjähriger Festungshaft begnadigt, aus der er nach zwei Jahren die Entlassung erhielt. Nach strengem Kriegsrecht war der beklagenswerte Mann schuldig, da ein Festungskommandant bis zum Ende auszuharren hat. Um diese vierzehn Tage der vorzeitigen Übergabe wurde die Belagerungsarmee, 90 000 Mann stark, früher für die Verstärkung der Hauptarmee frei, was unter Umständen gefährlich werden konnte.

Die Japaner haben ihre während der siebenmonatlichen Belagerung erlittenen Verluste nicht bekanntgegeben, doch werden sie auf etwa 90 000 Mann geschätzt. Gewiß ist, daß mit dem Blute der Soldaten besser hätte gespart werden sollen. Unbarmherzig waren sie von Nogi auch in aussichtslose Kämpfe getrieben worden. Seine Auffassung erhellt aus den Worten, die er dem General Stössel sagte, als dieser mit ihm nach dem Falle Port Arthurs eine Unterredung führte. Nogi hatte zwei Söhne im Kampfe verloren, und Stössel sprach ihm sein Beileid aus, worauf er antwortete: „Ich bin froh, daß ihr Ende eines Kriegers würdig war. Mein älterer Sohn fiel bei Nunschan, der jüngere auf dem 203-Meter-Hügel. In einer Militärfamilie geboren, mußten sie mit dem glorreichen Geschick zufrieden sein, das sie auf dem Schlachtfeld ereilte.“ Solche heldische Gesinnung entschuldigt aber nicht die mangelhafte Vorbereitung der Stürme, bei welchen die Seinigen in den Tod geschickt wurden. Nogi muß sich darüber später

selbst Vorwürfe gemacht haben, wie aus einem Gedicht hervorgeht, das auf ihn zurückgeführt wird. Darin heißt es:

> Wie soll ich mein Schicksal ertragen,
> Wenn Väter, in Sorgen alt,
> Mich nach ihren Söhnen fragen,
> Die todesbleich und kalt?
> Wenige sind's, die Viktoria jubeln
> Auf Bergen und Schlachtengefild;
> Denn ach! Die vielen Toten,
> Der bergeshohe Schmerz,
> Die haben erst geöffnet
> Der Festung gepanzertes Herz.

Acht Jahre nach der Eroberung Port Arthurs, 1913, starb Kaiser Mutsuhito, und unmittelbar darauf gab sich General Nogi, zugleich mit seiner Gemahlin, selbst den Tod. War es bloß die Trauer um das Hinscheiden des Herrschers, wodurch nach altjapanischem Brauch der treue Gefolgsmann mit zu den Schatten gerissen wurde? Wohl möglich, doch nach der Annahme vieler seiner Landsleute hätte General Nogi sein Verfahren vor Port Arthur zuletzt selbst verurteilt und, obwohl von Kriegsruhm umstrahlt, zur Sühne Selbstmord verübt. Indessen wird es zum guten Teile seiner unerbittlichen Energie zugeschrieben, daß Port Arthur fiel, bevor die russische Ostseeflotte angelangt war. So konnte Admiral Togo jedes Schiff und jeden Matrosen gegen den neuen Feind verwenden, während sonst behufs Bewachung der Festung eine Teilung der Seestreitkräfte notwendig gewesen wäre.

*

Schlacht bei Mukden

Mit der Übergabe von Port Arthur war der wichtigste Kriegszweck der Japaner erreicht, das Drama über den Höhepunkt hinaus. Wohl waren die folgenden Schlachten bei Mukden und in der Tsuschimabai die furchtbarsten des ganzen Krieges, aber viele Einsichtige unter den Russen versprachen sich keinen Erfolg mehr. Das ergab sich auch aus dem Verhalten Kuropatkins, der nach der Oktoberschlacht am Schaho

keinen Versuch mehr machte, Port Arthur zu entsetzen. Er erwog zwar den Plan eines Hauptschlages, bevor die Armee Nogis noch zu dem japanischen Hauptheer gestoßen war. Doch zog er es vor, so viel Verstärkungen an sich zu ziehen, daß seine Truppen auch dann den feindlichen an Zahl überlegen waren. Da die Japaner nichts Besseres wünschen konnten, als bei der Bezwingung Port Arthurs nicht gestört zu werden, so standen die zwei Armeen vom Oktober an durch vier bis fünf Monate fest verschanzt einander gegenüber, ein Schauspiel ohnegleichen in den europäischen Kriegen des 19. Jahrhunderts, das sich erst im Weltkriege mehrmals wiederholen sollte.

Es kam unter diesen Umständen bloß zu zwei Teilunternehmungen der Russen, die beide in den Januar 1905 fielen. Sie hoben aber dabei keine Ehre auf. Die eine war ein Streifzug ihrer wenig verwendeten Kavallerie in den Rücken des japanischen Heeres, in der Absicht, die Eisenbahnlinie stellenweise zu zerstören und den Hafen Inkau zu überfallen, aus dem die Japaner zum Teil ihren Nachschub bezogen. Aber obwohl General Mischtschenko über 7000 Reiter, meistens Kosaken, verfügte, brach sich sein Angriff auf Inkau an dem einzigen daselbst stehenden japanischen Bataillon; er war auch so langsam marschiert, daß sein Erscheinen keine rechte Überraschung hervorrief. Das Mißlingen war, wie sich ein französischer Militärschriftsteller ausdrückt, der Bankerott des Kosakentums.

Noch weniger Erfolg hatte der Teilangriff auf das japanische Heer zwischen dem 24. und 28. Januar, unternommen bei Sandepu von General Gripenberg. Wohl wurden die Japaner diesmal überrascht, und ihre anfängliche Bestürzung führte zu Befehlen und Gegenbefehlen ihrer Generale. Indessen faßten sie sich und widerstanden der Übermacht, wobei ihnen die Eigenheit Kuropatkins zu Hilfe kam, seine Unterbefehlshaber durch langatmige Weisungen zu gängeln und ihre Tatkraft zu lähmen. Auch gab er den Befehl zum Rückzug wie gewöhnlich noch v o r der letzten großen Kraftanstrengung. Gripenberg war über diese halbschlächtige Kriegführung so ergrimmt, daß er vom Zaren seine sofortige Abberufung erbat und erhielt. Bei seiner Rückkehr nach Rußland ergoß sich sein Zorn in lauten Anklagen gegen den Oberbefehlshaber, der mit Gegenvorwürfen nicht sparte. Wie von einem Blitzlicht werden die Zustände in der Armee durch die Feststellung Kuropatkins beleuchtet, daß bei dem Hauptangriffe auf Sandepu am 26. Januar auch nicht e i n russischer General sich auf dem Schlacht-

felde befand: die guten Leute hielten sich alle hinter ihren kämpfenden Truppen auf.

Begreiflich die sich steigernde Unlust, mit der die russische Nation den Krieg fortsetzte. Der auf den Geistern lastende Druck war im Zarenreich zu allen Zeiten unerträglich gewesen, jetzt trat die Empörung hinzu, daß die despotische Regierung sich unfähig zeigte, den an Zahl weit schwächeren Feind abzuwehren. Schon pochte die Revolution an die Tore der Regierungspaläste. Am 28. Dezember fand in Petersburg eine große, jedoch friedliche Kundgebung für die Beendigung des Krieges und nachdrücklicher noch für den Erlaß einer freien Verfassung statt. Die Massen gerieten in Gärung: am 22. Januar 1905 zogen 100 000 Menschen zur Residenz des Zaren, ließen sich durch gütliche Vorstellungen nicht zum Abzuge bewegen und wurden erst durch ein unter ihnen angerichtetes Blutbad zurückgeworfen und zerstreut. Noch behauptete diese einem dumpfen Drange folgende Menge, sie sei dem Zaren ergeben und habe ihm nur ihre Wünsche vortragen wollen. Aber dahinter waren die revolutionären Ausschüsse tätig, die auch vor dem Throne nicht haltmachten.

Unterdessen vereinigte sich die Armee Nogis mit dem Hauptheere unter Marschall Oyama, welchem auch aus dem japanischen Hinterland eine erhebliche Zahl von Truppen nachgesendet wurde. So stieg die Stärke der Armee auf 300 000 Soldaten, und Oyama hielt die Zeit zum Angriff auf die Russen gekommen. In diesem Zeitpunkte, Anfang März 1905, war das Heer Kuropatkins auf 350 000 Mann angewachsen. Ohne Rücksicht auf das Stärkeverhältnis entwarf der japanische Generalstabschef Kodama einen großzügigen, auf die Umklammerung des Feindes abzielenden Schlachtplan. Danach wurden die Russen im Zentrum kräftig angepackt, doch bloß in der Absicht, sie hier festzuhalten und zu beschäftigen; gleichzeitig dehnten die Japaner die beiden Flügel ihrer Armee aus und umfaßten rechts wie links den Feind, um ihn diesmal vollständig zu schlagen. So ließ sich die Schlacht von Mukden an, die größte des Krieges, die vom 1. bis 10. März dauerte. Durch das Verfahren der Japaner wurde ihr Zentrum, dem nur die notwendigsten Truppen gelassen waren, geschwächt, die Hauptkraft auf die Flügel verlegt. Das konnte gewagt werden, weil die japanische Heeresleitung darauf rechnete, Kuropatkin werde sich im Zentrum doch nicht zu einem großen Schlag aufraffen, nicht etwa hier einen Durchbruch anordnen. Diese Annahme traf ein. Kuropatkin führte den Kampf überall defensiv,

so daß die Schwäche der Japaner nicht ausgenutzt wurde. Unterdessen drangen deren zwei Flügelarmeen — Oku im Westen, Nogi im Osten — kräftig vor und umfaßten die russischen Flügel, so daß diese zuletzt wie in einem Halbkreise umschnürt waren. Wohl leisteten die russischen Truppen kräftigen Widerstand, konnten aber das zähe Fortschreiten des Feindes nicht hindern. Kuropatkin hielt diesmal so lange aus, bis die Umklammerung seines Heeres unerträglich wurde und es notwendig war, die Armee der beabsichtigten Einschließung zu entziehen. Da gab er dann am 10. März den Befehl zum Rückzug. Der Abmarsch des Heeres ging aber unglücklicher vonstatten als in den früheren Schlachten, da die Japaner stark nachdrängten und — dank der gelungenen Umfassung — viele russische Abteilungen abschnitten und gefangennahmen. Daher die schweren Verluste der Russen, 2138 Offiziere und 89 305 Mann, während die Japaner ihre eigenen auf 41 000 Mann bezifferten. Es war die an Zahl von Streitern größte Schlacht, von der bis dahin die neuere Geschichte erzählte. Auch bei Leipzig und bei Königgrätz standen sich nicht so große Massen gegenüber, doch war hier die dramatische Spannung größer, die Katastrophe erschütternder. Bei Mukden wurde die Entscheidung durch eine lange Reihe von Einzelkämpfen herbeigeführt, nicht wie bei Jena oder Königgrätz durch rasch niederfallende Vernichtungsschläge. Übrigens erfolgte am 10. März 1905 der Abmarsch der besiegten Armee nicht in unaufhaltsamer Flucht, sondern auf Befehl der Heeresleitung, um größerem Unheil auszuweichen.

*

Seeschlacht von Tsuschima

Um so gewaltiger ist die Tragik in dem Untergang auch der zweiten gegen Japan aufgebotenen Flotte. Als sie am 14. Oktober 1904 aus den Ostseehäfen aufbrach, bestand eine gewisse Hoffnung, sie werde noch vor dem Falle Port Arthurs im Gelben Meere eintreffen; nichts sollte versäumt werden, um dieses Unglück abzuwenden. An ihre Spitze wurde Admiral Rojestwenskij gestellt, ein tapferer und umsichtiger Seemann, dem seine Aufgabe glücken mußte, wenn sie überhaupt lösbar gewesen wäre. Er fühlte sich jedoch durch die im russischen Flotten-

wesen herrschende Korruption gedrückt; es war ihm unmöglich, den Schäden des Schiffsmaterials, dem Mangel an ausgebildeter Mannschaft, der Ungeübtheit der Offiziere im Manövrieren abzuhelfen[1]).

Als seine Flotte durch die Nordsee dampfte, widerfuhr ihr das erste Mißgeschick. Die Russen gerieten in der Nacht des 22. Oktober bei der Doggerbank zwischen eine friedliche englische Fischerflotte, glaubten es mit japanischen Torpedos zu tun zu haben und feuerten auf die harmlosen Boote, deren eines in den Grund geschossen wurde, wobei zwei britische Schiffer getötet, sechs verwundet wurden. Empörung darüber in England, wo man die russische Flotte das „Geschwader des tollen Hundes" nannte; doch wurde die Sache beigelegt, da Rußland Genugtuung und Entschädigung leistete.

Die Flotte wurde nur bis Gibraltar zusammengehalten, hier aber teilte sie sich, schon um die Aufnahme der Kohlenvorräte zu erleichtern. Der größere Teil der Schiffe fuhr um das Kap der guten Hoffnung, der andere durch den Suezkanal. An der Küste von Madagaskar vereinigten sich die zwei Geschwader, immer von der Spannung wachgehalten, ob und wie weit die Japaner ihnen entgegenfahren würden. Die Flotte Rojestwenskijs war nicht so stark wie die bei Port Arthur niedergerungene, in der die besten und neuesten Schiffe vereinigt gewesen waren. Auch brachen bei der Überfahrt an allen Enden die Mißstände hervor: die Schiffe erreichten nicht die für sie bestimmte Schnelligkeit, die Maschinenbestandteile waren so schlecht, daß sie fortwährend ausgebessert werden mußten. „Unsere Reise," so berichtet Ssemenow, „war eine ununterbrochene Reihe von Havarien an Kesseln und Maschinen, ein unaufhörliches Martyrium für unsere Ingenieure." Es war den Offizieren nicht verborgen, daß die Panzerplatten nicht die vorgeschriebene Stärke besaßen, daß die Ausrüstung infolge der herrschenden Verrottung ungenügend war. In der Mannschaft riß Ungehorsam ein, so daß nicht wenige Todesurteile ausgesprochen werden mußten, die der Admiral jedoch nicht vollstrecken ließ. Auch er mochte denken, was einer der Seeoffiziere entschuldigend vorbrachte: es lohne sich nicht, die armen Kerle hinzurichten, da sie doch dazu bestimmt

[1]) Der folgenden Darstellung liegen die drei wertvollen Bücher des Kapitäns Wladimir Ssemenow zugrunde, eines Teilnehmers an der Fahrt. Ihr Titel lautet: „Die Schlacht bei Tsuschima" (Berlin 1907), „Rassplata" (zu deutsch: „Abrechnung") (Berlin 1908) und „Unser Dank" (Berlin 1910). Das dritte dieser Bücher schildert den Undank der russischen Regierung gegen die Mitkämpfer.

seien, gemeinsam mit ihren Kameraden zu ersaufen. Rojestwenskij war das Bild düsterer Entschlossenheit; er bewahrte, obwohl das Schlimmste ahnend, nach außen die zuversichtliche Haltung, durch die er seiner Mannschaft Mut einflößte. Diese Selbstbeherrschung war besonders notwendig, als die Kunde von der Übergabe Port Arthurs bei der im Indischen Ozean befindlichen Flotte eintraf. Der Admiral war mit dem Befehle ausgelaufen, Rußland die Seeherrschaft im fernen Osten zurückzuerobern: war es aber noch möglich, sich mit der sieggewohnten Flotte Togos zu messen?

Von diesem Zweifel gequält, machte Rojestwenskij der Petersburger Regierung einen nüchternen und sachgemäßen Vorschlag. Er wollte die unbrauchbaren Schiffe zurückschicken, mit dem Kern seiner Flotte aber, fünf guten Schlachtschiffen, einem Panzerkreuzer und drei leichten Kreuzern, nach Osten aufbrechen, dabei der wachthaltenden japanischen Flotte womöglich ausweichen und Wladiwostok erreichen: von hier aus gedachte er nach erfolgter Ausbesserung seiner Schiffe den Seekrieg aufzunehmen. Der Utopie einer Vernichtung des Feindes entsagte er damit, um, wenn er Glück hatte, den Japanern einen oder den anderen Schlag zu versetzen. Dieser Plan hatte aber nur dann rechten Wert, wenn der seetüchtige Teil der russischen Flotte sogleich die Fahrt fortsetzte, um den Japanern keine Zeit zu lassen, nach elfmonatlichem schwerem Seedienst auszuruhen, die Schiffe in besseren Stand zu setzen und die ausgebrannten Geschützrohre auszuwechseln.

Aber gerade das Gegenteil wurde in Petersburg beliebt und dem Admiral vorgeschrieben. Das war die Folge einer von der „Nowoje Wremja" veranstalteten törichten Treiberei. In diesem maßgebenden russischen Blatte veröffentlichte Kapitän Klado, der vor dem Kriege Professor der Strategie an der Petersburger Marineakademie gewesen war, eine Aufsatzreihe, in der er ausführte: dem Admiral Rojestwenskij wäre die Gewißheit des Sieges dadurch zu verschaffen, daß man ihn zunächst *warten* lasse und ihm auch die älteren, in Rußland noch zurückgebliebenen Kriegsschiffe *nachsende*. Diese seien zwar von minderem Wert, würden ihm aber das Übergewicht an Schiffszahl und Kanonen verleihen[1]). Nun hatte der Admiral diese überalterten und

[1]) Die Aufsätze des Kapitäns N. L. *Klado* sind gesammelt erschienen und wurden ins Französische übersetzt unter dem Titel: „La marine russe dans la guerre russo-japonaise" (Paris 1905). Nach dem Kriege schrieb *Klado* ein Buch (deutsche Übersetzung unter dem Titel:) „Die Kämpfe zur See im russisch-japanischen Kriege" (Berlin 1907). Darin geht er

zum Teil hinfälligen Fahrzeuge vor seiner Abfahrt einen Plunderkram genannt und sie als unbrauchbar zurückgelassen. Auf eine Anfrage aus Petersburg blieb er bei dieser Auffassung und riet dringend ab, ihn ihretwegen aufzuhalten. Doch vergebens. Die fortgesetzte Quertreiberei der „Nowoje Wremja" zog immer weitere Kreise: wenn die Japaner das Blatt gekauft hätten, konnte es ihnen nicht größere Dienste leisten. Diese konservative Zeitung unterstützte die innere Politik der Regierung, und da der Zar sie als Bundesgenossin gegen die Revolution schätzte, war er schwach genug, ihren maritimen Ratschlägen zu folgen. Das Gutachten Rojestwenskijs wurde in den Wind geschlagen und ihm befohlen, in den Häfen von Madagaskar — das den französischen Bundesgenossen gehörte — zu verweilen und zu warten, bis die Ersatzflotte ausgerüstet und angelangt war. So blieb die russische Schlachtflotte durch Monate im tropischen Klima Madagaskars unbeweglich stehen. Erst am 15. Februar konnte das mühsam und schlecht fertiggestellte neue Geschwader Libau verlassen; es erreichte, vom Admiral Nebogatow befehligt, die Flotte Rojestwenskijs am 10. Mai und zwar an der Ostküste Hinterindiens, wohin dieser vorausgeschifft war.

Die Zwischenzeit wurde von Rojestwenskij zur Einübung der Hauptflotte benutzt, dagegen konnte er mit den langsamer fahrenden Schiffen Nebogatows und mit deren ungeübten Seeleuten ernste Manöver nicht anstellen. Zudem kam mit der Ersatzflotte eine Bemannung, die bereits den im Januar erfolgten Ausbruch der russischen Revolution miterlebt hatte; die Offiziere stießen auf dumpfes Murren, selbst auf offene Auflehnung. Einer von ihnen faßte im Kreise der Kameraden sein Urteil dahin zusammen: „Wir fahren weiter mit der ganzen Armada, mit all den Lahmen und Krüppeln, die sich mit uns vereinigt haben. Wir gehen dem Untergang entgegen, dem ruhmlosen Untergang!"

Durch diese Vorgänge gewannen die Japaner, vom Zeitpunkte der Vernichtung der russischen Flotte in Port Arthur an gerechnet, sieben Monate Frist zur völligen Instandsetzung ihrer Flotte, zu wiederholten Geschwader- und Schießübungen mit ihrer wetterfesten, sieggewohnten Mannschaft. Das war Togo so willkommen, daß er den Russen lieber nicht entgegenfuhr, worauf diese sich immer gefaßt machten.

über seinen Anteil an den Ereignissen hinweg, macht aber Seite 135 der russischen Regierung nachträglich den Vorwurf, sie hätte unklug gehandelt, den Admiral Rojestwenskij in den Kampf zu schicken; es wäre am besten gewesen, die Flotte von Madagaskar zurückzurufen. Ein wunderlicher Heiliger, eine der Unglücksgestalten der russischen Geschichte.

Der japanische Admiral kam zu dem richtigen Schlusse, daß die feindliche Flotte nach langer Fahrt abgenutzt sein und vor allem Wladiwostok zu erreichen trachten werde, den einzigen russischen Stützpunkt im fernen Osten. Da aber Wladiwostok im Innern des Japanischen Meeres liegt, so war es für die Russen kaum möglich, sich an der feindlichen Flotte vorbeizuschleichen; mußten sie doch eine der Meerengen passieren, welche durch die japanischen Inseln beherrscht werden. Es war nur fraglich, welche der Straßen von Rojestwenskij gewählt werden würde. Er nun entschied sich für den kürzesten Weg, also für die zwischen Südjapan und Korea sich dehnende Meerenge. Das hatte Togo auch vermutet und lag hier auf der Lauer. Am 27. Mai sichteten seine Wachtschiffe die russische Flotte und Togo war noch am selben Tage mit den Seinigen zur Stelle. Er traf den Feind bei der Insel Tsuschima und ging unverweilt auf ihn los.

Kurz vor zwei Uhr nachmittags gab ein russisches Schiff auf 6000 Meter Entfernung den ersten Schuß ab, worauf sich ein wütendes Feuergefecht entspann. Es fand bloß eine Artillerieschlacht statt, deren Ergebnis schon nach einer Stunde offenkundig war. Auf einen Sieg hatten die Russen nicht gerechnet, obwohl sie ebenso wie die Japaner zwölf große Schlachtschiffe besaßen und die größere Zahl schwerer Geschütze an Bord hatten; denn sie wußten, daß die feindlichen Panzer später gebaut, also moderner ausgerüstet und geschwinder waren als die ihrigen. Rojestwenskij konnte nur hoffen, sich mit einem Teil seiner Schiffe durchzuschlagen, um Wladiwostok zu erreichen. Seine Niederlage war jedoch über alle Erwartung furchtbar. Die russischen Seeleute sahen mit Entsetzen, daß ihre schlecht gefüllten Granaten beim Aufschlagen oft gar nicht, im günstigen Falle unvollständig zersprangen. Die feindlichen Schiffe erlitten daher nur unbedeutende Verluste. Die Japaner hingegen hatten die ihnen gelassene Frist dazu benutzt, um ihre Hohlgeschosse auf Grund der neuesten Erfindungen mit Schimosepulver bei verstärkten Ladungen zu füllen. Ihre Granaten durchschlugen jede Panzerung, rissen die Türme mit den zwölfzölligen Riesengeschützen weg und drangen in den geschützten Hohlraum der Schiffskapitäne. Unter diesen schrecklichen Eindrücken war das Verhalten der russischen Einheiten verschieden. Ein Teil ihrer Panzer, so das Admiralschiff „Suworow", wehrte sich heldenmütig bis zum Untergang. Auf manchen Schiffen wieder war die Mannschaft wie betäubt, verzagte und ließ aus Entsetzen die Befehle unausgeführt. Schon um vier Uhr

verließen die meisten Schiffe den Kampfplatz und suchten ihr Heil in der Flucht. Rojestwenskij blieb, wurde viermal verwundet und gegen fünf Uhr in bewußtlosem Zustand auf ein anderes Fahrzeug gebracht, da der „Suworow“ bereits eine Ruine war. Trotzdem wehrte sich das Schiff noch mehrere Stunden, bis gegen sieben Uhr die japanischen Torpedos es zum Sinken brachten; das einzige noch brauchbare seiner Geschütze, zuletzt allein vom Freiwilligen Maximow bedient, feuerte im Untergange einen letzten Schuß ab.

Soweit die russischen Schiffe nicht gesunken waren, flohen sie unter der schützenden Decke der Dunkelheit. Ihnen nach die Japaner, deren Torpedoschiffe noch in der Nacht tödliche Angriffe unternahmen. Am nächsten Morgen entdeckten die Verfolger ein russisches Geschwader von vier großen Panzern und einem Kreuzer, dem sie sofort nachsetzten. Es war vom Admiral Nebogatow befehligt, der seit der schweren Verwundung Rojestwenskijs den Oberbefehl führte. Als er sich eingeholt sah, ließ er weinend die weiße Flagge aufziehen und ergab sich mit den Seinigen. An einer anderen Stelle fiel wieder Rojestwenskij mit dem Fahrzeug, das ihn retten wollte, den Japanern in die Hände. Aber auch an diesem zweiten Unglückstage verteidigten sich einzelne Panzer tapfer, so der „Monomach“, der sich nicht ergab und lieber unterging. Als er vor den Augen der Japaner sank, ehrten diese den Feind durch ihren Kriegsgesang: „Mit dem Leben in der Hand!“

In der zweitägigen Seeschlacht verloren die Japaner bloß 116 Tote und 538 Verwundete. Von den Russen dagegen fielen oder ertranken etwa 5000 Mann, 6000 wurden gefangengenommen, nur 3000 retteten sich durch Flucht. Von den 38 russischen Schiffen entkamen nur ein Kreuzer und zwei Torpedos nach Wladiwostok. Zwanzig Schiffe gingen in den Wellen unter, sechs ergaben sich, die übrigen flüchteten zum Teil in neutrale Häfen und mußten hier abrüsten, zum Teil wurden sie von den Bemannungen versenkt, da sie nicht zu retten waren. Als Admiral Nebogatow aus der Gefangenschaft heimkehrte, wurde er vors Kriegsgericht gestellt. Er verteidigte sich damit, daß er nicht 2000 Menschen nutzlos dem Tode weihen wollte. Das war aber keine Entschuldigung; er wurde zum Tode verurteilt, jedoch zu zehnjährigem Gefängnis begnadigt. Die Hauptschuldigen jedoch, die unfähigen Staatslenker, die von der Flotte das Unmögliche verlangt hatten, und ebenso die Nutznießer der Korruption blieben unbehelligt in ihren Palästen. Wie ein Offizier auf der Fahrt nach dem Kampfplatze richtig vorausgesagt hatte,

mußte es früher oder später zur „Abrechnung für die Sünden einer ganzen Generation“ kommen. An dieses Wort seines scharfblickenden Kameraden anknüpfend, gab Ssemenow, einer der verwundeten Mitkämpfer, seinem ergreifenden Buche über die eigenen Erlebnisse den Namen „Abrechnung“.

★

Schluß des Krieges

An dem Ergebnisse des Krieges ließ sich nichts mehr ändern — es war so gut wie ausgeschlossen, daß Rußland bei dessen Fortsetzung Besseres erzielen werde. Wohl besaß es vor Friedensschluß eine größere Kriegsmacht in Ostasien als je. Die Armee an der mandschurischen Front zählte 477 000 Mann mit 1560 Feldgeschützen, so daß sie mit den Truppen im Nachschubraum auf 600 000 Mann veranschlagt werden konnte. Und während Rußland noch mehr Massen aufzubieten imstande war, hatte Japan mit 370 000 Soldaten des Feldheeres seine Kräfte aufs äußerste angespannt. Nach der Schlacht bei Mukden legte Kuropatkin den Oberbefehl nieder und hatte die Selbstverleugnung, sich mit dem Kommando eines einzelnen Korps zu begnügen. Sein Nachfolger war General Ljenewitsch, ein alter Haudegen.

Nicht die Kriegslage, wohl aber die inneren Verhältnisse des Reiches nötigten die russische Regierung zum Frieden. In allen größeren Städten erhob der Aufruhr sein Haupt. Die Revolution beschränkte sich im Januar 1905 auf Ausstände in den Industriebezirken, im Februar kam es bereits an vielen Orten zu Straßenkämpfen. Am 4. März rief der Priester Gapon zu allgemeiner Erhebung auf, am 2. Juni tobte der Aufstand in den Straßen Petersburgs, im selben Monate in Lodz, Odessa, Nishni-Nowgorod. Wie ein Steppenbrand verbreitete sich der Aufruhr: in Wladiwostok meuterten am 14. Juni die Soldaten, der Verkehr auf der sibirischen Bahn war durch streikende Bahnangestellte wie durch aufständische Haufen bedroht. Am gefährlichsten war die unter den Matrosen der Kriegsflotte herrschende meuterische Stimmung. Sie waren von Grimm über die Hinopferung ihrer Kameraden bei Tsuschima erfüllt und erhoben sich in Kronstadt und Libau, in Sebastopol und Odessa; an einigen Stellen jagten sie die

Offiziere fort, an anderen zerstörten sie die Magazine. Die Ratgeber des Zaren sahen nur einen rettenden Ausweg, die Gewährung einer Verfassung, um wenigstens die besitzenden Klassen und die gemäßigten Elemente mit der Monarchie auszusöhnen[1]).

Unter diesen Umständen sah sich die Regierung in die Notwendigkeit versetzt, die gesamte Militärmacht zur Niederwerfung der Revolution zu verwenden, deshalb ihre Bereitwilligkeit, auf Friedensverhandlungen einzugehen. Sie war es zufrieden, daß der Präsident der nordamerikanischen Union den Kriegführenden am 8. Juni seine Vermittlung anbot. Nicht Friedensliebe allein bestimmte den Präsidenten Theodor Roosevelt zu diesem Schritte, mehr noch die Sorge vor der anwachsenden Macht Japans. Wurde Rußland vollständig niedergeworfen, so erhob sich Nippon zum Herrn über das chinesische Reich und bedrohte selbst die von der Union den Spaniern abgenommenen Philippinen. Auch in Japan wünschte man das Ende des Krieges, da die wenig entwickelte Volkswirtschaft nur schwer die Lasten des Krieges ertrug und den Staatsfinanzen Zerrüttung drohte. Die Verhandlungen wurden auf amerikanischem Boden zu Portsmouth im Staate Newhampshire geführt. Aus Japan erschienen Komura und Takahira, aus Rußland Finanzminister Witte. Am 8. August fand die erste Sitzung statt, aber erst am 5. September 1905 kam der Friedensvertrag zustande. Roosevelt übte auf den siegenden Teil einen Druck, und England war sehr zufrieden, daß die Bäume Japans nicht in den Himmel wuchsen. Gegen den Anspruch Japans auf eine Kriegsentschädigung wurde in der Union die Einwendung erhoben, daß dessen Heer nirgends auf dem Boden des russischen Festlandes stand; gehörte doch die eroberte Mandschurei nach Völkerrecht zu China. In diesem Punkte blieb der russische Unterhändler unbeugsam und Japan mußte auf eine Kriegsentschädigung verzichten. Als Siegespreis wurde ihm Korea zugesprochen, wo seine Oberhoheit anerkannt wurde, vor allem aber Port Arthur mit dem Südende der Liaotunghalbinsel; es war nur eine Form, daß auf Japan bloß dieselben Pachtrechte übertragen wurden, welche die Petersburger Regierung von China erworben hatte. Rußland selbst trat von seinem Gebiete bloß die Südhälfte der Insel Sachalin an den Sieger ab. Verwickelt waren die über die Mandschurei getroffenen Bestimmungen. Beide Reiche erkannten die Oberhoheit Chinas über dieses Land an.

[1]) Otto Hoetzsch, „Rußland".

Doch behielten sie die Verfügung über die mandschurischen Eisenbahnen für sich, Rußland im Norden, Japan im Süden; jede der Mächte durfte eine Schutzwache längs der ihr überlassenen Strecke unterhalten, je 15 Soldaten auf einen Kilometer. Japan gewann durch den Krieg eine gewaltige Stellung auf dem asiatischen Festland und trat ebenbürtig in die Reihe der Großmächte. Die hochgespannten Erwartungen des Volkes waren aber nicht voll befriedigt, und besonders der Verzicht auf eine Kriegsentschädigung galt vielen als Schwäche, so daß es zu blutigen Unruhen kam, die mit Strenge unterdrückt wurden. Der besonnene Teil der Nation jedoch erkannte an, daß nicht mehr zu erreichen war, und tröstete sich mit der sicheren Aussicht auf eine glänzende Zukunft.

Dem Thron des Zaren brachte der rechtzeitige Friedensschluß die Rettung. Der Absolutismus zwar ließ sich nicht aufrechterhalten, da er ebenso in der inneren Verwaltung wie bei der Kriegführung Schiffbruch gelitten hatte. Am 17. Oktober 1905 wurde die Verfassung verliehen, welche die gesetzgebende Gewalt zwischen dem Kaiser und der Volksvertretung teilte. Damit waren jedoch die Demokraten und die Sozialisten nicht zufriedengestellt, die Revolution dauerte also fort. Indessen blieb, während die Flotte in ihrer Treue wankte, das Landheer dem Zaren gehorsam; die Bataillone, die sich in blutigen Schlachten mit den Japanern gemessen hatten, verteidigten die Monarchie gegen die Aufstände in den großen Städten und stellten die kaiserliche Gewalt wieder her.

*

Ausblick

Im buntfarbigen Spiel der Weltereignisse hatte es den Anschein, als ob das von Bismarck immer wieder erneuerte Dreikaiserverhältnis während des Russisch-Japanischen Krieges die Auferstehung feierte. Und weiter: der neu aufgerichtete Block — Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland — bildete sich diesmal zur Abwehr der Seeherrschaft Englands, die schwerer lastete als früher, seitdem Japan das russische Reich zur Strecke gebracht hatte und Großbritanniens asiatische Macht aller Fährnis enthoben war.

Jener glitzernde Schein spiegelte sich während des Mandschurischen Krieges in den Verhandlungen zwischen Berlin, Wien und Petersburg, deren Ergebnis der Welt kein Rätsel blieb, während der Verlauf erst später genauer bekanntgeworden ist. Es gab innerhalb der Grenzen freundschaftlicher Neutralität keinen irgend möglichen Dienst, der von Deutschland und Österreich-Ungarn dem Petersburger Kabinett versagt wurde. Das Wichtigste war ihre bündige Versicherung, Rußland dürfe ohne Gefahr seine Westgrenze entblößen und beliebige Massen nach Ostasien schieben; die Mittelmächte enthielten sich nicht bloß jeder unfreundlichen Handlung, sondern bildeten eine förmliche Bastion gegen das Überspringen revolutionärer Bewegungen nach Polen oder zu den anderen Fremdvölkern. Nicht aus Liebenswürdigkeit, sondern in einer ganz bestimmten Absicht. Es war ihnen willkommen, daß Rußland sich von Europa abwandte und das Osmanische Reich unangefochten ließ, um die Jagdgründe im Osten aufzusuchen. Ihr wohlverstandener Vorteil deckte sich mit dem des östlichen Nachbarn, wie andererseits es Albion schlecht behagte, daß Rußland nicht mehr mit Mitteleuropa haderte, sondern lieber bis an die Tore Indiens vordringen wollte. Monarchische und dynastische Empfindungen wirkten bei der Parteinahme der Höfe von Berlin und Wien mit, ohne aber für das Verhalten zur äußeren und zur Kriegspolitik des Zaren den Ausschlag zu geben.

Diesem leitenden Gedanken lieh mit besonderem Nachdruck der Botschafter Österreich-Ungarns in Petersburg, Freiherr von Aehrenthal, seine Dienste. Er empfahl seiner Regierung schriftlich wie mündlich das Einhalten freundschaftlicher Neutralität und drang in sie, der österreichischen und ungarischen Presse Zurückhaltung aufzuerlegen, da sein in Petersburg erworbener gewichtiger Einfluß litt, wenn die Wiener und Budapester Zeitungen triumphierend über die Niederlagen des despotischen Rußland berichteten. Das Wort Aehrenthals galt in Wien schon damals viel, und er hielt die Versucher im Zaum, welche die Verlegenheiten Rußlands zu einem Vorstoß auf der Balkanhalbinsel zu benutzen rieten. Goluchowski war, wenn er auch in Aehrenthal einen Nebenbuhler und den voraussichtlichen Nachfolger im Ministerium beargwöhnte, mit ihm in der Sache einverstanden; das Wiener Kabinett hielt sich treulich an die Abmachung von Mürzsteg aus dem Jahre 1903, in der mit Rußland das Zusammengehen auf der Balkanhalbinsel vereinbart war. Noch wärmer war das Verhältnis der deutschen zur russischen Regierung. Auch Bülow warnte die Presse seines

Landes wiederholt und dringend vor Beleidigungen des Nachbarstaates, am nachdrücklichsten in einer Reichstagsrede vom 5. Dezember 1904. Wahre Friedensliebe und augenscheinliches Interesse reichten sich in den Erwägungen Kaiser Wilhelms und seiner Ratgeber die Hand. Deutschland wuchs unter den Segnungen des Friedens wirtschaftlich in die Höhe, in jedem Jahrzehnt seit 1871 überflügelte es die einen seiner schwächeren Nebenbuhler oder kam den anderen näher. Das Gerede von einer seitens der deutschen Regierung Rußland in Ostasien gelegten Falle, von der Tücke ihrer heimlichen Pläne prallte an der Mauer von Tatsachen ab.

In diesem Bewußtsein fühlte sich Kaiser Wilhelm doppelt unangenehm berührt, als zum erstenmal seit seiner Thronbesteigung die englische Regierung Deutschland mit Krieg bedrohte. Dieses erstaunliche Ereignis wurde aus den während des Weltkriegs von der deutschen Regierung veröffentlichten Schriftstücken bekannt, aus denen auch die Veranlassung der Kriegsdrohung erhellt[1]). Während des Kampfes in Ostasien erfüllte England in jeder Weise, besonders durch Lieferung von Waffen und Kriegsvorrat, Japan gegenüber seine Vertragspflicht. Dazu war es völkerrechtlich befugt, wie andererseits wieder nicht bloß Frankreich, sondern auch Deutschland einen gewinnreichen Handel nach Rußland trieb, den die Regierungen aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen begünstigten. Wie wir wissen, ließ Frankreich es sogar geschehen, daß die Flotte Rojestwenskijs durch lange Wochen in seinen Häfen auf Madagaskar Rast hielt, ihre Schäden ausbesserte und sich mit allem versorgte: das nun freilich war ein offenbarer Bruch des Völkerrechts. Anders stand es mit der Kohlenversorgung der russischen Ostseeflotte aus deutschen und französischen Häfen, gegen die nichts einzuwenden war. Daß den Japanern die Lieferung während der Ausreise der baltischen Flotte nach Ostasien gründlich mißfiel und daß sie sich darob laut beschwerten, lag in der Natur der Sache. Man war in Berlin jedoch tief betroffen, als Lord Lansdowne am 25. August 1904 dem deutschen Botschafter eine tiefernste Eröffnung machte. Der britische Staatssekretär erklärte, daß, falls Japan die Waffen gegen Deutschland ergreifen sollte, England auf Bitte der japanischen Regierung den Bündnisfall als gegeben ansehen würde. Es war also der ostasiatischen Regierung anheimgestellt, die Brandfackel nach Europa zu werfen.

[1]) „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" September 1917.

Dies ist die erste in der Reihe der englischen Kriegsdrohungen an das Deutsche Reich. Sie geschah nicht verdeckt, sondern mit dürren Worten; sie war nicht etwa ein Ausbruch von Übermut, von dem Lansdowne als nüchterner Staatsmann frei war; sie entsprang vielmehr dem gesteigerten Kraftgefühl, welches Britannien infolge des Niederbruches Rußlands durchströmte. Dieser Erbfeind war erledigt, und seine Nebenbuhlerschaft in Asien gehörte einer versinkenden Vergangenheit an. Einer nach dem anderen: jetzt kam Deutschland an die Reihe.

So und nicht anders hatte England gegen schwächere Staaten verfahren, 1891 gegen Portugal, das mit leichter Mühe in den Staub gedemütigt wurde, 1898 in einem Jahre zweimal gegen Frankreich, das knirschend zuerst an der Mündung des Niger und darauf im gefährlichen Faschoda-Handel zurückwich. Deutschland bestand die Kraftprobe besser. Es ließ sich durchaus nicht einschüchtern, und an der Küste seiner afrikanischen Kolonien stießen nach wie vor die Kohlendampfer zu den Schiffen Rojestwenskijs. Da aber von seiten Englands und Japans der Druck sich steigerte, setzte sich Kaiser Wilhelm am 27. Oktober 1904 mit dem Zaren über die Sache in Verbindung. „Es ist nicht ausgeschlossen," so schrieb er ihm, „daß die japanische und englische Regierung einen gemeinsamen Protest gegen unsere Versorgung Deiner Schiffe einlegen, verbunden mit der Aufforderung, jede weitere Tätigkeit einzustellen. Das durch eine solche Kriegsdrohung Englands angestrebte Ergebnis wäre, daß Deine Flotte völlig festgelegt und daß es ihr durch den Kohlenmangel unmöglich gemacht würde, ihr Ziel zu erreichen.... Die Klagen Englands wegen unserer Kohlenversorgung für russische Schiffe sind um so weniger gerechtfertigt, als England seit Kriegsbeginn, nachdem es Japan die zwei Panzerschiffe „Niskin" und „Kasuga" unter englischen Offizieren und Bemannungen geschenkt hat, ständig die japanische Flotte mit seinen Kohlen versorgt und nicht weniger als dreißig Dampfer verkauft hat. Die Seeschlachten, die Togo liefert, werden mit Cardiffkohlen geschlagen." Der Kaiser regte deshalb ein Abkommen der zwei befreundeten Mächte an und fügte hinzu, daß sich Frankreich wohl für den Beitritt gewinnen ließe. Unmöglich könnte sich die Republik ihrer Verpflichtung gegen den russischen Bundesgenossen entschlagen, wenn auch Delcassé ein geschworener Englandfreund sei. „Auf diese Weise," dies die Schlußfolgerung des Kaisers, „würde eine machtvolle Vereinigung der drei stärksten Festlandsmächte

gebildet werden, die anzugreifen sich die anglo-japanische Gruppe zweimal überlegen würde."

Trotz der Herausforderung Englands blieb der Kaiser somit seinem Friedensprogramm treu, sein Vorschlag an den Zaren zielte bloß auf Abwehr. Ihm erwiderte der Zar am 29. Oktober 1904 unter anderem folgendes: „Ich stimme völlig Deinen Beschwerden über Englands Verhalten hinsichtlich der Kohlenversorgung unserer Schiffe durch deutsche Dampfer bei, während es sich auf Bestimmungen versteht, die Neutralität auf seine eigene Art zu wahren. Es ist sicherlich hohe Zeit, dem ein Ende zu machen. Das einzige Mittel wäre, wie Du sagst, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich sogleich über eine Abmachung verständigten, um die englisch-japanische Anmaßung und Unverschämtheit zunichte zu machen. Möchtest Du die Umrisse eines solchen Abkommens niederlegen und abfassen und es mir mitteilen? Sobald es von uns angenommen ist, wird Frankreich genötigt sein, sich seinem Verbündeten anzuschließen." Dieser Aufforderung zufolge richtete die deutsche Regierung an die russische die förmliche Anfrage, „ob sie sich verpflichte, Deutschland mit allen Mitteln, über die sie verfüge, in allen Schwierigkeiten beizustehen, die infolge der Kohlenlieferungen an die russische Flotte während des gegenwärtigen Krieges entstehen könnten". Hinzugefügt war, daß Deutschland sonst nicht in der Lage wäre, seine Unterstützung in der bisherigen Weise zu leihen. Die Zusicherung Rußlands wurde am 29. November 1904 erteilt; es ist aber bisher nicht bekannt, ob Frankreich sich dieser Erklärung anschloß. So wahrte sich Deutschland die einer Großmacht würdige Freiheit des Handelns.

Nicht lange darauf und offenbar wegen der Festigkeit, mit der Deutschland der Einschüchterung standgehalten hatte, kam die üble Laune der englischen Regierung in der Rede eines ihrer Mitglieder zum Ausbruch. Es war nichts Neues, daß die Zeitungen jenseits des Kanals Deutschland mit einem Überfall bedrohten; es wurde bereits (Seite 414) erzählt, daß eine maßgebende englische Zeitschrift die Drohung aussprach, Albion werde der deutschen Flotte eines Tages ebenso plötzlich das Lebenslicht ausblasen wie 1807 der dänischen. Solche Ausfälle konnten, da das Londoner Kabinett für sie nicht verantwortlich war, ruhig hingenommen werden. Da gab aber ein, wenn auch unbedeutendes Mitglied des Ministeriums Balfour seinem Hasse in ähnlicher Weise Ausdruck. Der Zivillord der Admiralität, Arthur Lee, sagte am 3. Februar 1905 im Unterhaus:

„Wir müssen mit Unruhe auf die Nordsee blicken. Deshalb wurde die englische Flotte in der Art organisiert, daß sie einer Gefahr von dieser Seite eher die Stirne biete, als daß sie die Aufmerksamkeit auf das Mittelländische Meer richte. Wenn ein Seekrieg zu erklären wäre, würde die englische Flotte losschlagen, bevor man auf der anderen Seite Zeit hätte, die Kriegserklärung in der Presse zu lesen."

Das war die Ankündigung eines Angriffs mitten im Frieden, die Drohung der Vernichtung der deutschen Kriegsflotte, die damals nur den vierten Teil der Stärke der englischen hatte. Die Herausforderung war so anmaßend, daß der Führer der Opposition Campbell-Bannerman die Rede Lees am 14. April lebhaft tadelte; sie sei ganz unpassend und eine Friedensstörung gewesen; das untergeordnete Mitglied der Admiralität habe das Bedürfnis gefühlt, von sich reden zu machen. Die eigentliche Überraschung war, daß der Premierminister Balfour am folgenden Tage für Lee eintrat. Der Angriff Campbell-Bannermans auf ihn, so sagte er, sei ganz unnötig und grundlos gewesen, Lee habe, obwohl noch nicht lange im Amte, bereits gezeigt, daß seine Geschicklichkeit und sein Fleiß dem Lande wertvoll seien. Dann fuhr Balfour mit gemachter Naivität fort: „Weshalb der Führer der Opposition sich gerade Lee für seinen ganz ungroßmütigen Tadel aussuchte, bin ich unfähig zu verstehen." Der Ausfall des Zivillords der Admiralität — des Gehilfen des Ersten Lords dieser Behörde, des Marineministers — erhielt erst dadurch die rechte Bedeutung, daß der Premierminister sich mit ihm solidarisch erklärte. Er ließ nicht ein begütigendes, nicht ein entschuldigendes Wort einfließen; die Vermutung war nicht abzuweisen, daß die drohenden Worte Lees im Einvernehmen mit dem Leiter der Regierung gefallen waren.

Als Rußland sich einige Jahre später vollständig vom Deutschen Reiche abwandte, besonders aber, als es zuletzt die Waffen gegen die Mittelmächte ergriff, wurde gegen die Politik Kaiser Wilhelms und Bülows in Deutschland auch der Vorwurf erhoben, sie hätten während des russisch-japanischen Krieges die günstige Gelegenheit versäumt, über Rußland herzufallen und es für ein Menschenalter unschädlich zu machen. Diese nachträgliche Staatsweisheit setzte sich nicht nur über jedes moralische Bedenken hinweg; sie bedachte auch nicht, daß die Petersburger Regierung bei den ersten Anzeichen eines drohenden deutschen Angriffes, sogar schon bei diplomatischen Feindseligkeiten von Deutschland her, sich beeilt haben würde, mit Japan ins reine zu

kommen. Dazu hätte vielleicht schon der Verzicht auf Korea, sicherlich aber der auf die südliche Mandschurei genügt. Jener verspätete Tadel sieht übrigens auch davon ab, daß während des Mandschurischen Krieges keine Partei in Deutschland, keine einzige namhafte Persönlichkeit, keine ernster zu nehmende Zeitschrift den Überfall auf Rußland empfohlen hatte. Wohl jubelten die Liberalen und die Sozialdemokraten über die Niederlagen der russischen See- und Landstreitkräfte, aber auch sie würden einen Vorbeugungskrieg als frevelhaft bekämpft haben; die Konservativen standen mit ihren Neigungen ohnedies auf Seite Rußlands. Der Treppenwitz einer wohlfeilen Kritik blickte über die frühere Zeitlage hinweg. Vorwürfe dieser Art sind ebenso unbillig wie die von französischer und englischer Seite erhobenen, Kaiser Wilhelm hätte mit mephistophelischer Schlauheit den Zaren zum Kriege mit Japan verlockt, um in Europa die Hände frei zu haben. Die russische Regierung folgte jedoch bei ihren Anschlägen auf Ostasien lediglich dem eigenen Antrieb, Verführungskünste würden Verdacht erweckt haben. Wahr ist nur, daß die Mittelmächte die Ablenkung Rußlands nach dem fernen Orient gerne sahen, was sie auch nicht verhehlten. Die russische Regierung konnte zwischen der östlichen und der westlichen Orientierung frei wählen; sie ließ sich weder durch die anfeuernden Ratschläge des Berliner Hofes, noch durch die leisen Einwendungen Frankreichs bestimmen, dem die Abkehr Rußlands von Europa höchst ungelegen war, das aber dem Zaren dennoch die Gelder für seine asiatischen Rüstungen vorstreckte. In das Gewebe von Vorwürfen gegen Kaiser Wilhelm gehört auch die Ausstreuung, er habe aus absolutistischer Liebhaberei in Petersburg von der Verleihung einer Verfassung abgeraten. Die deutsche Regierung hat dies von Anfang an in Abrede gestellt, außerdem aber während des Weltkrieges einen Brief des Kaisers an den Zaren vom 20. August 1905 veröffentlicht, aus dem das Gegenteil hervorgeht[1]). Zwei Monate vor dem Erlaß der russischen Oktoberverfassung bestärkte Wilhelm II. den Zaren in der Absicht der Berufung einer Volksvertretung mit der Begründung, es empfehle sich, sie über die Frage des Friedens mit Japan zu hören. Lehne sie die von Japan gestellten Bedingungen ab, so könne Nikolaus II. darauf gestützt den Krieg weiterführen; rate sie dagegen zur Annahme, so teile sie die Verantwortung für den ungünstigen Friedensschluß. Ein ebenso loyaler wie einleuchtender Vorschlag.

[1]) „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 13. September 1917.

Viel eher läßt sich gegen die deutsche Politik die Einwendung erheben, daß der dem Zaren geleistete unschätzbare Dienst freundschaftlicher Neutralität ohne jede Gegengabe geleistet wurde. Es stand Rußland frei, die Westgrenze des Reiches zu entblößen, so daß der Vormarsch der Japaner noch in der Mandschurei ein Ende fand und ihr Eindringen in Sibirien verhindert wurde; auch die Niederwerfung der russischen Revolution ist dadurch möglich geworden. Es fällt auf, daß Deutschland als Gegenleistung nichts anderes einheimste als die Zusicherung Rußlands, ihm bei einem englisch-japanischen Angriffe zur Seite zu stehen. Schon die in Berlin vorgenommene Fassung des Abkommens ist auffallend, denn Rußland erscheint darin als der Hilfe gewährende Teil. Die Sachlage war aber die, daß die Petersburger Regierung nach ihren ersten militärischen Niederlagen ohne Mühe wohl hätte bestimmt werden können, sich dauernd zum Zusammenstehen mit dem Deutschen Reich zu verpflichten. Der Gedanke des Berliner Kabinetts, einen mächtigen Festlandsblock, Deutschland, Rußland, Frankreich — auf Österreich-Ungarn konnte gerechnet werden —, aufzurichten und so Mitteleuropa nach Ost und West zu sichern, war staatsklug, aber der Plan wurde, soviel bisher bekanntgeworden ist, zu spät in Angriff genommen. Das Jahr 1904 war das letzte, um frühere Versäumnisse gutzumachen; der 1905 erfolgte Versuch kam zu spät.

Auf der anderen Seite griff das Londoner Kabinett frisch zu und knüpfte einen Faden um den anderen in sein diplomatisches Gewebe. Schon das Abkommen mit Frankreich vom 8. April 1904 gab England Handlungsfreiheit zunächst in Ägypten, dann auch in anderen Himmelsstrichen; dieser Vertrag fiel den Briten als erste Frucht der Niederlagen Rußlands in den Schoß, da die Republik einen anderen, stärkeren Freund zu benötigen glaubte. Also im Westen gedeckt, trat das Londoner Kabinett auch mit Japan in ein noch engeres Bündnis als früher. Die ursprüngliche Allianz von 1902, auf Grund deren Japan den Krieg mit Rußland vorbereitete, hatte bestimmt, daß die eine Macht der anderen mit Waffengewalt beizustehen verpflichtet sei, wenn diese mit zwei Großmächten in Krieg gerate. Der Bündnisfall war 1904 nicht eingetreten, da Nippon sich bloß mit Rußland zu messen hatte, während Frankreich am 18. Februar 1904 seine Neutralität aussprach. England schmiedete aber das Eisen, solange es im Feuer lag: und noch ehe der Friede von Portsmouth geschlossen war, gewann es Japan für eine engere, folgenreiche Allianz. Dabei kam Britannien der Um-

stand zugute, daß, im Hinblick auf die russenfreundliche Haltung Deutschlands und Frankreichs, den Japanern eine stärkere Sicherung erwünscht war. Sonach verpflichteten sich die Kabinette von London und Tokio zum Beistande mit den Waffen, falls der Genosse in Ostasien auch nur von einer Macht angegriffen werden sollte. Im besonderen wurde ausgemacht, daß Japan in Korea die ihm genehmen Maßnahmen ins Werk setzen könne, England ebenso an den Grenzen Indiens. Der Vertrag, am 12. August 1905 geschlossen, galt für zehn Jahre. Auf diese Art war Indien unter den Schutz des Bündnisses gestellt, es schwand auch der Schatten der Sorge, daß Japan sich gegen das angloindische Reich wenden werde. Vorbildlich war, wie die englische Diplomatie aus der ostasiatischen Krise Vorteil zu ziehen verstand. Den Japanern wieder war es erwünscht, nicht bloß gegen das ungefährlich gewordene Rußland, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten gedeckt zu sein. Da England in Ostasien jetzt unangefochten dastand, während Japan auf der Wacht zu bleiben bemüßigt war, lag der Vorteil zunächst auf seiten der asiatischen Macht. Die britischen Staatsmänner trieben jedoch eine Politik auf lange Sicht.

Wohin sie zielten, sprach der britische Botschafter in Petersburg, Hardinge, aus, als er den russischen Minister des Äußern von dem Vertrage mit Japan in Kenntnis setzte. Lamsdorff bemerkte, das Abkommen sei offenbar gegen das Zarenreich geschlossen[1]). Der Botschafter widersprach lebhaft und sagte, man könnte es ebensogut gegen Deutschland gerichtet ansehen — das war nicht bloß eine Redensart, um den Russen zu beschwichtigen, sondern enthielt ein Stück Wahrheit. Übrigens, so fügte Hardinge hinzu, handle es sich bei dem Bündnisse nur um Verteidigung; sei Rußland ebenso friedlich gesinnt wie England, so könne es selbst seine Unterschrift unter den Vertrag setzen, eine Beweisführung, die, soweit es sich um Ostasien handelte, vom Botschafter aufrichtig gemeint war. Und nur Gründe solcher Art wirken auf den anderen Teil. England stellte Rußland den Beitritt frei — dann war das Bündnis mit Japan ausschließlich gegen Deutschland gerichtet.

[1]) „Belgische Aktenstücke". Herausgegeben vom Auswärtigen Amte. Berlin 1915. S. 12.

* *
*

Mit dem Ende des Mandschurischen Krieges nimmt der Historiker Abschied von der die Geschichte Europas seit Peter dem Großen beherrschenden Mächtegruppierung. Beinahe durch zwei Jahrhunderte hatte die wachsende Ausdehnung des russischen Reiches ihren stärksten Gegner in England gefunden. Während des Krieges mit Japan waren die zwei europäischen Nebenbuhler noch einmal so hart aneinandergeraten, daß offener Bruch glaubhafter war denn Versöhnung. Infolge der Siege Japans änderte sich auch das Antlitz Europas. Von jetzt ab war Rußland den Briten nicht mehr gefährlich, und es wurde dem Londoner Kabinett möglich, in sein bedächtig ausgelegtes Netz auch das Zarenreich einzufangen. Dies gelang unerwartet bald. Daß Rußland gegen seinen Vorteil und zum unsäglichen Unheil für den Zaren wie für sein vielgeprüftes Volk sich zum Bunde gegen Mitteleuropa bestimmen ließ, ist eine der Paradoxien der Weltgeschichte.

Personen- und Sachregister




3 1158 00743 0290
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILIT
A 000 303 860

